Preußische Jahrbücher

Begründet von **Rudolf Haym**,
Heinrich v. Treitschke und **Hans Delbrück**

Schriftleitung: **Dr. Walter Heynen** und **Dr. Emil Daniels**

Zweihundertachtundzwanzigster Band

April bis Juni 1932

Berlin
Verlag von Georg Stilke
1932

Inhaltsverzeichnis

des

228. Bandes der „Preußischen Jahrbücher“

(April bis Juni 1932)

I. Aufsätze

Seite

Bredt, Joh. Victor, Lausanne 189
Busse, Kurt, Film als Kunst? 138
Elster, Hanns Martin, Wilhelm von Scholz, sein Leben und sein Schaffen 60
Federn, Karl, Charles Prestwich Scott 143
Battaglia, Otto Forst de, Ahnenforschung 40
Köhler, F., Bevölkerungspolitik und Wohlfahrtspflege 260
Madol, Hans Roger, Bulgarische Vergangenheit und Gegenwart ... 159
Meisner, Heinrich Otto, Gespräche und Briefe Holsteins 1, 111
Mutius, Gerhard v., Die Bedeutung des Auslandsdeutschtums 230
Müller, August, Weltpolitik und Weltwirtschaft 212
von Oertzen, K. L., Und Genf? 102
Rosenberg, Artur, Psychologie der französischen Parteien 97
Rühlmann, Paul, Das Problem der „Verschweizerung“ 122
Schmidt, Axel, Der russische Bauer 239
Schwarz, Sebald, Staat, Stadt und Schule 250
Stecher, G., Die Massows 149
Treuherz, Walter, Zusammenbruch und Sanierungsversuche 28
Weber, August, Zusammenarbeit besser als Reparationen 203
Weigert, Hans, Die neue Baukunst als Zeitspiegel 219
Westarp, Graf, Die letzten hundert Meter vor dem Ziele 195
* * *. Polens Mysterium des nationalen Instinkts 13

II. Besprochene Werke und Hinweise.

Knudsen, Hans, Berliner Theater 86, 172, 268
Daniels, Emil, Meine „Geschichte der Kriegskunst“ und das „Militärwochenblatt“ 170
—„— von Tschischwitz: „Armee und Marine bei der Eroberung der Baltischen Inseln im Oktober 1917. Erfahrungen und Betrachtungen“ 172

III. Politische Korrespondenz und kleinere Aufsätze.

Heynen, Walter, Aufbau und Ausbau des Völkerbunds 79
—„— Schliemann, der Goldsucher? 81
—„— Eine unbekannte Rede Treitschkes 84
—„— Der Mensch auf der Flucht 176
—„— Rote Kindererziehung 264
Daniels, Emil, Die Problematik der preußischen und der französischen Wahlen 89
—„— Die Schürzung des Knotens 180
—„— Krisis in West und Ost 272

Gespräche und Briefe Holsteins

1907 — 1909

Eingeleitet und herausgegeben von

Heinrich Otto Meisner

Herr von Holstein ist an allem schuld. Will Krieg gegen Frankreich. Läßt uns mit England nicht in Ordnung kommen. Hat den stillen Philosophen Tschirschky rachsüchtig weggebissen. Den Feldzug gegen Eulenburg und Genossen angezettelt. Macht noch immer alles. Arbeitet heimlich halbe Tage lang in der Wilhelmstraße. Bombardiert den Kanzler mit Briefen. Und zweimal war Bülow in diesem Monat bei ihm." So hieß es von dem Entamteten 1906 oder 1907[1]), als der Weltkrieg noch nicht über uns gekommen war. Heute — nach der Katastrophe — dasselbe Lied: Herr von Holstein ist an allem schuld, nur, daß die Leporelloliste noch bedeutend länger wurde. Immer von neuem erleben wir das Schauspiel, wie man in der zeitgeschichtlichen Literatur den unvermeidlichen Kehrricht vom jeweiligen „Helden" weg dem Einsamen vor die Türe fegt. Dort bleibt er liegen, denn Herr von Holstein hat sich ja schon als Lebender nicht aus dem Bau herausgetraut, um vor der Oeffentlichkeit seine Sache in Ordnung zu bringen. Und so wird der Berg der Scherben immer höher. Hat er sich nicht schon als jüngerer Diplomat gegen seinen Vorgesetzten Arnim zu einer kriminellen Handlung mißbrauchen lassen — auf Bismarcks Geheiß, um dann am Sturz des Reichsgründers selbst mitzuarbeiten? Wie war es mit dem Rückversicherungsvertrag und mit der Krüger-Depesche? Wer hat sich gegen die englischen „Bündnis"-Angebote um die Jahrhundertwende ausgesprochen, wer machte das Dogma von der ewigen Feindschaft zwischen Walfisch und Eisbär zum trügerischen Leitstern seiner Politik? Wer hat Harden das Material gegen den Fürsten Philipp Eulenburg geliefert und dabei doch selber schmutzige Börsenmanöver getrieben? Auf wessen Konto vor allem kommt der unselige Marokkohandel? Holstein und immer wieder Holstein. Dieser „Höllensohn" und „böse Geist der Regierung Wilhelms II.", der durch Bismarcks Wort von den „Hyänenaugen" und den „Flecken auf der inneren Iris" von vornherein Belastete, dieser von fixen Ideen verfolgte, „verrückte" — „Leiter" der deutschen Politik.

Wenn ein Sündenbock in die Wüste geschickt wird, ist eine Gemeinschuld fühlbar geworden. Auch dieses Gleichnis hinkt. Holstein war gewiß nicht fehlerfrei wie das Sühnetier des Alten Bundes, wohl aber ist in Fällen wie dem seinigen besondere

[1]) Vgl. M. Harden, „Zukunft" v. 19. Juni 1909, Nr. 38.

Vorsicht gegenüber der communis opinio geboten, und jedenfalls wird man alles, was zur Entlastung eines derart Diffamierten dient, sorgfältig beachten müssen. Aus diesem Grunde, nicht um zu einem Dutzend „Rettungen" eine neue zu fügen, geschieht die Veröffentlichung der folgenden Dokumente.

Zunächst ein Wort über die bisherige Quellenlage. Wir kennen den Politiker aus vielen Stücken der deutschen Aktenpublikation und aus verhältnismäßig wenigen Briefen. Fast in jedem politischen Memoirenwerk über die Vorkriegszeit — es seien nur Hammann, Waldersee, Eulenburg, Bülow, Lancken, Rosen genannt — fallen auf ihn interessante Streiflichter. Und doch verharrt die Gesamterscheinung Holsteins in dem selbstgewählten Dunkel, solange die Briefe an seine „Egeria" — die Frau von Lebbin doch nicht war[1]) — und solange der eigene Briefnachlaß verborgen bleiben. (Wie man hört, werden wir Aufschlüsse über den „Holstein intime", der so ritterlichen Verkehr mit klugen Frauen pflegen konnte, in Bälde erhalten, auch die Korrespondenz mit dem langjährigen Freunde Paul Hatzfeldt steht wie die mit dem Grafen Monts vor der Veröffentlichung. Aber, wann löst Herr von Schwabach endlich die Siegel über dem ihm gewordenen Schatze?)

Ist nach unsern vorläufigen Erkenntnissen das obige Debet richtig?

Ueber dem Arnimprozeß liegen noch Schleier, die auch Holsteins Figur verhüllen. Nicht viel anders steht es um seine Rolle bei der Entlassung des Altreichskanzlers. Fürst Eulenburg hat in einer Niederschrift aus dem Jahre 1919 Holstein den „Abwürger von Bismarck" genannt. Wenige Zeilen später heißt es, die Flügeladjutanten hätten in ihm — „nicht mit Unrecht — den Anstifter des Rücktrittes Bismarcks" gesehen[2]). Gehören auch diese doch nicht gleichen Aeußerungen zu den „in erdrückender Menge" vorliegenden „authentischen Zeugnissen" für Holsteins Anteil am Sturze des Titanen, von denen der Apologet Eulenburgs spricht[3])? Holstein selber wollte, wie er Harden in einem am 18. August 1906 veröffentlichten Briefe schrieb, über die Bismarckkatastrophe nicht sprechen, ehe der dritte Band der Gedanken und Erinnerungen bekannt sei. „Falls ich vorher aus dem Leben scheiden sollte,

[1]) Das zeigt Fritz von Trothas Veröffentlichung: „Fr. von Holstein als Mensch und Politiker" (1931). Die Schrift ist trotz mancher Mängel als Gegengewicht gegen die maßlose Holsteinpolemik von Nutzen.

[2]) Joh. Haller, Aus dem Leben des Fürsten zu Eulenburg-Hertefeld (1924), 384.

[3]) Joh. Haller, „Berliner Börsenzeitung" v. 12. Juni 1931 (Nr. 319). Eulenburg versichert uns auch an der gleichen Stelle, Holstein habe allen Ernstes Bismarck den Vorschlag gemacht, den nachmaligen Kaiser Friedrich zu — vergiften. Hier werden als „authentische Quellen" nachträglich Fürst Henckel und beide Bismarcks genannt, ohne daß wir sonst etwas über die Sache wüßten.

werde ich einer kompetenten Persönlichkeit den Auftrag zurücklassen, das nach Lage der Dinge etwa geeignet oder notwendig Erscheinende aus meinem Nachlaß zu veröffentlichen." Der dritte Band ist längst heraus, ohne daß sich die „kompetente Persönlichkeit" gemeldet hätte. Und doch hat Holstein ein andermal gesagt, er könne durch einen hohen Haufen intimer Briefe beweisen, was ihn der Familie und der Person des Kanzlers allmählich entfremdet und wie er in den Wochen der Krisis gehandelt habe. Vorläufig steht also noch „Rede" gegen „Rede". Was wir brauchen, sind mehr Zeugnisse der Art wie sie im ersten Bande des Walderseebriefwechsels sich finden. Aber auch wenn wir sie hätten — „die Erscheinung (vom März 1890) war so riesengroß", daß man eine Ursache Holstein „recht als Zwerg empfinden sollte". — Im Falle Eulenburg ist die Sache strittig[1]). Der Herausgeber der „Zukunft" hat zwar stets betont, daß seine Kampagne gegen den kaiserlichen Günstling längst begonnen hätte, als er Holsteins Bekanntschaft machte (Juni 1906), und daß dieser ihm „nichts Neues" sagen konnte. Auffallend ist jedoch das zeitliche Zusammentreffen des Besuches Holsteins bei Harden und der „Enthüllungen". Bleibt der „Börsenspekulant". Hier kommt ein so gewichtiger Kritiker wie Friedrich Thimme auf Grund sorgfältigen Schriftvergleichs zu einem non liquet in der Frage, ob die seiner Zeit im „Berliner Tageblatt" veröffentlichten „Börsenbriefe" von Holstein stammen oder nicht, auf keinen Fall aber könne eine schmutzige Verquickung von Politik und Geschäft bei dem patriotischen und bedürfnislosen Manne vorgelegen haben[2]).

Nun zu den Fehlern des Staatsmannes, der nach dem Sturz des Titanen Träger seiner Traditon geworden nicht nur ihn, sondern auch jene verraten haben soll. Ueber die Vorgänge, welche zur Kündigung von Bismarcks feinstem Werke, der russischen „Rückversicherung" geführt haben, sind wir heute genau unterrichtet; die letzte Entscheidung bewirkte nicht Holstein, sondern der Petersburger Botschafter von Schweinitz[3]) Im übrigen lag der „Fehler" weniger in der Lösung des Vertrages von 1887 als darin, daß die Beziehungen zu Rußland überhaupt „ins Leere fielen". — Bülow hat im Jahre 1904 (an Hammann, im Widerspruch zu seinen

[1]) Vgl. einerseits v. Trotha, a. a. O. 114, andrerseits Fr. Rosen, Aus einem diplomatischen Wanderleben I (1931), 266. Neuerdings will man auf Grund der wenig wahrscheinlich klingenden Aussage einer Dame der Gesellschaft zum Ueberfluß auch noch Bülow hinter Harden suchen. Vgl. Joh. Haller, „Deutsche Allgemeine Zeitung" v. 6. Januar 1931 (Nr. 7), und „Front wider Bülow", ed. F. Thimme (1931), 48f.

[2]) Geleitwort zu dem oben zitiertem Buche von Trothas, XVIf.

[3]) Vgl. meine Skizze: Lothar v. Schweinitz in „Schlesische Lebensbilder" III (1931), 386f.

Memoiren) geschrieben, seit Bismarcks Entlassung sei in unserer auswärtigen Politik nichts von Bedeutung geschehen, wozu Holstein nicht geraten hätte. Der aber lehnt solche Ehre in einem Briefe an Harden ab: bei der Vorbereitung jener Gruppe von politischen Handlungen, welche als Ursachen der englisch-französischen Entente cordiale von 1904 angesehen worden sind: Krüger-Telegramm, Bagdadbahnprojekt, antienglische Kanzlerreden im Reichstage sei er unbeteiligt gewesen. Wenigstens für den ersten Punkt wird das Zeugnis durch die neuen Veröffentlichungen und Forschungen bestätigt[1]). Was aber die vieldiskutierten Bündnisangebote von 1898 ff. betrifft — in Wirklichkeit handelte es sich auch nach Ausweis der englischen Akten keineswegs um solche, sondern nur um possibilités d'entente, wie die Franzosen sagen — so ist hier „Holsteins Großes Nein" — von einem deutschen Nachkriegspublizisten allzu voreilig-sensationell in Buchform aufgemacht — viel eher ein verklausuliertes Ja gewesen[2])! Der deutsche „Fehler" war, daß man sich auf den „Alles- oder Nichts"-Standpunkt stellte und, als das Bündnis nicht zu haben war, den Faden, wie 1890 gegenüber Rußland, überhaupt nicht weiter spann.

Bleibt als ärgste Sünde die Marokkopolitik der „Grauen Eminenz". Holstein wollte eine feste Haltung gegenüber Frankreich[3]) und scheute, wenn es nicht anders sein konnte, auch vor der ultima ratio nicht zurück. Das ist aber etwas anderes als die Behauptung, er habe im Frühjahr 1905 um jeden Preis zum Kriege getrieben[4]). Abgesehen davon: Wer mag heute den Vorkriegspolitiker schelten, der in Frankreich einen unversöhnlichen Gegner gesehen hat[5])? Den Konferenzgedanken in einem *späteren* Stadium der Dinge hat Holstein nachträglich selber als „Fehler" erkannt[6]).

Alles in allem: Das Anklagematerial ist keineswegs so schlüssig, wie die Anti-Holstein-Propaganda es zu unterstellen liebt, man tut immer noch gut, mit dem endgültigen Urteil über den Träger der deutschen Außenpolitik von 1890—1906 zurückzuhalten, und wäre es auch nur, um dem hellhörigen Auslande das Spiel zur Verdeckung des eigenen Schuldanteils nicht gar zu leicht zu machen!

---

[1]) Vgl. Friedrich Thimme, Die Krüger-Depesche. Genesis und historische Bedeutung, „Europäische Gespräche", Mai/Juni 1924.
[2]) Vgl. F. Thimme bei Trotha, S. XII.
[3]) Vgl. das folgende Gespräch vom 15. Dezember 1907.
[4]) Vgl. Große Politik XX (1925), 298. — Was Frh. von der Lancken, Meine dreißig Dienstjahre (1931), 55 ff. unter Berufung auf die Schrift von Rochs über Schlieffen über das Einverständnis zwischen Holstein und dem Chef des Generalstabes mitteilt, beruht auf einer falschen Quelleninterpretation, vgl. Richard Fester, Deutsche Rundschau, Juni 1931, 130.
[5]) Vgl. auch Trotha, a. a. O. 134 f.
[6]) Vgl. Lancken, a. a. O. 56, Rosen, a. a. O. 266.

Wenden wir uns nunmehr zu unseren neuen Dokumenten. Sie stammen aus den Papieren des ehemaligen Legationsrats Hermann vom Rath, über dessen Persönlichkeit die Leser dieser Zeitschrift vor Jahresfrist durch Emil Daniels und durch seinen eigenen Briefwechsel mit dem Fürsten Bülow unterrichtet worden sind[1]). Die „Unterredungen" sind uns überliefert in Schreibmaschinenniederschriften mit gelegentlichen Korrekturen oder Zusätzen vom Raths. Die Holsteinsche Quelle ist bei sämtlichen Stücken noch durch ein „H" gekennzeichnet. H. vom Rath gehörte zu den wenigen, die im Einsiedlerheim der Großbeerenstraße 40 ständigen Zutritt hatten. Holstein wurde im April 1906 verabschiedet. Die persönliche Fühlung zwischen den beiden Männern datiert erst aus dem Dezember 1907. Damals veranlaßte der Wunsch, sich „Klarheit über die so heftig befeindete Marokkopolitik zu verschaffen", den publizistisch bereits sehr tätigen ehemaligen Diplomaten, bei Holstein als dem langjährigen Träger jener Politik vorzusprechen[2]). Das Ergebnis der Rücksprache findet sich in der ersten hier abgedruckten Unterredung. Aber was in der Folge vom Rath zu einem förmlichen Pressesprachrohr des verabschiedeten Staatsmannes gemacht hat, war die völlige Uebereinstimmung in der Flottenangelegenheit.

Einen Artikel „Die unendliche Schraube" („Roter Tag" vom 3. März 1908)[3]) hatte vom Rath im Hinblick auf das englisch-deutsche Wettrüsten mit der Frage geschlossen: „Muß das denn eigentlich sein?" Dieser Artikel veranlaßte den Vizeadmiral a. D. K. Galster in Kiel, dem Verfasser seine kurz vorher erschienene Broschüre: „Welche Seekriegsrüstung braucht Deutschland?" zu übersenden, die in der Forderung gipfelte: „Nicht in der Beschleunigung des Baues der Linienschiffe, sondern in einer guten Kriegsbereitschaft für den Kleinkrieg müssen wir das Mittel sehen, uns den Frieden und unsere Stellung in der Welt zu erhalten." Vom Rath schickte die Galstersche Schrift an Holstein und dieser, der damals bereits ein Gegner des Tirpitzschen Schlachtflottenbaus war und eine maritime Verständigung mit England erstrebte, war sofort Feuer und Flamme für die Sache. Fortan bildet (wie die folgenden Dokumente zeigen) die Unterstützung der Galsterschen Ideen ein ständiges Gesprächsthema zwischen Holstein und Rath. Wenn auch jener den Admiral nie kennengelernt hat — er lehnte eine Zusammenkunft aus nicht gerade zwingendem Grunde[4]) ab —, so wirkte doch eine Einheitsfront Holstein-

[1]) Fürst Bülow und Hermann vom Rath, „Pr. Jahrb." 1931, Januar-, Februar- und Märzheft.
[2]) Vgl. vom Rath, „Deutsche Revue", Oktober 1909, S. 1.
[3]) H. vom Rath gehörte zu den ständigen Mitarbeitern dieser nach dem Kriege leider eingegangenen wertvollen Tageszeitung.
[4]) Vgl. den Brief an Rath vom 17. Dezember 1908.

Rath-Galster gegen Flottenverein und Reichsmarineamt. Uebrigens hat sich auch Fürst Bülow, der ja gegen Ende seiner Kanzlerschaft von Tirpitz abrückte, für eine „unauffällige" Verbreitung der Gedanken Galsters eingesetzt. „Wenn wir", so schrieb er im Zusammenhang damit am 19. September dem Leiter der Pressestelle, Otto Hammann, „bei unseren Flottenrüstungen den Akzent mehr auf die Defensive (Küstenbefestigungen, Unterseeboote, Minen usw.) legen, so fällt der Hauptgrund für die Spannung mit England weg, und vielleicht ist es auch für unsre eigne militärische Sicherheit (wie für unsere Finanzen) besser[1])."

Holstein hatte in dem ersten der hier abgedruckten Briefe (vom 13. März 1908) einen Hinweis auf die Galstersche Broschüre als „patriotische Tat" bezeichnet. Der Empfänger ließ sich das nicht zweimal sagen und brachte in seinem Artikel[2]) eine Stelle aus Holsteins Schreiben wörtlich, naturgemäß ohne den Autor zu nennen. Aus diesem Artikel ging die Holsteinsche Aeußerung in eine Reichstagsrede des Abgeordneten Scheidemann über[3]). Als vom Rath später in seinem Nekrolog auf Holstein[4]) dessen Standpunkt in der Flottenfrage von neuem veröffentlichte — nunmehr ausführlicher und unter Nennung des Namens — war der Eindruck in der in- und ausländischen Presse groß. Die Bedeutung der Rathschen Holsteinpapiere liegt ja überhaupt darin, daß es sich hier nicht um mündlichen und schriftlichen Meinungsaustausch zweier Exdiplomaten hinter verschlossenen Türen handelt, sondern daß wesentliche Teile dieser Diskussion schon damals dazu bestimmt waren, auf die Nation zu wirken, daß der eine „lancieren", der andere „interviewen" wollte!

„Herr von Holstein läßt uns mit England nicht in Ordnung kommen", hieß es von dem Gestürzten. In Wirklichkeit war die Verständigung mit England auf der Grundlage einer Beschränkung der deutschen Schlachtflotte das „ceterum censeo" seiner heimlichen Propaganda, denn Holstein hatte mittlerweile eingesehen, daß Rußland nicht mehr der „Pivot" deutscher Politik sein konnte. Aber daneben drängte es den sehr wider Willen zur Untätigkeit verdammten Staatsmann noch von anderem zur Welt zu sprechen. Es ist im Notenapparat der Dokumente versucht worden, den Spuren Holsteinscher Gedanken und Wendungen nachzugehen, wie sie die Feder vom Raths in der Oeffentlichkeit zeichnete, mochte es sich nun um die ehemalige russische Liebe oder den alten Kampf gegen das persönliche Regiment, um den Balkan oder sonst einen

[1]) O. Hammann, Bilder aus der letzten Kaiserzeit (1922), 59 f.

[2]) „Häresie", Roter Tag vom 31. März 1908 (Nr. 166).

[3]) Stenogr. Berichte, Bd. 233, Sp. 6021 (Rede vom 5. Dezember 1908).

[4]) Deutsche Revue, Oktober 1909.

„egoistischen Zweck" (wie Holstein die „Verbreitung des einen oder anderen Gedankens" nannte) handeln.

Interessant ist die Haltung des Verabschiedeten gegenüber Bülow. Holstein hat nie erfahren, daß sein Sturz mit Wissen und Willen des Kanzlers erfolgt ist[1]), er schob ihn auf Intrigen des Kleeblatts Hammann-Tschirschky-Eulenburg. Daß er während des Jahrzehnts diplomatischer Zusammenarbeit mit Bülow mehr der gebende als der nehmende Teil gewesen war, durfte er sich voll Genugtuung sagen. Frau von Lebbin, seine Freundin, war der Meinung, Bülow hätte als Kanzler stets ein Promemoria Holsteins über alle wichtigeren Fragen im Schubfach liegen gehabt, er wie Hohenlohe seien nie anders als von Holstein instruiert zum Vortrag gegangen[2]). Es bedarf in der Tat nicht der erotischen Phantasien des „Troubadours"[3]), um die „Abhängigkeit" Bülows von Holstein verständlich zu machen! Daß er einen Fehler begangen hatte, indem er dem verantwortlichen Posten stets auswich — diese Erkenntnis ist Holstein zu spät gekommen[4]). Nun, nach dem eigenen Rücktritt, will er dem ehemaligen Schüler und späteren Chef „keine Schwierigkeiten bereiten", auch wo ihm dessen Maßregeln nicht glücklich erscheinen wie in der Marokkofrage September 1908. Er gewinnt es sogar über sich, den Todfeind Hammann zu schonen, nur um Bülow zu halten. Und erlebt den Triumph, daß der Kanzler, der in der Reichstagssitzung vom 10. Dezember 1908 den Patriotismus und die hervorragende politische Befähigung seines ehemaligen Mitarbeiters vor aller Welt bekräftigt hatte[5]), wenige Wochen darauf zu ihm schickt, um seine Zustimmung zur friedlichen Beilegung der Marokkokrisis einzuholen[6])!

Im übrigen mögen die Dokumente, die uns von ferne an Bismarck und sein „Büschlein" erinnern, für sich selber sprechen. Vermitteln sie dem Leser den Eindruck, daß ihr Urheber auch noch anders charakterisiert werden kann und muß als durch die unbarmherzigen Worte des Genies, dessen Auge den Fehler hatte, schärfer für Schwächen als für Vorzüge zu sein[7]), anders

[1]) Vgl. S. 11 Note 3.

[2]) Aufzeichnung vom Raths über ein Gespräch mit Frau von Lebbin vom 31. Juli 1909.

[3]) Eulenburg ist doch die Quelle für die famose „Kassettendiebstahlsgeschichte", von der Joh. Haller in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 6. Januar 1931 (Nr. 7) Mitteilung macht. Vgl. auch Hallers Duplik gegen Trotha, „Berliner Börsenzeitung" vom 12. Juli 1931 (Nr. 319).

[4]) Vgl. Gespräch vom 15. Dezember 1907.

[5]) Vgl. Vorbemerkung zu Holsteins Brief vom 11. Dezember 1908.

[6]) Vgl. Lancken, a. a. O. 55.

[7]) Briefe Bismarcks an Leopold v. Gerlach, ed. H. Kohl (1896), 315 (Brief vom 2. Mai 1857).

vollends als nach den einseitigen und unbedachten Methoden gewisser Nachkriegsliteraten, so ist ihre Veröffentlichung gerechtfertigt.

* * *

Gespräch vom 15. Dezember 1907.

Marokko.

Im Frühjahr 1904 wollte das Gefolge gelegentlich der Kaiserreise Marokko berühren. Der Kanzler Bülow erklärte dies für inopportun, und der Besuch unterblieb. In der Folge verstimmten die französisch-spanischen Verhandlungen über Marokko, und der Kanzler beschloß zu demonstrieren. Zu dem Ende sollte S. M. Tanger anlaufen. Im Auswärtigen Amt wurde eine genaue Instruktion für S. M. ausgearbeitet, wie er sich verhalten sollte, die Ansprachen, die er dem französischen Vertreter und der französischen Kolonie, desgleichen den Engländern unter anderem halten sollte. Als S. M. diese Information erhielt, erklärte er, der Kanzler gebe ihm Instruktionen wie einem Legationssekretär, und befolgte sie nicht. Während ihm, namentlich dem Franzosen gegenüber, die größte Reserve und Vorsicht geraten war, erklärte er diesem, der Sultan sei ein souveräner Herrscher, mit dem er nur direkt sich verständigen könne, daher sei eine Verständigung mit Frankreich über Marokko ausgeschlossen[1]). Dem Auswärtigen Amt waren dadurch die Hände gebunden. Acht Wochen später[2]) stürzte Delcassé, der Kaiser empfing die Depesche mit dieser Meldung während einer militärischen Veranstaltung, bei der der außerordentliche Vertreter der französischen Regierung bei der Hochzeit des Kronprinzen, General de Lacroix, zugegen war. Der Kaiser teilte diesem den Inhalt der Depesche mit, und der General erwiderte: „Je félicite Votre Majesté et la France." S. M. antwortete, er werde nunmehr Frankreich in Marokko keine Schwierigkeiten weiter machen. Einer der Militärs, die Ohrenzeugen waren, berichtete dem Kanzler, es sei etwas Schreckliches passiert, er dürfe aber nichts sagen. Der Kanzler und Herr v. Holstein versuchten vergebens, der Wahrheit auf die Spur zu kommen, sie erfuhren erst nach $2^1/_2$ Monaten den Inhalt

---

[1]) Über die Unterredung Kaiser Wilhelms mit dem französischen Geschäftsträger in Tanger, Grafen Cherisey, am 31. März 1905, vgl. den Bericht des damaligen „Rats im Gefolge" Gesandten von Schoen an das Auswärtige Amt vom gleichen Tage (Große Politik XX [1925], 286).

[2]) Erst am 6. Juni.

dieser Aeußerung[1]). (Vom Militärattaché in Paris[2]). Späterer Zusatz[3]).)

Fürst Radolin reiste nach Paris ab, um die deutschen Forderungen bei Rouvier durchzusetzen. Unmittelbar vor Radolin hatte der General de Lacroix eine längere Unterredung mit Rouvier gehabt. Als Radolin zu ihm kam, fand er den Minister völlig verändert gegenüber seinem Verhalten bis dahin und kühl ablehnend gegen die deutschen Forderungen. In Berlin war unterdessen nach dem Vorfall de Lacroix der Botschafter Wedel aus Wien gewesen, dem S. M. gesagt hatte, er denke nicht an Nachgeben. Infolgedessen erhielten die Botschafter in Wien, Rom und Petersburg die Instruktion, den deutschen Standpunkt zu präzisieren und die Kabinette für eine Kooperation zu gewinnen.

König Eduard hatte schon längere Zeit vorher den Widerstand der Franzosen gestärkt mit der Begründung, er kenne den Charakter seines Neffen, der nachgeben werde: Un chien qui aboie, ne mord pas.

Als die Verhandlungen stockten, schickten die Franzosen Herrn Betzold[4]), einen anständigen patriotischen Juden nach Berlin, um zu sehen, woran die Stockung läge. Durch ihn erfuhr der Kanzler die Aeußerung des Kaisers an den französischen General.

Inzwischen[5]) kam auch Herr Alfred Beit[6]) mit warmen Empfehlungen König Eduards an S. M. nach Berlin. S. M.

[1]) Die Äußerung Holsteins, der Kaiser habe bei jener „militärischen Veranstaltung", womit eine im Beisein fremdländischer Offiziere am 9. Juni 1905 abgehaltene Döberitzer Übung gemeint ist, die Pariser Depesche betr. den Sturz Delcassés erhalten, beruht auf einem Irrtum, denn der zum Kriege treibende französische Außenminister war bereits am 6. Juni zurückgetreten. Der Kaiser kann also auch nicht in der geschilderten Form zu dem General Lacroix gesprochen haben, da dieser am 9. über den Regierungswechsel in seiner Heimat längst unterrichtet gewesen sein muß. Gleichwohl bedeuteten die versöhnlichen Worte Wilhelms II. einen „Wendepunkt", denn nun wußten die Franzosen, daß Deutschland es nicht zum Kriege kommen lassen werde, und die Folge war jene Unnachgiebigkeit der Pariser Politik, über die der deutsche Unterhändler F. Rosen in seinen Lebenserinnerungen berichtet (vgl. Aus einem diplomatischen Wanderleben I [1931] 238 und 166 ff.; vgl. ferner Fürst Bülow, Denkwürdigkeiten II [1930], 123). Holsteins Meinung über das Döberitzer Gespräch, wie sie im Text zum Ausdruck kommt, überliefert auch Paul H. von Schwabach, Aus meinen Akten, Berlin 1927 (Privatdruck), 335. — Über eine parallele Äußerung des Kaisers zu dem französischen Militärattaché Laguiche vgl. Graf Zedlitz-Trützschler, Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof (1923), 174.

[2]) Major von Hugo.

[3]) Handschriftlicher Vermerk vom Raths.

[4]) Über die Vermittlertätigkeit des französischen Finanziers vgl. Große Politik XX (1925), 357 ff., 408 f., 492.

[5]) Erst im Dezember!

[6]) Über den Besuch des Londoner Finanziers vgl. das Schreiben Kaiser Wilhelms II. an Fürst Bülow vom 29. Dezember 1905, Große Politik, XX, 690 ff.

bewegte sich häufiger in seiner Gesellschaft, und Herr Veit benutzte die Gelegenheit, um ihm instruktionsgemäß die Mitteilung zu machen, daß bei einem ferneren Widerstande die Gefahr eines Krieges Englands und Frankreichs gegen uns imminent sei. Infolgedessen die Erklärung von S. M. beim Neujahrsempfang zu den kommandierenden Generälen, er müsse in Algeciras nachgeben, da er keine Flotte habe.

Wenn in der Bankfrage noch etwas herausgeschlagen worden sei, so sei dies der Initiative des Herrn v. Mühlberg[1]) und namentlich des Herrn Kriege[2]) zu verdanken.

Die Veitsche Drohung war ein leerer Bluff. In England paßte dem liberalen Ministerium, dem die Politik des Königs viel zu kriegerisch war, ein Krieg nicht. In Italien sah Herr Luzzati seine Finanzreform zum zweiten Male bedroht, wenn Marokko nicht baldig aus der Welt geschafft wurde. In Rußland hatte Herr Witte erklärt, er wolle zunächst seine Anleihe haben, ehe er mit dem Beest, der Duma, etwas zu tun haben wolle; die Anleihe wäre durch eine weitere Verschärfung der Marokkoangelegenheit gescheitert, man konnte nach Wochen den Zeitpunkt berechnen, bis wann für ihn der Handel beglichen sein mußte. Italien und Rußland drückten infolgedessen auf Deutschland, dessen Nachgiebigkeit ihnen wahrscheinlicher erschien. Wäre Deutschland fest geblieben, so hätten sie auf Frankreich gedrückt, wozu sie vollkommen bereit waren.

In S. M. überwiegt das dramatische das politische Element.

Fürst Bülow hat in dem ganzen Marokkohandel nicht die energische Stellung S. M. gegenüber eingenommen, die er vorgab. Er wird stark beeinflußt von Herrn Hammann, dem Chef der offiziösen Presse. Während der kritischen Zeit hat die offiziöse Presse fast ganz geschwiegen. Die Informierung des deutschen Publikums geschah durch das „Berliner Tageblatt", das sich sehr nachgiebig den Franzosen gegenüber verhielt. Herr Hammann war überflüssigerweise auch als Delegierter in Algeciras, er ist den französischen Ansprüchen niemals energisch entgegengetreten. Er arbeitet jetzt seit zehn Jahren mit Bülow, sein Einfluß auf Bülow erklärt sich durch die Kenntnis vieler geheimer Vorgänge.

Als Dr. Jacobi Chefredakteur der „Norddeutschen Allgemeinen" werden sollte, verhinderte Hammann dies, da er fürchtete, Jacobi könne seinen Einfluß zurückdrängen. Als Entschädigung gibt er Jacobi jährlich 15 000 Mark aus dem Pressefonds, dafür muß Jacobi seine Feder zur Verfügung stellen[3]).

[1]) Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt.
[2]) Vortragender Rat im Auswärtigen Amt.
[3]) Hugo Jacobi, Chefredakteur der „Berliner Neuesten Nachrichten", war zur Zeit des Gesprächs bereits verstorben.

Der[1]) französische Delegierte Constant[2]) erklärte bei der Haager Konferenz auf die Einwendung eines deutschen Kollegen, seine Regierung würde für einen bestimmten Vorschlag nicht zu haben sein, dann gehe er nach Berlin, beim Kaiser sei er sicher, die Sache durchzusetzen.

Die Verleihung des Schwarzen Adlers an Fürst Eulenburg klärte Holstein auf und veranlaßte ihn zum Rücktritt, da er dem doppelten Druck gegenüber, Tschirschky auf der einen, Eulenburg auf der anderen Seite, sich ohnmächtig fühlte[3]).

Holstein bedauert, nicht seinerzeit den Staatssekretär angenommen zu haben[4]); wielange es allerdings mit S. M. gegangen wäre?!

Gesehen: Briefe von Bülow und Donna Laura[5]) (vom 11. 11. 07), Holstein sollte sie besuchen. Desgleichen Antwort Holsteins (vom 11. 11. 07): Solange die offiziöse Presse zu den gegen ihn gerichteten Angriffen sich ausschweige, könne er schon im Interesse Bülows nicht zu ihm kommen.

Das Flottenfieber in Deutschland.

Diese gefährliche Krankheit wird in Deutschland durch die unzutreffende Furcht vor einem englischen Angriff genährt. Die Presse wird beeinflußt von Krupp und anderen, die beim Flottenbau viel verdienen. Die Wirkung des Flottenfiebers ist in dreifacher Richtung eine verderbliche: In der inneren Politik, durch die politischen Treibereien des Flottenvereins, welche auch die größte Verstimmung in Süddeutschland hervorrufen. In der Finanzwirtschaft durch die unerschwinglichen Ausgaben. In der äußeren Politik durch das Mißtrauen, das diese Rüstung erweckt. England erblickt darin eine Drohung, durch die es fortgesetzt an die Seite Frankreichs gefesselt wird. Dabei ist es gänzlich ausgeschlossen, auch bei höchster Steuer-

[1]) Von hier bis zur nächsten Überschrift eigenhändiger Zusatz in der Vorlage.

[2]) Baron d'Estournelles de Constant, der „Vorkämpfer des Friedens- und Abrüstungsgedankens in Frankreich", wie ihn der deutsche Delegierte auf den Haager Konferenzen, Philipp Zorn, genannt hat.

[3]) Daß Holstein seinen Sturz auf die Trias Eulenburg-Hammann-Tschirschky zurückführte, berichtet schon Harden in der „Zukunft" vom 12. Juni 1904, S. 390. (Vgl. auch „Süddeutsche Monatshefte" März 1919, 421.) Auch Fürst Bülow erzählt in seinen Denkwürdigkeiten (II, 215), Tschirschky habe Holstein „abgewürgt", als er selbst (infolge seiner Erkrankung im Reichstage) „für Rücksprachen und Akten unerreichbar" war. Tatsächlich hat Tschirschky auf Grund einer Weisung Bülows die Sache Holstein beim Kaiser „erledigen" müssen. Bei den Akten liegt ein diesbezügliches Schreiben des Wiener Militärattachés Karl Ulrich von Bülow, eines Bruders des Kanzlers, der damals auf Urlaub in Berlin weilte, vom 14. April. Vgl. Große Politik, XXI (1925), 339 und Maria von Tschirschky und Bögendorff: „Notwendige Klärung", Berliner Börsenzeitung Nr. 277 vom 18. Juni 1931.

[4]) Als Bülow Reichskanzler wurde (Oktober 1900).

[5]) Donna Laura Minghetti, Mutter der Fürstin Bülow.

anspannung eine Flotte zu bauen, die den vereinigten von Frankreich und England gewachsen wäre.

Das jetzige liberale Ministerium in England[1]) wird aus der Drohung, die man in England allgemein im deutschen Flottenbau erblickt, ernste Konsequenzen nicht ziehen. Anders wird es, wenn Lord Curzon ans Ruder kommt mit den Konservativen. Er ist kein Freund Deutschlands; die einzige Gelegenheit, ihn zu gewinnen, ist seinerzeit von Herrn von Marschall verpaßt worden, der sich noch rühmte, eine politische Konversation abgelehnt zu haben, als Curzon in Berlin war. Die Kriegsgefahr zwischen Deutschland und England und Frankreich spielt heute schon eine Rolle im politischen Kalkül anderer Länder. Japan zieht sie in Rechnung bei der Wahl des Zeitpunktes für seine Auseinandersetzung mit Amerika. Solange die deutsche Flotte gebaut wird und existiert, sind die maritimen Kräfte Frankreichs und Englands gefesselt, die Zeit zum Losschlagen also günstig. Ist die deutsche Flotte erst zerschmettert, so ist es zum mindesten zweifelhaft, ob nicht England und Frankreich gemeinsame Sache mit Amerika im Kampfe gegen die gelbe Rasse machen werden.

Die Folge des deutschen Flottenfiebers wird aller Voraussicht sein, daß die sechs Großmächte demnächst zu einer neuen Konferenz zusammentreten werden, auf der Deutschland unter Revision der unerwünschten Grenze von 1871 gezwungen werden wird, seine Rüstung zur See zu beschränken. Gegen die Rüstung zu Lande wird niemand etwas einzuwenden haben, da sie durch die Notwendigkeit der Verteidigung berechtigt ist, in der Seerüstung erblicken mehrere Mächte eine fortgesetzte Drohung. Bei der Veranlagung von S. M. wird Deutschland sich diesem Zwange unterwerfen.

Mehrere parlamentarische Führer verurteilen das Flottenfieber, sie wollen aber nicht die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, Schiffe abzulehnen, die sie im Falle einer Niederlage zur See treffen würde.

Bülow und England.

Fürst Bülow ist im Grunde seines Herzens anti-englisch[2]). Dies datiert aus dem dänischen Konflikt her. England sagte damals Dänemark seine Unterstützung zu, die im entscheidenden Augenblick ausblieb, mit der die Dänen aber gerechnet hatten, als sie es zum Kriege kommen ließen. Die Familie Bülows

[1]) Campbell-Bannerman.

[2]) In seinen Denkwürdigkeiten versichert uns Fürst Bülow im Gegenteile: „Für den persönlichen Umgang, für sichere Freundschaft ziehe ich den Engländer jedem anderen Fremden vor.“ (IV, 419). Die Wahrheit trifft wohl S. Münz, Fürst Bülow, der Staatsmann und Mensch (1930), 295: „England war die Lücke seines Wissens und seiner Auffassung. Mit der englischen Geistigkeit hatte er zu wenig sich vertraut gemacht.“

kam in Deutschland in eine wesentlich bescheidenere Lage[1]). Das Pressebüro des Kanzlers läßt bei jeder Gelegenheit eine leise anti-englische Note miterklingen. S. M. will die Verständigung mit England, das deutsche Volk will sie, aber Bülow widerstrebt.

Den Kampf gegen das Flottenfieber in einer einzelnen Zeitung aufzunehmen, wäre aussichtslos. Keine einflußreiche Zeitung würde ihre Spalten dauernd dazu öffnen, das offiziöse Pressebüro würde seinen nicht zu unterschätzenden Einfluß dagegen aufbieten. Wirksam könnte nur durch die Gründung einer großen neuen Zeitung dagegen vorgegangen werden. Die Richtung wird von allen Seiten als unpatriotisch angegriffen werden, aber nach wenigen Jahren wird sich ihre Richtigkeit herausstellen. (Wird fortgesetzt)

[1]) Der Vater des Kanzlers war ursprünglich dänischer Diplomat gewesen und als solcher Vertreter Dänemarks für Holstein und Lauenburg am Bundestage. Später trat er an die Spitze der Regierung von Mecklenburg-Strelitz und wurde 1873 Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amts.

*

„Polens Mysterium des nationalen Instinkts"

von * * *

Die Republik Polen ist ein ausgesprochener Nationalitätenstaat. Die ältere polnische Statistik vom 20. September 1921 gibt die Zahl der Nationalpolen auf 69,2% an. Die Einzelergebnisse der neuen Volkszählung vom Dezember 1931 sind noch nicht veröffentlicht. Man wird ihnen, jedenfalls soweit die Stammeszugehörigkeit in Frage kommt, mit der größten Zurückhaltung begegnen müssen. War sie doch darauf angelegt, das fremdstämmige Element geringer erscheinen zu lassen, als es in der Tat ist[1]). Nach durchaus zuverlässigen privaten Berechnungen[2]) stellte sich 1928 die Zahl der Polen auf 59,3%, der Ukrainer auf 19,1%, der Juden auf 9,6%, der Weißrussen auf 7,1%, der Deutschen auf 3,7%. Es ist also ziemlich sicher anzunehmen, daß der polnische Staat zu etwa 40% sich aus Staatsangehörigen fremden Volkstums

[1]) Es wird dabei auch nachzuprüfen sein, ob überhaupt die Erfassung einer Nationalität nach objektiven Merkmalen, namentlich dem der Sprache, möglich ist oder ob solche Statistik sich auf subjektive Angaben zu stützen hat. Vgl. hierzu die ausgezeichneten Ausführungen von Otto Scheel, in den Deutschen Heften für Volks- und Kulturbodenforschung, 2. Jahrgang, Heft 2, S. 49 ff., bes. 56.

[2]) Vgl. Mornik, Polens Kampf gegen seine nichtpolnischen Volksgruppen, Berlin 1931.

zusammensetzt, eine Zahl, wie sie — außer in der Tschechoslowakei — sonst in keinem europäischen Staat vorkommt.

Polens Kampf gegen seine Minderheiten ist im wesentlichen bekannt. Kaum eine Woche vergeht, in der die Presse nicht über irgendeinen unfreundlichen oder feindseligen Akt gegen die Minderheit zu berichten hätte. Wertvolle Schriften[3]) geben Aufschluß über Polens Vernichtungskampf gegen die Minderheiten; sie enthüllen eines der traurigsten Kapitel der Politik der Nachkriegszeit. Ihre zum Teil aus eigenem Erleben geschöpften Urteile und Darstellungen werden immer häufiger von unvoreingenommenen ausländischen Beobachtern bestätigt. Leider horcht das Ausland nur selten auf: aber Dinge, wie zum Beispiel der berüchtigte Prozeß gegen den Deutschtumsführer Ulitz, die Wahlterrorakte in Ostoberschlesien November 1930, die schaudererregenden Greueltaten in der Ukraine Ende 1930 haben doch die Aufmerksamkeit der Welt erweckt, — nicht nur weil und nicht nur erst, als sie den Volkerbundsrat beschäftigten.

Die Methoden, deren sich Polen in diesem Kampfe bedient, sind mannigfach; dabei werden immer neue ausgedacht. Der Kampf richtet sich in erster Reihe gegen den Gebrauch der fremden Sprache in Kirche und Schule (Kampf gegen die Minderheitenschulen), aber ebensosehr gegen die Person, ihr Eigentum und ihre Rechte (Steuerschikanen, wie im Falle des Fürsten Pleß, Entlassung aus den Arbeitsstellen, Entziehung von Konzessionen, Nichtheranziehung oder -beschäftigung von Aerzten und Anwälten, Nichtberücksichtigung bei Vergebung öffentlicher Arbeiten oder bei Einräumung von Krediten, Verschleppung von Prozessen usw.), gegen den Besitz von Grund und Boden in der Hand Fremdstämmiger (Annullierung, Liquidierung, Agrarreform, Ausübung des Wieder- und Vorkaufsrechts), sowie gegen die Presse und Organisationen der Fremdstämmigen (zum Beispiel Polonisierung des oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, die Gründung scheinbar deutscher Organisationen, die nur als Sprengkörper in der deutschen Minderheit dienen sollen, wie zum Beispiel des „Kultur- und Wirtschaftsbund in Ostoberschlesien"). Wie bei diesem Kampf Grundsätze des Rechts und der Moral außer acht gelassen werden, mit wie raffinierten Mitteln der Schikane gearbeitet, wie dabei vor Entstellungen der Wahrheit, Verdächti-

---

[3]) Zu nennen sind außer Mornik noch: das erschütternde Werk von Rauschning: „Die Entdeutschung Westpreußens und Posens"; die aufsehenerregenden, von Dr. Ammende unter dem Titel: „Die Nationalitäten in den Staaten Europas" herausgegebenen Lageberichte, oder schließlich das glänzend geschriebene Buch von F. W. v. Oertzen: „Das ist Polen", dem selbst von polnischer Seite bestätigt wurde, er habe darin „nur Material verarbeitet, das ihm die polnische Wirklichkeit geliefert hat". Sie sind übrigens sämtlich auf den polnischen Index gesetzt.

gungen, Verhetzung und schonungsloser Rücksichtslosigkeit nicht zurückgeschreckt wird, läßt sich im Rahmen dieser Ausführungen in Kürze nicht schildern. Alle diese Maßnahmen laufen auf eine „kalte Polonisierung" hinaus. Nur auf einen grundlegenden Gesichtspunkt ist hinzuweisen: Die Rechtsprechung liegt in den Händen absetzbarer, also nicht unabhängiger Richter. Dies ist um so gefahrvoller, als die Gesetzgebung die Rechtsnormen so gestaltet, daß sie jeder willkürlichen Auslegung fähig sind. Ein Beispiel aus letzter Zeit bietet das jüngst angenommene Gesetz über nicht-amtliche Schulen — also auch über die durch Verfassung und überstaatliche Verträge gewährleisteten Minderheitenschulen; es arbeitet mit Kautschukbestimmungen, wie der: „wenn der Unterricht in einem dem Staate gegenüber illoyalen Geiste erfolgt", oder der: „daß sich der Bewerber um eine Schule dem Staate gegenüber tadellos geführt hat", — so daß der Willkür Tür und Tor geöffnet ist, und an den deutschen Minderheitsschulen ein Zerstörungswerk gefährlichster und schlimmster Art verrichtet wird (vgl. „Nation und Staat" März 1932, S. 392). — Es mutet demgegenüber wie Scherz oder Hohn an, wenn der polnische Außenminister der Welt das Märchen auftischt, wie gut es die Minderheiten in Polen im Vergleich zu denen in Deutschland hätten, und wenn die deutschen Minderheitenzeitungen, ähnlich der nationalpolnischen Presse, die Begleitmusik machen. Wahr ist dagegen: Der Angehörige fremden Volkstums gilt den Polen innerhalb ihres Staates als verfemt, rechtlich als Freiwild, als Objekt jedweder Willkür!

Und dies alles, trotzdem Polen durch Verfassung und internationale Verträge verpflichtet ist, allen Einwohnern ohne Unterschied der Geburt, der Staatsangehörigkeit, der Sprache, des Volkstums und der Religion den umfassendsten Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit zu gewähren, und trotzdem nach dem Minderheitenschutzvertrag vom 28. Juni 1919, „alle polnischen Staatsangehörigen vor dem Gesetze gleich sind und ohne Unterschied des Volkstums, der Sprache und der Religion die gleichen bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte genießen". Man sucht nach Gründen, wie es möglich ist, daß ein Staat, der wegen seiner Behandlung der Minderheiten immer wieder auf der Genfer Anklagebank erscheint[4]), und der doch der ausdrücklichen Kontrolle des Völkerbundes gerade mit Bezug auf diese Dinge untersteht[5]), einer solchen Ein-

[4]) Nach der von v. Truhardt: „Völkerbund und Minderheitenpetitionen 1931", sorgfältig gefertigten Zusammenstellung waren von 525 in den Jahren 1920—1931 beim Völkerbund eingereichten Petitionen nicht weniger als 155 gegen Polen gerichtet (nur eine gegen Deutschland!).

[5]) Zu vgl. C. G. Bruns: „Die Garantie des Völkerbundes über die Minderheitenverträge" in Bd. 2 der Zeitschrift für ausländisches Recht und Völkerrecht; sowie Junghann, in „Staat und Nation", 1932, Seite 288 ff.

stellung huldigen kann. Trotz der stärksten Bindungen ergeht sich Polen — Staat und Volk — in einer nationalen Unduldsamkeit, nationalem Haß und Ungerechtigkeit, wie sie das finsterste Mittelalter kaum kannte! — Die polnische Regierung aber tritt auf der Abrüstungskonferenz für „désarmement moral" ein!

So steht der Rechtsverpflichtung der Polen ihr tatsächliches Handeln, getrennt durch eine Kluft, gegenüber. Die Erklärung für solches zwiespältiges Sein und Scheinen soll nicht in einer Charakteranlage des polnischen Volkes gesucht werden, das zweifellos auf kriegerischem, auch auf dem Gebiet der Dichtkunst und Musik, Großtaten zu verzeichnen hat. Auch nicht in dem fast unbegrenzten Mißtrauen, das die Polen gegen andere Völker erfüllt und es ihnen unmöglich macht, zu glauben, ein Volk, das von ihnen um seine heiligsten Rechte betrogen wird, könne doch loyal sein. Auch nicht in territorialen Gelüsten und in dem fast unwiderstehlichen Drang nach Westen, der übrigens von den ersten Ergebnissen der neuen Volkszählung vollauf bestätigt wird: zählen doch die ehemals preußischen Provinzen bereits heute um 11,7% mehr Menschen als zur Zeit der Abtretung! Dieser Expansionsdrang beherrscht den Polen in jeder Faser seines Seins und in seinem ganzen Handeln. Selbst die Erwägung, daß Polen in dem ihm auferlegten Minderheitenschutzvertrag eine Einschränkung seiner Souveränität erblickt und ihn entweder abstreifen oder doch versuchen will, durch Diskriminierung anderer Länder, vornehmlich Deutschlands, zu erreichen, daß auch ihnen ähnliche völkerrechtliche Verpflichtungen auferlegt werden, soll hier nicht als Begründung ins Feld geführt werden; sie spielt zweifellos eine große Rolle in der polnischen Taktik und erklärt auch zum Teil die hemmungslose Haltung der polnischen Minderheit in Deutschland, um es zu verführen, seine liberale, in der ganzen Welt anerkannte Minderheitenpolitik aufzugeben; Deutschland wäre dann ja „reif" zur Ausdehnung der Minderheitenbestimmungen!

Die richtige Erkenntnis des polnischen Vorgehens wird man nur aus der polnischen Ideologie schöpfen können. Ungewollt hat sie der hinreichend bekannte Woiwode von Oberschlesien, Dr. Grazynski, gekennzeichnet, als er — allerdings nur mit Bezug auf das „schlesische Volk" (!) — von dem „Mysterium des nationalen Instinkts" sprach. Dieser Instinkt, dieses Nationalbewußtsein hat Pate an der Wiege des heutigen polnischen Staates gestanden. Dieses Polen verdankt seine Entstehung — selbst spricht es nur von „Wiederherstellung" — nicht eigener Kraft und eigenem Verdienst, sondern Anderen und der Weltkonstellation am Ende des Krieges. Ein so polenfreundlicher Gelehrter, ein Professor Lavergne von der Universität Lille, hat es noch jüngst

ausgesprochen: „Français, nous avons toujours porté une vive affection à la race polonaise, notre alliée. Et la Pologne doit, avant tout, à la France, la vie et l'être, puisque c'est le traité de Versailles qui a décidé la résurrection de l'Etat polonais."

Wie der einzelne, so will auch ein ganzes Volk nicht gern daran erinnert werden, daß es Anderen seine Existenz und Stellung verdankt; es will dartun, daß es aus eigener Kraft bestehen und sich entwickeln könne. Verfolgt man die Entstehungsgeschichte des heutigen Polen, so erkennt man deutlich, daß es von Anbeginn an nicht auf organisches Wachsen und Konsolidieren Wert legte, sondern alsbald als möglichst fertiger mächtiger Koloß auf die Weltbühne treten wollte. Schon in der Denkschrift, die der polnische Nationaldemokrat Roman Dmowski am 8. Oktober 1918 in Paris Wilson überreichte, heißt es: Polen müsse eine Schanze gegen den deutschen Drang nach dem Osten werden und gleichzeitig sich gegen zersetzende Einflüsse wehren. Um diesen Schwierigkeiten gewachsen zu sein, müsse Polen ein umfangreiches Gebiet und eine zahlreiche Bevölkerung umfassen; seine Bevölkerung müsse hinreichend einheitlich sein, um ihm innere Geschlossenheit zu sichern, und schließlich müßten seine Grenzen geographischen Bedingungen entsprechen, damit seine Unabhängigkeit von den Nachbarn gesichert werde. Dmowski ging also darauf aus — die Siegermächte aber erkannten nicht, daß dies ein Irrweg werden müsse, da sie Polen ja nur aus den Schilderungen der angeblichen „Sachverständigen", insbesondere des fanatischen Anwalts der polnischen Interessen, Professors Lord [6]), sowie der Polenführer selbst, also der Interessenten, kannten —, ein großes Polen, ohne Rücksicht auf ethnographische Gegebenheiten, wirtschaftliche Notwendigkeiten und historisches Geschehen, erstehen zu lassen. Unter bewußt irreführender Benutzung deutscher Statistiken, Karten und Bücher (eine Methode übrigens, die gerade jetzt sich der neueste Polenagitator in einer polnisch, deutsch und französisch erschienenen Schrift über „Oberschlesien, das Land der Gegensätze" wieder zunutze macht, um den angeblich überwiegend polnischen Charakter auch Westoberschlesiens darzutun) schob er die Frage der nationalen Minderheiten achtlos beiseite. Es ist nicht so, daß diese Frage etwa damals in Paris keine Rolle gespielt hätte und erst Monate danach zur Erörterung gekommen wäre. Dagegen spricht ausschlaggebend, daß der berühmte Brief Clémenceaus an Paderewski vom 24. Juni 1919, in dem er von Polen als Bedingung seiner Staatwerdung die Unterwerfung

[6]) Über die verhängnisvolle Rolle, die grade er in Paris gegen Deutschland gespielt hat, unterrichtet am besten das grundlegende Werk von Recke: „Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik", Berlin 1927.

unter den Minderheitenschutzvertrag forderte, erst das Ergebnis langwieriger vorangegangener Verhandlungen war. Es ist vielmehr sicher, daß die polnischen Führer wußten, es würden sich in dem neuen Staatsgebilde Staat und Volk nicht decken. Dmowski hat dies ja schließlich auch in seinen Memoiren zugestehen müssen, in denen er erklärt, seiner Ansicht nach hätten die Grenzen des Staates Polen erheblich größer sein müssen als die ethnographischen des Polentums! Gerade deshalb wehrte er sich ja in Paris gegen die Ausdrücke Lloyd Georges: „genuinely Polish", und Wilsons: „indisputably Polish". Die Führer der Polen wußten also, die Alliierten und Assoziierten wußten es leider nicht in dem vollen Umfang seiner grundlegenden Bedeutung, daß die Ansprüche, die Polen nach Kriegsschluß auf Länderbesitz anmeldete, weder historisch noch ethnographisch noch politisch auch nur einigermaßen berechtigt waren. Aus Machtbewußtsein, Siegerwillen und Siegesrausch verkannten und verleugneten sie den Satz, daß ein Rechtstitel auf Landbesitz auch die wirtschaftliche und kulturelle Hebung und Fortentwicklung eines Landes sein kann und ist. Noch heute führt man ja das Argument ins Feld, daß, was einst polnisch gewesen sein mag, auch in aller Zukunft wieder polnisch sein müsse, selbst wenn erst der zwischenzeitliche deutsche Besitz aus dem Lande das gemacht hat, was es bei Kriegsende war! Der Besitztitel der vollbrachten Kulturleistung — also des kulturellen Fortschritts — gilt Polen nichts. Polnische Führer und die verführten Verbündeten, getrieben von dem Willen, Deutschland auf immer niederzuhalten, glaubten einen neuen Staat lediglich durch die Macht der Bajonette und die Macht der Tatsachen ohne Rücksicht darauf zusammenschweißen zu können, aus welchen Völkergruppen es sich zusammensetzte. Nicht die Wiedererweckung des Volkes als einer Gesamtheit, sondern die Aufrichtung eines neuen polnischen Staates, als eines Schutzwalles gegen das Vordringen der Deutschen nach Osten, war das Ziel ihrer Sehnsucht. Des volklichen Zusammenschlusses fühlten die Polen — eben dank ihres immanenten Nationalgefühls[7]) — sich sicher; er hatte ja auch durch die Mittelmächte 1916 kräftigsten Auftrieb erhalten. Den Staat mußten sie sich selbst erkämpfen, sei es mit Waffen der Gewalt (Wilna!), sei es — in Paris — mit den Waffen rück-

[7]) Über das polnische Nationalgefühl in den vergangenen 100 Jahren unterrichtet äußerst eindrucksvoll und lehrreich das ausgezeichnete Werk von Friedrich Schinkel: Polen, Preußen und Deutschland, Breslau 1932, das dem Verfasser leider erst nach der Niederschrift dieses Aufsatzes bekannt wurde und sich weitgehend mit den hier vorgetragenen Gedankengängen deckt, wenn es auch zu wesentlich anderen Ergebnissen gelangt.

sichtslosester, vor nichts zurückschreckender Ueberredungskünste. So wurde der polnische Staat ein Völkergemisch ohne gleichen; er wurde, statt des den Alliierten vorgegaukelten „Verteidigers der hohen Ideale der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens" (Dmowski), eine Quelle stetiger Beunruhigung des europäischen Völkerlebens: Unersättlichkeit, nationale Ueberheblichkeit und damit Ungerechtigkeit gegenüber Volksfremden sind die Folgen des grundlegenden Fehlers, einen Staat ohne Ansehen der Grenzen des eigenen Volkstums erst ins Leben rufen zu wollen!

Denn alles, was eine Nation oder Volkheit ausmacht oder kennzeichnet, wurde bei der Staatwerdung Polens mit Bewußtsein und Absicht hintangestellt. Der heutige polnische Staat birgt in der Tat keine „in sich geschlossene Verkehrsgemeinschaft, der „die einheitliche und eigentümliche Sprache" — wie Panzer es so trefflich herausgearbeitet hat — „sowohl wesentliches Mittel der Herstellung, Abgrenzung und Erhaltung solcher Gemeinschaft als ihr wesentlicher Ausdruck ist". Mag man auch zweifeln können, ob es für den Begriff der Minderheit wesentlich ist, daß sie eine andere Sprache spricht als das Staatsvolk, und ob nicht überhaupt die Beurteilung nach objektiven Merkmalen, wie Abstammung, Sprache, Sitten, Gebräuchen u. dgl. zu unbefriedigenden oder gar irrigen Schlußfolgerungen führen muß, — darüber kann wohl kein Streit bestehen, daß für den von dem Minderheitenbegriff losgelösten Begriff der Nation, als des Volkstums, die Sprachengemeinschaft unerläßliche Voraussetzung darstellt — sei es, daß man von dem französischen Begriff der „nation" oder von der deutschen Auffassung ausgeht. Ohne auf die hieraus sich ergebenden, praktisch und wissenschaftlich äußerst wichtigen Streit- und Zweifelsfragen an dieser Stelle näher eingehen[8]) und für unsere Beweisführung eine scharfe Begriffsscheidung geben zu müssen, so ist doch das Eine sicher, daß mit mehr als einem Drittel fremdsprachiger Bevölkerung von einem polnischen Nationalstaat nicht die Rede sein kann, nicht nur, weil der Staat nicht das gesamte polnische Volk umschließt, sondern auch weil er zu einem erheblichen Teil Fremdstämmige zu seinen Staatsangehörigen zählt. Der Verwirklichung des Nationalstaats ist der heutige polnische Staat ebenso fern, als dem polnischen Volk während mehr als $1^1/_2$ Jahrhunderten — trotz des unzerstörbar bewahrten Gedankens eines einheitlichen Volkstums — die staatliche Zu-

[8]) Es sei hier nur auf die neuesten und grundlegenden Arbeiten zum Problem von Nation und Sprache von Panzer-Heidelberg, Scheel-Kiel, Petersen-Kiel, Würzburger-Leipzig in den „Deutschen Heften für Volks- und Kulturbodenforschung", 2. Jahrgang, Heft 1, 2, 3, 4, sowie von Weißgerber-Rostock in der Zeitschrift für Deutschkunde 1931, Heft 11 und 12 u. a. m. verwiesen.

sammenfassung fehlte! Ironie der Geschichte: früher Ein Volk ohne eigenen Staat, jetzt eigener Staat ohne Ein Volk! Wäre es richtig, was Paul de Lagarde sagte: „Die Nation lebt nicht von der Vergangenheit, sondern von der Zukunft", und was Ortega y Gasset in die Worte kleidet: „Wenn wir unsere Nation verteidigen, so verteidigen wir unser Morgen, nicht unser Gestern", so wäre es wenigstens erklärlich, wenn das polnische Volk glauben würde, seine Zukunft nur als Nationalstaat, in dem eben nur sein Volkstum siedeln würde, schützen zu können, und deshalb das fremdstämmige Volkstum abwehren zu müssen. Aber sind denn wirklich die — auffallend übereinstimmenden — Auffassungen des deutschen und spanischen Philosophen zutreffend? Haben sie insbesondere auch dort Gültigkeit, wo ein Staatsgebilde schon als Vielvölkerstaat geschaffen wird? Sind nicht auch im Völkerleben durch den erst jetzt entbrannten Gegensatz zwischen Staat und Volk neue Gedanken wach geworden? Die Volksgemeinschaften, fußend auf ihrer Vergangenheit, haben begonnen ein Eigenleben zu führen, ohne sich von der Souveränität des die Gesamtheit seiner Bewohner umfassenden Staates trennen zu müssen. Gerade, weil man noch nicht oder nicht allgemein erkannt hat, daß Staat und Volk sich ebensowenig bedingen wie ausschließen müssen, fürchtet man und lehnt man den Nationalitätenstaat ab und erblickt in ihm eine mindere Form staatlicher Entwicklung im Vergleich zum Nationalstaat. In der Tat birgt der unausgeglichene Nationalitätenstaat eine gewisse Zersetzungsgefahr in sich.

Was liegt deshalb näher, als daß Polen sich zu dem vermeintlich höheren Staatsgebilde des Nationalstaates zu entwickeln trachtet? Aber das erfordert Zeit — Zeit, die heute ein realpolitischer Faktor geworden ist! Deshalb muß man ihr nachhelfen. Vielleicht braucht man nicht erst die Entwicklung abzuwarten! Die Welt ist ja so leichtgläubig! Mundus vult decipi! Man ist durch die guten Erfahrungen, die man 1918/1919 in Paris gemacht hat, verwöhnt. Kann man denn nicht der erstaunten Welt wiederum Potemkimsche Dörfer vormachen? Man muß sie nur glauben machen, daß auch solche Gebiete, die Polen in Versailles oder auf Grund der Abstimmungen oder durch die Botschafter-Konferenz (Westoberschlesien!) nicht zugesprochen erhielt, überwiegend von Polen bewohnt oder außerhalb des polnischen Staatsverbandes zum Siechtum (Ostpreußen!) verurteilt seien, und daß die Gebiete, die — sogar ohne Abstimmung — unter seine Herrschaft gelangt sind (Korridor!), tatsächlich nur von Polen bewohnt würden, man also Jahrhunderte alte, unverjährbare Rechte auf sie besitze! Auf der einen Seite also ein hemmungsloser Expansionsdrang (unter dem Stichwort: „Größeres Polen!"), auf der anderen der Wunsch, vielleicht sogar der aus Furcht

geborene Zwang, den, selbst unrechtmäßig, erlangten Besitz auch ethnographisch zu rechtfertigen und damit zu festigen! Das hat ein Schweizer, Josef Halperin, richtig gesehen, wenn er im Hinblick auf die deutsche These des deutschen Charakters des Korridors sagt[9]): „Der junge, innerlich noch unsichere Staat mußte schon in diesem Argument eine Gefahr erblicken, und der Entschluß lag nahe, neue ethnographische Tatsachen zu schaffen, um den polnischen Charakter des Gebiets zu erhärten." Hier der Drang nach Westen durch künstliche Züchtung der im fremden deutschen Lande siedelnden polnischen Minderheit verhältnismäßig geringer Stärke (im deutschen Osten höchstens 620 000 Köpfe!), dort das Streben, auf künstlichem oder sogar gewaltsamem Wege den Anschein eines im wesentlichen geschlossenen Nationalstaates hervorzurufen! In beiden Fällen eine einheitliche Methodik zielbewußter und systematischer Verdrehung der Tatsachen; in beiden Fällen aber auch eine zwiespältige Ausnutzung des Minderheitenproblems, und zwar zugunsten der eigenen Minderheit in fremden Landen eine Aufblähung, im eigenen Staat dagegen eine Drosselung oder gar Vernichtung fremden Minderheitenelements! Das ist Polen! Das ist die Folge seines „Mysteriums des nationalen Instinkts!"

Polen, das nach einem Worte Dmowski's „eine schöpferische Demokratie werden muß, die imstande ist, ... zum Fortschritt der ganzen Menschheit beizutragen", ist nicht gewillt, das hohe Gut fremden Volkstums anzuerkennen und bei sich zu dulden. Es entsteht aber die Frage, ob es heute überhaupt noch möglich und aussichtsreich ist, einen großen Volksteil oder größere fremde Volksgruppen zu vergewaltigen, um die Fiktion einer einheitlichen Nation aufrechtzuerhalten? Man hat davon gesprochen, daß die Politik der Erde dabei sei, einem seltsamen Stil zu folgen; sie treibe dahin, Philosophie zu werden, und zwar Philosophie des „Als ob". Hier haben wir es mit einem bisher bisher viel zu wenig beachteten typischen Fall zu tun! Der Nationalstaatsgedanke, im 19. Jahrhundert wachgerufen, hat sicherlich allgemein durch den Weltkrieg und die Pariser Diktate neuen Auftrieb erfahren. Dort, wo eine gerechte Grenzziehung möglich und damit auch eine wirkliche Völkerscheide durchführbar ist, mag er tatsächlich auch wesentliche Vorteile mit sich bringen. Aber überall dort, wo unbekümmert um volkliche und wirtschaftliche Zusammenhänge künstliche oder gar willkürliche Grenzen gezogen sind, wo „die Nationalitäten sich so durcheinander geschoben haben, daß eine Trennung, die völkischen Gesichtspunkten Rechnung trägt, nicht möglich ist" (Schinkel, S. 78), läßt sich künstlich ein Nationalstaat nicht mehr schaffen. Das

[9]) Halperin: Deutschland und Polen, Zürich 1931.

lehrt die Geschichte. Sonst stoßen Staat und Volk zusammen: einer von beiden muß dann auf der Wahlstatt bleiben: entweder der Staat des Mehrheitvolkes wird von den fremden Völkern, die er beherbergt, gesprengt, oder diese Völker werden von dem mächtigeren Staat zermalmt! Diese letztere Gefahr wächst jedoch ins Ungemessene, wenn der Staat seine Bürger in allen ihren Lebensäußerungen erfaßt und sie ausschließlich in seinen Dienst stellt, sei es als faschistisches, sei es als kommunistisches Gebilde. Carl Schmitt hat hierfür den Ausdruck des „totalen Staates" geprägt, allerdings nicht, ohne Widerspruch zu finden: so hat insbesondere der Hegelianer R. Kroner in einer vorzüglichen Schrift: „Kulturphilosophische Grundlegung der Politik" ausgeführt, der totale Staat sei nur möglich in einer politisch-religiösen Einheitskultur, wie sie im alttestamentarischen Zustande und bei den antiken Völkern geherrscht habe; auf dem Boden des Christentums könne es einen solchen absoluten oder „totalen" Staat nicht mehr geben. Dieser geschichtsphilosophische Gegensatz der Gelehrten mag hier nicht erörtert werden. Denn über eines kann kaum ein Zweifel bestehen: Ein Staat, der jede, von der offiziellen abweichende Meinungs- und Sinnesäußerung unterbindet, der vorschreibt und verlangt, daß auf seinem Territorium der Einzelne Handel und Wirtschaft nur zu seinen, des Staates, Gunsten oder in seinem Sinne treiben darf, daß dem einzelnen nur die Bildung, die Kult- und Kunstpflege offenstehen, die er freigibt, ein Staat, in dem der einzelne weder über seine Arbeitskraft, noch über sein Arbeitsprodukt frei verfügen darf, der das Nahrungs-, Kleidungs- und Wohnbedürfnis des Individuums bestimmt, der auch das Maß und den Umfang festsetzt, in dem der einzelne an Kulturgütern aller Art teil hat, und der nur ein von ihm geduldetes Gemeinschaftsleben anerkennt, — ein solcher Staat, der die Freiheit der Einzelindividualität des Menschen vernichtet, kann naturgemäß fremdem Volkstum keinen Raum zu seiner Pflege lassen; er muß die nationalen Minderheiten grundsätzlich ablehnen[10]). In dieser Gestalt wäre also der totale (National-) Staat der geborene Feind der nationalen Minderheiten, denen nichts übrigbliebe, als in ihm restlos aufzugehen oder aus ihm zu verschwinden. Jede Unterwerfung der Wissenschaft, Presse und öffentlichen Meinung unter eine bestimmte Nationalstaatsidee schließt die Geltungsmöglichkeit fremder Kultur aus.

Mag eine solche Entwicklung nah oder fern sein, hier oder dort eintreten; jedenfalls könnte sie nicht ohne die schwersten Erschütterungen vor sich gehen. Im 20. Jahrhundert etwa 40 Millionen Menschen in Europa, — also mehr als die Einwohnerzahl Frankreichs beträgt —, die bei anderen

[10]) Vgl. Rathenau, Heimatdienst, 1932, S. 70/1.

Völkern als Fremdstämmige siedeln, gegen diese zu Auflehnung, Haß und Empörung zu treiben, wäre ein Beginnen, das einem bewußten Ruin Europas, einer Selbstzerfleischung gleichkäme. Diese Minderheitangehörigen sind als solche nicht Feinde ihres Herbergsstaats. Sie sind ebenso seine Angehörigen wie die Angehörigen des Mehrheitsvolkes. Es zeugt von einer völligen Verkennung der Dinge, wenn man in dem Fremdstämmigen nur den Gast erblicken will, der im Staate kein Heimatsrecht besitzt, sondern seinen Wirten zu danken habe, daß sie ihn bei sich dulden[11]). Nicht wegen seiner Zugehörigkeit zu fremdem Volkstum bildet der Minderheitangehörige eine Gefahr, sondern deshalb, weil er entweder seiner natürlichen Rechte von dem Mehrheitenvolk und dessen Staat beraubt und deshalb sein Feind wird, oder weil er die Grenzen der ihm wegen seines Volkstums zustehenden besonderen Rechte überschreitet und dadurch den Staat unterhöhlt. Leider gibt es Minderheiten, die wirklich darauf abzielen, andere Zwecke im fremden Staat zu verfolgen, als die der Pflege ihres Volkstums. Solche Minderheiten, die ihr Ziel in der Verfolgung irredentistischer, also nationalstaatlicher Bestrebungen erblicken, können insoweit Anspruch auf Schutz nicht erheben: kein Staat braucht illoyale Betätigungen irgendeiner Bevölkerungsgruppe, und nun gar erst einer Minderheit irgendwelcher Art, zu dulden oder zu schützen. Allerdings darf von keiner Minderheit als solcher, auch nicht auf Grund historischer Erfahrungen oder früheren Verhaltens, ohne weiteres unterstellt werden, daß sie grundsätzlich und stets Irredenta betreibe. Es muß ihr stichhaltig nachgewiesen werden. Dann erst ist der Zeitpunkt gekommen, in dem sich das Staatswesen gegen die Minderheit als Ganzes zur Wehr setzen kann und darf. Zusammenstöße zwischen Staat und Fremdnation werden dabei nicht immer zu vermeiden sein.

Die Quellen illoyaler Einstellung der Minderheit nach Möglichkeit zu verstopfen, wird dem Staat am ehesten gelingen, wenn er den Fremdstämmigen nicht von sich abstößt, knechtet und unterdrückt, sondern ihn zu sich heranzieht und an seinen Einrichtungen teilhaben läßt, ihn aber die Pflege seines Volkstums, insbesondere seiner Sprache in Schule und Kirche überläßt. Je freiheitlicher der Staat seine Minderheiten stellt, um so schärfer und nachdrücklicher kann er jeden Mißbrauch, den sie von ihren Rechten machen, und jedes illoyale Verhalten unterdrücken. Als die preußische Minderheiten-Schulverordnung für die polnische Minderheit vom 31. De-

[11]) Dabei ist der Begriff „Minderheit" ganz eindeutig auf fremdstämmige Angehörige des Staates zu beschränken, in dem sie leben. Deshalb geht Crusen, Deutsche Juristenzeitung vom 15. 3. 1932, S. 385 zu weit wenn er als „Minderheit" auch „alle Angehörigen einer in einem Staat lebenden fremden Rasse ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit" bezeichnet.

zember 1928 geschaffen wurde, ist gesagt worden, nun sei der Raum frei für einen Wettstreit der beiden Kulturen. Man hat diesen Satz stark angefochten: von polnischer Seite, weil er einen neuen Kulturkampf ankündige, in einigen deutschen Kreisen, weil „der Pole wieder einmal die wirtschaftliche Krisenzeit unseres Staates für seine irredentistischen Bestrebungen auszunutzen in der Lage" sei. Beide Einwendungen sind falsch: gerade das Minderheitenproblem bildet ja den Prüfstein dafür, ob fremdes Volkstum sich außerhalb der staatlichen Grenzen, in die es sonst gehört, auch gegenüber solchen Völkern aufrechterhalten kann, in deren Mitte es siedelt. Dieser Kampf verschiedenen Volkstums ist dort, wo eine gemischte Bevölkerung wohnt, und wo sich zu dem Nationalstaatsgedanken noch Expansionsgelüste des einen Volkes gesellen, unabwendbar. Denn „seine relative, politische Berechtigung findet imperialistisches Wollen nur in dem Maße, in dem ein Volk zu bestimmter Zeit unter bestimmt gearteten anderen Völkern die kulturelle Ueberlegenheit besitzt" (Kroner). Die Geschichte wird entscheiden, ob dem deutschen oder dem polnischen Volke die höhere Kulturmission innewohnt und welches die stärkere Kulturkraft in sich trägt. Treffend und warnend zugleich sagt Halperin: „Die Behandlung der deutschen Minderheit wird zum Prüfstein des polnischen Verständigungswillens, die Minderheitenfrage überhaupt zum Prüfstein für das internationale Ansehen des auferstandenen Staates. Möge Polen danach trachten, daß ihm diese Frage nicht zum Verhängnis werde." Nur eine Grundbedingung muß, wie bei jedem Wettkampf, innegehalten werden: die Waffen müssen gut und gleich sein, es muß fair play herrschen. Das schließt in sich, daß die Minderheiten auch nicht besser gestellt werden oder höhere Ansprüche erheben dürfen, als das Mehrheitsvolk. Die Forderung lautet: „Gleichstellung der Minderheiten, nicht Besserstellung!" Das bedeutet zugleich, daß die Minderheit nicht eine künstliche Ausdehnung ihres Umfanges herbeiführen oder vortäuschen darf. Solchen Kampf ist Deutschland-Preußen bereit, auf sich zu nehmen; Polen verweigert bislang sogar die Annahme der Kampfbedingungen! Die deutsche Seite hat mehr für ihre Minderheiten getan, als wozu sie verpflichtet ist; die polnische hat noch heute nicht einmal ihre internationalen Bindungen erfüllt und versucht, wo sie kann, ihrer ledig zu werden. Die deutsche Seite fürchtet den Kampf der Kulturen nicht; die Gegenseite geht ihm aus dem Weg, und hofft, ihn auf ein anderes Gebiet verlegen zu können.

Für den deutschen Standpunkt ergibt sich daraus die Erkenntnis: wir können unsere Minderheitenpolitik weder aus Ideologie oder Pazifismus treiben, noch danach einstellen, welche Politik Polen in dieser Hinsicht einzuschlagen für gut befindet; Polen wird sein Verhalten immer nur machtpolitisch

und egozentrisch einrichten, ohne jede Rücksicht, ob wir etwa „vorgeleistet" haben. Darauf kann kein Kenner der Dinge rechnen, und hat auch bei der Herausgabe der Minderheiten-Schulverordnung kein Verantwortlicher gerechnet. Die These der „do-ut-des"-Politik können wir mit Aussicht auf Erfolg nur einredeweise geltend machen! Die deutsche These ging und geht vielmehr dahin, daß das Deutsche Reich seinen Kampf um die Minderheiten im allgemeinen und die deutschen Minderheiten im besonderen in unvergleichlich günstigerer Stellung wird ausfechten können, wenn es darauf hinweisen kann, daß es das, was es von anderen fordert und erst bei ihnen erkämpfen muß, selbst schon längst und autonom erfüllt hat. Das und nur das ist der Sinn des Stresemannschen Wortes von der „weißen Weste in Genf". Es kommt hinzu, daß, wenn die anderen glauben, uns Gewalttaten gegen die bei uns siedelnden Minderheiten vorwerfen zu können — um die Aufmerksamkeit von ihren Unterdrückungsmaßnahmen abzulenken —, wir in der Lage sein müssen, die Haltlosigkeit und Unwahrheit, mindestens aber die Uebertreibungen der Gegenseite nachzuweisen. Nur so können wir ihnen die Waffen aus der Hand schlagen. Erst wenn wir uns durch Unüberlegtheiten oder Gewaltmaßnahmen selbst ins Unrecht setzen, werden wir diesen unvermeidlichen kulturellen Waffengang verlieren. Je geringere Angriffsflächen dem Gegner wir bieten, desto gesicherter ist unsere Position. Der Pole strebt ja geradezu danach, uns nach berühmten Mustern als die Unterdrücker und Angreifer hinzustellen. Beweis: der Fall Jedwabno (Reg.-Bez. Allenstein), wo durch polnische Werber für die Minderheitsschule die deutsche Bevölkerung in solche Erregung versetzt wurde, daß sie sich zu bedauerlichen strafbaren Handlungen, ja sogar zum Widerstand gegen die eigene Staatsgewalt, hinreißen ließ. Gerade im Anschluß an diese Vorfälle haben die im Ostdeutschen Heimatdienst vereinigten politischen Parteien des ehemaligen Abstimmungsgebietes — von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten — im Februar d. J. eine öffentliche Kundgebung erlassen, in der die Preußische Minderheitenschulverordnung ausdrücklich als geltendes Recht unbedingt anerkannt und erklärt wird, die Grenzbevölkerung bringe den kulturellen Bestrebungen ihrer polnischen Mitbewohner volles Verständnis entgegen, soweit diese Bestrebungen infolge nachweisbar vorhandener Bedürfnisse tatsächlich gerechtfertigt erscheinen . . .; sie müsse jedoch von den Behörden nachdrücklichst verlangen, daß sie gegen den Mißbrauch der preußischen Minderheitenschulverordnung durch die Organe des Polentums schnell und rücksichtslos einschreite. — Wird dieser allein richtige und einzig mögliche Standpunkt weiter vertreten, so können wir hoffen, daß wir nicht unterliegen werden, eben weil wir das Recht auf unserer

Seite haben. Wir kämpfen um die heilige Sache des Fortbestandes deutschen Volkstums, das wir von niemanden antasten lassen: eine Realität! Der Gegner jagt einem Phantom nach: dem Mysterium seines nationalen Instinkts, — dem Wunsche, sein Volkstum unnatürlich zu vergrößern, fremdes Volkstum aufzusaugen oder zu entnationalisieren. Deutschland ist ein nahezu reinsprachig „deutscher", also ein Nationalstaat; nur 1,6% seiner Bevölkerung gehört fremden Völkergruppen an; Polen ist Nationalitätenstaat mit fast 40% fremden Volkstums; es will erst Nationalstaat werden. Deutschland hat keine Veranlassung, seine Minderheiten auszuscheiden, wenn und solange sie sich in das Staatsganze einfügen. Polen hat nur dann inneren Grund, sie nicht von sich zu stoßen, wenn es auf das Trugbild des Nationalstaates Verzicht leistet. Hierin scheint ein Widerspruch zu liegen: in einem Fall soll sich der Nationalstaat mit nationalen Minderheiten abfinden können, im anderen soll er ihr Erbfeind sein! Doch dem ist nicht so: denn auch dem Nationalstaat werden die Minderheiten gefährlich werden können, wenn er sie zu vernichten strebt, und dem Nationalitätenstaat werden sie wertvolle Kräfte leisten können, wenn er sie an sich zu ziehen und zu nützen versteht. Die Gefahr für den Staat entsteht also nicht durch ihr Dasein, sondern — immer abgesehen von schuldhaftem Verhalten der Minderheiten selbst — erst durch die ihnen gegenüber befolgte Politik, erst dadurch, daß der Staat sich ihrer auch dann zu entledigen trachtet, wenn sie sich ihm einfügen wollen und einzuordnen bemüht sind. Erst die Reaktion des fremden Volkstums auf die Aktion des Mehrheitsstaates löst Gefahren für beide aus.

So gewinnt die Frage eine außerordentliche Bedeutung, die heute noch Vielen nicht zum Bewußtsein gekommen ist, schon weil sie, völlig irrtümlich, mit dem Begriff der Minderheit auch den der Minderwertigkeit verbinden. Ja, man muß sogar weiter gehen und die Behandlung der Minderheitenfrage für eines der Kernprobleme im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen erachten: nur andeutungsweise sei an ihren engen und unlöslichen Zusammenhang mit dem Korridorproblem erinnert[12]). Läßt Polen nicht von seiner Unterdrückung, Vergewaltigung und Ausrottung seiner Minderheiten, insbesondere der deutschen ab, so wird es niemals eine Befriedung Europas geben; es könnte sogar die Ukrainer und Weißrussen — vielleicht

[12]) Nichts ist deshalb falscher, als wenn man erklärt: „Preußische, im besonderen ostpreußische Minderheitenpolitik, kann nur antipolnisch sein". Das bedeutete ja in Umkehrung: polnische Minderheitenpolitik könne nur antideutsch sein! Nein, ein solcher Satz stellt eine völlige Negierung jeder Minderheitenpolitik dar! Minderheitenpolitik bedeutet auch Minderheitenschutz; sie kann niemals gegen die Minderheit selbst gerichtet sein! Eine solche Anti-Politik ist nichts als Anwendung des rohen Machtprinzips.

ganz gegen ihren Willen — dem Bolschewismus in die Arme treiben, und damit seine Rolle, eine Barrière gegen den Osten zu bilden, schnell ausgespielt haben! Einsichtige Amerikaner, Engländer und Franzosen haben dies längst erkannt! — Aber auch auf den Völkerbund sollen wir nicht zuviel Hoffnung setzen. Seine Bedeutung im allgemeinen steht hier nicht zur Erörterung. Worauf es hier allein ankommt, ist dies: der Völkerbund mag noch so scharfe Verdikte gegen einen Staat fällen, es fehlt ihm die Macht, ihnen tatsächliche Geltung zu verschaffen. Wir haben das erlebt bei der deutschen Beschwerde über die polnischen Terrorakte in Oberschlesien 1930; wir sahen es schaudernd im Mandschureikonflikt oder bei dem Uebermut Litauens gegenüber Memel. Polen ist es bisher noch immer gelungen, sich einem ihm unbequemen Spruch des Völkerbundsrates zu entziehen oder ihn zu seinem Gunsten umzudeuten. Das geschah, wie hier nicht dargelegt werden soll, zuletzt im Falle der Ukrainer-Beschwerde, deren vorläufige Erledigung allerdings einen schweren Schlag gegen das Minderheitenrecht darstellt. Nur ist hier noch etwas Typisches hinzugetreten: der polnische Außenminister hat im Senat den Standpunkt vertreten, die nationalen Minderheiten dürften sich nicht, anstatt ihr Recht im Staat selbst zu suchen, an internationale Instanzen wenden, um den Staat, in dem sie siedelten, zu diskreditieren; er hat daran die Bemerkung geknüpft, alle solche unerwünschten und störenden Elemente müßten ausgeschaltet werden. Diese Auffassung widerspricht nicht nur dem altrömischen und noch heute allgemein gültigen Satz: „Qui suo jure utitur neminem laedit", sondern zeigt auch, daß Polen sich unausgesetzt bemüht, der Kontrolle des Völkerbundes sich zu entziehen und die Minderheiten rechtlos zu stellen. Jetzt erkennen wir die tieferen Gründe dafür, daß Polen den Minderheitenschutz vom Völkerbunde fernhalten will: Polen lehnt es überhaupt ab, sich mit seinen Minderheiten außerhalb seines Staates zu unterhalten; es erblickt in jedem Angehen des Völkerbundes durch die Minderheiten einen Mißbrauch ihrer Rechte (soweit es sich dagegen um die polnische Minderheit in Deutschland handelt, stützt und fördert es natürlich ihre Beschwerden gegen den deutschen Mehrheitenstaat!). Polens „nationaler Instinkt" gestattet ihm nicht, sich dann in die Völkerbundsordnung einzufügen, wenn sie zu seinen Ungunsten ausschlagen kann oder muß. Dies führt zu der viel tieferen Frage, ob die Mitgliedschaft eines echten oder angeblichen Nationalstaates im Völkerbund überhaupt vereinbar ist mit der gleichzeitigen Ablehnung eines seiner wesentlichen Programmpunkte, des Schutzes der nationalen Minderheiten.

Vertieft man die hier nur angedeuteten Fragen, so muß man zu dem Schluß gelangen, daß das Minderheitenproblem

viel weiter reicht, als man bisher anzunehmen gewohnt war: es wird nicht nur das Verhältnis Deutschlands zu Polen maßgebend berühren, und damit schon einen Gefahrenpunkt erster Ordnung für die Befriedung Europas darstellen, sondern auch für andere Staaten mit starker Minderheitenbevölkerung richtunggebend sein. Polens „Mysterium des nationalen Instinkts" wird auch für seine innere staatliche Entwicklung ausschlaggebend werden können und schließlich einen, wenn auch vielleicht nicht den schwersten, Prüfstein für die Dauerhaftigkeit des Völkerbundes als einer überstaatlichen Rechtsgemeinschaft bilden.

*

Zusammenbruch und Sanierungsversuche

von Dr. Walter Treuherz

Der Zündholzkönig Ivar Kreuger hat am 12. März seinem arbeitsreichen, bewegten Leben freiwillig ein Ende gesetzt. Auch er ist ein Opfer dieser weltumspannenden, alles in ihre Strudel zerrenden Krise geworden. Seine Unternehmungen befanden sich seit langer Zeit in einer Gefahrenzone. Die Börsen witterten, daß etwas an diesem Bau morsch sei. Je mehr Kreuger seinen einstmals solide, auf das ziemlich genau übersehbare Zündholzgeschäft begründeten Konzern mit wesensfremden Elementen belastete, desto stärker wurde die Skepsis, ob die Basis tragfähig genug sei, auch diesen statisch nicht mehr exakt berechneten finanziellen Wolkenkratzer zu tragen. Nun hat die Verengung der internationalen Wirtschaft, die Zerreißung aller kreditpolitischen Bindungen von Staat zu Staat und die unnatürliche, zur Sterilität führende Bewegung des Goldes Sturmböen erzeugt, denen der verwickelte Aufbau des Kreuger-Konzerns sich nicht gewachsen erwies. Seine Standfestigkeit war nur solange solide begründet, als der Begriff „Weltwirtschaft" eine lebendige, zukunftsträchtige Vorstellung blieb. Den Prankenhieben der Weltkrise droht er zu erliegen.

Im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, kann niemand noch sagen, was von dem Zündholzkonzern zu retten ist oder in welcher Form er zu neuem Leben erweckt werden könnte. An Rettungsversuchen wird es nicht fehlen. Wo aber sind die Reservekräfte, durch deren Einsatz der weltumspannenden Organisationen Ivar Kreugers Hilfe gebracht werden soll? Dieser stille, kampferprobte Mann, dem auch von seinen Gegnern moralisch nichts Ehrenrühriges nachgesagt werden kann, hat zum Revolver gegriffen, weil er neue Kreditquellen seinem

Konzern nicht mehr erschließen konnte. Als die Oesterreichische Kreditanstalt zusammenbrach, gab es für ihre mobilen Werte noch immer einen aufnahmewilligen Markt. Die Bedrohung des Kreuger-Konzerns aber fällt in eine Zeit, die weder die Kraft zur Sanierung noch zur Liquidation dieses Mammutunternehmens finden dürfte.

Grund genug, alle noch irgendwie lebensfähigen Elemente in Politik und Wirtschaft zu einer weltweiten Hilfsaktion für die Kreugerschen Unternehmungen zu aktivieren, ist wahrlich gegeben. Der Fall Kreuger unterscheidet sich von allen Zusammenbrüchen der letzten Jahre durch seine umfassenden, sowohl Staaten als auch privatwirtschaftliche Unternehmungen treffenden Wirkungen. Kreuger hat gegen Abtretung des Zündholzmonopols zahlreichen europäischen und südamerikanischen Staaten Anleihen gewährt, die er mit Hilfe des Emissionskredites, den er persönlich oder seine großen Konzerngesellschaften genoß, in kapitalreichen Ländern finanzierte. Verzinsung und Amortisation dieser Anleihen flossen im wesentlichen aus den Einnahmen des Zündholzmonopols. Solange die Kapitalbewegung international frei war, ließ sich dieses System aufrechterhalten. Als aber die Weltwirtschaft zusammenbrach, ein neuer Nationalismus den Warenaustausch verengte und auf Entwicklung der eigenen Wirtschaftsmöglichkeiten vorwiegend bedacht war, mußte es versagen. Kreuger stirbt unter den Trümmern der Weltwirtschaft. Wenn ihn ein Vorwurf treffen kann, so ist es nur dieser, daß er an das weltwirtschaftliche System als an ein entwicklungsfähiges, unverletzliches Prinzip geglaubt hat. Die Nachwelt wird ihn als den hervorragendsten Repräsentanten des internationalen Finanzkapitalismus der Nachkriegszeit charakterisieren und in Erinnerung behalten.

Es ist wohl möglich, daß anläßlich der Schwierigkeiten, in denen sich die Kreugerschen Unternehmungen befinden, der Versuch gemacht wird, den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wieder einmal festzustellen. In der Tat: mit der zeitweiligen Unterbindung freien weltwirtschaftlichen Warenaustausches ist auch die freie Kapitalbewegung bis auf weiteres suspendiert. Damit aber ist nichts für die Zukunft besagt. Der Kapitalismus ist nicht ein feststehendes, in dogmatischer Starre verharrendes Wirtschaftssystem; er ist organisch in Jahrhunderten gewachsen; er wird sich wandeln und seine Lebensfähigkeit unter neuen Bedingungen in veränderter Form vielleicht noch über Jahrhunderte behaupten. Wohl aber könnte der Zusammenbruch des Kreuger-Konzerns die revolutionären Kräfte, die überall in der Welt unter dem ätzenden Einfluß der Krise wach geworden sind, gegen die Verpfändung von Monopolen an fremde, privatkapitalistische Gruppen schlechthin auf den Plan rufen. Je stärker die gesell-

schaftliche Umschichtung in den Ländern, mit denen der Zündholzkönig Monopolverträge abgeschlossen hat, wird, desto größer wächst auch die Rechtsunsicherheit dieser Verträge. Aus der Froschperspektive erscheint der Nutznießer von Monopolen dem Volke fast immer als fremder Ausbeuter — auch wenn er in der Stunde der Not durch Darlehenshergabe einmal in Wahrheit der Retter gewesen ist. Das Verhältnis von Gläubiger und Schuldner ist durch die veränderte Kaufkraft des Geldes ohnehin bis an die Grenze allen Erträglichen gespannt. Wieviel schwieriger noch liegt es, wenn Staat und Privatperson als Partner gegenübertreten. Nach der Ueberweisung des Kapitalbetrages ist immer die Privatperson der schwächere Teil. Exekutionsmöglichkeiten gegen einen Staat besitzt der Einzelne nicht. Sollten sich daher durch den Tod Ivar Kreugers Schwierigkeiten bei der Erfüllung alter Konzernverpflichtungen gegenüber staatlichen Vertragspartnern ergeben, so könnten Anfechtungen und Annullierungen von Zündholzkontrakten sich sehr wohl einstellen. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß für Staaten, die mit finanziellen Mitteln Machtpolitik zu treiben entschlossen sind, der Anreiz außerordentlich groß sein könnte, sich dieses Konzerns zu bemächtigen. Niemand wird dem anderen alsdann die Alleinherrschaft gönnen. So könnte denn sehr wohl der Fall eintreten, daß Ivar Kreugers Werk auch politisch internationalisiert wird — und damit würde dann in der Tat ein neues Kapitel moderner Finanzgeschichte beginnen.

* * *

Immer neue Teile des morsch gewordenen internationalen Kreditgebäudes versinken. Schweden hat für alle von dem Zusammenbruch des Kreuger-Konzerns betroffenen Unternehmungen zunächst ein einmonatiges Moratorium erklärt. Griechenland, Türkei und Bulgarien wenden sich mit Stundungsgesuchen an ihre Auslandsgläubiger. Die Zahl der Moratorien und Stillhalteabkommen wächst fast täglich. Der Kreis um Deutschland verengert sich. Um diesem Treiben nicht waffenlos entgegenzutreten, hat sich die deutsche Regierung außergewöhnliche Ermächtigungen geben lassen. Gemäß Notverordnung vom 9. März kann sie Ausfuhrzölle erheben, sofern die Abwanderung ganzer Fabriken ins Ausland der deutschen Wirtschaft Schaden zufügen sollte. Ein neuer Obertarif darf gegenüber Staaten, mit denen wir keinen Handelsvertrag haben, zur Anwendung gebracht werden; in ihm sind Sätze von 150 bis 400% über dem allgemeinen Tarif vorgesehen. Gleichzeitig ist eine starke Aktivität in der Außenhandelspolitik gegenüber den südosteuropäischen Staaten und Oesterreich zu beobachten.

Wir bemühen uns um die Erreichung zweier Ziele: die immer stärker fühlbare Abschnürung von der Weltwirtschaft zwingt uns zur Sicherung der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung. Wir glauben sie notdürftig durch engere Verbindung mit den südosteuropäischen Staaten und Rußland zu finden. Der schwindende, aus Verkäufen in alle Teile der Welt zusammengesetzte Exportüberschuß aber drängt gleichzeitig zu einer Politik intensiveren Warenaustausches mit jenen Gebieten, aus denen wir Rohstoffe und Lebensmittel beziehen. So ergeben sich Ansätze zur Bildung natürlicher wirtschaftlicher Einheiten. Der Charakter unserer Handelspolitik bleibt bei alledem immer defensiv.

Die Lage im ganzen ist verzweifelt genug. Eine neue konstruktive Idee, wie der Wirtschaftsfriede wieder hergestellt werden könnte, ist noch nicht zu erkennen. Alle Regierungen bleiben bemüht, Schutzwälle gegen den Sturm, der ihr Gebiet zu verwüsten droht, aufzuwerfen. Ihre Maßnahmen werden durch das Gebot der Stunde, nicht durch weitausschauende Erkenntnis, kommandiert. Es gibt keine endgültigen Lösungen mehr. Alle Handlungen behalten den Charakter eines Provisoriums. Unter diesen Umständen ist es leicht, zu kritisieren. Die Unvollkommenheit des bestehenden Wirtschaftssystems drängt sich jedermann, auch dem Stumpfesten auf; aber es ist schwer, Handlungen vorzuschlagen, die bis zu den Urgründen des Uebels durchstoßen. Selbst wenn mit letzter logischer Schärfe die rechte Erkenntnis, an der sich praktische Politiker orientieren könnten, entzündet hat, ergibt sich in der realen, von menschlichen Schwächen, Irrationalitäten und verwaschenen Stimmungen erfüllten Umwelt gewöhnlich noch immer ein Wust von Hindernissen, der bestenfalls nur langsam, Schritt für Schritt, ausgeräumt werden kann.

Es mag wohl sein, daß durch den Zusammenbruch des Kreuger-Konzerns das Sturmzentrum der Krise vorübergehend nach den Vereinigten Staaten verlagert wird. Bisher waren wir es und werden es im Endeffekt wieder werden, weil *nur an der deutsch-französischen Brennstelle die Weltkrisis in die Lysis übergehen kann.* Der Ausgangspunkt hat *politischen* Charakter. Die logische Kette aber ist diese:

Ohne Lösung der *Reparationsfrage* gibt es auch keine Lösung des *internationalen Schuldenproblems.* Versuche, die Reparationsfrage isoliert als europäische Angelegenheit zu behandeln, werden vermutlich sehr bald angestellt werden. Wenn nach Ueberwindung der großen Wahlperiode in Deutschland und Frankreich die innerpolitischen Verhältnisse beider Länder eine gewisse Stabilität erlangt haben, ist denkbar, daß sich auch wieder eine solidere Diskussionsbasis für das Reparationsproblem ergibt. Daß Deutschland nicht

zahlungsfähig ist, wird auch von Frankreich nicht mehr bestritten. Behauptet aber wird, die Weltkrise habe vorübergehenden Charakter. Sobald sie sich löse, werde auch Deutschland wieder eine gewisse Zahlungsfähigkeit erlangen. Um diese Behauptung geht die Debatte. Wir — wünschen ein Definitivum; Frankreich ist nur bereit, ein Provisorium zu bewilligen. Innerhalb dieser Begrenzungen ist eine befriedigende Lösung nur zu finden, wenn die Einschaltung der Vereinigten Staaten gelingt. Amerika aber erwartet die Initiative von europäischer Seite. Der Zusammenhang zwischen Reparations- und internationalem Schuldenproblem also ist unzerreißbar gegeben, auch wenn Versuche angestellt werden sollten, zuvor eine deutsch-französische Verständigung, von der alle weitere Entwicklung abhängig ist, zu erzielen.

Noch einmal sei festgestellt: ohne Lösung des Reparationsproblems keine Lösung der internationalen Schuldenfrage (die ja im übrigen außer Frankreich sehr wesentlich auch England und Italien angeht). Als nächstes Kettenglied hängt sich das Problem der Wiederherstellung freien weltwirtschaftlichen Warenaustausches an. Solange die politische Schuldenfrage nicht gelöst ist, wird es keine „natürliche Warenbewegung" und ohne sie auch keine Liquidierung der eingefrorenen privaten Schuldverpflichtungen geben. Die Regelung dieser Frage aber ist die Voraussetzung für eine Wiederherstellung der Währungsstabilität in den wichtigsten Ländern der Welt. Die Währungsstabilität wiederum hat die Inthronisierung des Goldes als konstanten Wertmaßstab international zur Voraussetzung. Ohne Lösung des Währungs- und Goldproblems gibt es keine Zusammenarbeit der Notenbanken, ohne diese aber auch keine einheitliche, aufbauende und systematische Konjunkturpolitik.

Hier schließt sich der Ring, an dessen Ausgangspunkt die Reparationsfrage stand. Wir wissen nun, an welcher Stelle international der Hebel angesetzt werden muß, wenn man zu einer Lösung der Weltkrise kommen will. Ob diese Erkenntnis auch den Mut zum Handeln auslöst und welche Wege verfolgt werden könnten, um praktische Erfolge zu erzielen, ist eine andere, hier nicht zu erörternde Frage. Der Zeitpunkt des Handelns kann verschieden gewählt werden. Der rechte Moment ist vorhanden, wenn die größte Bewegungsfreiheit vorhanden ist; der ungünstigste Augenblick stellt sich ein, wenn Not und Verzweiflung zu ausschlaggebenden Antrieben des Handelns werden.

Die Krise verheert alle Länder. Auch Frankreich wird immer tiefer in das allgemeine Weltelend verstrickt. Es gibt keine Ausnahme mehr. Die führenden Staatsmänner sollten ihre Entschlüsse endlich nicht mehr davon abhängig machen,

wie lange die Nachbarn noch auszuhalten in der Lage sind. Durch diese Beobachtung der Anderen wird nur ein praktisch unbrauchbarer Maßstab für die noch mögliche Steigerung des eigenen Heroismus gewonnen. Unaufhaltsam rückt der Uhrzeiger voran. Allen, die sehen wollen, wird die gleiche Stunde gewiesen. Wer zum Handeln berufen ist, muß den Zeitpunkt der Handlung aus eigenem Entschluß bestimmen. Genau zu beurteilen ist immer nur die eigene Not, nicht jene der Anderen. Wie groß sie in Wahrheit ist, darüber muß man sich, frei von allen Illusionen in camera caritatis selbst Rechenschaft geben, nicht aber glauben, daß es möglich sei, eine mißtrauische Umwelt über Tatsachen, die unleugbar vorhanden sind, längere Zeit täuschen zu können. Bei einem Spiel, das um Tod und Leben geht, an dem alle Staaten beteiligt sind, kommt man mit dem üblichen Einsatz von Bluff und diplomatischer Routine nicht zum Ziel: die Verteilung der Trümpfe ist von vornherein allen Beteiligten bekannt.

* * *

Im Wahlkampf, dessen erste Etappe hinter uns liegt, hat die Regierung Brüning unermüdlich wiederholt, daß sie ein einiges Deutschland brauche, wenn sie in den bevorstehenden schwersten außenpolitischen Entscheidungen, die in der Nachkriegsgeschichte jemals zu fällen waren, Erfolg haben soll. Alle Opfer, mit denen die Regierung vermittels ihrer Notverordnungen den Passionsweg zur außenpolitischen Freiheit pflastern zu müssen glaubte, wären vergebens gewesen, wenn im Augenblick höchster außenpolitischer Gefahr das Volk die Nerven verlieren sollte. Daher ihr Wunsch, dem Volke die Reichspräsidentenwahl zu ersparen, daher auch ihr Wille, innerhalb der deutschen Wirtschaft zu sanieren, was irgendwie einer Rettung noch fähig ist. Nur wenn man diesen großen außenpolitischen Gesichtspunkt gelten läßt, sind gewisse Unvollkommenheiten bei den Sanierungsaktionen der letzten Zeit zu rechtfertigen. Unterdrückt man aus diesen Gründen auch manch kritisches Wort, so bleibt doch immer die Frage offen, ob der einmal eingeschlagene Weg auch wirklich in bessere Zeiten hinüberretten kann.

Betrachtet man die Regierungspolitik während der letzten beiden Jahre, so ergibt sich der Eindruck, daß es sich fast durchweg um defensive Maßnahmen oder Handlungen, die auf die Wiederherstellung von Zuständen, die für eine frühere Zeit charakteristisch gewesen sind, zielen. Die Fiktion, als sei es in absehbarer Zeit möglich, zur freien Individualwirtschaft zurückzukehren, wird aufrechterhalten. Während der letzten Jahre hat sich der Wirtschaftsraum aber außerordentlich verengt. An dieser Stelle ist die deutsche Wirtschaft häufig mit einem

havarierten Schiff verglichen worden. Es sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß die Bewegungsfreiheit der Führer stark eingeschränkt ist und Willensimpulse sich nicht mehr frei entfalten können. Die Form, in der zum Beispiel die Banken saniert worden sind, kommt einer Sozialisierung praktisch außerordentlich nahe, obwohl die Regierung ganz gewiß nicht von staatskapitalistischen Gedankengängen sich hat leiten lassen und jede Form der Verstaatlichung von Privatbetrieben als Leitprinzip ihrer Politik energisch ablehnen würde. Sie hat daher auch bei den offiziell unterstützten Banken die Möglichkeit voller Privatisierung ausdrücklich offengelassen. Das ändert indessen nichts an der Tatsache, daß in absehbarer Zeit den Banken ein Rückkauf ihrer Aktien, die von der Golddiskontbank (indirekt also dem Zentralnoteninstitut) übernommen wurden, kaum möglich sein wird. Solange die Wirtschaft nicht in der Lage ist, sich selbst zu helfen und immer neue, notleidend werdende Teile versteckt oder offen unterstützt werden müssen, kann sich ein Kapitalmarkt als Voraussetzung für eine Reprivatisierung der Banken nicht bilden.

An sich wäre logisch gewesen, die Bankensanierung an das Ende einer großen Hilfsaktion für die Wirtschaft zu setzen. Nach langen Ueberlegungen und eingehenden Beratungen mit Sachverständigen aus allen Gebieten hat sich die Reichsregierung dennoch entschlossen, am 22. Februar, noch vor der Parlamentseröffnung, ihr Programm der Bankensanierung endgültig bekanntzugeben. Sie mag selbst von dem Gefühl beseelt gewesen sein, daß die gewählte Lösung nicht als Ideal zu bezeichnen ist. Wahrscheinlich war sie unter den gegebenen Bedingungen, die nicht von der Regierung geschaffen worden sind, die bestmögliche. Zwischen dem 13. Juli und dem 22. Februar liegt eine Spanne von vielen Monaten. Seit der Julikatastrophe hat sich das wirtschaftliche Bild in Deutschland aber sehr stark verändert. Konnte man im Sommer des vergangenen Jahres noch die Auffassung hegen, daß es möglich sein werde, die eingefrorenen Auslandskredite in absehbarer Zeit aus Exportüberschüssen zu liquidieren und mit Hilfe einer konsequent durchgeführten Deflationspolitik erhebliche Teile der Warenläger zwangsweise aufzulösen — im Februar dieses Jahres mußte diese Hoffnung im großen und ganzen als begraben gelten. Die Abschnürung der deutschen Wirtschaft vom Weltmarkt hat sich in dieser kurzen Zeitperiode (besonders stark seit der Aufgabe des Goldstandards durch die Bank von England) so schnell vollzogen, daß große Teile unserer Exportindustrie stillgelegt oder in ihrer Erwerbsfähigkeit bedroht worden sind. Eingehende Untersuchung der den Banken verpfändeten Werte mag zwar ergeben haben, daß viele von ihnen bereits im Juli vergangenen Jahres als nicht mehr vollwertig zu betrachten waren. Seitdem ist aber unter

dem Einfluß der von der Regierung betriebenen Deflationspolitik ein sehr erheblicher neuer Wertschwund eingetreten. Diesem Zustande mußte bei der Reorganisation des Banksystems Rechnung getragen werden. Gewiß wäre es logischer gewesen, wenn der Reformwille sich zunächst auf Sanierung der Urproduktion (im weitesten Sinne) konzentriert hätte. Dazu fehlte es der Regierung aber an Möglichkeiten. Gelegentlich mochte wohl einmal gelingen, die sanierungsreifen Betriebe direkt zu beeinflussen; im allgemeinen aber halten sie bis zum letzten Augenblick durch. Bevor die Kreditchancen nicht völlig erschöpft sind, entschließen sich unsere Großunternehmungen nur in den seltensten Fällen, die öffentliche Hand in Anspruch zu nehmen. Mit ihrer Hilfe ist stets auch eine genaue Durchleuchtung und Entschleierung letzter Bilanzgeheimnisse verbunden. Das Resultat bleibt niemals geheim. Ein Unternehmen aber, bei dem diese Leibesvisitation durchgeführt ist, verfällt stets auch der öffentlichen Kontrolle. Hilft die Regierung, dann muß sie die Interessen des Staates wahren. Daraus entsteht ein merkwürdiges Gebilde mit privatwirtschaftlicher Fassade und innerer bürokratischer Verkalkung, in dem ein Geist lebt, der besser als „Ungeist" zu bezeichnen ist und bei genauer Analyse sich als ein Gemisch von Routine, gehemmter Privatinitiative und Verantwortungsscheu erweist. Für den Wiederaufbau ist er ganz ungeeignet. Freude an diesem Zwitter haben weder die Regierung noch die Betriebsleiter. Und dennoch ist nicht zu erkennen, wie dieser Zustand überhaupt vermieden werden könnte, da viele Großunternehmungen den Mut zur Sanierung nicht zeitig finden können, und der Staat, der heute allein zu helfen in der Lage ist, immer nur eingreifen kann, wenn die Not am größten ist und volkswirtschaftliche Interessen auf dem Spiele stehen.

Mit der Reorganisation der Banken konnte nicht länger gewartet werden. Jeder Tag brachte eine Vergrößerung des Risikos. Die Regierung entschloß sich daher, einzugreifen, auch wenn eine Sanierung der großen Wirtschaftsbetriebe zuvor nicht erfolgt war und ein absolut zuverlässiger Maßstab für die Bewertung der Aktiven fehlte. Die Aufgabe, an der Sanierung der Wirtschaft zu arbeiten, wurde damit bewußt den Banken zugeschoben. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, mußte der Kreditapparat wieder beweglich gemacht werden. Wie sie mit Hilfe des Reiches und der Zentralnotenbank gelöst wurde, ist bekannt. Allzu große Reserven standen für diesen Zweck nicht zur Verfügung. Mehr als geschah, war unter den gegebenen Umständen nicht zu erreichen. An den Banken ist es jetzt, die ihnen von alters her befreundeten Unternehmungen im Sinne einer Sanierungshilfe, soweit sie sich als notwendig erweisen sollte, zu beraten. Die Gewährung neuer Großkredite wird sich allerdings vorerst noch als schwierig erweisen.

Die Bankleitungen sehen sich einer ganz neuen Problematik gegenüber. Da die zur Verfügung stehende Kreditmenge nicht beliebig vermehrt werden kann, muß ihre Verteilung unter dem Gesichtspunkt der Erzielung höchster Produktivität vorgenommen werden. Nur dann ist sie auch im Sinne der Bank als sicher und jederzeit mobilisierbar zu bezeichnen. Es würde zu weit führen, wenn der Aufgabenkreis der neuen Bankpolitik an dieser Stelle auch nur annäherungsweise umrissen würde. Er enthält zahlreiche große und kleine volkswirtschaftliche Gesichtspunkte, die früher viel weniger im Vordergrund gestanden haben. Wichtiger aber ist die Erkenntnis, daß die Banken ihren neuen Aufgaben nur gerecht werden können, wenn der jetzt in der Wirtschaft vorherrschende Zustand stationär bleibt. Alle auf ihre Reorganisierung verwandte Mühe muß fruchtlos bleiben, sofern die Regierung sich entschließen sollte, die bisher verfolgte Deflationspolitik weiter zu betreiben. Sollten unter dem Druck automatisch eintretender oder bewußt forcierter Deflation neue Sektoren unserer Volkswirtschaft lahmgelegt werden, dann freilich würde das mit großen Opfern und vieler Mühe durchgeführte Werk der Bankenreorganisation nur ein Fragment bleiben.

Reichskanzler Brüning hat in seiner großen Rede während der kurzen, Ende Februar eröffneten Parlamentssession zum Ausdruck gebracht, daß er die mit interventionistischen Mitteln erzwungene Deflationspolitik der Regierung als beendet ansehe. Der „Preiskommissar" äußerte gleichzeitig, auch er betrachte seine Aufgabe im wesentlichen als erledigt. Es sei ihm gelungen, den Lebenshaltungsindex um etwa 7 bis 9% herabzudrücken. Manches sei noch zu tun; die öffentlichen Tarife müßten herabgesetzt werden. Im ganzen gesehen, habe er indessen Erfolg gehabt.

Diese Erklärungen wären geeignet, Erstaunen hervorzurufen, wenn man sie mit den Proklamationen der Regierung anläßlich der letzten Notverordnung vergleicht. Tatsächlich sind die Löhne und Gehälter wesentlich stärker als die Preise abgebaut worden. Weitere Deflation bedeutet neue Schrumpfung und Kaufkraftvernichtung. Wo ist das Ende? Will die Regierung das empfindlichste Organ der Wirtschaft, den Kreditapparat, dessen Mechanismus soeben wieder in Gang gesetzt worden ist, schützen, dann muß sie die Deflationspolitik allerdings jetzt als beendet ansehen.

Die Wirtschaft ist in einem Umfange wie nie zuvor Objekt der Politik geworden. Schützend hält der Staat über sie seine Hand. Da die Unternehmungen aus eigener Kraft sich vielfach nicht mehr helfen können und der Bewegungsraum für freie Betätigung außerordentlich eingeengt ist, erwachsen dem Staat aber auch Verantwortlichkeiten, die zu tragen er seinem Wesen nach eigentlich nicht in der Lage ist. Dennoch muß er sie

übernehmen. Er tut es mit schlechtem Gewissen; denn unsere verantwortlichen Staatsmänner huldigen keineswegs einer Weltanschauung, deren Wesen die Allmacht planwirtschaftlichen Denkens als wesentlichen Glaubensartikel enthält. Man kann es nicht anders denn als grotesk bezeichnen, daß eine Regierung, die sozialistischen Gedankengängen grundsätzlich fernsteht, gezwungen ist, zu den stärksten in der Arzneikammer des Sozialismus bekannten interventionistischen Mitteln zu greifen, die jemals einer Wirtschaft gegenüber angewandt worden sind. Diese, wie zugegeben sei, unfreiwillige Zwiespältigkeit kommt in allen Handlungen der Regierung zum Ausdruck und kann ihre Rechtfertigung nur finden, wenn es gelingen sollte, an das Ende des großen Opferganges, den wir keuchend verfolgen, die befreiende außenpolitische Tat als Schlußstein zu setzen. Dann erst werden all die Sanierungsmaßnahmen der letzten Zeit ihren Sinn erhalten; dann erst wird sich erweisen, ob es richtig war, die Fiktion einer freien Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Allein der Glaube, daß es möglich sei, den alten Zustand wiederherzustellen, ist das positive Element unserer Wirtschaftspolitik, die trotz gewagtester interventionistischer Experimente für die Zukunft alle Möglichkeiten offenhält.

Für die Banken aber kommt es vor allem darauf an, um Vertrauen zu werben. Man kann eine Bank vielleicht ohne Kapital, niemals aber ohne Vertrauen betreiben. Die Banken müssen wieder zum Publikum herabsteigen, während sie früher durch ihre Monumentalität und Größe eher distanzierend gewirkt haben. Die Bankenreorganisation ist bewußt in einer Form vorgenommen worden, die einen gewissen Wettbewerb keineswegs ausschließt. Der Wille des Einzelnen, möglichst großes Vertrauenskapital auf sich zu vereinigen, darf aber nicht dazu führen, daß die alte Rivalität unter den großen Instituten wiederkehrt und zu Spannungen führt, in denen vergessen wird, daß bei allem gerechtfertigten Wettbewerb doch eine gewisse Solidaritätsgrenze niemals überschritten werden darf. Wie die Dinge in Deutschland liegen, wird das einzelne Institut immer nur Vertrauen finden, wenn auch dem ganzen deutschen Bankgewerbe Vertrauen entgegengebracht werden kann. Sollte der Staat jemals wieder gezwungen sein, „Einlegerschutz" für ein Bankunternehmen zu gewähren, so wird er die gleiche Wohltat anderen Instituten nicht entziehen können. Es ist auffallend genug, daß die Regierung den Schutz der Bankgläubiger wohl bei den Großbanken durchgeführt hat, in einzelnen Fällen aber bei kleineren Banken den Einlegern Hilfe versagte. Will man zu einer wirklich nachhaltigen Beruhigung der Bevölkerung kommen, kann diese Unterscheidung nicht aufrechterhalten werden.

* * *

Die Gefahr eines allgemeinen Zusammenbruchs der Wirtschaft hat auch die Regierung der Vereinigten Staaten zu außerordentlichen Sanierungsaktionen veranlaßt. Gewiß läßt sich die Situation in Amerika und Deutschland grundsätzlich nicht vergleichen, weil die Vereinigten Staaten ein mit Naturschätzen gesegneter, allen Möglichkeiten offener Kontinent sind, während das deutsche Wirtschaftsgebiet sowohl räumlich wie potentiell als zu eng bezeichnet werden muß. Der amerikanische Boden verfügt über fast alle wichtigen industriellen Rohstoffe, deren die Wirtschaft bedarf; Deutschland bleibt trotz aller Versuche, sich mit Rohstoffsurrogaten zu behelfen, auf Import von draußen angewiesen. In den Vereinigten Staaten werden, am Volkseinkommen gemessen, nur etwa 6% gegen etwa 16% in Deutschland exportiert[1]); darunter befinden sich viele Rohstoffe: Getreide, Baumwolle und Kupfer, so daß Amerika auch heute noch ein Rohstoffexportland großen Stiles ist. Deutschland aber führt hauptsächlich Produktionsmittel aus, was seine Situation angesichts der wachsenden Weltindustrialisierung sehr erschwert.

Die Not in den Vereinigten Staaten ist objektiv sicherlich so groß, daß sie mit der unsrigen verglichen werden kann. Psychologisch freilich liegen die Verhältnisse bei uns wesentlich verzweifelter, weil die viel längere Dauer der Krise und all die schweren vorangehenden Prüfungen unsere Nervenreserven nahezu erschöpft haben. Immerhin werden auch in den Vereinigten Staaten bei etwa 120 Millionen Einwohnern an 10 Millionen Arbeitslose offiziell gezählt. Wahrscheinlich ist diese Zahl, da eine genaue Statistik, wie bei uns, nicht existiert, aber wesentlich höher. Eine Flut von Bankzusammenbrüchen hat sich in den letzten Jahren über das Land ergossen und die Bevölkerung in eine Panikstimmung versetzt, wie sie selbst Deutschland auf diesem Gebiet niemals erlebt hat. Geldhortungen auch in den Vereinigten Staaten. Die Situation am Grundstücksmarkt ist schlechthin verzweifelt. Allein in New York werden 800 Millionen Dollar notleidende Grundstückspfandbriefe (real estate bonds) gezählt. Alle festverzinslichen Werte sind im Kurs stark zurückgegangen; ihr Zinsendienst ist vielfach notleidend geworden. Die Versicherungsgesellschaften sorgen sich um die Sicherheit ihrer Kapitalanlagen. Die Eisenbahnen befinden sich in einem völlig desorganisierten Zustande; der Zinsendienst ihrer Bonds ist gefährdet. Da die Mündelsicherheit der Eisenbahnbonds davon abhängig ist, daß die Nettoeinnahmen in einem bestimmten Verhältnis zu den Zinsverpflichtungen stehen, könnten die Versicherungsgesellschaften und öffentlichen Vermögensverwaltungen gezwungen sein, unter großem Verlust diese Anlage zu verkaufen. Die Folgen wären

[1]) Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung, 1. April 1931.

unabsehbar. Das Bild allgemeinen Verfalls bliebe unvollständig, wenn nicht hinzugefügt würde, daß auch das amerikanische Budget für das laufende Etatsjahr mit einem Defizit von etwa 2,3 Milliarden Dollar abschließen dürfte. Daher müssen neue Steuerquellen erschlossen und gleichzeitig sehr bedeutende kurz- und längerfristige Emissionen der Regierung an den Markt gebracht werden. Da der Anleihemarkt sich ohnehin schon in einer außerordentlich schwierigen Situation befindet, muß die Regierung ihm durch billige Geldsätze und reichliche Kapitalzufuhr zu Hilfe kommen, wenn sie die neuen Emissionen unterbringen will.

Die Not rechtfertigt außergewöhnliche Maßnahmen auch in USA. Alle von Präsident Hoover in den letzten Jahren angestellten Rettungsversuche haben sich als nutzlos erwiesen. Jetzt holt die amerikanische Regierung abermals zu einer großzügigen Rettungsaktion aus. Ein neues Finanzinstitut, die „Reconstruction Finance Corporation", ist gegründet worden. Sie soll das Recht haben, bis zu zwei Milliarden Dollar Kredite an Banken und notleidende Industrien zu geben. Gleichzeitig wird durch die Glass-Steagall-Bill eine Reform der Federal Reserve-Banken zur Durchführung gebracht.

Ueber die Wirksamkeit dieser Maßnahmen wird viel debattiert. Werden sie eine Ankurbelung der Wirtschaft herbeiführen oder tragen sie lediglich defensiven Charakter; sind sie erfolgreich gewesen, wenn Schlimmeres verhindert wird? Bevor eine Wiederbelebung der Wirtschaft erfolgen kann, ist sicherlich notwendig, das wankende Gebäude in seinen Grundfesten zu stützen. Da der letzte große Belebungsversuch, den Präsident Hoover im Sommer vergangenen Jahres unternahm, als er den europäischen Mächten ein Reparationsfeierjahr vorschlug, durch die Engherzigkeit eines Staates psychologisch und wirtschaftlich nutzlos verpuffte, ist die amerikanische Regierung jetzt zu der Ueberzeugung gelangt, daß sie zunächst darauf bedacht sein müsse, isoliert auf den amerikanischen Kontinent bezogene Konjunkturpolitik zu verfolgen. Charity begins at home. Da mit Europa nicht gerechnet werden kann, soll die Rettungsaktion in USA. beginnen. Wird sie gelingen?

Bemüht man sich, das amerikanische Experiment objektiv zu betrachten, dann drängt sich die Ueberzeugung auf, daß es über den defensiven Charakter nicht hinauswachsen wird. Die Vereinigten Staaten sind, wie bereits eingangs bemerkt worden ist, noch immer in sehr erheblichem Umfange ein Rohstoffexportland. Soll die durch die Darlehenspolitik der Reconstruction Finance Corporation jetzt vorsichtig, aber systematisch durchgeführte Kreditausweitung eine konjunkturbelebende Wirkung erzielen, dann müßte sie vor allem die Rohstoffpreise stabilisieren und in die Höhe setzen. Da die

statistische Lage fast aller in den Vereinigten Staaten erzeugten Rohstoffe aber außerordentlich schlecht ist, könnte eine Preissteigerung nur erzielt werden, wenn es gelänge, in großem Umfange Absatz auch im Ausland zu finden. Daran aber ist solange nicht zu denken, als sich die Konjunkturbelebungsversuche der amerikanischen Regierung nur auf das eigene Land beschränken. Solange es nicht gelingt, die Kaufkraft der anderen Völker ebenfalls mitzureißen, kann eine Preissteigerung der Rohstoffe sich nicht durchsetzen. So ergibt sich, daß die Bewegung einer Schneide der nordamerikanischen Preisschere weltmarktorientiert bleibt, während die andere, durch die Preise der Fertigfabrikate bewegte Schneide vom Binnenmarkt abhängig ist. Bei uns in Deutschland hat der Preiskommissar erklärt, seine Aufgabe sei im wesentlichen als beendet anzusehen. Die Kleinhandelspreise in den Vereinigten Staaten aber sind auch ohne kommissarische Einwirkung sehr stark gesunken. Sie zu erhöhen, liegt kein Anlaß vor, da die Preisschere sich alsdann nur weiter öffnen und Kaufkraft vernichten würde. Systematische Kreditausweitungspolitik aber müßte vor allem auf die Kleinhandelspreise einwirken. Damit wäre nichts gewonnen. Also kann sich die amerikanische Preisschere nur schließen, wenn es gelingt, die Rohstoffpreise international heraufzusetzen.

Ohne Streichung der internationalen Schulden läßt sich diese Wirkung nicht erzielen.

Der Planet ist eine Einheit; er läßt sich nicht in nationale Planetoïden zerlegen, auch wenn sich jedes Volk heute hinter seine Grenzen verkriecht. Sowenig die Vereinigten Staaten wirtschaftlich ohne Europa leben können, sowenig wird auch die Alte Welt aus dem Morast der Krise herauskommen, wenn sie die helfende Hand Amerikas nicht ergreift. Die amerikanische Bevölkerung ist unzweifelhaft zur Zeit europamüde. Aber auch sie wird zu der Erkenntnis gelangen, daß sie der Wirtschaftsprobleme nicht Herr werden kann, sofern sie nicht grundsätzlich internationale Zusammenarbeit sucht, anstatt sie zu meiden.

*

Ahnenforschung

von Dr. Otto Forst de Battaglia

Im nur scheinbar paradoxen Gegensatz zur gesellschaftlichen Entwicklung unserer Gegenwart hat sich das Denken unserer Zeit der überlieferten Bindungen besonnen. Während im politischen Leben, in der Schichtung der Völker die überkommene Ordnung erschüttert und, sei es durch ein Chaos, sei es durch eine sich festende neue Ordnung verdrängt

worden ist, mahnt uns die Stimme der Weisheit — nicht nur die Schule der Weisheit — jener unverlierbaren Zusammenhänge nicht zu vergessen, die uns an die Geschlechter vor uns binden. Frei wähnt sich, wer der erst jetzt zur politischen Herrschaft gelangten Phrase des „stupide XIX^e siècle" verknechtet ist. Aber die Klügeren, Tieferen zeigen uns die Grenzen, in die wir gebannt sind, die Grenzen, die wir nicht überschreiten können. Lebendig bleiben, die großen Franzosen Maurice Barrès, Paul Claudel haben es in ihren Dichtungen verkündet, und die deutsche Wissenschaft pflichtet ihnen bei, lebendig bleiben die Toten, die uns unsichtbar umschweben. Lebendig und mächtig bleiben die geheimnisvollen, unergründeten und in vielem unergründlichen Kräfte, denen wir gehorchen, ohne sie ganz zu kennen und auch, wenn wir sie nicht anerkennen wollen.

Umschichtung, Umwertung aller Werte, Sprengung der traditionellen Fesseln — die doch oft nur ein Faden der Ariadne waren, um uns sicher durch ein Labyrinth zu geleiten — sie haben sich in papierenen Verfassungen und Gesetzen ausgedrückt, sie vermochten politische Wirkung zu haben, nach innen und nach außen. Indes, was so neu, in bewußter Verleugnung geschichtlichen Werdens geschaffen wurde, müßte sich erst bewähren, selbst Geschichte, Ueberlieferung werden, um sich organisch in die Kette des Weltgeschehens einzufügen und nicht sofort dem ersten Anstoß zu erliegen.

Denn die historischen Kräfte stemmen sich gegen das Werk der Willkür. Eine Wissenschaft wie die Geopolitik lädt die Staatsmänner ein, sich mit den geographischen Gegebenheiten zu befassen. Sie rechnet zu diesen Gegebenheiten auch die Menschen in ihren vom Blut, vom Kollektiverlebnis, vom individuellen Willen eines Führers zusammengehaltenen Gemeinschaften. Eine neue Geschichtsauffassung, die ihre Spuren tief den einzelnen Abarten der historischen Forschung eingeprägt hat, bemüht sich um die Erkenntnis des Konnexes, der zwischen dem tatsächlichen Ablauf der Ereignisse und deren innerer Logik besteht. In der modernen Rassentheorie, die alle Zweige des öffentlichen Lebens erfaßt, versucht man die Ueberzeugung von der Allkraft des Bluts auf den mannigfaltigsten Gebieten, praktisch und theoretisch, zu erproben. Neben den reinen Geisteswissenschaften tritt dabei die wesentlich naturwissenschaftliche, schon zur selbständigen Disziplin gewordene Vererbungslehre hervor.

Es gilt, hier das richtige Maß zu bewahren und gerade da die Grenzen zu stecken, wo die Bewegung ihre innere Berechtigung aus dem Bestreben herleitet, dem uferlosen Freiheitswahn Grenzen zu bezeichnen. Es gilt, wo der Geist an die Schranken erinnert wird, die seinen Flug hemmen, daß umgekehrt nicht auch diese Schranken als erstickende Last sich

auf den Geist legen und ihm mit dem Traum der Allmacht auch das Bewußtsein der Macht rauben.

Diese hohe Aufgabe kommt der Vererbungslehre zu. Sie ist nicht nur an sich die Quelle eines leidenschaftlich begehrten, dem Menschen kostbaren Wissens von den Urgründen des Seins. Mit ihren Folgen berührt sie Politik und Moral, Geschichte und Recht, Kunst und Literatur, ja die höchsten und letzten Dinge.

Die Vererbungswissenschaft will die Gesetze klarstellen, nach denen Lebewesen, und die Menschen im besonderen, insgesamt oder als einzelne, von ihren Vorfahren Eigenschaften überkommen. Indem die experimentelle Forschung — wir denken nur an den genialen Mönch Gregor Mendel — uns eine stets sich erweiternde Reihe von Merkmalen zeigte, die vom Ahnen nach gewissen Regeln auf die Nachkommen übergehen, bestätigt sie nur eine längst dem Menschen eingeborene, deduktiv erkannte oder einfach praktisch gewonnene Ansicht, daß zwischen denen, die desselben Blutes sind, eine nicht zufällige Gemeinschaft herrsche. Indem diese Forschung aber auch enthüllt, wie diese Gemeinschaft nicht unbedingt ist, wie Anlagen ererbt, aber nicht immer entwickelt, wie Neigungen bekämpft und besiegt werden, wie sich andere als die Einflüsse des Bluts: Erfahrungstatsachen und auf ihnen beruhende Willensakte dem Erbe der Vorderen zugesellen und sich erst aus der Resultante der so einander kreuzenden Kräfte die einmalige Persönlichkeit ergibt, wirkt sie dem groben Materialismus, dem brutalen Kollektivismus entgegen, der in uns nur das Herdentier sieht, den Gefangenen der Rasse oder der Klasse. Es handelt sich um den richtigen — in den Hochkulturen der Menschheit stets vollzogenen — Ausgleich von Autorität und Freiheit, Streben und Bindung, Körperlichem und Seelenhaftem, um einen Ausgleich, der in der altchinesischen, antiken und christlichen Kultur geschehen, sich der Gegenwart nochmals als ein brennendes Problem darbietet.

Soll die Vererbungswissenschaft dieser ihrer hehren Berufung Genüge tun, dann muß sie, der beim Menschen das Experiment versagt ist, ihre Regeln stets aufs neue an den Tatsachen der Erfahrung überprüfen. Diese Tatsachen aber werden ihr durch die Genealogie geliefert. Aus der Zusammenarbeit von Genealogen und Vererbungsforschern sind schon manche schöne Früchte erblüht. Zumal, wenn, wie beim Gießener Gelehrten Professor Sommer, sich beides in einem vereinigt, naturwissenschaftliche und genealogische Kenntnisse und Erkenntnis. Doch im allgemeinen fehlt es noch an einer Koordination der Bemühungen, und im großen Publikum ist von den Ergebnissen der genealogisch begründeten Vererbungslehre nur eine vage und falsche Vorstellung, kein eigentliches Wissen vorhanden.

Und doch handelt es sich da um Dinge, die jeden angehen und die jeder zu begreifen vermag. Ich will in diesem Aufsatz nur eine Seite des gewaltigen Komplexes streifen, der in nicht ferner Zukunft zum geistigen Besitztum der Gebildeten werden muß. Mit dieser Probe hoffe ich eine ersprießliche Neugierde zu wecken und von der Bedeutsamkeit der hier erörterten Fragen eine unwiderlegbare Ueberzeugung zu vermitteln.

* * *

Die Grundtatsache der Vererbungslehre ist, wir wiederholen es, fast ein Axiom: Eigenschaften der Vorfahren finden sich in den Nachkommen wieder, besser: können sich in den Nachkommen wiederfinden. Wollen wir das durch Beweise dartun, dann müssen wir eine genügende Anzahl von Personen in ihren gegenseitigen Verwandtschaftsverhältnissen kennen, die physischen oder psychischen Eigenschaften dieser Personen feststellen, und dann sehen, wie sich Uebereinstimmung zwischen Vorfahren und Nachkommen, sei es direkt, sei es durch gemeinsame Ableitung gemeinsamer Eigenschaften der Seitenverwandten von den Eigenschaften ihrer gemeinsamen Ahnen, bekundet.

Die Genealogie lehrt uns die Methoden, nach denen wir diese Abstimmungstatsachen sammeln, also, populär ausgedrückt, Stammtafeln und andere genealogische Tabellen aufstellen. Geschichtliche Forschung macht uns mit den Eigenschaften der so in ihre verwandtschaftlichen Beziehungen gebrachten Personen bekannt. Die Vererbungslehre vergleicht nun das Material, entnimmt der oftmaligen Wiederkehr von Tatsachen, daß wir es da mit Gesetzen zu tun haben, oder sie wendet schon erschlossene Gesetze an, findet sie bekräftigt oder durch Ausnahmen entkräftet.

Je vollständiger für den einzelnen Fall die Tatsachen gesammelt sind, um so mehr Beweiskraft kommt ihnen zu. Vollständigkeit läßt sich nun am ehesten dort erzielen, wo praktisch die Vorbedingungen dafür geboten sind, nämlich bei den sogenannten Ahnentafeln.

Eine kurze theoretische Zwischenbemerkung, die wohl auch bei einem gebildeten aber nicht fachgebildeten Publikum am Platze ist... Man teilt die Tabellen, auf denen und durch die wir genealogische Tatsachen darstellen, in zwei große Gruppen. Die eine umfaßt die Darstellung der Personen, von denen eine andere Person durch Zeugung abstammt, also alle „Vorfahren" dieser Person. Es ist das die Ahnentafel oder Aszendenztafel. Sie ist nach mathematischen Gesetzen aufgebaut. Denn jeder Mensch hat 2 Eltern, 4 Großeltern, 8 Urgroßeltern usw.

Ein Gegenstück zur Ahnentafel ist die Nachfahrentafel oder Deszendenztafel. Sie umfaßt alle Personen, die von einer Person durch Zeugung abstammen, also die Kinder, Enkel, Urenkel usw. Hier herrscht keinerlei echte Gesetzmäßigkeit. Nur ungefähr dürfen wir auf Grund des errechneten Durchschnitts annehmen, daß auch in absteigender Linie die Verdopplung der Nachkommenzahl der Verdopplung der Vorfahren entspricht, also daß die Zahl der Nachkommen mit jeder Generation ums Zweifache wächst.

Die gebräuchlichsten genealogischen Tabellen, die Stammtafeln, sind nur ein Auszug aus der Nachfahrentafel, und sie umfassen alle von einer Person in rein männlicher Linie Abstammenden, also die Angehörigen einer denselben Namen führenden Familie. Sosehr nun die Stammtafel für praktische Zwecke, als Hilfsmittel des Geschichtsunterrichts, in sozialer und rechtlicher Hinsicht Verwendung findet: für die Vererbungsforschung ist sie nicht (oder nur in sehr bescheidenem Maße) brauchbar.

Zu den wenigen gesicherten Fakten unserer Wissenschaft zählt nämlich vor allem, daß Vererbung zwar auf der Abstammung beruht, indes nicht nur auf der vom Mannesstamm. Beschränkung der genealogischen Zusammenhänge auf die durch Männer vermittelten hat nur, auf unserer patriarchalischen Weltordnung beruhende, juridische, soziologische, historische, nicht aber biologische Berechtigung. Schon die Erfahrung belehrt uns, daß man von der Mutter ebensoviel und mehr ererben kann als vom Vater, von den mütterlichen Vorfahren ebensoviel und mehr als von den väterlichen.

Die Ahnentafel also ist es, zu der wir greifen müssen: denn sie bringt prinzipiell alle Ahnen, mithin alle potentiellen Quellen einer vererbten Anlage. Die Ahnentafel, und nicht die, auch beide Linien, die männliche und die weibliche, umfassende Deszendenztafel: denn diese zeigt uns nur, wie die Erbmasse eines Menschen sich fortpflanzt und alsbald, in den folgenden Generationen, sich nach Gesetzen, die stets nur statistische bleiben, neben anderen Erbmassen behauptet, während in der Ahnentafel theoretisch das gesamte Blutserbe einer Person uns zur Erforschung offenliegt. Keine Möglichkeit, Ererbtes zu entdecken, dessen Weg sich nicht in der Ahnentafel, die alle Vorfahren umfaßt, aufsuchen ließe.

Nun sind dieser theoretischen Vollständigkeit praktische Grenzen gezogen. Wir vermögen nicht die Vorfahren einer Person lückenlos festzustellen, weil die historischen Quellen versagen. Je höher ein Objekt der genealogischen Forschung sozial steht, um so weiter können wir seine Ahnen zurückverfolgen. Aber einmal kommt immer der Moment, wo wir unser resigniertes „Ignoramus, ignorabimus“ sprechen müssen. Vor dem bleibt keine Wissenschaft bewahrt. Doch es wird uns

auch nicht abschrecken. Aus dem uns zugänglichen Material ist uns gestattet, genug wichtige Beobachtungen zu ziehen. Das Mysterium der Vererbung enträtselt sich uns nur zum Teil, allein es wehrt uns nicht jeden Einblick.

Wer diesem Geheimnis naht, dem geziemt es, sich mit dem Wesen der Ahnentafel, mit den Problemen, die sie zur Erörterung stellt, vertraut zu machen. Die Ahnentafel hat, wie wir sahen, einen vollkommen regelmäßigen Aufbau. Von der Person beginnend, deren Erbmasse wir untersuchen, gelangen wir in jeder Generation zu einer gegenüber der vorigen verdoppelten Ahnenzahl. Eine einfache Formel gestattet uns rasche Berechnung. Nennen wir die Ahnenzahl A_1, A_2, A_3, A_4 usw., wobei die Ziffern die Nummer der betreffenden Generation bezeichnet, deren Ahnenzahl wir zu erfahren wünschen, so ist die Lösung 2^1, 2^2, 2^3, 2^4, also 2, 4, 8, 16 usw., allgemein $A_x = 2^x$.

Ziehen wir die nächste praktische Folgerung aus dieser unumstößlichen Regel, dann stört uns bald ein zunächst unlösbarer Widerspruch. Wir erhalten nach einer gewissen Zeit eine Ahnenzahl, der sich die Erfahrungstatsache entgegenstemmt, daß es niemals soviel Menschen auf Erden gegeben hat. Rechnen wir für eine Generation 30 Jahre, so müßte jeder von uns im Jahre 1070 v. Chr., also vor 3000 Jahren und 100 Generationen, 2^{100} Ahnen gehabt haben, also eine Quintillion und darüber! (1 mit 30 Nullen!), und noch im Jahre 70 v. Chr., zur Zeit Vergils, 2^{66} Ahnen, also etwa 70 Trillionen, im Jahre 730 n. Chr., bei Karls des Großen Geburt, 2^{40}, also eine Billion Vorfahren. Erst etwa im Jahre 1000 n. Chr., von dem uns 31 Generationen trennen, wäre die theoretische Ahnenzahl von 2^{31}, also 2 Milliarden, etwa der sämtlicher heute lebender Menschen gleich. Damals aber gab es viel weniger Erdbewohner, und nicht alle haben überhaupt Nachkommen hinterlassen, nicht alle konnten somit Vorfahren sein!

Die Lösung dieses am grünen Tisch deduktiv unlösbaren Widerspruchs bringt uns eine Erscheinung, die von Ottokar Lorenz, dem bedeutenden Historiker und Bahnbrecher wissenschaftlicher Genealogie, sehr unglücklich „Ahnenverlust", vom Basler Genealogen O. Hager unschön, aber besser „Ahnenimplex" geheißen wurde. Sie besteht darin, daß dieselben Vorfahren an mehreren und immer häufigeren Stellen der Ahnentafel erscheinen, daß also die theoretische Ahnenzahl von der wirklichen verschieden ist. So, und nur so, ist zu erklären, wie wir Deckung für die astronomischen Ahnenzahlen in einer noch faßbaren Vergangenheit finden. (Man bedenke, zur Zeit der ersten Pharaonen, um 4000 v. Chr., müßten wir jeder eine Zahl von Ahnen haben, die durch 1 und 200 Nullen auszudrücken ist!) Dieser Ahnenverlust wurde, wenn er in frühen Generationen, etwa schon bei den Urgroßeltern, eintrat, also auf der

Heirat von Geschwisterkindern beruhte, als Inzucht bezeichnet und von einer vorzugsweise deduktiven Pseudowissenschaft als gewaltiges Uebel angeprangert.

Das Problem des Ahnenverlusts, von dessen Gesetzmäßigkeit, seinem Zusammenhang mit der nationalen, ständischen Herkunft, seiner Rolle bei der Vererbung, ist das erste, das sich uns bei der Ahnenforschung aufdrängt. Es weckt in uns sofort die Frage nach der Erbintensität. So nenne ich die potentielle Kraft zur Vererbung der an sich vererbbaren Eigenschaften, die einer Person kraft ihres Platzes in der Ahnentafel, also kraft ihres Ahnentums im allgemeinen und dann wieder kraft ihres Platzes in der Ahnentafel zukommt. Der sogenannte gesunde Menschenverstand rät uns, den näheren Vorfahren größeren Einfluß auf unser Wesen zuzusprechen als den entfernteren. Indes auch da widerspricht die Erfahrung dem ersten Eindruck. Wir wissen, daß manche Eigenschaften nicht unmittelbar auf die Eltern zurückgehen, daß sie „springend" sich vererben. Es ist also nur eine, nicht unbedenkliche „Arbeitshypothese", wenn wir zunächst einmal annehmen, die Erbmasse der Eltern sei der Erbmasse aller früheren Generationen gleich (aus welcher Erbmasse sich ja die der Eltern zusammensetzt), also doppelt so groß als die der Großeltern, viermal so groß als die der Urgroßeltern usw. Es leitet sich davon eine zu überprüfende Formel her: die Erbintensität vermindert sich im Quadrat der Entfernung, multipliziert mit der Zahl der betreffenden Generation, welche den Nachkommen vom in Frage kommenden Ahnen trennt. Die Wahrscheinlichkeit dafür, daß eine an sich vererbbare Anlage auf den Deszendenten übergehe, beträgt somit bei Vater und Mutter 1:2, bei Großeltern 1:8, bei der dritten Generation 1:24; allgemein bei der xten Generation: $1:2^{x \cdot x}$.

Dieses, wir betonen es, auf der willkürlichen, aber unvermeidlichen Annahme, daß an sich jeder Ahne gleiche potentielle Erbintensität besitze, beruhende Gesetz kompliziert sich nun durch das Phänomen des Ahnenverlusts. Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, daß ein mehrmals auftretender Ahne seine Eigenschaften vererbe? Erhalten wir die Intensität einfach durch Addition der fürs jedesmalige Vorkommen anzurechnenden Erbintensität? Beträgt diese also z. B. bei einem zweimal auftretenden Urgroßvater 1:12 statt 1:24, oder wirkt es sich stärker aus, wenn ein Vorfahre nur einmal in einer späteren statt zweimal in einer früheren Generation anzutreffen ist? Wir haben dabei zwei weitere Fragen noch nicht berührt: Ist Abstammung durch die Männer und durch die Frauen an sich gleich wirksam, also die Erbintensität nur durch den Platz und die Häufigkeit des Vorkommens in der Ahnentafel bestimmt, nicht aber durch das Geschlecht der Vorfahren, über die vom Ahnen zum Nachkommen der Weg führt? Damit

verknüpft sich das Problem, ob es gewisse bevorzugte Linien in der Ahnentafel gibt, die wir als Kraftlinien der Erbintensität, als das Bett eines stärker fließenden Vererbungsstroms betrachten müssen.

Diese zuletzt angeschnittene Frage hat große praktische Bedeutung. Es geht da um nicht weniger als um die wissenschaftliche, ethische und soziologische Berechtigung des Patriarchats. Hat der Mannesstamm an sich einen privilegierten, von der Natur ausgezeichneten Platz in der Ahnentafel? Oder spielt gar, was dann dem Matriarchat seine Grundlage böte, die reine Mutterlinie eine besondere Rolle?

Alle diese Streitpunkte, an denen man bis in die jüngste Zeit achtlos vorbeischritt, harren der Beantwortung. Und dieser Antwort kann, soll und muß erst die systematische Erforschung zahlreicher Ahnentafeln die Bahn bereiten. Diese Erforschung wird uns ferner außer den mehr allgemeinen Gesetzen konkreten Aufschluß erteilen, wie sich Rassen und Nationen, Klassen und Individuen als Träger der Vererbung verhalten. Die gesamte Vererbungswissenschaft und damit auch die Rassentheorie mitsamt ihren politischen und literarischen Konsequenzen hängt mit ihren Theorien so lange in der Luft, bis sie an der Hand des hier skizzierten, allein maßgebenden genealogischen Materials überprüft sind. Was vorläufig geschah, beschränkt sich auf stichprobenweise Verwertung unvollständigen Materials, das nie weit genug zurückging.

Wir werden aus den großen Ahnentafeln ein Bild von der nationalen und rassischen Blutszusammensetzung einzelner Individuen gewinnen, ein Bild auch des sozialen Auf- und Abstiegs. Wir werden sehen, wie und woher sich gute, geniale und krankhafte Anlagen vererben. Und wir werden dann überrascht gewahr, daß nicht viele der herrschenden wissenschaftlichen und nicht eine der populären, politisch ausgewerteten Ideen über die Vererbung dem unwiderleglichen Material standhalten. Daß sich freilich, mit an Gewißheit grenzender Wahrscheinlichkeit recht merkwürdige Tatsachen ergeben.

Nun ist unser Material, wie ich schon angedeutet habe, am reichsten bei den höchsten Schichten der Gesellschaft zu erhalten. Das mag im konkreten Fall eine Einschränkung mit sich bringen, hindert jedoch nicht, beim Entscheidenden vom Einzelnen zum Typischen fortzuschreiten. Wollten wir uns mit Proletariern oder Kleinbürgern befassen, unsere Tätigkeit wäre unendlich ermüdend, sie wäre rasch am enttäuschenden Ende. Denn wir kämen da, mit Hilfe der Kirchenbücher häufig kaum bis zu den Urgroßeltern, und wir hätten obendrein nicht viel gewonnen, denn es fehlte uns die Möglichkeit, von der Physis und von den geistigen Eigenschaften der Vorfahren eines den unteren Klassen angehörenden Menschen klare Nachrichten zu bekommen. Greifen wir also lieber so hoch wir es nur können.

Als Beispiele für den Aufbau von Ahnentafeln möchte ich die des verstorbenen Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich und die des gegenwärtigen Oberhaupts der Wittelsbacher wählen. Ich verfüge da über ein sehr umfangreiches, einwandfreies und lückenloses Material, das in vieljähriger archivalischer Forschung entstanden ist und uns gestattet, die Vorfahren beider Fürsten bis in die vierzehnte Generation, also bis zur Reihe der 16 384 Ahnen zu verfolgen; ein Material, das sich außerdem dort, wo wir uns im Kreise des internationalen Hochadels bewegen, noch weiter zurück bis ins frühe Mittelalter erstreckt.

Wir wollen diese Ahnentafeln auf ihre nationale und ständische Zusammensetzung prüfen, uns mit dem Ahnenverlust beschäftigen und endlich auf die bemerkenswerten Gestalten der politischen und kulturellen Geschichte hinweisen, denen wir da auf unseren Tabellen begegnen.

Franz Ferdinand hat früh nichtdeutsche Vorfahren. Seine Mutter ist eine italienische Bourbonin, unter den Urgroßeltern sind zwei italienisch, eine spanisch. In der Reihe der 32 Ahnen treffen wir zum ersten Male Niederländer (Haus Nassau-Oranien), Franzosen (das Königshaus) neben einem italienischen, fünf spanischen, durchweg der Familie Bourbon angehörenden Vorfahren. Die nächste Generation (64 Ahnen) zeigt neben 42 Deutschen: je 6 Italiener und Spanier (außer Bourbonen noch Elisabeth Farnese), 5 Franzosen (Bourbonen und Lothringer), 2 Niederländer (Oranier), eine Engländerin (Haus Hannover-Welf) und 2 Polen (aus den Familien Leszczynski und Radziwill). Von da an bleibt das Verhältnis zwischen Deutschen und Nichtdeutschen etwa stationär. Zwei Drittel der Ahnen sind deutsch, ein Drittel verteilt sich auf die verschiedensten Nationalitäten. Unter ihnen am zahlreichsten die Franzosen, Italiener und Polen. Von den 4096 Ahnen der zwölften Generation sind z. B. außer 2676 Deutschen: 396 Franzosen, 249 Polen, 248 Italiener, dann 205 Spanier, 139 Dänen, 68 Portugiesen, 44 Niederländer, 26 Engländer, 15 Litauer, 6 Schweden, 6 Tschechen, 5 Russen, 5 Ruthenen, 4 Rumänen, 3 Ungarn, 1 Serbe.

Das Bild wäre unvollständig fügten wir nicht hinzu, daß es sich unter Berücksichtigung des Ahnenverlustes sehr verschiebt. Erzherzog Franz Ferdinand hatte, wie wir aus der beigefügten Tabelle sehen, einen für seine Kreise normalen, etwa dem Durchschnitt entsprechenden Ahnenverlust. In der zwölften Generation zählen wir so z. B. statt 4096 nur 526 verschiedene Ahnen. Nun ist es sicher nicht bedeutungslos, und es wiederholt sich diese Tatsache in allen mir bekannten Fällen, daß sich die Ahnenverluste hauptsächlich auf die deutschen, dänischen, englischen, spanischen und portugiesischen Vorfahren verteilen, während bei den Franzosen neben den auf das Haus

Capet-Bourbon zurückzuführenden Ahnenverlust, eine beträchtliche Anzahl von Vorfahren nur einmal erscheint und sich bei den Polen, abgesehen von den Königshäusern, die meisten Ahnen nur ein- oder zweimal finden. Wie gesagt: Je höher die soziale Schicht, um so höher die Vorkommenszahl eines Ahnen.

Die lange gewahrte Exklusivität der erzherzoglichen Vorfahren ist Ursache, daß die Deutschen aus dem Hochadel überwiegen. Unebenbürtige erscheinen zuerst unter den 128 Ahnen: polnische Magnaten, dänischer, sächsischer Uradel; unter den 256 Ahnen dann schlesische Patrizier. Aber erst unter den 4096 Ahnen treffen wir Bürgerliche. Hier stört uns auch die erste Lücke: drei weibliche Vorfahren sind uns in dieser Reihe bisher unbekannt geblieben.

Die Ahnentafel Rupprechts von Bayern ähnelt der des österreichischen Erzherzogs. Unter den Großeltern sind hier zwei, von den 16 Ahnen 6 Italiener. Von der zehnten Generation an verschiebt sich das Verhältnis zuungunsten der Deutschen. Die 1024 Ahnen sind ihrer Nationalität nach — in Klammern daneben die Zahlen für Franz Ferdinand —: 678 (744) Deutsche, 134 (98) Italiener, 107 (64) Franzosen, 38 (34) Spanier, 17 (26) Polen, 15 (11) Engländer, 14 (29) Dänen, 14 (13) Niederländer, 4 (0) Tschechen, 2 (3) Schweden, 1 (1) Rumäne, 0 (1) Ungar. Auch hier betrifft der Ahnenverlust vorzugsweise die Deutschen, Franzosen, Italiener und Spanier. Die ersten Lücken (8) treten in der Reihe der 2048 Ahnen auf. Sowohl was den Ahnenverlust als was die nationale und ständische Blutzusammensetzung anlangt, ist das aus den beiden Beispielen gewonnene Bild für die katholischen Fürsten der Neuzeit typisch. Individuell ist, allerdings in engen Grenzen, die jeder einzelnen Person eigentümliche Dosierung des Bluts. Doch im Wesentlichen sind diese Mitglieder der Regentfamilien einerlei Herkunft. Franz Ferdinand und Rupprecht sind miteinander im vierten Grad verwandt, aber unter ihren 64 Ahnen haben sie 58 gemeinsam! Man begreift, wie sich innerhalb eines geschlossenen Kreises eine einheitliche Tradition ausbildete und erhielt, und staunt eher, daß bei so geringer Verschiedenheit des Bluts noch soviel Differenzierung herrschte.

Von diesen Beispielen wollen wir zum Allgemeinen übergehen und die bereits gewonnenen Ergebnisse im größeren Rahmen erproben, erläutern.

Zunächst das Problem des *Ahnenverlusts*. Die Zahlen, die wir über die Vorfahren des Erzherzogs und des bayrischen Kronprinzen ermittelt haben, gelten für die soziale Schicht der regierenden Fürstenhäuser seit etwa dem 16. Jahrhundert. Ohne hier das im einzelnen beweisen zu können — es fehlt hierzu bei weitem an Raum —, darf ich mich auf ungefähr 100 Ahnentafeln berufen, die ich für andere Personen

desselben Kreises bis zu den 1024 Ahnen aufgestellt habe. Ich gebe als Beispiele die Zahlen für Maria Theresia, Kaiser Wilhelm II., Friedrich den Großen und den verstorbenen König Wilhelm II. von Württemberg:

Generation	Theoretische Ahnenzahl	Wirkliche Ahnenzahl					
		Franz Ferdinand von Österreich	Rupprecht von Bayern	Maria Theresia	Wilhelm II.	Friedrich der Große	Wilhelm II. von Württemberg
I	2	2	2	2	2	2	2
II	4	4	4	4	4	4	4
III	8	8	8	8	8	6	6
IV	16	12	16	16	14	10	10
V	32	18	26	26	24	18	20
VI	64	30	40	50	44	35	34
VII	128	58	74	70	74	63	66
VIII	256	101	122	110	116	117	108
IX	512	174	201	149	177	197	161
X	1024	234	269	240	256	—	205
XI	2048	341	353	—	—	—	275
XII	4096	526	575	—	—	—	456
XIII	8192	852	971	—	—	—	—
XIV	16384	1514	1697 (davon 268 unbekannt)	—	—	—	—

Je weiter wir fortschreiten, um so größer wird die Uebereinstimmung (die Differenz zwischen Franz Ferdinand und Rupprecht rührt davon her, daß beim letzteren viel mehr Ahnen unbekannt sind, bei denen sich noch manche Ahnenverluste ereignen werden). Daß sich innerhalb der europäischen Fürstenfamilie ohne Unterschied der Nationalität und der Religion, hier völlige Gleichheit zeigt, ist durch die gleiche soziale Struktur dieser internationalen Oberschicht zu erklären. Der Ahnenverlust, und das ist ein erstes allgemeines wichtiges Ergebnis, hängt von den gesellschaftlichen und moralischen Ansichten der Klasse ab, zu der eine Person gehört, deren Vorfahren wir untersuchen; des weiteren vom numerischen Umfang dieser Klasse. Der Beweis ist sofort gegeben. Schreiten wir ins Mittelalter zurück, dann haben wir innerhalb derselben Schicht dieselben Ansichten über Ebenbürtigkeit, die bei der Gattenwahl hemmend wirken, allein die Zahl der Mitglieder des untereinander ebenbürtigen Hochadels war größer. Konsequenz, der Ahnenverlust ist geringer. Und zwar um so geringer, je weiter zurück wir zeitlich gehen und je zahlreicher damals die Hochadeligen waren. Hier zum Beleg einige Zahlen:

(Tabelle s. S. 51)

Daß die sittlichen Anschauungen sehr ins Gewicht fallen, kommt auch deshalb im Ahnenverlust zum Ausdruck, weil in späteren Jahrhunderten die Abneigung gegen Heiraten unter

Generation	Theoretische Ahnenzahl	Wirkliche Ahnenzahl			
		König Konrad IV. † 1254	Kaiser Karl IV. † 1378	Isabella von Lothringen † 1453	König Antiochos X. von Syrien † 92 v. Chr.
I	2	2	2	2	2
II	4	4	4	4	4
III	8	8	8	8	6
IV	16	16	16	16	6
V	32	31	32	30	6
VI	64	60	60	50	10
VII	128	116	115	89	15
VIII	256	224	206	176	24

nahen Verwandten geringer war als im Mittelalter, wo Verwandtschaft im vierten kanonischen Grad, ja, im Frühmittelalter, im siebenten Grad als Ehehindernis betrachtet wurde. Blicken wir aber zurück ins Altertum, dann schnellt die Ziffer des Ahnenverlusts sofort in die Höhe, wenn wir in den obersten Schichten der Gesellschaft bleiben. In der hellenistischen Welt galt ebenso das Prinzip der Ebenburt wie im christlichen Europa, indes die religiösen und moralischen Anschauungen förderten eher die Verbindung naher Verwandter. So finden wir uns denn Ahnentafeln gegenüber, die schier unvorstellbare Inzucht zeigen. Als Beispiel sei etwa die des syrischen Königs Antiochos X. Eusebes 92 v. Chr. genannt. Man vergleiche die Ahnenzahlen dieses Produktes fortgesetzter Geschwisterehen mit dem anderen Extrem, dem Herrscher aus dem Hochmittelalter, Konrad IV.

Erproben wir den oben verkündeten Satz über die Abhängigkeit des Ahnenverlusts von den sozialen und religiösen Anschauungen, sowie vom zahlenmäßigen Umfang der Schicht, zu der jemand gehört, an weiteren Beispielen. In den nichtregierenden Geschlechtern des hohen Adels noch beträchtlich, sinkt der Ahnenverlust bei der Großbürgerschaft unserer Zeit auf ein Minimum — wir haben ja da infolge des Fehlens von strengen Ebenburtsbegriffen und des internationalen Horizontes ein weites Feld für die Gattenwahl —; er steigt beim Kleinbürgertum, das mehr an den Ort gebunden ist, sinkt beim wurzellosen und freizügigen Proletariat, erreicht dagegen beim jüdischen Kleinbürger, beim Bauern stattlichen Umfang. Denn diese beiden Schichten sind, wie der Hochadel, in der Gattenwahl beschränkt, und mehr als jener an ihren Heimatsboden gefesselt, neigen übrigens, aus mannigfaltigen Gründen zu Verwandtenehen. Dasselbe gilt vom schollentreuen Junkeradel. Wer diese Behauptung nachprüfen will, der blättere etwa, für den Hochadel, in der gedruckten Ahnentafel des Prinzen zu Isenburg, fürs Großbürgertum in „Goethes Ahnen" von Knetsch. Sonst muß ich auf meine eigenen Materialien ver-

weisen. Die Nationalität spielt an sich, im Gegensatz zur sozialen Schicht, keine Rolle beim Ahnenverlust. Es kommt ja nur auf die Ausdehnung der Konnubiums-Möglichkeiten und auf die herrschenden sozialen, sittlichen Anschauungen an. Wo diese Voraussetzungen gleich sind, zeigen sich auch ähnliche Zahlen des Ahnenverlusts. In dieser Beziehung stimmen ein deutscher Reichsfürst und ein polnischer Ghettojude eher überein als der eine mit einem deutschen Großindustriellen, der andere mit einem entwurzelten Sprossen einer schon seit langer Zeit im Westen lebenden Assimilanten-Familie. Und ein mexikanischer Inka, ein ägyptischer Pharaone, ein hellenistischer König gleichen einander darin, daß sie Sprossen von religiös und staatsrechtlich gebotenen Geschwisterehen sind, ein Großstadtproletarier des kaiserlichen Rom und ein nordamerikanischer Immigrantensohn darin, daß sie das Blut bunt zusammengewürfelter Vorfahren vereinen und den Gegenpol der Inzucht darstellen.

Wirkt nun der Ahnenverlust, das heißt, da jeder Mensch einmal Ahnenverlust haben muß: wirkt der früh sich zeigende Ahnenverlust, die „Inzucht", so wie es die populäre Vorstellung will, schädlich? Die Frage muß in ihrer Allgemeinheit unbedingt verneint werden. Niemand wird behaupten, daß ein Condé und Eugen von Savoyen, ein Erzherzog Karl und Friedrich der Große minderwertige Menschen waren, und doch findet man bei ihnen ganz artige Inzucht ihrer Vorfahren. Ja es scheint, daß biologisch gar keine Grenzen gezogen sind, von denen an die Verwandtenehe schädliche Wirkung hat. Die Seleukiden und Ptolemaier haben eine Anzahl von körperlich und seelisch vortrefflich geratenen Fürsten und Fürstinnen hervorgebracht, die alle mehr oder weniger den gewaltigen Ahnenverlust aufweisen, wie er aus der Aszendenztafel Antiochos X. ersichtlich ist. Wenn Psychiater von den verhängnisvollen Wirkungen der Verwandtenehe schreiben und das Schlagwort von der Degeneration überall Kurs hat, so beruht das auf einer unzulässigen Verallgemeinerung: Nicht *jede* Verwandtenehe ist schädlich, wohl aber die, welche zwei gemeinsam von einem krankhaften Vorfahren Abstammenden miteinander verbindet, während andererseits, wie schon die Zuchterfahrungen im Tierreich bestätigen, Inzucht *guter* Eigenschaften auch guten Erfolg verheißt.

Wir befragen wieder das einzige Orakel, die Praxis, also die Ahnentafeln. Während es Friedrich dem Großen sehr wohl bekommen hat, daß er viermal vom großen Schweiger Wilhelm von Oranien, zweimal von der grundgescheiten Kurfürstin Sophie von Hannover abstammt, können wir es beobachten, wie sich das genealogische Verhängnis über den spanischen Habsburgern zusammenzieht. Immer wieder die Inzucht auf Johanna die Wahnsinnige, bis die physischen und geistigen Kräfte des Geschlechts völlig vernichtet sind. Aehnlich geht es

z. B. den Herzogen von Jülich, in denen sich mehrere Erblinien treffen, die auf die Wahnsinnige zurückführen. Freilich, es sind nur *Anlagen*, die vererbt werden. Wer allzu apodiktisch das Fatum der Vererbung behauptet, der überzeuge sich durch die zahlreichen Keime geistiger Umnachtung, die in Friedrich dem Großen zusammentrafen, ohne schädliche Wirkung anzurichten, dann aber, in der nächsten Generation der Hohenzollern, den entarteten Friedrich Wilhelm II., hierauf den beschränkten Friedrich Wilhelm III. und endlich den verrückten Friedrich Wilhelm IV. hervorbrachten. Wir wagen nicht mehr als die vorsichtige, teils positive, teils negative Feststellung: *Früher und großer Ahnenverlust (Inzucht) ist an sich weder schädlich noch nützlich; er begründet die Wahrscheinlichkeit intensiver Vererbung von Eigenschaften, die bei den in nahen Generationen häufig auftretenden Ahnen vorkommen, hat also, wenn es sich um gute Eigenschaften handelt, die Tendenz zu guter, im anderen Falle zu schlechter Wirkung.*

Im einzelnen konkreten Fall wird die *Erbintensität* zu berücksichtigen sein. Es ist nicht gleichgültig, ob ein Ahne in naher oder ferner Generation oft auftritt. Die absolute Zahl besagt nichts und nur die relative etwas. Wenn der Hospodar der Moldau Jeremias Moghila und dessen Gattin Elisabeth Csomortány unter den Ahnen des Erzherzogs Franz Ferdinand zweimal erscheinen, in der zehnten und zwölften Generation, so bedeutet das weder für den persönlichen Einfluß der beiden, noch für den der Rumänen, Ungarn das geringste. Selbst wenn jemand wie Catherine von Parthenay zehnmal uns begegnet, je einmal in der neunten und zehnten, zweimal in der elften und sechsmal in der zwölften Generation, werden wir nicht nach Veranlagung des Erzherzogs zur Psalmendichtung forschen! Denn in Ziffern ausgedrückt ist die Erbintensität Catherines de Parthenay nur $1 : \frac{2048.12}{11}$ also etwa 11:24576. Das heißt auf die Parthenay fällt $\frac{1}{2234}$ der Erbmasse der Erzherzogs, und die Chance, daß er etwas von der Trägerin dieser Erbmasse geerbt habe, ist 1:2234. Anders steht es, wenn das häufige Vorkommen in nahen Generationen erfolgt. Antiochos X. hat den König Antiochos III. von Syrien neunmal zum Ahnen, indes wie groß ist hier die Erbintensität! Antiochos III. erscheint einmal in der vierten Generation (Erbintensität also 1:64), und achtmal in der fünften Generation (Erbintensität also 8.1:160, mithin 1:20). Die Gesamterbintensität Antiochos III. in der Ahnentafel Antiochos X. beträgt daher 21:320, etwa 1/16, die Wahrscheinlichkeit der Vererbung einer Eigenschaft etwa 1:16.

Sogleich melden sich hier die schon erwähnten Bedenken, ob wir jedem Ahnen derselben Generation den gleichen Einfluß einräumen dürfen. Die Praxis sagt nein. Ein Blick auf die Bildnisse des Großen Kurfürsten und Wilhelms II., auf die Habsburger, auf Alfons XIII. und Philipp IV. belehrt uns darüber. Denn wir finden da Aehnlichkeiten mit entfernten Vorfahren, deren Erbintensität eine mathematisch geringe ist, während anderseits häufig relativ nahe Verwandtschaft von keinerlei physischer Uebereinstimmung begleitet ist. Ohne daß wir hier positive Regeln bereits heute entdeckten, müssen wir feststellen: dem Mannesstamm scheint in der Tat stärkere Wirkung zu eigen. Ferner dürfte die Mutterlinie, wie v. Dungern in einer bedeutenden Schrift bemerkt, eine besondere Wichtigkeit haben. Ich glaube auf Grund umfangreicher Beobachtungen eine weitere generelle Behauptung wagen zu sollen, als Hypothese und noch nicht als Regel, immerhin als eine Vermutung, die an Gewißheit grenzt: Die Wahrscheinlichkeit der Vererbung einer vererbbaren Eigenschaft hängt erstens von der Erbintensität des sie vererbenden Ahnen ab, zweitens vom Platz, den dieser Ahne in der Ahnentafel einnimmt. Dabei ist ein Platz um so mehr privilegiert, je näher er einer Linie liegt, die im reinen Mannesstamm oder im reinen Weibesstamm direkt an den Erbnehmer heranführt. Etwas summarisch und populär ausgedrückt: Man ererbt am ehesten von der väterlichen und mütterlichen Familie, dann von den Familien der Großeltern, der Urgroßeltern usw. seine Eigenschaften, jedoch besteht, nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung, auch die Möglichkeit, von entfernteren Ahnen und ihren Geschlechtern etwas zu überkommen.

Galten unsere bisherigen Untersuchungen mehr der naturwissenschaftlichen Seite des Ahnenproblems, so betreten wir mit denen über nationale und ständische Blutsmischung konkreten historischen Boden. (Vordem war uns der historische Fakt nur Beispiel und sekundäres Material.) Wir wollen wissen, wie sich zu verschiedenen Zeiten die Völker und die Gesellschaftsschichten miteinander vermengt haben. Die Ahnentafeln von Franz Ferdinand und Rupprecht haben uns da nur über die katholischen Fürsten unserer Gegenwart unterrichtet. Wir betonen das Katholische, denn während beim Ahnenverlust nur die soziale Schicht wesentlich ist, der jemand angehört, bedingt die Konfession Unterschiede in der nationalen Zusammensetzung der Aszendenz. Seit dem 16. Jahrhundert ist das Konnubium zwischen den christlichen Konfessionen fast völlig geschwunden. Nur infolge von Konversionen begegnen uns in den Ahnentafeln Vorfahren, die nicht die Religion ihres Nachkommen bekennen. Da nun die Verschiedenheit des Glaubens auch die

Völker trennte (die an sich nirgends und nie der völkisch-gemischten Ehe widerstrebten), so unterscheiden sich die Ahnentafeln des katholischen und evangelischen Hochadels in nationaler Hinsicht.

Während beim ersten das Uebergewicht des deutschen Blutes ein keineswegs erdrückendes, wenn auch entschiedenes ist — es schwankt zwischen 50% bei den französischen Bourbonen bis zu Ludwig XV., und 65% bei Wittelsbachern und Wettinern —, sind die evangelischen Fürsten fast rein deutscher Abkunft. König Wilhelm II. von Württemberg hat z. B. unter den 1024 Ahnen: 813 Deutsche, 59 Niederländer, 52 Dänen, 52 Franzosen, 16 Tschechen, 13 Engländer, 11 Schweden, 5 Polen, 3 Spanier. (Friedrich Wilhelm I. von Preußen zählt unter seinen 256 Ahnen: 170 Deutsche, 44 Franzosen, 10 Dänen, 10 Polen, 7 Schotten, 6 Tschechen, 4 Engländer, 3 Niederländer, 2 Italiener, und bei seinem Sohn Friedrich dem Großen ist der Prozentsatz deutscher Ahnen noch geringer. Allein die Hohenzollern sind da eine Ausnahme.) Man kann für die Askanier, Nassauer, Oldenburger, Mecklenburger, Württemberger und für die kleineren deutschen Regentengeschlechter einen Durchschnitt vermuten, der sich bei den Deutschen auf etwa 80% der Vorfahren beziffert.

Wir notieren also das vorläufige Ergebnis: bei den katholischen Dynastien (und bei den ihnen genealogisch näheren Hohenzollern, Wettinern) Ueberwiegen der Deutschen mit $^1/_2$ bis $^2/_3$, sonst deutsche Mehrheit von $^4/_5$ der Ahnen. Beim vornehmen landsässigen Adel erhalten wir etwa analoge Ziffern. In den katholischen Ländern wie Frankreich, Oesterreich, Spanien, dem südwestlichen Deutschland, nationale Mischung, bei der die eigene Nation dominiert, aber ein beträchtlicher Zuschuß fremden Bluts vorhanden ist. In den protestantischen fast völlige Homogenität. Diese herrscht überall im niederen Adel und im Bürgerstand. (Man vergleiche hier wieder Goethes Ahnen!) Das bezieht sich aber nur auf die Zeit von der Reformation bis zur französischen Revolution. Von da an geschieht, zumal im österreichischen Beamtenadel, dann überall in der sich bildenden Großbürgerschaft die stärkste, teilweise noch die des Hochadels übertreffende Blutsmischung. Es dringt ferner das vordem nicht vorhandene russische und jüdische Blut nach Westen, und zwar bis in Kreise, von denen man gemeinhin keine Ahnung hat. Der eine Schapiro, der als Šafirov zum Vizekanzler Peters des Großen wurde, hat nach 150 Jahren jüdisches Blut in 20 Fürstenhäuser, darunter ins souveräne der Herzoge von Holstein-Beck, in deutsche mediatisierte Geschlechter (Sayn-Wittgenstein!), zu den Erbmarschällen der Römischen Kirche (Chigi) und in die Blüte des polnischen (Lubomirski, Potocki, Lanckoroński) und russischen Adels gebracht. Es begegnen uns sogar Nachkommen von Gelben (Graf

Coudenhove-Calergi ist der Sohn einer vornehmen Japanerin) und Negern (die Deszendenz des Leibmohren Peters des Großen Hannibal, zu der u. a. der berühmte russische Poet Puškin und die Prätendenten auf den luxemburgischen Thron, die nassauische Seitenlinie der Grafen von Merenberg gehören. . . . Die Nachkommen eines nach Wien verschlagenen schwarzen Prinzen, unter ihnen der Dichter Hoffmann von Fallersleben). Daß in Nordamerika auch unter den ersten „weißen" Familien zwar das gelbe und schwarze Blut verachtet, doch das indianische verbreitet und hochgeschätzt ist, bedarf wohl keiner Feststellung: die Gattin des Präsidenten Wilson und mit ihr viele Damen der upper ten rühmen sich der Abkunft von der Indianerfürstin Pocahontas, und der Vizepräsident Curtis ist Halbindianer. Wendet man sich freilich von den kosmopolitischen Magnaten und Großbürgern oder vom internationalen Proletariat der bodenständigen Mittelklasse zu, besonders den Bauern, dann zeigt sich noch heute nationale Einheitlichkeit, von der nur Grenzgebiete eine Ausnahme machen. Ich habe für beides, die Regel und die Ausnahmen, in Deutschland, Frankreich, Italien und Polen reiche Belege an Ahnentafeln von Bauern und Bürgern gesammelt.

Kehren wir über die Zeit der Reformation hinaus ins religiös unzersplitterte Mittelalter zurück, dann verschwindet der Gegensatz zwischen den katholischen und den protestantischen Ländern, der zwischen den sozialen Schichten bleibt in bezug auf die nationale Zusammensetzung der Vorfahrenschaft aufrecht. In jener Zeit waren die Fürsten und Dynasten, so wie heute deren katholischer Teil und noch stärker, das Produkt der mannigfaltigsten Blutsmischung, in der damals das Deutsche nicht immer überwog. Man muß da zeitliche Grenzen ziehen. Bis ins 12. Jahrhundert sind die Mitglieder der herrschenden Familien soviel wie ganz germanischen und zum großen Teil westgermanischen Bluts. Eine schwache Beimengung von altrömischen, byzantinisch-griechischen und russisch-slawischen, mongolischen Erbmassen ist kaum bemerkbar. Nehmen wir als Beispiel Friedrich Barbarossa. Von seinen 64 Ahnen sind 50 Westgermanen (Deutsche, Franzosen, Italiener), 6 Nordgermanen (Dänen, Norweger), 2 Polen wahrscheinlich und 1 Russe sicher nordgermanischer Herkunft, 1 Elbslawe, 1 Böhme, 1 Magyare, 1 Italiener vermutlich lateinischer Abstammung und 1 unbekannter Nationalität, wohl Slawe oder Ural-Altaier.

Seit dem 13. Jahrhundert kommt in die europäische Hochadelsklasse immer mehr slawisches, zumal westslawisches (Elbslawen wie die Mecklenburger, Pommern, Polen und Böhmen), dann russisches, nur in geringem Maße südslawisches (serbisches), dazu ein wenig altlateinisches (aus Frankreich, Süditalien), keltisches (durch schottische, irische Dynasten), relativ viel griechisches (durch die byzantinischen Kaiser, aber auch

durch Magnaten) und armenisches (wie das griechische während der Kreuzzüge eingeströmtes), endlich mongolisches (ungarisches, tartarisches, kumano-türkisches, altbulgarisches) Blut. Als Beispiele, wie sich langsam das Vordringen der nichtdeutschen Elemente vollzieht, hier die Zahlen für Konrad IV. von Hohenstaufen († 1254), für Kaiser Karl IV. († 1378) und die lothringische Herzogin Isabella († 1453). Sie lauten für Konrad von 128 Ahnen 113 Westgermanen aus Deutschland, Frankreich, Italien, 10 Normannen und 1 Norweger (Nordgermanen), 1 Pole, 2 Armenier, 1 Ungar. Für Karl IV. von 256 Ahnen: 115 Deutsche, 97 Franzosen, 20 Griechen, 15 Russen, 3 Polen, 2 Ungarn, 1 Engländer, 1 Provençale, 1 Tscheche, 1 Serbe. Bei Isabella von 512 Ahnen: 259 Deutsche, 107 Franzosen, 40 Niederländer, 13 Engländer, 7 Dänen, 10 Italiener, 9 Spanier, 5 Provençalen, 11 Polen, 11 Tschechen, 4 Pommern, 3 Russen, 9 Griechen, 16 Ungarn, 8 Turko-Kumanen.

Auf der obersten Stufe des Hochadels nimmt die Internationalität bis zum Ende des Mittelalters immer mehr zu. Den Gipfel erreicht sie in Maximilian I., bei dessen 32 Ahnen bereits sich folgendes Völkerkonglomerat zeigt: 6 Spanier, 5 Portugiesen, 5 Italiener, 4 Russen, 3 Franzosen, 3 Engländer, 2 Polen, 1 Tscheche, 1 Litauer und ... 2 Deutsche.

Aehnliche Buntheit der Abstammung treffen wir erst wieder im klassischen Altertum bei den hellenistischen Fürsten, auch im alten Orient: nicht bei den Römern und nicht bei den Griechen der republikanischen Zeit, die beide sehr rein ihre nationale Blutseinheit wahrten.

Wir brechen ab. Zu weit würde es führen, jeden Stand und jedes Land, jede Epoche auf ihre nationale Vermischung zu untersuchen. Ich will nur das grundlegende allgemeine Ergebnis hervorheben, das sich bereits aus dem hier vorgelegten Material ergibt: *soweit wir zurückschreiten, und je weiter wir zurückschreiten, um so mehr erweist sich die europäische Herrenschicht als wesentlich germanischen und fast rein nordischen Bluts, mit einer gewissen Beimengung uralaltaischer Elemente.* Die intuitiv erfaßte Tatsache ist von Rassentheoretikern wie Gobineau, Woltmann, Günther verkündet, von Ungarn wie Kaszónyi modifiziert worden, berührt sich mit den Ergebnissen der Schmidtschen Kulturkreislehre und wird hier von mir erstmals unwiderleglich mit Daten begründet. Welches Land, welchen Herrscher, welche Zeit wir herausgreifen: dieses Bild bleibt dasselbe. Gehen wir über die Zersplitterung in Deutsche und Niederländer hinweg, zählen wir die durchweg germanischen Ursprung besitzenden großen französischen, italienischen Dynastien dazu, erinnern wir uns des normannischen Ursprungs der Rjurykiden, so erhalten wir

unter dem eben vorangestellten Gesichtspunkt folgende charakteristische Zahlen: Ahnen Wilhelms II. von Württemberg (19. Jahrhundert), von den 1024 Ahnen 948 rein germanisch, dazu unter den 52 Franzosen mindestens zwei Drittel im Mannesstamm germanisch. Weiter 21 Slawen, 3 Spanier. Germanischer Blutsanteil 96%, nordischer 98½%. Maria Theresia (18. Jahrhundert): von 1024 Ahnen 745 rein germanisch, dazu unter den Franzosen die Capetinger und die meisten Dynasten, von den Spaniern ursprünglich alle Linien der Häuser Kastilien und Aragonien, dann sämtliche Portugiesen aus dem Haus Bragança-Capet, die meisten Italiener, die Russen aus dem Geschlecht Rjurykś germanisch. Germanischer Blutsanteil also etwa 90%, nordischer 96%. Isabella von Lothringen: von 512 Ahnen etwa 430 germanisch, also rund 84%, nordisch dazu die Slawen, mithin 90%, etwa 3% lateinisch-mittelmeerisch, 3% griechisch, 4% mongolisch-uralaltaiisch. Karl IV.: Germanisch 84%, Nordisch 92%. Wie sehr diese Regel auch für dem eigentlichen deutschen Bereich entrückte Herrscher gilt, das beweise die Ahnentafel des letzten polnischen Piasten, Kasimirs des Großen. Unter den 64 Ahnen hat er 19 Deutsche, 17 Russen (Rjurykiden), 1 Norweger, 4 Polen, 2 Tschechen, 3 Elbslawen, 4 Franzosen (germanischer Abkunft), 8 Griechen, 3 Ungarn, 1 Mongole. Also 64% germanisch, 81% nordisch, 12% griechisch-mittelmeerisch, 7% mongolisch.

Ich will nicht die Konsequenzen andeuten, die sich aus dem hier klargelegten nationalen und rassischen Gegensatz zwischen der Europa beherrschenden Oberschicht und den mittleren, unteren Klassen, die national einheitlichen und, außer in Teilen Mittel- und Nordeuropas, anderen Blutes waren, ergeben. Es müssen aber nicht unbedingt die von der extremen Rassentheorie gezogenen, von der ethischen und geistigen Höherwertigkeit der nordischen Rasse, der germanischen Völker sein. Für die größere Befähigung zur Herrschaft, zur Ausübung der Macht, sprechen diese Tatsachen unbedingt. Und man wird nicht an der weiteren Tatsache vorüber können, daß sich die politische Obmacht dieser nordischen Herrenschicht gerade seit der französischen Revolution ständig vermindert hat und seit eben derselben Zeit die Rassen-Homogenität des Hochadels in einem Grad erschüttert wurde, von dem in weiteren Kreisen, ja selbst bei Genealogen und Rassenforschern, keine Vorstellung herrscht. Man vergleiche einmal die „Entnordung", wie sie von Generation zu Generation sich in der Ahnentafel der Habsburg-Lothringer vollzieht. Von Maria Theresia stets wachsend bis zur Generation Franz Josephs, dann Franz Ferdinands, Karls und endlich Ottos, der bereits überwiegend nichtdeutschen und auch nichtnordischen Blutes ist. (Nochmals sei betont, daß ich nur Fakten berichte, keine Wertung anstrebe!)

Ich muß mir es auch versagen, auf andere soziologische und politische Ergebnisse der Ahnenforschung mit dem an sich geziemenden Nachdruck hinzuweisen. Nur ein paar Punkte seien gestreift, auf die ich später einmal zurückkommen werde. Bestätigt die Ahnenforschung auch die zwischen den Ständen und Nationen durch die Verschiedenheit des Bluts und der Erbanlagen aufgerichteten Scheidewände, so zerstört sie doch anderseits das Dogma von deren unerschütterlicher Dauer. Die doktrinäre Ansicht, Proletariat, Bürgertum, Adel seien genealogisch streng voneinander geschieden, ist Unsinn. Es gibt keinen Proletarier, der nicht Könige, keinen König, der nicht Proletarier zu Ahnen hätte. Zwischen den aneinander grenzenden Ständen und Klassen sind die Uebergänge fließend. Eine jede Ahnentafel bietet uns dafür genug Beispiele, wie es vom Monarchen zum Magnaten, vom Magnaten zum Junker und zum Großbürger, von diesem zum Bauern und zum Proletarier geht. Ebenso steht es um die Nationen. Absolute Blutsreinheit ist eine Utopie, relative Blutsreinheit nicht etwa ein Vorrecht der Völker, sondern der durch ihre Lebensbedingungen dazu gedrängten Klassen.

Doch das soll nicht zur platten Ablehnung der angeborenen Verschiedenheiten und Gemeinsamkeiten bewegen. Blut ist kein Wasser. Die Vererbungslehre bestätigt es uns hundertfältig. Die Ahnenforschung enthüllt uns den Menschen als den Gefangenen seiner Vorfahren. — Ists nicht auch eine ethische Motivierung des von den Umstürzlern bekämpften Erb*rechts* an Dingen und Befugnissen, daß die Natur uns die *Lasten* unserer Abkunft auferlegt hat? — Indem wir aber aus der historischen und persönlichen Erfahrung schöpfen und lernen, wie diese Gefangenen ihre Fesseln abwerfen oder sanft abstreifen können, besinnen wir uns auf die Schranken, die den Schranken gezogen sind. Ein Maximilian I., in dessen Adern kaum ein Sechzehntel deutschen Bluts floß, ist doch der deutsche Fürst gewesen, als den ihn die Ueberlieferung kennt. Kasimir der Große, der je dreimal mehr russische und deutsche als polnische Ahnen hatte, war der größte polnische Regent vor jenem Stefan Bathory, der überhaupt keinen nachweisbaren Tropfen polnischen Bluts hatte. Friedrich der Große hatte mehr französische als deutsche Ahnen; der Jude Beaconsfield begründet das englische Weltreich (dessen großer Herrscher Eduard VII., der Gegner Deutschlands, von 128 Ahnen 127 Deutsche und einen Engländer hatte!); Ludwig XIV. besaß weit mehr spanische und deutsche als französische Vorfahren.... Das Ererbte fügt sich eben nur als ein Glied, freilich als das wichtigste Glied, in die Dreiheit, auf der die Persönlichkeit des Menschen beruht: Blut, Umwelt, Erlebnis. Ungeahnte Möglichkeiten vermag uns die Ahnenforschung zu eröffnen. Doch wir werden uns demütig von vornherein darein finden,

daß es Möglichkeiten und nicht Gesetze eines unentrinnbaren Fatums sind, die wir erfahren. Daß wir einen wesentlichen Teil unseres Selbst von den Vorfahren empfangen, gebietet uns, ihnen die Treue zu wahren, nicht leichtfertig eine Ueberlieferung beiseite zu schieben, aus der wir erwachsen sind. Daß wir dennoch nicht die willenlosen Werkzeuge eines Erbverhängnisses sind, bekräftigt uns aber im stolzen Bewußtsein unserer Freiheit, und es zwingt uns zur Verantwortung für unser Tun und Lassen. Im Reiche, das die Toten und die Lebendigen umhegt, ist uns diese Freiheit und Verantwortung beschieden, nicht Losgelöstheit von allen Banden, sondern die vernünftige und vom Gefühl der Verpflichtung geadelte Freiheit eines Christenmenschen.

*

Wilhelm von Scholz, sein Leben und sein Schaffen

von Hanns Martin Elster

Von deutscher Erde kommt Wilhelm von Scholz her. Von dort her, wo Erde nichts als Erde ist. Wo das Deutschtum sich erhielt im ewigen Ringen um seine Behauptung gegenüber dem angrenzenden, andrängenden Slawentum, mit dem es sich bisweilen vermengte, vermischte. Von dort her, wo die Erde den Menschen prägt durch das zeitlose Gebaren, das sich ihm aufzwingt. Wo der Mensch Erdmensch, Bauer ist und nichts sonst. Damit aber dem Irdischen ebenso tief und ewig verbunden, wie dem Unirdischen, den geheimnisvollen Kräften, dem All. Damit zeitlos dem Raum, in der Begrenztheit des bebauten Ackers und in der Unbegrenztheit des schweifenden Blickes verhaftet. Wilhelm von Scholz spürt, wenn er sein Leben, „das wie ein Baum still und stark die ihm bestimmte Entwicklung hinnimmt", betrachtet, dies alles ständig in sich und um sich. Weil sein Leben „sich mit den Jahreszeiten aufwärts und abwärts bewegt", weil es „Land und Scholle, Wald und Feld, Himmel und alle Wetter nah um sich fühlen muß, um nicht zu ersticken", weil es „sich immer den großen und schon den kleinen Gewalten der Natur gegenüber demütig machtlos weiß und ruhig wieder sät, wenn eine Ernte verhagelt ist" — deshalb erkannte Scholz, der seinen Vater und Großvater innig liebte, daß er „doch am meisten das Kind jener namenlosen, Furche auf-, Furche abgehenden schlesischen Bauern" ist, von denen sein „Geschlecht in dem Dämmer nicht einmal sehr ferner Vergangenheit zweifellos abstammt".

Am Anfang der Ahnenreihe „steht namenlos und schattenhaft auf verdämmerndem, braunem Acker die derbe Gestalt

eines schlesischen Bauern, mit kräftigen Armen und Fäusten, welche die Scholle umbrechen, säen, bauen, mit festen Schultern und breitem Rücken, die das alte harte Bauernungemach getragen haben werden. Vorväter und Mütter gehen noch weiter im Dunkel der Zeit wie er furchenauf, furchenab, säen, ernten, säen, ernten — ein endloser Zug. Der erste von ihnen kann ein verpflanzter Sachse oder ein Franke gewesen sein, der sein oberdeutsches Weib mitbrachte. Dessen Sohn oder dessen Enkel freite vielleicht einmal ein slawisches Mädchen. Aus allen Familien des Landes entstand so die wunderbare schlesische Blutmischung, die einen tüchtigen, neuen deutschen Volksstamm entstehen ließ, die durch Jahrhunderte besonders Dichter auf Dichter aus sich zeugte."

Und so auch den Dichter Wilhelm von Scholz. Seine Erinnerung konnte nur noch in Jahrhunderte zurück den Urgroßvater Johann Adam entdecken, der 1726 in Märtschütz bei Liegnitz geboren wurde, nach der Besitzergreifung Schlesiens durch Friedrich d. Gr. Steuerbeamter in Schweidnitz, Kämmerer in Reichenbach und dann Ratmanne (Forstverwalter) und Ratssenior wieder in Schweidnitz wurde, hier im Hause Burgstraße 3 mit seiner 1754 geehelichten Frau Johanna Rosina, Tochter des Kaufmanns Christian Müller (gest. 1786), bis an seinen 1797 erfolgten Tod hauste. Fast wäre sein Name „Johann Adam" unserem Dichter zugespielt worden, glücklicherweise erhielt er von ihm unmittelbar nur eine kleine hölzerne Taschensonnenuhr, mit der Jahreszahl 1752, die heute noch in seinem Besitz ihren Gang läuft. Johann Adam, der sich bisweilen auch noch Scholtz schrieb, ließ seinen 1764 geborenen (und 1831 gestorbenen) Sohn Ernst Wilhelm die Rechte in Halle studieren, auf daß er (Justitiar), Magistratsmitglied, Land- und Stadtgerichtsassessor in seiner Heimatstadt werde und das mit seiner Frau Christiane Marie Johanna, geborene Wiesner, verwitwete von Erdmann, vermehrte Bürgergut an seinen Sohn, den Großvater des Dichters, Franz Albert Moritz (geb. 1801, 1883 geadelt, gest. 1889), weitervererbe. Dieser Großvater, der von 1819 bis 1823 in Berlin und Halle Medizin studierte und sein Leben von den napoleonischen Kriegen bis zum letzten deutschen Kaiser Wilhelm II. in Schweidnitz, zuletzt als Geheimer Sanitätsrat verbrachte, wurde schon, wie nicht die bereits 1868 verstorbene Großmutter Sophie, geborene Thiel, von der Liebe des Knaben umarmt. Noch 31 Jahre seines Lebens hatte dieser Großvater in Goethes Zeitalter gelebt. Und als er zu Grabe getragen wurde, stand an der offenen Gruft „auf dem winterlich kahlen, menschenerfüllten Friedhof, nahe der schmucklosen Friedenskirche", „die einzige Enkelin, die Tochter des frühe verstorbenen jüngsten Bruder meines Vaters, dabei an der Hand", ein werdender Dichter aus seinem Blut, der Enkel Wilhelm von Scholz. Der

Sohn freilich, des Dichters Vater, am 1. November 1833 in Schweidnitz geboren, Adolf von Scholz, war in die Fußstapfen der bürgerlichen Scholz getreten, Beamter und schließlich der letzte Finanzminister Bismarcks geworden: mit bewußtem Blick die Zeit von 1848 bis zum Niederbruch des neuen Reiches überschauend, denn er ging erst am 24. März 1924 im Patriarchenalter von über neunzig Jahren auf seinem in den achtziger Jahren erworbenen kleinen Gute Seeheim bei Konstanz dahin. Die Mutter des Dichters aber, Anna, geborene Mentzel, heute eine Greisin in den hohen Achtzigern, entstammte theologisch-schlesischer Familie.

Die Kraft der Dichtung erwachte für die Familie Scholz in dem am 15. Juli 1874 in der Berliner Hohenzollernstraße geborenen Knaben, dessen Geburtsstunde ebensosehr von den Strahlen des Saturnus, des Hüters aller Mystik, alles Okkultischen, wie der fünf Planeten, darunter Sonne und Mond, in dem stark auf die Oeffentlichkeit wirkenden siebenten Hause durchflutet war, also auf besondere Kräfte der Seele und des Geistes wie auf besondere Erfolge im öffentlichen künstlerisch-geistigen Leben hindeutete. Dessen Taufe aber mit Wasser aus dem heiligen Jordan, das für einen gleichzeitig geborenen Prinzen geholt worden war, also mit symbolgetränktem Stoffe erfolgte. Der Knabe schon baute hoch über der Eisenpforte der hohen Gartenmauer seiner väterlichen Wohnung am Berliner Kupfergraben, dort wo die Dorotheenstraße endete, sein Kasperletheater auf zwei übereinander gestellten Tischen und eröffnete den hier an ihrer Endhaltestelle wartenden Kutschern und Schaffnern der Charlottenburger Pferdebahn ein Sommertheater mit regelmäßiger Wiederholung bei gutem Wetter. „Ich hatte verkehrsstörenden Erfolg, der sich auch in namhaften Verspätungen der zur Zeit meiner Vorstellungen nach Charlottenburg fahrenden Trambahnwagen, im längeren Ausbleiben der Dienstmädchen und Schulkinder, selbst einiger Universitätsprofessoren und Lehrer des von mir besuchten Friedrichswerderschen Gymnasiums bekundete, die ihre Vorlesungen und Lehrstunden versäumten."

Und bereits wuchs die früheste Erinnerung an Dichterisches in ihn hinein. Verse waren es; „freilich nur halb lyrische, halb doch dramatische Verse: ein Monolog des Ovid in der Verbannung in Tomi — vielleicht, was sich heute nicht mehr feststellen läßt: Iphigenie, in der Maske Ovids, Tauris und Tomi tauschend; ich vermute das nur, ohne greifbare Unterlagen dafür zu haben, wie ich auch keine Gewißheit dafür finde, daß dieser verbannte, klagende Dichter, der mir aus der Schule gefolgt war, in jenem Monolog wirklich meine allerersten Verse gesprochen. Immerhin aber sind die Begleitumstände, deren ich mich noch genau entsinne, merkwürdig genug, um zu vermuten, daß es sich hierbei wirklich um meinen

frühesten Dichtversuch handelt: ich hatte mich, um mir allein diese tönenden Strophen vorzulesen, in einen großen hohen Saal der elterlichen Dienstwohnung, im Kastanienwäldchen zu Berlin, begeben und fühlte selbst da, wo an gewöhnlichen Tagen niemand hinkam, wo die oberen Fenster meist geschlossene Vorhänge hatten, und der Staub des unbewohnten, selten benutzten Raumes auf den Dienstmöbeln lag, die brennendste Scham, als ich die elegische, gereimte Klage, gewiß mit viel Pathos, las. Ich glaube nicht, daß ein Dichter, der nur Prosa schreibt, sich bei seinen ersten Versuchen auch schämt, während ich es bei dem Versdichter für eine nicht vereinzelte Erscheinung halten möchte. Ich verstehe diese Scham noch heute: das häßliche graue Entlein Seele schämt sich eines schwingenden, klingenden, stolzen, befreiten Gefühls, schämt sich des Reims und des Rhythmus', schämt sich all dessen, was nicht vernünftig, nicht hausbacken und alltäglich ist."

„Aus einer schülerhaften, begeisterten Beschäftigung mit Astronomie flossen Sterngedichte, die sich wahrscheinlich verblasen ins Weite verloren. Und erst viel später folgten erste Liebesgedichte, wahrscheinlich meist Liebeserklärungen, für das Auge der jeweils Angebeteten bestimmt. Dieser Gedichte schämte ich mich durchaus nicht, obgleich sie gewiß noch schlechter waren; leider sind vielleicht einige davon aufbewahrt worden.

„Merkwürdiger aber als einzelne Gedichte ist mir immer noch und immer wieder dies Schamgefühl, mit dem ich Ovids Klage — die übrigens sicher ohne Kenntnis der „Tristia ex Ponto", nur auf Grund der Erzählung, entstanden war, — mir im blauen Saal des Finanzministeriums in Berlin vordeklamierte, da ich als Junge in bezug auf mein äußeres Benehmen und Gehaben, das höchst sonderbar gewesen sein soll, gar keine Geniertheit hatte und mein komisches Wesen, wie man mir erzählt, wie ich mich aber auch wohl erinnern kann, auf der Straße und sonst unter Menschen mit nachtwandlerischer Unbeirrtheit trieb: in phantastische Vorstellungen und Träume, die mir die eigentliche Wirklichkeit waren, völlig verloren hintanzte und womöglich dabei laut mit mir sprach. —

„Gewiß in einem unterirdischen Zusammenhange mit dieser Dichterscham steht ein anderes frühes, genau von mir erinnertes und sehr gegensätzliches Gefühl, das nicht Stolz war, das ich nur als eine innere plötzliche Gewißheit irgendeiner späteren Leistung und Bedeutung meiner damals noch sehr kleinen und kindlichen Person bezeichnen kann, ein beglückendes oder doch zumindest Zweifel, Schwäche und Unzufriedenheit mit mir selbst abwehrendes Ruhmgefühl — dies Wort gibt nicht ganz, was ich sagen will, da es nicht genug die sich mir in jenem Augenblick versprechende Leistung betont — ein erhöhtes Daseinsgefühl, das aber keineswegs, was mir ein Beweis seiner Echtheit scheint, in irgendeine bestimmte beschränkte Richtung wies,

nicht entfernt mich als Dichter sah, und etwa auf Grund schlechter Jugendverse entstanden sein konnte, sondern ganz allgemein mich wie ein erst halb erklärtes vielverheißendes Glücksversprechen erfüllte.

„Das äußere Bild, das mir wie der innere, so merkwürdig plötzliche Vorgang, genau im Gedächtnis geblieben ist: ein Balkon der Wohnung des Reichsschatzsekretärs in Berlin, Ecke der Wilhelmstraße und des Wilhelmplatzes. Ich war als Schüler bei dem mir befreundeten Sohn des Nachfolgers meines Vaters in diesem Amt, mit viel anderem Besuch seiner Eltern, eingeladen, einen Bismarck gebrachten Fackelzug anzusehen, der sich durch die Wilhelmstraße bewegte. Als die Feierlichkeit etwa ihren Höhepunkt erreicht hatte, mit Lärm, Licht, Jubel, und ich in dem voll Menschen gedrängten Balkon über die volle Straße, den wimmelnden fackelleuchtenden Platz hinsah, faßte mich ein berauschendes Gefühl des Ruhms, den ich lebendig wogend vor mir sah. Aus seinem Anblick stieg eine Sehnsucht, ein noch unerfülltes, ja noch unverkennbares Wollen in mir auf, welches zu rein und zu fließend war, als daß ich es Ehrgeiz nennen könnte, und zugleich diese, mich Kind fast erschütternde, Gewißheit und Seligkeit einer in mir schon umschlossenen Leistung und einer gewährenden Zukunft.

„Was ich in meiner Kindheit an Versen erreichen konnte: Schiller, von dem mich meine Mutter schon, als ich vierjährig war, den Alpenjäger auswendig lernen ließ (nach Kindlichem, das ich schon zweijährig lernen mußte, bis ich mit lautestem „ich habe keine Timme mehr" die Sache beendete), Goethe, aber auch Anthologien, Heine, Geibel, Strachwitz, Scheffel, in bunter Zufallsfolge, doch immer wieder Verse, wirkten auf mich ein und riefen Nachahmungen, Nachklänge bei mir hervor — bis alles, was in mir die Natur suchte, durch die Sinne der Droste, alles, was Erkenntnis in mir werden wollte, durch den Geist Hebbels ins Freie schritt. Erst im Freien, dann ließ ich die Ewigen ganz auf mich wirken: Shakespeare, Goethe, Dante, Homer, Sophokles. Vielleicht ist wenig, was vom meinen bestehen bleibt, wenn man es in ihr Licht trägt: aber, dünkt mich, nur weil sie es wohl bis zur Unsichtbarkeit überleuchten — nicht, weil es in ihrer Nähe unecht und leer wäre."

Im Jahre 1890 trat Adolf von Scholz als Finanzminister, der er von 1885 an gewesen war, zurück, seine „Erlebnisse und Gespräche mit Bismarck" hat er noch 1922 mit Hilfe seines Sohnes herausgegeben. Zur wohlverdienten Ruhe zog er sich mit seiner Familie auf sein einige Jahre zuvor erworbenes Gut Seeheim bei Konstanz, heute noch im Besitz des Dichters und seiner Mutter, zurück. Damit wurde aus dem schlesischen Norddeutschen Wilhelm von Scholz, der bisher nur während der Ferien des Berliner Friedrich Werderschen Gymnasiums das Land um den Bodensee durchstreift hatte, ein Süddeutscher, der schon als

Primaner des Konstanzer Gymnasiums, dann nach dem 1892 bestandenen Abiturium als Student, als Einjährig-Freiwilliger, Fahnenjunker und Offizier sowie schließlich nach den mit literarhistorischen, philosophischen Studien in Berlin, Lausanne, Kiel, Karlsruhe, München verbrachten Lern-, Soldaten- und Werbejahren und der 1897 erreichten Doktorpromotion als freier Schriftsteller immer inniger süddeutscher Landschaft und Musikalität, Mentalität und Lebensart sich verband, so daß er seitdem vielen völlig ein Süddeutscher zu sein scheint. Obwohl sich hierin nur grade die Einheit des gesamten deutschen Wesens kräftig offenbart! Dem Primaner in Konstanz war neben der von Kindheit bestehenden Versverbundenheit auch das Verlangen zugewachsen, als Dramatiker „durch Wort und Spiel auf die Menge zu wirken". Er ließ sich schon jetzt in das gefährliche Dickicht dramatischen Schaffens verlocken: „Das erste Schauspiel, dessen ich mich als eines sauberen, vielleicht mit dem Lineal unterstrichenen Titels noch entsinne, hieß „Egon von Rechenberg" und war wahrscheinlich kleinen lyrisch-beredten Mono- und Dialogen als Versuch einer mehraktigen Handlungsgestaltung gefolgt. Einem von mir sehr verehrten Lehrer, dem unter dem Schriftstellernamen Peter Sirius bekanntgewordenen Professor Otto Kimmig, legte ich es als Konstanzer Primaner vertrauensvoll in die Hände. Er bestimmte es dem Feuertode, den es dann auch erlitt, und hat mir, indem er mich das entschlossene Ueberbordwerfen des Mißlungenen lehrte, vielleicht die für einen Dramatiker schlechthin klassische Tugend gelehrt. Vielleicht verdanke ich diesem Streichen eines ganzen Stückes mein energisches, nie zaghaftes Streichen in meinen späteren Bühnenwerken.

„Der Segen jenes Verdammungsurteils zeigte sich sofort: mit dem mißratenen Opus war all das mit aus mir herausgerissen und abgetan, was überwunden war, Gequältes, Langatmiges, Lehrhaftes, was sich ohne den rücksichtslosen Eingriff vielleicht noch lange fortgeschleppt hätte. Ich war frei, konnte neu anfangen und schrieb ein einaktiges Stück „Die Mönche", mit dem ich meinen Kunstrichter völlig umstimmte: es war bei aller Schülerhaftigkeit irgendwie lebender dramatischer Dialog, Vers und Prosa gemischt, war Kampf von Männern, in dessen Ablauf sich kein Weib mischte, und ist noch vorhanden — wird aber nicht gezeigt."

Der junge zweiundzwanzigjährige Lyriker, der 1896 mit einem Detlev Freiherrn von Liliencron in hoher, herzlicher Verehrung zugeeigneten Versbuch „Frühlingsfahrt" zum ersten Male in die gedruckte Oeffentlichkeit trat, und zwei Jahre später ein anderes Versbuch „Hohenklingen", eine Zeit in Bildern und Gestalten, „seinem treuem Freund R. M. Rilke" widmete, hatte das große Glück, frei von wirtschaftlichen Sorgen sich entwickeln, sich reifen lassen zu können. Er heiratete bald

nach der Doktorpromotion, sah eine Tochter und einen ihm im Weltkriege wieder entrissenen Sohn heranblühen, lebte mit der kleinen Familie mitten im jugendfrohen Kunst- und Literaturkreise Münchens oder in Weimar, Meran, Hohenschäftlarn im Isartal, Oberhambach im Odenwald (bei Heppenheim), wenn er nicht am heimatlichen Bodensee in Seeheim weilte. Reisen führten nach Oberitalien, in die Schweiz, die Niederlande, Tirol, Vorarlberg und nur selten nach Norddeutschland, nach Berlin.

Gleichwohl war es Berlin, das ihn 1899 zum ersten Male zu einem dramatischen Versuch für die Bühne brachte. Aus sozialen Studien, die er während seines ersten Berliner Semesters beeinflußt vom modischen, ihm sonst unverständlichen Naturalismus getrieben hatte, wuchs ein „unmögliches Stück, dessen Titel ich vergessen habe". Aus diesem Stück entstand wieder jener Einakter, „Mein Fürst", als die von Ernst von Wolzogen und Ludwig Ganghofer geleitete Münchener literarische Gesellschaft die Möglichkeit einer Aufführung zeigte, die im April 1899 im Residenztheater mit Ernst von Possart in der Rolle des Dr. Berg, „die er sich selbst gewählt hatte", „nicht ohne Wirkung" stattfand. Zugleich zeigte Berlin auf der „Sezessionsbühne" im „Neuen Theater" den jüngeren Einakter „Der Besiegte", ein mystisches Gegendrama, das, wie das am gleichen Abend zuvor gegebene Maeterlinck-Werk, hinter einem Schleiervorhang gespielt wurde und Wilhelm von Scholz schon damals den Ruf eines Symbolisten und Mystikers verschaffte.

Aber Wilhelm von Scholz schloß sich weder damals noch später je einer literarischen Richtung oder Gemeinschaft an. Wie in diesen ausgehenden Jahren des 19. Jahrhunderts er kein schulmäßiger Mystiker noch Symbolist war, so wurde er auch später nicht, als er sich mit Studien über die Droste-Hülshoff, der auch seine Doktordissertation gegolten hatte, über Hebbel, dem er 1905 einen bleibenden Essay widmete, über Schiller, Kleist, Grillparzer, Immermann, Grabbe, deren Dramaturgie er 1907 bis 1912 in drei Bänden sammelte, zum Klassizisten oder Neuklassizisten, obwohl bis heute noch, also nach zwei und drei Jahrzehnten Kritiker, Literaturgeschichtsschreiber ihn stets gerne aus Unwissenheit oder Bosheit dazu abstempeln, nur weil einige der in jenen zwischen 1900 und 1910 geschaffenen Dramen, wie die Tragödie „Der Jude von Konstanz" (1905) oder das Trauerspiel „Meroe" (1906), mit leisen Anklängen zeigen, daß Scholz bei seinen Studien, die er in zwei Bänden „Gedanken zum Drama" 1905 und 1915 sammelte und auch in den vier Thesen „Kunst und Notwendigkeit" (1906) sowie in den Aufsätzen „Die unsichtbare Bibliothek" (1910) offen darlegte, nur die eine Absicht verfolgte, sich über die Bedingungen einer Kunst

„auch klar zu werden". Wer damals das frühe „deutsche Schauspiel" „Der Gast" (1910) sowie die Studien über die „Deutschen Mystiker" (1908) und vollends die „Komödie der Auferstehung", „Vertauschte Seelen" (1910) vorurteilslos las und heute vorurteilslos liest, mußte sehen und sieht, daß Scholz weder ein Klassizist noch Neuklassizist, weder ein Mystiker noch okkulter Romantiker, weder verschwommen noch ein berechnender Theatraliker ist, sondern einfach ein Dichter auf dem Wege zu sich selbst, zu dem Ausdruck seiner Innenwelt. Zu diesem Wege gehörte es auch, daß Wilhelm von Scholz ebenso wie durch die verschiedenen Entwicklungsstadien des Geistes und der Formen auch durch die Praxis des Theaters gehen mußte. Von 1914 bis 1922 war er der erste Dramaturg und Spielleiter des Stuttgarter Hoftheaters. Dort erweiterte er sein Wissen um das Drama, um die Kunst des Wortes zu jener Tiefe und Größe, die die Zeitgenossen noch nicht sehen bzw. noch nicht zugeben wollen. Eine kleine Gemeinde hatte sein Schaffen freilich schon um ihn geschart. Zuerst in Süddeutschland, das ihm zu seinem fünfzigsten Geburtstag mit einer Konstanzer Festwoche seine ganze Liebe darbrachte. Bald auch in Norddeutschland, das er sich 1926 vor allem nach den Erzählungsbänden „Die Unwirklichen" (1916) und „Die Beichte" (1919) mit dem modernen Schauspiel „Der Wettlauf mit dem Schatten" (1921) und dem ersten großen Roman „Perpetua" (1926) eroberte. Als die Dichtersektion an der preußischen Akademie der Künste zu Berlin 1926 errichtet wurde, wußte sie keinen anderen als Wilhelm von Scholz zu ihrem ersten Präsidenten zu wählen. Zwei Jahre versah er dies dornenvolle Amt. Dann riefen die Pflichten des Schaffens, die unter der Präsidentenarbeit hatten leiden müssen, ihn wieder in die süddeutsche Stille zurück. Am Bodensee und in der Schweiz lebt er einzig nur dem Sinn seines Lebens hingegeben: was in ihm west, ans Licht zu heben, vielleicht daß das gehobene Gut das Sein der Deutschen, der Menschen, der Heimat, der Welt schöner, reicher, geist- und seelenvoller, gottgesegnet mache.

Alle Kunst quillt zuerst aus der Welt des Gefühls. So steht am Anfang der Dichtung die Lyrik, die reine Wortform des Gefühls. Auch Wilhelm von Scholz begann als Lyriker. Ist zuerst Lyriker. 1896 ging er auf die „Frühlingsfahrt". Ueber die lyrisch-epische, balladische Sammlung „Hohenklingen" (1898), die ein Widerhall der Burgen rings um den Bodensee und der mittelalterlichen Mönchs- und Ritterwelt von Konstanz, Meersburg, Stein am Rhein, Hohenklingen ist, wuchs er zur ersten großen Sammlung „Der Spiegel", die von 1902 an seinen Namen als Lyriker in ganz Deutschland berühmt machte. Ein schmaler Band trat nur noch hinzu: 1912 „Die neuen Gedichte", ehe 1924 in den

fünf Bänden der gesammelten Werke alle bis dahin entstandenen „Gedichte“ vereint wurden. Die beiden Sammlungen „Die Häuser“ (1923) und „Das Jahr“ (1927), die reifste Schönheit dieses lyrischen Schaffens darbieten, wuchsen neben dem Sammelband. Ebenso blieben die freien Nachdichtungen nach den mittelhochdeutschen Lyrikern „Minnesang“ (1917), zu denen während der Inflation noch die „Minnesänger der Schweiz“ (1922) kamen, für die erste Gesamtausgabe unberücksichtigt. Seit 1927 begegnen wir neuen lyrischen Schöpfungen hin und wieder in Zeitschriften. Der lyrische Quell in Wilhelm von Scholz ist unversiegbar. Weil ursprünglich. Keine Gefühlsauseinandersetzung mit der Welt, wie sie bei fast jeder reicheren deutschen Natur in der Jugend üblich ist, sondern notwendiger Ausdruck seiner reinsten inneren Konsistenz.

Diese Konsistenz ist wie bei kaum einem zweiten Dichter Deutschlands in der Gegenwart die Seele. Scholz ist ihrer fast wie eines Stoffes und dessen festen Umschließens gewiß. In ihr, durch sie, mit ihr, für sie lebt er. Das Seelische tief in seinem Innern ist ihm allein des Lebens Halt und Sinn, Kern und Sein. In der Seele ruht er, in ihr lebt er recht eigentlich und allein. Was nicht in Verbindung zu ihr steht, lebt nicht, ist tot, ja ist gar nicht existent. Allein durch die Seele, das Seelische lebt der Mensch.

Scholz spricht dies nicht etwa programmatisch aus. Wenn er sich auch dieses seines Grundes, dieses seines Urzentrums im Laufe der Jahre bewußt wird. Er hat die Seele vielmehr ständig in sich erlebt, spürt sie in jeder Minute bei Tag und Nacht gleichsam räumlich und als Kraft. Er fühlt sie und weiß sie: räumlich. Dadurch kommt es, daß er als Lyriker, Epiker, Dramatiker, Philosoph, kurz, als die umschlossene Persönlichkeit, die er ist, den Raum in sich und um sich immer neu erlebt. Sein Raumempfinden so seelisch bedingt, erweitert sich zugleich von der Innenwelt her in die Außenwelt. Von hier aus umarmt er die Erde, die Landschaft, den Himmel, das All, die Wolken, das Haus neu, ursprünglich. Von hier aus schaut er den Raum. Und sicher hat sein Leben am Bodensee, dessen Ufer und Fläche, dessen Eingebettetsein in Ebene, Hügel und Alpen jedes Raumerleben darbieten, sein Raumgefühl vertieft, farbig gemacht, ständig erneut. Dies Raumgefühl bedeutete sogleich ein Umschließen des Alls, wie jedes seienden Dinges, sowie ein Eindringen in die bewegende Zentralkraft alles Umschlossenen. Es war nach außen ein sinnlich-sinnvolles Erobern der Welt und der Welten, nach innen ein mystisch-konzentriertes Ahnen und Wissen um das Lebensgeheimnis. Es war nach außen und innen jenes ewige Zugleich, das den Zeitbegriff, das Zeiterleben, das Zeitschließen, obwohl es bemerkt und beobachtet wird, überwindet, das ein Wohnen in der

Einheit allen Seins überhaupt möglich macht. So sehr Wilhelm von Scholz den Raum bejaht, so wenig kann er die Zeit bejahen, denn sie ist ein immerwährend Seiendes und Nichtseiendes, sie wird nur Schau und Sein durch den Raum. Deswegen kehrt der Lyriker Scholz so oft in die Nacht ein, deren Zeitlosigkeit dem Lebenden durch das Schlafen am leichtesten offenbar wird. Die erwachte Seele muß dann wieder den Raum, den Sturz des Lichtes, einen räumlichen Vorgang, aufnehmen und im Raum dann den ewigen Sorgen-, Liebes- und Erdenkampf. Die Unendlichkeit überwindet nicht den Raum, denn sie ist eben ein Nichts ohne Raum. Die Ewigkeit aber überwindet die Zeit, denn die Ewigkeit ist von jeher da, ohne jede Abhängigkeit von der Zeit.

Der Lyriker Wilhelm von Scholz fand zu dieser tiefen Schau des menschlichen Innenlebens erst allmählich und schon verhältnismäßig früh. Bereits in der „Frühlingsfahrt" des Zweiundzwanzigjährigen hebt sich die Nacht über den schlafenden See, sinnt die Seele der Stille im Haus nach, und beginnt der Traum seine Ballade. Aber noch hängt der Jüngling am kleinen äußeren Leben des Alltags zwischen Kindheit, Heimat, Jugendentwicklung, Weltentdeckung und Liebesspiel. Noch glaubt der Suchende in der Natur, „die nichts ist als lebende Kraft und Klarheit, schaffendes Leben voll vom Glauben an ihr eigenes Herz", aufgehen und dazu in der Phantasie Kern, Wesen, Quelle, ja die Wahrheit der Kunst sehen zu müssen. Er umarmt mit den „Hohenklingen"-Versen, die sagenreiche, historische Ritter- und Kloster-, Schloß- und Burgenwelt um Konstanz und schweift mit Rittern, Aebten, Königen, Wächtern, Narren ins Mittelalter. Dann erst, nachdem er die Um- und Außenwelt in Vergangenheit und Gegenwart sich zu eigen gemacht hat, findet er zu sich selbst hindurch: als Achtundzwanzigjähriger in den 1902 veröffentlichten Gedichten „Der Spiegel", der uns den eigenen eigentlichen Scholz widerscheint: in Ton, Ausdruck, Rhythmus. Jetzt fragte er: „Leben wir alle nur in Spiegellicht? Leben wir alle nur in Spiegelland?" Jetzt weiß er, daß dem Menschen nicht gegeben ist, das Wesen der Dinge, Gott, dessen Namen er nur sehr sehr selten ausspricht, mit voller Klarheit und Bewußtheit zu erfassen. Daß wir nur Ahnende sind und uns aus Ahnungen den Lebenssinn emporheben müssen, aus dem dunklen Grunde unseres Seins. Jetzt ist er dem Lebensrätsel ganz verhaftet. Aber nicht als philosophischer Spekulant. Wenn er auch in diesen Jahren den Weg zu den großen deutschen Mystikern Suso, der in Konstanz lebte, Tauler, Eckehart findet, über die er wenige Jahre später 1906/07 seine schöne Schrift „Deutsche Mystiker" schrieb, so bleibt er doch immer der Dichter, der seine Vision durch Wort und Rhythmus formt, und wird nicht zum Philosophen oder Religionslehrer, die in

Systemen oder Bekenntnissen ihr geheimstes Wissen an den Tag geben. Scholz bleibt der die Erde Erlebende: in Traum und Wachen, in stillen und sturmvollen Nächten, unter Sternen und Bäumen. Er durchdringt die Natur, die Erde zu allen Zeiten und Stunden, ein Liebender, Suchender und Wissender bis zu jenem „Tagebuchblatt“:

„Ists noch das versunkene Säumen
in dem Rausch Vergangenheit?
Ist es noch das trunkene Träumen
über Ziel und neuer Zeit?

Werde dir die Welt das stille
schweigende Ergebensein!
Und es geh' erlöst dein Wille
zeugend in dein Schauen ein!“

Herrlich ist jetzt die ruhe- und sinnvolle Harmonie dieses wissenden, fühlenden Wohnens in der stillen Ewigkeit und ihrem erschauten und erfahrenen Bild- und Gedankenwerden durch seine Lyrik offenbart zu sehen. Er weiß, tief im Innern haust das ewige Dunkel. Aber es schreckt ihn nicht mehr, sondern es ist grade jene wundersame Beruhigung, weil der Wissende jetzt in allen Adern, Nerven und Empfindungen die Gewißheit besitzt, daß dieses ewige Dunkel jenes Geheimnis umschließt, aus dem alles Seelische quillt, und in das alles Seelische mündet. Nun schwingt das Leben in wundervoll ausgeglichenem Rhythmus zwischen Erde und Geist, Mensch und All, Glück und Verzweiflung, Ich und Gott hin und her. Die zerstörerische Polarität allen Dualismus ist aufgehoben. Es bleibt nur die fruchtbringende Polarität, die aus Zufall und Wesenheit das Schicksal des Einzelnen wie des Alls webt, jene schöpferische Polarität, die aus tiefster Melancholie die höchste Seligkeit erzeugt. Und wer nun nach den „neuen Gedichten“ von 1912 nach „den Häusern“ von 1923, nach „dem Jahr“ von 1927 greift, der spürt mit glückscheinendem Erleben, wie Weisheit und Wissen, Umarmung des Alls und Vermählung mit der Natur, wie Versenkung in das menschliche Sein und Versunkensein im göttlichen Wesen herrliche Bilder, Worte, Verse, Gedichte aus den Dämmerträumen heraus- und heraufheben zu den letzten Gipfelungen dichterischer Seele, die hoch im Lichte schwebt und tief im Dunkel wurzelt. Hier in dieser wesenden, wirkenden Innerlichkeit, die der Natur, Landschaft, Heimat, Musik, die Raum und Klang bis ins Letzte verbunden ist, hier ist Scholz urdeutsch. Keine andere Natur als nur die deutsche kann solche Lyrik schaffen, wie die von Wilhelm von Scholz. Gewiß werden noch Jahre vergehen, ehe das Wissen der Deutschen um den Besitz dieser Lyrik sich zu klarer Freude erhoben hat — aber die wenigen, die heute diese Lyrik schon wirklich besitzen, möchten dieses Glückes nicht mehr entbehren. —

Das Seltsame, das für die universale Kraft seiner schöpferischen Anlagen Bezeichnende bei Wilhelm von Scholz ist aber, daß er sich nun nicht etwa als Dramatiker (oder Epiker oder Denker) in die Abhängigkeit des Lyrikers begibt. Natürlich leugnen seine Dramen nicht den Gefühlsgrund, aus dem sie stammen. Wäre es anders, wären es keine dichterischen, sondern eben jene rechnerisch intellektualistischen Dramen, die man heutzutage so weitgehend im modischen Rationalismus überschätzt. Scholz wurde Dramatiker (wie er Lyriker ward) aus innerer Notwendigkeit: aus eben jenem Suchen nach dem sinnvollen Sein, zwischen den Polaritäten der Geburt und des Todes, des Ja und des Nein, Gottes und des Teufels. Auch ging es Scholz um Ergründung der schicksalhaften Dynamik aller Erscheinungen und Wirkung, um die Findung und Deutung des Seelischen, um den (metaphysischen) Urgrund des Ichs wie des allgemeinen Seins. Scholz suchte mit dem Mittel der Schau und des Bildes als Dramatiker wieder hinter das Wesen der Dinge, Menschen, Schicksale zu kommen und aus dem Schicksalsverlauf die ewige Gesetzmäßigkeit im Walten der Kräfte und Mächte, eben Gottes zu erfühlen, zu erkennen, zu erleben und zum Erleben zu bringen. Ihm ging es von Anfang an nicht um das äußere Geschehen im Drama wie etwa bei den naturalistischen Dichtern, sondern um das Innere des Dramas! Man sah Scholz hier an der Tradition des großen deutschen Dramas, die bei Hebbel geendet hatte, anknüpfen und ihn mit dem Durchgang durch die Mystiker, Klassiker, Hölderlin, Novalis den Weg zu dem nur ihm gemäßen Drama finden, das man das Drama des Unwirklichen nennen könnte, keineswegs aber nur als neuklassisch bezeichnen kann, recht eigentlich das seelisch-geistige Drama nennen muß.

Wilhelm von Scholz schenkte uns das seelische Drama, durch das er das seelische Leben nicht von außen (aus den Erscheinungen) um des äußeren Sozialen willen, sondern grade von innen um des Inneren, Geistigen, Göttlichen willen holt. Schon in den Einaktern „Mein Fürst“ (1896) und „Der Besiegte“ (1898) war dieser Grundtrieb zum Hinausdrängen über das Wirkliche ins Reich des Unwirklichen das Agens der Gestaltung. Noch stärker wird das Ringen um das Metaphysische nach diesen ersten dialogischen Auseinandersetzungen über das Ich und die Welt in dem ersten bühnenstarken, 1900 fertiggestellten, 1919 in eine neue Bühnenfassung gebrachten dreiaktigen Schauspiel „Der Gast“. Hier ringt der Dichter mit dem Problem Zeit und Mensch: der Dombaumeister überwindet die Zeit durch sein Werk, unterliegt ihr aber als Mensch, den sie durch ihr Fortfließen wieder von sich und dem Unterliegen befreit.

Es war die Welt des Konstanzer, städtisch-süddeutschen Mittelalters, in der Scholz den Gegensatz von Gegenwart und

Vergangenheit, von Leben und Tod farbig erlebte und enthüllte. Er lebte seit Hohenklingen bis an den Weltkrieg und auch später noch, wie seine großen Romane zeigen, innig verwachsen mit und in diesem Raum, der seinem Durchspüren der Dunkelheiten allen Lebens und Weltgefühls am meisten entspricht. Es wurde auch das dritte, 1901 begonnene, 1905 in Dresden uraufgeführte Drama „Der Jude von Konstanz", das seinem Namen als Dramatiker zum ersten Male großen Widerhall verschaffte, in diese Stadtwelt am Bodensee angesiedelt. Jetzt kam es Scholz darauf an, an einem getauften Juden, der heimatlos zwischen Juden und Christen stehen muß, und an seinem tragischen Schicksal das Wesen des Menschentums an sich aufzuspüren. In farbigen Bildern und mit hoher Sprachkraft wurde offenbar, wie wenig der Mensch seiner Zeit Mensch zu sein vermag. Und noch tiefer enthüllte sich diese Schau in der 1906 erschienenen Tragödie aus mystischer Zeit, „Meroe", die in Verbindung mit dem Schicksal einer Mutter und Frau die ganze Tragik des weltlichen Kampfes zwischen Königtum und Priestertum, diesseitiger und jenseitiger Marschrichtung zum Ausdruck kommen läßt. Heute sehen wir die prophetische Klarheit des Dichters im „Juden von Konstanz" mit seiner Schau in die reine Humanität und in „Meroe" mit seinem Blick in die wahre Kräfteverteilung der herrschenden Schichten und mit der Notwendigkeit des Sichentscheidens für die Humanität und den Geist deutlich. Damals, 1905 und 1906, sahen die Deutschen in den Dramen aber nur kulturhistorische Kuriositäten, weil sie nach der naturalistischen Verbildung nur von außen und nicht von innen her aufzunehmen imstande waren. Kein Wunder, daß dem Dichter nur das große Lachen über diese ungeistige Welt nahen konnte: in den „Vertauschten Seelen", der „Komödie der Auferstehungen" von 1910, die er, damals unerkannt, eine Groteske nannte, hielt er der Welt wieder den Spiegel vor, indem er den König in den Bettler schlüpfen, den Bettler König werden und die Seelenwanderung sich auch durch die Tierleiber oder der Tiere durch die Menschenleiber vollziehen ließ. Niemand aber sah damals den tiefen Sinn dieses tollen Spuks. Wieder hielt man sich nur an die orientalisch-kleinasiatische Märchen-, Tausendundeine-Nacht-Kleidung und nicht an das Innere, das Wesentliche, das auch hier wieder nur dem vom Göttlichen durchdrungenen bestimmten Menschentum, dem Seelischen entsprach.

Heute in der großen Ueberschau über die gesamte Dramatik des Dichters heben sich gerade die Werke, die dieser kosmischen Seelenkraft verhaftet sind, stark über die Nebenwerke hinaus. Gewiß, auch das Rokoko-Schauspiel „Gefährliche Liebe", angeregt von dem Roman „Les liaisons dangereuses" des Choderlos de Laclos, hat dichterische Schau in der Behand-

lung der Abenteuer- und Kabalenart einer untergehenden Epoche. Und ebenso zeigt auch das 1917, also während des Weltkrieges entstandene Stück „Die Feinde", das in den Napoleonzeiten spielt, ein echtes Ringen um reine, tiefe Menschlichkeit und hingebende Vaterlandsliebe. Freilich, in diesen Dramen hat Scholz doch nicht jene Entschiedenheit, die sein Bekenntnis zu den absoluten Werten sonst auszeichnet. Seine große Entwicklung führt nicht über diese beiden Werke, sondern über die 1914 entstandene Marionetten-Groteske „Doppelkopf", die in der Gestalt eines Menschen mit zwei Köpfen, darum zwei Lieben, aber einem Leben den ewigen Kampf der zwei Seelen in der Menschenbrust lachend und grausig anschaulich macht, und über das herrliche Mirakelspiel „Herzwunder" (1920), die vielleicht schönste dramatische Dichtung von Scholz, die in der Vereinigung der Seele mit Gott im roten Herzen der Gnade und Vergebung als echte Gewissenstragödie zur berufensten Wirkung in heutiger Zeit herrliche Wortgestalt wird, zum erfolgreichsten Drama des Dichters, „Dem Wettlauf mit dem Schatten" (1921), der auch als erstes deutsches Drama nach dem Weltkriege in England gezeigt wurde und sich ebenso wie in Mitteleuropa in Amerika, Australien und Japan das Publikum eroberte. Fast könnte man aus solchem Erfolge dem Stücke mißtrauen. Doch war der Erfolg deswegen so breit, weil das Publikum der Welt nach der Aufwühlung des Krieges seelischen Erlebens eher als früher aufgeschlossen war, wenn es eine Art intellektuelle Problematik als äußere Form erhielt. Dies war hier der Fall: W. von Scholz geht der Frage nach, „ob Dichten nichts anderes ist, als auf unbekannten Wegen eindringen in die Schicksale anderer". Sein Held Dr. Martins, Romanschriftsteller, begegnet einer seiner Phantasiegestalten plötzlich im wirklichen Leben. Nun vollzieht sich der Wettlauf zwischen der Romangestalt und der Lebenswirklichkeit: Dr. Martins dichtet das Phantasie-Schicksal zu Ende und schafft damit die Wirklichkeit bis zum tragischen Abschluß.

Wieder war es eine Groteske des Alltagedaseins, daß die große Oeffentlichkeit Scholzens „Wettlauf mit dem Schatten" nur als ein Drama um den Schaffenprozeß des Dichters, um ein anderes Hellsehertum aufzunehmen vermochte. Dabei ging es hier aber nicht nur um ein Hellsehertum des Poeten, sondern um seine gerade in unsern Zeiten (wie z. B. an Carl Hauptmann) häufig wieder erwiesene Kraft zu prophetischer Schau! Der Dichter allein verfügt über die Kräfte der Vorausschau des Schicksals! Scholz offenbarte die Urkräfte des schöpferischen, magischen Menschen! Niemand aber hörte hin. Jeder hielt sich nur an das Anekdotische.

Als Scholz nun im nächsten Drama noch einen Schritt weiterging — er, der in vielen theoretischen Schriften wie den „Gedanken zum Drama“ (1904 und 1916), „Kunst und Notwendigkeit“ (1905), „Die unsichtbare Bibliothek“ (1909), „Der Dichter“ (1917) über die Bedingungen des Schaffens sich ja klar geworden war, in den Untersuchungen über den „Zufall“ (1924) als der Kraft des Bezüglichen die Frage nach dem Schicksal auch philosophisch zu beantworten bemüht, also wußte, was er tat — und in „Der gläsernen Frau“ (1924) am Wiederauferstehen einer Gestorbenen und ihrem neuen Dahinsinken die elementare Kraft des schöpferischen Menschen, der reinen Liebe offenbarte, da hatte das sensationslüsterne Publikum der Nachkriegszeit nicht genug Anekdotenstoff zu betasten. Die geistig-seelische Bedeutung dieses schlichten großartigen Werkes sah man nicht, oder wollte man vielleicht auch nicht sehen. Nach fast dreißigjährigem Bemühen, den Deutschen durch das Drama wieder die geistig-seelischen Lebenskräfte zu wecken, verzichtete der Dichter darauf, mit Hilfe der Bühne seines Schaffens Sinn zu verwirklichen und suchte nun als Epiker seinen Weg zu gehen.

Schon kurz vor dem Kriege, seit 1910, hatte Wilhelm von Scholz seine ersten Novellen geschrieben. Sofort in einer ebenso starken Plastik wie ruhevollen Würde, mächtigen Anschauungsfülle wie geschlossenen Gestaltungsrundung. Auch hier war die durchdringende Schau hinter das Wesen der Erscheinungen und Geschehnisse die Hemmung, daß weitere Kreise sofort auf den Epiker Scholz aufmerksam wurden. Das geschah erst, als 1916 die erste große Sammlung „Die Beichte“ und 1922 die zweite „Zwischenreich“, aus denen beiden 1930 eine Auswahl in der endgültigen nochmals überfeilten Fassung „Das bunte Band“ entstand, hervortraten. Man hat diese Erzählungen in ihrem Reichtum an schöpferischer Phantasie mit E. T. A. Hoffmann, in ihrer Kunst der Gestaltung mit Heinrich von Kleists großem Vorbild verglichen, aber zugleich auch hervorgehoben, daß sie nichts, aber auch gar nichts Epigonenhaftes haben. Sie sind in der Tat urtümlich, original, in jener innerlichen Unabhängigkeit, jenem organischen Wachstum und jener allseitigen Selbständigkeit, wie sie nur der schöpferische Dichter aufweist. Sie gehen den dämonisch-mystischen Mächten und Kräften nach, die jenseits der äußerlichen Wirklichkeit aus dem Reiche jener zweiten, wesenhaften, eigentlichen Wirklichkeit, die viele auch das Unwirkliche nennen, das Schicksal, den Weg und die Art der Menschen bestimmen, das Schicksal und seine Menschen sinnvoll machen. Sie tun es nicht mit Schilderungen und Beschreibungen, sondern plastisch gestaltend, sie tun es in klarer Prägnanz, in einfacher Sprache und in jenem Rhythmus, in jener Musikalität, die ebensosehr das Ruhen

im Gewoge des Alls wie das äußerste Prestissimo, das steilste Tempo in stärkster Spannung beherrschen. Sie sind keineswegs okkultistisch, sondern durchdringen das Okkulte mit letzter Schau, und diese Schau wird in meisterhafter Architektur und frischer, ja realer Diktion so unmittelbare Gegenwart, daß alle Geschehnisse auch aus dem geheimnisvollsten Gebiete der fast unkontrollierbaren, gefühlten Kräfte, Leidenschaften, Triebe wie selbstverständliche Klarheiten ans Licht treten. Der Dichter bringt das Dunkle zum Leuchten. Nun ist das Leuchten entscheidend, und nicht mehr das Dunkle. Das Dunkle aber ist die Willkür des Zufalls, das Leuchten aber das Sinnvolle des Schicksals. Zufall wird zu dem, was dem einzelnen aus den Kräften, die sein Sein weckt oder anzieht, das diesem Menschen Zufallende, wie Schicksal das ihm aus seiner Wesenheit zu dem, was ihm *geschickt* wird, um es mit der Seele zu ertragen; im Hochdeutschen entsprach dem niederdeutschen Wort Schicksal ja auch das Wort *Geschick*, und im altgermanischen war das Wort für Schicksal „*wurd*" das Gewordene. Aus dem Wesen des Menschen und der Ausstrahlung seines Wesens im Erwecken und Anziehen der Innen- und Außenwelt fällt dem Menschen sein Schicksal zu, wird ihm das Zufallende geschickt, wird er ein Gewordenes. Zufall und Schicksal sind eins. Diese tiefe Deutung des menschlichen Seins, die der Denker und Mystiker Scholz sich eroberte, gestaltete er nun nicht etwa theoretisch, rationalistisch, sondern eben als Dichter mit den Kräften der Sprache, der Phantasie, des Raum- und Naturlebens. Er spürte als Schauender in voller Anschauung dem Sinn eines Selbstmordes nach (im „Fähnrich von Braunau") oder eines „Zweikampfes"; er enthüllte die Zusammenhänge der Wiedergeburt oder die Ueberwindung der Kriegsleidenschaft in alter Zeit zwischen den Völkern, über die die Naturmächte kamen. Er zeigte die seelischen Notwendigkeiten eines Verbrechens in der „Beichte" auf oder die Grundlagen des Glücks in „Charlotte Donc"; er offenbarte die ewige Unruhe des Geistbesessenen im „Unkenbrenner" oder die Unheimlichkeit von Mord und Rettung im „Kopf am Fenster"; er bewies, wie der Tod schon das Leben der Frühverstorbenen (im „Totenbrautkranz") vorausbestimmt, und wie der Bauer ohne seine Heimaterde (in „Auswanderer") nicht leben kann; er ließ uns erschüttert erleben, daß noch eine innere Hoffnung den Tod (in „Glück des Sterbenden") hinauszuschieben vermag, oder wie die Seele zu Seele auch über weite Entfernungen hin (im „Bild") dringt; er machte uns an innere Warnungen vor kommendem Geschehen glauben oder an seltsame Verfolgungen einzelner Menschen (in „Frau mit dem Muttermal"); er gestaltete die Einwirkung „des Gesichtes" auf das Verhalten der Einzelnen und der Massen, und er wies die innersten Zusammenhänge der Schaffenden dar („Dürers Er-

lebnis", „Michelangelo und der Sklave"); die Kraft der Liebe wurde durch ihn (in der „Antwerpener Sage") ebenso unmittelbares Erlebnis wie die Macht der Innerlichkeit (in „Das Inwendige"); das Fließen, das Sein und Nichtsein der Zeit rückte uns in Herz und Sinne in dem Erzählungskranz des „Vincenzo Trappola" mit dem Anschauen und Ergreifen der Ewigkeit, des Wesens des Daseins ebenso wie das Hinausdringen über den Augenblick (in „Die Nähe"). Aus all diesem Anschauen nach innen, nach den Zusammenhängen, nach dem Wesen, nach der wahren Wirklichkeit, nach dem Sinn quillt durch die Magie, die des Dichters Kunst ausstrahlt, schließlich keine Bedrückung noch Schwermut, sondern eine wundersame Harmonie, jener Frieden, der von dieser Welt und auch nicht von dieser Welt ist, der aus dem Zusammenströmen aller Außen- und Innenkräfte in eine Einheit entsteht und uns das Empfinden, die Gewißheit verschafft, daß wir in dieser Einheit, die die Mitte des Alls, die Gott ist, wohnen. So geht von Scholz, dem Epiker, wie schon von dem Lyriker und Dramatiker jenes Unendlichkeits- und Ewigkeitsgefühls raumhaft aus, jenes kosmisch-religiöse Lebens- und Grundgefühl, das uns mit ruhevollem Glücksbewußtsein auf dieser Erde und unter den Lebewesen da sein läßt, wie in einer über alles geliebten und vertrauten Landschaft, wie unter über alles geliebten und vertrauten Menschen.

Die Größe des Epikers Wilhelm von Scholz trat vollends in Erscheinung, als er nach dem vorläufigen Abschluß seiner großen dramatischen Epoche in jene Schaffensstille versinken konnte, die ihm erlaubte, sich sinnvoll und sprachlich als Erzähler ganz auszugeben. 1926 erschien der „Roman der Schwestern Breitenschnitt „Perpetua" und 1929 die noch umfangreichere Gestaltung des Lebensschicksals des katholischen Legaten Capistran „Der Weg nach Ilok", 1931 der leichter geformte Roman des Abenteuers und Verbrechens durch den Eros und die Erotik „Unrecht der Liebe" mit seinem Einfangen der morbiden Egoistenwelt des französischen Rokoko vor der großen Revolution von 1789. — Während die Bedeutung der „Perpetua" sofort erkannt wurde — weil die klare Architektonik dieses Buches dazu leichtere Handhabe bot —, muß der reichere, tiefere, raumgrößere „Weg nach Ilok" noch darauf warten, daß das Verständnis (der Zurückgebliebenen) ihm zuwächst. Man hat viel davon gesprochen, daß Scholz in beiden Romanen wieder in die Welt des Mittelalters taucht, in der „Perpetua" in das 16. Jahrhundert nach Augsburg, im „Weg nach Ilok" in die Zeit um 1453 nach Breslau. Man hat aber geirrt, wenn man glaubte, der Dichter wollte kulturhistorische Gemälde bieten: niemals war für ihn die Darstellung der Umwelt eines Geschehens Selbstzweck, stets und auch hier wurde nur die Umwelt gewählt und so weit dar-

gestellt, die und als die sie dem Sinn der Fabel entsprach. Künstlerische, geistige Notwendigkeit allein war es, die Scholz zwang, jene ewige Wesenheit der Einheit von Gott und Luzifer, der Polarität des Ja und Nein und ihrer unabänderlichen Synthese, in die reiche religiöse Stadtwelt des Augsburgs im 16. Jahrhundert zu stellen. Nicht anders konnte Scholz im Weg nach Ilok vorgehen, wenn er die Wandlung des Kardinals aus einem im Grunde weltlichen Kirchenvorsteher zu einem wesenhaft geistigen Gotterfüllten erzählen wollte. Hier gab die Wahl der Umwelt jene Distanz und jene Atmosphäre, jene Einheit, Rundung und Umschlossenheit, die notwendig waren, um ganz zum Wesentlichen durchzudringen. So konnte denn in der „Perpetua" jenes immer gültige Wunder sich vollziehen, daß von zwei Schwestern die in Sinnlichkeit und Hexenruf Verstrickte sich wandelt in die Heilige und Gottverbundene, und die Gottverbundene die Schuld, das Leben der Hexenschwester auf sich nimmt und erlöst. Hier blüht im Schicksal der Schwestern Breitenschnitt das ganze Wunder der Sendung des Menschen, des Menschentums auf, das seelisch im Diesseits und Jenseits, zeitlos im unendlichen Raume lebt und sich erlöst, wirklich und geistig zugleich ist. Und so konnte denn auch das Schicksal Capistrans sich vollziehen, des Fanatikers, der Organisationswillen besitzt, und der aus dem Erleben, Unschuldige geopfert zu haben, erfährt, daß er wider das Ewige, wider Gott gehandelt hat und nun nach qualvoll ringender Teilnahme am Türkenkrieg ins Kloster, in die Stille und Einsamkeit geht, zu sühnen, Gott zu leben, Gott nahe zu sein, Gottes würdig zu werden. Auch hier ist der Stoff in all seinem Reichtum, in aller Farbigkeit, Szenenfülle, Vielgestaltigkeit nur das Mittel, das ewige Sein, das innere unwandelbare Wesen, das allgemeine Gesetz des Geschehens, die Einheit in der Welt, den Sinn des zu offenbaren. Und wirklich, wie in der „Perpetua", so im „Weg nach Ilok" wird dies Ziel voll erreicht. Mit einem einzigartigen Können als Sprachmeister, der sich nicht von den Phrasen der Zeitschriftsteller und Zeitkritiker beißen läßt, sondern die Rhythmik, den Satzbau wählt, der den Leser zwingt, sich zu versenken, zwei- und dreimal zu lesen, bis Verstehen und Erleben aufglüht, nun aber eindeutig unzerstörbar in dem seelisch-geistigen, organischen Zusammenhange, wie der Dichter es braucht.

Das ist es, was allein Wilhelm von Scholz von seinen Lesern verlangt, das konzentrierte, völlige, geruhige Sich-Versenken in Ton und Stil, Wort und Satz, Zusammenhang und Wesen seiner Sprache, Bilder, Empfindungen, Gedanken, Phantasien. Er selbst ist einer, der immer neu in die Tiefe des Seins und des menschlichen Innern hinabsteigt: dem Urgrunde zu, Gott entgegen. Ein Versunkener im Lebensgeheimnis, versenkt er sich immer neu. Und ob er in seinem

frühen Buch vom „Bodensee“ (1908) oder „Wanderungen“ (1916 und 1922), die er seinem 1899 geborenen, in Flandern 1914 zu Tode verwundeten Sohne Wilhelm gewidmet hatte, quer durch die deutsche Erde vom Odenwald bis Trient, von den Niederlanden und Flandern bis zu den Alpen, von Thüringen bis zum Bodensee, von Franken bis ins Salzkammergut, die Landschaft umarmt, in die Erde, die Natur, die Wälder, die Bäume, die Berge seine Seele senkt, oder aber, wie in dem unerschöpflich reichen „Unterhaltsamen Tagebuch“ (1928) sein Herz auftut zu Betrachtungen, Plaudereien, Nachdenklichkeiten, Beobachtungen über Frauen und Liebe, Tiere und Menschenwerke, Reisen und Berlin, Sein, Schicksal, Leben, Dichtung und Kunst und zugleich den Schrein seiner Träume und Lebensweisheit wie früher schon in dem bleibenden Aphorismenband „Lebensdeutung“ (1924) öffnet, immer ist Wilhelm von Scholz jener Dichter, Denker, Mensch und Mann, der aus Besinnung den Sinn des Seins mit Seele und Geist erfaßt, als Dichter gestaltet. Er lehrt und beweist uns wieder durch sein Werk und Leben, daß das Wunder in uns, das wir Seele nennen, und in dem das Göttliche sich uns mitgeteilt hat, allein die Möglichkeit, Mensch zu sein, schafft und erhält. Spätere Zeiten werden — indem sie auch immer wieder von diesem Seelentum des Dichters bestimmte Herausgeberarbeit und Bemühung um Hölderlins Empedokles, um die Droste-Hülshoff, Joh. Chr. Günther, Feuerbachs „Merkwürdige Verbrechen“, um Eichendorff die deutsche Ballade, den deutschen Erzähler, Heinrich Suso, um die wesenhafte Dichtung der Vergangenheit und Gegenwart zum Aufzeigen des großen Kreises seines Wirkens heranziehen müssen — spätere Zeiten werden die grundlegende Bedeutung dieses Dichters und seines Werkes für ein reines Menschentum noch klarer erkennen, als die von ihren materiellen, parteiischen Sorgen allzu beengte Gegenwart. Wilhelm von Scholz ist der Dichter des seelischen Menschen in Deutschland in dieser Zeit, der seelischen Menschen in Deutschland überhaupt. Wie viele Dichter dieser Art mit solchem Werke aber besitzen wir jetzt, besitzen wir überhaupt?

*

Inland und Ausland

Bücher- und Zeitschriftenschau.

I.

„A la mémoire de Woodrow Wilson, Président des États-Unis, Fondateur de la Société des Nations", so steht auf einer Erinnerungstafel vor dem Ständigen Sekretariat des Völkerbundes zu lesen, und es ist nur begreiflich, wenn in einer Zeit, die das Wort Genf zuversichtlich oder voll Ablehnung und Entrüstung tagtäglich im Munde führt, man sich seiner Genesis entsinnt und alle Legitimationspapiere, die Auskunft geben und Klärung bringen könnten, sammelt. Zu diesem Zweck mußte man natürlich jede erreichbare Klarheit, vorzüglich über die Ursprünge des Völkerbundprojekts, zu gewinnen versuchen, und es ist daher außerordentlich dankenswert, daß sich ein deutscher Verlag gefunden hat, uns ein so gewichtiges Dokumentenwerk, wie es die Papiere des Obersten House sind, in deutscher Sprache zugänglich zu machen. (Die vertraulichen Dokumente des Obersten House. Zusammengestellt und mit einem verbindenden Text versehen von Charles Seymour, Professor der Geschichte an der Yale-Universität. Union Deutsche Verlagsgesellschaft. Stuttgart 1932.) Sind doch die „Intimate Papers of Colonel House" längst als eines der aufschlußreichsten Werke zur Geschichte keineswegs bloß der Vereinigten Staaten, sondern der Weltpolitik in der Kriegs- und Nachkriegszeit gewertet, und wer nach anderen Konstruktionsmöglichkeiten des Völkerbundes Umschau hält, wird an all den Erwägungen und Diskussionen nicht vorüberkönnen, die seit 1918 zwischen Amerikas Staatsmännern und dann zwischen den Vereinigten Staaten und England stattfanden. Uebrigens sind es gerade auch die ersten amerikanischen Paktentwürfe, die des Obersten House einzigartige Stellung, die auf ein verfassungsmäßiges Amt nie festgelegt war, besonders herausstellen. Seymour sieht in ihm eine Verbindung von Richelieus Pater Joseph und dem Berater Georgs III., Lord Thurlow. Keinesfalls war er, dem ein Gegenspieler von den Ausmaßen eines Richelieu fehlte, weniger als der eine und der andere und eine Persönlichkeit von Weite des Blicks und Lauterkeit des Wollens, deren Handlungen im einzelnen nachzugehen wahrlich lohnt, und von dem noch des näheren zu reden sein wird.

Wenn er im Juni 1918 an Lord Robert Cecil schrieb, man sollte bei der Ausarbeitung der Völkerbundspläne die Erfahrungen zum Führer nehmen, die die Menschheit bei Lösung der Fragen von Ordnung und Recht unter den Einzelwesen gemacht hat, so hat man sich wenigstens nachträglich mit dem ganzen Erfahrungskomplex eingehend beschäftigt, und soeben kommt ein Buch aus England zu uns, in dem der ganze Umkreis solcher Bestrebungen peripherisch noch einmal abgeschritten wird. „Das Problem des zwanzigsten Jahrhunderts" nennt David Davies seine breit angelegte, sorgfältig fundamentierte Studie der internationalen Beziehungen, die Dr. Elisabeth Fuchs eingedeutscht hat (Verlag von Reimar Hobbing. Berlin 1932). Er hat all die früheren Abrüstungs- und Weltbefriedungspläne sehr genau

studiert, vom Amphiktyonenbund bis zu Sullys „Grand Projet" und Saint Pierres „Projet de Paix Perpétuelle", hat sich mit Grotius, Hobbes und Kant auseinandergesetzt, um aus den bleibenden Gedanken Vorschläge, ja detaillierteste Systeme der Organisation einer überstaatlichen Polizei in minutiösester Ausarbeitung vorzulegen — und theoretisch geht seine Rechnung gewiß auf. Aber ist auch der Reibungskoeffizient der harten Wirklichkeit genügend in Rechnung gestellt? Verfügen wir nicht über eine zwölfjährige Erfahrung mit Genf? Die Geschichte dieser Bestrebungen und Enttäuschungen einmal zu schreiben, war gerade jetzt der geeignete Zeitpunkt gekommen, und man wird gern nach einem Buch greifen, das uns sachlich und geordnet alles noch einmal vor Augen rückt, was wir in dieser Spanne unternommen haben, den Weltfrieden auf die Beine zu stellen. Max Beer, der das in seiner eben erschienenen „Reise nach Genf" (S. Fischer, Berlin 1932) ermöglicht hat, hat damit das Buch der Stunde gegeben, und er darf der prüfenden Anteilnahme aller um diese wichtigste Auseinandersetzung Ringenden gewiß sein. Aus intimster Vertrautheit und engster Verbundenheit mit dem Gegenstand ist eine lebensvolle Schilderung erwachsen, der es gelingt, die schwierige Materie mit ihrem verwirrenden Paragraphenwerk in zugängliche Anschaulichkeit aufzulösen. Aber so wohlwollend und optimistisch das alles geschrieben ist — wie lautet der Weisheit letzter Schluß? Muß man nicht ungläubig Davies übernationale Aufbaupläne beiseite schieben, wenn man Beers, des erfahrenen Sachkenners, still resignierte Beschwörung liest:

„Nein, noch sprechen die Nationen nicht miteinander. Nur einen Augenblick lang waren die Menschen, die Nationen sein wollen, der Völkerbund, nur in den kurzen Augenblicken, in dem sie in seinem Vorzimmer standen, ineinandergedrängt und ineinandergeschmiegt, kaum einen Namen, kaum eine Nationalität, kaum ein Gesicht trugen, aber hundert Möglichkeiten in ihren Händen hielten. Dann wurden sie Figuren in der großen Struktur, zeigten das Antlitz von Menschen, waren das Symbol von Völkern. Aber sobald sie zu sprechen anfingen, waren sie das, was sie immer waren, die Diplomaten und Berufspolitiker aller Zeiten, und betrieben ihr altes Geschäft mit einigen neuen Regeln und neuen Methoden, aber ohne ihre Regeln und Methoden einen neuen Gedanken zu stellen. Ihre Tagesordnung wurde ihnen nicht einmal der Anlaß für ein wirkliches Nationengespräch. Sie nahmen sie ernst, taten so, als sei sie die einzig wichtige Angelegenheit, benutzten sie, um über die tieferen Dinge zu schweigen. Und sie zogen sich schließlich nur deshalb in ihre Hotelzimmer, in ihre Geheimsitzungen, in ihre Bankette oder ihre abgelegenen Restaurants zurück, weil sie für die nach ihrer Meinung wirklich ernsten Dinge, die das Schicksal ihrer Nation unmittelbar berühren, das Nationgespräch nicht brauchen können, sondern ihnen die alte, unmittelbare Besprechung zwischen den einzelnen Interessierten, über einzelne Sonderfragen nützlicher erschien. Ja, schon scheint es, als wenn ihnen der Zeitpunkt und der Ort des Organisierten-Gesprächs nicht einmal mehr erwünscht ist als Gelegenheit für ihre Sondergespräche, als wenn Völkerbundorganisation sie stört, und als wenn sie es vorziehen, in Paris, in London, in Rom und Berlin, in kleinem Kreise und aller Heimlichkeit, wie auf den alten Kongressen

und Konferenzen über ihre Sorgen zu reden. Sie sind wieder bei den Methoden angelangt, die vielleicht zweckmäßig sind, um augenblickliche Schwierigkeiten zu beheben, die aber niemals eine gesicherte Zukunft vorbereitet, niemals den Krieg verhindert haben. Wenn aber die Genfer Organisation und ihre Methoden, die keinen Völkerbund schaffen, nicht einmal das Gespräch über den Völkerbund bringen sollen: was dann?"

II.

Als am 1. März 1891 im Berliner Rathaus eine erlesene Trauerversammlung zu einer Gedächtnisfeier für Heinrich Schliemann zusammentrat, war es Ernst Curtius als Vorsitzender der Archäologischen Gesellschaft und als vornehmster Vertreter antiquarischen Fachwissens, der von der Lebensarbeit des Dahingegangenen sagte: „Viele Rätsel bleiben zu lösen. Troja selbst bleibt noch heute ein Schauplatz ernster Kontroversen, aber der Weg ist gebahnt, der Vorhang gelüftet, der Schleier hinweggezogen, der den Boden der homerischen Welt bedeckte." Und die genial vorstoßende Art dieses Autodidakten charakterisierte er in anerkennenswerter Weise, wenn er seine Leistung so umschrieb: „Wir ehren in ihm die höchste Gabe, die einem Sterblichen verliehen ist, die heroische Willenskraft, welche, um einen idealen Zweck zu erreichen, alle Mittel aufbietet, alle Opfer bringt, allen Gefahren trotzt, alle Schwierigkeiten überwindet." Und wenn er fortfahrend meinte, daß Schliemann unendlich viel mehr, als Menschen sonst gestattet sei, zustande, sein großes Lebenswerk aber, vorzeitig hinweggenommen, nicht zum Abschluß gebracht habe, so waren damit eigentlich die Leitmotive einer großangelegten Biographie, wie sie dem magischen Menschen gebührte, bereits festgelegt.

Ein solches Buch, wie es damals als selbstverständlich erscheinen mußte, hat dennoch vierzig Jahre auf sich warten lassen und erscheint nun in wesentlich anderer Instrumentation. „Schliemann. Geschichte eines Goldsuchers" nennt Emil Ludwig seine Darstellung (Paul Zsolnay Verlag. Berlin und Wien 1932), die nach einem Eingangskapitel, das von Schliemanns dunkler Jugend erzählt, in vier weiteren Abschnitten das Gold zum Generalnenner dieser Lebensrechnung macht: „Gold über der Erde", „Gold unter der Erde", „Der Neid auf das Gold", „Das Gold verblaßt" sind die weiteren Kapitel überschrieben. Ein Vorwurf gegen den Autor soll damit nicht ausgesprochen sein; denn auf bloße Sensation ist es nicht abgesehen. Vielmehr hat Ludwig hier zum erstenmal ernst aus dem Rohmaterial gestaltet, das ihm seitens der Familie in breitester Ausführlichkeit zur Verfügung gestellt war; und was er aus den vielen Tausenden von Briefen und Aufzeichnungen, Rechnungen, Skizzen und Heften entnahm, ist, wenn auch nicht methodisch, so gewiß vorurteilslos ausgewählt. Mit allen Falten, Runzeln und Warzen ersteht naturalistisch getreu das Bild dieses machthungrigen, von seinem Dämon getriebenen Menschen, bis zu brutaler Deutlichkeit lebendig, aber gewiß nur so im Pulsschlag seiner einzigartigen Leistung verständlich. Will man psychologisch die seltsame Zerrissenheit seines privaten Lebens verstehen,

so braucht man neben die Erzählung, wie er auch die letzte freie Sonntagsstunde seinen Sprachstudien widmete, bis er imstande war, Besucher aus aller Herren Länder in ihrer Sprache zu begrüßen, nur ein paar Briefe wie die folgenden zu setzen. Da schreibt der dreiunddreißigjährige, damals längst in Rußland heimisch gewordene Großkaufmann an seinen Vater:

„Ich gebe mit heutiger Post Befehl, Dich für den Betrag von 500 preußischen Talern zu akkreditieren, welche Summe Du dazu verwenden willst, Dich so anständig in Danzigs Umgebung (wohin der Alte gezogen ist) einzurichten, wie es dem Vater von Heinrich Schliemann zukommt. Indem ich aber diese Summe zu Deiner Disposition stelle, muß ich die Bedingung machen, daß Du Dir fortan einen anständigen Bedienten und eine anständige Magd hältst, und daß vor allen Dingen Reinlichkeit fortan in Deinem Hause herrscht, daß Teller, Schüsseln, Tassen, Messer und Gabeln stets von Reinlichkeit glänzen, daß alle Dielen und Fußböden dreimal wöchentlich gescheuert und Speisen bei Dir gekocht werden, wie Leute Deines Standes sie essen."

Oder eine ganz andere Situation. Nach verschiedenen tragikomischen Anläufen hat er in Rußland geheiratet. Aber das Glück des Familienlebens ist diesem ruhelosen Sucher ferngeblieben und will sich auch durch die Größe seiner Geschenke nicht zwingen lassen. Da gewähren denn Briefe aus der Zeit, da der Gedanke an Trennung nur erst als Drohung auftaucht, merkwürdie Einblicke:

„Als Vater bin ich Gott Rechenschaft schuldig, welche Erziehung ich meinen Kindern gebe. Die Petersburger Schulen sind miserabel, und ich bestehe darauf, daß meine Lieblinge in Paris oder Dresden erzogen werden. Meine Frau hat in einem Briefe (vom vorigen Jahr) selbst gestanden, der einzige Grund unseres Zwistes sei ihre Weigerung gewesen, mich zu umarmen. Sie behauptet, auch ferner außerstande zu sein, als Frau mit mir zu leben... Zugleich fordert sie mich auf, mir eine Geliebte zu halten. Dies ist der Grund unseres Unglücks; sie aber stellt mich überall als Tyrann hin, als Despot und Wüstling. Vergessen Sie nicht, daß sie mich vier- oder fünfmal abwies, solange ich arm war, und daß sie mich erst heiratete, als ich reich wurde. Nur bis zu ihrer ersten Schwangerschaft gab sie mir willig, was alle Frauen ihren Männern gewähren. Ich muß sagen, daß ich ihr die letzten zwei Kinder stehlen mußte. Treibt mich nicht zum Aeußersten, nämlich nach Petersburg zu kommen und mit der Polizei und meinen Armen meine Lieblinge aus meinem eigenen Heim zu holen, um ihnen in Dresden die deutsche Erziehung zu geben, die ihnen ihre Mutter verweigert."

Bald darauf an die Frau, fast immer auf russisch: „Ergreife vernünftig die Hand, die ich Dir aus der Ferne reiche, um eine dauernde Freundschaft zu errichten! Bedenke doch, wie sehr unser Besitz, wie unsere Kinder leiden werden durch unsere Uneinigkeit. Mache ich Dir damit eine Freude, so will ich Deinem Bruder gern alles Unrecht auf ewig verzeihen, was er mir je angetan. Wir werden ein sehr gutes Leben führen in Dresden. Wir wollen auch unsere Wohnung in Petersburg behalten, um immer dort ein Quartier zu haben, wir wollen außerdem unser herrliches Haus in Paris behalten, dessen Einrichtung allein 40 000 Franken gekostet

hat. Sei ruhig, ich werde nie mehr versuchen, Dich zu umarmen. Nur als die Mutter meiner geliebten Kinder werde ich Dich lieben, aber dies wird platonisch bleiben. Bei meinen Besuchen in Dresden werden wir stets glücklich sein, denn ich bin ganz Pariser geworden, ich gehe jeden Abend ins Theater oder zu Vorträgen der berühmtesten Professoren der Welt, und ich kann Dir Geschichten erzählen — zehn Jahre lang, ohne Dich je zu langweilen. Meinem zweiten Besuche in Dresden wirst Du mit der Ungeduld einer Braut entgegensehen, die ihren Geliebten erwartet. Die große Achtung, die ich als großer Hausbesitzer in Paris genieße, verpflichtet mich zum Luxus, und meine Equipagen, meine Reitpferde, meine Kleidung entsprechen der Eleganz unserer Einrichtung. Drahte mir nach Empfang dieser Zeilen ein Wort, daß Du die Freundeshand ergreifen wirst. Dein Telegramm soll auf der Reise nach Dresden mein Talisman sein."

Das ist der zwie-, nein der vielspältige Mensch Schliemann, der aus dem heimatlichen Ankershagen mit den unverlierbaren Erinnerungen an die Erzählungen Homers die Gedanken an Familienelend und -mißgeschick zeitlebens nicht los wird und sie in allen Lebenslagen homöopathisch wie allopathisch und nicht selten mit beiden Methoden zugleich zu bekämpfen sucht: dieser Heinrich Schliemann steht so plastisch wie nur möglich vor uns. Was aber ist es mit jenem Schliemann, dem Entdecker von Troja und Mykenae, dessen Tätigkeit erst ihm ein Anrecht auf Ruhm und Nachwelt erstritten hat? Auch davon handelt Ludwig, und wer ihm genau folgt, weiß auch worum es ging. Und gewiß ist nichts dagegen zu sagen, daß Emil Ludwig zu den noch heut unerledigten Streitfragen als Laie keine Stellung genommen hat. Solche Zurückhaltung kann nur rühmend anerkannt werden. Aber heißt es das Problem Schliemann nicht doch unzulänglich vereinfachen, wenn man seine Ausfälle gegen Andersdenkende, berechtigt oder nicht, mit der billigen Erklärung erledigt, sie ganz zu verstehen, müsse man vielleicht in der Lage jenes verleumdeten Dilettanten gewesen sein? Und ist dieser Dilettantismus bloße Verleumdung, wenn man, die Kampfstimmung gegen Schliemann zu kennzeichnen, Sätze wie diesen schreibt: „Die Prähistorie war damals fünfzig Jahre alt: Sprachwissenschaft, Alte Geschichte, kritische Philologie, Sammelwut von Inschriften, Münzen, Vasen." Erkenntnistheoretisch ausgezeichnet die Feststellung auf der gleichen Seite 238: „Um Schliemanns Irrtümer festzustellen, darf man seine Resultate nicht mit dem Stande der heutigen, man muß sie mit den Theorien der damaligen Forschung vergleichen." Nur schade, daß uns Ludwig ein Bild von beiden schuldig bleibt. Ganz und gar noch nicht dürfen wir uns heute bereits mit abschließenden Ergebnissen brüsten; aber die Forschungen von Dörpfeld und Arthur Evans, Ed. Meyers, Georg Karos und von Duhns, E. Forrers, Marc Rosenbergs, Ducatis und neuestens Mühlesteins haben das Bühnenbild frühester Geschichte und ältester Kulturverflechtung im Mittelmeerbecken in so ungeahnter Weise erweitert, daß man es Schliemann schon im Hinblick auf seine Bemühungen, den Spaten auch auf Kreta wie in Kadesch anzusetzen, schuldig gewesen wäre, des näheren auszuführen, wie reich seine Saat aufgegangen. Zumal man gerade für die letzten Jahre Schliemanns mit dem Bild des genialen Dilettanten eigentlich

nicht mehr kokettieren darf. Freilich war er im Beginn seiner Grabetätigkeit zu einseitig auf Homer und Pausanias festgelegt, und der Elan seines Vorgehens hat der archäologischen Erkenntnis durch voreilige oder achtlose Zerstörung nicht wiederherstellbarer Bauüberreste, wie schon Virchow freimütig bekannt hat, ungeahnten Schaden gebracht. Aber wenn er sich auch durch allzu giftigen Widerspruch zeitweilig verrannte, stehengeblieben bei seinen Fehlern ist er nicht, wie das bereits damals Alfred Brückner betonen konnte, und die gleich nach seinem Tode vervollständigte Selbstbiographie läßt ahnen, daß noch die letzte Station Neapel, wo er sterbend zusammenbrach, Erkenntnissen galt, die als Revisionsgrundlage früherer Anschauungen gedacht waren. Ist das dann aber noch der Goldsucher von einst, der jetzt unerkannt und trotz des goldschweren Brustbeutels fast als Armer stirbt —, hatte er sich nicht längst zum Wahrheitssucher großen Stils geläutert, von dem zu berichten gewesen wäre?

III.

Zur Feier des fünfhundertjährigen Bestehens der Universität Heidelberg hielt am 3. August 1886 der damalige Kronprinz Friedrich eine Rede, die nicht bloß damals allgemeine Beachtung fand, sondern noch viel später einen besonderen Bewunderer in dem verdienten Kunst- und Kulturhistoriker Carl Neumann hatte, der gerade deshalb, weil ihm der funkelnde Glanz dieser Ansprache unverblaßt schien, ihrem Ursprung in der historischen Zeitschrift nachging und bei solcher „Quellenforschung" zu dem merkwürdigen Ergebnis kam, daß die Rede keinen andern als Heinrich von Treitschke zum Verfasser haben müsse. Daß Aeußerungen hoher und höchster Herrschaften bei derartigen feierlichen Anlässen häufig nicht von ihnen selbst herzurühren pflegten, hatte Gustav Freytag, der selbst des Kronprinzen Rede zum Wittenberger Luther-Tag von 1883 aufgesetzt, ausdrücklich ganz in der Ordnung befunden; nähere Rundfragen Neumanns ergaben nun, nach den Vermutungen einer mit Namen leider nicht genannten Exzellenz, mit hoher Wahrscheinlichkeit die Autorschaft Treitschkes, die Carl Neumanns Spürsinn durch Heranziehung einer drei Tage hernach gehaltenen improvisierten Rede Treitschkes zur Gewißheit erheben konnte. Sie soll darum gerade in seiner Zeitschrift unter Treitschkes Namen hier noch einmal Abdruck finden:

„Seine Majestät der deutsche Kaiser hat mir den Auftrag zu ertheilen geruht, Eurer königlichen Hoheit und den hier versammelten Vertretern und Gästen der Universität Heidelberg Heil, Gruß und Glückwunsch zur Jubiläumsfeier zu entbieten. Es erfüllt mich mit Stolz und Freude, Zeuge zu sein von der Begeisterung, mit welcher in diesen festlichen Tagen alte und junge Söhne der Ruperto-Carola sich um ihren fürstlichen Rektor schaaren, um mit ihm zurückzuschauen auf die ruhmreiche Geschichte dieser Hochschule und mit Dank zu Gott inne zu werden, daß sie in dem halben Jahrtausend ihres Bestandes nie glücklichere Zeiten geschaut hat, als die, in denen wir leben. Begründet in der ersten Frühe unseres Kulturlebens, hat die Heidelberger Universität alle die Schickungen an sich erfahren, welche dem deutschen Wesen im Ringen nach selbständiger Ausprägung verhängt gewesen sind. Sie hat ab-

wechselnd geblüht und gewelkt, geduldet und gestritten um Glaubens- und Forschungsrecht, hat Trübsal und Exil ertragen, um endlich, gehoben von der starken und milden Hand ihres erlauchten Beschützers, die ehrenvollen Wunden mit dem Festkleide des Sieges zu decken.

Wie dem deutschen Volke, um dessen höchste Güter sie sich redlich verdient gemacht, so ist auch ihr erfüllt, was Jahrhunderte ersehnten. Ihr Ehrenschild strahlt glänzender in der Sonne des einigen Vaterlandes! Mit tiefer Bewegung gedenke ich heute der großen Stunde, da Eure königl. Hoheit als der erste dem Führer unseres sieghaften Volkes mit dem ehrenden Namen des Kaisers gehuldigt hat. Diese Erinnerung ist mir bedeutsam für die Feier, die wir jetzt begehen. Denn voranzuschreiten mit großem und gutem Entschlusse ist ein Anrecht des erlauchten Zähringer Hauses und dieser ruhmvollen Universität.

Es ist die schönste Pflicht meiner Sendung, rühmend und dankend zu bekennen, wie treu dies Heidelberg beflissen war, die geistigen und sittlichen Bedingungen der Wiedergeburt unseres Volksthums zu pflegen. Lehrenden und Lernenden war von jeher hier die gastlichste Stätte bereitet. Aus allen Gauen strömten sie herzu, und in den liebenden Armen der Alma mater erkannten sie sich als Söhne der größeren Mutter wieder.

So hat sich hier in der Stille des Studienlebens vorbereitet, was uns Deutschen nach langen Irrungen die Geschichte offenbarte. Im Südwesten des Reiches, nahe der ehemaligen Grenze und nahe der Gefahr, lernte der Sohn des Nordens den Sohn des Südens als Bruder lieben, um, heimgekehrt, den schönen Glauben der Volksgemeinschaft auszubreiten, der unser Hort und unsere Stärke ist.

Nun wir es wieder besitzen, das Glück der Vereinigung, strömt aus dem Ganzen ein kräftigender Odem zurück in die traute Heimat unserer Bildung. Größer geworden sind die Zwecke des Forschens und Strebens, dankbarer und folgenreicher der Beruf, sie lehrend zu verkündigen und lernend zu verstehen. Vaterland und akademisches Bürgerthum werden aber nur dann wahrhaft segensreich aufeinander wirken, wenn sie in ihrer Lebensthätigkeit die gleichen Tugenden bewahren.

Je höhere Gipfel in Wissenschaft und im geschichtlichen Leben erstiegen sind, je stolzere Ziele winken, desto größerer Besonnenheit und Selbstverleugnung bedarf es.

Die Wünsche und die Zuversicht, die ich heute der Ruperto-Carola entgegenbringe, umschließt der Zuruf an Lehrer und Schüler: eingedenk zu bleiben der Aufgaben, die uns gerade im Hochgefühle des Erfolges am eindringlichsten die Seele erfüllen sollen: in Wissenschaft und Leben festzuhalten an der Wahrhaftigkeit und Strenge geistiger Zucht, an der Förderung des Brudersinnes unter den Genossen, auf daß aus dem Geiste des Freimuthes und der Friedfertigkeit die Kraft zu der heilsamen Arbeit wachsen möge, die Lebensformen unseres Volksthums gedeihlich auszubilden.

So möge dieser Universität, einer der ältesten Pflanzstätten deutscher Wissenschaft, beschieden sein, an Thatkraft die jüngste zu bleiben!“

Walter Heynen.

Besprechung

Theater

Berliner Theater.

Die Götzendämmerung im Berliner Theaterleben beginnt, und es dürfte einigermaßen fürchterlich tagen. Auch das Staats-Theater glaubte sich, nicht mit Unrecht, verpflichtet, Goethe würdig zu feiern, und wollte den „Faust" spielen. Man beabsichtigte keineswegs, so ausschweifend zu sein, den ganzen „Faust" zu geben. Ach, nein; das überläßt man Bochum oder Potsdam. Bescheiden den ersten Teil. Auch im Goethe-Jahr. Seit etwa 20 Jahren hat kein Berliner Theater den zweiten Teil gespielt. (Damals Reinhardt!) Aber nicht einmal den ersten Teil bringt das Staats-Theater zustande. Weil erstens kein Faust da ist: Werner Krauß spielt bei Reinhardt, muß filmen und kann nicht außerdem noch den Faust probieren. (Alles das wußte die Intendanz!) Weil ferner kein Gretchen da ist; und weil der Intendant auch keinen Mephisto zu haben glaubte; er holte also den jungen Matthias Wiemann heran. (Niemand weiß, was ihn zum Mephisto bestimmen könnte!) Es wurde aus der Sache nichts oder nichts weiter als eine — — Blamage; so großen Stils, daß der Kultusminister eingreifen und Legal, über Nacht, sein Entlassungsgesuch einreichen mußte. Das war denn auch wohl das mindeste, was zu geschehen hatte. Riesenzuschüsse, und dann reicht's nicht einmal für einen „Faust", und man spielt, weil man partout kein anderes Stück hat, „Cyrano von Bergerac" in Serie, obwohl niemand hineingeht. Mit einer neuen Inszenierung des „Egmont" begeht die preußische Regierung den Goethe-Tag.

Man machte Tietjen, den Generalintendanten, bei dieser Gelegenheit zum Mitschuldigen, und nun trat das Unerwartete ein: Tietjen stellte sich und gab seine legendäre Unnahbarkeit auf. Einmal ist er der schweigsam Geheimnisvolle, jetzt macht er's mit der Offenheit: Jawohl, ich habe mich nicht genügend um die ganze Sache gekümmert. Aber warum nicht? Ich mußte, nach der Juli-Krise vorigen Jahres, alle Kraft und Zeit daran setzen, die deutschen Theater zu retten. Und ich habe mich übernommen, indem ich auch noch Referent des Ministeriums war. Von diesem Posten — Tietjen war so auch sein eigener Referent! — habe ich beim Minister, mit Erfolg, meine Enthebung erbeten. Ich habe jetzt die vom Finanzminister beabsichtigte Schließung des Staatlichen Schauspielhauses verhindert. So ungefähr sprach Tietjen. Der Finanzminister Klepper hatte geäußert, in diesen Zeiten habe der Preußische Staat andere Aufgaben, als Gelder für kulturelle Zwecke auszugeben. Man darf wohl bitten, einmal nachzulesen, was vor hundert und einigen Jahren ein gewisser Minister von Hardenberg, verantwortlicher Leiter eines kleinen, ausgepowerten Preußens, zu solchen Fragen gesagt hat. Ungefähr so: Schaffen Sie ein hervorragendes Theater, und dann sagen Sie mir, was es kostet. Tietjen also hat das Unheil abgewendet. Er wird sich jetzt auch wieder um die Staats-Oper kümmern. Aber: was wird aus dem Schauspielhaus? Tietjen dachte daran, es Erich Ziegel

in Hamburg zu übertragen. Worauf dann der (vorher gar nicht gefragte) Ziegel umgehend in der Presse mitteilen ließ: Ich denke gar nicht daran, nach Berlin zu gehen. Das war für Tietjen peinlich. Gefragt, wen sie denn vorschlagen könnten, haben die Pressevertreter auch nichts Rechtes sagen können. Man wird die Preußenwahlen abwarten, und dann wird's jemand werden, der in der Oeffentlichkeit gar nicht genannt wird. Wir haben's in Wien erlebt, wie die Sache gemacht wird. Und wie toll man in solchen Dingen verfährt, das hat sich auch bei der Vergebung des Schiller-Theaters gezeigt. Herr Fritz Hirsch hat mit seinen holländischen Gulden das Rennen gemacht. Den anderen (sehr ernsten) Bewerbern hat man mitgeteilt, sie gäben nicht genügend geschäftliche Sicherheiten; aber kein Mensch hat die Bewerber erst einmal nach ihren Sicherheiten überhaupt gefragt. Wir werden ja sehen, was aus dem Schiller-Theater wird.

Zu der Staats-Theater-Krise kommt die Reinhardt-Krise. Der angebliche und von gewissen Zeitungen mit Fanfaren ausposaunte „Erfolg" von „Hoffmanns Erzählungen" hat sich baldigst als großer Reinfall erwiesen; jeder Abend kostet Unsummen. Das Deutsche Theater mit Krauß und Hauptmann trägt sich gerade. Der Preußische Staat subventioniert die Reinhardt-Bühnen dadurch, daß er, über die erste Abmachung hinaus, Krauß weiter beurlaubt; das Deutsche Theater wäre sonst so gut wie aufgeworfen. So arg liegen die Verhältnisse am Deutschen Theater, daß Reinhardt selbst die Leitung seiner nun auf zwei zusammengeschmolzenen Berliner Bühnen niederlegt. Er zieht sich nicht völlig zurück, sondern wird lediglich seinen künstlerischen Aufgaben und Interessen leben, unbelastet durch die Sorgen um die beiden Theater. Man wird das Deutsche Theater weitergeben an Dr. Rud. Beer in Wien und Karlheinz Martin. Wie Beer sich von Wien wird nach Berlin verpflanzen lassen, muß man abwarten. Daß Martin, der am Bülowplatz proletarisches Gesinnungstheater gemacht hat, genau so schlecht in der Schumannstraße bourgeoises Geschäftstheater machen wird, daran ist gar kein Zweifel; er hat immer den Artikel verfertigt, der gerade gefordert wurde. Wenn das Deutsche Theater, nach den vielfachen Mißerfolgen dieses Winters, auch mit den zwei neuen Leitern nicht florieren sollte, nun: die Rotters können warten. Sie haben im Augenblick bereits zehn Theater in Berlin in ihren Händen. Sie saugen alles auf, und ihnen schlägt kaum etwas fehl.

Wie schnell Theaterkatastrophen kommen, haben wir in der Woche vor Ostern erleben können: In der „Komödie" spielt A. E. Licho ein neues Stück von Lernet-Holenia, dem Kleist-Preisträger wider Willen, „Liebesnächte"; so stark ist der Widerstand von Publikum und Presse, daß er das Stück nach zwei Aufführungen absetzen muß. Weiter: Dr. W. Leyhausen kündigt, großspurig, bei Kroll „Goethe-Festspiele" an: „Prometheus" und „Pandora", mit Fritz Reiff, Elfriede Borodin, Elisabeth Lennartz, und (sehr begabt) Erich Strömer (in Hamburg groß geworden). Natürlich: mit Sprechchor. Und mit Beethovens Prometheus-Musik unter dem (uns in Mannheim höchst sympathisch aufgefallenen) Erich Orthmann. Ergebnis: Premiere halbleer. Zweite Aufführung muß ausfallen, ein paar Menschen gehen noch „organisiert" hinein, man muß die ganze Sache abbrechen. Wenn

Goethe-Festspiele, dann ein zentrales Werk; wenn Fragment oder so tiefe Poesie, dann mit allerersten Darstellern und wirklich gestaltet. Die nächste Niete: im Berliner Theater „Kamarilla", von F. E. Bettauer und Georg Lichey. Thema: der Eulenburg-Harden-Prozeß. Nicht gerade appetitlich, allerelendestes Papierdeutsch, mit einem mehr als peinlichen Eselsfußtritt gegen Wilhelm II. am Schluß. Bewegliches Panoptikum mit der ganzen Prominenz: Schlieffen, Plessen, Tirpitz, Bülow, Moltke, Hohenau bis Harden und Bernstein. Die Rolle Hardens in den Händen eines so guten Schauspielers wie Erwin Kalser nicht uninteressant, und auch Georg H. Schnell als Eulenburg sicher und klar. Der Regisseur, der wiederholt schon bewährte und tüchtige Dr. Kurt Raeck, hat manches gemildert, belastende und derbe Szenen weggelassen, durch Umstellungen seinen sicheren Theaterinstinkt bewiesen. Aber hier war nichts zu retten. Ablehnung auf der ganzen Linie. Wir haben auch andere Interessen und Sorgen als die Sache, die res iudicata ist, aus der politisch auch gar nichts zu lernen ist. Und schließlich: im Theater in der Stresemannstraße „Das Ende vom Lied" Jeffrey Dell, ein toller Reißer, der den Wallace-Charakter durch Strindberg-Injektionen immunisiert. Blausäure, wie sie so in gewöhnlichem Haushalt herumsteht, wird ausgiebig verwendet. Der Mörder eines heimkehrenden reichen Neffen kommt schließlich in den Verdacht, seine Frau, die sich selbst getötet hat, umgebracht zu haben, und büßt mit diesem an ihm begangenen Justizmord seine Schuld. Dagny Servaes und Milena von Eckardt sind, sehr gegensätzlich, dabei und herum um Kortner, der (nach seinem Weggang vom Staats-Theater nirgends festen Fuß fassend) mit virtuosem Theaterkalkül den Mörder auf der Hintertreppe dieser Kriminalsache auf- und abtoben läßt. Regie: Francesco von Mendelssohn. Wirklich: das Ende vom hohen Lied der Berliner Theaterkunst. Das Publikum läuft entsetzt und verstimmt davon. All diese großen Reinfälle mit Riesenverlusten in einer einzigen Woche! Niemand darf sich darüber wundern oder das Publikum und die Presse anklagen: Qualität entscheidet heute wieder. Die Zeit der Theatermogelei, wenigstens im Dramaturgischen, ist vorbei. Man kann's auch nicht mehr mit Schauspielerprominenz allein machen. Shaws „Androklus und der Löwe" kann auch mit Felix Bressart und Otto Wallburg in der Volksbühne nicht recht wirken.

Es gibt aber noch mutige Leute, die ein Theater neu übernehmen und es — — halten können: in das Renaissance-Theater, das nach dem Auszug Dr. Kleins lange leerstand, ist die Direktion E. Huth eingezogen und spielt von W. Espe, der als Librettist Corzilius schon hervorgetreten ist, ein Kriminalstück: „Der Fall Grottmann". Ganz gewiß kein Meisterstück, aber — durch Lindtberg als Regisseur — mit Ernst Deutsch kann man auch ein so schwaches Stück interessant machen; er hat die fahrige, erregte Art für den Rechtsanwalt, der beinahe ein Verbrecher wird. In den Nebenrollen fiel die sehr erhebliche, komische Begabung von Karl Willi Vogt auf, den man gern einmal in wichtigerer Aufgabe und vor allem öfter sehen möchte.

Es fehlt gar nicht an allerhand vergnüglichen Stücken. So wird etwa Ladislaus Fodors Komödie „Roulette" im Deutschen Künstler-Theater mit Luise Ullrich, Margo Lion, Alfred Abel

und Viktor de Kowa ausgezeichnet serviert. Gewiß kein Stück für Backfische; aber man kann schon sehr lachen bei der Geschichte der jungverheirateten Frau, die an einen Spieler geraten ist und ihn in der Hochzeitsnacht aufgibt, bevor noch.... Also Seele gegen Mammon, Weib gegen Besitz, Mensch gegen Besessenheit. Oder: die Komödie „Götter unter sich", von dem Staatsschauspieler Aribert Wäscher, im Rose-Theater uraufgeführt. Prostitution der Film-(Halb-)welt, Lächerlichmachung der anspruchsvollen und hohlen Schein-Größe.... Das Publikum des Rose-Theaters merkte sehr gut, wie es gemeint war. Johanna Blum, eben noch bei Jeßner auf der Schauspielschule, zeigte eine gute, vielleicht sogar große Begabung.

Das Publikum ist nicht theatermüde, aber es läßt sich nicht mehr dumm machen und verlangt für sein Geld gute, anständige Ware.

Es dämmert im Berliner Theaterleben, die Götzen werden gestürzt, nicht alle auf einmal, aber man sieht vor allem, wo das Gemäuer verfallen und also zum Einreißen reif ist.

Hans Knudsen.

*

Politische Korrespondenz

Die Problematik der preußischen und der französischen Wahlen.

Die Wiederbetrauung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg mit dem höchsten Reichsamt ist im ersten Wahlgang nicht erreicht worden, weil die Anhänger einer konservativen Weltanschauung zu einem sehr großen Teil dem Sieger von Tannenberg ihre Stimmen nicht gegeben haben. Wenn es trotzdem annähernd zu der Erwählung des Herrn v. Hindenburg gekommen ist und die Aussichten des greisen Bewerbers für den zweiten Wahlgang glänzend stehen, ist das auf das geschlossene Eintreten der Sozialdemokratie für den Generalfeldmarschall zurückzuführen. Das Schicksal schafft wunderbare Bettgenossen, sagt das alte englische Sprichwort. Ein Symptom hoffnungsloser Erkrankung unseres öffentlichen Lebens möchte ich jedoch in jenem Phänomen, das auf den ersten Blick sehr befremdend wirkt, nicht sehen. Die geschichtlichen Beispiele für den Bund heterogener politischer Kräfte sind ohne Zahl. Ich erinnere nur an das Zusammengehen des Fürsten Bismarck mit der Linken unter Lasker in der Zeit der Kämpfe um die Reform der preußischen Verwaltung, als seine altkonservativen Parteifreunde und Standesgenossen Bismarck beschuldigten, er alliiere sich mit der Börse gegen die bodenständigen Elemente der Gesellschaft. Damals erreichten die Altkonservativen, daß der Fürst für eine Zeitlang als preußischer Ministerpräsident zurücktrat, wie heute die Deutschnationalen dem Generalfeldmarschall für seine Wiederwahl Schwierigkeiten bereitet haben. Das Einverständnis zwischen Bismarck und Lasker hat sich dann später wieder gelöst, und ebenso können an die Stelle der Annäherung zwischen Hindenburg und

Braun, wenn die Vorsehung das Leben des Reichspräsidenten verlängert, neue Kombinationen treten.

Die Reichspräsidentenkrise dürfte also vorübergehen, ohne unsere unendlich schwierige auswärtige Lage noch gefährlicher zu gestalten. Die Wiederwahl des Generalfeldmarschalls verbürgt eine gewisse Stabilität unserer inneren Lage und nimmt damit den Franzosen die Möglichkeit, England und den anderen Mächten mit Erfolg zu sagen, daß das Deutsche Reich dem Chaos entgegengehe und nicht lange mehr ein verhandlungsfähiger Partner bleiben werde. O! wie lebhaft wünschen mächtige Instanzen in Frankreich dieses deutsche Chaos herbei! und leider ist die Erneuerung des Reichspräsidenten bei weitem nicht die letzte Klippe, die unser Staatsschiff bei stürmischer See zu passieren hat. Unmittelbar nachher kommen die Preußenwahlen, von denen wir alle erhoffen, daß sie der Desorganisation der preußischen Verwaltung ein Ende bereiten werden. Wie Bismarck durch die Kreisordnung von 1872 die Ueberreste des Feudalstaats aus der Verwaltung entfernte: als da waren gutsherrliche Polizei, Virilstimmen der Rittergutsbesitzer, der Lehn- und Erbschulzen auf den Kreistagen, müssen heute die administrativen Auswüchse des Parlamentarismus beschnitten werden. Sie existieren so in anderen parlamentarisch regierten Ländern nicht; man wird, wenn ihre Ausrottung gelingt, sehen, daß das parlamentarische System den größten moralischen Vorteil daraus ziehen wird, aber eine solche heilvolle Wendung ist nur zu erwarten, wenn in der Zusammensetzung des Landtags bedeutende Veränderungen vor sich gehen.

Die Schicksalsfrage des preußischen Parlamentarismus ist, ob es zu seiner Selbstreform nicht zu spät ist. Das Uebermaß des Parteigeistes und der Korruption, die er zur Folge gehabt hat, haben den Glauben der Bevölkerung an jene Regierungsform ins Wanken gebracht. Ihre Einführung erschien nach der Revolution und schon vorher als ein Fortschritt, heute neigt die öffentliche Meinung dazu. in der parlamentarischen Doktrin einen Rückschritt im Vergleich zu den Ideen zu sehen, auf denen das alte Preußen beruhte. Da nun die Wiederherstellung der Monarchie mit ihrem nichtparlamentarischen Konstitutionalismus in der Gegenwart unmöglich ist, suchen die Wähler für den Parlamentarismus, der in den Notverordnungen des Reichs das hippokratische Gesicht zu zeigen scheint, einen Ersatz in der faschistischen Doktrin der Nationalsozialisten. Auch ihr gewaltiger Stimmenzuwachs bei der Reichspräsidentenwahl dürfte diese Partei noch nicht auf den Kulminationspunkt des Sieges emporgetragen haben: „Es geht ein starker Wind, mein Herr!“ läßt Rabelais die Landsknechte sagen, die nächtlicherweile auf der Seinebrücke einer nach dem anderen an den Pariser Parlamentsrat herantreten und ihm das seidene Barett, das samtne Wams, die goldene Uhr und Kette wegnehmen und schließlich sogar Hemd und Hosen ausziehen. So hat die nationalsozialistische Presse und Propaganda, auch ein „starker Wind“, der, besonders seit den schicksalsschwangeren Herbstwahlen von 1930, fast unausgesetzt mit schneidender Schärfe über das Reich und Preußen dahinfegt, den Parlamentarismus nach und nach seiner sämtlichen Schmuck- und Bekleidungsstücke beraubt, so daß die öffentliche Meinung ihn nackt sieht. Sicher sieht

sie ihn nicht objektiv, aber nicht das abgeklärte Urteil der Masse — übrigens eine contradictio in adiecto — sondern ihr Impuls wird die Preußenwahlen entscheiden.

Nach menschlichem Ermessen wird der neue Landtag, abgesehen von einer kleinen Gruppe Abgeordneter mit variabeln Tendenzen, aus Verfechtern zweier konstitutioneller Doktrinen zusammengesetzt sein, die sich schlechterdings nicht miteinander vertragen, ja geradezu anheulen, der parlamentarischen und der faschistischen. Die preußische Regierung sucht einem weiteren Ansteigen der staatssozialistischen Welle durch Repressivmaßregeln zu begegnen, ohne daß sie sich hiervon einen besonderen Erfolg versprechen könnte. Wohl hat die französische Republik im Jahre 1889 den General Boulanger, eine dem Herrn Hitler analoge geschichtliche Erscheinung, als er schon im Begriff war, die letzten Stufen, die zur Macht führten, zu ersteigen, vor den Staatsgerichtshof gestellt. Die Anklage auf Verschwörung gegen die Republik war juristisch schwer zu begründen, aber Boulanger wußte, daß der jakobinische Fanatismus seiner Feinde über Zwirnsfäden des positiven Rechts nicht stolpern würde. Er floh aus dem Land, und die nach seinem Namen benannte Bewegung platzte wie eine Seifenblase.

Aber die Koalitionsregierungen, auf denen unsere Republik beruht, scheinen zu extremen Gewaltmaßregeln wenig geeignet zu sein. Diese sind nach der Ermordung Erzbergers und Rathenaus nicht ergriffen worden, obgleich nach der Katastrophe des letzteren Reichskanzler Wirth, mit dem gefährlichen Schlachtruf: „Der Feind steht rechts!" für einen Tag die Straße mobil machte. Brüning hat Wirth aus der Reichsregierung ausgeschifft, und es ist wohl kaum wahrscheinlich, daß das Zentrum durch krasse Verfolgung der Nationalsozialisten der radikalen Linken seine Seele verschreiben wird. Das Finassieren entspricht seinem Charakter weit mehr als die Rücksichtslosigkeit, und wie lebhaft es sich auch heute dagegen verwahren mag, daß es an eine Fühlungnahme mit den Nationalsozialisten denke, freie Hand wird es unter allen Umständen behalten wollen. So können sich die Sozialdemokraten von einer Beeinflussung der Wählerschaft durch den Polizeiapparat wenig versprechen, und noch fragwürdigere Dienste dürfte ihnen die doppelsinnige Erklärung des Ministerpräsidenten Braun leisten, daß „die Katzenellenbogen-Freiheit" beseitigt werden müsse. Mit diesem Vorstoß wollte Herr Braun Stimmung für die Forderung machen, die jüngst von den Sozialdemokraten und fast noch leidenschaftlicher von den katholischen Arbeitern erhoben worden ist, daß der Bergbau und angrenzende Teile der Schwerindustrie zu verstaatlichen seien. Wenn aber der Wähler von irgendwelchen Neuerungen genug und übergenug hat, so ist es der ganze Komplex der die freie Wirtschaft erstickenden Sozialisierung. Vor mir liegt: „Kulturphilosophische Grundlegung der Politik" von Richard Kroner[1]). Der Verfasser, Professor an der Universität Kiel, glaubt mit Recht, daß trotz der handgreiflichen Verschiedenheiten, die zwischen Politik

[1]) 1931. Junker und Dünnhaupt Verlag, Berlin. Die Kronersche Schrift wird in diesem Heft in dem Artikel: „Polens Mysterium des nationalen Instinkts" noch von einer anderen Seite her gewürdigt.

und Philosophie obwalten, eine Wechselwirkung zwischen ihnen naturgegeben und vernunftgemäß sei; er selber schlägt theoretisch die Verbindungen nicht nur mit gründlicher wissenschaftlicher Schulung, sondern auch mit einer Kunst des gemeinverständlichen Ausdrucks, die das Buch für weitere Kreise lesbar macht. Kroner sagt, die Politik rufe in manchen Fällen die Philosophie zu Hilfe. Der politische Kämpfer suche wenigstens den Schein einer objektiven Begründung seiner Bestrebungen für sich zu haben. Offenbar habe neben List und Gewalt, Ehrgeiz und Leidenschaft das objektive Moment für Sieg und Niederlage in der Politik doch gleichfalls seine Bedeutung: „Andererseits", fährt Kroner fort, „ist im philosophischen Denken, so sehr immer es darauf abzielt, zu objektiv begründeten Wahrheiten zu gelangen, auch ein Moment ... enthalten ... das sich nicht mehr objektiv begründen läßt, sondern ... aus einer ... erlebnismäßig entstandenen ... Lebensanschauung entspringt." Durch praktische Erfahrungen, die wir alle schaudernd mit ihm gemacht haben, ist der abstrakte Denker Kroner dahin geführt worden, daß er dringend vor den Uebergriffen des Staatssozialismus in die der Wirtschaft naturgemäß zustehende Sphäre warnt. Solche Mißachtung der Grenzen sei philosophisch ebenso irrtümlich und politisch ebenso gefährlich wie die Vermischung von Politik und Religion. Kroner geht so weit, daß er die Sozialpolitik als ein Beispiel für das Hineinwirken der Religion in das Gebiet der Politik bezeichnet. Damit soll keineswegs alle Sozialpolitik abgelehnt werden, wohl aber erhält durch den unverblümten Hinweis auf das Heterogene des religiösen und des staatlichen Bereichs die Opposition der gegen den sentimentalen Fürsorgestaat, die so oft nur auf die Selbstsucht der Unternehmer zurückgeführt wurde, eine ernste und tiefe Begründung.

Die geistigen und materiellen Waffen der preußischen Regierung werden mithin schwerlich ausreichen, um zu verhindern, daß der neue Landtag ein völlig anderes Gesicht zeigt. Uns interessiert bei diesen Parteistreitigkeiten hauptsächlich das sachliche Moment, die Frage, ob es nun endlich gelingen wird, die Verwaltung zu reinigen und ihren alten Wert wiederherzustellen. Dazu würde eine stärkere Regierung gehören als die gegenwärtige, die sieben Jahre am Ruder ist, ohne die administrativen Mißstände beseitigen zu können. Zu einer starken Regierung aber werden wir wohl kaum gelangen, wenn die preußische Volksvertretung anstatt von der Koalition, die heute die Geschäfte führt, von einer nationalsozialistisch-kommunistischen Mehrheit beherrscht wird. Optimisten rechnen freilich mit der Möglichkeit einer anderen regierungsfähigen Koalition als der des Zentrums mit der Linken. Sie sehen die Nationalsozialisten in eine Koalitionsregierung eintreten und die Reorganisation der Verwaltung durchführen. Es will uns jedoch bedünken, daß derartige Kombinationen stark verfrüht sind. Durch die Nationalsozialistische Partei geht ein tiefer Riß; der eine Flügel ist gegenrevolutionär, der andere rot. In den Augen des Historikers ist das keineswegs ein Beweis dafür, daß die Partei nun bald auseinanderfallen müsse. Die Geschichte der Parteien lehrt, daß in ihnen lange Zeit Menschen erfolgreich zusammenwirken können, deren Weltanschauungen und Interessen weit voneinander abweichen. Mit Unrecht sieht man ein Zeichen der inneren Schwäche der Bewegung darin, daß in

den Reihen des Nationalsozialismus der Prinz neben dem Arbeiter steht. Der Prinz blickt in die Zukunft, getragen von der Mystik des Gottesgnadentums, der Arbeiter von dem chiliastischen Glauben an den Fürsorgestaat, aber die wesensfremden Elemente werden zusammengehalten durch die faschistische Doktrin. Wohl kümmern sich Millionen Hitlerianer wenig um die Parteidoktrin. Sie gehen mit in dem Gefühl, daß alle anderen Parteien sich verbraucht haben. Die Kunstsprache des britischen Parlamentarismus nennt diese Spezies von Wählern das Treibholz. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß keine Partei groß werden kann, wenn ihr nicht die Strömung jene charakterlich oft hochwertigen Elemente in Menge zuführt. Doch schafft das nicht die Tatsache aus der Welt, daß das Rückgrat jeder Partei ihre Doktrin ist. Ohne die Doktrin könnte die Partei nicht leben und folglich auch nicht das Treibholz auffangen.

Nun steht die faschistische Doktrin der parlamentarischen Demokratie ebenso unversöhnlich gegenüber wie die bolschewistische. In Italien, bei uns, in Polen und Südslawien sind die faschistischen Lehren eben zu dem Zweck ausgebildet worden, um den Parlamentarismus geistig und materiell zu vernichten; eine Symbiose hat sich noch nirgends angebahnt. Deshalb werden unsere Verfechter der parlamentarischen Ideologie sich in absehbarer Zeit wohl kaum dazu entschließen, den Nationalsozialisten koalitionsmäßig gouvernementale Machtpositionen einzuräumen. Noch ist der Nationalsozialismus innerlich an seine Doktrin gebunden. Er muß in dem parlamentarischen System den Krebs sehen, der das Reich zerfrißt: „Quod ferrum non sanat, ignis sanat!“ ist die politische Chirurgie Mussolinis, Pilsudskis und überhaupt aller Faschistenführer. Von ihrem Standpunkt aus gesehen, würden die Nationalsozialisten geradezu gewissenlos handeln, wenn sie, an den Operationstisch berufen, um des parlamentarischen Gaukelspiels willen den todkranken Volkskörper wieder den unsauberen Händen erklärter oder getarnter Marxisten ausliefern würden.

Damit soll kein Urteil über die zukünftige Entwicklung der Nationalsozialistischen Partei ausgesprochen sein. Bei diesen Schlüssen ist die höchste Vorsicht geboten. Zur Zeit des Sozialistengesetzes sagte Treitschke in den „Preußischen Jahrbüchern“ zu denen, die rieten, man solle die sozialdemokratische Bewegung sich abklären lassen: „Der Unsinn und die Niedertracht können sich nicht abklären!“ Das war ein Irrtum. Aber ob sich nun die Nationalsozialisten später einmal „mausern“ werden, wie sich die Sozialdemokraten „gemausert“ haben, oder ob die Entwicklung des Nationalsozialismus anders verlaufen wird, jedenfalls wird nach den Wahlen dieses Monats, wenn kein Wunder geschieht, eine Beteiligung der Anhänger Hitlers an der preußischen Regierung noch nicht in Frage kommen. Denn sie dürften ihre Grundsätze schwerlich verleugnen wollen. Von den anderen Parteien ist anzunehmen, daß sie das theoretische Unding eines parlamentarisch-faschistischen Kabinetts praktisch aus Mißtrauen und Furcht von der Hand weisen werden. Ueber diese Kluft läßt sich vor der Hand kaum eine Brücke bauen. Dann müßte also, wie es scheint, die alte Koalitionsregierung bleiben, denn eine nationalsozialistisch-kommunistische Mehrheit des Parlaments kann wegen ihrer Zwiespältigkeit keine neuen Minister an die Stelle des Herrn Braun

und seiner Kollegen setzen. Mutatis mutandis bestanden eine ziemliche Zeit ähnliche parlamentarische Verhältnisse mit einer Minderheitsregierung in Hamburg, lange schienen sie jedoch auch den maßgebenden Faktoren dieses Kleinstaats nicht haltbar zu sein, und kurz vor Ostern hat sich die Bürgerschaft aufgelöst. Wenn in Preußen die Gegnerschaft zwischen Kabinett und Landtag für längere Zeit das Zustandekommen neuer Gesetze unmöglich machen sollte, würde die Bevölkerung Preußens, durch die unheimliche gesetzgeberische Fruchtbarkeit von Reich und Land beinahe erstickt, das als Erlösung von einem wundreibenden Joch empfinden. Wie aber soll, wenn die beiden Zweige der preußischen Staatsgewalt keine Berührung miteinander finden, die Säuberung und Verbesserung des Beamtentums, die Einschränkung der Macht des Parteibuchs, bewirkt werden? Diese Reform, die allen Vernünftigen am Herzen liegt, würde versacken und versanden, noch ehe sie begonnen hat. Das ist die Problematik der Preußenwahlen!

Wenden wir uns von diesen der Erneuerung der französischen Deputiertenkammer zu, so haben wir das Gefühl des Seemanns, der aus dem Bereich eines Taifuns in ruhige Gewässer gelangt. In Frankreich gibt es keinen Zusammenprall von Doktrinen, die, was eine materialistische Geschichtsphilosophie auch dagegen einwenden mag, die Leidenschaften viel stärker erregen als der Zank der wirtschaftlichen Interessen. Die royalistische und die bonapartistische Doktrin sind tot, die katholische hat sich in den Hintergrund der politischen Bühne zurückziehen müssen, die sozialistische ist zu schwach, um nach der Herrschaft über den Staat zu greifen und lebt sich in den Kommunen mit Industriebevölkerung aus. Seitdem die sogenannte Trennung von Kirche und Staat den Voltairianern die politische Alleinherrschaft gegeben hat, existieren in den Kammern keine Parteien mehr, sondern nur noch Gruppen. Ihre Programme sind kaum das Papier wert, auf dem sie gedruckt sind, denn was das eine von dem anderen unterscheidet, sind nur Nuancen der gleichen voltairianisch-bürgerlichen Doktrin. Die rechtsgerichteten Gruppen haben, oft durch die weiblichen Angehörigen ihrer Mitglieder, leichte Fühlung mit der Geistlichkeit und wollen den Druck, der auf der geknechteten, ausgepoverten Kirche ruht, ein wenig erleichtern, dagegen setzen sich die linksgerichteten Gruppen zur Wehr; sie verteidigen die wirklichen oder vermeintlichen Interessen des Standes der Volksschullehrer, der durch die sogenannte Trennung von Kirche und Staat die Aufsicht des Klerus abgestreift hat. Doch bedingt diese Spannung zwischen rechts und links keinen scharfen Unterschied der Doktrin. Die Trennungsgesetze wollen alle Gruppen aufrechterhalten. Die Spaltungen, die die verschiedenartige Auslegung des Begriffs der Laicité zwischen ihnen erzeugt, sind so überbrückungsfähig, daß eine ganze Reihe von Abgeordneten bei verschiedenen Gruppen eingeschrieben ist.

Ebenso einig wie gegenüber der Kirche sind die Parteien Frankreichs gegenüber dem Heer. Während sie jene mit mehr oder weniger Leidenschaft ablehnen, bejahen sie dieses von ganzem Herzen. Dieser Vorzug des französischen Parlamentarismus vor dem deutschen hat geschichtliche Ursachen, die ich hier nicht erörtern kann. Die Sympathie beruht auf Gegenseitigkeit; die Republik, die den Krieg gewonnen hat, ist auch dem Heere teuer. Dieser

militaristische Einschlag im Gewebe der Republik bewirkt zusammen mit dem Aufbau der französischen Gesellschaft, die verhältnismäßig viel weniger Industriearbeiter als die deutsche, englische und belgische in ihren Reihen zählt, den bürgerlichen Charakter der französischen Parteikämpfe. Es gibt in Frankreich zwei Parteien, die sich nach dem Sozialismus benennen, die radikalsozialistische und die Socialistes Unifiés. Nur die letzteren lassen sich mit deutschen Sozialdemokraten vergleichen, und es müssen dabei noch erhebliche Vorbehalte gemacht werden. Die Atmosphäre zwischen den Socialistes Unifiés und der Armee ist immerhin wärmer als die zwischen den Sozialdemokraten und der Reichswehr. Das Nationalgefühl ist bei den französischen Sozialisten so stark entwickelt wie bei den polnischen und tschechischen Genossen, so daß zur unangenehmen Ueberraschung der deutschen Mitglieder der Zweiten Internationale der weltbürgerliche Elan des Herrn Blum und der anderen Franzosen oft fragwürdig erscheint. Der Billigkeit wegen darf nicht unerwähnt bleiben, daß jener Elan den Socialistes Unifiés auch in der inneren Politik fehlt. Im Gefühl ihrer Schwäche haben sie unter dem durchsichtigen Vorwand, daß sie damit der Zukunft der Partei etwas vergeben würden, den ihnen von bürgerlicher Seite oft angebotenen Eintritt in die staatlichen Machtpositionen bisher konsequent abgelehnt. So genießen sie ununterbrochen das Vergnügen, in der Opposition zu sein, aber ihre Scheu vor der Uebernahme von Verantwortlichkeiten degradiert sie auch. Sie beeinflussen den Gang der öffentlichen Angelegenheiten lediglich mittelbar als die Bundesgenossen der Radikalsozialisten.

Diese führen den Sozialismus bloß im Namen, um auszudrücken, daß ihnen die Belange der geringeren Gesellschaftsklassen besonders am Herzen liegen, aber ihren Heerbann stellt nicht die Arbeiterschaft, sondern der niedere Mittelstand, als da sind Kleinbauern, Kleinbürger, Unterbeamte und last but not least Volksschullehrer. Hinter den wichtigsten Gruppen des Parlaments rechts von den Radikalsozialisten steht mittleres und großes Kapital, aber die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze sind zu mild, um die politische Maschinerie mit dem Feuer solcher Leidenschaften, wie sie in Deutschland glühen, anheizen zu können. Der französische Wahlkampf verläuft ziemlich matt. Das entspricht dem Stande der historischen Evolution Frankreichs. Die Nation oder wenigstens die politisch maßgebenden Kreise in ihr gruppieren sich heute weniger um Doktrinen, Weltanschauungen, Ideologien als um Personen, die aus Ehrgeiz dem Lande dienen. Das soll weder für die Personen noch für das Land einen Tadel bedeuten. Im Innern sind alle Gruppen des Parlaments mit den gegebenen Zuständen und Einrichtungen in der Hauptsache zufrieden, und ebenso besteht zwischen ihnen über die großen Linien der Außenpolitik ein grundsätzliches Einverständnis. Was die Parteiführer voneinander trennt, sind Nuancen, bloße Nuancen der Ideologie, und dann der allerdings unermeßlich weite Tummelplatz der persönlichen Ambitionen. Poincaré, als Oberhaupt der Rechtsgruppen, ließ 1923 die französischen Divisionen in das Ruhrrevier einrücken, um, wie aus den jüngst veröffentlichten Aufzeichnungen Stresemanns deutlich hervorgeht, den 1919 nicht erreichten Rheinstaat schließlich doch noch durchzusetzen.

Herriot, der damals die Linksgruppen führte, wie er heute wieder ihr Vorkämpfer bei den Wahlen ist, wollte den nationalistischen Ministerpräsidenten aus dem Sattel heben und mußte zu diesem Zweck eine weniger Erregung in der Welt verursachende Art der Auseinandersetzung mit Deutschland vorschlagen als den Aufbau eines Rheinstaats. Was kam dabei für uns heraus? Herriot stürzte Prokrustes-Poincaré, der sich anschickte, das Reich zu zerstückeln, und warf uns dafür, ein moderner Nessus, das vergiftete Gewand des Dawes-Plans über. Auch diese „Konzession" ließ der Exponent der französischen Linken sich in dem unvergeßlichen Sommer 1924 erst nach wütendem, diplomatischem Ringen entreißen. An Stelle des Endes mit Schrecken brachte der Linksruck, der sich bei den französischen Kammerwahlen vom Mai 1924 vollzogen hatte, dem deutschen Volk den Schrecken ohne Ende.

In Deutschland-Preußen tobt der schon heute reichliches Blutvergießen verursachende, für die Zukunft mit Bürgerkrieg drohende Streit um tief in den Gemütern wurzelnde Doktrinen, um die Lösung allerschwerster sachlicher Fragen, in Frankreich, das uns trotz einiger Wolken an seinem Horizont wie eine Insel der Seligen erscheinen muß, gewahren wir von alledem wenig oder nichts. Seine Politiker dürfen, ohne sich an ihrem Vaterland zu versündigen, nach dem Wahlspruch handeln: „Von des Lebens Gütern allen ist der Ruhm das höchste doch!" Begabte Politiker, deren persönlicher Ehrgeiz legitim ist, hat Frankreich nach wie vor nicht wenige aufzuweisen, wie jenen eben verstorbenen Briand, der sich um sein Vaterland wohlverdient gemacht hat, und dem alle politischen Gruppen, die Milde ihres Gegensatzes auch an diesem Sarge betätigend, mit bestem Recht unter dem Waffenglanz einer militärischen Parade die Exequien gefeiert haben. Wenn aber Frankreich will, daß die dunkeln Punkte an seinem lachenden Himmel sich nicht unheilbringend ausbreiten — man lese die Ausführungen von Herrn Dr. Treuherz in diesem Heft —, dann muß sein öffentliches Leben einen Charakter hervorund an die Spitze der Geschäfte bringen, der aus anderem Holz geschnitzt ist als Briand und Herriot. Wird die französische Republik, die Schiedsrichterin des Kontinents, wenn nicht Europas, bei den Verhandlungen dieses über die Zukunft der Menschheit entscheidenden Sommers the right man in the right place at the right time haben? Das ist die Problematik der französischen Wahlen!

Emil Daniels.

Für den redaktionellen Teil verantwortlich: Dr. Walter Heynen in Berlin W 10
Für den Anzeigenteil: Erhard Fuchs, Potsdam
Verlag von Georg Stilke, Berlin NW, Dorotheenstr. 65
Druck von J. S. Preuß, Buchdruckerei, Berlin S 14, Dresdener Str. 43

Psychologie der französischen Parteien

von Dr. Artur Rosenberg (Paris)

Der Ausländer, der einer politischen Aussprache in Frankreich anwohnt, wird überrascht sein, mit welchem Eifer hier Begriffe immer wieder Erörterung finden, die zum gebräuchlichsten Bestand des politischen Wortschatzes gehören. Rechts, links, republikanisch, national sind Bezeichnungen, die am häufigsten den Gegenstand von Bemühungen um Klärung bilden. Doch würde man irren, wollte man annehmen, daß es sich dabei lediglich um Vertiefung der Begriffsdeutung handelte. Es ist so, daß viele der politischen Ausdrücke dem Franzosen eben tatsächlich keine eindeutige Vorstellung vermitteln; in verschiedenem Sinn gebraucht, machen sie — wirklich oder im Unterbewußtsein — erst eine jedesmalige Determination notwendig. Ein solcher Mangel an einer festen Begriffsformulierung bei einem Volke, dem Definition sonst soviel gilt, muß befremden; er wäre nicht möglich, wenn das Parteiwesen selbst eine sehr ausgeprägte Entwicklung besäße. Das ist jedoch nicht der Fall: der Deputierte ist bei der gegenwärtigen Wahlordnung mit ihren zwei Wahlgängen fast immer auf Stimmen anderer Parteien angewiesen (die einzige Partei, die kommunistische, die Wahlkompromisse abgelehnt hat, konnte nur elf Sitze erlangen, statt der 65 Mandate, die ihr bei proportionaler Wahlordnung zufallen müßten); er ist zu Kompromissen gedrängt. Um den verschiedenen Schichten seiner Wähler gerecht zu werden, muß er ein scharf umrissenes Parteiprogramm ablehnen; notwendig können auch die Kammerfraktionen ihren Mitgliedern ein solches nicht zumuten. Allerdings wäre diese Wahlordnung mit der notwendig resultierenden Verwischung der Parteigrenzen nicht möglich, wenn sie nicht zutiefst dem französischen Wesen entspräche. Das französische Parteiwesen ist daher weit weniger entwickelt und ausgeprägt, als etwa das deutsche oder englische. Vielen erscheint es sogar als Chaos, das sich jeder Gesetzmäßigkeit entzieht. Es wird damit erklärlich, daß der französische Soziologe André Siegfried, als er sich vor zwei Jahren anschickte, eine Uebersicht über das französische Parteiwesen zu bieten, zunächst einmal die Möglichkeit eines solchen Unternehmens darlegen zu müssen glaubte: „Entgegen der herrschenden Auffassung scheint es mir möglich, den Geist unseres öffentlichen Lebens zu erfassen."

Wenn die französischen politischen Gruppen, mit geringen Ausnahmen, kaum von Doktrin und Parteiprogramm aus erfaßt und dargestellt werden können, ist es dagegen möglich — stärker vielleicht als in andern Ländern —, sie aus dem Wesen ihrer Anhänger vorstellbar und deutlich zu machen. Denn zweifellos ist die Partei in Frankreich inniger als anders-

bunden, sie trägt gleichsam ein bestimmtes menschliches Antlitz. Es ist deshalb nicht erstaunlich, daß nach dem Soziologen Siegfried, ein Schriftsteller, nicht selbst Politiker, doch als Literat empfänglich für die Psychologie der Gruppen und in beständiger innerer Auseinandersetzung mit ihr, an die Aufgabe herantritt, ein Bild der französischen Parteien zu entwerfen. Der in Frankreich geschätzte Essayist und Romancier E. Berl legt sein Werk „La Politique et les Partis" (Paris, Rieder) wo mit den besonderen Wesenszügen ihrer Anhänger vereben noch rechtzeitig zu den Kammerwahlen vor.

Berl sucht zunächst einmal nach der Demarkationslinie, die die politischen Gruppen in die beiden Lager teilt, die das Spiel der politischen Kräfte bestimmen. Diese Abgrenzung scheint ihm in der Scheidung in Linke und Rechte gegeben. Ist eine solche Trennung auch wirklich möglich? Viele Franzosen leugnen es; einmal schon aus rein äußerlichen Gründen: keine Gruppe der Kammer bekennt sich zur Rechten; im Senat zählt die einzige bestehende Rechtsgruppe neun Mitglieder. — Diese eigentümliche Erscheinung erklärt sich aus dem geheimnisvollen Zauber, den der Linksbegriff auf den französischen Wähler übt. Links bedeutet ihm Wohlfahrt und Freiheit, rechts Unterdrückung und Rückschritt. Der Franzose, mag er noch so konservativ sein, will die Ueberzeugung haben, „links" zu stehen. Bezeichnend ist die Versicherung, die mir der Generalsekretär der Fédération Républicaine, der Organisation der äußersten Rechten, gab: „In Frankreich gibt es nur Linksparteien." Doch, sieht man auch von diesen Einflüssen ab, die mehr das Aeußere, die Etikette, als das Wesen der Parteien bestimmen, zeigt sich, daß es überaus schwierig ist, nach sachlichen Gesichtspunkten eine Scheidung zu treffen. Sicher wäre es völlig verfehlt, wie dies früher geschah, bei den Linksparteien die evolutionären Kräfte zu suchen, bei den Rechtsparteien die beharrenden — die einen als fortschrittlich, die andern als konservativ zu bezeichnen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in vielen Fragen die Rechtsparteien in Frankreich einer Entwicklung weit mehr Verständnis entgegenbringen, als manche Linkspartei. Auch Programme und Dogmen der Parteien, soweit man von solchen sprechen darf, geben kaum zuverlässige Merkmale für eine Scheidung. Dennoch hält Berl, wie alle französischen Anhänger der Linken, an der Trennung in Linke und Rechte fest. Er versucht sie nach psychologischen Merkmalen zu treffen.

Mit früheren Kritikern stimmt der Verfasser darin überein, im Bekenntnis zum „Geist von 1789" das trennende Moment zwischen Linker und Rechter zu erblicken. „Geist von 1789" bedeutet nicht den Anspruch auf Gleichheit aller Menschen, er bedeutet aber den Anspruch auf die Möglichkeit eines Gleichkommens, im Wirtschaftlichen nicht die Forderung nach

Teilung der Güter, aber die Möglichkeit nach Zugang zum Besitz: nicht der allgemeinen Verwirklichung, nur der grundsätzlichen Möglichkeit gilt es. Aus der besorgten Eifersucht, die über diesem Anspruch wacht, erwächst das Mißtrauen gegen die Autorität, rührt die Ablehnung jeder Persönlichkeit und jeder Institution (Heer, Kirche, Finanzkapital, Großindustrie), die ihrem Wesen nach geeignet ist, starke autoritäre Gewalten zu schaffen. Berl geht jedoch über diese geläufige Anschauung hinaus. Er weist mit Nachdruck auf den Minderwertigkeitskomplex hin, der zum Anspruch auf bürgerliche Gleichberechtigung hinzutreten muß, um den Seelenzustand zu erzeugen, der als Linksgesinnung angesprochen werden darf. Damit scheint in der Tat etwas bloßgelegt, das unentbehrlich ist, um das Wesensbild des französischen Linksmenschen zu vollenden. Ohne Bedachtnahme auf ein beständig gegenwärtiges Minderwertigkeitsgefühl, gegen das die Revolution zwar die Menschenrechte ausrufen konnte, das sie aber nicht zu beseitigen vermochte, bleibt Wesentlichstes in der Art des französischen Linksmenschen unverstanden.

Die gleiche Methode psychologischer Kennzeichnung, mit der die Scheidung in zwei große Lager versucht wird, wendet der Verfasser auch für die Darstellung der einzelnen Gruppen an. Sie wird besonders dort nützlich, wo eine Kennzeichnung vom Gesichtspunkt der Doktrin völlig versagen muß. — So, wenn der Verfasser schreibt: „Marin (der Vorsitzende der Union Républicaine Démocratique) streng, schrullenhaft, klein in Geldfragen, tugendsam, emsig, dazu Lothringer, verkörpert wunderbar eine Gattung, die eine der Besonderheiten Frankreichs bildet. Zu ihr gehört der Vorstand des Ausschusses für die Errichtung des Kriegerdenkmals, der Kustos des Gemeindemuseums, der Parkwächter so gut wie die große Zahl der kleinen Besitzer russischer, ungarischer, türkischer und auch französischer Papiere, Leute, die alle der Ueberzeugung sind, es bedarf nur der Beseitigung von ein paar Verrätern, und Frankreich beherrscht die Welt. Ewig sind sie auf der Jagd nach solchen Verrätern; augenblicklich haben sie sie in den Anhängern Hitlers entdeckt, ihnen schreiben sie alles Uebel der Welt zu... Es ist die Partei der Kleinbürger, die ihr Heil von den Großbürgern erwartet.“ Wenn der Verfasser dies und anderes ähnlich Anschauliches sagt, wird von der Union Républicaine Démocratique, der großen Rechtspartei, zweifellos eher eine Vorstellung geweckt als durch Wiedergabe ihres obersten Leitsatzes: „Die Partei stellt sich zur Aufgabe, alle Republikaner in einem Geiste von Eintracht und nationaler Größe um sich zu sammeln, um dem Leitgedanken ‚Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit‘ und den Grundsätzen der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte Achtung zu schaffen.“

Was Berl über die Mittelparteien (Linksrepublikaner,

Radikale Linke, Unabhängige Linke) sagt, ist oft gedacht, doch kaum mit gleicher Eindringlichkeit zum Ausdruck gebracht worden: Es sind Körperschaften, die auf jede Doktrin völlig verzichten, Zweckgebilde, die entstehen, sich verändern und vergehen, um Regierungskombinationen zu ermöglichen, Parteien, die ohne bestimmte politische Zielsetzung sich in der Anpassung an den Augenblick erschöpfen. Sie sind Sammelpunkt aller jener in Frankreich so zahlreichen Kräfte, die im Opportunismus das einzige Mittel erfolgreicher Politik erblicken. Das sorgenvolle Mißtrauen, das den Grundzug aller französischen Parteien bildet, das den Gedanken der „Sécurité" in den Mittelpunkt alles individuellen und öffentlichen Lebens rückt, das nur den greifbaren Nutzen gelten läßt, dieses Mißtrauen verliert bei den Mittelgruppen den immerhin doktrinären und gewissermaßen ideellen Charakter, den es sich bei den Rechts- und Linksparteien noch bewahrt hat, und erhebt den Kult unmittelbarer Nützlichkeit zur einzigen Maxime allen politischen Handelns.

Die radikalsozialistische Partei gruppiert um sich die Träger der Linksgesinnung in ihrer bewußt bürgerlichen Form. Diese Gesinnung wurzelt in dem wachen Bewußtsein einer wunden Stelle, irgendeiner Schwäche, und ist gleichzeitig Ausdruck des Verlangens, über sie hinwegzukommen. Für die politische Lebenseinstellung Herriots, Verkörperung radikaler Gesinnung, war vielleicht der Augenblick entscheidend, da er Zeuge sein mußte, als die letzten Bücher seines Vaters zwangsweise verkauft wurden. Der Verfasser erzählt unter anderm von einer Familie, deren Glieder seit Generationen links wählten, nur weil sie wegen der Verurteilung eines ihrer Ahnen einen Makel auf sich lasten fühlten. Daß die Radikalen sich gerne mit zur Schau gestelltem Stolz als die „petits gens", als die kleinen Leute bezeichnen, ist in diesem Sinn bedeutungsvoll. Immer hat radikale Gesinnung etwas von Protest und Auflehnung an sich; sie besteht als Geisteshaltung und Seelenzustand ganz unabhängig von der mehr zufälligen parteimäßigen Zusammenfassung ihrer Träger. Aus diesem Wesen erklärt sich ein unablässig bohrendes Mißtrauen, eine beständige Reizbarkeit, doch auch ein demütiges Wissen um die Mangelhaftigkeit menschlichen Vermögens, ein stets gegenwärtiges Gefühl der Verbundenheit mit menschlicher Schwäche und die Bereitschaft, für sie einzutreten; die Radikalen sprechen von „Humanité". Aus diesem Wesen wird auch die Leidenschaft für das Wissen um die menschlichen Dinge, ihr Humanismus verständlich. In der Tat muß es überraschen, in wie hohem Maß ihre Führerschicht durch humanistische Studien geprägt ist. —

Der Sozialismus ist — negativ — bestimmt durch das Fehlen eines klassenbewußten Proletariats; er ist, wie der Radikalismus, eine Partei von Kleinbürgern, auch wenn diese

zum Teil, aber auch nur zum Teil, der Arbeiterschicht angehören. Die Parteidoktrin hat zwar auf ihr revolutionäres Ideal nicht verzichtet, doch vermag dies auf die bürgerliche Lebensgesinnung ihrer Anhänger keinen Einfluß zu üben. Der Sozialismus unterscheidet sich — nach dem Verfasser — vom Radikalismus einzig durch die größere Beharrlichkeit, mit der er die Grundsätze „allgemeiner Linksgesinnung" vertritt.

Der Kommunismus hat eine stärker ausgeprägte Doktrin, eine straffere Organisation als irgendeine andere Gruppe; doch bleibt er nur abstrakte Idee, er ist nicht, wie die übrigen Gruppen, ein aus dem französischen Leben durch Aehnlichkeit der Wesens- und Daseinsverhältnisse entstandener und organisch gewachsener Teil des französischen Ganzen; er ist nicht wie sie „une famille de France", ein Stück Frankreich.

Hier wird deutlich, was Seignobos, der Altmeister der französischen Geschichtsschreibung, meint, wenn er erklärt, daß der Parteibegriff dem Franzosen fremd bleibt. Die französische politische Gruppe ist nicht eine Partei; es fehlt ihr an festen Grenzen, an doktrinärem Inhalt, es fehlt das Gewollte und die Konvention, die das Wesen der Partei ausmachen. Sie ist „une famille de France", Teil des französischen Lebens, sie würde bestehen, auch wenn es kein Parlament und keine parlamentarischen Parteien gäbe. Damit wird erklärlich, daß Bezeichnungen und Etiketten, Programme und Doktrinen im französischen Parteiwesen eine so geringe Rolle spielen. Es ist daher ein furchtbarer Gedanke, die französischen politischen Gruppen von ihren menschlichen Bindungen aus zu erfassen und ihre Darstellung von der psychologischen Seite zu unternehmen. — Allerdings darf nicht übersehen werden, wie es dem Verfasser unterlaufen ist, daß der Wesensverwandtschaft, wie er sie aufzeigt, in der parlamentarischen Koalitionsbildung doch nur eine beschränkte Bedeutung zukommt (bei Bildung des Kartells), daß die Zusammenfassung der Gruppen, das Spiel der politischen Kräfte doch häufiger noch von andern Gesichtspunkten bestimmt wird, eben weil auch andere, wirtschaftliche und Interesseneinflüsse mächtig wirksam sind.

Hält man sich dies gegenwärtig, wird die psychologische Betrachtungsweise, wie Berl sie anwendet, für die Erkenntnis des französischen Parteiwesens eine wertvolle Bereicherung bilden.

*

Und Genf?

von K. L. von Oertzen

Nach einigen von Sensationen erfüllten Tagen, in denen alle Welt nach Genf hinhorchte, ist sehr rasch die übliche Konferenzmüdigkeit eingetreten, die denen zugute kommt, deren Politik sich im Gegensatz zu den Wünschen der öffentlichen Meinung befindet, die stark auf Abrüstung dringt, und die denen abträglich ist, für die die Unterstützung durch die öffentliche Meinung der einzig stechende Trumpf ist. Die zahlreichen Kommissionen, die die Vollversammlung der Abrüstungskonferenz eingesetzt hat, haben sich des unübersehbaren Beratungsstoffes bemächtigt. Diese Kommissionen begnügten sich bisher, wie Tardieu sarkastisch gesagt hat, mit einem Tennisspiel, bei dem die Beratungsgegenstände wie die Bälle beim weißen Sport hin- und herflogen, weil jede Kommission der anderen zu überlassen wünschte, die heißen Eisen zuerst anzufassen.

Die polnische Regierung hat vorgeschlagen, nach Mitteln zu suchen, die „moralische" Abrüstung zu fördern. Die moralische Abrüstung hat allerdings in Polen in der letzten Zeit sehr starke Rückschritte gemacht. Mit Recht hat Reichskanzler Dr. Brüning in seiner Rede in Königsberg darauf hingewiesen, welche Belastung die polnische Aggressivität für die deutsche Politik, auch für die deutsche Innenpolitik, darstelle. Man kann daher verstehen, wenn die polnische Regierung um internationale Hilfe gegen die Kriegshetzer im eigenen Lande wirbt. Außerdem hofft die abrüstungsfeindliche Gruppe durch diesen Antrag Gelegenheit zu finden, die abrüstungsfreundliche Gruppe anzuklagen und so die eigene Politik, die mit der öffentlichen Meinung im Widerspruch steht, zu entlasten. Deshalb will man anscheinend auch die Vorwürfe wieder aufwärmen, die gegen die deutsche Reichsregierung erhoben werden, weil sie angeblich gegen die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages verstößt. Man spricht von deutschen Geheimrüstungen. Wer sich für die Einzelheiten der Vorwürfe interessiert, die man erhebt, nehme das Buch des Oberleutnants Reboul in die Hand: „L'Allemagne n'a pas désarmé[1])." Es erübrigt sich, auf seinen Inhalt näher einzugehen; sachlich ist er schon wiederholt von amtlicher deutscher Seite widerlegt worden. Reboul verbreitet aus propagandistischen Gründen wissentlich Unwahrheiten und Uebertreibungen. Der Streit geht — soweit er sachlich begründet ist — um die Auslegung des Versailler Vertrages. Die französische Gruppe sieht den Sinn des Versailler Vertrages in der absoluten Wehrlosigkeit Deutschlands und verübelt deswegen dem Reiche jede Maß-

[1]) Paris bei Charles-Lavauzelle & Cie. 2. Ausgabe.

nahme, die zum Grenzschutz getroffen wird. Auch die letzte Notwehr soll Deutschland untersagt sein. Diese Auffassung steht im Widerspruch zu den Auffassungen, die man 1919 bei Aufstellung des Vertrages von Versailles hatte, und auch im Widerspruch zu dem Völkerbundspakt. Tardieu selbst hat 1919 ausgesprochen, daß man Deutschland Heer und Flotte gelassen habe, weil seine Ueberwinder nicht geneigt gewesen wären, die Sicherheit der deutschen Grenzen zu garantieren. Die Deutschland belassenen Streitmittel reichen allerdings für wirklichen Grenzschutz nicht aus. Der Versailler Vertrag ist auch hier in sich widerspruchsvoll. Aber keinem Zweifel unterliegt, daß er Deutschland nicht das Recht genommen hat, sich gegen einen Einbruch in sein Gebiet zu wehren, und daß die Reichsregierung ihre Pflicht versäumte, erschöpfte sie nicht jede ihr zur Verfügung stehende Möglichkeit, Maßregeln zu treffen, die verhindern, daß innerhalb der deutschen Grenzen vollendete Tatsachen geschaffen werden, ohne daß der Friedensbrecher seine organisierten Streitkräfte, d. h. sein Heer, einsetzt, ohne daß wirklich Krieg geführt wird.

Diese Verteidigungspflicht legt auch der Völkerbund seinen Mitgliedern auf. Dr. Paul Weber hat dies in seinem Buche: „Die Verteidigungspflicht der Gliedstaaten des Völkerbundes nach den Normen des Völkerbundsvertrages[1])", eingehend nachgewiesen. Er faßt das Ergebnis seiner Betrachtungen in dem Satz zusammen: „Aide toi, la Société des Nations t'aidera." Dies Recht zum Selbstschutz hat unzweifelhaft auch Deutschland. Unter diesem Gesichtspunkt wird man die Anklagen wegen „geheimer Rüstungen" zu werten haben, die nebenbei unter einem ganz falschen Rubrum laufen. Denn „geheim" sind die Rüstungen überall. Wer sich davon überzeugen will, vergleiche die Anzeigen der Regierungen über den Rüstungsstand in Genf mit dem wirklichen Tatbestand. Nicht um „geheime" Rüstungen geht der Streit, sondern um die gegensätzliche Auslegung gewisser Bestimmungen des Versailler Vertrages. Für die Austragung dieses Streites ist übrigens die Abrüstungskonferenz gar nicht zuständig, sondern die dafür vorgesehenen Instanzen des Völkerbundes.

Alle Welt wartet auf den Ausgang der Wahlen in Frankreich und Deutschland. Wir sehen nicht, wie ihr Ausgang den Erfolg der Abrüstungskonferenz beeinflussen könnte. Auch eine Verschiebung des politischen Schwerpunktes in Frankreich nach links wird die starre Pariser Haltung in bezug auf die Militärpolitik nicht erschüttern, und die von den deutschen Wahlen erwartete Befestigung der augenblicklichen Regierung wird nicht das Ergebnis haben, daß das Reich seine Bevollmächtigten ihre Namen unter ein Dokument setzen läßt, welches die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages erneuert.

[1]) Zürich, bei Gebr. Lehmann & Co.

Die Konferenzmüdigkeit ist besonders groß in Deutschland, wo die innere Politik das gesamte Interesse auffaugt, das der Arbeitende und der Nichtarbeitende, von der Arbeit Ausgeschlossene, für das gemeine Wohl aufzubringen imstande ist.

Einige Wochen schien es, als ob sich in Deutschland die Ueberzeugung von der großen Bedeutung der Konferenz für das Schicksal des Reiches durchgesetzt hätte. Wer das erhoffte, sieht sich getäuscht. Schon gewinnt die Meinung derer immer mehr an Boden, die die Abrüstungsfrage lediglich für eine Angelegenheit des Prestige halten und ihr jede Bedeutung für die deutsche Entwicklung absprechen. Man sieht als unabänderlich an, daß die Deutschen zum mindestens für lange Jahre allein entwaffnet im Kreise stark gerüsteter Staaten zu leben haben, da weder die anderen abrüsten noch Deutschland gestatten werden, die Waffen wieder aufzunehmen.

Man sagt auch, ein entwaffnetes Land sei ungefährdet, weil es selbst niemand bedroht; keiner werde es angreifen. Man argumentiert, auch wenn man dem Reiche eine größere wehrpolitische Freiheit ließe, könnte es doch davon keinen Gebrauch machen, da es dazu wirtschaftlich und finanziell nicht in der Lage sei.

Die Deutschen haben kein auch nur einigermaßen sicheres Urteil über das Wesen der realen Macht; immer fallen sie ins Extreme. Entweder überschätzen sie ihre politische und militärische Kraft und errichten Kartenhäuser, ohne die Tragfähigkeit der Grundlagen zu bedenken. Oder sie verkennen die Zentrifugalkraft der Machtlosigkeit. Dabei zeigt ein Blick in den historischen Atlas die avulsa imperii; an allen Grenzen Landschaften, die den Zusammenhang mit dem Reiche verloren, lediglich deswegen verloren, weil sie der Anziehungskraft des Mächtigen jenseits der Grenze unterlagen und den Zusammenhang mit der wehrlosen Volksgemeinschaft ohne Schmerz aufgaben. Daß derartige weitere Verluste auch heute drohen, braucht nicht erst bewiesen zu werden.

Aber auch solche mit den Händen zu greifenden geschichtlichen Erfahrungen gelten in Deutschland nichts. Man sucht beflissen den Weg des geringsten Widerstandes, auch dann, wenn er offensichtlich weiter nach unten und nicht nach oben führt. Fast scheint es so, als nähme man mancherorts an, die Freiheit werde uns geschenkt werden, man brauche sie nicht zu erkämpfen — und ein noch verhängnisvollerer Inglaube, wir kämen zu einer Gesundung der inneren Politik, solange die Souveränität des Reiches nicht wieder hergestellt ist.

In Genf steht für Deutschland mehr auf dem Spiele als die Erlaubnis, ein paar Dutzend Kanonen zu gießen, ein paar Flugzeuggeschwader bauen zu dürfen. In Genf geht es nicht nur um die deutsche Wehrpolitik; nicht nur um eine äußere

Sicherheit, sondern auch um die Grundlage seines inneren Friedens.

Hiergegen könnte man einwenden, internationale wehrpolitische Bindungen, wie sie in Genf erstrebt werden, beschränkten die Wehrhoheit jeden Staates. Das ist nicht zu bestreiten. In unserem Falle handelt es sich aber um eine einseitige Bindung, dazu um eine so tief einschneidende, daß in den deutschen Grenzprovinzen das Gefühl unerträglicher Unsicherheit dauernd obwaltet und jederzeit durch irgendwelche Ereignisse (auch durch Agitation) zur Panik gesteigert werden kann. Solange diese Unsicherheit besteht, bleiben die inneren deutschen Verhältnisse labil. Jede Regierung, die, freiwillig oder durch die Macht der Umstände gezwungen, sich mit der einseitigen Entwaffnung des Reiches und der aus ihr sich ergebenden Unsicherheit abfindet, steht der nationalistischen Kritik wehrlos gegenüber. Es gibt kein Argument, das nicht durch die Tatsache entkräftet würde, Deutschlands nationale Sicherheit bleibe auch weiterhin aufgehoben.

Die Begründung, mit der man in Frankreich die Aufrechterhaltung der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages fordert, ist nicht geeignet, sie Deutschland erträglich erscheinen zu lassen. Man sagt, die Deutschen seien nicht würdig, ebenso behandelt zu werden wie die übrigen Völker, weil auf ihnen die Schuld an der Entfesselung des großen Krieges laste. Für jede deutsche Regierung ist unmöglich, einen Vertrag zu unterzeichnen, der sich auf der Versailler Kriegsschuldthese gründet. Und täte sie es, niemals fände sie für einen solchen Vertrag eine Mehrheit im Reichstage. Man sagt in Frankreich auch, Deutschland müsse sich mit der einseitigen Entwaffnung abfinden, weil es den Krieg verloren habe. Diese Begründung erscheint uns noch ungeschickter. Den Verlust eines Krieges hat das unterlegene Volk zu entgelten durch Landverlust und Leistungen an Geld und Geldeswert. Was darüber hinausgeht, jede Ingerenz, besonders auf die Innenpolitik, bedeutet die Aufgabe der Selbständigkeit; die Verstümmelung des Selbstbestimmungsrechtes; den Verlust der Freiheit. Ein Teilverlust der Souveränität, wie wir ihn seit 1919 ertragen müssen, kann ebensowenig wie der nur teilweise Gewinn oder Rückgewinn der nationalen Freiheit zu einem politischen Beharrungszustand führen. Unabwendbar liegt für beide Teile darin der Zwang beschlossen, miteinander zu ringen; bis entweder die volle Freiheit oder die gänzliche Unterwerfung den politischen Dauerzustand begründet.

In der Presse findet sich der Hinweis, man suche ein Kompromiß zwischen dem deutschen und französischen Standpunkt in der Richtung, daß man Deutschland gestattet, den Teil seiner Wehrmacht mit neuzeitlichen Waffen auszustatten, welchen das Reich der Völkerbundexekutive zur Verfügung stellt. Dieser

Vorschlag verkennt das Wesen der deutschen Forderung, ebenso wie Tardieu, wenn er gegen sie einwandte: Gleichberechtigung bedeutet nicht Gleichsetzung (identité). Der Umfang der Rüstung der einzelnen Staaten ist Gegenstand der Verhandlung in Genf. Sache des politischen Ausgleichs ist, die Zahlen zu finden, die ihn festsetzen. Das gilt auch für die Systematik der Abrüstung oder, besser gesagt, der Rüstung (denn nach dem aus der Beratung hervorgehenden System werden die nationalen Rüstungen in Zukunft auf- und auszubauen sein). Die deutsche Regierung, die als Anwalt eines entwaffneten und wehrlosen Volkes das größte Interesse an dem Gelingen der Abrüstungskonferenz hat, wird bei der Beratung dieser Fragen zu jedem erträglichen Entgegenkommen bereit sein. Dagegen wird sie an der Forderung der Identität des Rüstungssystems für alle Staaten festhalten.

Den Wunsch, entgegenzukommen, hat die deutsche Regierung in Genf bewiesen durch die Art, in der sie ihre Abrüstungsthesen formulierte und begründete. Man hat ihr vorgeworfen, sie habe die Herausforderung Tardieus nicht beantwortet und den Fehdehandschuh nicht aufgenommen. Unbestritten ist, daß manchmal in der Politik von Vorteil ist, mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und mit Strahlen kalten Wassers zu arbeiten. Aber nur manchmal; in der Mehrzahl der Fälle ist diese Methode auch dann falsch, wenn der Ueberlegene sie anwendet. Trumpft ein Wehrloser auf, so wirkt es fast immer lächerlich und ist ihm schädlich, zumal wenn seine Wehrlosigkeit klar zutage liegt, und auch die lautesten Worte sie nicht verhüllen können. Botschafter Nadolny hat in würdiger Form die deutsche Sache vertreten und ist auch in der Sache soweit entgegengekommen, als nur möglich war. Das gilt besonders von seinen Wünschen bezüglich der Begrenzung der personellen Streitkräfte. Nadolny hat zwar die Abschaffung der Zwangsdienstpflicht gefordert; aber gleichzeitig den Eventualvorschlag gemacht, „bei Wehrpflichtheeren die ausgebildeten Reserven, die bekanntlich den Hauptbestandteil der Kriegsheere bildeten, angemessen zu bewerten und ebenfalls in die allgemeine Bewertung einzubeziehen".

Der politische Redakteur des „Journal de Genève", William Martin, schreibt in seinem Buche „Die Abrüstung und die interparlamentarische Union (Lausanne 1931)": „Die Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht betrachten die Ausbildung der Reservisten (? d. V.) als einen wesentlichen Bestandteil ihrer demokratischen Einrichtungen, und es kommt häufig vor, daß diese Staaten ihr Heer als eine Art von Schule der staatsbürgerlichen Pflichterfüllung ansehen, so daß sie auch, ganz abgesehen von dem Zweck der Vorbereitung für den Krieg, Wert darauf legen, daß möglichst viele Staatsbürger diese Schule durchmachen." Man kann die Zwangsdienstpflicht vielleicht so

ansehen, aber man sieht dann schief und vergißt, daß die politischen und sozialen Verhältnisse sich seit der vor mehr als 100 Jahren erfolgten Einführung der gesetzlichen Militärdienstpflicht geändert haben. Damals demokratisierte man allerdings das Heerwesen, indem man die Ergänzung des Offiziers- und Mannschaftsstandes auf andere Grundlagen stellte. Dem Adel wurde das Vorrecht genommen, die Offiziersstellen zu besetzen; die bis dahin einseitig auf den Bauern und Arbeitern lastende Verpflichtung, die Mannschaft der Regimenter zu stellen, auch den anderen Ständen auferlegt. Aber keineswegs ist die Zwangsdienstpflicht wesenhaft mit der Demokratie verbunden. Hiergegen spricht schon, daß die großen angelsächsischen Demokratien sie immer abgelehnt und in militärischer Dienstleistung niemals eine „Schule der staatsbürgerlichen Pflichterfüllung" gesehen haben. Dem Engländer gilt Wehrzwang noch heute als ein unerträglicher Eingriff in das demokratische Grundrecht der persönlichen Freiheit. Die Methode, nach der der Heeresersatz aufgebracht wird — durch gesetzlichen Zwang oder durch freiwillige Meldung —, steht in keinem ursächlichen Zusammenhang mit dem System der politischen Willensbildung. Die herrschenden Gewalten nehmen das System an, welches ihren innen- und außenpolitischen Zwecken entspricht. Die Zwangsdienstpflicht ist auch kein ethisch oder moralisch höher stehendes Prinzip. Es schließt die Notwendigkeit in sich, daß Kriegsdienst auch unwillig und gegen die eigene Ueberzeugung geleistet werden muß. Ihren Ruhm verdankt die allgemeine Wehrpflicht — die nebenbei fast nie allgemein war — dem Umstand, daß sie ein Wehrsystem ablöste, dessen Heer großenteils aus Soldaten gebildet wurden, die ihren Leib für Geld preisgeben, ganz unabhängig davon, wem sie dienten und wofür sie starben. Wenn Männer freiwillig, ohne Zwang, das Land ihrer Geburt verteidigen, stellt der Kriegsdienst das höchste Opfer dar, das der einzelne der Allgemeinheit bringen kann.

Die allgemeine gesetzliche Dienstpflicht schafft allerdings die Möglichkeit, eine sehr große Zahl von Soldaten unter den Waffen zu halten; was den Staatslenkern oft notwendig erschien; welche Notwendigkeit man aber gerade in Genf beseitigen will.

Wer also die Kriegsvorbereitungen einschränken will, täte am besten, die Zwangsdienstpflicht zu beseitigen. Grundsätzlich falsch ist es, die allgemeine Wehrpflicht mit der Frage der ausgebildeten Reserven zu verquicken, wie es auch Martin tut. Ausgebildete Reserven, d. h. Soldaten usw., die ihrer aktiven Dienstpflicht genügt haben, stehen zur Heeresbildung nur zur Verfügung, wenn man einen Beurlaubtenstand organisiert; also dann, wenn man die Dienstverpflichtung auch auf die Zeit nach Ableistung der aktiven Dienstpflicht erstreckt. Die Mannschaften, die im Beurlaubtenstand organisatorisch zusammengefaßt sind,

sind selbstverständlich Soldaten wie ihre aktiven Kameraden und müssen in den Abrüstungstabellen erscheinen, was auch der deutsche Vorschlag fordert, die französische Gruppe ablehnt.

Botschafter Nadolny verlangt die allgemeine Abschaffung der groben Angriffswaffen[1]). Der englische Politiker David Davies befaßt sich in seinem Buche: „Das Problem des zwanzigsten Jahrhunderts" (Berlin 1932)[2]), auch mit diesen Waffen. Davies will sie den nationalen Heeren nehmen, das zu bildende Völkerbundsheer damit ausstatten, und diesem dadurch die Ueberlegenheit über alle anderen Heere geben. Das ist ein sauberer Vorschlag, der gerade deshalb in Genf wenig Anklang finden wird. Man tut aber gut, ihn mit den Plänen der Pariser Diplomatie zu konfrontieren, deren Ungereimtheit dabei klar hervortritt[3]).

Nützlich ist, sich einmal klarzuwerden, welche Wirkung es hätte, beseitigte man die ausgesprochenen Angriffswaffen. Oefter liest man, Angriffs- und Verteidigungswaffen wären nicht zu unterscheiden. Das ist oberflächlich; davon überzeugt man sich, wenn man die Entwicklung der Waffentechnik betrachtet und sich vergegenwärtigt, wodurch sie bedingt wurde. Je größer die Wirkung der Schußwaffen wurde, desto stärker wurde die Verteidigung. Schon 1870 kostete der Angriff auf einen unerschütterten Verteidiger gewaltige Blutopfer, besonders wenn er nicht durch die Geländegestaltung oder die operativen Bewegungen erleichtert wurde. Im Russisch-türkischen Kriege widerstanden die Türken bei Plewna den russischen Angriffen, obwohl sie in jeder Beziehung stark unterlegen waren und ihre Stellungen von Soldaten verteidigt wurden, die sich mit den russischen im freien Felde niemals hätten messen können. Die Türken verteidigten sich in Feldstellungen, nicht etwa in schon im Frieden angelegten Befestigungen. Der Schützengraben bewies bei Plewna zum ersten Male seine erstaunliche Widerstandskraft. Seitdem verlangte die Taktik von der Technik, sie solle Waffen schaffen, die die feldmäßigen Befestigungen sturmreif zu machen vermöchten. Man erfand die Sprenggranate, führte Haubitzen in die Feldartillerie ein und stattete endlich auch das Feldheer mit schwerer Artillerie aus. Heute empfindet man angesichts der Waffenentwicklung im großen Kriege alle diese Fortschritte, auf die man vor dem Kriege mit Recht stolz war, als tastende Versuche. Die Stellungen des

[1]) Vgl. unseren Aufsatz im Märzheft, S. 268.

[2]) Das interessante Buch propagiert den Ausbau des Völkerbundes und die Schaffung einer Streitmacht des Völkerbundes, die so stark sein soll, jeden Widerstand zu brechen. Aus ihm geht klar hervor, daß Vorbedingung für die Durchführung der Pläne des organisierten Pazifismus die Herabdrückung der nationalen Streitkräfte bis zur Bedeutungslosigkeit ist.

[3]) Über den Streit der Franzosen und Amerikaner, die schweren Angriffswaffen betreffend, vgl. die Pol. Korr. dieses Heftes.

großen Krieges konnten nur durch Einsatz einer Artillerie erschüttert werden, von deren Menge und Art man vor dem Kriege keine blasse Ahnung hatte. Aber auch die stärkste und schwerste Artillerie genügte noch nicht einmal. Die Stellungen blieben sturmfrei. Da erfand man die Kampfwagen (Tanks), die die Hindernisse niederwalzten und über die Gräben hinweggingen. Die Besatzungen der Gräben setzte man durch chemische Kriegsmittel außer Gefecht. Trotz aller dieser Angriffswaffen war das Gelingen des Angriffes keineswegs sicher, auch nicht bei großer Ueberlegenheit; das lehrt manche Seite der Geschichte des letzten Krieges.

Jetzt sollen alle diese Erfindungen rückgängig gemacht werden; man will, so verlangt die Friedenspartei in Genf, dem Angreifer den Hammer nehmen, mit dem er Bresche in die Stellung des Verteidigers schlagen kann. Jeder, der am letzten Kriege teilhatte, wird uns bestätigen, daß ohne schwere Artillerie, ohne schwere Minenwerfer, ohne Kampfwagen, ohne Gas niemand sich unterfangen kann, eine befestigte Stellung anzugreifen. Der Verteidiger wird unüberwindlich. Der Angreifer stände, verschwänden die schweren Angriffswaffen vom Schlachtfelde, etwa so da, wie die Russen bei Plewna, seine Erfolgsaussichten wären sogar noch geringer, da die Waffen des Verteidigers seitdem unverhältnismäßig viel wirksamer geworden sind. Festungen wären uneinnehmbar wie die Ritterburgen, bevor die „Faule Grete" ihre Wälle zerbrach.

An den Befestigungen, mit denen Frankreich seine Grenzen jüngst umgeben hat, prallte jeder Angriff ebenso wirkungslos ab wie der Speer am Schilde des Achill. Die Vernichtung der schweren Waffen ist die notwendige militärische Ergänzung des Kellogg-Paktes; erst dadurch wird er wirksam. Die schweren Waffen wird nur beibehalten wollen, wer auf den Angriffskrieg als Mittel seiner Politik nicht verzichten will.

Die deutschen Vorschläge verlangen ferner eine direkte Begrenzung auch der noch zugelassenen Waffen. Sie fordern aber besonders ein Verbot der Ein- und Ausfuhr von Kriegswaffen und deren Munition sowie von Kriegsgerät. (Für die Staaten ohne Rüstungsindustrie sollen Ausnahmen zugelassen werden.) Rüstungsgegenstände sollen nur in bestimmten privaten und staatlichen Fabriken oder Werkstätten angefertigt werden dürfen, die der Oeffentlichkeit bekanntzugeben sind. Ihre Produktion soll von den Regierungen in den vorgeschriebenen Grenzen gehalten werden. Wir finden bedauerlich, daß nicht die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie verlangt worden ist. Alle Einwände, die gegen Verstaatlichungen von wirtschaftlichen Unternehmungen mit Recht erhoben werden, wie Verteuerung der Erzeugnisse, Unterbindung des Unternehmergeistes, Verzicht auf die Vorteile eines gesunden Wettbewerbes, fallen bei der Herstellung von Kanonen und Munition nicht ins Gewicht, da

nur der eigene Staat Abnehmer ist und sein soll. Die private Rüstungsindustrie will (und muß) verdienen. Sie hat kein Interesse an der Abrüstung. Die Funktionäre staatlicher Fabriken beziehen ihr Gehalt, auch wenn der Absatz gering ist. Also tue man in Genf auch auf diesem Gebiete ganze Arbeit.

Wir haben uns bei Betrachtung der deutschen Vorschläge bedenklich weit vom Boden der Wirklichkeit entfernt und haben Luftschlösser gebaut, die jedem Freund des Friedens gefallen können, aber leider viel Aehnlichkeit mit einer Fata Morgana haben; die nur dann in den Bereich der Wirklichkeit kämen, wenn die Mächte, die heute über das Geschick der Welt entscheiden, ernsthaft an eine Verringerung der Kriegsvorbereitungen dächten. Dafür fehlt aber leider jeder Anhalt.

Zwar haben in den letzten Tagen die Vertreter Italiens und der Vereinigten Staaten abrüstungsfreundliche Anträge vorgelegt. Aber Tardieu hat ihrer Annahme sofort ein schweres Hindernis in den Weg gerollt. Mit großer Schärfe hat er hervorgehoben, die Landrüstung könne nicht von der See- und Luftrüstung getrennt behandelt werden. Die französische Politik setzt mit diesem Einwand ihr bisheriges Spiel folgerichtig fort. Die angelsächsischen Mächte sind außerordentlich daran interessiert, daß die Flottenabkommen in Kraft bleiben, was nur geschehen kann, wenn Frankreichs Flottenbau sich im Rahmen der Londoner Abmachungen hält. Die französische Diplomatie hat also einen starken Trumpf in der Hand und wird nur gegen einen hohen Kaufpreis darauf verzichten, ihn auszuspielen.

Reichskanzler Dr. Brüning ist nach dem Erfolge seiner Politik in der Frage der Reichspräsidentenwahl nach Genf geeilt, um selber an den zu erwartenden wichtigen Entscheidungen teilzunehmen. Seine Aufgabe ist seit dem Tage, an dem er im Februar Genf verließ, nicht leichter geworden. Aber er hat wenigstens den Rücken frei. Die Mehrheit, die er am 10. April für die Wiederwahl Hindenburgs zusammenbrachte, hat sich durch ihre Stimmenabgabe auch für solidarisch mit der Politik des Kanzlers in der Abrüstungsfrage erklärt. Die Opposition hat sachlich gegen sie bisher nichts ins Feld geführt. Sie bemängelte nur die zurückhaltende Sprache des Kanzlers.

Dieser starke Rückhalt, den der deutsche Wortführer in der ihm gewordenen Vertrauenskundgebung findet, ist um so notwendiger, als die französische Politik zum entscheidenden Vorstoße ansetzt; man möchte noch vor den Wahlen Erfolge sehen. Für das Schicksal Deutschlands steht im Frühjahr 1932 viel auf dem Spiel; es wird für lange Jahre hinaus bestimmt.

*

Gespräche und Briefe Holsteins

1907 — 1909

Eingeleitet und herausgegeben von

Heinrich Otto Meisner

(Fortsetzung.)

Gespräch vom 20. Dezember 1907.

Mittelmeerpolitik.

Oesterreich setzte die Politik Venedigs fort, wenn Venedig heute auch italienisch sei. Sie verfolge den Grundsatz, daß die beiden Küsten der Adria nicht in derselben Hand sein dürften. Oesterreich könne daher die Festsetzung Italiens in Albanien nicht zulassen. Die beiden Küsten seien bei Brindisi nur 75 Kilometer voneinander entfernt. Wenn beide in einer Hand wären, würden Triest und Fiume vom Meere abgeschnitten, und Oesterreich-Ungarn sei auf die Verbindung mit der See über Hamburg angewiesen.

Unter der heutigen Konfiguration der Mittelmeermächte beanspruche Frankreich die ganze Küste von Nordafrika, auch Tripolis. Im Verein mit England dränge es daher Italien nach Albanien. Von Launay[1]) habe er[2]) seinerzeit gehört, daß Bismarck nach dem Berliner Kongreß Italien nahegelegt habe, Tunis zu besetzen[3]). Italien habe damals geantwortet, ob wir denn so pressiert seien, Frankreich und Italien in einen Krieg zu verwickeln.

Auf meinen[4]) Einwurf, daß England aus den gleichen Erwägungen die heutige Festsetzung in Marokko nicht dulden dürfe: die Einwirkung des deutschen Flottenbaues lasse alle anderen Rücksichten zur Zeit in den Hintergrund treten.

Die Nichtverlängerung des Russischen Rückversicherungsvertrages.

Es ist unrichtig, daß S. M. Herbert Bismarck habe halten wollen, um mit Graf Schuwalow, der allerdings dazu er-

---

[1]) Graf de Launay, italienischer Botschafter in Berlin 1867—1892.

[2]) Holstein.

[3]) Eine solche Äußerung Bismarcks zum italienischen Botschafter ist sehr unwahrscheinlich, da wir wissen, daß Bismarck Anfang 1879 umgekehrt „das Vorgehen der französischen Regierung in Tunis als ein gebotenes" ansah und bereit war, diese Ansicht dem Dreibundgenossen gegenüber zu vertreten, um diesen von „Torheiten" abzuhalten. Nach einem Zeugnis des französischen Botschafters in Berlin, Saint Vallier, über eine Unterredung mit Bismarck in Friedrichsruh vom 5. Januar 1879 hatte dieser sogar schon während des Berliner Kongresses gegenüber dem französischen Delegierten Minister Waddington Tunis als zu Frankreichs natürlicher Expansionssphäre gehörig bezeichnet. Vgl. Große Politik III (1922), 389.

[4]) H. vom Rath, vgl. Pr. J. Bd. 228 S. 5.

mächtigt war, den Vertrag zu unterzeichnen. Caprivi sei damals in der ersten Zeit seiner Kanzlerschaft zu H[olstein] gekommen, um die geheimen Verträge einzusehen, die Herbert B[ismarck] außerordentlich geheim hielt. Als H[olstein] den Kanzler an den Staatssekretär verwies, antwortete Caprivi, Herbert habe ihm anheimgestellt, sich die Verträge von H[olstein] vorlegen zu lassen. Es fand dann nach Herberts Abgang eine Konferenz statt zwischen Caprivi, Holstein und Berchem[1]), die sich in Rücksicht auf bestehende andere Abmachungen dahin aussprachen, die Verlängerung sei zur Zeit unmöglich[2]). Den Ausschlag gab der Botschafter Schweinitz, der auf Wunsch von S. M. zugezogen wurde. Nachdem er von Abmachungen, die er bis dahin nicht gekannt hatte, Kenntnis genommen hatte, erklärte auch er die Verlängerung für unmöglich, dies war ausschlaggebend[3]).

Kanzlerwechsel.

Vorläufig halte Bülow sich noch. S. M. sei so degoutiert, daß er schon von Resignation gesprochen habe. (Quelle dieser Mitteilung vergessen.) Als Nachfolger komme Marschall in Frage, der beim Fehlen geeigneten Materials der geeignetste sei[4]). Monts[5]) sei so krank und nervös, daß er manchmal nicht wisse, was er den Leuten sage. Bülow sei schwach, das erkläre auch seine „Falschheit". H[olstein] vermutet, daß der neue Kanzler wie im Falle Hohenlohe unerwartet irgendwoher erscheinen werde.

Herbert Bismarck.

H[olstein] riet seinerzeit H[erbert] B[ismarck] im Amte zu bleiben, er würde eine ausgezeichnete Stellung haben. Herbert habe aber abgelehnt, da er umgeben von Feinden nicht wirken könne. Vermutlich habe der Einfluß der Mutter bei diesem Entschlusse den Ausschlag gegeben. Dieser Entschluß war sehr bedauerlich, da der Vater den Sohn nicht im Stiche gelassen

---

[1]) Graf von Berchem, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt.

[2]) Vgl. Große Politik VII (1923), 3ff.

[3]) Vgl. Denkwürdigkeiten des Generals v. Schweinitz (1927) II, S. 398ff., besonders S. 405.
Bei den dem Petersburger Botschafter bis dahin unbekannt gebliebenen Abmachungen handelt es sich um den rumänischen Vertrag von 1883, der mit dem Rückversicherungsvertrage von 1887 für unvereinbar gehalten wurde. Über die entscheidende Rolle, welche Schweinitz in der Frage der Nichtverlängerung des russischen Vertrages zugeschrieben werden muß, vgl. meine Bemerkungen in „Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte" Bd. 42, S. 382f.

[4]) [Spätere Marginalnotiz vom Raths:] Diese Ansicht später modifiziert: Marschall Freiherr Marschall von Bieberstein, 1890—1897 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, damals Botschafter in Konstantinopel] zu charakterlos, Werkzeug der Eulenburgs.

[5]) Graf Monts, Botschafter in Rom.

haben würde, und so seine Mitwirkung erhalten geblieben wäre[1]). Man habe damals für den Sommer 1890 äußere Komplikationen vorausgesehen, und die Bismarcks hätten erwartet, in diesem Falle vom Volke zurückgerufen zu werden. Daß Herbert seinen Abschied damit begründet habe, daß S. M. sein Versprechen, Botschafter und Beamte des auswärtigen Ressorts nicht ohne Wissen Herberts zu empfangen, gebrochen habe, war H[olstein] nicht bekannt, doch erscheint ihm dies nicht unwahrscheinlich[2]).

Flottenfieber.

Holstein warnt dringend davor, allein gegen den Flottenverein vorzugehen. Empfehlenswert sei, das Tirpitz-Programm gegen Keim[3]) und Genossen zu verteidigen. Dabei kann die verderbliche Wirkung in der äußeren Politik Würdigung finden. Er empfiehlt, Zeitungsausschnitte zu abonnieren, die gegen England gerichtet sind, um so die Pressetätigkeit des offiziellen Büros[4]) zu kontrollieren. Bedenklich sei, Geheimnisse zu verraten, sehr bedenklich sei auch der Hinweis auf die mögliche Konferenzaktion der Großmächte, da man mir vorwerfen könne, das Ausland erst auf diesen Weg gebracht zu haben.

Gespräch vom 2. Januar 1908.

England.

S. M. König Eduard hat vor längerer Zeit Carnegie erzählt, sein Kaiserlicher Neffe habe ihm angedeutet, der deutsche Flottenbau richte sich gar nicht gegen England, sondern gegen Amerika. Carnegie hat diese Mitteilung an Roosevelt weitergegeben, der daraufhin unangenehme Fragen in Berlin durch den amerikanischen Botschafter[5]) stellen ließ.

Sir Frank Lascelles[6]) erzählte vor längerer Zeit Holstein einen Scherz seines Monarchen, warum gerade die Dümmsten deutscher Botschafter an seinem Hofe werden wollten, wie Seckendorff[7]) und Reischach[8]). Auf meinem Einwurf hielt Holstein es nicht für unmöglich, daß Eduard damit Seckendorff, den

[1]) Später hat Holstein nichts mehr gefürchtet als eine Rückkehr der Bismarcks, und alles getan, um sie zu hintertreiben.

[2]) In dem bei O. Gradenwitz, Bismarcks letzter Kampf 1888—1898 (1924), 178—182 veröffentlichten Abschiedsgesuch des Grafen Bismarck findet sich obige Begründung nicht.

[3]) General Keim, Präsident des Flottenvereins.

[4]) Hier ist wohl die Nachrichtenabteilung des Reichsmarineamts gemeint.

[5]) Tower.

[6]) Englischer Botschafter in Berlin.

[7]) Götz Graf von Seckendorff, der langjährige Oberhofmeister der Kaiserin Friedrich.

[8]) Hugo Freiherr von Reischach, Oberhof- und Hausmarschall

auch er keinesfalls für dumm halten kann, als unbequem abwenden wollte[1]).

Lord Curzon wünscht, nach Berlin als Botschafter zu gehen, um sich persönlich davon zu überzeugen, ob die deutsche Politik, das deutsche Volk und der deutsche Flottenbau auf einen Krieg gegen England hinarbeiten, um so für die Zeit seiner Premierministerschaft eine sichere Unterlage für seine Politik zu gewinnen, auf Grund deren er dann schnell handeln würde. Holstein würde dies als äußerst glücklich bezeichnen, dies wäre ein Fall, wo er bedauern würde, nicht mehr in der Wilhelmstraße zu sein, da er zuversichtlich glauben würde, Curzon davon zu überzeugen, daß wir keinen Krieg wollen. Sr. M. Expektorationen würden das Konzept nicht verderben können, da Curzon mit der Instruktion seines Königs kommen würde, seinen Neffen nicht seriös zu nehmen, Curzon dann auch mit sehr vielen Spezialkenntnissen kommen würde, die der König ihm mitgeben würde.

Die jüngsten Aeußerungen Sir Edward Greys über die Flotte[2]) seien charakteristisch dahin, daß nur das flottenbauende Deutschland der Feind Englands sei.

Rußland und England.

Die Stimmung in Rußland sei heute England freundlicher als zuvor, namentlich Iswolski[3]) sei ascharnierter Englandfreund. Das moderne parlamentarische Rußland werde englische Sympathien haben; was Deutschland früher an Sympathien besessen habe, komme durch die moderne Entwicklung in Wegfall. Diese Erscheinungen würden auch das Urteil des Fürsten Bismarck wesentlich modifiziert haben, wenn er sie erlebt hätte. Verständigung mit England finde auch die Zustimmung des Kaisers Nikolaus, wie jeder Vorschlag zur Abrüstung. Holstein modifiziert danach auch den Grundsatz, die Freundschaft mit Rußland als Basis der Politik zu betrachten. Für ihn ist die Basis die Verständigung mit England. Diese sei möglich.

Türkei.

Ob das englisch-russische Abkommen[4]) sich auf die Türkei erstrecke, sei dem Auswärtigen Amt und ihm völlig unbekannt,

---

[1]) Von Seckendorffs und Reischachs Absichten auf den Londoner Botschafterposten spricht auch Fürst Bülow, Denkwürdigkeiten II, 127.

[2]) Der Staatssekretär des Auswärtigen hatte am 19. Dezember 1907 in einer Rede in Berwick über das deutsche Flottenprogramm gesagt, die deutsche Regierung stelle ein recht großes Programm auf, aber er führe nicht darüber Klage, sondern erwähne es nur, und zwar nicht in kritisierender Weise, aber weil es wichtig sei. Wenn andere Nationen ihre Flotten vergrößern, so werde England fraglos auch die seinige vergrößern.

[3]) Damals russischer Außenminister, seit 1910 Botschafter in Paris.

[4]) Vom 31. August 1907. Der in Petersburg abgeschlossene Vertrag zwischen Rußland und England, durch welchen die Tripelentente verwirklicht wurde,

anzunehmen sei es aber. Der seinerzeitige Vorstoß Englands von Aegypten her gegen die Türkei sei nur der Absicht — und zwar mit Erfolg — entsprungen, dem Türken zu beweisen, wie ohnmächtig sein deutscher Freund jetzt sei.

Innere Politik.

Die Seele der Anti-Harden-Aktion, der auch Holstein anscheinend den Stimmungswechsel gegenüber Kuno Moltke und Phili Eulenburg an Allerhöchster Stelle zuschreibt, sei der Oberhofmarschall August Eulenburg. Philis Einfluß sei schon wieder in bedeutendem Steigen. Bülow, dessen Mitwirkung im Harden-Prozeß Holstein nicht näher bekannt war, sei durch die Entwicklung an die Seite Hardens gezwungen, darum sei er mit dem voraussichtlichen Ausgange des Prozesses erledigt. Die Eulenburgs, deren Einfluß in Zukunft außerordentlich sein würde, hätten Marschall zum Kanzler ausersehen. Nach Holsteins Ansicht hat auch Marschall bereits den Eulenburgs die nötigen Zusagen gemacht, um Kanzler zu werden. Unter normalen Verhältnissen hätte Marschall ein ganz guter Kanzler werden können, „über dem Durchschnitt". Jetzt werde er ausschließlich nach dem Winke von S. M. opportunistische Politik treiben und auf den leisesten Widerstand verzichten. Bülow habe doch hin und wieder noch seinen Willen schüchtern durchzusetzen versucht, habe auch in Personalien niemals Phili den geringsten Einfluß gestattet, das werde unter Marschall alles anders werden.

Auch Holstein sieht in der kommenden Aera die Zeit der schlimmsten Dekadenz.

Flotte.

Die ihm mitgeteilten Auffassungen Capelles[1]) seien unzweifelhaft die des Reichsmarineamtes. Ein so tüchtiger Mann Capelle sei, so seien seine politischen Auffassungen grundfalsch. Nicht nur Frankreich, sondern auch Rußland würde auf der

---

bezog sich auf Tibet, Afghanistan und auf Persien, wo eine nördliche russische und eine südliche englische Interessensphäre anerkannt wurde. Vgl. den Text der drei „agreements" (nach dem englischen „White Paper" von 1907 abgedruckt) in The Cambridge History of British Foreign Policy 1783—1919 ed. Ward und Gooch III (1923), S. 358 ff. Man könnte an die Existenz eines geheimen Zusatzprotokolls denken, das die türkische Frage betraf. Vielleicht ist jedoch dieser „älteste und härteste Streitpunkt" (vgl. E. Brandenburg, Von Bismarck zum Weltkriege [1924], 223) zwischen den bisherigen Antagonisten überhaupt nicht berührt worden. Vgl. auch Die Große Politik usw., XXV (1925), Kapitel 183.

[1]) Vom Rath hatte am 29. Dezember 1907 ein Gespräch mit dem Admiral Capelle gehabt.

Seite Englands stehen[1]), das verderbliche Wort von Sr. M., der Dreizack müsse aus der englischen in die deutsche Hand übergehen[2]), sei der politischen Konstellation gegenüber nicht in die Tat umzusetzen. Bei einer europäischen Konferenz, wie bei einem Konflikte werde namentlich im Anfange Rußland auf englischer Seite sein. Frankreich habe aber nur auf englischer Seite etwas zu erwarten, eine Verständigung mit uns ohne Revision des Frankfurter Friedens sei für absehbare Zeit ausgeschlossen.

Der jetzige Flottenbau werde auch niemals im Auslande als eine Defensivmaßregel angesehen werden[3]) sondern als eine Bedrohung. Auch Amerika fühle sich beunruhigt, da man uns Ambitionen auf Südamerika — von England böswillig genährt — zuschreibe. Dabei hat ein Kenner der südamerikanischen Verhältnisse Holstein erklärt, die Deutschen dort würden die ersten sein, um Freiwilligenkorps gegen eine deutsche Invasion zu organisieren, da sie nicht nach Art der deutschen Kolonien in Afrika regiert werden wollten.

Die eventuelle Abrüstungskonferenz[4]) werde ein Olmütz schlimmster Art werden und den Zusammensturz der dann am Ruder befindlichen Regierung und vielleicht noch von mehr bedeuten. S. M. habe keine Nerven und werde diese Schmach der kriegerischen Entscheidung vorziehen.

Prinz Heinrich hat S. M. gebeten, für General Keim einzutreten, S. M. habe abgelehnt, er werde aber auch nicht den General fallen lassen, man erwarte, daß die Versammlung des Flottenvereins den General halten werde[5]).

---

[1]) Capelle hatte zu vom Rath geäußert, er glaube nicht daran, daß Frankreich sich in einem Konflikte Deutschlands mit England ohne weiteres auf englischer Seite am Kriege beteiligen, vielmehr jedes Zugeständnis machen und England zur Rettung der eigenen Haut im Stiche lassen werde. (Aufzeichnung vom Raths vom 29. Dezember 1907.)

[2]) Das viel zitierte Wort (Rede anläßlich der Enthüllung des Kaiser-Wilhelm-Denkmals in Köln am 18. Juni 1897) ist so nicht gefallen. Vielmehr hatte Kaiser Wilhelm II. in Anspielung auf die Figur des den Dreizack haltenden Meergotts im Postament des Denkmals erklärt, diese sei „ein Zeichen dafür, daß . . . wir auch andere Aufgaben auf der Welt haben: Deutsche aller Orten, für die wir zu sorgen, deutsche Ehre, die wir auch im Ausland aufrecht zu erhalten haben. Der Dreizack gehört in unsere Faust, und ich denke, die Kölner Bürgerschaft ist eine von denen, die das am besten verstehen". Die Rede schloß mit dem Wunsche des Monarchen, in den Bahnen seines Großvaters zu wandeln und der Welt den Frieden zu erhalten. (Sperrungen vom Herausgeber.)

[3]) Als solche hatte sie Capelle bezeichnet unter Hinweis auf den bekannten „Risikogedanken".

[4]) Capelle hatte es vom Rath gegenüber für nicht unwahrscheinlich gehalten, daß „die Abrüstungsfrage in naher Zukunft in verschärfter Form auf der Tagesordnung einer internationalen Konferenz erscheinen werde", und „die Möglichkeit einer Unterwerfung unter den Willen Europas" zugegeben.

[5]) Nach Ansicht Capelles (Gespräch vom 29. Dezember 1907 mit vom Rath) waren Bülow und sein Chef der Reichskanzlei, von Loebell, „mit Liebert

Graf Berchem[1]) habe vor wenigen Tagen geschrieben, man solle doch nicht unverantwortlich die Mainlinie wieder aufreißen, die Einheit des Reiches sei schwer bedroht[2]).

Holsteins Ceterum Censeo: die Flotte!

Herr v. Schoen ist Staatssekretär geworden, da er völlig unselbständig ist; er ist kein Kirchenlicht, immerhin klüger als Tschirschky[3]). Bnssche ist ein kluger Mann, in sein welfisches Herz kann man nicht sehen. Erckert ist tüchtig, Griesinger)[4] wird gleichfalls gelobt.

Die[5]) bessere Verwertung unserer Machtmittel? Durch Bündnisse, deren Voraussetzung ist Zerstörung des Mißtrauens, das der Flottenbau hervorruft.

Die Ueberzeugung von der Bedeutung unserer Macht im Auslande können wir dadurch erneut hervorrufen, daß wir nur in einem Falle einmal festbleiben.

Gespräch vom 14. Januar 1908.

Ausschuß des Bundesrates für die Auswärtigen Angelegenheiten.

Die Einsetzung dieses Ausschusses zu verlangen, wäre direkt ein unpatriotisches Beginnen. Es würde dann ausgeschlossen sein, das diplomatische Geheimnis zu wahren. Wenn die kleinen Staaten mitreden würden, würde sich bald ein Verhältnis herausbilden, wie zu den Zeiten des alten Bundestages. Etwa im Jahre 1895 habe Bismarck Mittnacht[6]) nahegelegt, die Berufung des Ausschusses zu fordern, dies wäre aber in erster Linie auf seine tiefe Verstimmung zurückzuführen gewesen.

---

und Keim von der Wahl [zum Reichstage, Januar 1907] her so eng liiert gewesen, daß keiner der Generäle ohne weiteres fallen gelassen werden könne. Keim werde gleichwohl sicher fallen, dies sei für Bülow ein großes Glück, da Keim ihm längst lästig geworden, nun ohne sein Mittun von seinem Schicksal erreicht werde. Das Verhalten von S.M. und von Bülow, ihre Reserve gegenüber dem Flottenverein sei klug, da sie um der süddeutschen Bewegung willen nicht ganz Norddeutschland verstimmen dürften. Das Reichsmarineamt werde durch den Rücktritt Keims wesentlich erleichtert".

[1]) Graf Berchem, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt a. D., Bayerischer Kämmerer.

[2]) Vgl. P. J. Bd. 228 S. 11.

[3]) von Tschirschky und Bögendorff, Botschafter in Wien.

[4]) Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen, von Erckert, Freiherr von Griesinger, vortragende Räte im Auswärtigen Amt.

[5]) Die beiden letzten Absätze sind handschriftliche Ergänzungen vom Raths zu dem Gespräch vom 2. Januar.

[6]) Freiherr von Mittnacht, württembergischer Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen.

Der Friedensschluß von 1866.

Nach Beendigung des Krieges habe Bismarck von dem im Hauptquartier des Königs befindlichen damaligen Militärattaché in Paris, Loë[1]), verlangt, er solle sofort auf seinen Posten zurückkehren und ihm berichten, ob die Franzosen schlagfertig seien. Loë habe sich geweigert und dafür von Bismarck einen dienstlichen Rüffel erhalten, da er als Militärattaché sein Untergebener sei[2]). Wäre der Bericht Loës verneinend ausgefallen, so würde Bismarck Sachsen annektiert haben, dafür aber Hannover und Hessen teilweise bestehen [ge]lassen [haben]. Dies wäre unzweifelhaft falsch gewesen, da letztere Regierungen immer durch ausländische Unterstützung versucht haben würden, den Verlust wiederzugewinnen.

Gedanken und Erinnerungen.

Bei der Abfassung sei der Fürst Bismarck derart unter dem Eindruck der jüngsten Vorgänge gewesen, daß ihn die Vergangenheit verhältnismäßig wenig interessiert habe. So habe er von seinen vielen Feinden eigentlich nur die Kaiserin Augusta richtig berücksichtigt, u. a. den Grafen Goltz[3]) nicht. Auch der Stil sei viel mehr Bucher[4]) als Bismarck. Der echte Bismarck komme in dem Briefe an Goltz von 1864[5]) zum Ausdruck.

Gespräch vom 22. Januar 1908.

Marschall.

Herr von Marschall habe sich während seiner Anwesenheit zum Schwarzen-Adler-Fest die größte Mühe gegeben, Herrn v. Kiderlens Kandidatur auf den Konstantinopeler Botschafter-Posten zu hintertreiben. Als Kanzler seien seine Chancen augenblicklich wieder geringer, die persönliche Abneigung S. M. spreche mit. Der Herzog von Trachenberg[6]) sei auch wiederum mehr genannt worden. Gegen ihn sprächen die Fehler, die er in der Polenpolitik in Schlesien[7]) gemacht hätte. Er hätte die Polengefahr absichtlich nicht sehen wollen. Im übrigen sei er sehr weich, aber nur ein solcher Mann könne ja in Frage kommen.

---

[1]) Freiherr Walter von Loë, der spätere Generalfeldmarschall.

[2]) In den „Erinnerungen aus meinem Berufsleben" (1906, 120), erwähnt Loë nichts von einem solchen Ansinnen Bismarcks, sondern erzählt im Gegenteil, daß er vom Könige den „ehrenvollen Auftrag" erhalten habe, die Ablehnung der französischen Forderungen (Gebietsabtretungen auf dem linken Rheinufer) dem Pariser Botschafter, Grafen Goltz, zu überbringen.

[3]) Graf Robert von der Goltz, Botschafter in Paris.

[4]) Lothar Bucher, der Redaktor der „Gedanken und Erinnerungen".

[5]) Es ist nicht klar, auf welchen der zahlreichen Erlasse bzw. Briefe, die Bismarck im Jahre 1864 an den Pariser Botschafter gerichtet hat und die in den „Gesammelten Werken" IV (1927), ed. Fr. Thimme, abgedruckt sind, hier angespielt wird.

[6]) Hermann Fürst von Hatzfeldt, seit 1900 Herzog von Trachenberg.

[7]) Als Oberpräsident.

Russische Flotte.

Der Plan der russischen Regierung, die Flotte wieder zu bauen, sei gänzlich überflüssig. Rußland habe keine Kolonien zu schützen, das verbliebene halbe Sachalin brauche keinen Schutz. Wenn es im Interesse von Frankreich uns Abbruch tun wolle, so könne es das zu Lande. Ebenso brauche es in Asien keine Schiffe, wo eine Landmacht gegen Japan das wichtigste wäre. Die Befürwortung eines Flottenbaues sei vermutlich darauf zurückzuführen, daß dabei viel verdient werden könne. Wenn S. M. den Russen den Bau der Flotte empfehle, um der deutschen Industrie lohnenden Verdienst zuzuwenden, so sei es doch fraglich, ob Deutschland das Geld geben würde; der Geldgeber werde aber die Aufträge bekommen. Die Reise von Rothschild[1]) nach Petersburg scheint ihm [Holstein] zu beweisen, daß Mendelssohn[2]) aus dem russischen Anleihegeschäft verdrängt werde. In der Vergangenheit habe Mendelssohn sich immer als ein Patriot bewiesen, wenn ihm eine Transaktion aus patriotischen Rücksichten als inopportun bezeichnet worden wäre, so habe er immer davon Abstand genommen, wenn auch noch soviel dabei zu verdienen gewesen wäre.

Gespräch vom 10. Februar 1908.

Marokko.

Meine Auffassung sei falsch, daß Marokko ein geeigneter Knochen sei, Frankreich hinzuwerfen, damit es daran ein Dezennium zu nagen habe. Dies Verhältnis hat sich mit der Vervollkommnung der Feuerwaffen geändert. Die Zeitungsmeldungen beweisen, daß die Mauren altertümlich bewaffnet sind, es ist ihnen auch schwer, moderne Waffen anzuschaffen. Die Okkupation des Landes würde sich daher in Kürze bewerkstelligen lassen ohne Verdauungsbeschwerden für Frankreich.

Rußland.

Das Russentum ist ein ebenso unversöhnlicher Feind wie die Franzosen. Der Grund liegt darin, daß die Slawen jahrhundertelang von Deutschen beherrscht worden sind, speziell in Rußland. Puschkin goß ein Glas Rotwein in eine Punschbowle, das sei das Blut der Romanows. Dann füllte er für jede deutsche Prinzessin, die in die Kaiserfamilie hineingeheiratet hatte, ein Glas Wasser nach, die Flüssigkeit war kaum noch rosa. Fürst Menschikow sagte zum Zaren[3]): „Nommez-moi Allemand!“

[1]) Baron Alfred Rothschild, Londoner Bankier.
[2]) Ernst von Mendelssohn, Berliner Bankier.
[3]) Peter der Große.

Oesterreich und Italien. Balkan.

Baron Aehrenthal[1]) werde sich voraussichtlich nicht halten können, seine selbständige Politik des Bahnbaues über die Mitrovitza verstimme in Rußland, dazu kommt seine Friktion mit Ungarn. Wenn Oesterreich den Russen die Dardanellen öffne, müsse es bis Saloniki vorstoßen, wenn es überhaupt noch eine Orientpolitik treiben wolle. Dies brauche nicht notwendigerweise durch Ausdehnung bis Saloniki zu geschehen, ein kleinerer, unter österreichischem Einflusse stehender Staat könne dazwischen liegen. Unvereinbar aber seien die italienischen Ambitionen auf Albanien mit der österreichischen Politik. Die italienische Festsetzung würde die österreichische Flanke des Weges nach Saloniki bedrohen.

Ungarn, Kossuth.

Der Vater Kossuth[2]) habe als Verbannter in Italien gelebt, hier sei der Sohn[3]) geboren und erzogen worden. Der Verdacht läge nahe, daß er italienische Sympathien habe. Kossuth verwirre fortgesetzt das Verhältnis von Oesterreich und Ungarn, so daß Italien Muße finde, seinen Plänen an der Adria nachzugehen.

Gespräch vom 18. Februar 1908.

Flotte.

Mr. Bashford ist der anständigste hiesige englische Zeitungskorrespondent. Er ist niemals polizeilich überwacht worden. Seine Deutschfreundlichkeit hat ihn beinahe sein Brot gekostet. Es empfiehlt sich nicht, seiner Anregung wegen Entrevue Sir John Fishers und Tirpitz' Folge zu geben, da der Erfolg hier wegen Charakter[s] von S. M. zu unsicher. Die Idee der Verständigung mit England über proportionelle Flotteneinschränkung muß unmittelbar an S. M. gehen, wenn sie Aussicht auf Erfolg haben soll. Der Zeitpunkt ist für eine direkte Korrespondenz zwischen den Herrschern günstig, wobei die offiziös in England bereits ausgesprochene Drohung des verstärkten Schiffsbaues im nächsten Jahre gestreift werden kann. In diesem Sinne ist Bashford auf seine Anregung hin zu bescheiden.

Frankfurter Friede.

Nachdem der Präliminarfrieden in Versailles unterzeichnet war, erfolgte die Fortsetzung der Verhandlungen in Brüssel, sie kamen aber nicht von der Stelle. Da fuhr Jules Favre zur

[1]) Aloys Freiherr Lexa von Aehrenthal, österreichisch-ungarischer Minister des Äußeren, 1906 — 12.
[2]) Ludwig Kossuth, ungarischer Revolutionär.
[3]) Franz Kossuth, ungarischer Handelsminister.

Zusammenkunft mit Bismarck nach Frankfurt, und in wenigen Tagen war die Sache geregelt. Bismarck gab in mehreren Punkten nach, die er zum Nachgeben aufgenommen hatte, ohne den Vertretern in Brüssel diese Ermächtigung zu geben. Er wollte den Abschluß selbst machen[1]).

Ebenso würde es heute mit der englischen Flottenverständigung gehen. Durch die Verschiebung zahlreicherer Schiffsneubauten auf das nächste Jahr zeigt England den guten Willen, sich mit uns inzwischen zu verständigen.

Gespräch vom 6. März 1908.

Balkan.

Die Vilajets Diakova, Ipek und Pristina sind überwiegend albanisch, ihr gegenwärtiger Anschluß an Albanien daher berechtigt. Der italienische Verein für Albanien, „die Drita", verlangt, daß die von Albanesen bevölkerten Vilajets von Uesküb und Monastir zu Albanien geschlagen werden. Die Albanesen verlangen gleichfalls Uesküb. Die Bahn nach Saloniki geht durch das Vilajet Uesküb. Würde Albanien italienisch, und würden die genannten Kreise dazugeschlagen, so würde Oesterreich von Saloniki abgeschnitten, und die beiden Ufer der Adria italienisch werden. Oesterreich kann die Meerengen aber den Russen nur überlassen, wenn es den freien Zugang nach Saloniki hat.

England, Frankreich und Italien wünschen die Balkanfrage zu regeln, bevor Rußland wieder zu Kräften kommt. Das augenblickliche Ministerium in England[2]) ist unkriegerisch, Frankreich ist in Marokko beschäftigt, und Italien allein kann nichts machen. Deshalb wird man mit dem Konzerte der Mächte weiter wirtschaften. Daraus folgt, daß keine Maßregel, die eine tatsächliche Umwandlung des status quo bedeutet, Aussicht auf Verwirklichung hat[3]).

(Wird fortgesetzt.)

---

[1]) Vgl. H. Goldschmidt, Bismarck und die Friedensunterhändler 1871 (1929) 31 f.

[2]) Campbell-Bannerman.

[3]) Obige Gedankengänge benutzte vom Rath für einen Artikel: Österreich-Ungarn und Albanien, im „Hamburgischen Korrespondenten" vom 18. März (Nr. 142).

*

Das Problem der „Verschweizerung"

von Paul Rühlmann, Berlin

Für das Schweizer Land und das Schweizer Volk haben die Deutschen jenseits des Bodensees je und je eine heimliche Liebe im Herzen getragen[1]). Zwar zog es das naturverbundenste unter den Völkern wohl zuerst nach der einzigartigen Schöne des Schweizer Landes, nach den wolkentrinkenden Schneegipfeln, nach den weiten hellen Seen, nach den tazetten- und enzianübersäten Matten. Aber auch der Schweizer Staat ist den Reichsdeutschen aller Richtungen — durchaus nicht nur den Gläubigen der Demokratie — immer ein Gegenstand achtungsvoller Scheu gewesen, und zwar instinktiv, vor allem aber wohl deshalb, weil er in Entstehung und Art so ganz germanisches Gepräge trägt.

Nur gestreift soll hier werden das Hohelied der politischen Schweizertugenden, der Freiheit und der Heimattreue, Schillers „Tell", der in der ganzen Welt um die Sympathien für den Schweizer Staat geworben hat. Seine sieghafte Jugendkraft offenbart sich immer von neuem, besonders in den Gegenden unterdrückter deutscher Heimat- und Volksrechte, in den zahlreichen Minderheitsgebieten. Nicht zuletzt unter dem fremden Geistesdruck am Rhein und in Oberschlesien wurde wieder offenbar, welch nationale Tröstung und Erhebung von den doch wahrlich vielzerlehrten Tellversen vom „Vaterland" und „dem einigen Volk von Brüdern" auch auf die sonst nicht sehr zur Schulautorität neigende heutige Jugend ausgehen kann. Da nun der „Tell" nicht nur in den Kanon der Lektüre einer jeden deutschen Schule, sondern weit darüber hinaus in den Lehrbereich fast eines jeden deutschen Fremdsprachenunterrichts der ganzen Welt aufgenommen ist, so versteht man wohl, warum gerade die Schweizer politischen Ideale so weithin über die ganze Welt Beachtung fanden, wenn auch freilich in stark romantisierter Form.

Wenn im 19. Jahrhundert die überzeugten Jünger der liberalen Staatsauffassung, von Stein hin zu Schoen, Gneist und Dahlmann in England das politische Musterland sahen, so war für die meisten Demokraten süddeutscher Prägung in dieser Zeit für einen Rotteck, Welker, Bluntschli, der stammesverwandte Alemannenstaat der Schweiz mit seinen Volksbefragungen und Tagsatzungen, mit seiner Volksmiliz, seinem Asylrecht, seinen heimischen Volksfesten das gelobte Land, das Zion der Demokratie. Aber auch rechts-

[1]) Da in den zahlreichen Reorganisationsplänen des zentraleuropäischen Raumes gegenwärtig immer wieder der Gedanke der „Verschweizerung" auftaucht, sei hier eine grundsätzlich-staatstheoretische Untersuchung dieser Frage angestellt.

gerichtete Staatstheoretiker, von Ludwig Haller an bis Wilhelm Hasbach, pflegten stets den Schweizer Staat verständnis-, ja liebevoll zu beobachten. Selbst ein Heinrich von Treitschke, in fast allem ein Antipode der Schweizer Ideale, spricht mit starken Untertönen von Anerkennung, ja, fast mit neidvoller Verehrung vom Schweizer Staatsgebilde.

Besonders lebhaft rückt aber der Weltkrieg und die Nachkriegszeit die Schweizer Staatsstruktur in den Vordergrund der Meinungskämpfe. Die Schweiz, dieses „stille Eiland des Friedens" inmitten einer kampfdurchrasten Welt, wurde damals zu einem „Wunder" vor den Augen der meisten Zeitgenossen. Dieses „Staatsinselchen", an allen Grenzen von lodernden Kriegsflammen umbrandet, widerstand allen ihm vorausgesagten Gefahren; weder erlag es einer kombinierten, militärischen Ueberrennung, noch einer Aushungerung oder Rohstoffdrosselung, noch einem Auseinanderfallen seiner drei Nationalitätensplitter.

Aus dieser Stimmung heraus erklärt sich die lebhafte Schweizbegeisterung in den ersten Verfassungskämpfen von Weimar. Dieses Staatsgebilde, das soeben die härteste aller Feuerproben bestanden, erschien damals in den Tagen des Wilson-Jubels, der hohen Zeit des formal-demokratischen Ideals und der Völkerbundshoffnungen, vielen Enthusiasten als das geeignete Musterbild für die junge reichsdeutsche Republik, den ja waffenlos gemachten Staat „im Herzen Europas", dem man die Rolle, „die Schweiz der Welt zu werden", zuwies. Der 82jährige Lord James Bryce eilte in jenen Tagen noch einmal nach den geliebten Schweizer Bergen, um sein Ideal vom Schweizer Staat an der Hand der Erfahrungen des Weltkrieges nachzuprüfen. Und seine besonders in der angelsächsischen und romanischen Welt viel beachtete Apologie der Schweizer Demokratie bildet eines der Kernstücke seiner groß und weit angelegten vergleichenden Darstellung der Demokratien der Welt[1]), in der dieser theoretisch geschulte Geist wie gleich bewährte Staatsmann die Summe seiner politischen Lebensweisheit zog.

Als nun gar das Weltkapital in der allgemeinen Weltwirtschaftskrise der letzten Jahre aus Angst vor sozialistischen oder bolschewistischen Zugriffen nach der Schweiz abwanderte, diesem unerschütterbaren Eiland, das ausdrücklich und mit deutlicher Mehrheit die sozialistischen Aneignungsversuche des Privatkapitals durch das Referendum von 1925 so mannhaft abgewehrt hatte, als die Schweiz nicht nur das Clearinghouse von Europa, sondern auch selbst das kapitalreichste Land der Welt, gemessen an dem Kapitalbesitz des einzelnen Schweizer Bürgers, wurde, da lockte ein neuer Anreiz, das

[1]) Modern Democracies 1921. 3 Bde. Dtsch. Übersetzung. München 1923. Dreimaskenverlag.

so glückhafte Vorbild nachzuahmen. Man erfand zunächst spottweise das Wort „Verschweizerung" Europas; aber praktische Geister suchten und fanden diese Befriedung Europas in der Anwendung dieser „Zwischenstaatsideologie" an allen Gefahrenpunkten Europas. Vor ihrem geistigen Auge, im wesentlichen geschult an Zoll- und Wirtschaftsbilanzen, schob sich bereits zwischen Deutschland und seinen feindlichen Umliegern ein Kranz von Zwischen- und Pufferstaaten ein, von Luxemburg beginnend über den autonomen gedachten Saarstaat, das künftig autonome Elsaß-Lothringen und die Schweiz reichend über die ebenfalls autonomen österreichischen Bundesländer bis zur freien Stadtrepublik Wien[1]).

So abwegig an sich jedem Vertreter des Volksstaatsgedankens solche Gedankengänge erscheinen müssen, so kann doch nicht geleugnet werden, daß z. B. die Reden von der „Verschweizerung" Oesterreichs die Anschlußidee, den Glaubenssatz von dem einen Volk und dem einen Staat aufs schwerste gefährden, besonders in einer Zeit der größten wirtschaftlichen Katastrophen.

Aus den verschiedensten Gründen heraus ergibt sich also für die Gegenwart als dringliche Aufgabe prophylaktischer Staatsweisheit, die Frage nach dem Vorbild des Schweizer Staates und dessen Uebertragbarkeitsmöglichkeiten zu prüfen.

Die allgemeinen Einwände historisch gerichteter Naturen gegen jede mechanische Uebertragungen von fremden Staatsindividualitäten, die Zitierungen Wilhelm von Humboldts, Leopold Rankes, Otto von Bismarcks, als Autoritäten, die nicht müde wurden in dem ständigen Hinweis, daß gerade die Staatsstruktur etwas Gewachsenes, Gewordenes, Organisches ist, das niemals mechanisch übernommen werden kann; dies alles hat in den Tagen von Weimar nicht gehindert, reichlich und in einzelnen Fällen noch dazu recht schlecht zu kopieren. Daher muß schon das zu übertragende Staatsideal im einzelnen, und zwar ganz konkret nach den geopolitischen Voraussetzungen und nach den geschichtlichen Entwicklungen betrachtet werden, sonst wird der flüchtige Geist immer dazu neigen, auf Grund oberflächlicher naturwissenschaftlicher Vergleiche die Uebertragbarkeit im Einzelfalle zu bejahen, zumal im politischen Denken die Wunschbilder ein stärkeres Agens sind, als überschauendes, auf umfassenden Einsichten beruhendes Urteil.

Die einmaligen geopolitischen Staatsvoraussetzungen der Schweiz muß auch derjenige anerkennen, der

[1]) Wert und Begriff der „Verschweizerung" gebrauchte wohl zuerst im ironischen Sinne Carl Schmitt in seiner Schrift „Die Kernfrage des Völkerbundes" S. 64. Durch Below und Liebig wurde der Begriff der „Verschweizerung" dann allgemeiner bekannt.

sonst Schlüssigkeit und Beweiskraft geopolitischer Darlegungen im allgemeinen anzuzweifeln geneigt ist.

Die politische Praxis in Deutschland, d. h. in concreto, die politischen Führungsstellen der Reichsregierung sollten etwas mehr als bisher von der Kjellenschen Methode der Interpretation von Einzelstaaten übernehmen. Deutschland könnte z. B. die französische „Sicherheitsthese“, die Frankreich in der Welt soviel Prestige eingebracht, mit ungleich höherem Recht auf sich anwenden. Der Wert der geopolitischen Betrachtung liegt weniger in der Gewinnung allgemeiner Lehrsätze, als in der abwägenden Ausdeutung der geopolitischen Staatsvoraussetzungen im einzelnen.

Vier solcher geopolitischer Faktoren: der Hochgebirgscharakter, die Dreiheit der Sprachen, die Zweiheit der Konfessionen, die Uneinheitlichkeit der Wirtschaft sind einer geschlossenen Staatsbildung zunächst grundlegend feindlich.

Die Schweizer *Landesnatur*, die wildzerklüfteten und stark verlagerten Zentralalpen, die schwer passierbaren, unwegsamen Rücken des Schweizer Jura, das von erheblichen Höhen durchschnittene nördliche Vor- und Zwischenland, die mangelnden natürlichen Grenzen gegen Norden, Osten und Westen zeigen an sich kaum natürliche staatsbildende Kräfte, etwa wie das Pariser Becken oder die Norddeutsche Tiefebene. Mögen diese Erscheinungen heute durch Bergbahnen, Fernsprecher und die moderne Verkehrsentwicklung stark von ihren Zentrifugalwirkungen eingebüßt haben, aber Jahrhunderte hindurch waren sie im staatsfeindlichen Sinne tätig.

Ebenso zentrifugal wirkt auch die *Sprachendreiheit* der Schweiz. Fast zwei Drittel sprechen deutsch, der Rest in der Mehrzahl französisch, ein kleiner Teil italienisch und ein noch kleinerer Teil romanisch oder ladinisch. Vier von den 22 Kantonen sind überhaupt vollkommen gemischtsprachig. Das große Zauberband, das sich im 19. und 20. Jahrhundert als stärkstes staatenbildendes Element erweist, die Ideologie: *eine* Sprache, *eine* Kultur, *ein* Volk, *ein* Staat! fehlt also für die Schweiz vollkommen. Die bedeutende deutsche Mehrheit hat mit großer Staatsklugheit bei den Minderheiten nie das Gefühl der Minderheiten aufkommen lassen, wie dies etwa das herrschende „Staatsvolk“ in der Tschechei oder in Jugoslawien getan hat. Im Gegenteil, stets war die gesetzliche und praktische Gleichberechtigung aller drei Sprachen, und zwar in allen Kantonen der Schweiz, allgemeinste Uebung. Die sprachlichen Gegensätze sind erstaunlich reibungslos im Parlament, Verwaltung, Gericht und Schule überwunden, daß sowohl die französischen wie italienischen Schweizer sich kaum als Irredenta fühlen, und zwar trotz der starken Zentripetalbestrebungen, die sowohl von Frankreich wie von Italien auch hier genährt wurden. Sogar während des aufwühlenden Welt-

krieges blieb, von vorübergehenden Gefühlsaufwallungen in der französischen Schweiz abgesehen, die Dreisprachenbrücke im ganzen unversehrt. Dies gilt heute noch vom Tessin, wo seit den Pariser Vorortfrieden, und besonders seit der Verlegung der italienischen Nordgrenze auf den Brenner, hier starke Hoffnungen auf italienischer Seite erweckt worden sind. Der italienisch sprechende Tessiner aber fühlt sich heute mehr denn je als Schweizer, und der Kanton Tessin würde einem faschistischen Machtzugriff sich mit allen Mitteln widersetzen.

Gefährlich für die Staatseinheit sind bekanntlich leicht die Glaubensgegensätze. In der Schweiz ist eine beträchtliche Mehrheit des deutsch und des französisch sprechenden Volkes protestantisch, der Rest katholisch. Wichtig und günstig ist freilich, daß die Bekenntnisgrenzen nicht mit den Sprachgrenzen zusammenfallen. Die konfessionellen Gegensätze, die ja in der Reformation beinah zu einem Auseinanderbrechen der Eidgenossenschaft führten, waren noch im 19. Jahrhundert so stark, daß die katholischen Kantone mehrfach Sonderaktionen, allerdings nur vorübergehend, unternahmen. Seit drei Menschenaltern jedoch herrscht vollkommener Friede, nicht zuletzt dadurch, daß die Bundesverfassung von 1874 sich außer einigen den religiösen Frieden sichernden Bestimmungen kaum in Kirchenfragen einmischt, sondern diese fast ausschließlich dem Kanton überläßt. Daher das seltsamste Bunt in allen Fragen der Schweizer Kirchenverfassungen, teils, wie in Basel und Genf scharfe Trennung zwischen Kirche und Staat, teils, wie in den Urkantonen, ältestes Landeskirchenrecht.

Die Angleichung der Rassen und der Konfessionen erfolgt langsam, aber sicher, und zwar besonders durch die moderne Industrieentwicklung, durch Handelsverbindungen und durch das Schrifttum, weniger durch Heiraten. Stärkeres Wachstum zeigen unter den Sprachenanteilen die Italiener, unter den Religionen die Juden. Während diese drei Gegensätze im Laufe der Jahrhunderte von der staatsbildenden Kraft des Schweizer Gemeinwesens fast überall sieghaft überwunden worden sind, bereiten neuerdings die wirtschaftlichen Entwicklungen erhebliche Schwierigkeiten. Der Grundstock des Schweizer Staates sind immer die alten Bauernkantone des Vierwaldstätter Sees gewesen, die Urzelle der staatenbildenden Kraft. In ihrer naturgeschützten Lage blieben sie bei allen Schwierigkeiten und Widerständen an der Peripherie immer der feste, sich kaum wandelnde Kern. Auf diesen konservativen Sinn der Bauern ist auch der weitaus größte Teil der Verfassungsbestimmungen in Bund, Kanton und Gemeinde zugeschnitten. Noch heute macht Land- und Weidewirtschaft über ein Drittel der Bevölkerung aus, die freilich nicht imstande ist, die Brotversorgung der übrigen zwei Drittel sicherzustellen. Man hat 300 getreidefreie Tage für die Schweiz errechnet,

bei Krieg und Blockade eine bedenkliche Ziffer. Während in der Landwirtschaft der Großbetrieb fast vollständig fehlt, zeigt die Schweizer *Industrie* neuerdings stark großkapitalistische Züge mit den üblichen Massierungen von Industriearbeitern in den Großstädten und in einzelnen Industriegegenden. Dies ist um so seltsamer, als die Schweizer Landesnatur sich zunächst als industriefeindlich erweist. Alle Industrierohstoffe müssen eingeführt werden. Im Weltkriege waren hier Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten durch die beständigen Drosselungsversuche in der Zufuhr von seiten der Umliegerstaaten gehäuft. Auch die Schweizer Verkehrsverhältnisse sind einer Industrieentwicklung nicht besonders günstig, zumal der billige, natürliche Wasserweg vorläufig fehlt, und der moderne Kraftausbau noch nicht sehr fortgeschritten ist.

Soziologisch und politisch bedeutete die Schweizer Industrieentwicklung natürlich ein starkes Anschwellen des Sozialismus. Aber gerade dessen internationale und revolutionäre Einstellung muß von der Schweiz als besonders strukturfremd empfunden werden. Die deutliche Ablehnung sozialistischer Zugriffsversuche auf das Privatkapital durch das Referendum von 1925 bedeutet nicht nur einen Sieg der Bauern Berns über die großstädtischen Massen von Zürich, Winterthur und Basel, sondern trotz der grundsätzlich liberalen Duldung aller politischen Meinungen die instinktive *Ablehnung* des wesensfremden Sozialismus durch die Gesamtschweiz. Daß in diesem Zusammenhange das berühmte *Asylrecht* der Schweiz, ihre an sich liberale Fremdengesetzgebung wegen staatssprengenden Mißbrauchs von seiten landflüchtiger Kommunisten und Sozialisten stark eingeschränkt wurde, beweist aufs neue den praktischen Sinn des Schweizer Volkes, und ihre vollkommen unsentimentale Souveränheit gegenüber noch so wichtigen ideologischen Staatsvoraussetzungen, wenn diese die Grundlagen ihres Staatswesens zu gefährden drohen.

Ebenfalls für die Staatseinheit nicht ohne Einschränkung günstig entwickelt sich das Schweizer *mobile Kapital*. Infolge der unsicheren, politischen und wirtschaftlichen Lage der meisten europäischen Staaten ist ein gut Teil des internationalen Kapitals nach der relativ noch am meisten Sicherheit gewährenden Schweiz geflüchtet. Die Schweiz ist heute, wie bereits erwähnt, das Clearinghaus von ganz Europa, wohl sogar der Welt. Werden diese intensiven Verflechtungen mit den finanziellen Schicksalen der Umliegerstaaten ausgerechnet der Schweiz außen- und innenpolitisch gut bekommen?

Noch sah man für ein Volk und einen Staat nie Heil erblühen, wenn allzu kräftig aus dem Becher des Hochkapitalismus getrunken wurde. Die Schweizer Demokratie ist im Innern aufgebaut auf einer *geschickten Mittellage zwischen Arm und Reich*, man hat dem bekannten platonischen Ideal

von der rechten Mitte, wenn vielleicht auch nicht überlegt, so doch aber instinktiv Rechnung getragen. Auch die Schweizer Neutralität sah bewußt ihre stärkste Stütze in dem grundsätzlichen Fernhalten von dem innenpolitischen Kräftespiel der Umliegerstaaten. Noch ist diese hochkapitalistische Entwicklung ein Anfang, vielleicht ist sie auch nur vorübergehender Ausdruck einer Weltwirtschaftskrise, aber sie ist ohne Zweifel vorhanden. Wird sich auch an ihr der gesunde Instinkt des Schweizer Staatssinnes bewähren, der sich bisher stets jedem neuen gewachsen zeigte?

Wo liegt nun die Lösung für das Rätsel der Schweizer Staatsbildung? Wie konnte bei diesen starken Zentrifugalkräften trotzalledem ein Staatswesen von solcher Festigkeit entstehen und durch mehr als fünf Jahrhunderte hindurch allen europäischen Erschütterungen und Gegenkräften zum Trotz sich gesichert erhalten? Mit Recht erscheint die Schweiz allen staatstheoretischen Betrachtungen als ein „Wunder". Und James Bryces feuriges Demokratenherz glühte stets hoch auf, wenn an diesen Widerständen sich der staatsbildende und -erhaltende Sinn des Schweizervolks entwickelte. Für ihn ist das Staatsdasein der Schweiz, entsprechend den Anschauungen seiner Generation, allein ein *Produkt des bewußt erzogenen Willens zum Staate*. Er erwähnt kaum oder nur flüchtig die *Naturgegebenheiten* des Schweizer Staates, ohne die eine restlose Erklärung dieses Staatswunders uns Heutigen unmöglich erscheint.

An erster Stelle ist in diesem Zusammenhange zu nennen die Gunst der *Paßlage*. Der Schweizer Staat kann geopolitisch nur begriffen werden als *Hochgebirgsstaat*, als Kind des *Gotthardpasses*. Alle Hochgebirge haben aber schon biologisch etwas stark Konservierendes, und vom soziologisch-staatlichen gilt das gleiche. Zahlreiche Hochgebirge weisen auch in der Tat eine Art Reliktenkleinstaaten auf, die nur infolge des natürlichen Schutzes ihrer Hochgebirgslage sich gegenüber den ihrer Selbständigkeit feindlichen Bestrebungen der umliegenden Großreiche siegreich behaupten konnten, etwa der Bauernstaat Andorra oder Monaco oder Liechtenstein.

Für den Gotthardweg treffen nun diese mehr allgemeinen Sätze der politischen Geographie besonders zu. Die Eifersucht der Großreichsgebilde im Osten und Westen, der Habsburgischen Hausmachtdynastie und des burgundischen Königtums, im 13. und 14. Jahrhundert strebten gleichermaßen nach dem Besitz der für Zentraleuropas Beherrschung grundlegend wichtigen Gotthardstraße. Da nun aber die Bauernkantone der Zentralschweiz, die strategischen Schwierigkeiten der für ein Ritterheer unmöglichen Hochgebirgsnatur geschickt durch ihre Haufen ausnutzend, alle Angriffe von Osten und Westen auf ihre „Freiheit" mit großen physischen und psychischen Kraftaufbietungen dauernd

zurückwiesen, so hat denn die Eifersucht der Umliegermächte nicht gestattet, hier eine Lösung der Gotthardfrage im Sinne einer einzigen Großreichsbildung zu treffen. Dies um so weniger, als das Risiko bei der immer hochgehaltenen Wehrhaftigkeit der Schweizer nicht so einfach war. Die Kleinheit des Staatsgebildes hatte andererseits für imperialistisches Denken nicht allzu verlockendes. Der wahrhafte Unabhängigkeitssinn der Bauerndemokratien am Gotthardpaß positiv und die Eifersucht der Umliegermächte negativ, sind, formelhaft vergröbert, die beiden letzten Wurzeln des Schweizer Staatsgebildes. Landesnatur und Landesgeschichte formten also im Laufe von mehr als einem Jahrtausend die heutige Schweiz zu dem so einzigartigen und so einmaligen Staatsgebilde.

Selten ist also Sallusts Römerweisheit, daß die Staaten nur durch dieselben Kräfte erhalten werden können, die bei der Gründung wirksam waren, so leuchtend illustriert worden wie durch die Geschichte des Schweizer Volkes, und zwar bis in die Gegenwart hinein. Die Urkraft des Schweizer Staatsgebildes bleibt der Unabhängigkeitssinn einer wehrhaften Bauerndemokratie, die freilich mit der westlichen Formaldemokratie des 18. und 19. Jahrhunderts nur sehr äußerliche Berührungen, fast nur den Namen gemeinsam hat. Denn der Schweizer Staat ist und bleibt, allen angelsächsischen Anzweiflungen zum Trotz, doch Jahrtausende altes deutsches Verfassungsgut. Der viel gerühmte Schweizer „Freiheits“sinn erwuchs letzten Endes aus den taciteischen Dingversammlungen des Alemannenstammes. Die häufige Anwendung der direkten, der plebiszitären Form der Demokratie in Gemeinde, Kantonen und Bund läßt sich in fast gerader Linie in Name, Form und Verlauf auf die altgermanische Landsgemeinde zurückführen. Man muß einmal im Frühling, etwa im Thurgau, im Appenzeller Ländchen oder im Bündnerland gewandert sein und einer Landsgemeinde beigewohnt haben, man glaubt in der Tat eine Gauversammlung einer altgermanischen Bauernhundertschaft wieder erstanden zu sehen. Altväterisch Bewaffnete — das ist tief symbolisch — schreiten feierlich einher, ernst umsteht das Volk, der „Umstand“, den freien Platz, in dem die Volksbeauftragten dem souveränen Volk, ihren Auftraggebern, Rechenschaft ablegen von ihrem Tun im letzten Jahre. Der Umstand hört prüfend und fast immer schweigend zu, und spärlich nur wird das Fragerecht angewendet; lärmende Debatten gar mit Zwischenrufen sind unüblich, ja unmöglich. Die Schuljugend, der strenges Sprechverbot während der Handlung auferlegt ist, muß unmittelbar neben den Volksbeauftragten im Ring stehen und so der ganzen feierlichen Handlung beiwohnen. Das heranwachsende Geschlecht soll sich so frühzeitig an den Geist der

Pflichterfüllung gegen den heimatlichen Staat gewöhnen. Heinrich Federer, Jacob Heer haben uns mehrfach in eindrucksamen Bildern geschildert, wie dies freie wehrhafte Volk von Bauern und Hirten im Angesichte ihrer heimatlichen Schneegipfel die Geschicke selbst leitet.

Mag immerhin sein, daß diese archaische Form der Demokratie sich auch bei anderen Hochgebirgsvölkern der Welt findet, und mag ferner sein, daß sie fast immer gebunden ist an eine gewisse Primitivität der Wirtschaft. Aber dieser trutzige Alemannensinn der Schweizer hat sich im Laufe der Geschichte diese charakteristische Staatsform geschaffen, die allen Einschmelzungsversuchen zugunsten eines lehnsstaatlichen Territoriums oder eines absolutistischen Großreiches zähen und ungebrochenen Widerstand entgegenzusetzen ermöglichte. Diese Bauerndemokratie, nicht die sozialisierten Industriearbeitermassen, ist auch heute noch die entscheidende Quelle der Schweizer staatlichen Unabhängigkeit. In den Städten der Schweiz zwar, besonders stark etwa in Bern — und das ist kein Widerspruch zur vorhergehenden Behauptung —, haben sich die mittelalterlichen Formen des Stadtstaates in Aristokratien vollzogen, aber sie fanden immer ein stark demokratisches Korrektiv in den militärisch wichtigen Zunftverfassungen.

Eine zweite Quelle dieser eigenartigen Schweizer Demokratie neben dem wahrhaften Bauerntum wird man mit Ernst Troeltsch wohl in der Zwingli-Kalvinischen Auffassung der Prädestination erblicken dürfen: Wer von Gott erwählt ist, bei dem erweist sich diese Gnade schon hier auf Erden. Die Gnade Gottes wird sichtbar an ihm in dem Gelingen aller irdischen Geschäfte. In dieser Lehre fand der wirtschaftliche Sinn der Schweizer, ihre Weltläufigkeit, ihre Neigung zu nüchtern praktischem Handeln eine stark religiöse Verankerung. Wie sehr weicht diese geschäfts-, kriegs- und staatsfreudige Art des Kalvinischen Denkens ab von der Lutherschen Lehre vom leidenden Gehorsam des Untertanen, von den patriarchalischen Bischofsneigungen der Lutherschen Landesfürsten. Diese neue Berufsethik mußte sich nicht nur als recht fruchtbar für die Wirtschaftsentwicklung, besonders der Städte, für die Förderung des Bankiergewerbes und somit des Kapitalismus überhaupt erweisen, sondern hier fand auch die streitbare demokratische Staatsethik der Schweiz eine festere Stütze als in dem staatstheoretisch fast sterilen Luthertum des deutschen Nordens und Ostens.

Unmittelbar führt diese Linie hinüber zur modernsten Auffassung der Demokratie, zur Volkssouveränität: Das Volk ist die alleinige Rechtsgrundlage eines Staates. Es ist wohl kein Zufall, daß der leidenschaftliche Verkünder der Volkssouveränität Jean Jacques Rousseau ein Genfer war. Aus seinem eigenen Zeugnis wissen wir, welch tiefen Eindruck auf

ihn, den Genfer Uhrmachersohn, das Conseil Général in der Kathedrale zu Saint Pierre 1754 gemacht hat. 1762 schrieb er den Contrat social mit seiner Verherrlichung der plebiszitären Demokratie ganz offenbar nach Genfer Vorbild. Die Sätze dieses Katechismus der Revolution wandelte dann freilich das Frankreich von 1789 um zur parlamentarischen Form der Demokratie, die der Welt als politisches Evangelium zum Teil mit Feuer und Schwert gebracht wurde. Wenigstens gilt dies auch für die Schweiz; denn die „Helvétique", wohl die trübste Zeit der Schweizer Unabhängigkeit und Freiheit, die einzige Periode, wo die Schweiz Tummelplatz fremder Heere war, brachte 1798 diese Formulierung der Volkssouveränität für die meisten Kantone. Längere Zeit vergessen, wird dann dieser Gedanke 1848 in die Kantonsverfassungen überall aufgenommen; ein Vorgang, der für viele nur die schriftliche Fixierung eines seit lange geübten Brauches bedeutete. Und 1874 legte Artikel 71 der Bundesverfassung ausdrücklich fest: „Das souveräne Volk ist die letzte Quelle aller staatlichen Macht."

Dies Bild vom Schweizer Staatswesen müßte aber höchst unvollkommen, ja einseitig bleiben, wollte man sich allein auf seinen ideologischen und staatstheoretischen Unterbau beschränken; wesensnotwendig muß diesem Aufriß zur Seite treten eine sorgfältige Beachtung der politischen Praxis. Denn in kaum einem Lande spielen der ungeschriebene Brauch, die Tradition, die Konventionalregeln, das Gewohnheitsrecht eine so bedeutungsvolle Rolle wie in der Schweiz. Erst diese lebende Ergänzung des geschriebenen Verfassungsrechtes ermöglicht eine wirkliche Einsicht in die Struktur des Schweizer Staatsgebildes.

Bereits mehrfach wurde ausgeführt, daß das Schweizer Volk die Formaldemokratie des Westens, den reinen Parlamentarismus, die repräsentative Demokratie als ausschließliches Aufbauprinzip seines Staates bewußt und gleichbleibend ablehnt. Der Parlamentarismus nach französischem Vorbild wird als ungeeignet für die besondere Gesellschaftsstruktur der Schweiz angesehen. Nicht nur deshalb, weil mehr oder weniger eine unerfreuliche Korruption die fast untrennbare Begleiterscheinung des reinen Parlamentarismus ist, und man den an sich hohen Stand der Schweizer Volksmoral durch ihn nicht gefährden lassen will; das entscheidende Motiv in dieser Ablehnung aber dürfte sein, daß der Parlamentarismus die Hypertrophie des Parteiwesens, insonderheit des Parteiapparates mit besonderen Parteifinanzen, einer Parteipresse, einer Parteibürokratie usw. begünstigt. Man wünscht aber diese Begleiterscheinungen des Parteiegoismus nicht, weil dadurch die überparteilichen Lebensnotwendigkeiten des Schweizer Staates gefährdet werden. Gerade aber

diese Begleiterscheinungen des Parlamentarismus: die Steigerung der inneren Gegensätze, die Unstetigkeit der politischen Geschäftsführung, die Verschleuderung von Staatsgeldern usw. sieht der gesunde politische Instinkt der Schweizer als untragbar an für die so künstlichen und deshalb so leicht gefährdbaren Grundlagen des Schweizer Staates. Bei aller theoretischen Freiheit, besonders gegenüber peripherischen politischen Fragen, in bezug auf politische Lebensnotwendigkeiten erfordert der Schweizer Staat von allen seinen Bürgern eine absolut einheitliche Ueberzeugung. Muß er doch verhindern, daß den Umliegerstaaten Gelegenheit geboten wird, sich unter irgendeinem Vorwande in die innerpolitischen Angelegenheiten der Schweiz sprengend einzumischen.

Es sind also nicht etwa die gefühlsmäßigen Abneigungen des unverbildeten Bauerninstinktes gegenüber gewissen Lächerlichkeiten des modernen Parlamentsbetriebes, etwa den Parteiführereitelkeiten, den Obstruktionsversuchen, den Ministerstürzereien, den permanenten Zwischenrufen, den Zwischenfällen usw., die die Schweizer zur Vorsicht gegenüber der repräsentativen Demokratie gemahnt hat, nein, es ist die tiefe instinktive Ablehnung der letzten Endes staatssprengenden Tendenzen des reinen Parteienstaates, die die Schweiz, wie alle Staaten mit starkem Umliegerdruck und an sich schon überreichen zentrifugalen Staatselementen ohne Gegengewichte einfach nicht ertragen kann.

Wenn man das Funktionieren dieser eigenartigen Schweizer Demokratie auf eine Formel zu bringen versucht, so könnte sie heißen: Demokratische Kontrolle.

Bauerninstinkt ist an sich gern optimistisch im Einzelfalle, aber er mißtraut allen Schrankenlosigkeiten und Unbeschränktheiten auf die Dauer sowohl von Einzelpersonen wie ganz besonders von Institutionen. Bei allen auf die Dauer gestellten Einrichtungen fordert der Schweizer deshalb eine ständige Kontrolle durch das Volk. Ja die Schweiz baute im Laufe der Jahrhunderte und fast immer auf Grund von schlimmen, zum Teil staatsgefährdenden Erfahrungen diese demokratische Kontrolle zu einer Art von System aus. Dies hat gewiß große Schattenseiten vom Standpunkte des Individualismus, es begünstigt die Mittelmäßigkeit, das Egalitäre etwas zu stark, aber die Stetigkeit in der politischen Geschäftsführung verbürgt es doch noch verhältnismäßig am sichersten. Aus diesem Grunde gibt es an keiner Stelle im Schweizer Staate bis hinauf zur höchsten Vertretung eine unbeschränkte Einzelpersönlichkeit als staatliche Instanz, die berühmte angelsächsische „One Man's Power"; immer ist es ein, wenn auch oft nur wenige Personen umfassendes, Kollegium, in dem jederzeit einer den anderen vertreten muß und so ungewollt ein jeder kontrolliert wird. Sogar die oberste Staatsvertretung und

die höchste Exekutive ist einem siebenköpfigen Kollegium, dem Bundesrat, anvertraut, dessen Präsident von Jahr zu Jahr gewählt wird, der im übrigen aber Kollege der übrigen sechs in Gehalt, Stellung und Funktionen bleibt und nur für ein Jahr als „Bundespräsident" und somit oberster Schweizer Bürger den Staat bei allen feierlichen Gelegenheiten vertritt. Dieser Bundesrat ist das typische Beispiel der gegenseitigen Auslastungen der staatlichen Gewalten, des eigenartigen Verzahntseins der Staatsfunktionen durch die demokratische Kontrolle: An keiner Stelle der Welt ist bekanntlich die höchste ausübende Gewalt einem Kollegium anvertraut, sondern immer einer Einzelpersönlichkeit. Trotz des zunächst irreführenden Titels Bundespräsident kennt die Schweiz ein Präsidentschaftssystem nicht; denn den fremden Mächten wie dem eigenen Lande gegenüber tritt der Bundesrat immer als untrennbares und unvertretbares Ganzes auf. Er bildet auch kein Ministerium, kein Kabinett; denn grundsätzlich und bewußt dürfen seine Mitglieder nicht Angehörige der Legislative sein, sie gehören weder dem Parlament des Bundes noch eines Kantons an. Sie können deshalb auch vom Parlament niemals beseitigt werden, obgleich sie von ihm gewählt worden sind und jederzeit im Parlament zur Berichterstattung aufgefordert werden können. So steht also die höchste Bundesexekutive grundsätzlich außerhalb des eigentlichen Parteiwesens, wenn sie auch praktisch nicht ohne eine gewisse parteimäßige Färbung ist.

Die sieben Mitglieder des Bundesrates werden von der Bundesversammlung zunächst nur auf drei Jahre gewählt; praktisch bedeutet dies aber bei der grundsätzlichen Wiederwahl bewährter Beamten in der Schweiz, solange, als sie im Amt zu bleiben wünschen. Von 1848 bis 1919 unterlag diese Regel nur einer einzigen Ausnahme. Diese Praxis hat sich für die Stetigkeit und Qualität der politischen Geschäftsführung als sehr vorteilhaft ausgewirkt. Wie schon erwähnt, dürfen die Mitglieder des Bundesrates selbstverständlich kein anderes Amt im Bunde in einem Kantone oder in einer Gemeinde bekleiden, schon um den Verdacht regionaler Begünstigungen nicht aufkommen zu lassen. Auf Grund einer langen Gewohnheit werden aber möglichst immer alle Konfessionen, Sprachen und regionalen Interessen sorgfältig berücksichtigt. Den Bundesrat hat man absichtlich klein gehalten, seine Aufgabe soll vorwiegend verwaltend bleiben, er soll eben nicht Politik treiben; diese bleibt lediglich dem Parlament überlassen. Neben der gesamten Bundesexekutive hat er in ziemlichem Umfange die delikate Aufgabe der Aufsicht über die kantonalen Regierungen: Er muß für die angemessene Beachtung und Durchführung der Bundesgesetze durch die Kantone sorgen. Was freilich bei der großen Bedeutung der finanziellen Bundesüberweisung an

Kantone und Gemeinde keinen allzu großen praktischen Schwierigkeiten begegnet, zumal auch die Militärmacht dem Bunde fast ausschließlich zur Verfügung steht.

Dieser seltsamen, auf jahrhundertelangen Erfahrungen beruhenden Verzahnungen der Exekutive mit der Legislative im Bundesrat steht ein ähnliches Ausbalancieren, eine deutliche Kontrolle des Parlaments durch das plebiszitäre Element der Volksbefragung und des Volksentscheides zur Seite.

Initiative und Referendum sind jahrhundertealte Einrichtungen einzelner Schweizer Gemeinden und Kantone. So erwähnt man schon 1550 in Graubünden eine Volksbefragung. Nach und nach wurden beide Einrichtungen von allen Kantonen teils obligatorisch, teils fakultativ übernommen und gingen von da in den Bund über, der für alle Verfassungsänderungen in Kanton oder Eidgenossenschaft das Referendum als verbindlich erklärt hat.

Diese unmittelbare Volksgesetzgebung wird zwar auch in der Schweiz kritisch beurteilt, dazu liegen ihre Schwächen ja zu deutlich am Tage, und ständig hat man nach jeder Anwendung Einzelheiten und Technik der Abstimmung, eben wegen der offenbaren Mißstände, seien es nun Unterschriftenschwindel, Unreife, Wahlmüdigkeit, Interessentum, Reaktionsunterstützung usw., verbessert. Trotzdem aber hält die Schweiz an dieser Form der Aeußerung des Gesamtvolkswillens fest, und es besteht nicht die Neigung, hier eine wesentliche Aenderung eintreten zu lassen. Man betrachtet sowohl Referendum wie Initiative als bewährte Mittel der politischen Erziehung. Und da man infolge der eigenartigen Konstruktion des Schweizer Staates hierauf besonderen Wert legen muß, tut man alles, um diese Methoden der unmittelbaren Volksregierung technisch ständig zu verfeinern. Beide Einrichtungen haben ferner wesentlich dazu beigetragen, der Gesetzgebung und Regierung in Bund und Kantonen einen durchaus übersichtlichen, volkstümlichen Charakter zu geben. Gerade in Schweizer Augen bedeutet dies einen großen Vorzug. Ursprünglich fürchtete man, diese Einrichtungen würden das Staatsleben atomisieren. Dies ist nicht eingetreten. Im Gegenteil, sie entwickelten viel eher eine bindende, einigende, zusammenschließende Kraft. Im Referendum hat sich das Schweizer Volk als konservativer erwiesen, als viele unruhige Köpfe wünschen; konservativ im Sinne von Vorsicht, nicht aus Unvernunft und nur selten aus Voreingenommenheit. Wenn ein konservativer Bauer mit Nein stimmt, so bringt er damit nach Schweizer Art zum Ausdruck, daß er zur Zeit noch nicht innerlich vorbereitet genug ist, um Ja zu sagen.

Der entscheidende Grund aber für Beibehaltung des Plebiszites liegt in der schon berührten Schweizer Grund-

auffassung, der Kontrolle gegenüber den Parteien. Daher haben auch beide Einrichtungen ihre stärkste Gegnerschaft in ausgesprochenen Parteikreisen. Denn eine Partei, die infolge gesetzgeberischer Fehler oder Unterlassungen sich allgemeine Mißstimmung zugezogen hat, kann sehr leicht aufs empfindlichste in ihrem Personalbestand getroffen werden durch die Einleitung eines Plebiszites in irgendeiner Form. So wirkt sich diese unmittelbare Willensäußerung des Volkes ebenfalls zugunsten einer Verminderung des Parteigeistes und zur Erhöhung des Verantwortlichkeitsgefühles der Parteien gegenüber dem Ganzen aus.

Nicht zufällig ist es daher, daß in allen parlamentarisch regierten Staaten die Parteien sich als die eigentlichen Feinde des Plebiszites erwiesen. Napoleon III., als Schweizer Bürger, ja Schweizer Oberst, übernahm daher die von ihm auch als Schriftsteller begeistert begrüßten Schweizer Volksabstimmungen in das Staatssystem des zweiten Kaiserreiches. Mehrfach ist es denn auch von ihm als Gegengewicht gegenüber der Parteiallmacht angewendet worden; später freilich nicht zu seiner Freude. Die dritte Republik kehrte zur rein parlamentarischen Form zurück und verzichtete auf das „caesaristische“ Kontrollmittel. Auch in der Union, außer in einigen kleineren Staaten, wie auch in England will das Plebiszit keine rechten Fortschritte machen. Die Gründe sind genau die gleichen wie im republikanischen Deutschland. Die Parteien, für ihren Absolutismus fürchtend, haben Volksentscheid und Volksbefragung in der Weimarer Verfassung mit so viel sichernden Kautelen umgeben, daß sie in der jetzigen Form, mit den nicht weniger als sechsfachen Möglichkeiten, praktisch kaum von entscheidender Bedeutung werden konnten. Als Begründung wählt man bekanntlich stets die Unübersichtlichkeit des Großstaates, auf den die Einrichtungen von Kantonalstaaten nicht übertragen werden sollen. Die Schweiz legt auf Beibehaltung des Plebiszits besonders deshalb starkes Gewicht, weil sich im Laufe der Zeit herausgestellt hat, daß diese Einrichtung wohl das stärkste Mittel der politischen Erziehung, vor allem in der Bildung des eigenen Urteils geworden ist.

Und noch ein charakteristisches Beispiel für die eigenartige demokratische Kontrolle: das Schweizer Beamtenproblem. Die Demokratie empfindet bekanntlich grundsätzlich das Berufsbeamtentum mit seiner eigenartigen Hierarchie, seiner Lebenslänglichkeit, seiner Sonderausbildung, seiner stark aristokratisch eingestellten Beamtenpflicht, seinem Ressortgeist und Aemterbürokratismus als Fremdkörper. In der Tat steht man heute noch in der Schweiz auf dem alten demokratischen Standpunkte, daß einem jeden Staatsbürger an sich die Möglichkeit offen zu halten ist, jedes Staatsamt zu verwalten. Natürlich hat die moderne Entwicklung der Technik und die Speziali-

sierung der Wissenschaften hier stark umstürzend gewirkt, und so mußte die Schweiz manches Wasser in ihren demokratischen Wein gießen. Aber an einem hält sie unentwegt fest: man will keine Lebenslänglichkeit der Beamten, keine unbeschränkten Vollmachten, man wünscht den Beamten zu kontrollieren, vor allem durch die Möglichkeit seiner Nichtwiederwahl. Alle Beamten, sogar die Richter bis zur höchsten Instanz, die Lehrer, die Pfarrer, die Finanzbeamten, die Berufsoffiziere, sie alle werden nach Ablauf ihrer Amtsperiode immer von neuem gewählt. Auch die Kurzfristigkeit ihrer Amtsdauer, meist drei, höchstens acht Jahre, ist aus diesen Gründen gewählt worden. Etwas Versöhnendes, Ausgleichendes liegt freilich in der, neuerdings aber von sozialistischer Seite aus Gründen des Beuteganges angefochtenen, altbewährten Schweizer Praxis der fast regelmäßigen Wiederwahl. Die politische Gesinnung wurde bis jüngst nicht als Grund angesehen, die Wiederwahl zu versagen, denn dies galt bisher als unziemlich: Semel electus, semper electus.

Im allgemeinen hat sich diese Praxis auch durchaus bewährt: Schweizer Beamte sind frei von Bürokratismus, einfach in ihrer Lebensführung, vor allem infolge ihrer kleinen Bezüge frei von dem sogenannten Beamtendünkel, vor allem aber auch frei von Bestechung. Einen „Beutezug" im amerikanischen Sinne, aber auch die charakteristischen Formen des neudeutschen „Parteibuchbeamten" gibt es hier nicht, und zwar trotz der starken Ausdehnung der Wählbarkeit der Beamten.

Entsprechend diesem wohlausgeklügelten System der Machtverteilung mit den beständigen Gegengewichten und überall angebrachten Kontrollen ist auch der politische Stil der Schweiz.

Politik bedeutet für die Schweizer fast niemals Durchsetzung einer staatstheoretischen Idee, und sei sie an sich noch so wertvoll, sondern allein praktisch nüchternes Abwägen der Nachteile und Vorzüge einer Einzelmaßnahme vom Standpunkt des Gesamtwohls seines Vaterlandes aus. Rednerische Brillanz und Phantasie, große dramatische Gesten, politische Leidenschaftsausbrüche, spontane Beifalls- und Mißfallensbezeugungen, gar Obstruktionsversuche fehlen hier im politischen Leben fast ganz, eben weil man das professionale Element des Parteipolitikers grundsätzlich ablehnt. Eine gewisse rustikale Nüchternheit und rationell kaufmännische Zweckmäßigkeit bleiben charakteristisch für die Schweizer Politiker: Es sind solide, überlegsame, langsam handelnde Männer, nicht ohne Schlauheit, mit vorbildlich einfacher Lebensführung, und vor allem mit Bewährung in einem angesehenen bürgerlichen Berufe, etwa des Anwalts oder des Hoteliers, typische Vertreter der oberen Mittelklasse ihres Landes. In fast allen politischen Körperschaften des Landes herrscht die Atmosphäre gegenseitiger

Achtung und kollegialen Vertrauens; Intriganten würden der allgemeinen Verachtung verfallen. Diese stille Zensur der öffentlichen Meinung ist überhaupt einer der stärksten politischen Faktoren in der Schweiz. In diesen kleinen überschaubaren Verhältnissen, wo ein jeder den anderen kennt, vor allem seine Handlungen und Geldausgaben bis ins einzelnste kontrolliert, erweist er sich von allergrößter Tragweite. Die Verwaltung ist sparsam und tüchtig, wenn auch infolge der grundsätzlich gering bemessenen Gehälter aller Beamten nicht immer mit erster Fachkompetenz gerechnet werden kann. Das gleiche Bild gilt von der Justiz: Ehrlich, billig, volkstümlich und reinlich, der übliche Zug zur gutbürgerlichen Solidität und Anständigkeit. Alles in allem: Bisher ein durchaus gesundes Staatswesen von seltener Gradlinigkeit und innerer Festigkeit trotz der schwierigen Bedingungen seiner Staatsbildung.

Bei diesem merkwürdigen Staatsgebilde, ruhend auf seiner volkstümlichen *Wehrhaftigkeit* und der *systematisch ausgebauten demokratischen Kontrolle*, ist entscheidend für die Zukunft, ob es gelingt, das *Ethos der staatsbürgerlichen Pflichterfüllung im Volksempfinden* offenzuhalten. So erklärt sich auch der pädagogische Zug, der durch das gesamte Schweizer staatliche Leben hindurchgeht von der Landgemeinde an bis zum Bundesrat hinauf. Es entspricht eben einer höchsten Staatsnotwendigkeit, wenn man versucht, das einzelne Beispiel der Pflichterfüllung im Dienste des Staatsgedankens nachahmenswert, schulend, mäßigend, anspornend, befeuernd hinzustellen. Das ganze Naturell des Schweizers hat daher auch in allem etwas biedermännisch Belehrendes, etwas freundlich Darlegendes, kurz etwas Lehrhaftes, Schulmeisterndes in bestem Sinne. Es ist durchaus nicht Zufall, daß von der Schweiz vielfach zentrale pädagogische Wirkungen ausgegangen sind. Männer wie Heinrich Pestalozzi, Jeremias Gotthelf, Gottfried Keller, Ernst Zahn, J. C. Heer, wollen in erster Linie als Bildner und Pfleger der Verantwortlichkeitsgefühle für Heimat und Staat gewertet werden, kurz als Volkserzieher in des Wortes wörtlichster Bedeutung; daß sie dann zugleich den Ruhm großer und volkstümlicher Schriftsteller besitzen, ist Schweizer Eigenart. Der alten aristotelischen Forderung, daß Demokratie nur durch Tugend erträglich ist, der Wahrheit des Wortspiels: Démocratie, c'est démopédie, wird in keinem Staatswesen so ernst nachgelebt wie in der Schweiz. Ohne hohen Stand der Volksmoral, vor allem ohne allgemein übereinstimmende Auffassung hinsichtlich der Pflichten jedes einzelnen gegen das Gemeinwesen muß der Schweizer Staat sehr bald, sowohl aus inneren Zwangsläufigkeiten wie aus außenpolitischen Notwendigkeiten heraus, notwendig auseinanderfallen. Was der unbeschwerte Fremde so gern als pharisäisches und äußerliches

Tugendbanausentum in der Schweiz geißelt, ist also durchaus recht verstandene Staatsnotwendigkeit, und schon deswegen berechtigt, weil nur so die wesentliche Stabilität erzeugt wird, die das Auf und Ab, das Hin und Her der an sich zwar starken, aber doch sehr unsicheren und ewig wechselnden Gefühlswelten nicht garantiert.

Angehörige reiner Nationalstaaten, etwa der Reichsdeutsche, der Italiener oder gar der Franzose wissen kaum die Schwierigkeiten richtig zu werten, mit denen Völkerschaftsstaaten oder gar Völkersplitterstaaten zu ringen haben, um die gefühlsmäßige Einheitlichkeit möglichst vieler Staatsbürger sicherzustellen, die als lebensnotwendige Grundlage bei entscheidenden politischen Entschlüssen oder gemeinsamem Handeln bei Staatskrisen notwendig ist. Einheit der Sprache und Einheit der Kultur bleibt in den seelischen Gefilden der nationalen Gefühlswelten immer die größte natürliche Kraftquelle für den Staat. Dieses spontan und elementar wirkende Nationalgefühl aber müssen alle Völkerschaftsstaaten als natürliche Unterlage ihrer ideenmäßigen Staatseinheit entbehren. Im Gegenteil, sie kommen nicht um die Zwangslage herum, diese Einheitlichkeit des politischen Denkens erheblich mühsamer, indirekter, gewissermaßen als Surrogat auf dem Umwege über rein verstandesmäßige Vorstellungen und Einsichten zu schaffen. Auch der Schweiz ist nicht möglich, unmittelbar an ein Schweizer Nationalgefühl zu appellieren, ihr bleibt eben nichts anderes übrig, als sich auf die wesentlich verstandesmäßigen, nüchternen Staatsüberlegungen und das staatsbürgerliche Pflichtbewußtsein ihrer Bürger zu stützen. Während das Nationalgefühl gleichsam wie eine Quelle, freispringend hervorsprudelt, ist das politische Pflichtbewußtsein ein Produkt mühsamer, jahrhundertelanger Erziehungsarbeit. Und diese hat die Schweiz geleistet, auf ihr allein beruht ihr staatliches Dasein, aber dies ist niemals übertragbar. Hundertjährige Bäume verpflanzt nur ein Tor.

*

Film als Kunst?

von Kurt Busse

Für die Produktion hat die Frage, ob ein Film künstlerisch ist, ein Interesse, weil das Steuernachlässe mit sich bringt; ob er „Kunst" ist, wird ihr gleichgültig sein, höchstens beunruhigend, weil damit die Aussichten schlechter werden, mit ihm gute Geschäfte zu machen. „Kunst" ist entweder gar nicht oder wenn, dann nur auf sehr lange Sicht ein gutes Geschäft — und der Film kann nicht warten, weil seine Pro-

duktionskosten zu hoch sind. Wir hätten heute keine Feuerbachs und keine Thomas' und keine Cézannes, wenn ihre Bilder herzustellen 20 000 RM. gekostet hätten, selbst wenn sie heut das Doppelte „wert" sind. Aber einige Anton v. Werners und Pilotys hätten wir trotzdem. Wen interessiert die Frage, ob Filmkunst möglich sei? Das Publikum kaum, die Produzenten sicher nicht, — also die Kritiker[1]) und einige Regisseure[2]), weil es ihnen schmeichelt, zu wissen, daß ihr Geschäft und ihre Liebhaberei an dem unbestrittenen Wert teilhaben, den unsere zweifelsüchtige Zeit der Kunst zubilligt. Ihre Antwort auf die Frage ist nicht wichtig; denn sie wußten schon vor ihrer Untersuchung, daß sie mit überzeugtem Ja antworten würden — aber ihre Untersuchungen sind aufschlußreich für Art, Möglichkeiten, Mittel und Grenzen des Films, und dies Thema ist interessant für einen sehr großen Kreis von besinnlichen Menschen.

Mit dem Kritiker und dem Regisseur also hat der einfache Zuschauer sich auseinanderzusetzen. Ihren fast leidenschaftlichen Willen zum Film-Kunstwerk wird er schwerlich teilen. Er will ja keine Kunst, wenn er ins Kino geht, sondern — ? Diese Antwort suchen wir bei den Strenggläubigen des Films vergeblich. Damit verderben sie die Lebenswahrheit ihrer Zeichnung. Sie sagen zu wenig von dem, was der Film ist, und zuviel von dem, was er sein sollte und im besten Fall sein könnte. Vor allem gilt das von Arnheim, dessen Buch im einzelnen sehr anregend und belehrend ist. Aber statt vom Ganzen des wirklichen Phänomens auszugehen und von dort aus das einzelne zu meistern, fängt er von den Mitteln und noch enger von den optischen Mitteln des Films zur Aussage und zum Ausdruck an und verliert sich im Gestrüpp ihrer Details. Mit zuviel Aufwand von Kenntnissen und Gründen beweist er, daß der Film alles andere als Abklatsch der Wirklichkeit sei, daß trotz der von ihm benötigten Illusion der Wirklichkeit seine „Wirklichkeit" freie zweckvolle sinnvolle Gestaltung sei, und zwar Gestaltung durch optische Mittel, wie Einstellung, Beleuchtung, Bildgliederung, Bildeinfälle, Großaufnahmen, Kontraste, Montage, Ueberblendung usw. usw.

Aber daß der Film kein Spiegel, sondern Formung der Wirklichkeit sei, hätten wir ihm aufs Wort hin geglaubt, auch ohne soviel Fachkenntnisse, die uns Zuschauer mehr verwirren als aufklären.

Und der eigentliche Zweck dieser für den Fachmann gewiß sehr aufschlußreichen Erörterungen, der optischen Grammatik und Metrik sozusagen des Films, wird dabei offensichtlich verfehlt, nämlich der Beweis, daß der Film deshalb Kunst

[1]) R. Arnheim, Film als Kunst, Rowohlt 1932.
[2]) B. Balazs, Der Geist des Films, W. Knapp, Halle 1930.

sei, weil er die Möglichkeit freier Gestaltung bietet. Was Arnheim vom Filmbild sagt, gilt mindestens so gut vom Foto. Und trotzdem hat die Entwicklung dreier Generationen bewiesen, daß ein Foto kein Kunstwerk sein kann. Praktisch bewiesen, was auch die Theorie sagen mag. Es gibt trotz der Millionen-Zahl von Fotos keins, das den Rang eines wirklichen Kunstwerkes beanspruchen kann. Am nächsten kommen ihm wohl die ganz frühen englischen Fotos von David Octavio Hill. Aber diese Fotobildnisse sind Kunstwerke, weil sie ein Maler gemacht hat mit einem noch unvollkommenen technischen Gerät. Die lange Belichtungsdauer, die Ausdruckskraft dieser Gesichter einer kultivierten Zeit, die Kunst der Einstellung des Aufnehmenden haben zuwege gebracht, daß der Anteil des technischen Gerätes klein genug wurde, um ein Kunstwerk noch möglich zu machen.

Es ist auffallend, aber sehr lehrreich, daß der moderne Mensch, wie Arnheim, so vorbeisieht an der Gefahr und Last des technischen Apparates für das künstlerische Schaffen. Er sagt selbst, daß der eigentliche Filmkünstler nicht der Autor sei, sondern der Regisseur, aber er sagt auch, daß der „eigentliche" Künstler sogar der Kameramann sei. Er müsse mit Hilfe seiner Kenntnisse und seines Könnens verwirklichen, was der Regisseur ihm sage! Er wundert sich, daß Regisseure, die ihre Filme selber dichten, so selten seien. Aber woher sollen denn die Menschen kommen, die optische Phantasie genug besitzen, um einen Film bildlich zu meistern und gestalterische Phantasie genug, um ihn als Geschichte und Menschenschicksal zu meistern, akustische Phantasie genug, ihn tonlich zu meistern und dazu technische Phantasie genug, um diesen Riesenapparat praktisch zu meistern!? Es gibt schon wenig genug Musiker, die ihre Opern selber dichten, und wenn sie gar noch die Regie führen sollten — — Wenn Richard Wagner dies alles konnte, so hieße es doch die Oper aufgeben, wenn solche Leistung eine conditio sine qua non ihres Bestandes und Wertes wäre.

Wenn Arnheim, und Balazs steht hier ganz zu ihm, wenn sie recht hätten, stünde es nicht gut um die Filmkunst. Doch sie haben nicht recht. Ihre Grundthese ist sicher falsch, ihre These, daß der Film ein optisches (Kunst)werk sei. Das Bild ist ihnen nicht Mittel, sondern Zweck. „Nicht in der Begebenheit, sondern in der Erscheinung" suche der Film seinen Stoff. Das widerspricht zwar offensichtlich dem, was der Film heut in Wirklichkeit gibt und geben will und geben soll, aber die Kritiker schwimmen halt gegen den Strom.

Was wollen die Menschen vom Film? Bilder? — Nein, sondern Geschichten! Geschichten, in denen sie Ersatz finden für das, was das Leben ihnen vorenthält: Abenteuer — Liebe — Schönheit — Reichtum — Gerechtigkeit. Eine Welt, wie sie sein sollte: Himmel — Erde — Hölle. Das läßt sich aber nicht

darstellen als Bild, sondern nur als Drama, als sinnvolle Folge von Geschehnissen, als Schicksalsweg von Menschen wandernd vom Himmel durch die Welt zur Hölle oder auch umgekehrt. Der Film hat mit dem Bild nicht soviel zu schaffen wie mit der Bühne und vor allem mit dem Roman. Arnheim kommt aus seiner Einstellung her — logisch — zu einer gewissen Mißachtung des Schauspielers. „Wenn die Gestaltungsmittel des Manuskripts und der Kamera den Schauspieler immer stärker entlasten, wird schließlich der Mensch, als ein Requisit unter Requisiten, ebenso wie eine Kaffeekanne oder ein Hund nichts weiter beizusteuern brauchen als sein bloßes Aussehen und Dasein; und daß für diesen Zweck ‚echte' Typen besser sind als markierte — darüber besteht kein Zweifel." Eins folgt aus dem andern. Wurzelt der Film im Optischen, so muß der Schauspieler letztlich Figurine werden, wurzelt er dagegen im Dramatischen, so muß der Schauspieler letztlich seine stärkste Kraft werden. Tut er das aber, wie es meine Ueberzeugung ist, so verliert die große Schwierigkeit der Ueberlastung durch den technischen Apparat für die lebendige Entwicklung des Films an Gefahr. Arnheim überdeckt die Schwierigkeit, die für seine These der Tonfilm bietet, der ja — und wir erinnern uns noch der trüben Prophezeiungen damals für den Film — die reine Optik des Films irgendwie wesentlich beeinflußte. Arnheim sagt mit Recht, es gäbe keinen Tonfilm als Ding sui generis neben dem stummen Film. Es gäbe nur den „Film". Die Vorherrschaft des Optischen sei durch den Ton nicht gebrochen worden. Richtig — es gibt nur den „Film", weil seine Aufgabe, Geschichten zu erzählen, durch den Ton und das Wort nicht gewandelt wurde. Seine Ausdrucksmittel wurden reicher unter mancherlei Verlusten rein optischer Wirkungen, sein Wesen berührte es nicht.

Die Sachverständigen übersehen beide, wie rasch der Film am Ende seines Lateins wäre, wenn er sich auf die optischen Wirkungen verlassen müßte. Gewiß lassen sich schöne Wirkungen erzielen durch die Künste der Kamera: Gitter zwischen Menschen zu legen; Gewehre in Großaufnahme ohne Soldaten dazu; Beine in Marschtritt vom Bildrand abgeschnitten; das Nahe ganz groß, das Ferne ganz klein; ein Gesicht drohend von oben überhängend; eine Treppe endlos hinab in die Tiefe steigend; den Lichtstrahl suchend, irrend, fragend... aber wie oft lassen sich solche Wirkungen erzielen, wie rasch mindert Wiederholung ihren Ausdruckswert. Hier fließt kein Quell, aus dem immer wieder aufs neue zu schöpfen wäre. Auch die Gesten der Natur sind begrenzt und Gesten lassen sich nicht willkürlich bilden, weil Allgemeinverständlichkeit ihre Grundbedingung ist. Der Film muß aus dem unerschöpflichen Reichtum leben, den die Beziehungen und Schicksalsverknüpfungen der Menschen darstellen. Zwölf Typen schon lassen eine

große Zahl von interessanten Verknüpfungen zu. Welche Fülle ergibt die Möglichkeit, die Typen zu vermehren und gar die Typen in sich ins Individuelle abzuwandeln. Geschichten lassen sich erzählen ohne Ende, schon weil das Leben im Wandel der Typen und ihrem stets neuen Durcheinander immer aufs neue frischen Urstoff schafft. Arnheims Ablehnung der „Dichter" ist darum sehr falsch. Natürlich ist es ein sehr großer Unterschied, eine Geschichte zu erzählen mit der gedanklichen Bilder- und Gestaltenwelt des Wortes, und es zu tun mit den optisch-akustischen Wirklichkeiten des Films. Aber die Hauptsache, das Erfinden von Fabel und Gestalt, ist der gleiche schöpferische Vorgang, und was not tut, ist deshalb „nur", daß die Geschichtenerzähler sich mit den Aussagemitteln des Films vertraut machen. Freilich ist das leichter gesagt als getan. Denn dazu gehört technische Erfahrung. Von der Filmindustrie — und ihren Regisseuren — ist wohl wenig Hilfe zu erwarten, viel mehr erwarte ich von dem Schmalfilm, der jetzt von der Industrie den Amateuren in die Hand gegeben wird. Mit ihm kann der „Autor" die Hand schulen und das Machen lernen. Zu schöpferischer Arbeit ist die gewerbliche Filmproduktion nicht zu gebrauchen. Auch die Entwicklung der Fotografie ist eindeutig von den Amateuren bestimmt worden. Ob jemand Talent hat zum Filmdichten läßt sich nur erproben — aber die modernen Filmateliers sind dazu zu teuer. Freilich ist der Schmalfilm vorläufig stumm. Gewiß eine Beschränkung, doch ist sie, wie wir sahen, nicht entscheidend.

Und wie löst sich von hier aus die Frage der „Kunst"? Aber warum überhaupt *diese* Frage stellen? Daß Kunst da ist, ist für ein Volk, für die Menschheit ungeheuer wichtig. Wo, von wem und wie sie gemacht wird, ist dagegen ziemlich gleichgültig. Wenn sich mit den Gestaltungsmitteln des Films Kunst schaffen läßt, soll sie willkommen sein; daß sie gerade hiermit geschaffen wird, wäre nicht nötig und ist — recht unwahrscheinlich. Unwahrscheinlich, ja fast unmöglich, einfach, weil der Apparat, mit dem der schaffende Wille sich ausdrücken muß, viel zu schwerfällig ist. Wie sollte ein Maler zeichnen mit einem Bleistift, der zwei Meter lang und zwanzig Pfund schwer ist? Mag sein, daß hie und da im vom Zufall begnadeten Moment ein paar Meter gelingen, die ein reines Kunstwerk sind, für den Film als Gesamterscheinung hat das nichts zu sagen. Das breitere Publikum, an das er sich wendet, hat sowieso keine direkte Beziehung zur Kunst. Verwirren wir darum mit Theorie und falschem Ehrgeiz nicht die Aufgaben des Tages.

Worauf es ankommt, wäre, die Geschichte, die ein Film jeweilig erzählt, so gut, so wirksam, so beziehungsreich und sinnvoll wie möglich zu erzählen, das andere möge man getrost den Kritikern und Kollegen überlassen. Aber gerade an

der Kunst der Erzählung fehlt es heute sehr. Selbst Charlie Chaplin sündigt noch gegen die Grundregeln der Erzählungskunst, wenn er in seinen „Citylights" die Fabel des reichen Mannes mit dem Doppelgesicht des hartherzigen Sozialwesens und des gutmütigen Menschen so unausgereift nur als Erzählungsbehelf vertut; und ein so schöner Film wie „Die Drei-Groschen-Oper", schön auch als Film, verdirbt seine Geschichte durch die eingehängte Zeitsatire auf die Bankiers, die die menschliche Würde der Gestalten so tief und sinnlos preisgibt; und „Der blaue Engel" bricht auseinander im Versuch, zwei ganz getrennte Motivreihen — der bösartige Pedant, dem die listige Natur ein Bein stellt, und der Kleinbürger, den die dämonische Natur verlockt und zerschellt — zu verknüpfen, und ohne die einzigartige darstellerische Leistung der Marlene Dietrich wäre er an dieser schlechten Erzählung wahrscheinlich gescheitert. Das sind die guten Filme, von den geringen wollen wir ganz schweigen. Die Fehler der schlechten Erzählung ließen sich ohne große Schwierigkeit vermeiden, wenn die Regisseure mehr davon verständen. Es ist sehr schade, daß Arnheims kluges Buch, von Balazs ganz zu schweigen, der noch einseitiger ist, sich damit so gut wie gar nicht befaßt, von seinem Standpunkt freilich zu Recht. Die öffentliche Filmkritik ist, wie alle öffentliche Kritik, viel zu summarisch, um helfen zu können. Es wäre gewiß lohnend, dem Filmhersteller nicht nur zu sagen, daß sein Film schlecht ist, sondern auch, wie er hätte besser gemacht werden können, werden müssen. Aber das gilt vom Theater und vom Roman ja nicht minder. Und wer sollte die Zeit und Kraft anwenden, die solche mitschaffende Kritik beanspruchte? So wollen wir warten, bis ein kritischer Kopf sich die Mühe macht, eine praktische Aesthetik des Films zu schreiben vom Zentrum seines Wesens aus statt von der Peripherie seiner Mittel her.

*

Charles Prestwich Scott

von Karl Federn

„Die Kritik ist frei, Tatsachen sind heilig." C. P. Scott.

Am ersten Tag dieses Jahres starb in England Charles Prestwich Scott, den Baldwin, der Führer seiner Gegner, der englischen Konservativen, den größten lebenden Journalisten genannt hat. Als er vor zweieinhalb Jahren von seiner Stellung als Leiter des „Manchester Guardian" zurücktrat, telegrafierte der König sein Bedauern, und beide Erzbischöfe, der von Canterbury und der von York, predigten über

das Ereignis. Die Laufbahn solch eines Mannes muß alle, die über die Rolle der Presse in unserer Zeit nachdenken, interessieren.

Mehrere Mitarbeiter des Blattes, das er durch sechzig Jahre geleitet, haben eine kurze Biographie mit vielen Porträts des Verstorbenen herausgegeben. Das ernste Gesicht des jungen Mannes mit dem Backenbart erscheint uns heute wie stilisiert. Die Bilder des alten Herrn aus unserer Zeit erzwingen Zuneigung und Vertrauen. Die schönen Züge erinnern an die eines großen Mannes, den wir vor zwei Jahren verloren, Hans Delbrücks, des langjährigen Herausgebers der „Preußischen Jahrbücher"; und bei aller Verschiedenheit der Anlagen und des Werks, muß eine gewisse innere Aehnlichkeit da sein: das unbedingte Vertrauen in die Lauterkeit ihres Charakters gab beiden, neben der geistigen Bedeutung, die ungewöhnliche Stellung, die jeder in seinem Land einnahm.

Charles Prestwich Scott ward am 26. Oktober 1846 zu Bath als Sohn eines vermögenden Kaufmannes geboren, dessen Schwester mit dem Begründer des „Manchester Guardian", John Edward Taylor, verheiratet war. Sie waren Unitarier, und um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts hatten Mitglieder der nicht anerkannten englischen Kirchen in den Städten kein Bürgerrecht, wurden zu öffentlichen Schulen und Universitäten nicht zugelassen, waren im Verkehr vielfach auf ihre Glaubensgenossen angewiesen. Das änderte sich damals, dennoch wurde der junge Scott in Oxford nicht ohne Schwierigkeiten immatrikuliert.

Nach Vollendung seiner Studien war er ein Jahr Redakteur in Edinburgh, trat dann 1870 in den Stab des „Manchester Guardian" ein und wurde 1872, fünfundzwanzig Jahre alt, Chefredakteur. Zwei Jahre später heiratete er Rachel Susan Cook, eine schöne und bedeutende Frau; ihr Vater war Professor der Kirchengeschichte an der Universität von St. Andrews.

Das war um die Mitte der Viktorianischen Aera. Die ungewöhnlich lange Dauer der Regierung der Königin Viktoria hat, ähnlich wie die Kaiser Franz Josephs in Oesterreich, Epochen verbunden, die man kaum mehr als eine einzige bezeichnen kann. Ihre Regierung beginnt im Vormärz, sie führt über die europäische Revolution von 1848 durch die bürgerliche Zeit über die deutsche Reichsgründung zur imperialistischen Zeit und dem Burenkrieg. Sie reichte aus der Zeit, da Frankreich der Erbfeind war, über die Rivalität mit Rußland bis zur Gründung der Entente cordiale, aus der Zeit, da England noch von seiner Aristokratie regiert wurde, und jedes Kabinett zur Hälfte aus Peers bestehen mußte, bis zum Aufstieg der Arbeiterpartei. Freilich ging die Entwickelung in England, wie immer, abseits und anders als auf dem Festland vor sich. Als Scott seine Zeitung übernahm, wechselten noch

die beiden alten historischen Parteien in der Regierung ab; zwar nannten sich die Whigs seit der Wahlreform von 1832 Liberale, und sie hatten mit einer starken radikalen Unterströmung zu rechenen; aber ihr Haupt war Gladstone, uralte, geheiligte Traditionen herrschten, es war, wie ein Mitglied sich ausdrückte, „fast mehr eine Kirche als eine Partei". Im Jahre 1846 geboren, in dem Cobden und die Manchestermänner mit der Abschaffung der Kornzölle die Demokratisierung Englands begannen, war Scott zweifellos von der radikalen und pazifistischen Strömung stark beeinflußt; aber sein Radikalismus war Gesinnung, nicht, wie bei den meisten, Temperament. Sein Wesen war Mäßigung und Sinn für Gerechtigkeit. Englische und amerikanische Autoren pflegen, was heute in Deutschland Demokratie und demokratisch ist, diesem Viktorianischen Radikalismus zu vergleichen, nicht ganz mit Unrecht und nicht ganz mit Recht; es wird zum Teil bei uns tatsächlich heute um das gekämpft, um was jene englischen Radikalen kämpften.

Als Chefredakteur bemühte Scott sich zunächst, bedeutende literarische Mitarbeiter für sein Blatt zu gewinnen, und war so wenig radikal, daß er, obwohl selbst durchaus Politiker, nach ihren politischen Ansichten sein Leben lang nicht fragte. Er war zweifellos ein geistiger Mensch, obwohl Literatur und Kunst bei ihm in zweiter Linie kamen. Er ging selten ins Theater, beinahe nie in ein Konzert; er interessierte sich für Malerei, vielleicht weil er mit Ford Madox Brown befreundet war; aber seine Geistigkeit offenbarte sich darin, daß er seine literarischen und kritischen Mitarbeiter wohl zu wählen verstand und sie vollkommen frei und unbeeinflußt ließ.

Sein Gebiet war die Politik, und 1886 trat er als liberaler Kandidat fürs Unterhaus auf, wurde aber nicht gewählt. In diesem Jahr flammten die Zeichen einer neuen Zeit auf: Gladstone entschied sich für Homerule und spaltete damit die Partei: Joe Chamberlain, selbst ein Radikaler, der alte Manchestermann John Bright, vor allem aber viele ihrer adligen Mitglieder, die Herzoge von Argyll und von Westminster, Lord Hartington, Lord Derby und andere, gingen ihr verloren. Im selben Jahr brach der große Werftarbeiterstreik aus; und in beiden Fällen trat Scott im „Manchester Guardian" für das ein, wofür seine Abonnenten nicht waren, für die Iren wie für die streikenden Arbeiter. Im Jahr 1891 kandidierte er abermals und fiel wieder durch; erst 1895 wurde er gewählt. Gladstone war schon zwei Jahre vorher von seinem eigenen Kabinett zum Rücktritt gezwungen worden, durch die Wahlen von 1895 stürzte das Ministerium seines Nachfolgers, Lord Roseberys, und die konservative Partei kam für zehn Jahre zur Regierung. Genau so lange blieb Scott Mitglied des Unterhauses und gehörte in dieser Zeit fast immer „zu einer Minorität innerhalb einer Minorität". Denn er trat ohne Rücksicht

auf Parteischlagworte stets für das ein, was er für recht hielt, und war immer dafür, die Gründe des Gegners zu hören, zu prüfen, und ihm, soweit es ging, entgegenzukommen. Das war bei ihm nicht Schwäche, sondern vollkommene Sachlichkeit; Kompromisse in der Ueberzeugung kannte er nicht. Im selben Jahr, in dem er gewählt wurde, kündigte die neue Zeit sich noch schärfer an: der von Beaconsfield in den siebziger Jahren begründete englische Imperialismus brach durch und gab mit Jamesons Einfall im Transvaal ein Feuerzeichen. Die Meinungen in England waren scharf geteilt. Vier Jahre später brach der Burenkrieg aus, und Scott nahm für die Buren Partei. Die Folge hat ihm rechtgegeben. Die Angliederung der beiden Republiken an die Kapkolonie und die anderen englischen Gebiete hat den Holländern die Mehrheit gebracht, und heute droht die Loslösung der südafrikanischen Union vom Empire; die rein kommerziellen und militärischen Gesichtspunkte, von denen die englische Burenpolitik ausging, haben sich, wie so oft, als falsch erwiesen. Damals war dies auszusprechen gefährlich. Aber nicht die Flut von Drohbriefen und Absagen, die Scott erhielt, nicht die Polizeiketten, die die Redaktion des „Manchester Guardian" schützen mußten, nicht die Menge, die sie heulend bedrohte, machten Eindruck auf ihn. Er war, was man in England „mengenblind" nennt, hatte keine Empfindung für persönliche Gefahr; das wütendste Geschrei einer Versammlung schüchterte ihn nicht ein. Dabei war er durchaus kein Fanatiker, auch kein glänzender oder hinreißender Redner; er sprach stockend, die Gedanken beim Reden ausarbeitend, aber der Ernst seiner Ueberzeugung und die zwingende Logik seiner Begründungen schufen ihm Erfolg. Auch als Journalist schrieb er keine glänzenden geistreich-farbigen Artikel, aber immer klar durchdacht, kenntnisreich und mit vollkommener Redlichkeit. „Scott hat die anständige Schreibweise lesbar gemacht", sagte Lord Robert Cecil von ihm. Auch sein menschlich gütiges Wesen, seine gleichmäßige ruhige Höflichkeit gegen jedermann nahm für ihn ein. Um Popularität war es ihm nicht zu tun, und Geldinteressen kamen für ihn stets in zweiter Linie: während das gebildete Bürgertum in Lancashire, dessen Organ sein Blatt war, sich immer mehr nach rechts entwickelte, ging der „Manchester Guardian" unter seiner Leitung immer mehr nach links.

Mit Sorge sah er im zwanzigsten Jahrhundert die wachsenden Rüstungen, die Entfremdung zwischen England und Deutschland, die Umwandlung der Entente in ein Bündnis. Die großen Hoffnungen und Illusionen der bürgerlichen Zeit gingen in die Brüche; der Mensch ist immer geneigt, die kurzen Erfahrungen der eigenen Zeit gradlinig in die Zukunft fortgesetzt zu denken; Henry Buckle hatte die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Zeit der Kriege vorbei sei, als die Welt

in nie gesehenem Maße unter Waffen trat. In diese geistigen Strömungen, diese Hoffnungen war Scotts Entwickelung gefallen; was er im Alter erlebte, muß ihm Enttäuschung bedeutet haben; denn es war alles anders gekommen, als die geistigen Führer des Bürgertums im neunzehnten Jahrhundert gedacht hatten. Der Ausbruch des Weltkriegs traf ihn schwer. Aber der Einmarsch in Belgien wirkte auf ihn, wie er auf so viele Millionen andere gewirkt hat; es ließ ihn den Krieg wenn auch mit Schmerz, bejahen, und er arbeitete von da an für den Sieg der Entente; für den Sieg, aber nie für den Haß. Er war fast siebzig Jahre alt, und die beiden letzten Jahrzehnte seines Lebens wurden seine arbeitsreichsten. Jetzt erst begann er regelmäßig die Leitartikel im „Manchester Guardian" zu schreiben und ersetzte auch viele der eingezogenen Redakteure des Blattes. Solange der Krieg währte, arbeitete er in beständiger Fühlung mit der Regierung, beim Friedensschluß bemühte er sich mit Lord Robert Cecil und General Smuts um Mäßigung der Bedingungen. Das tat er wohl vergeblich, aber sein Einfluß wuchs mehr und mehr. Lloyd George zog ihn bei der Lösung der irischen Frage zu Rate. Als Ramsay MacDonald, mit dem er persönlich befreundet war, sein erstes Ministerium bildete, trat Scott für ein Zusammengehen der Liberalen mit der Arbeiterpartei ein. „Beide Parteien", sagte er, „sind für den Frieden, beiden geht Macht nicht vor Recht, und sie umfassen auch andere Völker mit freundlichen Gefühlen, beide kämpfen für soziale Gerechtigkeit und fordern den Schutz der wirtschaftlich Schwachen; was sie trennt, das ist die Politik der Gewerkschaften, die gar nicht wirklich sozialistisch ist, und das Klassengefühl, das die Liberalen ablehnen; beide Parteien können eine weite Strecke zusammengehen." Es ist, wie man weiß, nicht dazu gekommen, und die Arbeiterpartei blieb nicht lange an der Regierung. Als 1926 der Generalstreik ausbrach, bemühte Scott sich, wie immer und überall, um eine friedliche Lösung, die ja auch gelang. Und immer ist in diesen Jahren der „Manchester Guardian" für eine vernünftige und verständnisvolle Politik gegenüber Deutschland eingetreten.

Durch den Tod seines Vetters John Edward Taylor war er schon im Jahr 1905 Alleineigentümer des Blattes geworden. Damals war die Konkurrenz einer neuen Art von Zeitungen aufgekommen: Alfred C. Harmsworth, der spätere Lord Northcliffe, begann — ich zitiere A. G. Gardiner — „frei von jeder Gesinnung durch keinerlei Grundsätze behindert, mit dem einzigen Ziel des materiellen Erfolges" seine außerordentliche Laufbahn. Mit dieser Presse konkurrieren, mit Schlagworten auf die Unwissenheit der Leser spekulieren, die Gefühle der Massen aufzupeitschen, das, sagte Scott, wäre ihm ebenso erschienen, „als wenn er von den Einkünften eines Bordells hätte leben sollen".

Seine eigene Auffassung des Berufs hatte er in den Worten ausgesprochen: „Die Leitung eines Blattes erfordert Ehrlichkeit, Sauberkeit, Mut, Loyalität sowie Pflichtgefühl gegen die Leser und das gemeine Wohl. Der Besitz einer Zeitung gewährt eine Art Monopol, und es gilt, den Versuchungen, die ein Monopol bringt, nicht zu erliegen. Weder durch die Nachrichten, die die Zeitung bringt, noch durch die, die sie nicht bringt, darf die Wahrheit leiden. Die Kritik ist frei, die Tatsachen sind heilig. Propaganda durch Lügen ist niederträchtig, und der Gegner wie der Freund hat ein Recht, gehört zu werden.“ Hatte er nicht den gleichen materiellen Erfolg wie andere, lebte er bis zuletzt in seinem einfachen Landhaus in Fallowfield, von dem man den weißhaarigen alten Herrn bis in sein achtzigstes Jahr auf dem Fahrrad durch die belebten Straßen nach Manchester hinein und des Nachts mit seiner bescheidenen Laterne wieder zurückfahren sah — die Ehre blieb nicht aus. Im Mai 1925 fand die hundertjährige Gründungsfeier des „Manchester Guardian“ statt. Alle konservativen Zeitungen, alle Führer der Tories feierten den „loyalen Gegner“. In der Festversammlung übernahm Lord Derby den Vorsitz mit den Worten: „Er habe zwar nie das Glück gehabt, mit Herrn Scott auf politischem Gebiet übereinstimmen zu können, aber er betrachte es als eine hohe Ehre, hier den Vorsitz zu führen.“ Schon vier Jahre vorher war Scott Ehrendoktor der Viktoria-Universität in Manchester geworden, und an seinem achtzigsten Geburtstag stellte die Stadt seine Büste im Rathaus auf. Unter seinen Freunden und Mitarbeitern hatte der Tod aufgeräumt; schon 1905 war nach langem Leiden seine Frau gestorben, drei Jahre später sein ältester Sohn, Lawrence Scott, der sein Mitredakteur gewesen war; 1929 starb sein Schwiegersohn C. T. Montagne, früher gleichfalls einer seiner wichtigsten Mitarbeiter, und kurz nach ihm T. L. Hobhouse, sein Mitkämpfer gegen die Burenpolitik, der auch in leitender Stellung im Blatte tätig war. Er selbst arbeitete noch mit ungebrochener Kraft. Es kam vor, daß er abends, wenn die Redaktionsgeschäfte erledigt waren, den Nachtzug nach London nahm, am nächsten Morgen mit Lloyd George frühstückte, dann eine längere Unterredung mit dem gerade in London anwesenden Venizelos hatte, mit Lord Robert Cecil zu Mittag aß und sofort wieder nach Manchester zurückfuhr, um den Leitartikel zu schreiben. Bei dem absoluten Vertrauen, das man in ihn und seine Verschwiegenheit setzte, erfuhr er sehr viel, und seine Unterhaltungen mit den verschiedenen Staatsmännern, die er seit 1911 aufzeichnete, werden einst eine wichtige Quelle zur Geschichte unserer Zeit bilden.

Im Juni 1929 wurde die Last ihm endlich zu schwer, und er trat im dreiundachtzigsten Jahr seines Lebens von der Leitung des Blattes zurück, dem seine Persönlichkeit Welt-

geltung verschafft hatte. Im April 1930 ernannte ihn die Stadt Manchester zu ihrem Ehrenbürger. Vor den letzten Weihnachten zog er sich eine Erkältung zu, der er in den ersten Stunden der Neujahrsnacht erlag. Der König, die Minister, der Präsident des Irischen Freistaats — damals noch Mr. Cosgrave —, aus Indien Gandhi telegrafierten ihr Beileid. Die Kathedrale von Manchester, die der hochkirchliche Bischof Dr. Barnes mit bemerkenswertem Freisinn für die Leichenfeier des Unitariers öffnete — so hatten sich die Zeiten geändert —, konnte die Menge nicht fassen. Der Bischof selbst hielt Scott die Grabrede: „Wir bestatten", sagte er, „einen großen Lehrer, einen geliebten Führer, einen wahren Propheten. Freuen wir uns, daß Gott ihn uns gegeben, und beten wir, daß er andere seinesgleichen in unserem Volk aufstehen lassen möge!"

Es ist viel in dieser Laufbahn, was nur in England und bei englischen Zuständen möglich ist, aber das allgemein Menschliche überwiegt. Sie beweist, daß reinster Idealismus mit erfolgreicher Tätigkeit Hand in Hand gehen kann, daß ein Zeitungsunternehmen deshalb nicht scheitern muß, weil es von hohen Gesichtspunkten aus geleitet wird. Etwas scheinbar Aeußerliches fällt auf: Charles Prestwich Scott hat von 1846 bis 1932 gelebt, genau solange wie der englische Freihandel, von dem Jahr, in dem diese Grundlehre der politischen Schule Richard Cobdens sich durchsetzte, bis zu dem Jahr, in dem sie wieder aufgegeben wurde. So wirkt sein Leben wie das Symbol einer Zeit, die heute vorüber ist, deren Anschauungen in ihr Gegenteil abgebogen scheinen — vielleicht wieder nur für eine Zeit.

*

Die Massows

Streifzug durch eine Familiengeschichte

von G. Stecher

Der Wert familiengeschichtlicher Forschung ist gerade in den letzten zehn Jahren gegenüber dem Anbranden eines traditionsfeindlichen Zeitgeistes mit Recht doppelt betont worden. Einst Brauch und Vorrecht adliger Geschlechter, ist sie längst auch in bürgerlichen Familien heimisch geworden; Ludwig Finckh hat sich mit Zuspruch und Beispiel besonders warm dafür eingesetzt. Werden, Wachsen und Gedeihen materiellen und geistigen Familienbesitzes überschauen zu können, erbaut nicht nur die Zugehörigen; die Geschichte jeder wohlgewachsenen und formgewordenen Familie offenbart vielmehr

[1]) Buchdruckerei des Waisenhauses in Halle a. d. Saale. 1931.

einen Teil der in einem Volk überhaupt steckenden Kräfte, beweist, Nacheiferung weckend, die Möglichkeit erhaltender und steigernder Artpflege, spiegelt endlich Epochen der politischen, sozialen und kulturellen Geschichte der Gesamtheit in kleinem, desto bestimmterem Rahmen; je mehr die Familie am öffentlichen Leben teilgenommen hat, desto stärker.

Die jüngst erschienene „Geschichte einer pommerschen Adelsfamilie": „Die Massows"[1], veranschaulicht das in höchstem Maße; kein Historiker Pommerns und Preußens wird an ihr vorübergehen können. Dem geschichtlich interessierten Laien, für den das dickleibige Werk nicht ohne weiteres in gleicher Weise benutzbar sein wird, mag ein Streifzug durch die Masse des wenn noch so wohlgeordneten, dennoch erdrückenden genealogischen und biographischen Materials willkommen sein.

Ein Wort noch zuvor über den Verfasser. Es ist Wilhelm von Massow, der, losgelöst vom alten Grundbesitz, 1893 auch die übliche militärische Laufbahn quittierte, um sich, seiner innersten Neigung entsprechend, als politischer Schriftsteller eine moderne, persönliche Daseinsform zu schaffen. Als Journalist, ausgestattet mit einer vorzüglichen historischen Bildung und ungewöhnlichen Sprachkenntnissen, hat er dem alten Namen seines Hauses auch auf diesem neuen Gebiet einen guten Klang verschafft; vor und nach dem Kriege haben die Leser der „Täglichen Rundschau", der „Grenzboten" — übrigens gelegentlich auch die der „Preußischen Jahrbücher" — seinen klaren politischen Sinn und die Selbständigkeit seiner Auffassung schätzen gelernt. Er gehörte in vorderster Linie zu den Kämpfern des Ostmarkenvereins und suchte der landläufigen und leider auch an den verantwortlichsten Stellen verbreiteten krassen Unkenntnis des polnischen Problems durch Buch und Tagespresse zu steuern — wie bekannt, in tragischer Weise vergeblich. Kurz vor Abschluß der fast dreißigjährigen Nebenarbeit an der Geschichte seines Geschlechtes hat ihn ein Verkehrsunfall jäh aus tätigstem Leben gerissen; sein Sohn, der Archäologe Dr. Wilhelm v. Massow, der ein Hauptverdienst an der Einrichtung des neuen Pergamonmuseums besitzt, hat das Werk pietätvoll im Sinne des Vaters zu Ende gefördert.

*

Ein kurzer Ueberblick. 582 männliche Träger des Namens Massow sind in ihrer Verzweigung über fast sieben Jahrhunderte urkundlich erfaßt und biographisch festgehalten. Wenige unter ihnen, die nicht im Militär- oder Verwaltungsdienst mit der Geschichte Pommerns, Preußens, schließlich Deutschlands eng verflochten wären. Wenige Schlachtorte von geschichtlichem Klang, auf denen nicht ein Massow mitgekämpft, geblutet oder sein Leben gelassen hätte; häufig aber der Fall, wo ein Schlachtfeld mehrere des Geschlechtes zugleich auf seinem Rücken trug,

wo der Bruder, der Vetter, die Leiche des Bruders, des Vetters barg. Acht Massows blieben im Weltkrieg. Als „Miles de Massow" taucht der erste des Namens 1259 im Licht der Geschichte auf, im Zusammenhang mit jener gewaltigen Leistung des Mittelalters, die zur Germanisierung des Ostens führte, und die heute wieder rückläufig zu werden droht. Urdeutsche Ritterkraft, von irgendwo westlich der Elbe als Same in die slawische Ostmark verpflanzt; als Heerführer stehen die Nachkommen des 19. und 20. Jahrhunderts in der preußischen und deutschen Armee: sechs preußische Minister, dreizehn Generale entwachsen dem Hause in neuerer Zeit bis zu Wilhelm II. hin.

Der jeglicher eitlen Verherrlichung seines Hauses tief abholde, schmeichelhaften Legenden gegenüber fast überkritische Verfasser der Familiengeschichte stellt freimütig fest, daß unter den in Heer und Verwaltung hochgestiegenen Massows gleichwohl kein genialer, populär bekanntgewordener Führer sich befunden habe, kein Stein, kein Bismarck, kein Moltke; doppelt recht hat er, prüft man die hervortretenden Einzellebensläufe, demgegenüber auszusprechen, daß sie sich auch nie ehrgeizig in den Vordergrund gedrängt haben, und daß sie durch Charakter ersetzten, was ihnen an überragender Größe, an blendendem Glanz abging: Geradheit, Gediegenheit, Treue, Unbestechlichkeit, Zuverlässigkeit, innere Vornehmheit kennzeichnen in erstaunlicher Stetigkeit des Charaktererbes ihre „stillen und anspruchslosen Dienste".

*

In den glanzvollsten Zeiten des selbständigen Herzogtums Pommern erscheinen die bald von Vorder- nach Hinterpommern übersiedelten Massows als vertraute Ratgeber des fürstlichen Greifenhauses, das stets mit Polen, Dänen und Brandenburgern um seinen Bestand zu ringen hatte. Da ist ein Landvogt von Stolp, Rüdiger v. Massow, der im Unglücksjahr des Deutschen Ordens 1466 einem verheerenden Einbruch polnischer Kriegsbanden in Hinterpommern entschlossen eine schnell zusammengebrachte Schar bürgerlicher und ritterlicher Bewaffneter entgegenwirft, sie in der Gegend von Varzin gänzlich aufreibt und durch einige vornehme Gefangene seinem Herzog ein wirksames Faustpfand für die Verhandlungen des Thorner Friedens in die Hand gibt.

Ein anderer, Hans v. Massow, tritt hervor als treuer Hofmeister der klugen, männlich energischen, von entsprechenden Volkssagen reizvoll umspielten Herzogin Sophie, die Erich II. sich vom dänischen Hof geholt hatte. Sie ist die Mutter des bedeutenden Bogislav X., dessen Jugendgeschichte Paul Heyse in seinem Drama „Hans Lange" verewigt hat. Anders als in der zugkräftige Motive erfindenden Dichtung ist gerade Hans Massow der Mann gewesen, der den Vorschlag des biederen

Bauern Hans Lange, den von der Mutter so hart behandelten jungen Prinzen statt des Pachtzinses in Pflege, Kost und Zucht zu nehmen, entscheidend bei der schwierigen Frau befürwortet hat. So ist ein Massow mit einer der volkstümlichsten Erinnerungen der pommerschen Geschichte nahe verbunden.

Und als der zur Regierung gelangte Zögling Hans Langes im Jahre 1496 sich zu einer mannigfachen politischen Zwecken dienenden Palästinapilgerfahrt entschließt, befiehlt er von zwei Brüdern Massow den einen in den Regentschaftsrat zur Seite der zurückbleibenden Frau, den andern, Thomas v. Massow, nimmt er mit auf die so friedlich gedachte, unerwartet abenteuerlich verlaufende Reise ins Heilige Land. Unfern von Kreta wird das venezianische Schiff, das die hohen Herren nach Palästina bringen soll, von türkischen Seeräubern überfallen. Regen von Wurfgeschossen und Brandpfeilen, Entern und Handgemenge. „Sie hatten nicht sonderlichs an gewehre, ohn allein schwerter. Etliche hatten ihre Matracien durchschnitten, vber das Haupt gezogen vnd vmb sich vor das geschoß gebunden. Auch etzliche hatten die Hauptbretter von dehn betten vor schilde in die hende genommen...“ Die wacker kämpfenden Pommern erliegen unter Verlusten der Uebermacht. „In dieser aller noth haben sie alle Gott von Himmel vnd die hochgelobte Junckfraw zu Loreto vnd S. Paul, in welchem Tage solches geschehen, zu hülff angeruffen, damit sie doch so jemmerlichen nicht möchten vergehn.“ Wie durch ein Wunder werden sie gerettet: der Piratenführer Gamyr erschrickt heftig, als er entdeckt, daß er es nicht mit gewöhnlichen Pilgern zu tun hat — er will es um keinen Preis mit der mächtigen Republik Venedig verderben und bringt seine unerwünschte Beute selbst nach Kreta, um sie dort ohne Lösegeld freizulassen.

Es ist kaum anders zu erwarten: als in Pommern unter großen Schwierigkeiten, deren Ueberwindung gleichermaßen Takt und Energie erforderte, die Reformation eingeführt wird, steht neben D. Buggenhagens führender Gestalt wieder ein Rüdiger v. Massow. Er nimmt teil an den bedeutsamen Kirchenvisitationen, er vertritt das evangelisch gewordene Pommern als Kriegsrat beim Schmalkaldischen Bund, er ist nach der Mühlberger Katastrophe an den peinlichen Verhandlungen mit Karls V. hochmütigen Räten beteiligt. „So hat er sich um die Reformation in Pommern besonders verdient gemacht und einen Anteil daran genommen, auf den seine Familie stolz sein darf. Sie darf es um so mehr sein, als sein Beispiel und manche andere Anzeichen darauf schließen lassen, daß die Familie mit dem größten Teil ihrer Mitglieder frühzeitig aus den mittelalterlichen Idealen eigensüchtigen Strebens nach Macht und Reichtum herausgetreten ist und, wenn auch väterlichen Grund und Boden hochhaltend, im Dienste des Vaterlandes ihr höchstes Genügen suchte.“

Die Hohenzollernsche Dynastie, die nach dem 1637 erfolgten Aussterben des angestammten Herzogshauses in den bekannten Etappen eines langen Erbrechtskampfes die Nachfolge in Pommern antritt, macht mit den Massows dieselben vortrefflichen Erfahrungen wie das Greifengeschlecht. Sie fechten in allen Schlachten des Großen Kurfürsten mit, gegen Polen, gegen Schweden, gegen Franzosen ebenso wie zur See auf der jungen brandenburgischen Flotte: ein Massow ist dabei, als das spanische Königsschiff „Carolus Secundus" im Kampf genommen und nach Pillau gebracht wird. Als Friedrich III. unmittelbar vor Ergreifung der Königskrone den üblichen „Allgemeinen Lehnsbrief" erteilt, bezeugt er dem Geschlecht, daß es „den hochseeligen Herren Herzogen zu Stettin, Pommern, und nachhero den Markgrafen und Churfürsten zu Brandenburg getreue und vielfältige Dienste in viele Wege gern und gutwillig getan" habe.

Am glänzendsten bewährt sich das unter Friedrich Wilhelm I. Für seinen auf Zucht, Ordnung, Pflichtbewußtsein gegründeten Beamtenstaat braucht er Männer, die solche Eigenschaften vorbildlich in sich verkörpern; er findet einen solchen vor allem in Kaspar Otto v. Massow, den er nach Eroberung weiterer Teile des pommerschen Erblandes zum Geheimen Etat- und Kriegsminister, später zum Oberpräsidenten aller pommerschen Regierungskollegien ernennt, mit der hohen Vertrauensaufgabe, die Verwaltungsorganisation der neuen und alten Gebiete Pommerns durchzuführen. Als Massow bei der Ausführung dieses Auftrags von zum Teil hohen Beamten, die seinen Anordnungen widerstreben, mit offenbar sehr boshaften Beschuldigungen bedacht wird, schreibt ihm der aufgebrachte König: „Hört Massow, ich will die Sache examinieren lassen. Habt Ihr Unrecht, so soll Euch der Deufel holen, das sage ich Euch, habt Ihr aber Recht, so soll Euch eine Satisfaction widerfahren, damit Ihr sollet können zufrieden sein." Die Untersuchung endigt mit Massows voller Rechtfertigung, das denkwürdige Urteil, das der König selbst über die Verleumder fällt, lautet:

„Sententia
contra den Hof-Rath Vangero, den Regierungs-Rath Kuntzmann, den Notarium Beschel und den Studiosum Krüger.

Vangero weil er Fiscus ist und auf alle Schelmenstücke acht haben soll und er selbst ein Schelmenstück verrichtet und meine treue Diener zu Schelmen machen wollen und das hinter dem Rücken also daß die Denunciationes nichts als Verläumdungen seyn und leichtfertige intriguen als wird ihnen von Rechtswegen zuerkannt nach dem jure talionis, daß er zu Stettin dieser Vangero auf öffentlichem Markt sich aufs Maul schlagen soll und sagen, daß er als ein Schelm gelogen, hernach soll der Büttel ihm den Rock und Hemde ausziehen

und soll ihm 3 Streiche mit der Ruthe geben, vor dem Schloße wieder und vor dem Thore das dritte mahl. Alsdann soll er gleich bis weitere Ordre nach Cüstrin ins Stockhaus gebracht werden.

Kuntzmann weil er ein notorischer Schelm ist soll 6000 Thlr ad pias causas geben und sich zu Stettin auf öffentlichem Markte gleichfalls aufs Maul schlagen und soll sagen, daß er als ein Schelm gelogen hat und hiernach auf 2 Jahre zu Cüstrin auf dem Schloße arrest haben...

Wusterhausen den 10. Oktober 1724

gez. Friedrich Wilhelm."

Auf harmlosere, aber nicht minder charakteristische Weise hat sich der aus der Armee in das Generaldirektorium berufene, auf beiden Gebieten hochverdiente Hans Jürgen Detlev v. Massow in den Anekdotenkreis um die private Gestalt des Soldatenkönigs eingewoben. „Wenn an der königlichen Tafel die Stimmung angeregt wurde und der König zu der üblichen Flasche guten Rheinwein, die jeder Gast erhielt, noch weiteren Rhein- oder Ungarwein spenden wollte, dann blieb Massow regelmäßig bei einer halben Flasche als seinem Höchstmaß. Mehr zu trinken, weigerte er sich standhaft. Einst machte es dem König Spaß, ihm durch den anwesenden Hofgeistlichen zureden zu lassen, was dieser auch mit Eifer besorgte. Aber es half alles nichts, und der höchstbelustigte König erklärte Massow scherzweise für einen ‚Mucker'. Seitdem zog er ihn gern mit seinem ‚halben' Maß auf, und so bildete sich bei Hofe der Sprachgebrauch heraus, die kleineren Trinkgefäße, die nur die Hälfte des sonst üblichen Maßes enthielten, ‚Massows' oder ‚halbe Massows' zu nennen. Bei Althändlern, die in Berlin und Potsdam mit Trinkgefäßen aus jener Zeit handeln, ist dieser Ausdruck noch heute bekannt." Der gleiche Geist maßvoller Nüchternheit und Schlichtheit spricht aus der Ermahnung, die er in seinem Testament einigen von ihm bedachten Nichten hinterläßt: „Sie sollen in der Stille, ohne großen Gesellschaften beizuwohnen, ohne Putz und Staat, ohne Eitelkeit in den Kopf zu bringen, als Spielen, Tanzen und dergleichen ihr Leben führen, auch nicht in Opern und Komödien gehen." Es ist doch ganz der Geist des Königs, der ihn bei Tische damit neckt.

Was unter Friedrich Wilhelm I. die Einordnung Pommerns in Brandenburg bedeutete, wiederholt sich als noch schwierigeres Problem unter Friedrich dem Großen mit Schlesien. Als der erste Verwalter dieses neugewonnenen Landes, der ausgezeichnete W. v. Münchow, 1753 stirbt, weiß Friedrich für diese seine Lieblingsprovinz keinen besseren als Joachim Ewald v. Massow zu finden, der als „dirigierender Staatsminister" zur vollen Zufriedenheit des anspruchsvollen Herr-

schers sein Amt verwaltet, bis ihn Krankheit zum Rücktritt nötigt. Den Kern seines Wesens trifft Friedrich in den lakonischen Worten, mit denen er 1769 dem neu ernannten vierten Inhaber dieses Amtes, einem Herrn v. Hoym, die durch winterliche Witterungsnot hervorgerufene Verzögerung seines Eintreffens in Schlesien verweist: „Einen schlesischen Minister muß nicht Eis noch Wasser abhalten; — Er ist Minister von Schlesien, handle er wie Seine Vorgänger. Sei Er so gut wie Münchow, so ehrlich wie Massow, so arbeitsam wie Schlabrendorff: So wirds gut gehen."

Und kaum drei Monate nach Abschluß des Hubertusburger Friedens, als es gilt, in der ganzen Monarchie die verheerenden Folgen des langen Krieges auszulöschen, Ordnung und Vertrauen wiederherzustellen, beruft Friedrich seinen in Minden bewährten Kriegs- und Domänenkammerpräsidenten Valentin v. Massow als Vizepräsidenten ins Generaldirektorium. Zwölf Jahre wirkt er als Wirkl. Geh. Etats- und Kriegsminister segensreich bis zu seinem Tode, der ihn in seinem stattlichen Hause in der Wilhelmstraße ereilt, demselben, das, später vom Staat erworben, heute als Dienstwohnung des Reichspräsidenten dient. Dort spielte sich auch die durch den Enkel eines der Mitspieler wohlverbürgte Szene ab, die zu dem erhaltenen Bilde des ungewöhnlich korpulenten Mannes gar wohl paßt: „Zwei der jüngsten Offiziere vom Regiment Gensdarmes gingen einst in den Straßen von Berlin spazieren, als sie einen Herrn von ungeheurem Leibesumfang auf sich zukommen sahen. Im Uebermut witzelten sie über die Erscheinung und schlossen zuletzt eine Wette ab, wie dick der alte Herr wohl sei. Nun hieß es: wir müssen den Dicken messen! Dieser war jetzt herangekommen; der eine der jungen Herren trat auf ihn zu und bat mit angenommenem feierlichen Ernst, ihn messen zu dürfen. Er gestattete das, ohne eine Miene zu verziehen, mit der größten Liebenswürdigkeit. Dann trennte man sich mit höflichem Gruß. Einige Zeit war vergangen, da erhielten die beiden jungen Herren eine Einladung zu Tisch zu dem ihnen gänzlich unbekannten Minister v. Massow. Neugierig nahmen sie die Einladung an, aber wer beschreibt ihr Entsetzen, als sie in dem Hausherrn, der sie freundlich empfing, den dicken Herrn erkannten, den sie gemessen hatten! Noch tiefer jedoch sank ihre Stimmung, als sie hinter dem Hausherrn die Gestalt des gefürchteten Generals von Ramin, des Kommandanten von Berlin, auftauchen sahen, der durch die übergroße Strenge, mit der er gegen junge Offiziere vorzugehen pflegte, bekannt war. Wenn er die Geschichte erfuhr, konnte es ihnen die Karriere kosten. In großem Unbehagen und unheimlicher Spannung setzten sie sich zu Tisch. Anfangs schien alles gut zu gehen, dann aber begann der Minister, zu General v. Ramin gewendet: „Denken Sie sich, Herr General, was mir kürzlich

passiert ist!' — und nun erzählte er die Geschichte von der ‚Messung', ohne allerdings merken zu lassen, daß die Vollführer dieses Streiches mit am Tische saßen. Während die beiden Sünder erblaßten und kaum die Fassung zu bewahren vermochten, geriet der General in gewaltigen Zorn und versicherte, daß er die Täter exemplarisch bestrafen werde. Ob Seine Exzellenz nicht wisse, wer die beiden frechen Kerle gewesen seien? Nach einer kurzen Pause, die den Missetätern eine Ewigkeit dünkte, zuckte der Minister lächelnd die Achseln und erklärte dem wütenden Kommandanten, daß er sich gar nicht darum gekümmert habe; er habe nicht einmal auf die Regimentsuniform geachtet. Die beiden von ihrer Angst befreiten Schuldigen atmeten auf; sie waren begeistert von der Liebenswürdigkeit und dem Humor des Ministers, der in so feiner und schonender Weise ihnen einen wirksamen Denkzettel erteilt hatte."

Eine militärische Gestalt aus der Napoleonischen Zeit möge die Reihe flüchtiger Bilder abschließen: Major Karl v. Massow. Während des verhängnisvollen Aufmarsches der preußischen Armee in Thüringen, am 3. Oktober 1806, noch mit Prinz Louis Ferdinand und Goethe in Jena an Fürst Hohenlohes Tafel vereinigt, muß er acht Tage später durch einen schwierigen Patrouillenritt die Lage erkunden, die sich soeben durch des Prinzen Unglück bei Saalfeld noch bedenklicher gestaltet hat. Vergebens sucht auf Grund seiner aufschlußreichen Mitteilungen sein vorgesetzter General den starrköpfigen Hohenlohe zu einer entsprechenden Aenderung seiner verhängnisvollen Dispositionen zu bewegen. Am späten Abend der dadurch unausweichlich gewordenen Katastrophe des 14. Oktober ist es der von Jena zur Hauptarmee entsandte Massow, der dem vom Auerstädter Zusammenbruch her gen Erfurt reitenden König begegnet und ihm als erster die volle Größe des Unheils von Jena berichten kann und muß. Durch die Kapitulation von Magdeburg kriegsgefangen, aber bald darauf wieder ausgewechselt, findet er 1807 bei der Verteidigung Schlesiens rühmlichste Verwendung: ihm wird von dem Grafen Götzen, dem Schützer der Provinz, die das Glatzer Land deckende Paßfestung Silberberg anvertraut. Durch die zähe Verteidigung dieser kleinen aber wichtigen Gebirgsfeste rückt dieser Massow, zu Unrecht wenig bekannt, in die kleine Reihe der mannhaften Festungskommandanten, die in den trüben Jahren 1806/07 die Nerven behielten und ihre Pflicht erfüllten. Der Bericht darüber verdient zweifellos, aus der Verborgenheit der Familiengeschichte in ein öffentliches Licht gehoben zu werden. „Schon am Tage vor der Einschließung war ein Oberst von Lepel als Parlamentär erschienen und hatte den Kommandanten zur Uebergabe aufgefordert. Er wurde kurz abgewiesen. Leider brannten die Belagerer die offene, unterhalb der Festung gelegene Stadt

nieder, nachdem sie den Vorschlag, sie als neutrales Gebiet anzuerkennen, abgelehnt hatten. Gleich darauf versuchten sie einen neuen Sturm auf die große Strohhaube, wurden aber abgeschlagen. Der Feind ließ kein Mittel unversucht, die Kapitulation zu erzwingen. Schon der zweite Parlamentär, den Deroy sogleich nach der Einschließung der Festung dem ersten folgen ließ, trat an Massow persönlich mit folgendem Ansinnen heran: „General Deroy ließe ihm sagen, er wisse, wo sich seine Frau und Kinder aufhielten; er würde die Familie aufheben und nach Frankreich bringen lassen, wenn der Major sich nicht zur Kapitulation entschließe.“ Massow ließ sich durch die Drohung in keiner Weise bewegen; er wies den Parlamentär ohne Schwanken ab. Aber er traf im geheimen sofort Vorkehrungen, um die Seinen in Sicherheit zu bringen. Sein treuer Diener, der Woblanser Tagelöhnersohn Martin Schidalke, erklärte sich bereit, nach Habelschwerdt, wo die Familie sich aufhielt, zu gehen und alles Nötige auszuführen. Wirklich gelang es ihm, sich durch die Einschließungstruppen durchzuschleichen und nach Habelschwerdt zu gelangen. Dort sorgte er eilends dafür, daß Frau v. Massow mit ihren Kindern sogleich die Flucht ins Werk setzen konnte. Auf einem mit Ochsen bespannten kümmerlichen Fuhrwerk kam die Familie in einer schlimmen Sturmnacht glücklich über das Gebirge nach Böhmen, wo sie in Reichenau freundliche Aufnahme fand. Martin Schidalke schlich sich glücklich durch die Belagerung wieder in die Festung zurück und erstattete seinem Herrn Bericht. Silberberg war in jenen Tagen die einzige von allen schlesischen Festungen, die kein Abkommen irgendwelcher Art mit dem Feinde abgeschlossen hatte. Dies war den Belagerern unerträglich, für die es besondere Ehrensache wurde, gerade diesen Platz noch zu Fall zu bringen. Aber mit unerschütterter Hartnäckigkeit hielt Massow aus; es gab für ihn keinen Gedanken an Uebergabe. Seine Tapferkeit und Zähigkeit wurden belohnt. Bald nach dem 14. Juli kam die Nachricht von dem zu Tilsit abgeschlossenen Frieden nach Silberberg; die Feindseligkeiten hatten ein Ende, und der Major v. Massow durfte sich sagen, daß er in der Zeit des Unglücks, als so viele Männer unerwartet versagten, unter denen war, die geholfen hatten, die Ehre des preußischen Namens aufrechtzuerhalten.“

Ueber den späteren Schicksalen dieses hervorragenden Soldaten schwebt trotz weiterer tüchtiger Leistungen im Befreiungskrieg ein Unstern königlicher Ungnade, der sich der bitter gekränkte Mann 1821 durch den Abschied — als Generalmajor — entzieht. Der Verfasser der Familiengeschichte verschweigt — hierin selbst wieder ein echter Massow — die letzten Hintergründe dieses königlichen Mißwollens gegenüber seinem Großvater. Er erzählt nicht, wovon er genaue Kunde hatte, und was hier aus zuverlässiger Quelle wohl nachgetragen werden darf, daß in

jener nächtlichen Stunde, seitwärts des Schlachtfeldes von Jena, der König vor dem Bringer der Unglücksbotschaft einen Zusammenbruch erlebte, was er dem unerwünschten Augenzeugen seiner Schwäche nie ganz vergessen konnte; in Verbindung mit einem späteren Mißverständnis und geschäftigen höfischen Treibereien wirkte sich das für Karl v. Massow so aus, „daß sogar Beförderungen und Auszeichnungen ihm selten zuteil wurden, ohne daß sie zugleich von Zurücksetzungen anderer Art, Kränkungen und Widerwärtigkeiten, kurz, besonders empfindlichen Nadelstichen des Schicksals begleitet waren". Das leuchtet tief hinein in die trüben Zustände der anbrechenden Reaktionszeit. Ein Wort, das 1817 sein Kommandierender General v. Hünerbein dem Verbitterten schreibt, könnte von heute stammen: „In alles weht der böse Geist der protection und Partheylichkeit seinen Gifthauch hinein, und darüber muß der Staat zugrunde gehen. Durchweg Parthey-Geist — und überarg ist es, daß er nicht nur die Stellen besetzt, sondern auch daß, um fanatische und kriechende Menschen zu Brodt zu bringen, theils neue Posten geschaffen, theils auch wohlbezahlte Leute bey guten Kräften pensioniert werden, um ihre Posten an Schützlinge zu vergeben. Wohin führt das am Ende? Die Folgen sind unausbleiblich, ich betheure Ihnen, daß ich herzlich dienstmüde bin; indeß hält mich immer noch die Meynung, daß ein starker Mann noch viel würken kann, wenn das Staatsschiff auf den Strand läuft. Auch habe ich mir es zugeschworen, solange meine Kräfte dauern, für den Staat zu leben."

Hier sei unser Streifzug beendet, so sehr es reizte, auch noch aus der Bismarckischen Zeit einige charaktervolle Persönlichkeiten verwandter Art herauszugreifen; ihren Spuren wird der Historiker in vielen Quellen auch außerhalb der Familiengeschichte, vor allem in kriegsgeschichtlichen Berichten, begegnen. Der schöne, bodenständige Spruch über einem Tor der alten pommerschen Stadt Massow ist mit Recht von dem nach ihr benannten Geschlecht zum eigenen Wahrspruch erhoben worden als Zeichen einer Gesinnung unerschütterlicher Treue und Festigkeit:

„Massow
Was so
Is so
Blifft so."

*

Bulgarische Vergangenheit und Gegenwart

Balkan-Tagebuch

von Hans Roger Madol

(3. Fortsetzung)

Wir nehmen Abschied von Konstantinopel. Wir sehen durch die Mauerbögen, diesmal in abendlicher Beleuchtung, die Riesenstadt entgleiten. Am nächsten Morgen grüßt uns kurz eine griechische Inschrift: Kafeneion. Nachmittags, nachdem wir die noch nicht völlig abgeernteten Tabakfelder um Philippopel durchquert haben, taucht der schneebedeckte Gipfel des Witoscha auf, und wir fahren in Sofia ein bei fast winterlicher Temperatur...

Auch hier ist viel die Rede von den türkisch-griechisch-bulgarischen Annäherungen, von den geplanten Reisen des türkischen Regierungschefs und Außenministers und der Visite Muschanows in Ankara. Des Abends im Union-Club, wo wir von Professor Mollow empfangen werden, finden sich zahlreiche Persönlichkeiten aus der Diplomatie und der Politik zusammen. Professor Popow hat die Liebenswürdigkeit, für den nächsten Tag eine Zusammenkunft mit dem Haupt der orthodoxen bulgarischen Kirche zu verabreden. Monseigneur Stephan, Erzbischof von Sofia, empfängt mich im Palais des Synods, das gegenüber der Alexander-Newski-Kathedrale liegt.

Der Erzbischof ist verhältnismäßig jung. Er wird nicht viel älter als fünfzig Jahre sein. In seinen mächtigen Bart mischen sich graue Fäden. Er kommt gerade von einem großen englischen Kongreß zurück, immer bemüht, für die Glaubensfreiheit der Bulgaren zu wirken. . . . Ich fühle mich versucht, ihm auch politischen Einfluß und Bedeutung beizumessen. Doch der Kirchenfürst weist meine Worte zurück:

„Je déteste la politique —"

Als ich von meiner Absicht spreche, mich nach Rumänien zu begeben, geht der Metropolit des längeren auf seine Tätigkeit für die Bewohner der Dobrudscha und Mazedoniens ein: „Das hat mit Politik nicht das mindeste zu tun! Doch muß die Kirche dagegen kämpfen, daß man die bulgarisch sprechende und empfindende Bevölkerung ihrer Sprache berauben will."

Je mehr die Rede auf diese Probleme kommt, desto schmerzlicher sehen wir die Unentwirrbarkeit der Qualen dieser Kämpfe. Kann man es den Bulgaren dieser Gegenden verübeln, daß sie es dem rumänischen und jugoslawischen Regime schwer machen?

Am allerschwierigsten scheint die Nationalitätenfrage Mazedoniens, soweit sie Bulgarien und Jugoslawien betrifft. Griechenland hat hier zahlreiche Volksgenossen, die aus türkischen Gebieten emigrierten, angesiedelt und so tatsächlich einen großen Schritt zur Hellenisierung der ihm zugefallenen maze-

donischen Gegenden getan. In den jugoslawischen Teilen des Landes aber herrscht ein immerwährender Krieg. Der Gerechtigkeit wegen muß gesagt werden, daß frühere statistische Erhebungen über die Rassenzugehörigkeit mitunter seltsame Resultate ergaben. So hatten vier Söhne von gleichem Vater und gleicher Mutter erklärt, der eine sei Grieche, der zweite Bulgare, der dritte Serbe, der vierte Montenegriner. Ein Urteil aus dem Munde eines großen Franzosen, Louis Leger[1]), ist von besonderer Bedeutung, da es aus dem haßbewegten Kriegsjahr 1916 stammt: „Serbien, Bosniens und der Herzegowina beraubt, erstickte in seinen Grenzen. Man flößte ihm die Ueberzeugung ein, daß es noch andere Brüder zu befreien gäbe, daß der größte Teil Mazedoniens serbisch sei — während Mazedonien doch in Wirklichkeit bulgarisch ist —, und man säte von neuem Uneinigkeit zwischen die beiden Nationen."

„Die Bulgaren", so fährt der französische Gelehrte und Balkankenner fort, „haben sich zu unseren Feinden gesellt; wir haben keinen Grund zu besonders freundschaftlichen Gefühlen für sie. Aber die Pflicht des Gelehrten ist vor allem, die Wahrheit zu suchen."

Der Metropolit versteht meine Scheu, in diesen so delikaten Fragen, ohne die mazedonischen Probleme von Grund auf studiert zu haben, einen festen Standpunkt einzunehmen.

„Auch mein Kampf ist kein politischer Kampf. Aber darf ich stillschweigend zusehen, wenn in der Dobrudscha, in Bessarabien von Tag zu Tag mehr die bulgarischen Kirchen und Schulen verschwinden? Und Mazedonien? Die Welt bedarf eines gerechten Friedens, der sich auf die Freiheit, das Gewissen, die Menschlichkeit stützt!"

„Sind nicht über eine halbe Million Bulgaren aus den abgetretenen Gebieten in die Heimat emigriert?"

„Sicher! Das ist ein Grund mehr, uns die Schrecken derer fühlen zu lassen, die unter fremder Regierung ihrer geistigen Rechte beraubt werden. Die Klauseln für die Minderheiten, die der Vertrag von Neuilly vorschreibt, hätten auf sie in Anwendung gebracht werden müssen. So habe ich auf dem Kongreß in Cambridge, von dem ich zurückkehre, gefordert, daß vor allen anderen Fragen zuerst der vollkommene, sofortige Schutz der Minderheiten geregelt werde."

Der Kirchenfürst, dessen imposante Figur einen nachhaltigen Eindruck zurückläßt, gibt mir seinen Segen mit auf den Weg. Den Chören der Alexander-Newski-Kathedrale lauschend, die Farbenpracht des Gottesdienstes bewundernd und bei dem verklärten Ausdruck der gläubigen Gesichter verweilend, begreift man die Anziehungskraft dieser Kirche.

[1]) Louis Leger de l'Institut de France. Les luttes séculaires des Germains et des Slaves, Paris, 1916.

VIII.

In einem Theatersaal Sofias hält der deutsche Reichstagspräsident Loebe einen Vortrag vor bulgarischen Sozialisten. Wenn man die im Zeitraum von zwei Stunden zusammengetrommelte Hörerschaft, die den Raum bis zum letzten Platz füllt, der schnell übersetzten Rede lauten Beifall spenden sieht, wundert man sich über die geringe Ausdehnung der sozialistischen Partei Bulgariens. Der greise Prophetenkopf ihres Führers Janka Sakassow taucht neben Loebe auf, und der deutsche Reichstagspräsident nennt Sakassow „den bulgarischen Bebel"! Allerdings fehlen hier die Massen der Arbeiterschaft, die in den Industrieländern dem Sozialismus zuströmten, und seit Bestehen der politischen Bauernbewegung hat der Sozialismus auch auf diesem Feld an Boden verloren. So hat die Partei, die im wesentlichen zum Umsturz von 1918 und 1923 beigetragen hat, keinerlei Vorteil aus den Ereignissen ziehen können. Die Stimme Janko Sakassows, der auch bei seinen Gegnern größte Achtung genießt, wird im Lande gehört. Man weiß auch von den Sympathien des Königs Boris für den greisen Volksführer, dessen aufrechter, gerader Charakter in den schwierigen Jahren nach 1918 als ein beruhigender Stützpunkt erscheinen konnte.

*

Nachdem uns der Chef der orthodoxen Kirche von der Lage seiner Gläubigen gesprochen hat, berichtet auch der Oberrabbiner von den bulgarischen Juden. Bei der Gründung des Fürstentums Bulgarien im Jahre 1878 gab es nur etwa 15 000 Juden im Lande, die ihres ausschließlich spanischen Ursprungs und der spanischen Sprache wegen eine abgeschlossene Volksminderheit bildeten. Es ist außerordentlich interessant, die uralten Sitten und Gebräuche dieser spanisch-jüdischen Minderheit zu betrachten, die, wie die Türken und Zigeuner, die hier in Frieden mit den bulgarischen Volksgenossen leben, eine pittoreske Note in den Landescharakter bringen. Der Geistliche gibt uns einige Zahlen:

„Im Verlaufe der Zeit stieg die Zahl der Israeliten — auch durch Zuwanderung aus den Pogromländern — auf fast fünfzigtausend. Nur ein ganz geringer Teil von ihnen spricht jiddisch oder deutsch (etwa 10%). Fast die Hälfte aller bulgarischen Juden lebt in Sofia. Hier gibt es 19 amtierende Juristen, zahlreiche Rechtsgelehrte, die es nicht zu einer Advokatur haben bringen können, und eine große Anzahl jüdischer Aerzte. Vor dem Kriege und im Kriege hat es mehrere höhere Offiziere unter den Juden gegeben. Der Vertrag von Neuilly zwang Bulgarien, seine Armee aufzulösen. Jetzt gibt es noch drei jüdische Offiziere im Oberstenrang. Vor 1918 gab es auch

einen jüdischen Justizminister; in der Sobranje saß nur einmal ein jüdischer Abgeordneter."

„Vielleicht haben Sie selbst für eine gewisse Isolierung gesorgt?"

„Wir haben natürlich stets an unseren alten Gebräuchen, an den religiösen Vorschriften festgehalten. Vielleicht mitunter zu fest..."

Der Rabbiner erzählt von den mittelalterlichen Scheidungsvorschriften.

„Die Scheidung der Ehegatten kann nur dann ausgesprochen werden, wenn der Gatte — wie es die Religion vorschreibt — seiner Frau einen Scheidungsbrief ausstellt. Daran scheitert es häufig. Entweder verlangt der Mann ein Vermögen für die Abfassung des Briefes, oder er weigert sich gar überhaupt. Wir haben erst vor kurzem einen solchen tragischen Fall erlebt, wo es einer Frau unmöglich gemacht wurde, sich wiederzuverheiraten."

„Und die Zivilgesetzgebung kann nichts erreichen?"

„Aus dem einfachen Grunde nicht, weil es keine Zivil-trauung gibt. So hat auch über die Scheidung nur ein jüdisches Gericht zu entscheiden, dessen Beauftragte Nichtjuristen sind; ja teilweise sind es ältere Ortsarme, denen man mit diesem Amt etwas Arbeit gibt. In der bulgarischen Verfassung wurde allerdings eine Gesetzgebung für die religiösen Minderheiten angekündigt, zu der es aber bis heute noch nicht gekommen ist. Dadurch haben wir eine Freiheit, die auf uns lastet, weil sie gleichbedeutend ist mit Gesetzlosigkeit."

„Bulgarien ist doch stets eine Zufluchtsstätte der Juden gewesen. Sie haben sicher keinen Grund, über die bulgarische Regierung zu klagen!"

„Nein, nicht im mindesten! Die Regierung bemüht sich nach Kräften, jede Art von Beunruhigung der Juden unmöglich zu machen. Wir gelten hier als nationale Minderheit, ohne übrigens mit den Zionisten liiert zu sein. Doch es hat sich hier in den letzten Jahren, besonders unter dem Einfluß junger Leute, die ihre Studien in Deutschland und Oesterreich betrieben, ein gewisser Antisemitismus gebildet, der wohl noch nicht von entscheidender Bedeutung ist. Eine Art „Heimwehrbewegung" von etwa 10 000 Mitgliedern hat einige antisemitische Tendenzen, die sich allerdings weniger gegen unsere (die bulgarischen!) Juden richtet. Im Wirtschaftsleben, in dem die Juden eine große Rolle spielten, ist ihre Bedeutung stark zurückgegangen. An der Stelle des früheren Ghettos, in dieser Straße, die ich jetzt bewohne, gab es früher fast nur große jüdische Kaufleute. Konfektion, Export von Eiern, das waren ihre hauptsächlichen Geschäfte. Sie verschwinden jetzt."

Nach der Meinung des Oberrabbiners können sich die Juden in den Exportgeschäften schon deswegen nicht halten, weil sie in

der Arbeit mit den Behörden viel Zeit verlieren. Die jüdischen Schulen erhalten insgesamt vom Staat, der außerordentlich arm ist, einen jährlichen Zuschuß von 100 000 Lewa (3300 RM.); trotzdem gab es 1926 etwa 36 Schulen im Lande, in Sofia allein fast 2000 jüdische Schüler. Auch in seiner Stellungnahme zu den Minderheiten hat der bulgarische Staat sich als Demokratie gezeigt. In diesem Lande von kleinen Bauern, in dem es keine Adelsklasse gegeben hat, sind die Voraussetzungen hierfür besonders günstig gewesen.

Zahlreiche deutsche, französische, englische Schulen blühen im Land. Die deutschen Schulen, die nach dem Friedensvertrag kaum Unterstützungen durch das Reich erhalten dürfen, sind überfüllt.

IX.

Noch einmal sitze ich des längeren Alexander Zankow gegenüber, der gerade in den letzten Tagen wieder Gegenstand heftiger Angriffe gewesen ist. Er läßt sich in seiner Auffassung von den Dingen nicht beirren und entwickelt ruhig seine politischen Ideen. Seine Anhängerschaft ist parteipolitisch ebensowenig begrenzt wie der Kreis seiner Gegner, und in sozialistischen Kreisen selbst knüpfen sich Hoffnungen an seine eventuelle Rückkehr in die Leitung der Staatsgeschäfte; eine Rückkehr, die vielleicht überraschend kommen kann, an die er selbst für den Augenblick durchaus nicht zu denken scheint.

„Wir brauchen Ruhe im Lande, das ist alles!"

Dimitri Tontchew hat mich liebenswürdigerweise noch einmal im „Hôtel de Bulgarie" aufgesucht und mir einige Dokumente aus dem Jahre 1887 vorgelegt, die sensationelle Beweise darstellen für die staatsrechtlichen Schwierigkeiten des Bulgarien von damals und seines neu erwählten Fürsten; Dokumente, deren Veröffentlichung der Staatsmann übrigens noch hinausgeschoben wissen möchte. Er spricht des längeren von der damaligen Thronkandidatur eines aus bulgarischem Geschlechte stammenden Statthalters, die an den Forderungen des Ministers Stambulow scheiterte. Tontchew, der Stambulows Kollege war, weiß viel von dieser markanten Persönlichkeit, die mit der Geschichte Bulgariens unauflöslich verbunden ist, zu berichten.

Am nächsten Tage, durch das Außenministerium angemeldet, sitzen wir der Witwe Stambulows gegenüber. Es ist kaum glaublich, in diesen Kreis tretend, eine Atmosphäre zu finden, die sich seit dem Jahre 1895, seit jener entsetzlichen Bluttat, kaum verändert hat. Nicht nur, daß Frau Stambulow, mit braunem Haar und ungebeugt, das Arbeitszimmer des großen Toten betritt, daß sie von jenem Tag, wo man den bulgarischen Bismarck schrecklich verstümmelt in dieses Haus zurückbrachte, mit einer Wachheit des Schmerzes berichtet,

als seien die vierzig vergangenen Jahre ein Nichts! Sie weiß auch von den Freunden des Toten zu erzählen, von Lord Carnock, dem Beauftragten Viktorias, von Franz Joseph, von den vielen längst Verstorbenen, als hätten sie soeben erst ihre Achtung vor dem Sarge Stambulows bezeugt. An den Wänden hängen zahlreiche Bilder des Toten, die Geschenke, die er von Fürsten und Staatsmännern erhielt, und Frau Stambulow hat zwischendurch die Objekte ihres eigenen Sammeleifers aufgehängt, Darstellungen und Bilder aus dem Leben Napoleons.

Nach einigen Ausstellungen, die Frau Stambulow an dem bulgarischen Text meiner Ferdinand-Biographie zu machen hat, und aus denen hervorgeht, daß sie noch immer gegen den fernen Fürsten Gefühle der Abneigung hat, die sich auf die Annahme seiner moralischen Mitschuld an der Ermordung des Gatten stützen, bietet man den üblichen Willkommensgruß des gastfreundlichen Bulgarien; trotz der frühen Vormittagsstunde der türkische Kaffee und die süße Konfitüre. Während Frau Stambulow, die nicht mehr von den düsteren Erinnerungen sprechen möchte, von ihren Reisen berichtet, von ihren vielfachen Begegnungen mit den Staatsmännern Europas erzählt, vergißt man allmählich, daß dieses Haus eine schreckliche Reliquie birgt: die von den Yataganen der Mörder abgetrennten Hände des ermordeten Staatsmanns, die seine Witwe aufbewahrt hat, um sich und ihre Gäste an den 15. Juli 1895 zu erinnern. Während hier in Sofia, auf dem Heimwege von dem nahen Union-Club, Stambulow dem Attentat zum Opfer fiel, stand in Petersburg eine bulgarische Deputation vor dem russischen Zaren, die den ersten Schritt zur Versöhnung und zur Anerkennung Bulgariens tat.

X.

Einem anderen Zeugen bulgarischer Vergangenheit sitzen wir in dem Arbeitszimmer Stojan Danews gegenüber. Vor dreißig Jahren war er zum erstenmal Ministerpräsident. Seine bedeutendste Epoche war jedoch die mit unglücklichen Erinnerungen verbundene Zeit des zweiten Balkankrieges, die Zeit, in der er wiederum das Ministerium leitete. Noch immer ist die Geschichte dieses Kriegsbeginns in Dunkel gehüllt. Stojan Danew hat sich bereit erklärt, mir rückhaltlos über diese Geschehnisse zu sprechen. Machen wir uns klar, daß mit dem Ausbruch dieses Krieges das Werk Ferdinands in Trümmer ging, eine Laufbahn ins Unglück umbog, die fast auf den Thron von Byzanz geführt hätte. Was schwerer wiegt: ein Volk trat einen ungeheuerlichen Leidensweg an. Ohne diesen Krieg wäre die Balkanentwicklung eine andere gewesen, und manche Voraussetzung für die Konstellation des Weltkrieges hätte gefehlt.

„Ich habe mein Kabinett am 2. Juni 1913 gebildet. Die außenpolitische Lage unseres Landes war damals die folgende: Mit den Türken hatte ich den Friedensvertrag vom 18. Mai in London unterschrieben. Mit den Rumänen ist der Streit durch die Intervention der Großmächte im Petersburger Protokoll beigelegt worden. Mit Venizelos sind wir, nach einer Aussprache über Saloniki, übereingekommen, die weiteren Verhandlungen den beiden Regierungen zu überlassen. Die drückende Schwierigkeit der Lage bestand in der Auslegung des Vertrages mit Serbien. Schon vorher hatte Paschitsch in der Skuptschina erklärt, daß der Vertrag, den Serbien mit Bulgarien geschlossen hatte, eigentlich nicht mehr zu Recht bestehe, daß sich daher der Schiedsspruch des russischen Kaisers, unabhängig vom Vertrag, nach dessen freiem Ermessen auf das ganze eroberte Gebiet erstrecken müsse."

„Sie konnten sich dieser Auffassung natürlich nicht anschließen?"

„Selbstverständlich nicht! Wir sahen nicht ein, weshalb der Vertrag keine Kraft mehr besitzen sollte, und waren der Meinung, daß der russische Kaiser nur über das sogenannte „strittige Gebiet" zu entscheiden habe. Ich hatte im April eine wichtige Aussprache mit dem Kaiser Nikolaus und Sasonow, die mir in dieser Frage recht gaben. Darauf gestützt, hatte ich durch eine Note gedroht, daß wir, falls nicht bald eine Auseinandersetzung mit den Serben erfolgte, die den Bestimmungen unseres Vertrages entsprach, zu den äußersten Mitteln zu greifen gezwungen wären. Außer sich über den scharfen Ton der Note, hat Sasonow dennoch versprochen, die Entscheidung zu beschleunigen. Außerdem hat aber ein besonderer Ministerrat unter dem Vorsitz des Kaisers, um das gesteckte Ziel zu erreichen, dem russischen Vertreter in Belgrad den Auftrag gegeben, im Sinne unserer Auffassung bei Paschitsch vorstellig zu werden."

„Was hat Paschitsch geantwortet?"

„Er hat nach dieser Demarche anerkannt, daß der Vertrag zu Recht bestand! Da er jedoch früher in der Skuptschina einen entgegengesetzten Standpunkt vertreten und verteidigt hatte, so mußte er, noch vor Antritt der Reise nach Petersburg, die serbische Volksvertretung erneut einberufen, um ihre Ermächtigung im Sinne seiner neuen Entschließungen einzuholen. Wir zweifelten durchaus nicht, daß ihm die Mehrheit der Skuptschina treu bleiben würde. Nachdem also das serbische Kabinett einlenkte, traf ich die Vorbereitungen zu meiner Abreise nach Rußland. Ich fertigte selbst, da die Zeit knapp bemessen war, ein Memorandum für den Arbiter an. Dann bat ich den General Dimitriew und Herrn Malinow, mich nach Petersburg zu begleiten, was die Herren im Prinzip auch zusagten. Um bequemer zu reisen, drahtete ich

nach Varna, wo gerade zufälligerweise ein russisches Kriegsschiff vor Anker lag, um die Reise auf diesem Schiffe zu machen. Da eine Unzahl von Drohbriefen mir größte Vorsicht anbefahlen, sollte die Abreise vom königlichen Privatbahnhof ausgehen, da feindselige Demonstrationen, von den Mazedoniern arrangiert, zu befürchten waren. Alles war vorbereitet, da verhinderte der Ausbruch des Krieges die Reise."

„Sie wußten, als Ministerpräsident, vom Beginn der Feindseligkeiten nichts?"

„Nichts!"

„Und wer hat den Befehl zum Losschlagen gegeben?"

„Formell trägt der eigentliche Oberbefehlshaber, General Sawow, die Verantwortung. Fraglich ist nur, ob er aus eigener Initiative gehandelt hat, ob er den Befehl gegeben oder nur weitergegeben hat, nachdem, wie behauptet wird, der Zar versichert hatte, daß auf den ersten Kugelwechsel zwischen Bulgaren und Serben ein österreichisch-ungarisches Korps die Donau überschreiten werde. Schriftliche Dokumente über diese Angelegenheit existieren nicht."

„Haben Sie selbst irgendwelche Vermutungen?"

„Mit Vermutungen möchte ich mich nicht befassen. Zwei Tatsachen kann ich Ihnen jedoch anvertrauen. Nachdem ich Mitteilung von den Ereignissen an der Front erhalten habe, ohne deren wirkliche Tragweite noch zu erfassen, wandte ich mich telefonisch an den General Sawow und bat ihn um Aufklärung. Ich setzte hinzu, daß ich keinen Krieg wolle. Anstatt sich auf den eventuellen Befehl des Königs — sollte ein solcher überhaupt existiert haben— zu berufen, hat mich der General einfach dadurch beruhigen wollen, daß er sagte, er habe nur die Absicht, die diplomatischen Verhandlungen mit Serbien zu erleichtern! (sic!)"

„Konnten Sie, als Chef der Regierung, keine weiteren Maßregeln ergreifen?"

„Der Ministerrat hat sofort ersucht, den General Sawow vom Amte eines Oberbefehlshabers der Armee zu entheben. Der König hat ohne weiteres dem Ersuchen stattgegeben."

*

Es war zu spät. Das Kriegsmanifest des serbischen Königs lag bereits gedruckt vor. Nur hätte Bulgarien vielleicht den Vorwurf von sich wenden können, es habe die Feindseligkeiten begonnen. Das stolze, siegreiche Bulgarien wurde entsetzlich gedemütigt. Das Jahr 1915 zeigte dann, wie wenig der Verlust des zweiten Balkankrieges vergessen war.

Stojan Danew, der, trotz seines hohen Alters, wieder einen Sitz in der Sobranje eingenommen hat, ist nach längerem Gespräch kaum ermüdet. Er hat soeben über Ereignisse berichtet, die die Welt erschütterten und die eng mit seinem

Namen verknüpft bleiben. Wer würde dem freundlichen alten Herrn mit der gesunden Gesichtsfarbe, den man leicht für einen sportbeflissenen deutschen Gymnasialprofessor nehmen könnte, seine historische Rolle zutrauen, wenn er ihm irgendwo in einer kleinen sächsischen Stadt zufällig auf der Straße begegnete?

XI.

Danew hat von seinem Ministerkollegen Malinow gesprochen, der in seiner Zeit und über seine Zeit hinaus als Staatsmann Bulgarien gedient hat. Vor wenigen Monaten wurde er der Nachfolger des schwerkranken Liaptchew. Ich konnte seinerzeit Liaptchew in einem kleinen Sanatoriumszimmer der Augsburger Straße einen Besuch abstatten. Der Arzt hatte ihm verboten, von Politik zu reden; es konnte noch nicht die Rede davon sein, ihn in die politischen Kämpfe Bulgariens zurückzuschicken, ohne sein schwer bedrohtes Leben in erneute Gefahr zu bringen. Jetzt ist Malinow fast in der gleichen Situation. 1908, im Jahre der Unabhängigkeitserklärung seines Landes, war er zum erstenmal Ministerpräsident gewesen. Im Herbst 1918 übernimmt er die verantwortungsvolle Nachfolge Radoslawows... Jetzt hat er nur wenige Monate sein Ministerium führen können. Ich bedaure lebhaft, den durch Krankheit Verhinderten nicht sehen können; er hat selbst dem zu Ehren des deutschen Reichstagspräsidenten gegebene Essen nicht präsidieren können...

Den Sonntagnachmittag gehen wir mit Professor Popow vor der Stadt spazieren, wo man gerade ein großes Stadion, das für die „Balkanischen Spiele" bestimmt ist, vollendet. Wir sehen noch einmal den großzügigen Bau des Biologischen Institutes und kehren in der Dämmerung durch das hübsche, belebte Stadtwäldchen zurück, auf freien Plätzen Volksmusik und ländliche Tänze überraschend. Der schön entwickelte Baumbestand ist nicht viel über zwanzig Jahre alt. Wir treten in das Riesengebäude der medizinischen Fakultät, das seiner ganzen Anlage nach den Weltstädten Ehre machen könnte. Schon hat uns wieder der Menschenstrom der mächtigen Promenaden eingefangen, und wir nehmen Abschied von dem bewegten Leben dieser liebgewonnenen Stadt.

*

Im Begriff, uns nach Rumänien zu begeben, wollen wir unsere bulgarischen Eindrücke noch einmal zusammenfassen. Der auf dem Balkan Reisende muß sich bemühen, seine Sympathien für die einzelnen Länder auszubalancieren, weil er sonst ohne weiteres in den Irrtum verfällt, alles aus *einer* Perspektive zu sehen, sich die Gesichtspunkte *eines* Landes zu eigen zu machen und die Lebensinteressen der anderen Länder in die zweite Linie zu schieben. Wir haben leider genug Beispiele

für eine solche Betrachtungsweise, die, dem besten Willen entstammend, viel dazu beigetragen hat, die Probleme dieser Halbinsel zu verwirren. Die große Idee der friedlichen Vereinigung und Zusammenarbeit der südslawischen Völker kann nur auf der Basis des Verständnisses verwirklicht werden, nicht aber auf der Grundlage des „gewaltsamen" Anschlusses von der einen oder anderen Seite.

Bulgarien ist oft das „Preußen des Balkans" genannt worden. Und tatsächlich hat dieser Name viel für sich. Eine gewisse nüchterne Arbeitsamkeit, deren Zähigkeit gegenüber den anderen oft zur Mehrleistung führte, hat den Bulgaren, die mit Recht glaubten, auf ihre Tüchtigkeit stolz sein zu dürfen, eine mitunter spürbare Unbeliebtheit bei benachbarten und ferneren Völkern eingetragen, die mit einer gewissen Abneigung gegen die Preußen wohl zu vergleichen ist. Der Charakter des serbischen Bauern ist dem des bulgarischen ähnlicher, als der des elegischen, großzügigen Rumänen. Rumänien ist das Land großen Adels, uralter riesenhafter Landbesitze[1]) und einer mitteleuropäischen Gesellschaft, in der ganzen Struktur von den benachbarten Kleinbauernländern verschieden.

Wir müssen aber auch an einen wesentlichen Unterschied der Lebensbedingungen des serbischen und bulgarischen Volkes denken. Bereits im Jahre 1800 hatte Serbien seine Freiheit erlangt, zu der das bulgarische Nachbarvolk erst achtzig Jahre später kommen sollte. Während Serbien bereits ein starkes politisches Eigenleben führte, befand sich Bulgarien noch immer unter der türkischen Herrschaft. Man darf nicht vergessen, daß diese machtvolle bulgarische Renaissance, die in drei Jahrzehnten die ganze Welt in Staunen versetzte, erst so kurzen Datums ist.

Es wäre verfehlt, den Aufstieg Bulgariens bis zum Jahre 1912 allein auf das Konto des Zaren Ferdinand zu setzen. Erstens hatte die Renaissance des Landes bereits mit dem Vertrage von San Stefano eingesetzt, dann hatte eine Reihe großer Patrioten und Staatsmänner die Wiedergeburt ihrer Heimat eingeleitet, und schließlich hatte gerade die lange Unterdrückung eine Festigung der Staatsidee in den Köpfen der Gesamtbevölkerung hervorgerufen, die trotz unaufhörlichen politischen Kampfes im Innern, den Aufbau des Landes entscheidend befruchtete. Dennoch ist dieser Aufbau mit der Existenz und Tätigkeit Ferdinands eng verknüpft. Das Ausmaß seiner Wirksamkeit für den Aufstieg Bulgariens kann man erst an Ort und Stelle völlig ermessen. Wir halten eine Methode der Kritik (von der wir erst jüngst wieder Beispiele sahen[2]) für schädlich, die Ferdinand wohl die Verantwortung für das Un-

[1]) Über die Aufteilung des Großgrundbesitzes in Rumänien siehe nächstes Heft der Preußischen Jahrbücher.

[2]) Hermann Wendel: Der Koburger. Deutsche Republik, 5. Dezember 1931.

glück Bulgariens seit 1913 aufbürdet, von der Verantwortung für die Entwicklung bis 1912 jedoch nichts wissen will. In einem solchen Zusammenhang ist dann wohl auch von der „Waldursprünglichkeit" Bulgariens die Rede, dessen „politisches und Parteileben von Ferdinand korrumpiert und vergiftet" worden sei. Stellen wir immerhin fest, daß von den „ursprünglichen Wäldern Bulgariens" nicht mehr die Rede sein konnte. Die Türken hatten nämlich alles abgeholzt; sie verbanden das Angenehme mit dem Nützlichen; das Holz war gut zu verwerten, und die bulgarischen Freiheitskämpfer waren ihrer bevorzugten Zufluchtsstätte beraubt. Als das Land seine Freiheit wiedergewann standen überall die Berggipfel kahl. Der Regen hatte das Erdreich vom Gestein gewaschen. Und Ferdinand konnte seine Familienkenntnisse von der Aufforstung (in der sein Vatersbruder Ferdinand von Portugal geglänzt hatte) zum Nutzen des Landes in Anwendung bringen. Die ursprünglichen Parteileidenschaften aber beschwichtigten sich in dem beglückenden Gefühl segensreicher Fortentwicklung. Die Fehler des Zweiten Balkankrieges haben eine tragische Reihe von Katastrophen eingeleitet. Und doch kann der Reisende, der heute Bulgarien verläßt, nicht im Zweifel darüber sein, daß die Staatsidee in allem Unglück nicht im mindesten gelitten hat.

Während auch in Frankreich und England Stimmen laut werden, die die Härten des Vertrages von Neuilly hervorheben[1]), und während man im Lande gespannt die Bemühungen Deutschlands in den Verhandlungen um die Reparationslasten verfolgt, hat auch Bulgarien neu zu hoffen begonnen.

[1]) Siehe vor allem Georges-Desbons, La Bulgarie après le traité de Neuilly. Paris, 1930.

*

Besprechungen

Geschichte

Meine „Geschichte der Kriegskunst“ und das „Militärwochenblatt“

Das „Militärwochenblatt“ bringt im 37. Heft des Jahrgangs 1932 eine Kritik meiner „Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte, 2. Teil“. Hier werden mir in bezug auf die Kämpfe von Le Bourget „sachliche Unrichtigkeiten“ nachzuweisen versucht.

In dem Gefecht vom 21. Dezember 1870 gebe ich die Zahl der Verteidiger von Le Bourget auf 2000 Mann an. Der Kritiker erklärt diese Zahl für falsch; es seien nur 750 Mann gewesen. Nun heißt es aber in der maßgebenden Schrift von Major Kunz[1]): „Die 14½ Kompagnien, welche am Kampf um Le Bourget teilnahmen, zählten 2175 Gewehre.“ Die Verwerfung meiner Zahlenangabe durch das „Militärwochenblatt“ ist also unbegründet. Sein Fehler erklärt sich so, daß der Kritiker damit zufrieden gewesen ist, den Beginn des Gefechts ins Auge zu fassen, während meine Darstellung die Aktion bis auf ihren Höhepunkt begleitet.

Le Bourget, erzähle ich, wäre am 21. Dezember von 4000 bis 5000 Franzosen angegriffen worden, also von zwei- bis zweieinhalbfacher Uebermacht. Der Kritiker verweist mich auf einen französischen Historiker, der die Zahl der Angreifer noch viel höher angegeben habe und fügt hinzu: „Er wird den preußischen Waffen gerechter als die deutsche (vom Kritiker gesperrt) ‚Geschichte der Kriegskunst‘.“ Dieser Ausfall trifft nicht mich, sondern den verewigten Major Kunz, der auf Seite 68 seiner Schrift sagt: „Die Mobilgarden verloren nicht einen einzigen Mann, Regiment Nr. 135 hatte nur drei Mann Verlust. Der gesamte Verlust lastete also auf 5200 Mann.“

Diese 5200 sind für mich die Angreifer. Wenn Kunz deren Zahl etwas höher schätzt als ich, der ich 4000—5000 geschrieben habe, so ist das darauf zurückzuführen, daß ich überhaupt in den Heeren der Republik die Stärke der Truppenteile geringer anschlage als meine Vorgänger. Das zieht sich wie ein roter Faden durch mein ganzes Buch, und ich warte auf Widerlegung. Der Kritiker ist sich des Problems überhaupt gar nicht bewußt geworden.

Er klagt mich ferner an, meinen Lesern verschwiegen zu haben, daß, abgesehen von dem wirklich erfolgten Angriff auf Le Bourget, noch „große Teile“ der 2ten französischen Armee zum Angriff bereit gestanden hätten. In Wahrheit führe ich auf Seite 565 aus, daß nicht nur „große Teile“ der 2ten französischen Armee, sondern ihre Gesamtheit, die ich auf sieben Divisionen beziffere, zum Angriff auf Le Bourget bereit gestanden habe.

Viele preußische Mannschaften, heißt es in meiner Darstellung, seien am 21. Dezember durch Gefangennahme verlorengegangen. Das entspricht nach dem Kritiker nicht den Tatsachen; er hätte jedoch aus Kunz, Seite 66, ersehen können, daß die Vermißten nicht weniger als 27 Prozent des Gesamtverlustes ausmachten[2]). Sie fielen in die

[1]) „Die Kämpfe der preußischen Garden um Le Bourget“, 1891, Seite 67.
[2]) 247 Mann tot oder verwundet; 91 vermißt.

Hände des Feindes, teils auf dem Kirchhof von Le Bourget, teils in dem anstoßenden Park. Von letzterem rede ich in der „Geschichte der Kriegskunst“ nicht, sondern nur vom Kirchhof. Diese Lücke ausgefüllt zu haben, ist das einzige stichhaltige Ergebnis der Kritik im „Militärwochenblatt“.

Bezeichnend für die Flüchtigkeit des Kritikers ist folgende Konfusion, die er angerichtet hat. Er hält mir strafend die unsinnige Behauptung vor, in dem Gefecht vom 28. Oktober 1871 seien die Elisabether dezimiert worden, aber in meiner Schilderung dieses Treffens werden die Elisabether überhaupt gar nicht erwähnt. In seiner Eilfertigkeit hat der Kritiker das Gefecht vom 28. Oktober mit dem vom 30. verwechselt, über das ich, den amtlichen Verlustlisten folgend, berichte, daß es die Elisabether 263 Mann gekostet hat.

Der Kritiker hat eben mein Buch nicht ernsthaft studiert, sondern nur oberflächlich angelesen. Ich habe mich nach ihm zu „zahlreichen Ausfällen“ gegen unsere höheren Führer einschließlich Moltkes hinreißen lassen. Natürlich weiß er nicht einen einzigen anzuführen. Ueber Moltke urteile ich auf den Seiten 358 und 359, seinem Genie verdankten wir, daß überwältigend, blendend gesiegt worden sei. Moltkes Entschlüsse zeugten von genialer Kühnheit, sein Feldherrenauge habe die Seele der Völker und der Menschen durchschaut, und mit hohem sittlichen Mut habe er die Verantwortung für die Handlungen übernommen, die aus jener Erkenntnis geflossen seien. Seine Fehler seien nur der Schatten, den die Sonne wirft.

Wie dem Chef des Generalstabs, so winde ich auch den anderen höheren Führern den verdienten Lorbeer. Ich schreibe: „Im großen und ganzen hatte sich die preußische Generalität in diesem Krieg bewährt. Moltke ist einer der größten Feldherren aller Zeiten; Blumenthal hatte bei Wörth mit gewaltigem Zugriff den Krieg in nuce schon entschieden; an der Somme ging soeben der Stern Göbens glänzend auf. Dazu kam aus dem nichtpreußischen Deutschland Kronprinz Albert. Sicher hat es in der ganzen Geschichte kein Heer mit mehr Feldherrennaturen an der Spitze gegeben.“

Ich sollte meinen, das wäre ein gerüttelt Maß voll Anerkennung; dem Kritiker hat es gleichwohl nicht genügt. Er will, so scheint es, überhaupt keine völlig freie Kritik, damit die sogenannten Prestigien des Heeres intakt bleiben. Diesen Standpunkt nimmt das vor einem halben Jahrhundert erschienene deutsche Generalstabswerk ein, von dessen Art zu denken, der Kritiker naturgemäß stark beeinflußt ist, obgleich er sich leider seine Genauigkeit in der Einzelforschung nicht zum Muster genommen hat. Das Generalstabswerk hat trotz der wissenschaftlichen Anfechtbarkeit der genannten militärpolitischen Doktrin Tüchtiges geleistet; wir können es noch heute alle nicht entbehren. Turmhoch stehe es über dem französischen, sage ich Seite 673 von ihm. Ich muß hier aber hinzufügen, daß sich die historische Wissenschaft unmöglich für immer der gebundenen Marschroute anbequemen kann, die das Generalstabswerk in seiner militärpolitisch begreiflichen Scheu, an Prestigien zu rühren, vorgezeichnet hat. Die Wissenschaft kann nicht still stehen. Uebrigens fallen die militärpolitischen Bedenken, nachdem wir in ein neues Zeitalter getreten sind, weg, und der Forschung darf von niemandem mehr die völlige Freiheit streitig gemacht werden. In diesem Geist habe ich die neue Geschichte des Deutsch-Französischen Krieges geschrieben, wie ich hoffe, mit dem Er-

gebnis, daß der Lorbeer der Heere Wilhelms I., der heute die Stütze der Prestigien-Doktrin nicht länger haben kann sie aber auch nicht mehr braucht, eben weil er jetzt einer völlig freien Kritik ausgesetzt wird, nur noch herrlicher wächst und grünt.

Emil Daniels.

General der Infanterie a. D. von Tschischwitz (s. Zt. Chef des Generalstabes des Landungskorps): „Armee und Marine bei der Eroberung der Baltischen Inseln im Oktober 1917. Erfahrungen und Betrachtungen." 1931. Verlag R. Eisenschmidt, Berlin NW 7. 187 S.

Es ist nach v. Tschischwitz eine sehr wichtige Erfahrung des letzten Krieges, daß die Mine den maritimen Kämpfen sowohl an der Küste als auch auf hoher See neue Bedingungen auferlegt hat. Soweit es sich um Landungsoperationen handelt, wird jene für Studien über den Zukunftskrieg hochbeachtliche These durch die vorliegende Schrift mit gründlich durchdachten und dabei gemeinverständlich geformten Gedankengängen unterbaut. Wir erhalten hier zum erstenmal Aufschluß über das operative Zusammenwirken von Heer, Flotte und Luftwaffe bei dem Albion-Unternehmen, für das 25000 Mann Landtruppen und ein zum Teil aus erstklassigen Großkampfschiffen bestehendes Geschwader mit dem Erfolg der Gefangennahme erheblicher russischer Streitkräfte aufgeboten wurden. Die nicht unbeträchtlichen Beschädigungen, die die Russen der deutschen Flotte zuzufügen vermochten, bestätigen den oben ausgesprochenen Satz von der außerordentlichen Bedeutung der Seemine für den modernen Krieg. Die kleine, lesenswerte Schrift enthält noch mancherlei, was nicht nur für den Heeres- und Flottenoffizier, sondern auch für andere Leser interessant ist, so die Eroberung der beiden Inseln Runö und Abro durch Seeflieger vermittelst ihrer schwimmenden Flugzeuge. Lehrreich ist auch der Einblick, den wir in die Psyche der Kerenski-Truppen gewinnen. Ein russischer Stabsoffizier rief bei seiner Gefangennahme aus: „Warum will dieses Rußland nicht sterben, wo es doch nicht leben kann; wann endet diese Folter!"

Das Albion-Unternehmen der Deutschen und die Dardanellen-Expedition der Engländer waren grundverschieden voneinander, trotzdem gelingt es v. Tschischwitz öfter, die beiden Kriegshandlungen in fruchtbare Parallele zu setzen. D.

*

Theater

Berliner Theater.

Es ist keineswegs ein Symptom für einen Spielplanwandel, wenn innerhalb kurzer Zeit drei Klassiker in Berlin gespielt worden sind. Denn die beiden Goethe-Abende gehören auf das Jubiläums-Konto. „Egmont" im Staatlichen Schauspielhaus ist „Faust"-Ersatz. Eine nüchterne, langweilige Inszenierung. Am konsequentesten das Bühnenbild von Rochus Gliese: absichtliche Entfernung vom holländischen Blumentöpfchen. Harte, knappe Linien. Ohne jede Pracht. Andeutungen und Verkürzungen. In diesem Rahmen kann sich nichts

Heiteres oder Sonniges entfalten. Also liegt bereits am Anfang die drückende Luft über den Menschen, als wäre Alba schon im Lande. Das geht denn freilich nicht. Klärchen: Hertha Thiele. Kommt ohne Umweg aus dem Film: Mädchen in Uniform. Darf dieser Teilerfolg genügen für diese Rolle dieses Theaters? Ohne Sprechbildung, mit hohem, spannungsarmem Organ, ohne spürbare Ausdrucksfähigkeit. Vielleicht begabt, jedenfalls viel zu früh an diese Rolle herangelassen. In Jeßners Inszenierung spielte Rudolf Forster den Alba. Nun läßt Jürgen Fehling ihn den Egmont geben. Nicht strahlend, nicht Stürmer und Dränger; vielmehr hart, nervös, stoßend, geistig, aber in jedem Sinne schmal. Aribert Wäscher als Alba nichts als blasse Gehaltenheit, mißvergnügt, ohne wirklich Macht oder Gewalt auszustrahlen, auch die Koppenhöfer eine durchweg verärgerte Frau. In den Volksszenen mit erkennbarem Gestaltungswillen: Veit Harlan und Hans Leibelt. Ein an sich schwer zu bewältigendes Theaterwerk, wie der „Egmont", war bei Jürgen Fehling, dem Dehnungs-Regisseur ohne Strich und mit Faden, nicht in den richtigen Händen.

Hartnäckig bleibt das Staats-Theater bei dieser verfehlten und langweiligen Inszenierung. Man hat ja die Mittel dazu. Um wieviel größer ist das Verdienst Victor Barnowskys, der als Leiter einer Privatbühne im Deutschen Künstler-Theater den „Faust" gespielt hat. Viel Einwendungen: Frau Marthe (Helene Weigel) im Dauergebrauch der Likörflasche, von dicker und platter Komik. „Wald und Höhle", zur Vereinfachung in Gretchens Zimmer gelegt, das nur schlecht abgeblendet ist. Klöpfers verjüngter Faust, ein wohlbeleibter Herr ohne überzeugende Männlichkeit. (Als alter Faust, geistig, gliedernd, bedeutend und würdig; das Problem der Darstellung beider Gestalten ist kaum zu lösen!) Alle Geräusche, Stimmen Chöre auf Schallplatten mit Anlaufgeräuschen. Osterspaziergang also nur zwei Personen. Homolkas Mephisto nicht ohne billige Mittel, auf den volkstümlichen, amüsanten Erzschelm gestellt. Schließlich: Grete Mosheim. Vom Singspiel findet man nicht leicht den Weg zurück zur tragischen Frau. Also setzte sie ihr Gretchen betont in Haltung und Organ hart und nüchtern ab und blieb ohne alle Süße, herb, norddeutsch. Aber in der Kerkerszene (der beizuwohnen eine erhebliche Anzahl von Berliner Kritikern nicht für nötig hielten) wuchs sie ins Große, wirkte tragisch und erschütternd. Im Bühnenbild: die alten Entwürfe von Lovis Corinth aus dem Jahre 1922, von Traugott Müller erneuert. Ein langer, langer Abend.

Im Lessing-Theater: „Maria Stuart". Schauspieler haben sich zusammengetan. Nicht als das übliche Kollektiv; denn Kollektiv heißt in den meisten Fällen: Fülle der Halbtalente. Dieses „Theater der Schauspieler" wird geleitet von Leo Reuß und Fritz Genschow. Und man macht beinahe Star-Theater; aber man macht auch, gottlob, kein Zeittheater, sondern spielt den Klassiker Schiller mit den beiden erheblichen Schauspielerinnen: Agnes Straub und Tilla Durieux. Zwei große Könnerinnen und zwei erhebliche Leistungen. Beide scharf und geistig, klar und hart. Aber man möchte von Regie wegen diesen Schiller vom Pathos wegbringen; und glaubt, das zu erreichen, indem man keine Verse sprechen läßt. Man inszeniert schauspielerisch, ja, komödiantisch. Man streicht ungefähr so: die Schlußverse Leicesters fallen weg, dafür läuft er eine Wendeltreppe einmal hinauf und hinunter. Und sosehr verschiebt man Akzente, daß die große Szene in Fotheringhay zu einem Triumph der Elisabeth und einer Niederlage der Maria wird, weil die Maria der Straub hier zu einer kleinen

Keiferin wird. Maria und Hanna stehen hier hinter einem langen Gitter und stecken die Köpfe durch die Stäbe, ich will nicht sagen wie ... Anfangs hatte Herr Stroux die Regie, dann übernahm sie Leo Reuß selbst, der auch den Leicester machte. Das Ganze war ohne Schillersche Atmosphäre und in vielem geistig falsch gesehen. Selbstverständlich darf man Schiller unpathetisch spielen, aber man darf ihn nicht undichterisch fassen. Schiller-Regie ist sehr wesentlich: Wort- und Vers-Regie.

Die Klassiker, einschließlich Goethe, sind nicht so heilig, daß sie nicht der Parodie anheimfallen dürften. Ein Kreis Münchener junger Leute, die sich nach den „Elf Scharfrichtern" die „Nachrichter" nennen, kommt vielleicht mit seiner literarischen Posse „Hier irrt Goethe" im rechten Augenblick nach Berlin, weil wir nach der Goethe-Zelebrierung zu jeder Tageszeitung einen andern Ton recht gut vertragen können. Manches ist ganz witzig gemacht, so etwa die Einordnung und Lächerlichmachung des literarischen Konfektionärs Emil Ludwig Meckermann, kurz Emil Ludwig genannt. Anderes, wie die Verulkung des Herzogs, ist platt. Das Ganze: gehobener Bierulk; Gelegenheits-Dilettantismus von Niveau; und für zwei Stunden schon allzu reichlich. Betont wird, daß es „Studierende der Theaterwissenschaft" (aus München) sind, die sich auf diese Weise beschäftigen. Diese Verquickung mit einer jungen, noch durchaus umkämpften Universitätsdisziplin wird derjenige als peinlich empfinden, der meint, die jungen Leute sollten von theaterwissenschaftlichen Instituten etwas anderes mitbringen als so ein bißchen nette Kabarett-Kunst. Nebenbei und nebenher — — nun gut; aber nicht in Verbindung mit der Universitätsarbeit — das wird die Hochschulen nur gegen das Theater als Wissenschaftsgebiet einnehmen. Man hat den jungen Leuten im Renaissance-Theater eine sehr freundliche Aufnahme bereitet; die Sache ist sogar ein Geschäft, und es fehlt nicht an neuen Anträgen. Hoffentlich kehren die jungen Leute bald wieder an ihr Studium zurück.

Für die schlechterdings verzweifelte Situation des Theaters erscheint mir „Spinne im Netz" im Berliner Theater geradezu als Dokument. Man kommt ins Theater und befindet sich mitten in einem Variété. Man erwartet das Schauspiel „Spinne im Netz" von F. Oursler und L. Brentano, und es werden Step- und Reckkünste vorgeführt. Zehn großartige Nummern stehen auf dem Programm, und die verheißungsvollsten Geräte hängen über dem Parkett-Publikum. Als „Clou" kommt ein „zum ersten Male auf dem Kontinent" gebotener Gedankenleser und Zauberkünstler; und weil er als der elegante Johannes Riemann erkannt wird, muß nun wohl die Sache langsam beginnen. Der Zauberkünstler arbeitet mit dem ganzen Parkett, läßt sich Gegenstände reichen, die sein Medium erkennen wird, bekommt von einer Dame einen Anhänger; dagegen wehrt sich der Begleiter der Dame, ein Streit bricht aus, das Theater wird plötzlich stockdunkel, es kracht ein Schuß, man ruft nach dem Arzt; und so stark ist das Publikum in die Angelegenheit hineingezogen, daß ein herbeigeeilter wirklicher Arzt sich beleidigt und schimpfend zurückzieht, als der den Arzt darstellende Schauspieler ihn beiseite schieben muß. Die große Frage: Wer ist der Mörder? kurbelt nun das Stück an. Er muß im Publikum sitzen. Polizei sperrt die Ausgänge, der Kriminalkommissar, Herr Otto Wallburg, erscheint, und man kann annehmen: nun wird's lustig werden. Dafür sorgt auch Rosa Valetti als Frau Kuntze im Publikum, und überhaupt weiß man nicht, ob der Nachbar neben einem mitspielt oder

zuschaut. Die Aufklärung besorgt nicht der Kriminalbeamte — der ist geradezu ein Muster von Psychologe! —, sondern der Zauberkünstler, (Riemann hat tagelang Unterricht bei einem Fachmann nehmen müssen!) und natürlich ist's, wie immer, einer, dem es niemand zugetraut hätte! Unter Hans Deppes Regie eine tolle Angelegenheit von Einmaligkeit. Um des Himmels willen nicht eine künstlerische, sondern eine Kreuzung von Groteske und Kitsch. Ein Einbruch des vollendeten Amerikanismus in das deutsche Theater. Fast ein Verzweiflungs-Akt: die Theater können nicht mehr weiter, sie suchen nach irgend etwas, das die Leute noch ins Theater lockt und dem Kino, der Misere, dem Sport, den Wahlversammlungen positiv Trotz bieten könnte. Hier ist es. Ehrliche Tollheit, kühnster Kopfsprung.

Ein anderer Beweis: Max Reinhardt verläßt nun endgültig das Deutsche Theater. Er hat in einer Besprechung mit den Berliner Theaterkritikern „offen" die Gründe ausgesprochen für seinen Rücktritt: die tiefe Abneigung gegen das Unternehmertum! Als Edmund Reinhardt starb, dürfte Max Reinhardt ebensoviel Millionen Vermögen gehabt haben wie jetzt Verpflichtungen, und man sieht: dieser Bruder Edmund, dem großen Künstler aufs engste verbunden, ist wirklich unersetzlich gewesen. Die auch geschäftlichen Berater Reinhardts haben den Untergang der Direktion Reinhardt nicht aufhalten können. Reinhardt muß, wie er sagt, wieder ganz „von unten" anfangen, aber: gern, weil seine Lust am Theaterspielen ungebrochen ist. Er wird, vertragsmäßig, nur im Deutschen Theater inszenieren, ohne daß man festgelegt hätte, wieviel Stücke, da man ja „auch die Hoffnung haben müsse, daß ein Stück genügt". Nach 36 Jahren ergebnisreichster Arbeit verliert Reinhardt die Heimat seines Ruhmes. Ob er lange wegbleiben wird? Die neuen Herren haben einen Vertrag von fünf Jahren. Die Vorbelastung ihres Unternehmens ist gewiß nicht gering: Zwei Direktoren, Herr Günther Stark, Frau Mackeben — diese beiden bringt Martin von der Volksbühne mit —, und dann der geheimnisvolle namhafte Dramaturg, der vielleicht Bruckner oder Czokor heißt. Das ist nicht wenig. Aber die neuen Herren werden sich das ja ausgerechnet haben. Das eine aber müssen sie wissen: unter den Abonnenten der bisherigen Reibaro hat sich so ungemein viel Unzufriedenheit angesammelt, daß diese für eine neue Abonnenten-Werbung kaum in Betracht kommen werden.

Die Sorgen der Volksbühne wegen eines Nachfolgers für Martin verknüpfen sich mit den wirtschaftlichen Nöten dieser Organisation. Hilpert, der den Posten erhält, wird ihn nur mit Erfolg verwalten, wenn er und die Volksbühne gründlichste Abkehr vollziehen von dem Partei- und Gesinnungstheater, das Martin dort verhökert hat. Die Volksbühne ist das einzige Institut, in das die Tatsache nicht gedrungen ist, daß das „Zeittheater" wirklich tot ist. Aber man macht hier weiter in diesem vermodderten Artikel. Ein ganz brauchbares Stück, wie „Kamrad Kasper" von Paul Schurek, wird mit politischen, sprich: parteipolitischen Farbklecksen versehen, und mit dem Kommando: Augen links, serviert man eine Mischung von Leitartikel und Dachstuben-Romantik. Hier war der sonst meist ungenießbare Erich Busch als Heimkehrer gut am Platz; er hatte vor der untreuen Frau zu kapitulieren und den Standpunkt zu vertreten, daß man als Krüppel sich immer noch wohler fühlen kann, als tot unter der Erde. An allem ist der Krieg schuld, also singen wir mal schnell das Lied von der Knüppelgarde. So ungefähr die — — Goethe-Feier der Volksbühne.

Das Staats-Theater ist, nach Legals Entlassung, ohne Führer. Man wollte die Sache so regeln: Tietjen behielt die Oberleitung, und der geistige Motor für das Schauspiel sollte Bernhard Diebold werden. An sich nicht dumm gedacht; denn Diebold war Schauspieler, war Regisseur und ist als Theaterkritiker ein Mann mit freiem Blick geblieben, der etwa die Arbeiten von Brecht schlecht fand, obwohl er politisch links steht. Aber Diebold sagte schließlich: Nein. Offenbar, weil er sah, wie tief die Karre des Staatstheaters sonstwo steckt, und daß man bei einem so abgewirtschafteten Betrieb, nur mit diktatorischen Machtmitteln, aber nicht unter Tietjen stehend etwas erreichen kann. Es bleibt also vorläufig beim Fortwursteln. Hans Knudsen.

*

Inland und Ausland

Bücher- und Zeitschriftenschau.

I.

Eine der westlichen Ausfallsstraßen Berlins ist an einem Kreuzpunkt nahe der Havel mit einem Denkmal geschmückt, das vier Läufer in sportlichem Nebeneinander zeigt. Der Volksmund hat sie längst als die letzten Steuerzahler rekognosziert, aber vielleicht sind sie auch schon über das Sinnbild temporärer Not hinausgewachsen, und man hätte in ihnen ein viel epochaleres Abbild zu erblicken: schlechthin den Menschen auf der Flucht.

Das jedenfalls ist der Eindruck, den ein Pseudonymus von der Menschheit unserer Tage erhalten und den er niedergelegt hat in einem Buch, das sich „Der Mensch auf der Flucht“ nennt. Was vor Jahren schon, gleich nach der Revolution, ein deutscher Maler gleichnishaft festzuhalten suchte, indem er die apokalyptischen Reiter in greller Atonalität der Farben auf seine Leinwand bannte, das ist hier mit den Mitteln deskriptiver Psychologie zum Ausdruck gekommen: was Heinrich Mann in der Romansatire seines „Untertanen“ zynisch bewitzelte, was der „Simplizissimus“ in Bild und Wort bissig paraphrasierte oder George Groß in frech verhöhnenden Zeichnungen einzelnen Ständen und Berufen nachsagte, das wird hier ohne jeden Affekt, nur mit der Unerbittlichkeit der Wahrheit von der Chaotik unserer Zeit ausgesagt. Die Erde spaltete sich, der Vorhang des Tempels zerriß, Ideale zerrannen, alle Masken fielen zu Boden. Hüllenlos und entwurzelt steht der Mensch in dieser Zeit. Versagt hat alles Experimentieren, daran die letzten Jahre so hoffnungsfroh waren, kein Wagemut zu neuen Versuchen ist mehr aufzubringen. Lähmende Weltanschauungsstimmung auf der ganzen Linie — die Wirtschaftskrise:

„Sie überfällt den Mann auf den Gebieten, die seit alters die Monopolgebiete seines Wirkens sind: in Wirtschaft und Politik. Hier soll er zeigen, was er kann. Und die Krise findet ihn unvorbereitet, schwach, widerstandsunfähig, ratlos. Die Männerwelt erlebt ihre dritte und entscheidende Niederlage. Der Positionsmensch fühlt seine Position schwanken und schwinden. Denn alle Positionen werden unsicher. Der Besitz ist in Frage gestellt und wird ein Raub des allgemeinen Bankrotts. Die Rentner stehen

in Aufruhr gegen die Banken. Die Banken revoltieren gegen die Industrie. Die Industrie bestürmt die Staatsgewalt. Der Staat terrorisiert Handel und Gewerbe, ruiniert durch Steuerdruck das Erwerbsleben, vergrößert durch Notverordnungen das Chaos der Auflösung. Die Landwirtschaft erhebt sich gegen die Staatsmacht. Die Beamten rebellieren gegen die Kürzung ihrer Gehälter und Pensionen. Kleinbürger und Proletarier, der Knechtschaft und Ausbeutung müde, bedrohen den Bestand des ganzen Systems. Ueberall werden Positionen unterwühlt, gelockert, gesprengt.

Die Position der Staatsregierung — ein Tanz auf dem Vulkan. Die Position des Parlaments — ein Mandat der Abwesenheit. Die Position der Justiz — eine schwere Vertrauenskrise. Die Position der Verwaltung — ein Bild unaufhaltsamen Verfalls. Die Position der Polizei — Nervosität und Ohnmacht gegenüber dem Ansturm der Notdelikte und des Bürgerkriegs. Die Position der Wissenschaft — ein Gelächter angesichts der Tatsache, daß sie einhundertunddreißig Krisentheorien schuf, von denen keine einzige sich praktisch bewährt.

Der Positionsmensch erlebt sorgenvolle Tage. Als Industrieller büßt er seine Kapitalien ein, die in Anlagen, Fließbändern und unverkäuflichen Waren stecken. Als Geschäftsmann verläßt er das Kaufhaus, den Laden, das Magazin, auf dessen Dach sich der Pleitegeier niedergelassen hat. Als Fabrikant verkauft er das Auto und fährt wieder Straßenbahn. Als Großverdiener kann er nicht mehr den Winter in Nizza oder St. Moritz verbringen. Als Weltdame verkauft er die Perlenkette. Als guter Mittelbürger gibt er die Zehnzimmerwohnung auf und richtet sich bescheidener ein. Als Intellektueller spart er am Theaterabonnement und am Bücherluxus. Als Angestellter verkneift er sich das Abendbrot im Restaurant. Als kleiner Mann überlegt er sich, ob er sich noch einen Bohnenkaffee und eine gute Zigarre leisten kann. Als Arbeiter bestellt er das Parteiblatt ab. Alles ist auf der Rutschbahn angelangt. Die Höhenunterschiede verschieben sich. Die Distanzen werden ungewiß. Nur die Tiefe, das Unten ist sicher. Die Not geht von Haus zu Haus und vollzieht das traurige Geschäft der Abdankung. Sie löscht hundertjährige Firmenschilder aus, reißt den blankgeputzten Klingelzug von den Herrschaftstüren, zieht den Luxuspelz von verwöhnten Schultern, wirft das Doktordiplom dem Akademiker vor die Füße, knöpft dem Angestellten den längst schmutzigen Stehkragen ab. Der bankrotte Unternehmer, der abgebaute Geheimrat, der überzählige Studienassessor und der erwerbslose Prolet — sie sitzen gemeinsam auf der Promenadenbank und denken über den Wandel der Zeiten nach."

Was hier auseinandergesetzt wird, ist nicht Fiktion und nicht Drohung, ist Tatsachenbericht, den die Wirklichkeit in keinem Wort Lügen straft. Aber der Verfasser des Berichts nennt sich vielsagend Carl Steuermann, und so dürfen wir ihn nach dem Kurs fragen, den er zu unserer Rettung ersonnen. Der ist in der Tat bereits in seinem ersten Buch — das am 4. August 1931 abgeschlossen, gewiß also unter dem Eindruck der Juli-Ereignisse niedergeschrieben wurde — festgelegt worden: „Weltkrise — Weltwende" hieß es, und sein Untertitel lautete: „Kurs auf Staatskapitalismus" (beide Bücher im Verlag S. Fischer). Darin aber war bereits eine Diagnose

der Krise versucht worden, indem eine Anatomie der Wirtschaft gegeben und auf krankhafte Verlagerungen und Neubildungen hingewiesen worden war, die als anorganisch anzusprechen gerade den Eingeweihten der Mut gefehlt hatte. Mit zwingenden Beweisgründen war gezeigt worden, wie es jetzt keine Selbsttäuschung über die Lage mehr geben dürfe, wie uns ein unerbittliches Vorwärts zur Aenderung der Wirtschaftsstruktur Hilfe bedeuten könne: „Einzig die Bedarfswirtschaft vermag den Standard der Produktion wieder zu beheben, weil sie die Produktion nicht mehr an Marktkonjunktur und Kaufkraft, sondern an Bedarf mißt." Freilich bedürfe dazu die neue Wirtschaftsweise der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel — aber „wie die Menschen das Problem lösen werden — wir wissen es nicht". So klang damals sein Buch aus. Inzwischen hat sich die Krise noch einschneidender ausgewirkt, und der Verfasser hat nochmals die Möglichkeiten durchgeprüft. Und jetzt glaubt er, dem suchenden und fragenden Leser als ultima ratio die Planwirtschaft in verbesserter Auflage nahebringen zu dürfen; so definiert er sie geradezu als Beseitigung der Wirtschaftsanarchie durch zweckvolle Wirtschaftsgestaltung. Dann gewinne der Mensch wieder Herrschaft über die Dinge, die ihm in der Warenwirtschaft entglitten sei. Gewiß, der Lockruf sei unseren Ohren nicht so unbekannt. Nach dem Zusammenbruch Ende 1918 habe man ihn auch schon vernommen; aber die Sozialdemokratie habe sich damals der ihr von der Geschichte angetragenen Aufgabe verlegen und ungelenk zu entziehen gesucht. So müsse nun der „Erhaltungswille der wirtschaftlichen Oberschicht" zu sinngemäßen strukturellen Weiterbildungen führen.

Wie diese aussehen werden? Beginnen müsse die Neuordnung mit der Verstaatlichung der Banken, um so dem Staat das Kreditmonopol in die Hand zu geben und mit dessen Hilfe den Wiederaufbau der Industrie einzuleiten. „Natürlich bedarf es erst einer gewissen Zeit, Uebung und Erfahrung, um durch wachsamste Kontrolle, sorgfältigste Handhabung des Kreditapparates und geschickteste Steuerung der Produktionsprozesse allen Schwankungen zu begegnen, die aus dem Wechsel des Bedarfs, dem Wachstum der Wirtschaft und dem Tempo der allgemeinen Entwicklung sich ergeben."

Steuermann berücksichtigt aber auch schon Fragen der Innenpolitik, insofern er die Leiter der Produktionsbetriebe als hohe Staatsfunktionäre je nach der politischen Machtposition mit oder ohne Befragung der Betriebsbelegschaften wählen lassen will. „Sicher muß jeder Machtgewinn von der Arbeiterschaft erkämpft werden, denn Planwirtschaft und staatliche Regie dienen nach wie vor kapitalistischen Interessen." Was soll das? War nicht eben noch beabsichtigt, der kranken Wirtschaft Deutschlands ein sicher wirkendes Rezept zu schreiben, und nun rührt sich wieder der Parteimann, der die Genossen von links erst mit Konzessiönchen beruhigen muß? Dabei erkennt er ohnehin schon deutlich genug die Schwierigkeiten, die sich solcher Umstellung in den Weg stellen: „Sicher ist dies kein automatischer Prozeß, der sich ohne menschliches Zutun kraft immanenter Dynamik weiterwälzt.... Und es wird an Widerstreit der Interessen, an Druck von oben und Auflehnung von unten nicht fehlen."

All diese und weitere künftige Schwierigkeiten hat in einem knappen, außerordentlich gehaltreichen Vortrag über die „Zukunft des Kapitalismus“ (Verlag Buchholz & Weißwange, Berlin-Charlottenburg 1932) jüngst Werner Sombart lichtvoll auseinandergesetzt; auch er Planwirtschaft als die rettende Wirtschaftsform in Anspruch nehmend, aber freilich mit weithin veränderter Akzentsetzung. Keineswegs oder doch nicht ohne weiteres will er sie als Gegenpol freier Individualwirtschaft, vielmehr als Gegensatz chaotischer, planloser Wirtschaft aufgefaßt wissen. Und nachdem er als die wesentlichsten Merkmale einer echten Planwirtschaft ihre Bezogenheit auf die Gesamtheit der Wirtschaften, die Notwendigkeit ihrer Leitung von einer Stelle aus und ihre Mannigfaltigkeit, die sich vor öder Uniformierung zu hüten weiß, dargelegt hat, fordert er für ihre sinngemäße Durchführung volle Berücksichtigung des jeweiligen Kulturniveaus:

„Ganz besonders wichtig ist nun aber die Erkenntnis, daß eine vollkommene Planwirtschaft sich ferner der größten Mannigfaltigkeit befleißigen muß in der Wahl der *Wirtschaftsformen*, *Wirtschaftsverfassungen* und *Wirtschaftssysteme*. Nichts ist verkehrter, als für die Planwirtschaft einen Monismus der Wirtschaftsformen anzunehmen und sie etwa mit öffentlicher Wirtschaft, Gemeinwirtschaft, Staatskapitalismus oder Kollektivismus gleichzusetzen. An diesem Monismus der Lösungen scheitern alle Reformpläne der Utopisten, weil alle Utopisten wirklichkeitsblinde Doktrinäre sind, würde schließlich auch der Sowjetismus scheitern müssen, wenn sich seine Führer nicht eines Besseren besännen...

So wird also jede vollkommene Planwirtschaft, wenn anders sie ihre Aufgabe, die Wirtschaft sinnvoll zu gestalten, erfüllen will, das Nebeneinanderbestehen und Ineinandergreifen einer bunten Fülle von Wirtschaftsformen und Wirtschaftssystemen vorsehen müssen. Private Eigenwirtschaft und Marktwirtschaft und kollektive Bedarfsdeckungswirtschaft (dieser mein Ausdruck ist nun auch dem Schicksal verfallen, zum viel mißbrauchten Schlagwort zu werden) werden da sein; Bauern- und Guts- und Handwerkswirtschaft werden da sein; Genossenschafts- und Staats- oder Gemeinwirtschaft werden da sein. Und — was uns ja hier im besonderen angeht — ganz gewiß wird auch die kapitalistische Unternehmung mit weitgehender Selbstverantwortung ihrer Leiter nicht fehlen, denn es wird immer noch und immer wieder zahlreiche Aufgaben des Wirtschaftslebens geben, die am besten in kapitalistischer Form gelöst werden können. Töricht, dreimal töricht, wer aus doktrinärem Starrsinn auch nur auf eine einzige dieser mannigfaltigen Gestaltungsformen verzichten wollte! Ja — selbst die sogenannte Konkurrenz, wenigstens in der Gestalt der Leistungskonkurrenz, braucht nicht ausgeschlossen zu sein; sie muß nur in den Gesamtplan sinnvoll eingefügt werden. Wie ich das meine, will ich mit einem Bilde, dem des Wettrennens, verdeutlichen. Ein Wettrennen ist ein sehr kunstvolles Sinngebilde, das eines wohldurchdachten Planes bedarf, um in die Erscheinung zu treten. Verhandlungen mit Rennstallbesitzern, Verträge mit Jockeis, Anlage einer Rennbahn, Organisation des Besuches gehören ebenso dazu wie genaue Bestimmungen über die Bestimmungen des Reitens, Absteckung der Rennstrecke, Ausführung des Starts, Festsetzung des Ziels usw.

Seinen eigentlichen Sinn aber hat es darin, einer Anzahl von Pferden Gelegenheit zu geben, im „Konkurrenzkampf" ihre Leistung zu erproben.

Wenn wir in dieser Weise eine Planwirtschaft richtig verstehen, so ist in ihrem Rahmen auch die Alternative, um die man so erbittert kämpft: Privateigentum *oder* Kollektiveigentum ebenso hinfällig wie die andere, verwandte: Privatwirtschaft *oder* Kollektivwirtschaft. Es handelt sich nämlich vernünftigerweise gar nicht um ein Entweder-Oder, sondern *nur* um ein Sowohl-Als-auch: Privateigentum *und* gesellschaftliches Eigentum, Privatwirtschaft *und* gesellschaftliche Wirtschaft werden nebeneinander bestehen, nein: bestehen **müssen**."

Steuermann höhnte über die Wissenschaft mit all ihren Vorschlägen zur Behebung der Krise. Sombart braucht sich davon nicht getroffen zu fühlen. Er weiß, daß die Wissenschaft immer nur Möglichkeiten für die Wahl der Ziele, Wahrscheinlichkeiten für die der Zwecke feststellen kann, und daß alles davon abhängt, daß unserm Lande der starke Willensträger erstehe, daraus Erfüllung werden zu lassen zum Besten des Vaterlandes.

Walter Heynen.

*

Politische Korrespondenz

Die Schürzung des Knotens.

Der Ausfall *der zweiten Reichspräsidenten-Wahl* hat dem Reich im Innern eine gewisse Stabilität gegeben, und infolgedessen vermag unsere Regierung auch nach außen hin fester aufzutreten. Herr Brüning war in Genf, und *die Verhandlungen der Abrüstungskommission* sind in ein kritisches Stadium getreten. Der Vertreter Amerikas hat den Antrag gestellt, die schweren Angriffswaffen zu verbieten; Herr Tardieu hat das entschieden abgelehnt, und die französische Presse schlägt gegen die Vereinigten Staaten einen scharfen Ton an. Wie Frankreich die Frage der schweren Angriffswaffen behandelt wissen will, wird ausgezeichnet dargetan in einem Artikel des Grafen Max Montgelas[1]): „Internationale Truppenkörper, gemeinschaftliches Vorgehen, der französische Vorschlag." Die französische Regierung will die Bombengeschwader nicht abschaffen, sondern internationalisieren, die schwere Artillerie soll nicht einmal internationalisiert werden, sondern den Staaten bleiben, die gegenüber dem Völkerbund die Verpflichtung zu gemeinsamem Vorgehen nach Artikel 16 der Satzungen übernehmen, also bereit sind, die schweren Geschütze dem Völkerbund zu Exekutionszwecken zur Verfügung zu stellen.

Großmächte, die das ablehnen, sollen nach dem Kabinett von Paris die schwere Artillerie abschaffen. Die Union, die überhaupt gar nicht zum Völkerbund gehört, würde sich mithin ihrer schweren Artillerie zu entäußern haben, während Frankreich die seinige behielte. Daß eine bloße Internationalisierung der Bombengeschwader die Zivilbevölke-

[1]) Zeitschrift für Politik, Heft 21. Jahrgang 1932.

rung nicht vor den Gräueln des Zukunftskriegs schützen würde, liegt auf der Hand. Wir haben keine Bürgschaft dafür, daß der Depositär einer furchtbaren Waffengattung, der Völkerbund, beim nächsten Zusammenprall der Nationen noch existieren wird. Japan hat ihm mit dem Austritt gedroht wegen seiner Vielgeschäftigkeit, jetzt droht ihm die italienische Presse das gleiche an wegen seiner Lethargie. „Wer aufrichtig und ehrlich", sagt Graf Montgelas mit Recht, „die Zivilbevölkerung vor den furchtbaren Wirkungen der modernen Angriffswaffen schützen will, der muß dafür eintreten, daß diese Waffen abgeschafft und unter der Aufsicht des Völkerbundes vernichtet werden, wie das Deutschland schon auf der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz beantragt hatte."

Daß Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit nicht die starken Seiten der französischen Staatskunst sind, erhellt auch aus dem Vorschlag des Herrn Tardieu, neben den Bombengeschwadern die Zivilluftfahrt zu internationalisieren. Noch besteht der Völkerbund, und die Franzosen hoffen, ihn im Geist des berüchtigten Londoner Protokolls ausgestalten und dauernd der französischen Führung unterordnen zu können. Paris will also unter dem scheinheiligen Vorwand einer Humanisierung des Krieges und mit dem hundertmal widerlegten Argument, daß sich Verkehrsflugzeuge ohne Schwierigkeit in Bombenflugzeuge umwandeln ließen, unsere Zivilluftfahrt zu treuen Händen nehmen. Dann gnade ihr Gott!

Die Streitwagen erwähnen die Vorschläge Frankreichs überhaupt nicht. Den Besitz dieser schweren Angriffswaffe will sich die Republik noch nicht einmal durch die Faxe der Internationalisierung schmälern lassen, während die Amerikaner fordern, daß der Streitwagen, diese unheimliche Modernisierung homerischer Kriegskunst, aus den Arsenalen überhaupt verschwinden soll: „Die Vernichtung der schweren Waffen ist die notwendige militärische Ergänzung des Kellogg-Paktes", äußert Oberst K. L. von Oertzen an einer anderen Stelle dieses Heftes. Darum bekämpfen die Amerikaner die Anwendung jener Kriegsmittel ehrlich, die Franzosen nur ut aliquid fieri videatur. In diesem Licht erscheint als der beachtlichste Unterschied der Methoden, vermittels deren Amerikaner und Franzosen der Frage der schweren Angriffswaffen begegnen, der folgende: die Amerikaner beschränken sich auf die schweren Waffen, die zu Lande gebraucht werden, die Franzosen sind für diese Art und Weise, dem pazifistischen Gedanken zu dienen, so begeistert, daß sie ihre Aktion auch auf das Wasser ausdehnen. Frankreich verlangt, daß die großen Kriegsschiffe behandelt werden sollen wie die schwere Artillerie. Jede Macht, die nicht einwilligt, gegebenenfalls ihre Flotte für den Völkerbund fechten zu lassen, hat — das ist Frankreichs Standpunkt — ihre Schiffe über 10000 Tonnen abzuschaffen. Die Union ist, um es zu wiederholen, nicht Mitglied des Völkerbunds, vermag deshalb jene Bindung nicht auf sich zu nehmen. Washington müßte also den Kern seiner Marine unterdrücken, während Tokio, das sich dann wohl hüten würde, dem Völkerbund den Rücken zu kehren, seine Seemacht intakt erhielte.

Die Franzosen formulieren also ein Programm der Abrüstung, dessen Unmöglichkeit sie selber kennen und stellen so ihren amerikanischen Freunden, deren sie noch beim Washington-Jubiläum so herzlich gedacht haben, ein Bein. Und fast niemals fehlt bei den Handlungen der französischen Diplomatie ein Stoß gegen die Wohlfahrt und die Sicherheit Deutschlands! Wie die französischen Politiker unter ihren Ab-

rüstungsbestrebungen den Plan verdecken, unsere Zivilluftfahrt zu ersticken, so hoffen sie durch jenes arglistige Mittel auch die bescheidene Kriegsflotte Deutschlands zu zerstören oder unter ihre Kontrolle zu bringen. Den Anträgen Frankreichs zufolge sollen nämlich nicht bloß die Schiffe über 10000 Tonnen abgeschafft oder Genf zur Disposition gestellt werden, sondern auch die bis zu 10000 Tonnen, wofern sie Geschütze von mehr als 20,3 cm Kaliber führen. Das ist bei unserem Gottseibeiuns von Panzerkreuzer, vor dem das siegreiche Frankreich zittert, der Fall, während die übrigen Mächte ihre Schiffe, die nicht mehr als 10000 Tonnen halten, mit Bestückung unter 20,3 cm ausgestattet haben. Man sieht also, wohin die Bemühungen Frankreichs, die schweren maritimen Angriffswaffen zu beseitigen oder durch die Unschuld vom Lac Léman betreuen zu lassen, eigentlich zielen: „Latet anguis sub herbis!"

Das Erscheinen des deutschen Reichskanzlers im Völkerbundsrat hat ohne Zweifel auch zu Gesprächen über die Unterdrückung der Reparationen geführt. Daß der amerikanische Außenminister Stimson sich zur Reise nach der Residenz des Völkerbundes entschlossen hat, dürfte nicht lediglich auf die Aufmerksamkeit zurückzuführen sein, mit der man am Potomac die Lösung des Abrüstungsproblems verfolgt. Vielmehr sind sich die denkenden Köpfe der neuen Welt vollständig im klaren darüber, daß bei der Verflochtenheit der Wirtschaft aller Völker und bei der Abhängigkeit der Wirtschaft von der Politik hinsichtlich des gesamten Komplexes der europäischen Staatsgeschäfte für Amerika das Wort des antiken Dichters gilt: „Nam tua res agitur paries dum proximus ardet." Daß Deutschland am 1. Juli 1932 außer Stande sein wird, die Entrichtung des Tributs wiederaufzunehmen, wird allerseits zugegeben, es ist aber auch die Einsicht in die Unfähigkeit des Deutschen Reiches, jemals wieder solche Wechsel zu honorieren, im Wachsen begriffen. Doch besteht Frankreich, indem es sich widerstrebend der Tatsache beugt, daß Deutschland in der Gegenwart nicht zu zahlen vermag, für die Zukunft auf seinen Schein. Da kommt eine Flugschrift gerade recht, die die Fragwürdigkeit dieses Scheins beleuchtet[1]). Die Ausführungen des Verfassers gelten u. a. dem Artikel des „Temps" vom 15. November 1931, in dem von historisch gebildeter Seite die These begründet wurde, der Artikel 231 des Versailler Vertrages motiviere gar nicht die Zahlungsverpflichtungen des Deutschen Reiches mit seiner sittlichen Verschuldung. Das sei nur eine zwar weit verbreitete aber irrige Auslegung des Artikels. Dieser enthalte überhaupt keine Urteile, die man annehmen oder ablehnen könne, sondern lediglich eine unbestreitbare tatsächliche Wahrheit. Es stehe in ihm weiter nichts, als daß Deutschland ersatzpflichtig sei für die Schäden, die die feindlichen Regierungen und ihre Staatsangehörigen erlitten hätten: „en consequence de la guerre qui leur a été imposée par l'aggression de l'Allemagne". Lauter Tatsachen, sagt der „Temps" — von deutscher Kriegsschuld kein Wort[2])!

[1]) Ernst Heinemann, „Die Fiktion der deutschen Reparationsschuld." 22 S. Berlin 1932. Verlag von Georg Stilke.

[2]) In extenso lautet Artikel 231: „Les Gouvernements alliés et associés déclarent et l'Allemagne reconnaît que l'Allemagne et ses alliés sont responsables, pour les avoir causés de toutes les pertes et de tous les dommages subis par les gouvernements, alliés et associés et leurs nationaux en conséquence de la guerre qui leurs a été imposée par l'aggression de l'Allemagne et de ses alliés."

Den Gedankengängen, vermittels deren der Verfasser der Flugschrift die Veröffentlichung im „Temps“ kritisiert, möchte ich einige Bemerkungen hinzufügen. Der „Temps“ irrt, wenn er es so darstellt, als ob Artikel 231 uns nicht sittlich belaste. Der Artikel 231 spricht von einem Angriff, der von Deutschland gemacht worden sei. Der Gegenseite sei dadurch der Krieg auferlegt worden, oder, wie es in unserer amtlichen Übersetzung der maßgebenen französischen und englischen Texte mit unnötiger Verschärfung sogar heißt, aufgezwungen worden[1]). In der gesamten internationalen Erörterung über die Kriegsschuld ist von den Franzosen und von allen, die mit ihnen sympathisierten, jener Angriff immer als eine sittliche Verfehlung schlimmster Art hingestellt worden; eine dissentierende Stimme hat sich in diesen Kreisen nie erhoben. Speziell der „Temps“ hat unzählige Male den deutschen Angriff und den seiner Verbündeten als einen verbrecherischen Anschlag der puissances de proie bezeichnet. Während der Rheinbesetzung ist er nicht müde geworden, in seinen Leitartikeln stets von neuem zu beweisen, daß es wegen der eingeborenen und unausrottbaren Verruchtheit der Friedensbrecher von 1914 eine sittliche Pflicht der Westmächte sei, für ewige Zeiten Garnisonen in den Rheinfestungen zu halten. Wiederum, wie in der Römer Zeiten, sollte ein Limes nötig sein, um die zivilisierte Welt vor den rohen Leidenschaften des Barbarentums zu schützen.

Daß die französischen Zeitungen — nicht etwa bloß der „Temps“ — so schrieben, ist noch nicht lange her, aber die kurze Spanne Zeit ist von den Bekämpfern der Kriegsschuldlüge in Deutschland und im Ausland, namentlich in Amerika, erfolgreich ausgenutzt worden. Kein mit dem Quellenmaterial Vertrauter glaubt noch an eine sittliche Verschuldung Deutschlands; die ausländischen Gelehrten gehen mit den unsrigen darin Hand in Hand. Höchstens, daß man sich noch bemüht, eine mittlere Linie zu suchen, indem geurteilt wird, Deutschland trage nicht die Alleinschuld. Vor dem kritischen Auge der geschichtlichen Wissenschaft existiert diese mittlere Linie nicht. Deutschland trägt gar keine sittliche Verantwortung für den Ausbruch der internationalen Feuersbrunst; wie man über den Reichskanzler Bethmann Hollweg auch sonst denken mag — in jener Hinsicht steht er gerechtfertigt da; kein objektiver Historiker kann nach Maßgabe der internationalen Forschung noch wagen, den geschickten oder ungeschickten Feuerwehrmann Bethmann Hollweg den gerissenen Brandstiftern Poincaré und Sasonow gleichzustellen.

Selbst wenn wir jedoch bei der These stehenbleiben, die heute die Weltmeinung beherrscht, daß Deutschland nicht, wie früher ziemlich allgemein angenommen worden war, die Alleinschuld am Kriege trage, verstehen wir die Frontveränderung des „Temps“. Er und der Quai d'Orsay sehen ganz klar, daß man einer Nation, die nicht die alleinige Schuld am Kriege trägt, unmöglich aus sittlichen Gründen die Kriegskosten aller am Kriege überhaupt beteiligt gewesener Nationen aufbürden kann. Darum die amoralische Auslegung, die dem Artikel 231 plötzlich vom „Temps“ gegeben wird. Es soll in dem Artikel kein sittliches Urteil stehen, sondern ausschließlich eine doppelseitige Tatsache, nämlich, daß Deutschland angegriffen hat, und daß die anderen sich haben wehren müssen. Nachdem die Verteidiger den Angreifer besiegt haben, folgt, so behauptet die maßgebende französische Zeitung, aus der Logik der Tatsachen von selber, auf welche Seite die Kriegskosten fallen.

[1]) Den Wortlaut der deutschen Übersetzung siehe bei Heinemann, S. 7.

Nachdem die Doktrin von der sittlichen Verschuldung Deutschlands ihr Ansehen verloren hat, läßt sie der gallische Bellachini im Handumdrehen in seiner Tasche verschwinden und zeigt dem verdutzten deutschen Michel eine andere, die seine Tribute begründet. Ebenso anerkennenswert wie die Fingerfertigkeit der französischen Staatskunst ist ihre Voraussicht. Wenn vertragliche Vorkehrungen gegen Angriffe einer dritten Macht zu Papier gebracht werden, ist es in der Sprache der Diplomatie allgemein üblich „agression non provoquée" zu sagen. Im Artikel 231 würde, wenn die französischen Diplomaten weniger gerissene Praktiker wären, sicher in Anlehnung an jene traditionelle Ausdrucksweise gesagt worden sein, daß der Krieg den alliierten und assoziierten Mächten auferlegt worden wäre: „par l'aggression non provoquée de l'Allemagne". Da aber die französischen Staatsmänner, als der Wortlaut des Friedensvertrags festgestellt wurde, schon genau wußten, daß die sittliche Verschuldung des Deutschen Reichs ein Mythus war und sie sich sogar selber sittlich schuldig fühlten, ließen sie hinter „agression" den scheinbar so vorteilhaften Zusatz „non provoquée" klüglich aus. Nun enthielt der Artikel kein sittliches Urteil, überhaupt kein Urteil mehr. Das Kabinett von Paris bekam dadurch freie Hand, sich umzustellen, wenn authentische Dokumente herauskamen und die Historiker dann ihre Scheinwerfer auf die Hintergründe der Verwickelung vom Sommer 1914 richteten. Als der Friede geschlossen wurde, war es noch lange nicht soweit, vielmehr behielten die französischen Goldgräber volle zwölf Jahre Zeit, die Ader der sittlichen Verschuldung Deutschlands auszubeuten, um die Keller der Bank von Frankreich zu füllen. Beim heutigen Stand der Kriegsschuldfrage mußte jedoch die Bergwerkstechnik unserer westlichen Nachbarn eine andere werden, und das berechnete Zugeständnis des „Temps", daß der Friedensvertrag uns sittlich nicht verurteile, sondern nur im Geist der Rechtswissenschaft mit einer Ersatzpflicht belaste, leitete ein neues Verfahren der politischen Minen-Industrie der Franzosen ein.

Wird die gewundene Juristerei dieses Volks das Ohr der Menschheit haben, oder werden die Nationen auf die massive Sprache hören, die die Wirtschaft redet? Der Reichskanzler in Genf hat nicht allein die Abrüstung in rasch aufeinanderfolgenden Etappen, sondern auch den endgültigen Wegfall der Reparationen gefordert. Nur diese Reform kann im gegebenen Zeitpunkt einen starken Antrieb zur allgemeinen wirtschaftlichen Erholung entfesseln. Von sekundären Faktoren abgesehen, ist die Weltwirtschaftskrise darauf zurückzuführen, daß technische Fortschritte die Produktionsmenge überseeischer Rohstoffe gewaltig gesteigert haben, und daß zugleich 12 bis 15 Millionen Verbraucher, auf die die Weltwirtschaft sonst hätte rechnen können, mitsamt ihren potentiellen Nachkommen durch das Schwert ausgerottet worden sind. Die Zeit liegt noch nicht lange zurück, wo in den britischen Dominions nicht mehr als 12 bis 15 Millionen Weiße wohnten[1]). Damals wurde oft darauf hingewiesen, daß der Verbrauch dieser verhältnismäßig kleinen Zahl hochzivilisierter anspruchsvoller Menschen ein Eckstein der britischen Wirtschaftsgröße sei. Man mag daran die Wucht ermessen, mit der dadurch, daß 12 bis 15 Millionen Mitglieder der Familie der Kulturmenschheit plötzlich in das Nichts versanken, die Wirtschaft der Erdkugel aus ihrer Bahn geschleudert worden ist.

[1]) Heute reichlich 25 Millionen.

Wirtschaftlich angesehen, erscheint der Krieg als ein roher Eingriff von außen her, durch den Umsturz des vernünftigen Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage, der die wirtschaftlichen Gesetze zum Schweigen verurteilt und die naturgemäße Entwicklung der Wirtschaft unterbrochen hat. Dieses Unglück, das namentlich französische Staatslenker verschuldet hatten, wieder gut zumachen, war unmöglich; man hätte denn in Versailles verstehen müssen, die Toten wieder aufzuwecken. Nur die Zeit konnte die Glieder des Konsumentenheers wieder schließen, das die Schlachten dezimiert hatten. Frankreich hätte aber nicht, wie das gewissen Barbarenstämmen in bezug auf die Behandlung verwundeter Kriegsgefangener nachgesagt wird, Pfeffer in die Wunden streuen dürfen, um sie offen zu halten. Diese Versündigung haben die Franzosen, nachdem sie soviel zum Ausbruch des allgemeinen Krieges beigetragen hatten, an der wund gewordenen Weltwirtschaft begangen. Die politische Kriegsentschädigung, die die dritte Republik nach dem Muster Napoleons Berlin auferlegte, wirkte auf die Weltwirtschaft wie in die Wunden gestreuter Pfeffer.

Ankurbeln läßt sich die Weltwirtschaft nicht; die Begriffe Kurbel und Welt stehen dazu in einem gar zu grotesken Mißverhältnis. Aber man kann und soll den Störungen ein Ende machen, die die Politik seit 1914 nicht müde wird, in dem ökonomischen Organismus hervorzurufen. In Ruhe gelassen, wird dieser nach und nach von selber heilen, denn die These der Sozialisten und Kommunisten von der Götterdämmerung des sogenannten kapitalistischen Systems entbehrt jeder Grundlage; die Lebenskraft der gegebenen weltwirtschaftlichen Ordnung ist unerschöpflich. Daß die Befreiung von dem Übermaß politischer Bedrängnisse, von denen das Reparationselend nur einen Teil bildet, für die Weltwirtschaft vital ist, wird in Amerika wie in Europa von einer stetig wachsenden Zahl einflußreicher Männer anerkannt. Man gibt sich keinem ungesunden Optimismus hin, wenn man hofft, daß diese Weltmeinung mit der Zeit einen unwiderstehlichen Druck auf Frankreich ausüben wird, zumal auch in diesem Land, obgleich es verhältnißmäßig autark ist, die allgemeine Krise längst ihren Einzug gehalten hat. In ihrem Zeichen werden sich die Wahlen zur Deputiertenkammer vollziehen. Die Ansicht, ihr Ausfall könne Deutschland gleichgültig sein, weil alle Parteien Frankreichs derselben Außenpolitik verschrieben seien, schießt über das Ziel hinaus. Die Linke unterscheidet sich von der Rechten dadurch, daß jene weniger geneigt ist als diese, für die Hegemonie Frankreichs Opfer zu bringen und Gefahren zu laufen. Der Führer der Rechten, Poincaré, wollte 1923 um jeden Preis den Rheinstaat errichten, sein Nachfolger, Herriot von der Linken, bog der für die Ruhe Frankreichs bedrohlichen Rheinstaatspolitik die Spitze ab und begnügte sich vorläufig mit der finanziellen Versklavung Deutschlands durch den Dawespakt. Diesem stimmte bekanntlich auch ein Teil der deutschnationalen Reichstagsmitglieder zu, denn er bewahrte Deutschland vor dem Schicksal, das ihm Ministerpräsident v. Bismarck schon um 1863 als mögliche Folge unserer selbstmörderischen Uneinigkeit vor Augen gestellt hatte: geteilt zu werden wie einstmals Polen. Daß es 1924 dazu nicht kam, verdankten wir neben dem eigenen passiven Widerstand — wir opferten damals den Rest unserer Währung — den Wahlen zur französischen Kammer vom Mai. Sie ersetzten zwar nur Erbfeinde Deutschlands rechts durch Erbfeinde Deutschlands links, aber das genügte, wenigstens die Teilung unseres Vaterlandes zu vertagen.

Der ruhebedürftige Teil der Franzosen kam Mai 1924 ans Ruder wesentlich mit durch den Druck, den das Kabinett von St. James auf die französische Politik ausübte. England gebot 1924 auf dem Festland Ruhe, um die Wunden zu pflegen, die der Krieg ihm geschlagen hatte. Das Pfund Sterling war im Jahresdurchschnitt von 1920 um 25% entwertet gewesen, in dem von 1924 zeigte es nur noch ein Disagio von 9%; diesen heilsamen Prozeß durften schwere kontinentale Wirren nicht unterbrechen. Der Dawespakt schloß sie aus, und so gelang den Briten schon 1925 die Wiedererhebung ihrer Valuta zum Goldwert, wenn auch nur in der Form der Goldkernwährung. Die Finanzen Großbritanniens schienen sich dermaßen gekräftigt zu haben, daß die Tory-Regierung, um sich für die unmittelbar bevorstehenden Wahlen populär zu machen, den Teezoll abzuschaffen wagte. Der Eintritt der allgemeinen Wirtschaftskrise hat der optimistischen Währungs- und Finanzpolitik, die die Konservativen von 1925—1929 getrieben haben und die ihre arbeiterparteilichen Nachfolger fortsetzten, den Boden unter den Füßen fortgezogen. Soeben hat der Schatzkanzler der gegenwärtig im Amt befindlichen Koalitionsregierung das Budget für 1932/33 eingebracht. Die „Times" nennen es ein hartes, grimmiges Budget. Denn weder die Einkommen- noch die Erbschafts- noch die Biersteuern werden herabgesetzt, obgleich ihr starker Ertragsrückgang im abgelaufenen Jahr nicht bloß auf die schlechte Lage der Wirtschaft, sondern auch auf Übertreibung der Steuersätze zurückgeführt wird. Dafür ist der Teezoll wieder eingeführt worden. 2½ Milliarden Mark (das Pfund Sterling zu etwa 16 Mark gerechnet) sollen durch Schatzwechsel aufgenommen werden, um der Regierung einen Fonds zur Verfügung zu stellen, vermittels dessen sie Handel und Wandel vor allzu starken Schwankungen der wieder eingerissenen Papierwährung bewahren kann.

Verglichen mit den Zuständen bei uns, herrscht in England trotz der Papierwährung noch immer das goldene Zeitalter, aber die Briten messen mit anderem Maß, und die Stimmung gegen Frankreich ist heute jenseits des Kanals ebenso gereizt wie zur Zeit der Ruhrinvasion. In Amerika ist die Stimmung nicht anders. Hält doch Frankreich seinen Anspruch an die Reparationen aufrecht, obgleich sie einen für die angelsächsischen Länder so wichtigen weltwirtschaftlichen Markt wie den deutschen zerrüttet haben. Frankreich verhindert durch sein Beharren auf den Reparationen, daß die Vorurteile des amerikanischen Wählers gegen die Streichung der internationalen Schulden von den ökonomisch einsichtigen Elementen des amerikanischen Volkes erfolgreich bekämpft werden können. Frankreich erbittert den amerikanischen Staatsmann, Parteimann und Wähler und ebenso die öffentliche Meinung Englands durch seinen Widerstand gegen die Abrüstung zu Lande und zu Wasser, namentlich zu Wasser, denn die unausgesetzte Verstärkung der französischen Marine droht die finanziellen Segnungen des Londoner Flottenabkommens für die angelsächsischen Mächte illusorisch zu machen. Abgesehen von der Beschneidung des „Dole", den die Arbeitslosen bekommen, beziffert das britische Budget die während der Etatsperiode 1932/33 in der Verwaltung zu bewirkenden Ersparungen nur auf 224 Millionen Mark. Das ist viel zu wenig, wenn auf einen Etat von über 12 Milliarden Mark Ausgaben die Steuererleichterung ermöglicht werden soll, die drüben kommen muß, wie bei uns. Mehr ist aber nur zu ersparen, wenn man auch an den Ausgaben für die Wehrmacht nicht vorübergeht. Die französische Politik verhindert das. Sie nährt die Kriegsgefahr nicht nur in Europa, sondern auch in Asien,

wo sie Japan gegen die angelsächsischen Mächte unterstützt. Der nationalistischen, also der Übertreibung unverdächtigen Presse von Paris entnehme ich die Notiz, daß die Wehr-Ausgaben der Republik zwischen 1927 und 1932 von 1½ Milliarden Mark für das Jahr auf 2¼ Milliarden Mark gestiegen sind, also um die gewaltige Summe von 750 Millionen Mark per annum.

Vorläufig halten das die Franzosen trotz ihrer sinkenden Staatseinkünfte noch aus, und Tardieus Katarrh sabotiert Stimsons weite Reise. Zu den Fragen der Abrüstung, der Reparationen, der internationalen Staatsschulden, des japanisch-chinesischen Streits kommt der Wiederaufbau der Donauländer, der von Europa gleichfalls nur im Gegensatz zu den französischen Aspirationen geleistet werden kann. Keine dieser Fragen ist ohne die andere zu lösen; das ist der Knoten, der sich in Genf geschürzt hat! In ihrem eigenen Interesse dürfen die angelsächsischen Mächte nicht erlauben, daß das Schwert des modernen Brennus ihn durchhaut, da aber die angelsächsische Welt, namentlich England, gegenüber Frankreich den Standpunkt einnimmt, daß das Tischtuch um keinen Preis zerschnitten werden darf, gestaltet sich die Genfer Problematik nur um so furchtbarer.

Und wenn das fast verzweifelt gelagerte Durcheinander der diplomatischen Verwicklungen nach den französischen Wahlen wirklich eine für uns halbwegs annehmbare Lösung erfahren sollte, sind wir ja auch noch nicht aus den schwersten Gefahren heraus, sondern, obschon der politischen Fesseln ledig, wirtschaftlich nach wie vor unter einem Trümmerfeld begraben. Doch darf uns der Glaube nicht verlassen, daß Deutschland, sobald es nicht mehr an Händen und Füßen gebunden ist, die Kraft finden wird, sich zu erheben, das Trümmerfeld seiner von Frankreich zerschlagenen Wirtschaft aufzuräumen und neu zu bebauen. Mit welcher gleichfalls furchtbaren Problematik wir dann zu ringen haben werden, zeigt ein Blick in unsere Tagesliteratur. Wir empfehlen als besonders lesenswert die an neuen Gedanken und auch an beachtlichen praktischen Vorschlägen reiche Schrift von Dr. H. Rittershausen: „Der Neubau des deutschen Kreditsystems“[1]). Wie an den unberechenbaren Winden der ökonomischen Weltkonjunktur, wie an der Scylla der Außenpolitik, kann unser Schiff auch noch an der Charybdis der Innenpolitik scheitern. Vor mir liegt „Preußen 1932, Politik in Stichworten“, herausgegeben von der Pressestelle des Preußischen Staatsministeriums.[2]) Stoffreich und doch gedrängt gibt „das Preußenhandbuch“ denen, die sich mit innerer Politik beschäftigen, eine sehr nützliche, ja unentbehrliche Arbeitsgrundlage, zumal sich der Umfang der zweiten Auflage gegen den der ersten verdoppelt hat. Das schließt nicht aus, daß Stichworte durch Abwesenheit glänzen. Zum Beispiel hätte das Stichwort „Parteibuch“ nicht keusch verschwiegen werden sollen, denn was die Verfasser unter anderen Rubriken über jene Neuinkarnation des Privilegienstaats bemerken, ist nicht geeignet, das vile corpus derjenigen Staatsbürger zufrieden zu stellen, die ohne solch einen „Befähigungsnachweis“ in öffentlichen Diensten wirken möchten. Kaum wird bei der Herausgabe des neuen „Preußenhandbuchs“ im Jahre 1936 das Ministerium Braun oder eine

[1]) Verlag von Georg Stilke, Berlin, 184 S.

[2]) Verlag von Georg Stilke. Es handelt sich um eine vollständige Neubearbeitung der Flugschrift, die die preußische Regierung zu den Wahlen von 1928 herausgegeben hat.

ihm ähnliche Kombination noch am Ruder sein. Nach den Neuwahlen in Preußen sitzen im Landtag 219 Nationalsozialisten und Kommunisten von 422 Abgeordneten im ganzen. Die vorher verfassungstreu gewesene Mehrheit des Hauses verwirft jetzt also das parlamentarische System, auf dem die Existenz dieses Parlaments doch andererseits beruht. Die Doktrin der 31 Deutschnationalen ist eine ganz ähnliche, so daß in Preußen jetzt von 422 Abgeordneten volle 250 den Parlamentarismus für das Grundübel des Staats ansehen. Deshalb ist, wie ich das in meiner vorigen „Politischen Korrespondenz" ausgeführt habe, eine Verständigung zwischen Nationalsozialisten und Zentrum, die den zersplitterten Landtag flott machen würde, praktisch nur unter den außerordentlichsten Schwierigkeiten realisierbar. Alles das bedeutet höchste Explosibilität, namentlich wenn man auch noch den Zündstoff ins Auge faßt, der sich zwischen Landtag und Reichstag aufzuhäufen wohl nicht verfehlen wird. Inmitten dieser ungeheuren Spannung wird sachliche Arbeit, wie sie die Reorganisation und Reinigung der Verwaltung erfordern würde, schwerlich geleistet werden können. Außenpolitisch dürfte das abermalige Anschwellen der Nationalsozialisten nicht nur in Preußen sondern auch bei den Wahlen in Bayern und Württemberg sowie in Österreich die Stellung der französischen Linken im Wahlkampf verschlechtern und so möglicherweise bewirken, daß der Knoten der internationalen Lage, wie er sich bisher in Genf schon verworren genug geschürzt hat, noch stärkere Verwickelungen erleidet. Kurz — man braucht kein Meteorologe zu sein, um einen gewitterreichen Sommer vorauszusagen.

In der Weltgeschichte haben äußere und innere Politik immer in Wechselwirkung gestanden. Die Aussichten einer Einigung mit Frankreich müssen nach wie vor sehr pessimistisch beurteilt werden. Dabei ist offen anzuerkennen, daß jene Einigung, wenn sie zu leidlichen Bedingungen von uns zustande gebracht werden könnte, unsere inneren Kämpfe in hohem Grade entgiften und die schlimmsten Gefahren, die dem Staat von den Parteien drohen, bannen würde. Aber das Kabinett von Paris will gar keine Gesundung Deutschlands. Vielmehr hat es systematisch durch die beispiellose Kriegsentschädigung den Körper Deutschlands blutleer gemacht und hofft, durch weitere Blutentziehung die entkräftete Konstitution des Patienten endlich zur Auflösung zu bringen. Es ist die Fortsetzung des nassen Krieges durch den trockenen. Bis jetzt ist es dieser erbarmungslosen Feindschaft nicht gelungen, ihr Ziel zu erreichen. Unsere nationale Einheit hält noch stand; die Beziehungen Bayerns zum Reich haben sich sogar verbessert. Aber die französische Politik gießt beständig Oel in das Feuer des deutschen Parteienkampfes, und jene Politik wird niemals freiwillig aufgegeben werden, sondern nur, wenn der Druck anderer Mächte und der wirtschaftlichen Lage Paris zum Suchen neuer Wege zwingt. Man hat gesagt, ein solches Einlenken könne nur von den französischen Rechtsparteien bewirkt werden; aber das dürfte eine geistreiche Paradoxie ohne praktische Wahrheit sein; darum sehen wir trotz der Homogenität, die die außenpolitischen Anschauungen der französischen Parteien verknüpft, dem Ausfall der Wahlen zur Deputiertenkammer mit besonderer Spannung entgegen.

Emil Daniels.

Für den redaktionellen Teil verantwortlich: Dr. Walter Heynen in Berlin W 10
Für den Anzeigenteil: Erhard Fuchs, Potsdam
Verlag von Georg Stilke, Berlin NW, Dorotheenstr. 65
Druck von J. S. Preuß, Buchdruckerei, Berlin S 14, Dresdener Str. 43

Lausanne

von Prof. D. Dr. Joh. Victor Bredt,

Reichsminister a. D., Marburg

Mit Spannung werden die Augen der ganzen Welt in kommender Zeit nach Lausanne gerichtet sein, und allenthalben werden die Gemüter beherrscht werden von der einen großen Frage, ob jetzt endlich die Welt Vernunft annehmen und Schluß machen wird mit unleidlichen Zuständen. Oft genug haben schon Konferenzen getagt, die sich mit der Frage der Reparationen befaßten, und immer wieder ist nur ein unerfreuliches Provisorium oder gar ein völliger Mißerfolg herausgekommen. Diesmal liegen die Dinge aber anders, und dies muß mit völliger Deutlichkeit ausgesprochen werden.

Der Deutsche Reichskanzler geht diesmal anders gerüstet auf die Konferenz, als es bisher der Fall zu sein pflegte. Schon oft haben die deutschen Vertreter auf solchen Konferenzen mit allem Nachdruck hingewiesen auf die ungeheuerlichen Folgen, die eine phantastische Reparationspolitik gezeitigt hatte. Sie sind angehört, aber in ihren Folgerungen nicht beachtet worden, und regelmäßig endeten die Verhandlungen damit, daß Frankreich und seine Verbündeten auf ihrem Schein bestanden. Die Dawes-Verhandlungen brachten insofern einen Fortschritt, als wenigstens anerkannt wurde, daß Deutschlands tatsächliche Zahlungsfähigkeit als Grundlage für alles Weitere dienen müsse. Dabei wurde aber diese Zahlungsfähigkeit derart überschätzt, daß das Uebel nicht behoben, sondern eher noch verschlimmert wurde. Die Young-Verhandlungen, die eine endgültige Regelung herbeiführen wollten, endeten wiederum mit einer Feststellung, die den Stempel des Unmöglichen trug. Die Young-Zahlungen waren als endgültige Last gedacht, aber im Reichstage wurde sofort mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß davon keine Rede sein könne. Auch diejenigen Parteien, die für den Plan stimmten, taten es wohl mehr, um den guten Willen Deutschlands zur Verständigung zu zeigen, als um ihre Ansicht dahin kundzutun, daß der Young-Plan eine endgültige Lösung darstellen könne.

Die Franzosen haben offensichtlich auch nicht vermutet, daß Deutschland die Zahlungen auf die Dauer leisten könne. Sie haben daher Bestimmungen in den Plan hineingearbeitet, die ihnen wieder Handlungsfreiheit geben können, wenn Deutschland den Plan „zerreißen" will. Diese Bestimmungen werden in Lausanne vermutlich eine Rolle spielen, denn man wird die Haltung des deutschen Reichskanzlers dahin zu deuten versuchen, daß er vorhabe, den Plan zu zerreißen. Davon kann keine Rede sein, denn der Reichskanzler bestreitet gar nicht,

daß der Plan noch zu Recht besteht. Die Stellungnahme des Reichskanzlers ist vielmehr eine ganz andere.

Es hat sich ganz unzweideutig herausgestellt, daß Deutschland einfach nicht mehr in der Lage ist, irgendwelche Reparationszahlungen zu leisten, und der Reichskanzler ist in Lausanne außerstande, etwas anderes zu sagen. Er kann lediglich die Erklärung abgeben, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands am Ende ist, und daß alles weitere Verhandeln keinen Wert habe. Es kann auch keine Rede davon sein, daß Deutschland noch einmal den ungeschützten Teil der Reparationen in der Weise zahlt, daß der Betrag der Reichsbahn als Anleihe gegeben und den Gläubigerstaaten künftig verzinst wird. Das ist einmal erzwungen worden, aber es wird ein zweites Mal nicht mehr zu erzwingen sein. Das ist der Standpunkt, den allein der Reichskanzler vertreten kann — und wird! — und von dem er nicht abgehen kann.

Man kann sehr zweifelhaft sein, ob der Reichskanzler überhaupt gut tut, persönlich nach Lausanne zu gehen. Seine Stellung in Deutschland ist ohnehin nicht sehr fest, und er sollte sich hüten, sich ohne Ursache persönlichen Mißerfolgen auszusetzen. Wenn er zurückkommt, ohne eine endgültige Lösung der Reparationsfrage erreicht zu haben, werden seine Gegner es ihm vorhalten, und er wird Mühe haben, die Vorwürfe abzuwehren, die sich selbstverständlich ergeben. Er wird es hören müssen, daß er seine Sache nicht gut vertreten habe, und wird dann als Außenminister vielleicht noch einen schwereren Stand haben, als er bisher schon als Reichskanzler hatte.

Es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die Konferenz von Lausanne ohne einen greifbaren Erfolg für Deutschland enden wird. Frankreich hat die deutschen Zahlungen bisher als sichere Einnahme in Rechnung gestellt, und es war schon kein leichter Schlag, als das Hoover-Feierjahr ihm einen Ausfall dieser Zahlungen brachte, allerdings für dieselbe Zeit auch eine Befreiung von seiner ausländischen Zinsenlast. Jetzt haben sich mittlerweile die französischen Finanzen katastrophal verschlechtert, und die Regierung weiß nicht mehr, wie sie ihr großes Defizit decken soll. Nun wird in diesem Augenblicke der französischen Regierung noch obendrein zugemutet, auf die deutschen Zahlungen zu verzichten. Soll man da so ohne weiteres annehmen, daß die Regierung bereit dazu sei? Es ist bestimmt nicht anzunehmen. Die französische Regierung wird alle Schachzüge versuchen, um die Reparationszahlungen wenigstens grundsätzlich zu retten, wenn auch vielleicht mit vorübergehenden Erleichterungen. Kein französischer Minister dürfte es wagen, nach Paris zurückzukommen nach einem Verzichte in Lausanne. Auch der Ruck nach links bei den französischen Wahlen wird daran nichts ändern. Die jetzt mehr als je maß-

gebende Radikalsoziale Partei besteht größtenteils aus Kleinrentnern und Kapitalisten, die sehr daran interessiert sind, daß die französischen Finanzen nicht durch neue Steuern, sondern durch Reparationszahlungen ausgeglichen werden. Deutschland wird also in Lausanne einen schweren Stand haben, und der Reichskanzler tut gut daran, seine Politik auf einen Mißerfolg einzustellen und die deutsche Oeffentlichkeit darauf vorzubereiten.

Allerdings hat Deutschland in Lausanne eine gewisse Unterstützung zu erwarten. Die ganze Reparationsfrage ist ja überhaupt aufgerollt worden durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten, und dieser wird bestimmt nicht jetzt umschwenken und eine veränderte Haltung einnehmen. Es fragt sich aber noch sehr, was denn nun die Vereinigten Staaten vorschlagen werden. Der aussichtsreichste Kandidat für den Präsidentenposten der Vereinigten Staaten, Al Smith, scheint nach seinen Aeußerungen eine einfache Verlängerung des Hoover-Feierjahres als das Richtige anzusehen. Damit ist uns aber wenig gedient, denn was wir jetzt unter allen Umständen erreichen müssen, ist eine endgültige und restlose Bereinigung der Reparationsfrage. Diese ist aber undenkbar ohne eine gleichzeitige Bereinigung der Kriegsschuldenfrage zwischen den Ententestaaten und den Vereinigten Staaten. Es scheint nicht, daß da schon eine Geneigtheit vorhanden ist, den Schuldnern entscheidend entgegenzukommen. England hat heute soviel mit sich selbst zu tun, daß auch bei allem Wohlwollen auf eine entscheidende Unterstützung für Deutschland wohl kaum zu rechnen ist; überdies hat auch England noch die Frage seiner eigenen Kriegsschulden zu lösen. Nur Italien ist als wirklicher Bundesgenosse in diesem Kampfe zu rechnen. Bei ihm herrscht das Interesse vor, die französischen Bäume nicht in den Himmel wachsen zu lassen, und so ist zweifellos der gute Wille vorhanden, die Reparationszahlungen endgültig zu beseitigen, um Frankreich nicht zum ersten Gläubigerlande der Welt werden zu lassen.

Alle diese Hilfen werden uns vermutlich in Lausanne wenig helfen. Die einzig wertvolle Hilfe können wir uns nur selbst leisten. Wenn der Deutsche Reichskanzler bestimmt und fest bei der Erklärung bleibt, daß keine Lage denkbar ist, in der wir noch einmal an eine Wiederaufnahme der Reparationszahlungen denken könnten, dann wird solche Haltung schwerer wiegen als jede diplomatische Verhandlung. Der Reichskanzler kann diese Erklärung aber auch mit gutem Gewissen abgeben, denn sie ist wahr, und keine Verhandlung kann an dieser Tatsache etwas ändern.

Es kommt aber nicht weniger darauf an, daß das deutsche Volk selbst auf dem Posten ist und seine Stellung verteidigt. Es ist eine klar erkennbare Tatsache, daß im heutigen Deutschen Reichstage eine Mehrheit für die Wiederaufnahme von Re-

parationszahlungen nicht zu bekommen ist. Selbst wenn also der Reichskanzler zurückkommen sollte mit neuen Zugeständnissen an die Gläubigerstaaten, würde er im Reichstage dafür keine Billigung finden. Er würde im Gegenteil sofort gestürzt werden. Das ist es, was der Reichskanzler seinen Verhandlungsgegnern vor allen Dingen deutlich machen muß. Das deutsche Volk ist entschlossen, unter das Reparationsproblem einen endgültigen Strich zu ziehen, und mit dieser Tatsache müssen die Gegner rechnen. Wenn also in Lausanne keine endgültige Regelung erreicht wird, und darauf müssen wir uns gefaßt machen, dann ändert auch das nichts an der Tatsache, daß eine Wiederaufnahme der Zahlungen ausgeschlossen ist.

Nun wäre aber ein solcher Ausgang der Konferenz dennoch in höchstem Maße bedauerlich. Die ganze Welt leidet heute in erster Linie unter der Unsicherheit in der Reparationsfrage, und die herrschende Wirtschaftskrise ist nicht zuletzt auf diese Unsicherheit zurückzuführen. Der groteske Zustand, daß in dem einen Lande die Währung mit vieler Mühe gehalten werden muß, während das andere Land sein Gold nicht mehr verwerten kann, muß ein Ende haben. Wir sind heute auf dem Punkte angekommen, daß der Begriff des Geldes überhaupt ins Wanken gekommen ist, und wir kaum noch wissen, wie wir unser heutiges Geld definieren sollen. Ein Staat nach dem anderen macht das verzweifelte Experiment, die Goldwährung aufzugeben und sein Geld auf Phantasiewerte zu gründen. Sämtliche Staaten der Welt schließen sich nach aller Möglichkeit gegen das Ausland ab und untergraben damit gleichzeitig die eigenen Ausfuhrmöglichkeiten. Die sogenannten Siegerstaaten stehen in keiner Weise besser da als die Unterlegenen. Amerika ist in einer Krise, die genau so schlimm ist wie die deutsche. England hat seine Schwierigkeiten schon zur Genüge ausgekostet. Italien kommt auch mehr und mehr in die allgemeine Weltkrise hinein. Nur Frankreich hat sich bisher mit Hilfe der Reparationszahlungen gehalten; auch bei ihm aber werden die unabänderlichen Tatsachen sich jetzt geltend machen.

Alles das drängt dahin, das Reparationsproblem so schnell als möglich zu einer endgültigen Lösung zu bringen. Wir wollen hoffen, daß die Einsicht der führenden Männer in Lausanne doch schließlich die Oberhand behalten wird gegenüber allen Strömungen, die heute noch sich einem Durchbruch der Vernunft entgegenstemmen.

Es wird heute oft die Frage erörtert, ob die Außenpolitik oder die Innenpolitik den Primat habe, und man ist geneigt, ihn heute der Außenpolitik zuzuerkennen. Es wird gefolgert,

daß die Lösung der außenpolitischen Reparationsfrage der Ausgangspunkt sein müsse für die Lösung der inneren wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Es ist aber sehr fraglich, ob solche Ansicht richtig ist. Zunächst kann nur noch einmal wiederholt werden, daß außenpolitisch ein Erfolg zu erzielen ist, wenn auch nur in tatsächlicher, nicht auch in rechtlicher Hinsicht. Die bestimmte Erklärung, daß Deutschland unter keinen Umständen irgendwelche Reparationszahlungen wieder aufnehmen werde, kann von der übrigen Welt nur hingenommen und in Rechnung gestellt werden. Soviel weiß man da draußen auch von deutschen Zuständen, daß man bestimmt nicht annimmt, im heutigen Reichstage sei eine Mehrheit für solche Vorlage zu finden. Bei den letzten Verhandlungen des Reichstags ist dies auch schon in aller Deutlichkeit gesagt worden.

Viel wichtiger ist heute für uns die Innenpolitik. Eine Reichsregierung kann nur dann dem Auslande gegenüber fest und bestimmt auftreten, wenn sie im Innern den nötigen Halt hat. Solange sich bei uns zwei große Richtungen unversöhnlich gegenüberstehen — wir sind ja jetzt beinahe am Zweiparteiensystem angelangt — solange wird sich eine erdrückende Mehrheit der einen oder anderen Seite nicht ergeben. Solange wird aber auch jede Reichsregierung mit einer starken und unversöhnlichen Opposition zu rechnen haben. Wenn nun aber ein Reichskanzler dem Auslande gegenüber fest auftreten soll, dann muß wenigstens die Gewähr dafür bestehen, daß er für die nächste Zeit fest im Sattel sitzt. Es wäre daher im Hinblick auf die Außenpolitik ein Verbrechen am deutschen Volke, wenn im Reichstage die Wirtschaftspartei, die zur Zeit den Ausschlag gibt, den Reichskanzler stürzen wollte in dem Augenblick, in dem er den schweren Gang nach Lausanne anzutreten hat. Das Ausland muß wissen, daß der Deutsche Reichskanzler zur Zeit im Reichstage eine feste Mehrheit hinter sich hat, wenn er fest bleibt, daß er aber sofort zu Falle kommt, wenn er in Lausanne nachgibt.

Wir sehen es an Frankreich, wohin es führt, wenn ständig die Regierungen wechseln. Man mag über unsere politische Zerrissenheit mit Recht klagen: man sehe sich aber an, wieviel mehr Parteien Frankreich hat, und wieviel öfter dort die Regierungen wechseln. Und soweit muß auch die radikale Opposition heute ihre Forderungen hinter der großen deutschen Sache zurückstellen, daß sie dem Reichskanzler einen außenpolitischen Erfolg nicht nur ermöglichen, sondern auch gönnen kann!

In letzter Linie hängt die ganze außenpolitische Stellung Deutschlands davon ab, ob es gelingt, die inneren Schwierigkeiten zu beheben; deshalb gebührt heute der Primat der Innenpolitik. Jeder dilettantenhafte Versuch mit Währungsexperimenten, jede politische Katastrophe im Innern würde uns

nur dem Auslande ausliefern. Oder wollen wir dahin kommen, daß wir wie Oesterreich nur noch im Völkerbunde unsere Rettung suchen? Ganz gewiß werden wir im Innern noch sehr große Schwierigkeiten zu überwinden haben, und ganz gewiß werden alle Stände noch Opfer zu bringen haben. Die Hauptsache bleibt es, daß Deutschland im Innern gefestigt und ruhig bleibt, dann werden wir der auswärtigen Fragen schon Herr werden.

Unsere Gegner in Lausanne mögen sich auch eines klar vor Augen führen. In Deutschland herrscht durchaus der Wille vor, die nach dem Kriege aufgenommenen privaten Auslandsschulden vertragsmäßig zu verzinsen und zu amortisieren. Als im Reichstage ein kommunistischer Antrag zur Abstimmung kam, alle Auslandsschulden, öffentliche und private, kurzerhand zu streichen, fand er bei keiner Partei Zustimmung. Selbst die äußerste Rechte erklärte, daß die privaten Schulden selbstverständlich anzuerkennen seien. Das Ausland möge aber wohl bedenken, daß auch diese Bereitwilligkeit ihre Grenze findet an den Tatsachen. Griechenland hat jetzt die Zahlung seiner privaten Schulden eingestellt, und bei anderen Staaten findet sich in anderer Form dasselbe. Deutschland kann seinen privaten Verpflichtungen nur dann nachkommen, wenn im Innern mit äußerster Energie und rücksichtslosester Sparsamkeit die Finanzen in Ordnung gebracht werden. Jeder Versuch, die Reparationszahlungen wieder in Gang zu setzen, würde nicht nur den sofortigen finanziellen Ruin Deutschlands im Gefolge haben, sondern auch innere Unruhen, denn das deutsche Volk würde sich auflehnen gegen jeglichen Versuch, in diesen Zeiten äußerster Not an den eigenen Volksgenossen zu sparen, um dem Auslande Zahlungen zu leisten.

Auch aus solchen Gesichtspunkten heraus darf ein Mißerfolg der Verhandlungen in Lausanne nicht falsch bewertet werden. Wenn die Gläubigerstaaten unnachgiebig bleiben, und wenn unsere wohlwollenden Freunde nur einen Kompromiß zustande bringen, dann heißt das noch lange nicht, daß die Zahlungen wieder aufgenommen werden. Es würde nur bedeuten, daß die Zahlungen noch nicht rechtlich, aber doch tatsächlich beseitigt sind. Für die Stellung des Reichskanzlers wird es entscheidend sein, ob er dies mit der gebotenen Entschiedenheit zum Ausdruck bringt, sowohl nach außen wie nach innen.

Eines muß dabei auch mit aller Klarheit ausgesprochen werden: die endgültige Lösung der Reparationsfrage liegt in der Abrüstung! Solange Frankreich seine übermäßig große Wehrmacht beibehält, solange kann es von seinem Standpunkte aus nicht auf die Reparationszahlungen verzichten, solange werden ihm aber auch die Vereinigten Staaten seine Kriegs-

schulden nicht erlassen. Am Wahn der „Sicherheit" Frankreichs scheitert einstweilen alles.

Für uns Deutsche ist die Reparationsfrage untrennbar verknüpft mit der Abrüstungsfrage. Wir wollen den Franzosen gleichgestellt sein in der Frage der Rüstung, und dies bedeutet gar keine Gefahr für die Welt, am wenigsten für Frankreich. Für die Franzosen ist die Abrüstung von großer finanzieller Bedeutung, für uns ist die Frage der Aufrüstung von noch größerer moralischer Bedeutung. Die deutsche Jugend will wieder wehrhaft werden, und wenn ihr dies von der Welt nicht gestattet wird, dann bahnt sich der Jugenddrang seinen Weg in anderer Weise. Die deutsche Jugend hat ein Recht darauf, wieder den Wehrgedanken zu pflegen, und wir wollen nur eine deutsche Jugend haben, die wehrhaft ist und wehrhaft denkt. Deshalb können wir uns eine endgültige Lösung der Reparationsfrage nur denken bei gleichzeitiger Lösung der Abrüstungsfrage in unserem Sinne.

So wollen wir denn der Konferenz von Lausanne entgegensehen ohne alle Illusionen und uns auf noch mancherlei Schwierigkeiten gefaßt machen. Wir wollen es aber der ganzen Welt gegenüber deutlich aussprechen, daß wir entschlossen sind, jetzt Schluß zu machen mit einem Verfahren, das allmählich genug Unheil über die ganze Welt gebracht hat.

*

Die letzten hundert Meter vor dem Ziele

von Graf Westarp

Reichskanzler Brüning schloß seine Reichstagsrede vom 11. Mai mit den Worten, er werde die Ruhe nicht verlieren, die an den letzten hundert Metern vor dem Ziele das absolut wichtigste sei. Es wäre falsch, deshalb zu glauben, er habe sagen wollen, daß die Erreichung des Zieles für Deutschland unmittelbar und leicht bevorstehe. Solcher Optimismus würde dem Wesen Brünings nicht entsprechen. In die letzte Strecke vor dem Ziele sind wir eingetreten infolge der ehernen Notwendigkeit, der kein Land der Welt sich wird entziehen können, zu einem positiven Abschluß der Verhandlungen in Genf und Lausanne zu kommen. Die militärische Bedrohung der Sicherheit von Deutschland und Europa, die sich aus der Rüstungsungleichheit ergibt, — der ebenso unmoralisch rechtswidrige, wie wirtschaftlich wahnsinnige Versuch, durch Tribute die sogenannten Sieger zu bereichern und die angeblich kriegsschuldigen Besiegten niederzuhalten, — die handels- und währungspolitische Zerreißung Europas durch die 20 000 Kilometer neuer Zollgrenzen der Friedensverträge und durch die

immer dichter werdende gegenseitige Absperrung — das sind die drei Uebel, die dort beseitigt werden sollen. Der Zusammenhang der drei Aufgaben ist nicht nur ein zeitlicher. Wie die einheitliche Ursache der abzustellenden Mißstände auf allen drei Gebieten darin liegt, daß der Weltkrieg nach 1918 mit den Mitteln der Pariser Diktate bis heute fortgesetzt wurde, so kann keine der drei Aufgaben ohne die andere gelöst werden, und nur durch ihre einheitliche Lösung kann die Welt genesen und den Millionen Arbeitslosen wieder Arbeit geschafft werden.

*

Die vierzehn Punkte Wilsons, die durch die Note Lansings vom 5. November 1918 und ihre Annahme zur Rechtsgrundlage des Friedensvertrages gemacht worden waren, enthalten nicht die Entwaffnung und dauernde einseitige Abrüstung Deutschlands, sondern fordern lediglich „angemessene Garantien, daß die nationalen Rüstungen auf den niedrigsten Grad der mit der inneren Sicherheit vereinbar ist, herabgesetzt werden". Im Versailler Diktat wurde diese Rechtsgrundlage zuungunsten Deutschlands umgestoßen. Aus der — inzwischen längst als unrichtig und unsittlich erkannten — Behauptung, Deutschland sei der schuldige Angreifer, wurde nun aber in der Präambel zum 5. Teil und in dem Notenaustausch vom 29. Mai und 16. Juli 1919 nur der Schluß gezogen, daß mit der Abrüstung bei Deutschland angefangen werden müsse, während die Alliierten ausdrücklich erklärten, die deutsche Entwaffnung solle nur „der erste Schritt zu der allgemeinen Herabsetzung und Begrenzung der Rüstung" sein, zu der sie sich ihrerseits verpflichteten. Im Artikel 8 des Vertrages übernahm der Völkerbund die Verpflichtung, das Verfahren zur Durchführung zu bringen. Im Locarno-Vertrag haben sich dessen Vertragspartner noch einmal zu dieser Pflicht bekannt.

Deutschland hat seine Entwaffnung so vollständig durchgeführt, daß trotz schärfster Kontrolle kein Einwand mehr dagegen erhoben werden kann. Die anderen Vertragspartner sind nicht nur 12 Jahre hindurch im Verzug geblieben, sondern haben ihren Rüstungsstand gewaltig erhöht. Die Folge ist, daß in Europa nicht die militärische Sicherheit Frankreichs, wohl aber aufs schwerste die Sicherheit Deutschlands militärisch bedroht ist. Vier Nachbarn, die Deutschlands offene, im Westen bis 50 Kilometer westlich des Rheines einseitig entmilitarisierten, im Osten zerrissenen und unmöglichen Grenzen einkreisen — Frankreich, Belgien, Tschechoslowakei und Polen —, verfügen beispielsweise über eine Kriegsstärke von 9,4 Millionen ausgebildeter Soldaten gegen 100 000 Deutsche, von 72 000 leichten und 37 000 schweren Maschinengewehren gegen 1100 und 792 deutsche, von 4000 schweren Geschützen, 4000 Kampfwagen, 5000 Kriegs- und Gas-Flugzeugen, denen

Deutschland nichts entgegenzustellen hat. Die französische Flotte verfügt über 588 000 tons gegen 167 000 der deutschen Flotte, einschließlich der vielbesprochenen neuen Panzerkreuzer. Die militärische Bedrohung Deutschlands ist um so ernster, als von polnischer Seite dauernd weitere Eroberungsabsichten offen ausgesprochen werden. Das Vertrauen, daß Völkerbund und Schiedsgericht, Sicherheits- und Kriegsächtungsverträge ausreichenden Schutz gewähren, ist in den verflossenen zwölf Jahren und namentlich im letzten Jahre durch die Ereignisse im Fernen Osten weder stärker noch allgemeiner geworden.

Die Bedrohung der deutschen Sicherheit lastet wie ein Alp nicht nur auf Deutschland. Schon die ungeheuren Rüstungsausgaben Europas verschärfen allenthalben die finanzielle Krise. Ohne Beseitigung der durch den ungleichen Rüstungsstand hervorgerufenen Gefahr für die deutsche Sicherheit kann aber auch das Vertrauen nicht wiederkehren, durch das allein die Wirtschaftskrise überwunden werden kann. Für wichtiger noch als die wirtschaftlichen halte ich die politisch psychologischen Folgen des jetzigen Zustandes. Eine wirkliche Bereitschaft zu loyaler Zusammenarbeit der Völker Europas, ja auch nur ein friedliches Nebeneinander ist undenkbar, solange Deutschland als gebrandmarkter Verbrecher einseitig wehrlos gehalten wird. Ein Scheitern der Abrüstungskonferenz würde für alle schwebenden Verhandlungen, namentlich auch für die Einigung über die Tribute und über einen neuen Wirtschaftsaufbau Europas verhängnisvoll sein.

Deutschland hat auf der Abrüstungskonferenz als erste und grundlegende Forderung durchzusetzen, daß der Artikel 53 des Vorentwurfs der Abrüstungskonvention gestrichen wird, wonach Deutschland an das Versailler Entwaffnungsdiktat gebunden bleiben soll; es muß also erreichen, daß die Abmachungen der zu schließenden Konvention an die Stelle des fünften Teiles des Versailler Diktates treten. Dann aber handelt es sich weiter darum, daß materiell in der Konvention der Rüstungsstand Deutschlands und seiner Nachbarn einander angeglichen wird. Auch der Anhänger des Wehrgedankens in Deutschland kann es nicht für erwünscht oder möglich halten, daß die Gleichheit allein oder in der Hauptsache durch deutsche Aufrüstung hergestellt werde; auch er muß auf Abrüstung der anderen bestehen. Zur Zeit wird aus taktischen Gründen in Genf nur um diese gerungen; dadurch darf nicht verschleiert werden — und sowohl die scharfe Betonung des Anspruches auf Rechtsgleichheit durch Brüning wie der Beschluß des auswärtigen Ausschusses vom 24. Mai haben darüber keinen Zweifel gelassen —, daß die Rechtsgleichheit für Deutschland die Voraussetzung alles weiteren ist.

Selbstverständlich kostet der Abschluß einer Abrüstungskonvention unter 62 Staaten mit allen technischen und politischen

Einzelheiten Zeit. Die größere Schwierigkeit liegt doch bei Frankreich und seinen engeren Bundesgenossen. Es lehnt die deutsche Gleichberechtigung mit größter Schärfe ab und setzt dem Ansinnen, seine Rüstungen einzuschränken, jeden erdenkbaren Widerstand entgegen. Um der Abrüstung auszuweichen, macht es eine Reihe von Winkelzügen, wie den Versuch, neue Sicherheitsabkommen in die erste Linie zu schieben, oder den Vorschlag einer eigenen Armee des Völkerbundes, dem die schweren Waffen und die Zivilluftfahrt überwiesen werden sollen. Mit diesen Versuchen ist es isoliert, aber auch sie kosten Zeit. Mit seinen Forderungen auf materielle Abrüstung findet Deutschland starke Unterstützung bei Italien und besonders bei Amerika, auch bei Rußland. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß auch der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung von England, Amerika und Italien unterstützt werden wird. Obwohl es bekanntlich Geheimdiplomatie nicht mehr gibt, kann über das Ergebnis der Genfer Besprechungen Brünings nichts Bestimmtes mitgeteilt werden. Es scheint doch aber, daß Herrn Tardieu seine menschlich so bedauerliche Halsentzündung politisch nicht unbequem war, weil sie ihn davor bewahrt hat, noch kurz vor den französischen Wahlen in Genf in der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands einer geschlosseneren Front als bisher gegenüberzustehen.

Im ganzen erwecken bisher die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz den Eindruck endloser Verschleppung. Das würde ja auch den Erfahrungen entsprechen, die Deutschland seit nunmehr zwölf Jahren gemacht hat. Der Endtermin, bis zu dem eine Lösung gefunden werden muß, ist für Deutschland durch einen normalen und ununterbrochenen Ablauf der Konferenz bestimmt. Weiterer Aufschub würde einer endgültigen Versagung des deutschen Rechtsanspruchs gleichkommen, aus der Deutschland die gleichen Schlußfolgerungen zu ziehen hätte, die sich ergeben würden, wenn der zweiseitige Abrüstungsvertrag von Versailles von den Vertragspartnern gebrochen wird und deshalb auch für Deutschland nicht mehr bindend ist. Ein anderer Endtermin ergibt sich aus dem Zusammenhang der Verhandlungen über die Abrüstung mit denjenigen über Tribute und soll deshalb später besonders besprochen werden.

*

Nach dem auf den 14 Punkten Wilsons beruhenden Vorvertrag sollte Deutschland lediglich die der Zivilbevölkerung erwachsenen Schäden ersetzen. Diese Schäden, auch in der Erweiterung, die das Versailler Diktat über die Rechtsgrundlage des Vorfriedens hinaus Deutschland aufgezwungen hat, sind längst bezahlt und überbezahlt. Frankreich bestreitet das zu Unrecht. Gegenstand der jetzigen Tributverhandlungen ist aber diese Entschädigung formell überhaupt nicht mehr. Zu den

Gründen, mit denen ich seinerzeit die Annahme des Young-Planes schärfstens bekämpft habe, gehörte, daß der Young-Plan an Stelle der vereinbart gewesenen Entschädigungsforderung die Uebernahme aller Schuldenzahlungen unserer Kriegsgegner an Amerika und darüber hinaus eine „indemnité nette" von rund 600 Millionen gesetzt hat, deren Betrag lediglich als ein nach der angeblichen Leistungsfähigkeit berechneter Tribut auf 60 Jahre bemessen wurde. Schon im zweiten Jahre hat sich der Plan als unmöglich erwiesen.

Daß Schuldenzahlungen eines Landes an das andere ohne schwere neue Verschuldung nur aus den Ueberschüssen der Handels- und Verkehrsbilanz gezahlt werden können, ist eine Binsenwahrheit geworden; ihre Nichtbeachtung hat die verheerendsten Folgen gehabt. Deutschland ist für die Tribute zahlungsunfähig geworden. Die Baseler Augustkonferenz, der Beratende Sonderausschuß der Tributbank in seinem Gutachten vom Dezember vorigen Jahres, die zweite Stillhaltekommission, also alle maßgebenden, durch den Tributvertrag selbst als zuständig erklärten finanziellen Sachverständigen der ganzen Welt haben festgestellt, daß Deutschland nach Ablauf des Stundungsjahres nichts zahlen kann, und, daß es unsicher ist, nicht nur wann, sondern ob der Termin, zu dem es durch Stabilisierung seiner Wirtschaft wieder zahlungsfähig werden könnte, jemals wieder eintreten wird. Brüning stellt darüber hinaus in der Rede vom 11. Mai mit Recht fest, daß „Voraussetzungen, von denen künftige Zahlungen abhängen werden, in Wahrheit gar nicht vorstellbar sind". Beratender Sonderausschuß und beide Stillhaltekommissionen haben ferner nachgewiesen, daß Deutschland nicht nur keine Schuld an seiner Zahlungsunfähigkeit hat, sondern im Gegenteil bis über die Grenzen des Möglichen hinausgegangen ist, um sie zu verhindern.

Der Zusammenbruch des Systems der Tributzahlungen ist von Katastrophen begleitet gewesen, die einem Erdsturz des internationalen Kapitalismus gleichen. Das Stundungsjahr Hoovers, das dem vorbeugen sollte, hat infolge der französischen Quertreibereien geradezu die entgegengesetzte Wirkung gehabt. Den letzten Anstoß zur allgemeinen Kredit- und Währungskrise gab der Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt, eine Folge der sogenannten Friedensverträge, die Oesterreich die Lebensmöglichkeit genommen haben. Nachdem Deutschland in ungeheuerer Leistung 5 Milliarden ihm entzogener kurzfristiger Kredite zurückgezahlt hatte, war es am Ende seiner Kraft; nur mit äußersten Entbehrungen des eigenen Volkes hielt es bis jetzt seine Währung. Ein Land nach dem anderen folgte. Selbst das englische Pfund, einst der Kern des internationalen Geldverkehrs, Kredites und Handels, geriet ins Wanken. Auch Amerika und Frankreich, bei denen das Gold

der Tribute gehortet wurde, stehen unmittelbar vor oder schon in gleicher Gefahr.

In Ausübung des eigenen Lebensrechtes muß Deutschland in Lausanne die volle und endgültige Streichung seiner Tribute durchsetzen. Auch diese deutsche Forderung entspricht einer unerläßlichen Voraussetzung, von der das Ende der Weltkrise abhängt. Es droht sich eine Meinung zu entwickeln, als ob es auf das Ergebnis von Lausanne nicht mehr so entscheidend ankomme. Daß Deutschland vom 1. Juli ab zunächst keinen Tribut zahlen werde, stehe ja fest. Es habe schon seit einem Jahre diese Zahlungen nicht geleistet und auch für 1932 nicht in den Etat eingestellt, und sei trotzdem immer tiefer in den finanziellen Verfall hineingeraten. Um so weniger sei es für die Beseitigung der jetzigen Krise entscheidend, ob für spätere Jahre eine Wiederaufnahme der Zahlungen vorbehalten bleibe. Solchen Auffassungen muß von Anfang an mit größter Entschiedenheit entgegengetreten werden, und auch Brüning hat sie mit der Mahnung beantwortet, nicht in den letzten fünf Minuten weich zu werden. Werden die Tribute nicht endgültig beseitigt, so gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine wäre, daß die Verhandlungen scheitern, ein Moratorium über den 1. Juli hinaus also formell nicht bewilligt wird. Selbstverständlich würde Deutschland auch dann nicht zahlen können. Es würde also an Stelle eines friedlichen Uebereinkommens die einseitige Zahlungseinstellung für die politischen Schulden treten, an der kein Versuch einer Zwangsvollstreckung etwas ändern könnte. Das würde unmittelbar das Auffliegen des Stillhalteabkommens, die Zahlungseinstellung also auch für die privaten Auslandsschulden, ein Aufhören jedes Auslandskredites und damit jedes Außenhandels zur Folge haben. Dieser Zusammenbruch Deutschlands würde, in gigantischerem Ausmaß, als es je der Fall gewesen, eine Welt von Gläubigern und deren Schuldnern, darunter die stärksten Bankhäuser der Welt, mit sich reißen und Produktion und Absatz überall vollends zum Erlahmen bringen. Die andere Möglichkeit wäre das von Frankreich geforderte Abkommen, in welchem Deutschland sich ein weiteres Moratorium dadurch erkauft, daß es für einen späteren Termin die Verpflichtung zur Wiederaufnahme von Tributzahlungen übernimmt. Ein solches Abkommen wäre subjektiv und objektiv unehrlich, würde aber auch jeder Wirkung auf den Ablauf der Weltkrise entbehren, denn man weiß jetzt allgemein, daß jede spätere Wiederaufnahme der Tribute die Gesundung erneut stören muß. Solange dieses Damoklesschwert über dem Haupte Deutschlands und der Welt schwebt, kann das Vertrauen nicht wiederkehren, von dem die Belebung des Marktes und die Bildung neuen Kapitals abhängig ist. Auch hier ist das psychologische Moment von noch größerer Wirkung als das rein wirtschaftliche. „Nur wenn die Trennung in

Schulden- und Gläubigerländer schwindet", sagte Brüning am 11. Mai, „ist der Weg für eine wirklich fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Völkern erst freigemacht." An dem Tage, an dem alle politischen Schulden gestrichen werden, werde jedes Land, auch jedes Gläubigerland reicher sein als vorher und alsbald im Leben des Staatsbürgers, ob Unternehmers oder Arbeiters, eine Besserung eintreten.

Bis zum 1. Juli, dem Endtermin des Hoover-Jahres, muß in der Tributfrage Klarheit geschaffen sein. Gegner Deutschlands ist auch hier Frankreich, dessen politischer Widerstand überwunden werden muß. Die größte Schwierigkeit, den Termin einzuhalten, liegt in der Tatsache, daß im Young-Plan die Kriegsschulden an Amerika zum Maßstabe der sogenannten ungeschützten Annuitäten in Höhe von rund einer Milliarde gemacht worden sind, und daß Frankreich die Streichung dieser „interalliierten Schulden" zur Voraussetzung eines endgültigen Erlasses oder einer Stundung der entsprechenden deutschen Schuld macht. Die politischen Schulden aus dem Kriege werden vielfach als ebenso schädlich angesehen wie die deutschen Tribute. Deshalb fordern Sachverständige die Streichung sowohl der Tribute wie der interalliierten Kriegsschulden. Nach der Niederlage, die Hoovers Stundungsjahr im Kongreß erlitten hat, versagt sich Amerika zur Zeit jeder Verhandlung über diesen Punkt. Er wird deshalb auch in Lausanne nicht geklärt werden können. Wie die Rücksicht auf die französischen Wahlen dahin geführt hat, daß die Lausanner Konferenz auf den letzten Augenblick vor dem 1. Juli verschoben worden ist, so wirkt jetzt die amerikanische Präsidentenwahl als Hemmung. Wird im November Hoover wiedergewählt, so wird Amerika wohl im Dezember verhandlungsfähig sein. Erhält Hoover einen anderen Nachfolger, so tritt dieser erst im März 1933 sein Amt an. Nun will Amerika, wenn überhaupt, auf einen Erlaß der politischen Schulden jedenfalls nur dann eingehen, wenn in Europa eine wirkungsvolle Abrüstung zustande kommt. Je nach dem Ausfall der amerikanischen Wahlen ist also der Dezember dieses oder der März des nächsten Jahres der letzte Termin, zu dem ein befriedigendes Ergebnis der Abrüstungskonferenz zustande gekommen sein muß, wenn es für die Aufhebung der Weltkrise von Bedeutung sein soll.

*

Ist hiernach die Streichung der politischen Schulden die erste unerläßliche Voraussetzung für wiederkehrendes Vertrauen, ohne das die Weltkrise nicht ihr Ende finden kann, so ist an den Stimmen, die vor einer Ueberschätzung der Tributfrage warnen, doch so viel richtig, daß in unmittelbarem Anschluß an die Streichung der politischen Schulden weitere Aufgaben gelöst werden müssen. Das ist für die Konferenz von

Lausanne vorgesehen, der in der Kundgebung vom 13. Februar neben der Regelung der im Baseler Bericht behandelten Tributfrage die Aufgabe gestellt ist, „sich über die Methode zu verständigen, um die anderen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu lösen, die die gegenwärtige Weltkrisis verursacht haben und sie verlängern könnten". Das ist nun ein weites Gebiet, auf dem Lausanne günstigstenfalls Anfänge bringen kann. Der finanzielle Zusammenbruch erfordert für Deutschland wie für die meisten anderen Länder endgültige Konsolidierung und Ermäßigung auch der privaten Auslandsschulden, ohne die Staatskonkurse, Zwangsmoratorien, Einschränkungen des Devisenverkehrs und damit des Handels, Absetzen auch der deutschen Währung vom Goldwert nicht ausbleiben würden. Das ganze internationale Kredit- und Währungssystem steht zur Erörterung.

Für Lausanne denkt man zunächst an die Regelung der Verhältnisse in den Donaustaaten. Auch hier klafft der bekannte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland. Für Deutschland ist die Regelung im Donauraum der Beginn eines konstruktiven Aufbaues des europäischen Handelsmarktes, mit dem es in den Handelsverträgen mit Ungarn und Rumänien durch Kontingentierungen und Vorzugszölle einen Anfang gemacht hat. Der französische Vorschlag ist einstweilen an dem von Italien und England unterstützten Widerstande Deutschlands gescheitert. Man plant eine Konferenz, an der die Donaustaaten und die Großmächte gemeinsam teilnehmen sollen, und die von vornherein die wirtschaftliche Verbindung des Donauraums mit dem übrigen Europa sicherstellen soll. Zur Zeit steckt man aber noch in den Vorbereitungen. Einzelmemoranden der beteiligten Donaustaaten sind eingefordert, bisher aber noch nicht einmal eingegangen. Auch hier drängt die Zeit. Unter keinen Umständen darf die Streichung der politischen Schulden zu einem neuen Fehlschlag werden, und deshalb ist es nötig, daß der konstruktive Aufbau der europäischen Wirtschaft in unmittelbarem Zusammenhang mit den anderen beiden in Genf und Lausanne zur Entscheidung stehenden Fragen durchgeführt wird.

*

Alles drängt zur Entscheidung. Verzögernd wirken sachlich-technische Schwierigkeiten und die Umständlichkeit der internationalen Verhandlung. Zu überwinden ist überall der politische Widerstand Frankreichs. Ein besonderes Moment der Verzögerung liegt darin, daß Amerika bis zum Ende des Jahres durch seine Präsidentenwahl sich behindert fühlt. Es ist sehr die Frage, ob nicht ein Orkan neuer Not all diese Hemmnisse hinwegfegen wird. Gewisse Aeußerungen Brünings haben kaum die Aufmerksamkeit gefunden, die sie verdienen. Seit

einiger Zeit weist er mit steigendem Nachdruck in verschiedenen Wendungen darauf hin, daß „in den nächsten Wochen oder Monaten" die finanzielle und wirtschaftliche Katastrophe zu neuen hoch bedenklichen Erscheinungen führen werde. Die vielfachen ernsten Voraussagen dieser Art und die daran geknüpfte Mahnung, das Tempo der Verhandlungen zu beschleunigen, bringt er in eine fast paradox anmutende Form, indem er sagt: „Es gibt eine Gefahr und in ihr eine Hoffnung; sie besteht für alle Länder der Welt darin, daß die Krise in den nächsten Wochen und Monaten auf der ganzen Welt so ungeheuer rapide Fortschritte machen wird, daß ein Warten auch nur um Wochen und Monate die Welt in eine Situation bringt, aus der dann vielleicht keiner mehr einen Ausweg finden kann."

Bei der Vorsicht im Reden, die zu den hervorstechenden Eigenschaften des Politikers Brüning gehört, muß man davon ausgehen, daß er so ernste Worte nicht ohne bestimmten tatsächlichen Anhalt ausspricht. Die gleiche Vorsicht und Ueberlegung freilich darf man voraussetzen, wenn man seine weiteren Erklärungen würdigt, daß „das deutsche Volk ganz bestimmt nicht dasjenige sein werde, das etwa unter den ersten oder den nächsten Völkern sein würde, die infolge der allgemeinen Krise zusammenbrechen würden". Als Voraussetzung hierfür bezeichnet er, daß „das deutsche Volk die Nerven behält, und daß das Letzte daran gesetzt wird, um durch Zusammenfassung aller dem Volke zur Verfügung stehenden Kräfte in den nächsten Monaten das Höchste zu leisten. Das hat Deutschland bisher getan und wird es weiter tun. Um so unbestreitbarer ist sein Recht zu fordern, daß nun endlich in Genf und Lausanne bei der Abrüstung, bei der Streichung der Tribute, bei Inangriffnahme eines planmäßigen Aufbaus der europäischen Wirtschaft dasjenige geschieht, was ebensosehr seinen unveräußerlichen Rechten auf Dasein und Freiheit entspricht, wie es die Voraussetzung für eine Ueberwindung der Weltkrise bildet.

*

Zusammenarbeit besser als Reparationen

von Dr. August Weber, M. d. R.

Als im August vorigen Jahres die internationalen Sachverständigen ihren Bericht über die Kreditlage Deutschlands, den sogenannten Wiggin-Bericht erstatteten, da betonten sie, daß keine Zeit zu verlieren sei, um Deutschland und damit der Welt Hilfe zu bringen. Diese Mahnung wurde noch einmal und noch dringender wiederholt von dem Beratenden Sonderausschuß der Baseler Internationalen Bank. Mit ernsten Worten wiesen die

Sachverständigen die Regierungen auf ihre Pflicht hin, das Problem der internationalen politischen Schulden einer Lösung zuzuführen, weil allein dadurch die Grundlage für einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Welt gelegt werden kann. Aber alle Mahnungen der Sachverständigen blieben vergebens. Politische Bedenken und politische Hintergedanken siegten über die Forderungen der wirtschaftlichen Vernunft und der menschlichen Gerechtigkeit. Schließlich hemmten die Wahlen in Deutschland und Frankreich die Bewegungsfreiheit und die Entschlußkraft der Staatsmänner und das Ergebnis war, daß die große Konferenz über die endgültige Regelung der Reparationsfrage erst ein volles Jahr nach der großzügigen Initiative des Präsidenten Hoover in Lausanne zusammentreten kann.

Dieses eine Jahr, das mit den vorausgegangenen sechs Monaten die Vorbereitungszeit für die endgültige Erledigung des Reparationsproblems bildet, war angefüllt von politischen Kämpfen, in denen jede der beteiligten Mächte ihre Stellung für die entscheidenden Auseinandersetzungen mit allen Mitteln zu festigen und auszubauen bestrebt war. Frankreich insbesondere hat den Kampf für die Aufrechterhaltung des Tributsystems mit größter Hartnäckigkeit geführt. Zwischen Deutschland und Frankreich spielte sich in diesen 1½ Jahren ein politisches Ringen ab, das an Bedeutung kaum hinter dem Ruhrkampf des Jahres 1923 zurücksteht, auch wenn es sich in anderen Formen, oft nur unter der Oberfläche, vollzog, und es dabei nicht zu so offenbaren Rechtsbrüchen durch Frankreich kam, wie in der Aera Poincaré. Teils durch Hinhalten, teils durch den Gebrauch der ihm in so reichem Maße zur Verfügung stehenden silbernen Kugeln suchte Frankreich, Deutschland gefügig zu machen. Es schonte dabei auch diejenigen nicht, die ihm als Bundesgenossen Deutschlands in dem Kampf um die Befreiung von der Tributlast erschienen, ja man hatte oft sogar den Eindruck, daß sein Streben dahin ging, durch Ausnutzung seiner finanziellen Kraft und seiner scheinbaren wirtschaftlichen Krisenfestigkeit die Vorherrschaft nicht nur in Europa, sondern auch in der Welt an sich zu reißen.

Was hat Frankreich dadurch erreicht? Das deutsche Kreditsystem brach zusammen. Eine Welle der Not ging über Deutschland hin, wie wir sie seit Friedensschluß nicht mehr erlebt haben. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland stieg von zwei Millionen im Durchschnitt des Jahres 1929 auf 4,4 Millionen im Durchschnitt des Jahres 1931 und auf über 6 Millionen im Anfang 1932. Die Zahl der Konkurse vermehrte sich von 9846 im Jahre 1929 auf 13599 im Jahre 1931. Nicht nur spekulative Unternehmungen, sondern auch an sich gesunde und leistungsfähige Betriebe, darunter Unternehmen von Weltruf, gerieten in Zahlungsschwierigkeiten. Die Indexziffer der deutschen Aktienkurse stand 1928 auf 148,4 im Juni 1931 auf 75,9 und im April 1932 auf 46,64.

Was hat Frankreich also durch seine Zermürbungstaktik erreicht? Es hat erreicht, daß die „Reparationsfähigkeit" Deutschlands restlos

vernichtet wurde. Das deutsche Volkseinkommen betrug 1931 nur noch 55 Milliarden gegen 76 Milliarden im Jahre 1929. Das Arbeitseinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten sank von 43 Milliarden 1929 auf 33 Milliarden 1931. Die Arbeitslöhne sind unter den Stand von 1927 gesunken. Dem wirtschaftlichen Zusammenbruch entsprach auch der Rückgang der Steuereinnahmen, der trotz schärfster Anziehung der ohnehin aufs äußerste angespannten Steuerschraube nicht ausgeglichen werden konnte. Der Ertrag der Reichssteuern sank von 9170 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 7787 Millionen Mark im Jahre 1931 und wird für das Jahr 1932 auf 7250 Millionen Reichsmark geschätzt. Der Beratende Sonderausschuß der B.I.Z. hat unter Ziff. 7 des Kap. I in seinem Bericht daraus die Folgerung gezogen: „Die Steuerlast in Deutschland ist so groß geworden, daß für weitere Erhöhung kein Spielraum ist." Trotzdem sieht sich die Reichsregierung genötigt, der deutschen Bevölkerung neue Steuerlasten zuzumuten, da sie trotz äußerster Drosselung aller Ausgaben anders nicht in der Lage ist, den Etat im Gleichgewicht zu halten und die Arbeitslosen wenigstens vor dem Verhungern zu bewahren.

Materiell hat also die französische Politik nur bewirkt, daß die Aussicht, von Deutschland je wieder Zahlungen zu erhalten, sich in nebelhafter Ferne verlor. Aber auch die Hoffnung, das deutsche Volk durch die Verschärfung seiner Not mürbe machen und ihm dadurch neue Bindungen finanzieller oder politischer Art für die Zukunft abnötigen zu können, war eine falsche Rechnung. Während noch im Juni vorigen Jahres selbst Dr Schacht sich in seiner Rede bei der Tagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände auf die Forderung beschränkte, daß Deutschland die Tributzahlungen einstelle, bis es sie aus dem Überschuß seiner Wirtschaft zahlen könne, ist heute ganz Deutschland in der Überzeugung einig, daß es auch in Zukunft keinerlei Zahlungen mehr wird leisten können. Von den Nationalsozialisten bis zu den Kommunisten gibt es heute in Deutschland nur eine Meinung: Schluß mit den Reparationen, endgültig Schluß! Und der Reichskanzler hat sich in seiner Rede im Reichstag zum Wortträger des deutschen Volkes gemacht, indem er erklärte: „Völlige Streichung der politischen Schulden ist die hauptsächliche Voraussetzung für die Rettung."

Die Hoffnung auf einen seelischen Zusammenbruch des deutschen Volkes war ein schwerer Irrtum. Gerade das Gegenteil ist eingetreten. Der Widerstandswille des deutschen Volkes ist aufs äußerste angefacht worden. Ein großer Teil des deutschen Bürgertums und ein nicht unerheblicher Teil der Arbeiterschaft ist dem Rechtsradikalismus, dem extremen Nationalismus in die Arme getrieben worden. Trotzdem ist das deutsche Volk nicht kriegslustig, hat doch selbst Herr Adolf Hitler seine Bereitschaft zu einer Verständigung mit Frankreich kundgegeben. Frankreich kann deshalb auch nicht eine vernünftige Lösung der Reparationsfrage verweigern mit der Begründung, daß in Deutschland der Nationalismus

zu sehr erstarkt sei. Es hat selbst alles getan, um dieses Ergebnis herbeizuführen, und es liegt in erster Linie an ihm, zu einer Milderung der Gegensätze beizutragen und durch eine Politik der Vernunft auch die deutschen Volksmassen wieder vernunftmäßigen Erwägungen zugänglich zu machen.

Der Nationalsozialismus ist außenpolitisch die Reaktion eines großen und selbstbewußten Volkes auf die Vergewaltigungen und Verstümmelungen durch den Versailler Vertrag. Er ist die Quittung für eine lange Reihe von Demütigungen und Enttäuschungen, die die französische Politik Deutschland immer und immer wieder bereitet hat. Die deutsche Reichspolitik hat Frankreich trotz aller seelischen Hemmungen, für die gerade die Franzosen doch besonderes Verständnis haben sollten, mehr als einmal die Hand zur Versöhnung hingereicht. Rathenau fiel, weil Frankreich auf seine ernst gemeinten Vorschläge zu einer wirtschaftlich erträglichen Reparationslösung nicht einging und er so einer überreizten und irregeleiteten Jugend als Verräter, zum mindesten aber als ein erfolgloser Staatsmann erschien, der die deutsche Würde durch einen zurückgewiesenen Versöhnungsvorschlag unnötig preisgegeben hatte. Auch Stresemanns Verständigungspolitik blieb ohne den Erfolg, den das deutsche Volk erwarten mußte. Er brachte das ungeheure Opfer, in Locarno den Versailler Vertrag, soweit er Frankreich und Belgien anging, gewissermaßen zum zweiten Male und diesmal freiwillig zu unterschreiben. Auch dieses Opfer blieb im Grunde vergebens. Denn die Garantie der Rheingrenze durch England und Italien kommt Frankreich ebenso zugute wie Deutschland. Die „Rückwirkungen" aber, auf die es rechnete, blieben aus. Deutschland wurde um den Preis, die Rheinlandräumung, geprellt. Es mußte sie durch den Youngplan zum zweiten Male erkaufen und, wie sich sehr schnell herausstellte, viel zu hoch bezahlen. Frankreich beklagt sich, daß Deutschland ihm das große Opfer der Rheinlandräumung schlecht gelohnt habe. Welche Verkennung der Tatsachen und ihrer natürlichen Rückwirkungen auf die deutsche Volksseele! Deutschland hatte einen rechtmäßigen Anspruch auf die Räumung, und trotzdem mußte es sie, wie gesagt, viel zu teuer erkaufen. Außerdem blieb es in Deutschland nicht unbekannt, daß Frankreich sein Heer nicht von Deutschlands Strom zurückgezogen hätte, wenn nicht England und andere Länder es dem stärksten diplomatischen Druck ausgesetzt hätten. Frankreich hat seinen Dank dahin. Es hat sich selbst überreich bezahlt gemacht, und die Rechnung steht eher zu unseren Gunsten offen.

Man sollte sich doch endlich in Frankreich darüber klar werden, daß die bisherige französische Politik gegenüber Deutschland bankrott ist, und daß es jetzt darauf ankommt, aus dieser Tatsache die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Die Lage ist heute ähnlich wie im Winter 1923/24. Wie damals hat die Außenpolitik der französischen Rechtsregierung in eine Sackgasse geführt, das Verhältnis zu Deutschland vergiftet, den Reparationsanspruch illusorisch

gemacht, Frankreich außenpolitisch isoliert und wirtschaftlich geschädigt. Durch die politischen Störungen ist die Weltwirtschaftskrise in ungeheuerlicher Weise verschärft und der Glaube der Volksmassen vieler Länder an den Wert und die Haltbarkeit der heutigen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufs schwerste erschüttert worden. Frankreich selbst, das zunächst wie eine Insel des Glückes aus der großen Flut des Unheils hervorragte, ist mit in den Strudel hineingerissen worden. Das französische Volk hat instinktiv das richtige Empfinden, daß die von den bisherigen Leitern seiner Geschicke getriebene Politik Schiffbruch erlitten hat. Es hat neue Männer an seine Spitze berufen, die mit neuem Geist an die Lösung der Frage herangehen sollen, die die Laval und Tardieu nicht zu bewältigen vermochten.

Dieser neue Geist ist allerdings bei Herrn Herriot noch nicht im erforderlichen Maße zum Durchbruch gekommen. Gewiß, er will nicht intransigent sein, er betont seine Bereitschaft, die Verträge den veränderten Umständen anzupassen. Aber er will die Verträge selbst grundsätzlich aufrechterhalten wissen. Der Anspruch Frankreichs auf Reparationen soll aufrechterhalten bleiben, auch er scheint nicht auf die indemnité nette, den reinen Ueberschuß der Reparationen über die französischen Kriegsschuldenzahlungen verzichten zu wollen. Ist es das formale französische Denken, ist es der machtpolitische Wunsch, Deutschland mit Hilfe der Reparationen weiter niederzuhalten und den Stempel des Besiegten ihm nicht abzulösen, Herr Herriot besteht auf seinem Schein. Die Verträge sind ihm heilig und unverletzlich, sie können mit Zustimmung Frankreichs geändert, aber nicht aufgehoben werden. Von den radikalen Lösungen, die heute allein noch Rettung bringen können, will auch der neue Mann nichts wissen.

Sind die Verträge heilig?

Kann ein Vertrag heilig sein, der Deutschland unter Bruch des Vorfriedensvertrages und der Zusicherungen, durch die Präsident Wilson das deutsche Volk zur Niederlegung der Waffen verleitet hatte, abgenötigt worden ist? Ein Vertrag, den die damalige Regierung nur unterschrieb, weil sonst Deutschland die äußerste Gewalt, die Zerreißung und Vernichtung durch einen Gegner drohte, dem Deutschland keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen in der Lage war? Die Lansing-Note vom 5. November 1918, die von beiden kriegführenden Parteien angenommen worden ist und deshalb einen rechtsgültigen Vorfriedensvertrag darstellte, besagte lediglich, „daß Deutschland für allen, durch seinen Angriff zu Lande, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten müsse". Diese, auf 25 bis 30 Milliarden Mark zu beziffernden Verpflichtungen sind durch die bisherigen deutschen Leistungen in Höhe von 37 Milliarden nach amerikanischer und 42 Milliarden nach deutscher Schätzung bei weitem gedeckt.

Der Versailler Vertrag jedoch dehnte im Art. 231 die Ersatzpflicht Deutschlands auf die Verluste aller Staatsangehörigen und auch der Regierungen der Alliierten aus. In der Erkenntnis, daß die Hilfsmittel Deutschlands hierfür nicht ausreichten, wurde dann allerdings in Art. 232 die Ersatzpflicht wieder begrenzt, doch wurde sie über die Bestimmungen der Lansing-Note hinaus auf die Kriegspensionen und ähnliche öffentliche Leistungen ausgedehnt. Auch in diesem Umfange erschien aber selbst damals den Alliierten die Möglichkeit der Erfüllung durch Deutschland fraglich, und sie führten deshalb im Art. 234 das eigentlich selbstverständliche Prinzip ein, daß die Zahlungspflicht Deutschlands durch seine Leistungsfähigkeit begrenzt ist.

Das Unglück für Deutschland und die Welt war, daß die Staatsmänner der Alliierten bei ihren Völkern ganz phantastische Vorstellungen von der Zahlungsfähigkeit Deutschlands geweckt hatten und infolgedessen immer wieder versuchten, mehr aus Deutschland herauszupressen, als es zu zahlen in der Lage war. Auch der Youngplan beruht in dieser Hinsicht auf einem Bruch des Art. 234 des Versailler Vertrages. Die Sachverständigen, die ihn aufstellten, gingen bei der Bemessung der deutschen Leistungsverpflichtungen von den eigenen Kriegsschuldenzahlungen der Alliierten aus, von denen weder in der Lansing-Note noch im Versailler Vertrag die Rede war. Die Pariser Sachverständigen gaben selbst in der Einleitung des Youngplanes zu, daß ihre Aufstellungen sich nicht auf gewissenhafte Abschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit stützten, sondern daneben auch andere politische Faktoren in Rechnung stellten.

In dem Bewußtsein, daß sie hierdurch den Rechtsboden verlassen hatten, legten die Pariser Sachverständigen im Youngplan auch der Gegenseite gewisse Verpflichtungen auf, um dadurch Deutschland die Ausführung der Leistungen zu erleichtern. Das Pariser Sachverständigengutachten betont ausdrücklich, daß die Lösung der Reparationsfrage die Zusammenarbeit der beteiligten Länder verlange. Zur Ausführung der Zahlungen bedürfe Deutschland einer Steigerung der Ausfuhr. Die Bank für internationale Zahlungen sollte mit der großen Aufgabe betraut werden, die Ausdehnung des Welthandels zu fördern, neue Absatzmärkte zu erschließen und alte zu entwickeln.

Wie aber ist es in Wirklichkeit gekommen? Die deutsche Wirtschaft ging unter dem Eindruck der politischen Entspannung mit Feuereifer daran, ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Das hierfür erforderliche Kapital wurde ihr vom Auslande — gegen sehr hohe Zinsen — zunächst bereitwillig vorgestreckt, ja zeitweise direkt aufgenötigt. Als es dann aber darauf ankam, die erhöhte industrielle Kapazität durch vermehrte Ausfuhr nutzbar zu machen, um die inzwischen aufgenommenen privaten Schulden zurückzuzahlen und von dem bisherigen geborgtem Transfer der Reparationszahlungen zum echten Transfer überzugehen, da versagten die Alliierten und Assoziierten. Schutzzölle und Abschließungsmaßnahmen aller Art versperrten der deutschen Ausfuhr den Weg. Die Bank für inter-

nationale Zahlungen wuchs über ein großes Abrechnungsbüro für die deutschen Kreditzahlungen nicht wesentlich hinaus. Die internationale Zusammenarbeit erwies sich als ein Trugbild.

Es ist also nicht Deutschlands Schuld, wenn der Youngplan schon nach so kurzer Frist zusammengebrochen und als erledigt zu betrachten ist. Deutschland hat das Seine getan, um ihn zu erfüllen. Es hat zu diesem Zweck eine Schuldenlast auf sich genommen, die auf 28—30 Milliarden Mark geschätzt wird. Mag von diesen Kapitalien auch ein Teil durch den Leichtsinn öffentlicher oder privater Stellen fehlgeleitet worden sein, der allergrößte Teil dieser Kapitalaufnahme war durchaus zwangsläufig, wenn Deutschland den im Youngplan übernommenen Verpflichtungen nachkommen wollte. Die Zins- und Tilgungsverpflichtungen, die ihm daraus erwachsen sind, betragen etwa 1,8 Milliarden Reichsmark jährlich. Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß Deutschland daneben noch irgendwelche Zahlungen für Reparationszwecke leisten kann. Im Gegenteil, schon die Abtragung der kurzfristigen Verbindlichkeiten und der Zinsbeträge verursacht ihm die größte Schwierigkeit.

Zwar hat Deutschland im vorigen Jahr einen Ausfuhrüberschuß von 3 Milliarden erzielt. Aber dieser Ueberschuß ist nicht ein Zeichen des Wohlergehens, sondern ein Ausfluß größter Not. Er ist nur dadurch erreicht worden, daß wir unsere Einfuhr in unerhörter Weise gedrosselt haben. Während Einfuhr und Ausfuhr im Jahre 1929 mit 13,6 Milliarden Reichsmark balancierten, sank die Einfuhr um mehr als die Hälfte auf 6,6 Milliarden, während die Ausfuhr sich noch auf 9,6 Milliarden halten konnte. Der Bericht des Beratenden Sonderausschusses der B.I.Z. gibt im Kap. I, Ziff. 3, zu, daß der deutsche Ausfuhrüberschuß das Ergebnis „gewisser abnormer Faktoren" ist, und daß es unmöglich ist, „das Vorhandensein starker allgemeiner Faktoren (Zölle, Devisenkontrolle, Einfuhrbeschränkungen, Kontingente, Valutaentwertung) zu verkennen, die der Fortdauer dieser aktiven Entwicklung entgegenstehen". In der Tat ist ja auch die deutsche Außenhandelsbilanz in diesem Jahr wesentlich ungünstiger und muß mit der ernsten Sorge erfüllen, ob es überhaupt möglich sein wird, auch nur die privaten Verpflichtungen laufend zu erfüllen, wenn keine Aenderung eintritt.

Das System von Versailles ist endgültig zusammengebrochen. Es mußte zusammenbrechen, weil die Siegerstaaten allen Geboten wirtschaftlicher Vernunft zuwider zwar ungemessene Forderungen stellten, die an sich schon unerfüllbar waren, darüber hinaus aber noch sich weigerten, die Zahlungen in der einzigen Form, die im internationalen Verkehr in größerem Umfange möglich ist, nämlich in Waren, entgegenzunehmen. Sie erkannten ganz richtig, daß die Ueberschwemmung ihres Landes mit Waren ihrer Wirtschaft größeren Schaden bereiten würde als der Vorteil beträgt, den ihre Finanzen aus den Zahlungen hätten. Unter dem Einfluß der Kriegspsychose konnten sie sich aber nicht entschließen, die einzig logische Folgerung zu ziehen und mit den politischen Zahlungen überhaupt Schluß zu machen. Deutschland wurde immer weiter

zu Tributzahlungen genötigt und dadurch gezwungen, als Störungsfaktor auf den Weltmärkten aufzutreten. So hat es seinen Anteil an der Weltausfuhr durch Verzicht auf einen normalen und angemessenen Gewinn von 9,89 v. H. im Jahre 1929 auf 11,06 v. H. im Jahre 1930 steigern und seine Einfuhr von 9,70 v. H. im Jahre 1928 auf 8,64 v. H. im Jahre 1930 verringern müssen. Noch mehr aber wurde die Weltwirtschaft durcheinandergebracht durch die Goldhortungen in den Hauptempfangsländern der politischen Schulden, in den Vereinigten Staaten und Frankreich. Der Preissturz auf den Warenmärkten war die Folge dieser ungesunden Entwicklung, die zweifellos einer der Hauptfaktoren für den Ausbruch und die Verschärfung der Weltwirtschaftskrise darstellt.

Die politischen Zahlungen sind ein schlechtes Geschäft. Diese Erkenntnis ist jetzt wohl Gemeingut aller wirtschaftlichdenkenden Kreise der Welt. Der deutsche Statistiker Woytinski schätzt die Verluste sämtlicher Länder Europas und Amerikas bis Ende 1931 auf mindestens 150 Milliarden Reichsmark. Der englische Finanzsachverständige Layton erklärte, „daß das Pfund so lange nicht stabilisiert werden könne, als die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas durch den Druck der Reparationen paralysiert werde". Sir Henry Strakosch schrieb im Londoner „Economist" vom 1. Januar 1932: Um jährlich 400 Millionen Dollar einzutreiben, haben die Gläubiger „über die Welt eine Deflation verhängt und damit eine Zurückschraubung von Produktion und Konsumtion (also ihres eigenen Wohlstandes), die wohl das zehn- bis zwanzigfache des Schuldbetrages erreichen mag". Professor Nicholas M. Butler sagte in einem Vortrag in Philadelphia am 15. Januar 1932: „Die Versuche, die Weltkriegskosten auf die Teilnehmer mittels des Systems der Regierungsschulden zu verteilen, haben sich als ein trauriger Fehlschlag erwiesen, und es ist ein ungeheuerlicher Gedanke gewesen, daß die Welt sich 62 Jahre lang dieser Art Verschuldung unterwerfen sollte."

Es ist die höchste Zeit, daß die Staatsmänner in Lausanne endlich die Folgerungen aus dieser Erkenntnis der wirtschaftlichen Sachverständigen ziehen. Ueberall knistert es im Gebälk. Die Völker können und wollen nicht mehr warten, wie Reichskanzler Dr. Brüning mit Recht gesagt hat. Ihre Leidensfähigkeit ist begrenzt. Eine politische Unruhe hat die großen wie die kleinen Nationen der Welt ergriffen und läßt sie nach Auswegen aus der Not suchen. Es liegt in der Natur der Dinge, daß die Auswege, die dabei ins Auge gefaßt werden, vielfach Irrwege sind. Die Komplikationen in Ostasien beleuchten blitzartig die Gefahr der Lage. Es riecht nach Pulver in der Welt, und dabei sollte die ruhige Ueberlegung sagen, daß man nicht den Teufel durch Beelzebub austreiben und die schlimmen Nachwirkungen des Weltkrieges nicht durch neue Kriege beseitigen kann. Manche Beobachter wollen in den Ereignissen in Ostasien die Hand Frankreichs erkennen. Sollte das richtig sein, so hätte Frankreich um so mehr Anlaß, die Dinge in Europa zu bereinigen. Aber wie dem auch sei, auf jeden Fall sind

die Länder, die Frankreich politisch in Europa nahestehen, nicht minder, zum Teil sogar mehr bedroht durch die Krise als Deutschland. Durch die heroischen Anstrengungen der Reichsregierung und die höchste Anerkennung verdienende Geduld des deutschen Volkes im Ertragen der ihm auferlegten Leiden ist es gelungen, die deutschen Finanzen noch so weit in Ordnung zu halten, als dies in solchen Zeitläuften wie den gegenwärtigen nur überhaupt denkbar ist, und die deutsche Wirtschaft durch allerhand Hilfskonstruktionen vor der Gefahr eines plötzlichen und völligen Zusammenbruchs zu bewahren. Eine weitere Verzögerungstaktik würde deshalb in erster Linie nicht Deutschland, sondern andere Länder treffen, und kann uns deshalb nicht schrecken. Die deutschen Unterhändler können erhobenen Hauptes und ohne die Befürchtung, durch SOS-Signale aus Berlin im entscheidenden Augenblick in ihrer Entschlußfreiheit beeinträchtigt zu werden, an den Konferenztisch treten. Die Waffen sind also gut und gleich.

In einer Lage wie der gegenwärtigen können nur ganze Entschlüsse helfen. Nur die völlige Streichung der politischen Schulden kann die Voraussetzungen schaffen für die Ueberwindung der gegenwärtigen Nöte und die Herbeiführung eines neuen Aufstiegs. Diese These des Reichskanzlers Dr. Brüning ist nicht nur die Forderung Deutschlands, sie ist das Gebot der Stunde für alle Länder. Nur auf diese Weise kann das tiefgehende Mißtrauen gebannt werden und neue Unternehmungslust an die Stelle der lähmenden Hoffnungslosigkeit treten. Der Kampf gegen den Bolschewismus ist heute das Losungswort der bürgerlichen Politiker. In Wirklichkeit aber leisten diejenigen, die das Gewaltsystem von Versailles aufrechterhalten wollen, dem Bolschewismus die besten Zutreiberdienste. Sozialistische Gedankengänge dringen nicht nur in den besiegten Ländern, sondern auch in einem Siegerlande wie Japan immer mehr in die bürgerlichen und selbst in militärische Kreise hinein. Das sollte doch zu denken geben. Wer die bürgerliche Gesellschaftsordnung aufrechterhalten will, der muß sich auch in der Politik nach ihren Regeln richten. Nur die Wiederherstellung eines wahren Friedens kann den Unternehmern wieder Wagemut geben und der Wirtschaft die neuen Antriebe, deren sie zur Entfaltung ihrer Leben und Wohlstand spendenden Kräfte bedarf. Die Wirtschaft Europas und der Welt birgt in sich ungeheure Möglichkeiten der Betätigung, die aber verkümmern müssen, solange der eisige Hauch politischer Unrast über sie hinweggeht. Man gebe der Welt den Frieden, und jedes Volk wird von diesem Tage ab reicher sein als zuvor. Der Versuch, die ganze Last des Krieges auf ein Volk zu laden, hat die Welt in eine Krise ohnegleichen gestürzt. Er ist gescheitert. Nicht durch Tribute, die einem Lande mit Gewalt abgepreßt werden, sondern nur durch ehrliche und gutwillige Zusammenarbeit können die Völker die Wunden wieder heilen, die ihnen die größte Katastrophe der Weltgeschichte geschlagen.

*

Weltpolitik und Weltwirtschaft

von Prof. Dr. August Müller,
Staatssekretär a. D.

Die Konferenz, die nach den in Genf zwischen den leitenden Staatsmännern der europäischen Völkerfamilie getroffenen Vereinbarungen am 16. Juni in Lausanne beginnen soll, tritt in einer weltpolitischen Situation zusammen, die man getrost durch ein Wort von Jakob Burckhardt kennzeichnen kann, der vor mehr als einem halben Jahrhundert die entscheidende Bedeutung der Politik für das Schicksal der Völker in folgender Weise kennzeichnete: „Der ganze Hauptentscheid kann nur aus dem Innern der Menschheit hervorgehen. Wird der als Erwerbssinn und Machtsinn ausgeprägte Optimismus weiter dauern, und wie lange? Oder wird — worauf die pessimistische Philosophie der heutigen Zeit hinzuweisen scheinen könnte — eine allgemeine Veränderung der Denkweise, wie etwa im dritten und vierten Jahrhundert eintreten?“ Die wirtschaftliche Entwicklung besitzt ihre eigenen Gesetze. Aber politisches Wollen oder Nichtwollen hat doch eine schicksalhaftere Bedeutung als das wirtschaftliche Geschehen, zumal dann, wenn man die Willenshandlungen, die sich in der Sphäre des Wirtschaftslebens vollziehen, gebührend berücksichtigt. Die Theoretiker der Wirtschaftskrise streiten darüber, welchen Anteil an ihrer, alle früheren Krisen übertreffenden Intensität, die Tatsache besitzt, daß der Wirtschaftsablauf in wachsendem Maße durch wirtschaftspolitische Handlungen bewußt gelenkt wird. Die dem Wirtschaftsleben immanenten Entwicklungsgesetze, nach den Klassikern des Wirtschaftsliberalismus die Triebkräfte eines im wesentlichen sich selbst regulierenden Wirtschaftsmechanismus, verlieren an Geltung und werden durch wirtschaftspolitische Methoden der Staaten und der privatwirtschaftlichen Organisationen ersetzt. Fügt man dem die in den Regionen der Staatspolitik reifenden Willenshandlungen hinzu, dann wird man jene fatalistische Einstellung für unberechtigt halten müssen, die da wähnt, nach ehernen unveränderlichen Gesetzen müsse sich unser wirtschaftliches und daraus folgend: unser politisches Dasein vollenden. Um das Pathos Burckhardts anzuwenden: Aus dem soviel wie politisches Handeln bedeutenden „Innern der Menschheit“ muß der Hauptentscheid gefällt werden. Die objektiven Lebensbedingungen, zum mindesten des westeuropäisch-amerikanischen Kulturkreises, können entscheidend durch das Maß von Einsicht in Natur und Ursachen der gegenwärtigen Weltkrise und des Willens, sie zu bekämpfen, beeinflußt werden. Die große Bedeutung der Lausanner Konferenz beruht in dieser Möglichkeit, durch staatspolitische und wirtschaftspolitische, nationale und internationale Maßnahmen das Unheil zu beschwören. Zugleich wird dadurch die hohe Verantwortung der leitenden Staatsmänner aller beteiligten Staaten betont. Von ihren Entscheidungen

hängt es ab, welcher Formen sich die Entwicklung des auf gemeinsamen wirtschaftlichen Ueberzeugungen aufgebauten nationalstaatlichen Systems der westeuropäischen und der mit ihr verwandten überseeischen Staatenwelt bedienen wird. So gesehen, empfinden wohl alle die Zeichen der Zeit zu deuten fähigen kritischen Betrachter das gleiche: Wird Lausanne eine neue Epoche der Entwicklung einleiten, oder wird die Konferenz am kurzsichtigen Egoismus der Hauptbeteiligten scheitern und das gegenwärtig um sich greifende Gefühl des Grauens vor einer dunklen Zukunft verstärken, das auf Völker noch lähmender wirkt als auf Individuen!

Die Schwere der Krise wird besonders durch die nicht-ökonomischen Krisenursachen bedingt. Für die Krisenheilung bedeutet das, daß die von der Lausanner Konferenz erwartete Herstellung einer Atmosphäre des Vertrauens sich wahrscheinlich bald in einem günstigen Sinne äußern und belebend auf den weltwirtschaftlichen Kreislauf einwirken wird. Umgekehrt könnte aber eine Enttäuschung der auf die Lausanner Konferenz gerichteten Hoffnungen die Krise verschärfen und des Chaos ungebärdige Söhne, die allenthalben bemerkbar sind, mit dem Glauben erfüllen, daß für sie die Zeit der Ernte gekommen ist. Von Lausanne dürfen die Völker annehmen, daß einsichtige und von Verständnis für die Aufgabe der Stunde erfüllte Staatsmänner die Fundamente politischer und wirtschaftlicher Gesundung zu bauen vermögen. Daß diese Aufgabe am nachdrücklichsten von Deutschland und dem benachbarten Oesterreich betont wird, hängt damit zusammen, daß die innerpolitischen und wirtschaftlichen Zustände in beiden Ländern die unmittelbarste Gefahr laufen. Aber es wäre kurzsichtig, über dieser Tatsache die politischen und wirtschaftlichen Tatbestände zu übersehen, die die nachhaltige und möglichst schnelle Ueberwindung der Krise zu einem allgemeinen internationalen Bedürfnis machen. Die Verhältnisse in ganz Südost-Europa und in den baltischen Randstaaten sind nicht sehr unterschieden von denen in Zentral-Europa. Auch hier geht eine Zunahme politischer Schwierigkeiten mit dem wirtschaftlichen Verfall parallel und erhöht die Gefahren für die übrigen Teile Europas. Wenn die zentral-europäischen Staaten aus nationalen Bedürfnissen mit immer stärkerem Nachdruck nach politischer und wirtschaftlicher Krisentherapie verlangen, so nehmen sie zugleich das europäische Interesse wahr. Die europäische Gesundung wiederum bildet die Voraussetzung für die Schaffung weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Beziehungen, die, befreit von lähmendem Krisendruck, jenen politischen und wirtschaftlichen Ausgleich erzeugen, der den Nutznießern der weltwirtschaftlichen Zerrüttung entgegenwirkt. Denn im Grunde genommen hat doch die Lausanner Konferenz die Aufgabe, den Krieg nun wirklich zu liquidieren, soweit überhaupt von der „Liquidierung" eines solchen Ereignisses die Rede sein kann. Und darum müssen bisher schon bis zum Ueberdruß betonte Zusammenhänge noch einmal ins Gedächtnis zurückgerufen werden: Zentral-Europa hat die nachhaltigsten

Kriegsfolgen zu tragen als der überwundene Teil, aber die ihm aufgebürdete Last überstieg seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und darum auch das politisch Tragbare. Europa wiederum ist durch den Krieg seiner militärischen, wirtschaftlichen, finanzpolitischen und technischen Vormachtstellung beraubt worden. Das gilt nicht gleichmäßig für alle Teile Europas, aber für den Kontinent im ganzen, der einen starken Rückgang seiner wirtschaftlichen und finanziellen Weltgeltung erfahren hat. Die bevölkerungspolitischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse Europas vermögen sich diesem relativen Rückgang seiner weltpolitischen Position aber nur allmählich anzupassen und so ist der Erdteil von politischen Spannungen erfüllt, die durch wirtschaftliche Schwierigkeiten verstärkt werden und im ganzen gesehen gleichfalls ein Krisenelement für den Globus bilden. Auch hier kann nicht von Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse die Rede sein, aber man braucht sich ja nur die handels- und zollpolitischen Verhältnisse, die Aus- und Einwandererziffern und die Wandlungen der Kapital- und Finanzkraft der einzelnen europäischen Territorien zu vergegenwärtigen, um die Fülle der Probleme zu erkennen, die hier schlummern. Sie sollten das Verständnis dafür wachrufen, wie sehr auch die Anpassung der gewandelten gesamteuropäischen Stellung im internationalen Gefüge an die Erfordernisse der Weltpolitik von einem Zustand abhängig ist, der die internationale Vertrauenssphäre rekonstruiert.

Ein beachtenswertes Symptom der Zerrüttung in der Welt und zugleich der Ratlosigkeit über den besten Weg zur Vermeidung des Chaos sind die sogenannten autarkischen Forderungen, sowie die in ihrem Namen praktizierten wirtschaftlichen und politischen Methoden. Weil alle politischen Beziehungen und wirtschaftlichen Austauschverhältnisse auf das Empfindlichste gestört sind, machen die Anhänger der Autarkie aus der Not eine Tugend. Zur Weltgesundung gehört in erster Linie die Wiederherstellung des weltwirtschaftlichen Kreislaufes, der eine Reihe von Jahrhunderten hindurch immer engere Verknüpfungen der einzelnen Volkswirtschaften untereinander bewirkte. Alles kommt darauf an, diese weltwirtschaftlichen Beziehungen wieder herzustellen und das Entwicklungsgesetz zur Geltung zu bringen, wonach die einzelnen Volkswirtschaften durch innigere Verflechtung mit dem weltwirtschaftlichen Mechanismus bereichert und leistungsfähiger werden.

Selbst wenn man die wirtschaftsegoistischen schutzzöllnerischen Bestrebungen, die sich der autarkischen Etikette bedienen, gebührend veranschlagt, verrät die Pflege der autarkischen Ideologie eine Verwirrung der Geister, die sehr lehrreich für den weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zustand ist, weil sie dessen Zerrüttung entstammt, und zwar in einer Zeit, in der die internationale Bedingtheit und Zusammengehörigkeit aller wirtschaftlichen und politischen Vorgänge so augenscheinlich zutage tritt wie nie zuvor. Das ist der ausdrucksvollste Beweis für die Tatsache, daß die Enttäuschung über die Störungen des internationalen Kreislaufes in seltsamer Weise

den Sinn für das Tatsächliche und Notwendige in Politik und Wirtschaft trübt und Krisenrezepte gebiert, die das Uebel verschärfen müssen. Als ideologische Forderung würde die „Autarkie" wohl bald wieder verschwinden, wenn durch die Beruhigung der Atmosphäre die internationalen Beziehungen wieder enger geknüpft und der sinnlose Protektionismus überflüssig gemacht würde, der jeder politischen und ökonomischen ratio widerspricht und im Begriffe ist, aus der Weltwirtschaft ein ökonomisches Narrenhaus zu machen.

Der gegenwärtige Zustand in Weltpolitik und Weltwirtschaft ist mit keiner der durch frühere Krisen geschaffenen Situationen vergleichbar. Wir besitzen eine umfangreiche und im wesentlichen auch zuverlässige Literatur über die Wirtschaftskrisen der Vergangenheit, die den Krisenverlauf seit 1822 zu beurteilen gestatten. Die wirtschaftliche Krisentheorie läßt mit diesem Zeitpunkt jenen kapitalistischen Entwicklungsprozeß beginnen, der in einem steten Rhythmus von Aufschwung und Niedergangsperioden mit einer gewissen Regelmäßigkeit die Disproportionalität zwischen Erzeugung und Verbrauch in der Weltwirtschaft zur Krisis steigert. Die historische Darstellung der Krisen kennt natürlich auch zahlreiche politische Vorgänge, die den wirtschaftlichen Entwicklungsverlauf beeinflussen und umgekehrt berücksichtigt jede ernsthafte politische Geschichtsschreibung auch die entscheidenden wirtschaftlichen Tatsachen. Diese gegenseitige Beeinflussung der politischen und wirtschaftlichen Tatbestände gehört schon lange zu den Selbstverständlichkeiten historischer Forschung und Darstellung. Aber nie zuvor hat die Welt einen Zustand erlebt, in dem eine politische und eine wirtschaftliche Krisis sich so als die zwei Pole einer Gesamtlage präsentieren wie gegenwärtig. Wirtschaftskrise und politische Spannungszustände sind nahezu identisch geworden. Politische Handlungen üben stärksten Einfluß auf das wirtschaftliche Geschehen aus und ökonomische Entwicklungen zwingen geradezu die politischen Kräfte zur Beeinflussung des wirtschaftlichen Verlaufs. Es ist zu einem Gemeinplatz geworden, daß die Beruhigung der politischen Atmosphäre in starkem Maße durch wirtschaftliche Faktoren bestimmt wird und umgekehrt die Ueberwindung der Wirtschaftskrise politische Willensakte voraussetzt. Weniger bewußt ist man sich allerdings der Tatsache, daß diese Sachlage in früheren Krisenperioden nicht in so ausgesprochenem Maße bestand.

Sie bringt für die politischen Kräfte stärkere Belastungen mit sich als für die das Wirtschaftsleben gestaltenden Mächte. Sachlich bedingte gegenseitige Abhängigkeiten sind für das Wirtschaftsleben aus natürlichen Gründen charakteristischer als für die Staatspolitik. In der Sphäre des politischen Handelns bedeutet der Wille der Staatsmänner und Parteien, die politische Doktrin und der Glaube an die Parteiüberzeugung sehr viel mehr als in den Regionen des Wirtschaftslebens die Wirtschaftsgesinnung und der Wille der Führer. Darum sind gegenwärtig an die politischen Mächte höhere Anforderungen als an das Wirtschaftsleben zu stellen;

die Subjektstellung gebührt der Politik in stärkerem Maße als der Wirtschaft. Die Zuspitzung der Wirtschaftskrise und die Zerstörung des wirtschaftlichen Kreislaufs sind soweit gediehen, daß das Wirtschaftsleben mit den ihm entspringenden Triebkräften die Gesundung des Wirtschaftslebens nicht herbeizuführen vermag. Es bedarf der Impulse von außen, der politischen Maßnahmen, die jenen Glauben an eine gewisse Stetigkeit der politischen Entwicklung erzeugen, aus dem die Perioden der wirtschaftlichen Prosperität herauswachsen. Die Erholung des Wirtschaftslebens erfordert aber außerdem noch eine Reihe von konkreten Maßnahmen, die den ökonomischen Zustand der Welt von Wirkungen befreien, die einer für die Gegenwart besonders charakteristischen Methode: politische Ziele durch wirtschaftliche Mittel zu erreichen, entspringen. Die Politik hat sich zwar von jeher der Beeinflussung des wirtschaftlichen Geschehens gewidmet und selbst in der Blütezeit des Wirtschaftsliberalismus im innen- und außenpolitischen Bereich die Ziele der Staatspolitik durch rein wirtschaftliche Maßnahmen sehr nachdrücklich gefördert. Das wird so bleiben und es muß so bleiben. Aber der Erfolg dieser Methode hängt davon ab, daß man bei aller politischen Auswertung wirtschaftlicher Maßnahmen und Verfügungen die innere Logik der wirtschaftlichen Zusammenhänge respektiert. Das ist der Punkt, an dem die große Verantwortlichkeit der Staatsmänner für den gegenwärtigen desolaten Wirtschaftszustand besonders deutlich erkennbar wird.

Hier begegnen uns irreparabele und reparabele Tatsachen und Maßnahmen, die im einzelnen die wirtschaftliche und politische Problematik unserer Zeit ausmachen. Der Krieg, der große Zerstörer, hat Europa depossediert, Asien bolschewisiert, zum Herde ständig sich erneuernder, aus wechselnden Ursachen entspringender Kämpfe gemacht und im großen und ganzen den größten und bevölkertsten Erdteil eher zu einem Störungs- als zu einem Erholungsfaktor der Weltwirtschaft gemacht. Die Kriegskosten sind zum großen Teil zur Ausdehnung der technisch-industriellen Kapazität über das von der Weltwirtschaft geforderte Maß hinaus verwendet worden. Der Krieg hat außerdem das Bevölkerungswesen, die Bevölkerungszahl und die Zusammensetzung und Wanderung der Bevölkerung stark beeinflußt. Die neue Gebietseinteilung Europas und andere mehr oder minder irreparabele Kriegsfolgen haben einen starken Anteil an der weltwirtschaftlichen Erschütterung der Gegenwart. Die in der Volkswirtschaft lebendigen Ausgleichstendenzen werden sich allmählich mit diesen unvermeidlichen Entwicklungsergebnissen abfinden, sie brauchen aber hierzu die Unterstützung der staatspolitischen Faktoren, deren Aufgabe als die Beseitigung der reparabelen Fehlleitungen durch die Friedensschlüsse umschrieben werden kann. Die Lausanner Konferenz wird dieser Aufgabe nur genügen, wenn sie auf diesem Gebiete die Logik des wirtschaftlichen Geschehens respektiert und die Gewaltsamkeiten beseitigt, durch die bei den Friedensschlüssen auch das sich nach

eigenen Gesetzen vollziehende Wirtschaftsleben in die dem Siegerinteresse nützlich erscheinenden Bahnen gelenkt werden sollte. Die Mißachtung der Eigengesetze wirtschaftlicher Vorgänge hat sich in zwiefacher Weise verhängnisvoll erwiesen und die Wirkung der Wirtschaftskrise erhöht. Wir verdanken ihr die Reparationsregelung, deren finanzwirtschaftliche Unmöglichkeit allen Sachverständigen von Anfang an ganz zweifellos war. Keynes hat das in seiner ersten Publikation über die Friedensverträge unmittelbar nach Abschluß der Versailler Konferenz bereits betont. Aber es mußte erst eine zwölfjährige verhängnisvolle Entwicklung zurückgelegt werden, ehe die Ueberzeugungen der Sachverständigen den politischen Bedürfnissen gegenüber die Oberhand gewannen. Ganz ist das Reparationenproblem von der nachteiligen Wirkung, die politisches Wünschen und Wollen in so verhängnisvoller Weise ausgeübt haben, noch nicht befreit, wie die jüngste Entwicklung in Paris zeigt. Wenn trotz der im letzten Jahre von Chequers bis Lausanne gesammelten üblen Erfahrungen noch keine einhellige Beurteilung dieses Problems im politischen Lager erzielt werden konnte, so zeigt das die Zähigkeit, mit der Irrtümer dann verteidigt werden, wenn politische Bedürfnisse mit der Aufrechterhaltung der Irrtümer verknüpft sind. Den Ausweg aus diesem Labyrinth der politischen Interessen, verschleierten Absichten und wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten in Lausanne zu finden, dürfte kaum so leicht sein, als das einer rein wirtschaftlichen Beurteilung des Problems erscheint. Aber es ist der Kardinalpunkt, der in Lausanne erledigt werden muß. Die Staatspolitik hat hier zu beweisen, daß sie da, wo ein Primat der Wirtschaftspolitik unzweifelhaft vorhanden ist, auch dem wirtschaftspolitischen Interesse den Vorrang einräumen will oder kann. Die Krisentherapie im wirtschaftlichen Sinne vermag nur die Genesung der Weltwirtschaft vorzubereiten, wenn in der Reparationsfrage die erforderliche klare eindeutige und endgültige Entscheidung getroffen wird. Sie würde dann von selbst die verstopften Kreditkanäle öffnen, die fehlerhafte Verteilung des Währungsgoldes, die der Völkerbund demnächst abschließend begutachten will, korrigieren und die monetären Konjunkturfaktoren für die weltwirtschaftliche Gesundung in der erforderlichen einwandfreien Weise zur Geltung bringen, was soviel besagt, als das Ueberflüssigmachen von Währungsexperimenten im Rahmen nationaler Volkswirtschaften, die nach allen Regeln der Währungstheorie und der die Güterzirkulation regelnden Gesetze nicht zu einer allgemeinen Krisenüberwindung führen können. Es gibt noch manche andere von der Seite der Politik her auszuräumende Hindernisse für die Gesundung der Weltwirtschaft, sie treten aber an Bedeutung hinter dem Reparationsproblem zurück und können daher unerörtert bleiben.

Einen verhängnisvollen Einfluß hat die Vergewaltigung der wirtschaftlichen Zusammenhänge durch die Friedensverträge aber auch in indirekter Weise ausgeübt. Die Trübung des Sinnes für

das wirtschaftlich Mögliche ist für die zahlreichen Experimente auf handels- und wirtschaftspolitischem Gebiete verantwortlich zu machen, die immer grotesker werden, je weiter die Erstarrung des wirtschaftlichen Kreislaufes fortschreitet und so zur Verschärfung der Uebel, die man bekämpfen will, beizutragen pflegen. Die in diesen Zusammenhang gehörenden Autarkiebestrebungen wurden bereits erwähnt. Die Verwischung der Grenzen zwischen wirtschaftlichen und politischen Wirkungsmöglichkeiten haben den Rohstoffländern zu den „Valorisationen" von Kautschuk, Kaffee, Weizen und ähnlichen Massenprodukten des Weltverkehrs Veranlassung gegeben, durch die weit über die vorhandenen Austauschmöglichkeiten hinauswachsende Gütermengen dieser Art auf den Markt gelangten und jenen jähen Preissturz hervorriefen, der den Ruin weiter Rohstofferzeugungsgebiete in Süd- und Nordamerika, Afrika, Australien und in den Straits-settlements bewirkten. Das Gegenstück dazu sind die monopolistischen Gebilde in Gewerbe und Industrie, die das Preisniveau für ihre Produkte auf einer Höhe festhalten, die nicht im Einklang mit der dem Erwerb dieser Güter dienenden Kaufkraft steht. Was verdanken wir sonst nicht alles dem den Liquidatoren des Weltkrieges zu dankenden Aberglauben, daß wirtschaftliche Zusammenhänge kein eigenes Gewicht und keine innere Logik besäßen? Prohibitive Zölle und zu gleicher Zeit Konferenzen der überseeischen Weizenexporteure und der europäischen Landwirte zu dem Zwecke, den Weltweizenexport durch Zusammenwirken solcher gegensätzlichen Wirtschaftsinteressenten zu regulieren; Ein- und Ausfuhrkontingente, Monopolorganisationen für Stapelartikel des Weltverkehrs, einmal von den Erzeugern, dann von den Abnehmern geschaffen, sogar direkte Warenaustauschverhältnisse, die uns in die Primitivität der Anfänge des Tauschhandels zurückführen, als Bernstein gegen Hirse ausgetauscht wurde. Heute handelt man künstlichen Stickstoff gegen Gummi und Stahl gegen Pelze. Der Kontingentierung von Waren zum Zwecke der Austauschregelung gesellt sich das Streben nach einem gesicherten Absatzmarkt durch Gebietskontingentierung hinzu: die französischen Pläne in den Donaustaaten gehören ebenso in dieses Gebiet wie andere Pläne von Zollunionen und Zollbündnissen, die man nur gutheißen kann, wenn man den tiefen Sinn des wachsenden Güterverkehrs zwischen den einzelnen Volkswirtschaften in einer mehrhundertjährigen weltwirtschaftlichen Entwicklung leugnet. Durch Ausschaltung des Handels und seine Ersetzung durch fragwürdige Experimente und bürokratische Gebilde gewinnt man keinen Ausweg aus der Krise heraus, sondern man verstrickt sich notwendigerweise immer inniger mit wirtschaftsstörenden Vorgängen. Die rückläufige Entwicklung des Welthandels ist bei jeder schweren Wirtschaftskrise eine unvermeidliche Begleiterscheinung, daß sie aber den gegenwärtigen Umfang angenommen hat, ist zum guten Teil auf die eben erörterten Experimente zurückzuführen, die mit erfolgreicher Krisentherapie soviel zu tun haben, wie das Trinken durch

Kommabazillen verseuchten Wassers mit dem Schutz vor der Cholera. Es erweist sich immer dringender als ein der Krisenüberwindung dienendes Erfordernis, daß die Dominanten des weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Geschehens ihre Wirkungssphären voneinander abgrenzen und dadurch die Flurbereinigung zwischen Wirtschaft und Politik in engeren Räumen fördern, deren Irrtümer aus dem durch die Friedensschlüsse genährten Irrtum entspringen, es bestände keine wirtschaftliche Eigengesetzlichkeit, die vor dem Zugriff außerwirtschaftlicher Mächte und Kräfte geschützt werden muß, wenn die Produktions- und Austauschverhältnisse, denen die Menschen ihre Lebensmöglichkeiten verdanken, befriedigend funktionieren sollen.

Ob Lausanne eine vorläufige oder eine endgültige Vereinigung der internationalen Atmosphäre verspricht, ist weniger wichtig als die Tatsache, daß die Konferenz einen Ausdruck für die Bereitwilligkeit aller Beteiligten zur Verständigung findet, der geglaubt wird. Denn im gegenwärtigen Zustand der Dinge sind die immateriellen Krisenfaktoren in Wirtschaft und Politik ebenso bedeutsam wie die materiellen. Den Schlüssel zur Entwirrung der Lage hält Frankreich in der Hand, dessen führende Politiker das Wort in der Reparationsfrage sprechen müssen, das die Hindernisse einer allgemeinen Verständigung beseitigt. Ueber die Einigung Deutschlands und Frankreichs in der Reparationsfrage führt der Weg zu parallelem Wirken von Weltpolitik und Weltwirtschaft bei der endgültigen Ueberwindung der in der Aera von 1914 bis 1919 geschaffenen unheilvollen falschen Lösungen und inneren Widersprüche im Bereiche der zivilisierten Staatenwelt.

*

Die neue Baukunst als Zeitspiegel

von Hans Weigert

Das Gesicht der Künste ist heute seltsam zwiespältig. Die Bildkünste, Malerei und Plastik, sind durch die vollkommene Freiheit, die ihnen die Durchsetzung des l'art pour l'art-Prinzips gab, entwurzelt, nicht nur der Masse, sondern auch den Trägern der Bildung entfremdet und führen ein Schattendasein in Akademien und unbesuchten Ausstellungen. Die Baukunst aber spricht von ihrer Wiedergeburt, fühlt sich jung und am Beginn einer schöpferischen Epoche. Diese Insel von Aufgangsgefühl in den durch die anderen Künste verbreiteten Untergangsstimmungen ist denkwürdig, weil die Baukunst dem Leben am engsten verbunden ist, von ihm am unmittelbarsten aussagt. Sie ist sein Diener und sein Symbol zugleich. Weil sie für Zwecke, für praktische Notwendigkeiten schafft, ist sie Ausdruck der Wirtschaftsform einer jeden Zeit.

Weil ihre Formen von der jeweils führenden Gesellschaftsschicht geprägt werden, spiegelt sie den soziologischen Aufbau des Volkes, und weil diese Formen künstlerisch über das praktische Bedürfnis hinaus gestaltet werden, sind sie Zeichen für die geistige Haltung und Zielsetzung ihrer Schöpfer. Diese Zeichen reden eine so deutliche Sprache, weil in ihren abstrakten, frei erfundenen Formen abstrakte Gedanken und Gehalte unmittelbar Ausdruck finden können, während die Bildkünste den Zeitgehalt mittelbar, auf dem Umwege über Formen ausdrücken, die sie von der Natur erfahren haben. Weil also die Baukunst unmittelbarer Lebensspiegel ist, und weil sie sich jung fühlt, Gefäß der produktiven Kräfte der Gegenwart zu sein scheint, ist der Versuch aussichtsreich, in der Baukunst eine Antwort auf die Frage zu finden, wo wir stehen, welchen Gewinn und Verlust uns die auf allen Lebensgebieten zutage tretende Wende bringt.

Die neuen Bauten sind durch ihre Einfachheit und Klarheit bestimmt. Sie bilden einen schlichten Kubus oder eine Addition solcher Kuben, haben nirgends Ornament oder spielende Formen, zeigen nichts als die aus Material und Zweck entwickelte Funktion, wirken nur durch die Verhältnisse der Kuben und der aus ihnen geschnittenen Oeffnungen. Ihre Schönheit ist kühl und puritanisch, sie ist die Schönheit des ordre froid, wie die Franzosen den neuen Stil nennen.

Man hat diese Kargheit und Knappheit aus der Notwendigkeit, zu sparen, erklären wollen. Die Sparsamkeit mit Formen begann aber schon vor dem Kriege an den Bauten der Architekten, die den neuen Stil schufen, der Otto Wagner, Peter Behrens, Heinrich Tessenow, Hans Poelzig, Walter Gropius, Frank Lloyd Wright, Le Corbusier. Sie hat verschiedene Gründe, die tiefer wurzeln, als im wirtschaftlichen Zwang. Der erste Grund ist ein formaler und liegt in dem der Kunstgeschichte vertrauten Gesetz von der periodischen Formbewegung, die Wölfflin als Wechsel linearer und malerischer Stile, geschlossener und offener, klarer und unklarer Formen beschrieb. Es folgt aus der in den Formen der Kunst wie denen der Natur festzustellenden Tendenz alles Wachstums, sich von einfachen zu komplizierten Gebilden zu entwickeln, sich also stetig zu differenzieren, bis eine Ueberdifferenzierung erreicht ist, nach der die Natur die Gattung, die Kunst den Formkörper absterben läßt, um mit einfachen Formen die Entwicklung von neuem zu beginnen. In der Kunst ist die klare und geschlossene, von den Linien der Umrisse bestimmte Form stets eine frühe, die offene und unklare, die den Formkörper in mannigfache Bewegungen auflöst und seine Oberfläche spielerisch und malerisch auflockert, eine späte Form. Sie stellt dem Auge komplizierte Aufgaben, bis es gewissermaßen ermüdet und vor den schlichten Gebilden einer Frühform ausruhen will. Der Gegen-

satz wird deutlich beim Vergleich etwa einer Skulptur von Rodin, die sich durch die Aktion der Glieder und das Spiel der reflektierenden Lichter auf der zersetzten Oberfläche in den Raum auflöst, und einer von Barlach, der auf die Urformen der Plastik, auf einfache stereometrische Gebilde mit glatter, schließender Oberfläche zurückgreift. In der Graphik stehen sich auf den gleichen Polen Liebermann und Schmitt-Rottluff gegenüber. Liebermanns Radierungen zaubern einem kultivierten, zu verfeinertem Genuß erzogenen Auge flüchtige Bewegungen und flimmerndes Spiel der Atmosphäre vor. Schmitt-Rottluffs Holzschnitte wirken in grobem Schnitt mit den einfachen Kontrasten großer weißer und schwarzer Flächen. In der Malerei bestimmt derselbe Gegensatz die in subtile Farbharmonien aufgelösten Gegenstände des Impressionismus und die fest umgrenzten, gleichsam gefrorenen, hart und klar gewordenen der „Neuen Sachlichkeit".

Dieser Wechsel differenzierter und reduzierter Formen ist durch die ganze Geschichte der Baukunst zu verfolgen. Die Bauten der späten Antike und die von ihnen abhängenden karolingischen schufen durch Unterteilungen und Durchdringungen der Räume komplizierte Gebilde. Die Romanik addierte schlichte Kuben, die sich im späteren Mittelalter immer weiter auflösten und bereicherten, bis die differenzierten Gebilde der Spätgotik von der einfachen Klarheit der Renaissance abgelöst wurden. Im Barock wurde die Form von neuem zu komplizierter, malerischer Bewegtheit geöffnet, um im Klassizismus abermals zur Schlichtheit primärer Gebilde gebunden und beruhigt zu werden. Das 19. Jahrhundert wiederholte historisierend die seit der Renaissance durchlaufene Bahn, um bei einem Neubarock und Neurokoko zu enden. Die Reaktion setzte nach 1900 und nach dem Zwischenspiel des Jugendstils mit einem Neuklassizismus ein. So stellt sich die Geschichte der europäischen Baukunst als periodischer Wechsel von Evolutionen im Sinne einer Differenzierung der Räume und Baukörper und von Revolutionen dar, die den Formen wiederum Einfachheit, Klarheit und Geschlossenheit gaben. In diesem Zusammenhang scheinen die Ziele der heutigen Baukunst denen der Romanik, der Renaissance und des Klassizismus zu gleichen. Die Verwandtschaft der Bauten eines Behrens oder Tessenow mit denen des Elias Holl um 1600, der Gilly und Schinkel um 1800 ist auch oft betont worden. Aber die jüngste Revolution blieb nicht bei dem Neuklassizismus stehen, mit dem sie um 1910 begonnen hatte. Für das sechzehnte Jahrhundert und für die Zeit um 1800 war die klassische Antike das bis in die Einzelheiten maßgebende Vorbild. Ihr Ziel waren Renaissancen der griechischen Baukunst. Schon Behrens und Tessenow verzichteten auf die Uebernahme klassischer Details. In der Zeit nach dem Kriege wurde die Revolution immer radikaler und lehnte alles

Historisieren ab. Seit der Begründung der europäischen Baukunst durch die Romanik, ist die gegenwärtige Revolution die erste, die sich nicht an der Antike orientiert. Sie geht auf die Urformen des Bauens zurück und sucht durchaus Neues zu schaffen. Sie greift tiefer als Renaissance und Klassizismus. Schon diese waren mehr als formale Regenerationen, waren begleitet und zum Teil begründet durch Wandlungen der geistigen Haltung überhaupt. In der gegenwärtigen Revolution ist der formgeschichtliche Faktor, der aus der Periodik der Stilbewegung folgende Zwang zur Reduzierung der Bauform nach vorangegangener Differenzierung minder wichtig als andere Faktoren.

Unter diesen ist am sichtbarsten der Einfluß der modernen Technik und der neuen Materialien, die sie der Baukunst gab. Von der ägyptischen Architektur bis zu der des Neuklassizismus hatte der Haustein die Formbildung bestimmt. Die massive Mauer trug den Bau, ihre Durchbrechungen konnten nicht groß sein und durften nicht um die Kanten greifen, wurden also am zweckmäßigsten regelmäßig über die Flächen verteilt. Neben diesem Steinbau der Architekten haben seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts die Ingenieure den Eisenbau entwickelt. Er begann mit der Pariser Getreidehalle von 1811, der schmiedeeisernen Kuppel Mollers auf dem Ostturm des Mainzer Doms von 1828 und führte über die Konstruktionen Eiffels zu den kurz vor dem Kriege entstandenen Bauten von Perret und Corbusier, zu der Berliner Turbinenhalle der AEG. von Behrens und zu der Fagus-Fabrik in Alfeld a. L. von Gropius. Das Eisen, zumal in Verbindung mit Beton, gestattet eine freiere Gestaltung des Baublocks, als der Stein. Statt der ganzen Wand trägt ein Skelett, dessen Zwischenflächen in Glas aufgelöst werden können. Die oberen Geschosse dürfen weit vorkragen, die Oeffnungen beliebig verteilt werden und auch die Kanten umziehen. Die neuen Materialien, die der Baukunst von der Technik geboten wurden, machten sie frei von dem Stein, den ihr die Natur gab. Dennoch haben nicht sie allein den neuen Stil geschaffen. Sie waren ja lange vor seinem Auftreten bekannt, und erst als ein neuer Formwille sie aufgriff, konnten sie stilbildend werden. Diesen neuen Willen bestimmte nicht nur die Reduktionstendenz der Form, sondern auch ein von aller früheren Architektur abweichendes Ausdrucksverlangen, das der dritte unter den entscheidenden Faktoren ist.

Die Theorie der neuen Baukunst leugnet freilich einen eigentlichen Ausdruckswillen. Das bis zum Ueberdruß wiederholte Schlagwort von der Neuen Sachlichkeit behauptet, es werde nur ausgedrückt, was in der Sache läge, der Bau sei nichts als die Resultante der beiden Faktoren Zweck und Material. Wäre diese Behauptung richtig, sie wäre eine Aburteilung der künstlerischen Potenz der Heutigen. Tatsächlich ist auch heute nicht das objektiv Gegebene entscheidend, sondern

das gestaltende Subjekt. Deshalb hat Le Corbusier recht mit den Sätzen: „Die Baukunst ist eine Frage bildenden Gestaltens", und „Leidenschaft baut mit trägen Steinen ein Drama auf". Gerade Le Corbusier mißachtet ja die sachlichen Forderungen des Zweckes so weit, daß seine um des freien Schaltens mit Formen Willen geschaffenen Wohnbauten fast unbewohnbar werden. Gewiß erinnert in der neuen Architektur vieles an Bauten, die im vorigen Jahrhundert ohne einen Gedanken an Schönheit, nur aus dem Zweck entstanden sind, etwa die Aufbauten auf Schiffen. Aber ebenso wichtig wie diese Vorgänger sind andere in der Malerei. Der Kubismus und Lissitzkys „Prouns" komponieren ebenso frei mit geometrischen und stereometrischen Gebilden wie die neuen Bauten. Sie sind utopische Experimente einer reinen, absoluten Architektur. Von ihnen aus werden die baukünstlerischen Kompositionen verständlich. Zur Erfüllung der sachlichen Bedürfnisse genügten ja simple Kästen. Wenn statt dessen der Baukörper in ein Geschiebe mehrerer Kuben aufgelöst wird, so spricht daraus dieselbe mit abstrakten Gebilden schaffende Phantasie wie aus einem kubistischen Bild. Dieses schien eine müßige, rein artistische Spielerei zu sein, letzter Abweg der l'art pour l'art, tatsächlich aber ist es das Experiment eines Gestaltungswillens, der, auf die praktischen Aufgaben des Bauens angewandt, dem Leben wieder dient. Hier wird deutlich, wie unrecht die Verurteilung der abstrakten Malerei als willkürlicher, nur einen esoterischen Aesthetenkreis angehender Spielerei ist, wie sinnvoll die Wege der Kunst, ihren Trägern unbewußt, von einer geheimen Macht in den Tiefen der Zeugung gelenkt werden.

Auch in anderer Richtung noch geht die neue Baukunst über das sachliche Bedürfnis hinaus. Ihr Programm lehnt zwar jede Dekoration ab, und Le Corbusier versteigt sich zu dem Satze: „Die Verzierung verbirgt immer einen Konstruktionsfehler." Dennoch werden die neuen Bauten durch eine Dekoration gesteigert, die freilich nie etwas anderes ist als die durch besondere Betonung sinnfällig gemachte Konstruktion und Funktion. Das tragende Skelett wird zum Sprechen gebracht, die kühnen statischen Möglichkeiten, die in den neuen Materialien liegen, werden mit Stolz gezeigt. Durch die Hervorhebung der Geschoßteilungen und Gesimse, durch starke Auskragungen wird die Horizontale zur Dominante. Wenn diese Horizontale noch in vielen neueren Bauten, zumal solchen in Straßenfluchten, wie Högers Hamburger Chilehaus, durch eine Schwingung des Baukörpers mit Dynamik erfüllt wird, dann zwingt sie das Auge zum raschen Entlang am Bau, wird zum Ausdruck einer das heutige Leben beherrschenden Macht, des Verkehrs, des Tempos, jenes hastigen Getriebenseins, das den Charakter der Großstädte bestimmt und durch praktische Notwendigkeiten ebensowenig begründet ist, wie die ihm ent-

sprechenden Bauformen es sind. Die neue Architektur ist also durchaus nicht sachlicher, ist ebenso freie Schöpfung und Ausdruck des Zeitgehaltes, wie die der alten Baustile. Der neue Stil steht gleichberechtigt neben den alten, er ist wie sie aus Zweck, Material und Phantasie geschaffen, und wenn Le Corbusier sagt: „Die Stile sind eine Lüge", so ist das verständlich, weil jedes neue Wollen seine Schöpfungen als die allein echten erklären, sich absolut setzen muß. Dem historischen Blick aber erscheint das heutige Bauen als wohl im Ziel, nicht aber im Wesen verschieden von dem früherer Zeiten.

*

Wenn dennoch die neue Baukunst revolutionär wirkt, als Bruch mit allem, was von der Antike bis zum vorigen Jahrhundert im Abendland gebaut wurde, so deshalb, weil sie auf einem Boden gewachsen ist, der bisher noch niemals, von der Architektur der Römer abgesehen, zeugend und formbildend gewesen ist, auf dem des Zweckbaus. Im ganzen Mittelalter war der Sakralbau führend. Von ihm wurden fast alle konstruktiven und dekorativen Formen für den Wohn- und Wehrbau entlehnt. In ihm vollzogen sich die technischen Fortschritte und die stilistischen Entwicklungen. Von der Renaissance bis ins 19. Jahrhundert stand neben dem Kirchenbau, ihn zeitweise überflügelnd, der repräsentative Bürger- und Fürstenbau, der italienische Palazzo, das nordische Patrizierhaus, das Rathaus und das Schloß. In diesen Repräsentationsbauten entfalteten sich die entscheidenden Formgedanken. Die Elemente der heute reifenden Baukunst dagegen sind durchweg am Zweckbau der Wirtschaft entwickelt worden. Das Wertheimhaus Messels, die amerikanischen Getreidesilos und Bürohochhäuser, die ersten Fabriken von Behrens und Gropius sind die Schöpfungsbauten des neuen Stiles. Ihnen entlehnte das Wohnhaus seine Formen. Es soll nach einem denkwürdigen Schlagwort zur „Wohnmaschine" werden. Neue Repräsentationsbauten sind von Wirtschaftsbauten kaum zu unterscheiden. Sowjetrussische Regierungsgebäude und Universitäten sehen aus wie Großgaragen oder Fabriken. Die neue Aula der Bonner Universität von Bruno Paul könnte ein Maschinensaal sein, wenn nicht reiche Holzverkleidungen ihr einen gewissen Luxus gäben. Die meisten Entwürfe der Modernen für den Völkerbundspalast in Genf hätte ebensogut Ford verwenden können. Selbst der Sakralbau hat sich dem Industriebau angeglichen. Beide Konfessionen wollen sich vom Historismus lösen. Aber wo nicht doch noch Anleihen beim Altchristlichen oder Gotischen aufgenommen werden, entlehnen die neuen Kirchen ihre Formen durchweg dem Zweckbau und geben ihm nur durch Zutaten, wie farbige Verglasung und Tönung, eine gewisse Weihe.

Die Produktionsbauten der Wirtschaft, Fabriken, Bürohäuser und dergleichen, haben also, kaum daß sie architektonisch mündig geworden sind, die Führung an sich gebracht. Als die ersten Fabriken von der um Steigerung des Exports bemühten Wirtschaftspolitik der absolutistischen Fürsten im 18. Jahrhundert gebaut wurden, gab es noch keinen Fabrikstil. Deshalb wurden diese ersten Fabriken in den vereinfachten Formen des fürstlichen Repräsentationsbaues, des Schlosses, errichtet. Im neunzehnten Jahrhundert hat der Fabrikbau seinen Vater, den Schloßbau, überflügelt, heute hat er ihn völlig verdrängt. Kein moderner Architekt kann noch ein echtes Schloß bauen.

Der Uebergang der Hegemonie in der Baukunst vom Sakralbau auf den profanen Repräsentationsbau zu Beginn der Neuzeit und von diesem auf den Produktionsbau in unserer Zeit ist der Ausdruck fundamentaler soziologischer und geistiger Wandlungen. Er spiegelt den Wechsel in der Hegemonie der Stände. Im Mittelalter führte mit dem Ritter, dem auf seinen engen Bergburgen keine bedeutende architektonische Tätigkeit gestattet war, die Geistlichkeit, zuerst die klösterliche, und seit dem Aufblühen der Bischofsstädte die weltliche. Klosterkirchen und Kathedralen sind die größten Bauschöpfungen des Mittelalters. Sie gaben zu Ende des Mittelalters die Führung an die Stadtpfarrkirchen ab, deren Bauherren die Bürger waren. Die Emanzipation des Bürgertums in der Renaissance spiegelte sich in großartigen Rathäusern und patrizischen Wohnbauten. Die Ueberwindung der demokratischen Stadtherrschaften durch das absolutistische Fürstentum wurde offenbar in der Hegemonie des Schloßbaues während des 17. und 18. Jahrhunderts. Seit der französischen Revolution gewann abermals das Bürgertum die Führung, das mit seiner grandiosen Leistung der Industrialisierung Europas und Nordamerikas zum kapitalistischen Großbürgertum aufwuchs. Die Wirtschaftsführer traten, noch nicht der Form, aber der Bedeutung nach, an die Stelle der Fürsten. Die Worte Kohlenbaron, Industrieherzog und Stahlkönig bezeichnen den Aufstieg dieser neuen Aristokratie, von der die Lebensformen und die Bauformen bestimmt wurden, unter deren Führung die Industrialisierung der ganzen Kulturwelt einen radikalen Umsturz der geistigen Werte bewirkte.

Jede Zeit hat ihre Hierarchie der Werte. Im Mittelalter standen auf der obersten Stufe die religiösen Werte, die den einzelnen nur in seiner Beziehung zum jenseitigen Reich gelten ließen. Deshalb war die sakrale Architektur die führende. Renaissance und Reformation machten den einzelnen auf verschiedenen Wegen selbständig. Die Renaissance, indem sie ihm mit der humanistischen Bildung das Ideal der autonomen Persönlichkeit gab, die Reformation, indem sie den Priester als Mittler ausschaltete und den einzelnen in unmittelbare Beziehung zu

seinem Gott brachte. Zugleich setzte die Reformation, am entschiedensten im Bereich des Calvinismus, eine neue Wertung der Arbeit. Sie erhielt einen Eigenwert, den ihr das Mittelalter nicht zuerkannt hatte. Die Frucht der Arbeit wurde als Lohn Gottes, ja die Arbeit selbst als Gottesdienst erklärt. Die Reformation hat architektonisch wenig hervorgebracht. Um so bedeutender ist die Formulierung der von der Renaissance heraufgeführten neuen Persönlichkeitswerte in der Baukunst. Das klassische Ideal der ohne Beziehung zum Jenseits in sich ruhenden, allseitig entfalteten, harmonisch ausgewogenen Persönlichkeit spiegelte sich in den Bauten der Patrizier wie der Fürsten sowohl durch die aus der Antike aufgegriffenen tektonischen und dekorativen Elemente, Zeugnisse der humanistischen Bildung wie durch die Geschlossenheit, Autarkie jedes Baues und seine harmonische Symmetrie. Das Selbstbewußtsein und der Persönlichkeitskult des neuzeitlichen Menschen steigerte sich im Barock mit den Schloßbauten der geistlichen und weltlichen Fürsten nach dem Vorbild des roi soleil zu grandioser Hybris. Das Schloß, als Baukörper geöffnet, mit Kanälen und Alleen weit in die zum Park geordnete Umgebung ausgreifend und mit ihnen seine Machtstrahlen ins Land entsendend, ist das Symbol für den Machtwillen des Fürsten, der sich als Mitte und Krone seines Staates fühlt. Hier gipfelte der Individualismus, der von der Gotik über Reformation und Renaissance stetig gestiegen war.

Die Zeit nach der französischen Revolution hatte ein zwiespältiges Gesicht. In ihrem Beginn herrschte das klassische Ideal der humanistisch gebildeten Persönlichkeit. Neben dieser Bildungswelt Weimarer Prägung stiegen der von materiellen Zwecken geleitete Wirtschaftsgeist und die materialistischen Naturwissenschaften auf, die als Lebensprinzip die Zuchtwahl durch den Lebenskampf, die natürliche Parallele zum Auslesepprinzip der wirtschaftlichen Konkurrenz verkündeten. Aber dieser Wirtschaftsgeist gewann im 19. Jahrhundert noch keinen Ausdruck in den Lebens- und Bauformen. Das Großbürgertum führte ein Doppelleben. Der Wirtschaftsmensch diente im Beruf den Zwecken, um neben dem Beruf klassische Schönheit und Bildung zu pflegen. Wie er seinen ersten Dampfmaschinen Renaissanceornamente gab, so war sein Lebensstil nicht Ausdruck seiner Funktion in der Wirtschaft, sondern seiner klassischen Bildung. Er baute sich einen Renaissance-Palazzo, der das Vorbild auch für die ärmsten Mietskasernen wurde, weil der jetzt auftretende vierte Stand keine eigene Daseinsform hatte und von den abgesunkenen Werten des Bürgertums lebte.

Die Entlehnung von Bauformen und Bildungsgütern aus der Vergangenheit reicht bis zu der gotisierenden Strebearchitektur an Messels Wertheim-Haus, den gotischen Attrappen mancher Hochhäuser und der Anlehnung des Expressionismus

an das Mittelalter. Unsere Architekten pflegen diese historisierenden Fassaden als Maskeraden zu verhöhnen. Von der Architektur aus gesehen haben sie recht. Vom geistigen Leben aus gesehen waren diese Entlehnungen durchaus nicht sinnlos. Aus ihnen sprach das Ungenügen an reiner Zweckgesinnung, der Wille, die großen geistigen Traditionen und Bildungswerte in einer Zeit wachzuhalten, die auf den Gebieten zweckfreien Geisteslebens wenig produktiv war. Heute ist der Bruch mit der Vergangenheit endgültig. Nach der Zwiespältigkeit des 19. Jahrhunderts zeigt das beginnende 20. ein einheitliches Gesicht. Das Abhobeln der Fassaden, das vor einem Menschenalter Adolf Loos mit seinem Kampf gegen das Ornament begann, ist beendet. Die neue Baukunst, die mit allen Baugattungen dem Produktionsbau folgt, die ihren Stil vom Ausdruck der Funktion gewinnt, ist ein klarer, folgerichtiger und einheitlicher Ausdruck des Wirtschaftsgeistes. In der Hegemonie der Wirtschaftsbauten wird die Tatsache sinnfällig, daß die Wirtschaft die Hegemonie unter den Geistesgebieten gewonnen hat, daß die wirtschaftlichen Werte wichtiger geworden sind als die religiösen oder Bildungswerte. Nächst der Baukunst wird der Primat der Wirtschaft am sinnfälligsten in der Politik. Die Leitidee der mittelalterlichen Politik war die Idee des sacrum imperium, in dem Kaiser und Papst mit einer ebenso fruchtbaren wie gefährlichen Gleichberechtigung herrschten. Das hohe, religiös fundierte Ideal dieses Reiches war dem Wesen des Deutschen gemäß und führte ihn deshalb zur Vorherrschaft in Europa. Die politische Leitidee der Renaissance- und Barockzeit war von Macchiavell bis zu Ludwig XIV. die Macht der großen Persönlichkeit. Die Politik der Gegenwart aber wird von der Wirtschaft bestimmt. Der heftigste Kampf der Gegenwart geht mit der Frage: Kapitalistisch oder sozialistisch um die Wirtschaftsform. Das großartigste politische Projekt der Gegenwart, der Fünfjahresplan Sowjetrußlands, ist ein wirtschaftliches. Die führende Macht in der heutigen Welt ist Amerika, das von traditionellen Ideologien am wenigsten belastete und in rein wirtschaftlichem Denken aufgewachsene Land.

Die neue Baukunst wird von manchen ihrer Freunde und Feinde als kommunistisch angesprochen. Diese Gleichsetzung des neuen Bauens mit der kommunistischen Wirtschaftsform ist schon deshalb falsch, weil die Bauherren seiner Schöpfungsbauten kapitalistische Unternehmer waren. Dennoch besteht ein Zusammenhang, denn es ist nicht daran zu zweifeln, daß wir in eine kollektivistische Epoche eintreten, mag nun im Sinne des Sozialismus die Gesellschaft, oder mögen im Sinne des Hochkapitalismus die Gesellschaften, Kartelle und Truste die Wirtschaft bestimmen. Dem Wandel der Wirtschaft entspricht ein gleich gerichteter der Architektur. In ihr hat der Individua-

lismus seinen Gipfel und sein Ende mit dem Jugendstil gefunden. Er war von einzelnen und für einzelne willkürlich erfunden worden, war ein Experiment, das nicht dauern konnte, weil es nur im Aesthetischen und nicht in den elementaren Notwendigkeiten des zweckgebundenen Lebens wurzelte. Die führenden Bauten der neuen Architektur dienen Arbeitsgemeinschaften oder, wie die Siedlungen, Wohngemeinschaften. Die Wohnbauten geben der Individualität ihrer Bewohner keinen Ausdruck. Das Haus des Besitzenden ist von dem des Proletariers nur durch Größe und Ausstattung, nicht durch den Stil unterschieden. Ein Hauptproblem der Architekten ist die Typisierung, die Normung des Wohnhauses. Die bunte Vielfältigkeit der Ausdrucksmöglichkeiten, die frühere Zeiten besaßen, ist durch die Angleichung aller Baugattungen an den Wirtschaftsbau aufgegeben. Die Bauten uniformieren sich wie die Menschen und die Berufsgesichter. Selbst die nationalen Unterschiede treten zurück. Es gibt zu denken, daß die Volkscharaktere in der Architektur mannigfaltigen Ausdruck fanden, als es den Begriff des Nationalismus noch nicht gab, daß aber die Baukunst im Zeitalter des Nationalismus ebenso international ist wie die Wirtschaft.

Die neue typische, zweckhafte und kollektivistische Architektur hat vor der des 19. Jahrhunderts den Vorzug vollkommener Ehrlichkeit. An ihr ist alles gewachsen, nichts geborgt. Durch sie erst findet der Wirtschaftsmensch die ihm gemäße Bau- und Lebensform. Sie wird nicht nur dem neuen vierten Stande seinen Stil geben, sondern den Städten und weithin auch dem Lande ein neues Gesicht aufprägen, das Gesicht der industriellen Epoche, das klar und hell sein und eine eigene Schönheit haben wird, freilich eine karge und nüchterne Schönheit. Man wird in dieser neuen, rationalisierten Welt Naturschutzparke und Geschichtsschutzstätten, Traditionsreservate erhalten, die nicht nur sentimentaler Romantik dienen, sondern eine Forderung an die Zukunft stellen werden, die Forderung, die Hegemonie des Wirtschaftsgeistes wieder zu überwinden. Denn nicht notwendig muß die Wirtschaft Leben und Kunst bestimmen. Alle Zeiten haben gewirtschaftet, aber alle außer der spätrömischen und der heutigen haben die Wirtschaft einer Idee untertan gemacht, der ihre Baukunst Ausdruck gab. Nur die unsere hat keinen Ausdruck über dem der Funktion, keine Dekoration außer der konstruktiven. Diese Tatsache spiegelt die Lebenshaltung des heutigen Wirtschaftsmenschen überhaupt. Sein Leben hat keine metaphysischen Ziele mehr, wie sie die Bauten des Mittelalters sinnfällig machten, hat kein Bildungsideal, wie es aus der harmonischen Symmetrie der Renaissancehäuser sprach, ist ohne den Schmuck und die Fülle, deren Gleichnis die Ornamentkunst aller alten Stile war. Die Arbeit ist, nachdem sie durch den Protestantismus ihre Legitimation be-

kommen hat, nunmehr jedes sinngebenden Ueberbaues beraubt. Wie Geld, Technik und der ganze Produktionsapparat aus Mitteln zum Leben zu Selbstzwecken wurden, so ist die Arbeit zum Sinn des Lebens selbst geworden. Es ist kein Zufall, daß die Schöpfer der neuen Architektur den Gebieten entstammen, in denen der Protestantismus seine Arbeitsethik eingeführt hatte: Amerika, Holland, der Schweiz und Norddeutschland. Der Süden mit Süddeutschland, wo der Mensch mehr Sinn für das Ornament des Daseins hat, als für die Funktion in ihm, steht zurück.

Die neue Baukunst ist das Gleichnis eines Lebens, das nichts anderes ist als Funktion in der Wirtschaft. Wir sind nicht fähig, unser Dasein durch eine der Arbeit übergeordnete Idee zu rechtfertigen, dem Leben einen Sinn zu geben und dieser Sinngebung in der Baukunst symbolische Gestalt zu verleihen. Die Folge dieses Unvermögens ist der Primitivismus der neuen Bauten und der jungen Menschen. Es ist kein Zufall, daß heute in der Welt das Land ohne Tradition und Tiefe, Amerika, führt, daß von einer Amerikanisierung des europäischen Lebens gesprochen werden kann.

Eine Primitivisierung, eine Rückkehr zu Urformen ist, wie im Formalen, so auch im Geistigen vielleicht notwendig, um das Fundament für eine neue Entwicklung zu schaffen. „Der Tod ist der Kunstgriff der Natur, mehr Leben zu haben." Die Primitivisierung ist vielleicht ein Kunstgriff des Geisteslebens, neue Bahnen beginnen zu lassen. Wohin die Zukunft führen wird, können wir nicht wissen. Soviel ist sicher, die neue Baukunst ist weder ästhetisch noch ideell ein Letztes. Wir genießen heute ihre schöne Klarheit. Aber noch stets hat sich das Auge nach einer Zeit karger Großförmigkeit nach Reicherem und Ueppigerem, nach Anreizen zu komplizierteren Blickbewegungen gesehnt. Deshalb kann die Zukunft wieder eine Differenzierung der Formensprache bringen. Auch wird ein Kontinent mit den Traditionen des europäischen sich nicht auf alle Zeit mit einer Baukunst zufrieden geben, deren Gehalt über den Ausdruck von Zweck und Funktion kaum hinausgeht. Es ist die Schicksalsfrage für die Baukunst und für die Kultur, ob sich auf dem heute gelegten Fundament neue geistige Gehalte, neue Sinngebungen des Lebens entwickeln werden, oder ob die Prognose Spenglers recht behalten wird, der die europäische Zukunft als Analogie zur Zivilisation der Römer sieht. Die römische Baukunst entspricht der unsrigen, weil auch sie nur im Zweckbau produktiv war, während im übrigen Kunst und Kultur epigonisch und historisierend im Gefolge der Griechen blieb. Die Analogie zwischen unserer und der römischen Zivilisation hat seit Spenglers Buch noch eine weitere Parallele in der Arbeitslosigkeit gefunden und überzeugt dennoch nicht, weil das heutige Abendland eine andere Vitalität hat, als das

späte Rom, weil seine Kultur doch biologisch auf einer anderen Stufe steht. Deshalb ist die Frage nicht zu beantworten, ob der Produktionsbau des Abendlandes letztes Wort ist, oder ob sich aus ihm neue Gehalte entfalten werden. Diese Frage gilt der Zukunft. Die Gegenwart kann nicht mehr wollen als den ehrlichen architektonischen Ausdruck des Heute. Weil die neue Baukunst diesen ehrlichen Ausdruck gibt, ist die Opposition, die ihr von vielen, und gerade von den geistig Anspruchsvollsten, gemacht wird, verfehlt. Die Opponierenden müssen sich darein schicken, heute unzeitgemäß zu sein, neben den beherrschenden Mächten der Zeit her leben zu müssen. Dennoch haben sie eine eminent wichtige Aufgabe. Sie haben unter der Herrschaft des Wirtschaftsgeistes das große geistige Erbe der Vergangenheit zu wahren, in der Hoffnung, daß diese Tradition wieder einmal in die Produktion, in das architektonische Schaffen der Zukunft einmünden wird.

*

Die Bedeutung des Auslandsdeutschtums

von Gerhard v. Mutius

Den Deutschen scheint ein schwereres Schicksal als manchen ihrer großen und kleinen europäischen Nachbarvölker beschieden, aber vielleicht ist es doch nicht die Absicht der Vorsehung dabei, die Deutschen zu zerstören, sondern durch sie und mit ihnen andere, höhere Formen menschlichen Zusammenlebens, und damit des Menschlichen überhaupt heraufzuführen. Niemand kann den Schleier des Schicksals heben:

„Die Zukunft decket
„Schmerzen und Glücke
„Schrittweis dem Blicke,
„Doch ungeschrecket
Dringen wir vorwärts“

heißt es bei Goethe.

Kierkegaard hat einmal die Möglichkeit des Guten tiefsinnig als die Ewigkeit und damit als einen unverlierbaren Besitz des Menschen bezeichnet. Solange der Deutsche nicht die Möglichkeit des Guten, den auch in ihn gelegten Kern des Ewigen aufgibt, solange bleibt er lebendig, und ist seine Bestimmung in der Welt noch nicht abgeschlossen.

Zu den Eigentümlichkeiten des deutschen Schicksals und Wesens gehört es, daß der Deutsche, wenngleich aufs innigste durch seinen Lebensraum, durch den Boden der Heimat bestimmt, doch nicht so pflanzenhaft mit ihm zusammenwächst wie andere Völker. Seit den frühesten Tagen, in denen man von

einer deutschen Geschichte sprechen kann, hat der Deutsche die Tendenz gezeigt, körperlich oder zum mindesten seelisch über die Grenzen seiner Heimat hinauszudringen. Ich übergehe die Zeiten der Völkerwanderung, obgleich in der Ruhelosigkeit der germanischen Völkerverschiebungen eine ähnliche schicksalsmäßige und seelische Grunddisposition anzuklingen scheint, und wende mich dem Augenblick zu, da um die Mitte des 9. Jahrhunderts etwa Otto der Große die Ungarn auf dem Lechfelde schlug, sich das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zu konstituieren begann. Damals entstand eigentlich erst Deutschland und, indem sich in Mitteleuropa im Gegensatz zu dessen damals noch schwachen und bedrohten Randgebieten eine feste Ordnungsgewalt bildete, zugleich das heutige Europa. Diese Ordnungsgewalt erhob den Anspruch, die Fortsetzung des Römischen Reiches zu sein. Aber schon in diesem Anspruch liegt etwas die Grenzen der eigenen Heimat Transzendierendes, und so wurde in den Deutschen von Anfang an der Keim gelegt, mehr als andere in die Ferne zu blicken, mehr als andere ein Werdender, über die Schranken des eigenen Wesens hinaus und einer universellen Bestimmung entgegenzustreben. Immer wieder zog es die großen deutschen Kaiser nach Italien, und wir sehen zwei der größten, Heinrich VI. und Friedrich II. von Hohenstaufen, das Zentrum ihrer Herrschaft nach Italien verlegen und von dort aus ihr Weltreich regieren. Es waren Deutsche, nicht Italiener, die diesen Traum des Imperiums träumten. Früh allerdings regten sich auch schon die heimischen Gegenkräfte, welche diesem Kultus der Fremde das Recht der Heimat entgegenstellten und mehr in der Weise wie andere Völker deutsches Wesen auf heimatlichen Boden zu entwickeln suchten. Darin scheint mir die symbolische Bedeutung Heinrichs des Löwen zu liegen, in dem manche einen Vorläufer Bismarcks erkennen wollen.

Als dann mit dem Zusammenbruch der staufischen Kaisermacht und dem ihr bald folgenden Niedergang der päpstlichen Stellung die Lokalgewalten in Europa und auch in Deutschland hochkamen, wurde für den Deutschen die Aufgabe, sich in seiner Heimat einzurichten, sich mit seiner Heimat zu begnügen, wieder dringlicher. Und doch setzt in diesem Augenblick alsbald eine andere Expansionstendenz, nämlich der kolonisatorische Drang nach dem Osten und Südosten, erst so recht ein, und gerade diejenigen deutschen Gewalten, welche den Drang nach Südosten und Osten verkörperten, welche Schutzwall und Sturmbock gegen die Türken und Slawen wurden, Oesterreich und Brandenburg-Preußen, wurden deutsche Großmächte.

Mit diesen kontinentalen Aufgaben beschäftigt und durch die Entdeckung Amerikas von den Hochstraßen des neuen Seeverkehrs und der um dieselben sich neu bildenden größeren westlichen Welt abgeschnitten, hat Deutschland an dieser frühen Ausbreitung europäischer Völker über den Erdball nicht teil-

nehmen können und hat erst spät durch Auswanderung nach Nord- und Südamerika, Afrika und zu allerletzt durch Erwerbung der im Weltkrieg wieder verlorengegangenen Kolonien an der Besiedelung der außereuropäischen Welt teilgenommen. Immerhin haben sich die Deutschen auch so über den Erdball verbreitet, aber — und dies ist gegenüber Engländern, Franzosen, Spaniern das Charakteristische — nirgends so, daß dieses Deutschtum sich irgendwo zu politisch-territorialer Geltung auf die Dauer hätte durchringen können. Der Friede von Versailles bedeutet einstweilen einen Schlußstrich unter alle derartigen Möglichkeiten. — Aber er hat stattdessen etwas geschaffen, was die Sieger des Weltkrieges nicht gewollt haben, nämlich eine innere Verbundenheit, ein Zusammengehörigkeitsgefühl aller Menschen deutscher Sprache und Gesittung auf dem ganzen Erdenball, von welcher die Vorkriegszeit, welche nur den Staatsbürger, nicht den Volksgenossen kennen wollte, sich keine Vorstellung machen konnte. — Von den europäischen Völkern haben vielleicht nur die Polen in dem Jahrhundert ihrer Aufteilung unter drei Großmächte und in noch weiterem zeitlichen und räumlichen Rahmen die Juden etwas Aehnliches erlebt.

Also zweierlei charakterisiert heute die äußere und innere Lage der Deutschen, wo immer auch sie sich aufhalten, einmal politische Ohnmacht und Zersplitterung und ein alles Politische transzendierendes Zusammengehörigkeitsgefühl, ein stilles oder lautes Bekenntnis zu dem Wert deutscher Sprache, deutscher Gesittung, deutschen Wesens, das gerade durch den Haß und die Verfolgung der anderen hervorgerufen wird.

Etwa zwei Drittel der Menschen deutschen Volkstums in dem eben entwickelten Sinne einer Sprach- und Kulturgemeinschaft leben innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches, etwa ein Drittel gehört dem sogenannten Auslandsdeutschtum an. Unter dem Gesichtspunkt der Sprach- und Kulturgemeinschaft aber zählt das Auslandsdeutschtum nicht nur mit, sondern stellt mehr noch, als das Zahlenverhältnis dies spiegelt, einen ganz entscheidenden und bestimmenden Faktor deutschen Wesens dar. Dem Auslandsdeutschen kommt, eben weil er im Ausland lebt und dort sein Deutschtum verlieren könnte, dessen Wert und Bedeutung viel lebendiger ins Bewußtsein als dem Reichsdeutschen. Denn mag das Reich politisch auch noch so bedroht dastehen, daß dem einzelnen Reichsdeutschen sein Volkstum genommen werde, ist eine zu fernliegende Gefahr, als daß sie unmittelbar empfunden werden könnte.

„Was man nicht zu verlieren fürchtet", so heißt es einmal in Lessings „Nathan dem Weisen", „hat man zu besitzen nie geglaubt und nie gewünscht." — Gerade in der Isolierung der Fremde, in der Diaspora, in Verhältnissen, in denen die ma-

terielle Macht keine deutsche ist, wird der einzigartige Wert deutscher Sprache und Gesittung, deutscher Kulturverbundenheit vielleicht am reinsten und tiefsten empfunden werden. Der Reichsdeutsche wird diese Erfahrung oft in erschütternder und beschämender Weise am Auslandsdeutschen machen. Diese Liebe des Auslandsdeutschen zum Deutschtum wird auch eine Liebe zu dem Naturobjekt, dem geographischen Begriff „Deutschland" sein, und sie wird auch Macht und Gedeihen des Deutschen Reiches wünschen, aber mit den praktischen Interessen, die schließlich im Staatlichen und Politischen ihren Generalnenner finden, hat diese Liebe nichts zu tun. Es mag Verhältnisse jenseits einiger deutscher Grenzen geben, in denen die Liebe des Auslandsdeutschen zu Deutschland, zum Deutschtum auch eine politische Farbe, diejenige der Irredenta, annimmt. In der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle kann gerade unter den Auslands*deutschen* von einer Irredenta oder überhaupt von eigentlich politischen Motiven nicht die Rede sein.

Wenn ich z. B. an das an Zahl, noch mehr aber an Bedeutung gewichtige Deutschtum Rumäniens denke; der rumänische Staat hat an seinen Bürgern deutscher Sprache und Gesittung mit seine treuesten und loyalsten Untertanen. In allen Fragen, die die wirtschaftlichen und politischen Interessen Rumäniens angehen, werden sie unbedingt zu ihm stehen. Wer aber einmal Gelegenheit gehabt hat zu sehen, mit welcher Innigkeit in jenem Zentrum deutschen geistigen Lebens in Rumänien, in Hermannstadt, deutsche Art und Gesittung in Kunst und Dichtung, in Erziehung und Unterricht, in Sitte und Gewohnheit gepflegt wird, wer z. B. einmal an einer Kulturtagung in Hermannstadt teilgenommen hat, der wird sich als Reichsdeutscher an die Brust schlagen und sich fragen müssen: ist dort nicht mehr Deutschtum als in Deutschland? — Aehnliche Erfahrungen habe ich auch an anderen Orten Rumäniens vielfach machen können.

Mir schwebt aber bei dem Versuch, diese Zusammenhänge zu vergegenwärtigen, auch ein jetzt verstorbener, deutsch-amerikanischer Jugendfreund vor, den ich 1924 noch einmal in Deutschland wiedersah. Er war ein Mann, der seinerzeit mit Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit bitter gegen den Eintritt Amerikas in den Weltkrieg gekämpft hatte. Niemals sonst habe ich vielleicht die Flamme der Liebe zum Boden der alten deutschen Heimat, zu seiner Geschichte, zu seinen Menschen, so hell brennen sehen wie in diesem Deutsch-Amerikaner. Aber nach Deutschland zurück wollte er nicht, sondern unbedingt Amerikaner bleiben und in Amerika leben.

Auch für das Schicksal der Balten war es charakteristisch, daß sie sich allezeit nach Deutschland sehnten, als aber die Umstände sie zwangen, in Deutschland zu leben, da priesen sie ihre alte Heimat Rußland. — Aehnlich wird es wohl mit dem

Auslandsdeutschtum überhaupt liegen. Es ist ein Geistiges, was die Auslandsdeutschen meinen, wenn sie von Deutschland sprechen und das sie nun naiv in die Grenzen des Deutschen Reiches hineinverlegen. — Ich habe es selber an den Deutschen Bessarabiens, der Bukowina, des Banats, Siebenbürgens oft sehen können, wie sie nach dem Reich als dem gelobten Land, wo Milch und Honig fließt, hinüberblickten. Für viele junge Leute dort ist es ein brennender, meist unerfüllbarer Wunsch, einmal nach Deutschland zu kommen. — Wenn die Nachricht von einem neuen kühnen Flug des „Grafen Zeppelin" in ein fernes bessarabisches Dorf dringt, so fühlt der Bauernbursch da draußen, daß es eine Ehre ist, diesem Volke anzugehören. — Und wie einst die Bismarcksche Reichsgründung und die überwiegend deutsche Prägung Oesterreich-Ungarns, so haben später die ungeheuren Leistungen der deutschen Waffen im Weltkrieg auch in hohem Grade dazu beigetragen, das umfassende Zusammengehörigkeitsgefühl aller Menschen deutscher Sprache und Gesittung zu begründen, dem wir jetzt als einem geschichtlichen novum begegnen. — Es kommt hinzu, daß Deutschland sich heute überhaupt vom Ausland aus viel größer ansieht als von innen. Das Deutsche Reich, das deutsche Volk ist durch den Weltkrieg zu einer Erscheinung ganz anderen Ausmaßes für die Fremden, zu einem Interesse geworden, an dem man nicht vorübergehen kann. So paradox es klingt, *Deutschland ist in diesem Sinne heute größer als vor dem Kriege.*

Die dem Kriege folgende wirtschaftliche und geistige Verwirrung in der ganzen Welt weist unwillkürlich immer wieder auf Deutschland, nicht so sehr als den angeblichen Urheber des Weltkrieges, sondern als auf das Schlachtfeld der großen Entscheidungen, die zwischen Kapitalismus und Kommunismus, zwischen New York und Moskau zu fallen haben. Ohne Deutschland — wobei natürlich an das Reich zu denken ist — geht es in der Welt nicht, dazu hat sich die öffentliche Meinung des Auslandes allmählich durchgerungen. Der Fremde interessiert sich jedenfalls viel weniger für das deutsche Volkstum als für das Deutsche Reich, weil es auch in Armut, Schwäche, Erniedrigung einen praktischen Faktor von nicht zu umgehender Bedeutung darstellt.

Einige grundsätzliche Ueberlegungen über das Wesen von Volk und Staat werden uns auch die Beziehungen des Auslandsdeutschen zum Reichsdeutschen, und in welchem Sinne der eine auf den anderen angewiesen ist, wie sich zwischen ihnen eine Art Arbeitsteilung an der Gesamtaufgabe des Deutschtums vollzieht, noch klarer machen.

Wir sahen es in gewisser Weise schon bei dem kurzen Rückblick auf die deutsche Geschichte, daß und in welcher Weise der Deutsche weniger als andere Völker nur als der Bewohner

eines bestimmten Territoriums angesehen werden kann, wie seit frühen Zeiten Deutschtum weniger eine räumliche als eine personale Bindung bedeutete. — Nun ist aber der Staat oder das, was wir heute wenigstens darunter verstehen, recht eigentlich die Organisation eines Territoriums. Vielleicht ist der dem Deutschen oft vorgeworfene Mangel an politischer Begabung in seinem Grunde nichts anderes als eine geringere Bindung an das Territorium, ein Ueberwiegen personaler Antriebe gegenüber der Rücksicht auf die sachlichen Gegebenheiten, die gerade im Territorium wurzeln, und mit denen der Staat sich auseinanderzusetzen hat.

Der Staat ist die Verwaltung eines Territoriums. Welche Bevölkerung sich auf demselben befindet, wie sie gegliedert ist, ob es sich um verschiedene Stämme handelt, oder ob sie durch ein einheitliches Band von Sprache und Gesittung verbunden ist, alles das kommt erst in zweiter Linie in Betracht. Erst mit der französischen Revolution kam die Lehre auf, daß Staat und Volk dasselbe seien oder doch sein sollten. Aber was für das Frankreich von 1789 in gewisser Weise zutraf und vielleicht heute noch mehr zutrifft, bedeutete für andere Länder eine Irrlehre. Und genauer betrachtet, erweist sich der erhobene Anspruch, es sollte wenigstens so sein, als falsch gestellt. Denn schließlich hat jede Staatsbildung etwas von Eroberung an sich, sei es, daß ein Stamm, der außerhalb des Territoriums lebt, über dessen Bewohner Macht gewinnt, oder daß innerhalb eines Gebietes eine Minorität — eine durch Erbgang und Abstammung bestimmte Schicht, wie sie die Monarchie und deren Verbreiterung im Adel darstellten — oder die Bourgeoisie oder die Proletarier die Führung übernehmen.

Die französische Revolution, deren Tendenz durchaus dahin ging, Königtum, Geistlichkeit, Adel zugunsten des dritten Standes zu entthronen, hat nun recht eigentlich die Ideologie und den Schein geschaffen, daß Staat und Volk dasselbe seien oder sein sollten. Der Staat sollte die Regierung des Volkes durch das Volk sein.

Ist aber die vorhin umrissene Anschauung von der notwendigen sozialen Mehrschichtigkeit des Staates zutreffend, so erledigt sich diese französische These, die dann in der Nationalitätenpolitik Napoleons III. und schließlich im Vertrag von Versailles zu einem zum Teil nicht einmal mehr gutgläubig verwandten Rezept der auswärtigen Politik wurde, von selber.

Die auf einem bestimmten Territorium staatlich zusammengefaßte Menschenmenge bleibt immer etwas vom Staate Verschiedenes. Und wie eine irgendwie schicksalsmäßig verbundene Menschengruppe schon aus technischen Gründen immer in Führende und Geführte, Herrschende und Beherrschte zerfallen muß, so kann der Staat, ohne seinem Begriff und Wesen untreu zu werden, ebenso wie er immer verschiedene soziale

Klassen umfaßt, auch verschiedene Sprachen und Volkstümer umschließen. Die Schweiz ist das heute vielleicht gelungenste Beispiel nationaler Toleranz innerhalb eines Staates.

Die Entwicklung des modernen Staatsbegriffs scheint mir nun durchaus in der Richtung der Toleranz gegen das Volkstum zu gehen. Ebenso wie der Staat im Laufe des 18. Jahrhunderts allmählich — führend war hierin durchaus Preußen — die Toleranz gegen die verschiedenen Religionsbekenntnisse gelernt hat, wie das Prinzip: cuius regio, eius religio die Geltung verlor, so wird eines Tages auch die Forderung: cuius regio, eius natio der Vergangenheit angehören, und zwar je mehr Volkstum als eine Religion erkannt und anerkannt werden wird.

In dem Minoritätenrecht des Vertrags von Versailles liegt ein Ansatz zum Fortschritt nach dieser Richtung vor. Der weitere Ausbau des Prinzips gehört der Zukunft, einer Zukunft, an der wir bei der Lage des deutschen Volkstums ein besonderes deutsches Interesse nehmen müssen. Der Staat wird aber in dem Augenblick sich nach der angedeuteten Richtung entwickeln können, wo es feststeht, daß seinem Interessenbereich durch die Minoritäten kein Eintrag geschieht. — Also Volkstum muß sich selber als etwas Geistiges, Innerliches, als etwas begreifen, das auch ohne Staat auskommen kann. — Der Staat gehört in eine ganz andere Ordnung der Dinge, in eine ganz andere Ebene menschlichen Wesens hinein wie das Volkstum. Staat und Politik sind bewußter praktischer Ordnungswille. Derselbe lebt in gewisser Weise in und von der Illusion seiner Allmacht, von der Uebertreibung, daß man auf politischem Gebiet alles wollen, alles schließlich auch durch bewußtes Wollen erreichen kann — z. B. die Assimilierung fremden Volkstums. Das Volkstümliche ist aber deshalb dem unmittelbaren praktischen Zugriff entzogen, mit Zwangsmaßregeln immer nur indirekt zu erreichen, weil es ein Inneres ist und zunächst nur sich selbst, seinen eigenen Bestand als einen Wert, aber keine praktische Gestaltung der äußeren Welt will, worauf das staatliche Interesse doch gerade gerichtet ist.

Nun haben wir allerdings in neuerer Zeit die Entwicklung vom Volk zum Staat an verschiedenen Stellen der Welt beobachtet — ja wir dürfen in dieser Bewegung eine Besonderheit der neueren Geschichte gegenüber früheren Zeiten erblicken. Aber notwendig oder unentrinnbar ist diese Entwicklung nicht. Es ist durchaus nicht allgemein zutreffend, daß der Staat der höchste Ausdruck des Volkstums sei. Für das allen Europäern vorbildlich gewordene alte Griechenland traf das sogar bestimmt nicht zu. Der Staat ist immer etwas Quantitatives, ein Körper. Er setzt immer eine, und zwar ziemlich große Anzahl von Staatsbürgern voraus, wenn überhaupt von ihm geredet werden soll. Unterhalb einer gewissen Grenze der

Menschenzahl und Sichtbarkeit hört der Staat überhaupt auf. — Anders das Volkstum. Es ist Qualität, Seele. Ein Volk stirbt erst mit dem Letzten aus, der es darstellt, sich zu ihm bekennt. — Wenn der Staat ein Körper ist, der seine Seele nicht ganz finden kann, so ist Volkstum eine Seele, die sich niemals und nirgends restlos inkarniert und immer noch über ihre jeweilige Erscheinungsform hinausreicht. Sind also Staat und Volk etwas verschiedenes, so sind sie doch in einem anderen, tieferen als dem landläufigen Sinne auch aufeinander bezogen.

Gewiß, der Staat ist bewußter Ordnungswille, ein Wollen des Wollens, wie die Wissenschaft ein Wissen des Wissens sein will, gesteigerte, nach außen gerichtete Bewußtheit und daher durchaus auf die konkreten äußeren Gegebenheiten der Welt gerichtet, sein Sinn ist ein praktischer. Aber ohne einen alle diese Zwecke und Nützlichkeiten zusammenhaltenden Instinkt, ohne unterbewußte Grundlage ist auch staatliches und politisches Bewußtsein nicht zu denken. Unterhalb aller praktischen Nützlichkeiten wirbt dieser Instinkt um einen zentralen, sich selbst genügenden Wert. Und dieser Wert ist gewissermaßen als ein Maximum gegenseitiger aktiver und passiver Anpassung der auf einem Territorium lebenden Menschenmenge an die besonderen Lebensbedingungen dieses Gebietes nach innen und nach außen aufzufassen. Man könnte das auch so ausdrücken: der Staat will jenseits aller seiner unmittelbaren praktischen Zwecke einen bestimmten, dem Staatsgebiet angepaßten menschlichen Typus schaffen, in dem alle Aeußerlichkeit seiner Bemühung sich nun auch innerlich rechtfertigt. — Dieses innere heimliche Ziel des staatsbauenden Instinktes ist aber im Volkstum soweit erreicht, daß dasselbe nun als ein nicht mehr an eine bestimmte Staatszugehörigkeit, an ein Territorium gebundener, sondern als ein transportierbarer, ein allgemeiner menschlicher Wert erscheint, der sich jedem anbietet, der ihm begegnet. Darum bedeutet natürlich völkische Einheitlichkeit und Geschlossenheit eine Erleichterung staatlicher Aufgaben. Aber auch wo sie sich äußerlich näherungsweise decken, sind Staat und Volk nicht dasselbe, sondern der Staat arbeitet gewissermaßen an der Fortbildung des vorgefundenen Typus.

Jedes Volk, hat Dostojewski gesagt, sei ein besonderer Weg zu Gott, das heißt eine bereits erreichte Harmonie von Leben und Lebensbedingung, die sich auf ein im Unendlichen liegendes Ziel hin zu vertiefen sucht. Volkstum ist in diesem Verstande durchaus eine natürliche Religion. Es ist ein Gemeinschaftsgefühl, das sich in seinem letzten Ziele mit anderem Volkstum begegnen muß und daher einer Erweiterung ins Oekumenische nicht nur fähig ist, sondern ihrer, gerade religiös verstanden durchaus bedarf. Wenn nämlich Dostojewskis Wort zutrifft, so müssen wir auch andere Völker lieben lernen.

Auch der Staat muß, so wenig er sich dessen bewußt ist, diesem Glauben dienen, denn in größerem zeitlichen Abstand gesehen erscheinen die Völker auch wieder als Erzeugnisse staatlicher Bildungen, und der Staat dem Volke gegenüber wieder als das Frühere. Gerade unsere deutsche Entwicklung kann dafür als illustrativ gelten. Auf das Deutschtum angewandt, ergeben sich aus dieser Auffassung des Gegensatzes und der Beziehung von Staat und Volk die folgenden Konsequenzen:

Der Auslandsdeutsche ist in gewisser Weise noch mehr als der Reichsdeutsche Träger des deutschen Volkstums, des in ihm schlummernden religiösen und damit auch ökumenischen Sinnes. Der Reichsdeutsche vertritt hingegen in erster Linie den Staatsgedanken. Jenes Territorium beziehungsweise die Ordnung und Gruppierung der auf ihm fundierten Interessen, welche man das Deutsche Reich nennt, bezeichnet den Ort, an dem deutsches Wesen sich praktisch auswirkt und damit auch, wo der deutsche Typus sich in fortwährender aktiver und passiver Anpassung weiterentwickeln muß. Uns Reichsdeutschen steht, wenn wir von deutschem Wesen sprechen, die volle konkrete Lebenswirklichkeit der Heimat mit aller ihrer wirtschaftlichen und politischen Not, mit dem Versuch, die auf ihrem Boden geltende Ordnung zu halten und die staatliche Ordnungsgewalt nach innen und außen wieder zu stärken, steht die große Familie vor Augen, die, mit Tugenden und Fehlern behaftet, alle Zeit werdend und vergehend, das deutsche Haus erfüllt und ein Stück konkrete geschichtliche Wirklichkeit darstellt.

Dem Auslandsdeutschen geht es mehr um das, was man als den Sinn oder Wert des Deutschtums, als die überlieferte und erreichte Form, als das wunderbare Erbe deutscher Vergangenheit bezeichnen könnte. Unter diesem Gesichtspunkt ist Deutschland überall da, wo deutsch gedacht, gefühlt, gelebt, und als sichtbarer Ausdruck alles dessen, wo deutsch gesprochen wird. — Wenn wir uns in der praktischen Arbeit des Tages zu verlieren, über unserer wirtschaftlichen, politischen, sozialen Not unser unvergleichliches Erbe zu vergessen Gefahr laufen, so weist der Auslandsdeutsche uns wieder darauf hin, daß auch unsere Sprache und Gesittung kein selbstverständlicher Besitz, sondern immer wieder neu zu erwerbende Güter sind. Der Körper muß immer wieder eine Seele suchen, wie umgekehrt alle Seele auch wieder Leib und Sichtbarkeit gewinnen will. Volkstum ist Muße, Staat ist Arbeit, aber Arbeit und Muße gehören zusammen.

So bleiben Reichsdeutscher und Auslandsdeutscher in einer überpolitischen Aufgabe verbunden, denn nicht nur jedes Volk ist ein besonderer Weg zu Gott, sondern auch die Arbeit an der harten und nüchternen Wirklichkeit des Staates ist, wenn auch weniger sichtbar und fühlbar: Gottesdienst.

*

Der russische Bauer

von Axel Schmidt

Selbst die bolschewistische Revolution, die sonst den zaristischen Staat in seinen Grundfesten erschütterte, hat an der Tatsache wenig ändern können, daß 85% der Bevölkerung des russischen Riesenreiches im Dorf wohnen und vom Acker leben. Will man also dem russischen Problem näherkommen, muß man nicht von dem Umsturz in der Industrieproduktion ausgehen, sondern von dem alten russischen Problem: der Agrarfrage. Ob die alten Zaren in Moskau regierten, ob Peter der Große und seine Nachfolger von Petersburg aus Rußland modernisierten, ob die liberale Republik unter Kerenski, und nachher der Bolschewismus ans Ruder kamen, die bäuerliche Masse blieb von diesem Wandel der Staatsformen ziemlich unberührt. Auch der Bolschewismus hat in den ersten Jahren daran wenig geändert. Zwar erhielt der Bauer das gesamte Land des russischen Großgrundbesitzes zugeteilt und wurde später dafür von den bolschewistischen Machthabern durch Beschlagnahme und Steuern unerhört ausgesogen. Trotzdem lebte er wie zur Zeit Iwans des Grausamen. Er hauste in seiner kleinen Holzhütte und bearbeitete sein Feld höchst extensiv, hin und wieder sogar noch mit dem Hakenpflug; meistens herrschte noch die Dreifelderwirtschaft mit der Brache ohne Verwendung von Kunstdünger vor. Bis vor wenigen Jahren hatte daher der große Revolutionär Herzen mit seinem Ausspruche noch Gültigkeit, obgleich er ihn schon im Jahre 1853 in seinem Buche „Rußlands soziale Zustände“[1]) veröffentlicht hat:

„Der Bauer, der dieses Häuschen bewohnt, ist in demselben Zustande geblieben, in welchem ihn die bewaffneten Horden Dschingis-Chans fanden. Die Ereignisse der letzten Jahrhunderte sind über seinem Haupte hingegangen, ohne ihn aus seiner Sorglosigkeit zu wecken. Es ist eine Zwitterexistenz zwischen Geologie und Geschichte, es ist eine Formation, die wohl ein Gepräge hat, eine Art des Seins, eine Physiologie — aber keine Biographie. Nach Verlauf von zwei oder drei Generationen zimmert der Bauer aufs neue sein Häuschen von Tannenholz, das allmählich zerfällt, ohne mehr Spuren zurückzulassen als der Bauer selbst.“

Gewiß hat der russische Bauer durch die bolschewistische Revolution, den Bürgerkrieg und die darauffolgenden Hungersnöte Unendliches gelitten und wird jetzt durch Stalins Kampf gegen den Kulak (Großbauer) mißhandelt, das alles zusammengenommen hat nicht viel an seiner Wesensart ändern

[1]) Reklam Band 6262—6264.

können. Diese Tatsache bestätigt Otto Bauer in seiner Broschüre „Bolschewismus oder Sozialdemokratie[1])“:

„Der russische Bauer ist noch kein politisches Lebewesen, nur der Kampf um das Herrenland hat ihn in den Strudel der Geschichte hineinzureißen vermocht. Sobald das Herrenland erobert, und sobald der neu errungene Besitz gesichert ist, fällt er wieder in den Zustand der politischen Indifferenz zurück. Läßt ihn die Sowjetmacht in seinem Dorfe ungeschoren, dann kümmert er sich nicht darum, was die Sowjetmacht in den Städten treibt. So scheidet der Bauer aus dem Getriebe der Geschichte aus, er sinkt wieder in den Kreis seiner lokalen Interessen, wieder in die Tiefe geschichtslosen Daseins zurück.“

Es muß von der Tatsache ausgegangen werden, daß das Agrarproblem nicht nur in Sowjetrußland, sondern schon im zaristischen Rußland anders gelagert war als in der übrigen Welt. Nicht nur in Europa, sondern auch in Amerika herrscht auf dem Lande Arbeitermangel; die Industrie saugte dort die besitzlosen Elemente vom Lande in die Stadt ab. Dieser Mangel an Arbeitskraft schuf hohe Löhne, die der auch in Deutschland nicht genügend intensiv arbeitende Großgrundbesitz Ostelbiens nicht zahlen konnte. In Rußland dagegen herrscht Uebervölkerung im Dorfe. Dr. Bruno Hahn hat darüber sehr interessante Ausführungen[2]) gemacht. Er berechnete, daß in Deutschland 107 Menschen auf 100 Deßjatinen[3]) Saatland kommen, in Frankreich 84, in England 79. In der Ukraine dagegen, dem Hauptgetreideproduzenten der Sowjetunion, macht diese Zahl 112 bis 150 aus. Wie man sieht, ist das ukrainische Dorf (und ähnlich liegt es auch im übrigen Rußland) stark übervölkert. Das wirkt sich natürlich um so stärker aus, als der Acker trotz der Fruchtbarkeit der Schwarzerde in der Ukraine infolge mangelnder Bestellung vor dem Kriege nur 50 bis 67 Pud pro Deßjatine erbrachte, während diese Zahlen für Deutschland 138,6 Pud, für England 148,2 und für Frankreich 88 Pud betrugen. Diese Zahlen betreffen freilich noch die Jahre 1908 bis 1912; aber die jetzigen Ernteergebnisse dürften durch den Fortfall des rationell arbeitenden Großgrundbesitzes kaum gestiegen sein. Zur Einbringung der Ernte auf den Bauernländereien würden etwa 11 Millionen Bauern genügen; 1900 lebten aber schon 44 Millionen arbeitsfähige Menschen im russischen Dorfe. Das ist die beste Illustration für die Uebervölkerung des russischen Dorfes.

Nun könnte man meinen, daß die Aufteilung des Großgrundbesitzes durch die bolschewistische Agrarrevolution diesen Landmangel oder, wie man es in Rußland nennt, „den Landhunger“ beseitigt habe. Das aber ist nicht der Fall. Schon

[1]) Wien 1920. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung.
[2]) Zeitschrift „Ukraine“, Heft 4, Jahrg. I.
[3]) 1 Deßjatine = 1,09 ha.

der bedeutendste Agrarforscher der zaristischen Zeit, Professor Tschuprow[1]) hatte bereits berechnet, daß der Uebergang der Bauern von der Dreifelder- zur Mehrfelderwirtschaft durch Fortfall der Brache mehr Land unter den Pflug bringen würde, als die Aufteilung des gesamten Großgrundbesitzes. Inzwischen ist durch die starke Vermehrung der Bevölkerung (über drei Millionen jährlich) der Erfolg der Aufteilung längst wieder wettgemacht. Die Bevölkerung ist nämlich auf 160 Millionen Menschen angewachsen. Und wieder pocht der Landhunger an die Tore des Kremls, gleichviel, ob dort jetzt Lenin oder Stalin residieren, wo früher die Zaren regierten.

Anfänglich wollten die bolschewistischen Machthaber den Landmangel nicht anerkennen. Sie nannten den Wunsch zur Abwanderung nach Sibirien ein „Ueberbleibsel der bürgerlichen Denkungsweise" und sie suchten ihm durch eine Propaganda für Intensivierung der bäuerlichen Betriebe zu begegnen. Schließlich sahen sie sich aber doch gezwungen, durch eine Enquete die ständigen Klagen der Bauern zu untersuchen. Leider erstreckte sich diese Untersuchung nur auf Großrußland (also nicht auf die Ukraine, deren Uebervölkerung wir oben in Parallele zu den europäischen Staaten aufführen konnten). Allein in Großrußland waren nach dieser Berechnung sieben Millionen erwachsene Bauern zuviel. Für die Ukraine dürften diese Zahlen verhältnismäßig noch viel höher sein. War schon die von der zaristischen Regierung betriebene Uebersiedlung großer bäuerlicher Massen vom europäischen Rußland nach Sibirien längs der Bahn ein sehr kostspieliges Unternehmen, so ist das jetzt, ganz abgesehen von den knappen Mitteln der Sowjetregierung dadurch noch weiter erschwert, daß Rußland inzwischen ein Staatenbund geworden ist. Die Staaten mit freien Landflächen, wie Sibirien und Kagistan, wollen diese ihre Ländereien ihren eigenen Einwohnern vorbehalten und sind daher wenig geneigt, den großrussischen oder ukrainischen Ueberschuß der Bevölkerung aufzunehmen. Es hat sich in den einzelnen Staaten ein nicht geringer Lokalpatriotismus entwickelt.

*

Schon in zaristischer Zeit, in der bekanntlich der Getreideexport das Rückgrat des russischen Staatsbudgets war, konnte dieser nur aufrechterhalten werden, weil der russische Bauer, durch das scharfe Anziehen der Steuerschraube bedrängt, sich nur halb satt zu essen pflegte. Diese Tatsache hat der frühere Berliner Professor Ballod in einer sehr interessanten Untersuchung festgestellt. Er berechnete, daß Deutschland, wenn sich seine Bevölkerung nach russischer Norm ernährte, ungefähr

[1]) Zeitschrift „Hilfe", Nr. 4, Jahrg. 1912.

6 Millionen Tonnen Getreide exportieren könnte, anstatt diesen Betrag, wie geschehen, einzuführen.[1])

Aber trotz aller Zuteilung der Länder des Großgrundbesitzes, trotz der furchtbaren Hungersnöte, trotz des sinnlosen Terrors des Bolschewismus, hatte sich während Lenins Regime in den bäuerlichen Wirtschaftsmethoden, wie gesagt, wenig geändert. Höchstens, daß der Bauer auf die Beschlagnahme der Ernte im nächsten Jahre mit einer scharfen Einschränkung der Saatfläche antwortete und nur soviel Land bestellte, um gerade seine Familie ernähren zu können. Erst Stalin griff vor zwei Jahren mit harter Hand in diese Verhältnisse ein. Hatte bisher die kommunistische Revolution vor dem Dorfe haltgemacht und dem Bauer seine Individualwirtschaft belassen, wenn auch nominell der Grund und Boden nicht mehr ihm, sondern dem Staate gehörte, so wurde das jetzt mit der Kolchesierung der Bauernwirtschaften anders. Zwar wußte schon Lenin, daß „privater Grundbesitz, Tag für Tag, Stunde für Stunde, Kapitalismus" gebäre, trotzdem aber war er in der Behandlung des bäuerlichen Problems sehr vorsichtig. Seine letzte Parole lautete: Smytschka (Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land). Durch den Saatenstreik der Bauern gewitzigt, hatte er erkannt, daß im Dorfe mit Gewalt nichts zu erreichen sei. Der überlegene Taktiker Lenin hatte daher auf einem Sowjetkongreß erklärt: „Nichts könnte törichter sein, als ein gewaltsamer Eingriff in die Sphäre der bäuerlichen Wirtschaft. Nicht die Expropriation der mittleren Bauern ist das Problem, sondern dies, mit den Besonderheiten des bäuerlichen Lebens zu rechnen, vom Bauern selbst die Methoden des Uebergangs zu einer besseren sozialen Ordnung zu lernen und nicht sie ihm zu kommandieren." Längere Zeit hielt sich auch nach Lenins Tode die Sowjetregierung an diese Maxime. Sie sog zwar den Bauern durch Festsetzung geringer Preise für Getreide, durch hohe Steuern und durch teure Preise für die staatlichen Industriewaren furchtbar aus, aber sie kümmerte sich sonst nicht um seine Arbeitsmethoden. Das ist jetzt, wie gesagt, seit zwei Jahren anders geworden. Stalin versucht jetzt mit der Sozialisierung der Bauernwirtschaft ernst zu machen, und zwar gleich mit zwei Methoden. Durch Schaffung von riesigen Staatsgütern, Sowchosen genannt, und durch Zusammenlegung der bäuerlichen Wirtschaften zu gemeinsamen Betrieben, Kolchosen genannt. Es werden hiermit zwei Ziele verfolgt: ein wirtschaftlich-finanzielles und ein politisches.

Die Schaffung von Sowchosen hat mehr den Zweck, die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der Sowjetregierung zu beseitigen, während die Bildung der Kolchosen nicht zuletzt politische Ziele verfolgt. Bisher war die Moskauer

[1]) Rohrbach „Deutschland unter den Weltvölkern". Stuttgart 1921.

Regierung bei der Ernäherung der Roten Armee, der Beamten und der Arbeiter von dem guten Willen der Bauern abhängig. Beschlagnahmungen pflegten diese mit der Verringerung der Saatfläche zu beantworten; aber darüber hinaus braucht die Sowjetregierung Getreide auch, um sich durch dessen Export Devisen zu verschaffen. Ohne Devisen ist die Durchführung des Fünf-Jahr-Planes zur Industrialisierung Rußlands nicht möglich. Und ohne Ankauf von Maschinen im Auslande können die grandiosen Fabrikbauten nicht in Betrieb gesetzt werden.

Auf zum Teil jungfräulichem Boden im Osten sind jetzt große Sowchosen geschaffen worden. Das sind staatliche Latifundien von 30 000 bis 60 000 Hektar; aber es gibt auch solche von 100 000, und eine, der „Gigant", umfaßt sogar 200 000 Hektar. Auf diesen „Getreidefabriken" wird mit Traktoren und anderen, meistens aus Amerika stammenden Maschinen gewirtschaftet. Zu 90% arbeiten dort Ingenieure und Techniker und nur zu 10% Landarbeiter. Im Jahre 1930 waren nur 100 000 Hektar unter den Pflug genommen, 1931 sollten es aber nach dem Plan 4,5 Millionen Hektar sein und 1932 noch viel mehr. Mit der Zeit sollen 12 Millionen Hektar, davon 8 Millionen im europäischen Rußland, durch Sowchosen bewirtschaftet werden. Die bolschewistische Agrarautorität Chaganow spottet denn auch über die schlechte Kenntnis der Wirtschaftsgeographie in zaristischer Zeit. Er erklärte:

„Wenn man bedenkt, wie leicht man diese so ungeheuren Flächen (für die Sowchosen) gefunden hat, selbst in so übervölkerten Gegenden, wie im Bereich des Schwarzerde-Beckens, dann kann man nur darüber staunen, wie wenig wir früher über die Naturschätze unseres Landes gewußt haben."

Ob diese neuentdeckten Flächen auf die Dauer wirklich ertragfähig sein werden, ist zweifelhaft. Der Wiener Geograph Professor Brückner hat die durchaus beachtliche Theorie von den neunjährigen trocknen und nassen Jahreszyklen aufgestellt und diese seine Behauptung gerade mit den russischen klimatischen Verhältnissen belegt. Er glaubt, festgestellt zu haben, daß es in Rußland weite Strecken gibt, die in der feuchten Periode durchaus gute Ernten ergeben, während sie in den trocknen Zeiten nur Mißernten erbringen. In der Tat haben die russischen Bauern bisher bei ihrer freiwilligen Siedlertätigkeit stets vermieden, diese Gebiete unter den Pflug zu nehmen. Jetzt sind gerade diese Strecken von den sogenannten Getreidefabriken mit Beschlag belegt. Der russische Schriftsteller M. Farbman kommt in seinem interessanten Buche „Piatiletka, der Fünf-Jahr-Plan[1])" auch auf diesen Brücknerschen Einwand zu sprechen: „Die Gebiete im nördlichen Kaukasus, in der Ukraine und

[1]) S. Fischer Verlag, Berlin 1931.

in Kasakstan leiden also nicht nur unter Regenmangel, sondern auch unter dem Suchowey, einem trocknen, heißen Wind, der die oberste Erdschicht dauernd abträgt..." „Die klimatischen Verhältnisse erklären zur Genüge, warum diese Gebiete bisher unbevölkert waren und brach lagen. Mit bloßer Pferdekraft und mit primitiven Geräten gewöhnlicher Siedler hätte man den Boden nicht aufbrechen können. Erst die moderne Technik hat tiefes und rationelles Pflügen, ausgewählten und hitzebeständigen Samen, und, was am wichtigsten ist, rasches Pflügen, Säen und Ernten ermöglicht; letzteres ist notwendig, um den Windschäden vorzubeugen." Trotzdem rechnen selbst die bolschewistischen Agronomen mit Mißernten alle 5 bis 7 Jahre. „Das Argument, das die Agronomen zur Rechtfertigung dieses Verfahrens des einzig-wissenschaftlichen, wie sie sagen, anführen, lohnt" — bemerkt Farbmann weiter — „einer näheren Betrachtung. Sie behaupten, es könne in keinem Jahre eine Mißernte auf dem ganzen Gebiete eintreten, da dieses sich vom Schwarzen Meere bis nach Sibirien erstrecke. Jede Mißernte einer Gegend werde durch gute Ernten in anderen Gegenden wettgemacht, im übrigen müsse die extensive Weizenkultur jeden Schaden mehr als kompensieren. Natürlich ist ein derartiges Experiment nur auf dieser Art von Gütern möglich, auf denen keine Bevölkerung lebt, die auf die Ernte angewiesen ist. Eine Fehlernte kann hier nur einen Verlust an Saaten und Arbeit, nie aber eine Hungersnot bedeuten."

Ob der Optimismus der Bolschewisten oder die Skepsis der Bauern recht behalten wird, kann nur die Zukunft lehren. Aber die Sowjetregierung will sich ja nicht nur beim Bezug von Getreide vom Bauern unabhängig machen, sondern auch bei allen anderen agrarischen Produkten, wie Fleisch, Milch, Butter und Käse. Während aber die bisherige landwirtschaftliche Betriebslehre den Großgrundbesitz beim Körnerbau als wirtschaftlich, besonders in der amerikanischen extensiven Form ansieht, widerspricht das bei Viehzucht und Milchwirtschaft der bisherigen Erfahrung. Die Viehzucht gilt überall als Domäne des Bauern. Trotzdem plante die Sowjetregierung, den Mangel an Fleisch, Milch, Butter und Käse durch Schaffung von „Viehzuchtfabriken" zu bekämpfen. Hier ist der Mißerfolg nicht ausgeblieben. Wie die bolschewistischen Blätter meldeten, sind 30 Direktoren von solchen Viehfabriken wegen schlechter Führung zu Gefängnis verurteilt und weitere 100 abgesetzt. Darüber hinaus sollen diese Großgüter wieder als unrentabel aufgelöst werden. Die Kolchesierung der Bauernwirtschaften, das heißt der Zusammenschluß der Bauernhöfe zu einem großen Gute unter der Leitung von geschulten Agronomen, wobei die Bauern in die Rolle von Landarbeitern herabgedrückt werden, ist, wie gesagt, die zweite Losung Stalins.

Dieser anfänglich mit mehr oder weniger Zwang erfolgte Zusammenschluß ist nicht zuletzt an dem jetzt herrschenden Mangel an Fleisch- und Molkereiprodukten schuld. Der Bauer veräußerte nämlich, bevor er in die Kolchose eintrat, sein lebendes Inventar, um wenigstens einen Sparpfennig zu besitzen, und sah es außerdem nicht ein, warum er den landlosen Dorfbewohnern, die an diesen Kolchosen auch teilnehmen, sein lebendes Inventar als Geschenk einbringen sollte. Diese Dezimierung des Viehbestandes wird sich noch mehrere Jahre auswirken, denn er kann, bis auf Schweine und Geflügel, nur langsam wieder ersetzt werden.

Mitte Dezember vorigen Jahres hat der Rat der Volkskommissare ein Dekret über das Verbot des Schlachtens von Pferden veröffentlicht. Aus diesem ist zu ersehen, daß nicht nur die bäuerlichen Hofbesitzer oftmals ihre Pferde schlachteten, sondern auch viele Mitglieder der Kolchosen dasselbe taten. In diesem Dekret wurde daher angeordnet, daß Pferde nur mit Erlaubnis des Veterinärarztes geschlachtet werden dürfen.

1930 ist für die Kolchesierung nicht ungünstig verlaufen (für 1931 liegen noch nicht abschließende Zahlen vor, in der Sowjetpresse wird nur häufig über geringe Ablieferung seitens der Kolchosen geklagt), aber es war ein exzeptionell gutes Erntejahr, das der Sowjetregierung in den Schoß fiel. Man wird daher erst einige Ernteresultate abwarten müssen, ehe man ein abschließendes Urteil fällen kann[1]).

*

Anfänglich sprach ich die Ansicht aus, daß die Regierung bei den Sowchosen mehr wirtschaftliche und finanzielle Ziele, bei den Kolchosen mehr politische Zwecke im Auge habe. Worin bestehen nun diese? Solange der Bauer auf seiner

[1]) Nachdem dieser Aufsatz geschrieben war, sind zur Agrarfrage zwei wichtige Dekrete in Moskau veröffentlicht worden. Das erste dieser Dekrete gab eine Herabsetzung der Quantitäten für die Getreideablieferung um rund 200 Millionen Pud bekannt. Für die Einzelbauern und die Kolchosen ist diese Zwangsaufbringung noch um weitere 50 Millionen herabgesetzt worden, indem der Anteil der Sowchosen um diese Summe erhöht wurde. Eine derartige Herabsetzung der Pflichtleistungen der Bauern pflegte von der Sowjetregierung bisher gemacht zu werden, wenn sie befürchtete, daß der Bauer ihre Verordnungen mit dem sogenannten Saatenstreik beantworten könnte. Auch dieses Mal dürfte es nicht anders liegen. — Das zweite Dekret betrifft die Verkürzung der Fleischablieferung. Wie oben angegeben, war die Moskauer Regierung kürzlich genötigt, schwere Strafen über zahlreiche Direktoren der „Fleischfabriken" zu verhängen und die großen Viehzucht-Betriebe wegen Unwirtschaftlichkeit aufzulösen. Wenn die Regierung jetzt trotzdem eine Kürzung der Viehablieferung dekretiert hat, so ist das ein Anzeichen dafür, daß die Befürchtung besteht, die Bauern könnten lieber Schwarzschlachtungen vornehmen, als das Fleisch zu den minimalen Preisen abzuliefern. Die gemeldeten Erleichterungen sind kaum als Anzeichen einer wirtschaftlichen Umkehr aufzufassen, sondern vielmehr als Notmaßnahmen, um den Bauern bei guter Laune zu erhalten.

privaten Scholle saß, war Rußland kein kommunistisches Land, wenn auch die Zügel der Regierung von kommunistischen Elementen in die Hand genommen waren. Es war von Stalin konsequent gedacht, daß er alles daran setzte, den Bauern in einen Landarbeiter zu verwandeln. Das beginnt mit der Kolchesierung in der Tat zu geschehen. Denn der Bauer wird jetzt, je nach seiner Arbeitsleistung, entlohnt. Es gibt einen fünfstufigen Tarif für den zehnstündigen Arbeitstag, das heißt es wird je nach der Leistungsfähigkeit des Bauern bezahlt. In der untersten Stufe stehen die einfachen bäuerlichen Arbeiten, in den höheren die Arbeiten der Handwerker, und in der obersten die Arbeiten des Kolchosen-Leiters, des ersten Buchhalters, der Traktorenlenker und der Agronomen. Was solch ein Knecht — dazu ist ein Kolchosen-Bauer geworden — im Jahr verdient, kann erst nach der Ernte errechnet werden. Von den vereinnahmten Geldern werden zuerst die Schulden, die Generalunkosten, die Kosten für das Saatgut, das Getreide, für die Ernährung, die Ausgaben für kulturelle Zwecke und 5% Dividende abgezogen. Der Rest wird dann, je nach den geleisteten Arbeitstagen, in der Höhe der fünf Lohnstufen verteilt.

Wenn trotz dieser Herabdrückung des Bauern zum Landknecht zahlreiche Bauern „freiwillig" in die Kolchosen eintraten — zeitweilig war der Andrang sogar sehr groß — so hat das folgenden Grund. Die Besteuerung der privaten Bauernwirtschaften war so erhöht worden, daß die Flucht in die Kolchosen, in denen man wenigstens satt zu essen bekommt, und nicht die Gefahr der Beschlagnahme besteht, verständlich wird. Folgender Brief eines nicht kolchesierten Bauern ist für die verzweifelte Stimmung der älteren Generation sehr bezeichnend[1]):

„In diesem Jahr blieb die Bevölkerung ohne Brot und Geld. Das Getreide mußte man ganz billig abgeben. Dafür waren die Steuern sehr hoch; und nur zu oft, wenn beim Bauern kein Geld vorhanden war, wurde man dafür mit einer Geldstrafe belegt. Und dann wurde das Inventar verkauft. An der Spitze der Sowjetmacht sitzen Schädlinge, die einen nicht leben lassen und den Bauern bedrücken. Im Sommer hatten wir eine gute Ernte, aber man hat uns von ihr so gut wie nichts gelassen; nur die sogenannte ‚Norm" blieb uns. Dabei waren die von der Regierung gezahlten Preise so gering, daß alles so gut wie umsonst hergegeben werden mußte. Für Getreide, das man auf 50 km anführen mußte, erhielt man 80 Kopeken[2]) pro Pud, für Kartoffeln — 50 Kopeken pro Pud[3]).

[1]) Zeitung „Sewodnja" in Riga, Dezember 1931.
[2]) Nominell ist ein Rubel (100 Kop.) = 2,16 Mark. Aber die Entwertung der Valuta wird auf $^1/_5$ bis auf $^1/_{10}$ geschätzt.
[3]) Ein Pud = 16,3 kg.

Dazu kommen noch Zwangsarbeiten — wer nicht antritt, bekommt wieder eine Strafe von 50 bis 100 Rubel — es müssen alle, jung und alt, arbeiten, und man erhält dafür — Mann mit Pferd — 1 Rubel pro Tag. Dabei kostet auf dem freien Markte Getreide 10 bis 15 Rubel das Pud, Butter 10 Rubel das Pfund, 10 Eier 3 Rubel, Fleisch ist so gut wie gar nicht zu haben. Manufakturwaren und Stiefel sind gleichfalls sehr selten, und wenn, dann muß man für ein Paar einfache Bauernstiefel 100 Rubel zahlen. In den Genossenschaftsläden gibt es zwar Waren für die Mitglieder billiger, aber dort sind oft selbst Eisen, Nägel und Petroleum nicht zu haben. Man weiß wirklich nicht, wie man weiter leben soll. Vieh wurde jedem Hofe nur ein Stück belassen, und Jungvieh gar keins. Man könnte tausend Höfe besuchen und wird doch keine zweite Kuh auf einem Bauerngute finden. Auch Pferde hat jeder Bauer nur eins. Und was für eins? Die ganze Saatfläche muß bestellt werden, und sie wurde im vorigen Jahr noch um 30% vergrößert; wer kein Land mehr besaß, mußte fremdes, auch wenn es 15 km entfernt liegt, bearbeiten, sonst wurde man wegen Widerstandes verurteilt. Schon bei der Aussaat mußte man sich verpflichten, den dritten Teil dem Staate abzuliefern (das heißt für den oben genannten geringen Preis, der 12- bis 15mal unter dem freien Marktpreise liegt). Wir werden zwar noch Bauernwirte genannt, aber im Grunde sind wir schon Leibeigene. Wahrscheinlich habt Ihr auch gehört, daß die Sowjetmacht den Kommunismus auf freiwilliger Grundlage aufbaut; das ist aber nicht wahr. Der Kommunismus wird unter furchtbarem Druck und harter Gewalt errichtet. In jeder Zeitung kann man zwar lesen, daß wir den Stand der Vorkriegszeit wieder erreicht hätten, das ist aber nicht die Wahrheit."

Während die ältere Generation im Dorf das Für und Wider des bolschewistischen Systems wirtschaftlich abwägt, ist die Jugend ihm weniger abgeneigt, da sie auf diese Weise frühzeitig der elterlichen Bevormundung entgehen kann. Viel trägt dazu auch bei, daß die Jugend großes Interesse für die Mechanisierung der Arbeit zeigt. Ihr macht es viel mehr Freude als Traktorführer zu fahren, als hinter dem Pfluge herzugehen. Damit hätte natürlich die Moskauer Regierung viel gewonnen, denn ein solcher Traktorführer ist schon mehr als Fabrikarbeiter zu werten, denn als Landmann, der mit der Scholle eng verbunden ist. Farbman, der durchaus nicht ablehnend dem Experiment der Kolchesierung gegenübersteht, faßt sein Urteil über diese Entwicklung in folgende Worte zusammen:

„Ueber die Ueberpflanzung des Sozialismus in die Dörfer ein dogmatisches Urteil abzugeben wäre töricht, da uns jede Grundlage für eine Diskussion fehlt. Wir wissen nichts, als

daß die Zwangsmaßnahmen, mittels deren man letztes Jahr die Kolchesierung durch kommunistische Färbung zu „vertiefen" versucht hat, fehlgeschlagen sind. Mechanisierung, ja sogar Kolchesierung erzeugen also an sich keinen Kommunismus, ebensowenig wie bloßer Zwang zum Kommunismus bekehrt. Selbst die optimistischsten und ungeduldigsten Bolschewisten geben zu, daß die Kolchesierung nur einen Weg und dazu einen weiten Weg zum Sozialismus darstellt, der sich als länger und beschwerlicher erweisen kann, als man erwarten könnte. Trotzdem also die Aussichten gegen eine Kommunisierung der Dörfer sprechen, gibt es gewisse Faktoren, die eine solche Entwicklung weniger unmöglich erscheinen lassen, als man zunächst annimmt. Der wichtigste dieser Faktoren ist meiner Meinung nach die völlig veränderte Lebenseinstellung, die wir bei der jüngeren Generation beobachten."

*

Angenommen, es gelänge wirklich — woran ich noch zweifle — den russischen Bauern zum kommunistischen Landarbeiter umzuwandeln, dann erhöbe sich folgende große und schwere Frage für den Bolschewismus. Bisher war das sowjetistische Regime darauf aufgebaut, daß sich die herrschende Schicht der Fabrikarbeiter — etwa 10 bis 15 Millionen Menschen — zusammen mit der Beamtenschaft und der Roten Armee in privilegierter Lage befand. Für sie wurde unter allen Umständen gesorgt. Sie erhielten, wenn auch nicht reichliche Lebensmittel, so doch viel mehr als die übrigen Bewohner Rußlands, desgleichen auch, soweit der Vorrat reichte, in erster Linie Textilwaren und Schuhzeug. Die übrigen Kreise des entrechteten Bürgertums und die Bauern mochten sehen, wie sie satt werden und sich kleiden. Diese letzteren beiden Schichten hatten bisher für das bolschewistische Regime nur Interesse als Objekt, als Steuerzahler, und sie wurden bis auf den letzten Blutstropfen ausgepreßt. Otto Bauer bemerkt mit Recht, „daß die Diktatur des Proletariats in Rußland nicht so sehr auf der offenen Vergewaltigung des Bürgertums, als auf der verhüllten Entrechtung der Bauernschaft beruhe".

Wenn nun die Bauern, das heißt 85% der Bevölkerung, indem sie zu Landarbeitern werden, gleichsam in den ersten Stand des bolschewistischen Systems aufrücken, so dürften sie bald auch ihre Ansprüche als bevorrechtigte Arbeiterklasse geltend machen. Das würde politisch zwar die feste Fundamentierung des Bolschewismus bedeuten, der bisher nur auf der schmalen Schicht der Fabrikarbeiter ruhte. Würde aber diese politisch so wertvolle Verbreiterung der Basis des Bolschewismus auch wirtschaftlich tragbar sein? Würde dann nicht nur jeglicher Exportgewinst aus den Getreidefabriken rasch verschwinden, und wieder ein Unterschuß auftreten, weil die ge-

samte Bevölkerung besser ernährt und gekleidet werden müßte? Diese Ansichten sind um so berechtigter, als Farbman, der, wie gesagt, durchaus nicht bolschewistenfeindlich eingestellt ist, das „Fehlen eines wirklichen Ueberschusses an Getreide" zugibt. Er erklärt diese Tatsache mit der Schaffung der vielen kleinen Bauerngüter bei Aufteilung des Großgrundbesitzes und der Bekämpfung der Kulaken (Großbauern), die vor dem Kriege beide zusammen den größten Anteil an der Belieferung des Marktes hatten, während der Kleinbauer fast nur für den eigenen Haushalt Getreide produziert.

Entwickelt sich infolge der Kolchesierung der Bauern ein kommunistisches Landarbeitertum, so würde damit die letzte Stunde für die Vorherrschaft der Fabrikarbeiter in der Sowjetunion geschlagen haben. Das hat schon Otto Bauer in seiner mehrfach zitierten Schrift klar erkannt:

„In Rußland, wo das Proletariat nur eine kleine Minderheit der Nation darstellt, kann das Proletariat seine Herrschaft nur vorübergehend behaupten; es muß sie wieder verlieren, sobald die bäuerliche Masse der Nation kulturell reif genug wird, selbst die Herrschaft zu übernehmen. Im industriellen Westen dagegen, wo das industrielle Proletariat selbst bereits die Masse der Völker bildet, kann die Arbeiterklasse, wenn sie erst die Staatsgewalt erobert hat, den Staat dauernd beherrschen, solange es überhaupt Klassen und solange es überhaupt einen Staat gibt. In Rußland ist die Diktatur des Proletariats die Herrschaft einer Minderheit, und die juristische Form der Minderheitsherrschaft ist die Sowjetverfassung."

Es ist also nicht zuviel gesagt, daß in Wahrheit die russische Revolution erst dann beginnen wird, wenn der russische Bauer in politische Gärung gerät. Wohin dann diese Entwicklung führen wird, wäre vermessen, prophezeien zu wollen. Eines aber erscheint sicher. Die Herrschaft der kleinen Fabrikarbeiterschicht kann nur solange währen, solange der russische Bauer noch nicht zum politischen Leben erwacht ist. Das aber ist ein Zukunftsbild. Augenblicklich herrscht noch der Fabrikarbeiter in der Sowjetunion. Der nächste Aufsatz soll dem russischen Arbeiter gewidmet sein.

*

Staat, Stadt und Schule

von Dr. Sebald Schwarz

Landesschulrat von Lübeck

Unablässig geht der Schulkampf um Lehrpläne und Richtlinien, um Schulfächer und die Stundenzahlen dafür, um Schultypen und Methoden, um Gehälter und Pflichtstunden; dringende Reformen! tönt es auf der einen Seite, endlich einmal Ruhe für unsere Schulen! auf der anderen. In dem Getümmel des Tages kommen wir aber nicht zu den tiefer liegenden Fragen, von denen aus jene Einzelprobleme erst zu verstehen sind. Solch Grundproblem ist dies: Die einheitliche Ordnung der Schuleinrichtungen und die schöpferische Mannigfaltigkeit der Ideen und Strebungen widersprechen sich oft; daran schließt sich eine Grundfrage: sind etwa die Kraftfelder der verschiedenen Mächte im Schulleben nicht richtig verteilt? Auf der einen Seite der Staat als Reich, Land und Stadt, auf der anderen die Lehrerschaft als Schule und als Lehrerpersönlichkeit, wie ist ihr Machtbereich abzugrenzen?

I. Das Kraftfeld des Staates.

Ein paar Beispiele, die in dieser Hinsicht stutzig machen!

Das erste vom Einfluß des Reichs und der Länder: Das Fortkommen der Schüler auf der höheren Schule hängt — es sei hier nicht gefragt, ob mit Recht oder Unrecht — im wesentlichen davon ab, wie sie die fremden Sprachen lernen können; in zweiter Linie entscheidet die Mathematik. — Schon die Fortschritte in der Muttersprache spielen im Schulbetrieb eine kleinere Rolle, sie werden nur in ganz geringem Maß durch den Unterricht bestimmt und hängen hauptsächlich von Geburt und Kinderstube ab. Ganz ohne Einfluß auf die Laufbahn durch die Klassen sind die sogenannten Nebenfächer. Nur in den fremden Sprachen und der Mathematik gibt es Privatstunden, um ihretwegen bleiben die Schüler sitzen. Gerade die Fremdsprachen sind aber nicht einheitlich geregelt in unseren höheren Schulen; etwa 20% der Schüler fangen mit Lateinisch an, etwa 40% mit Englisch, 40% mit Französisch. Da ein zunehmender Teil der Bevölkerung öfter den Wohnort wechselt, führt das zu den größten Schwierigkeiten; es kann vorkommen, daß ein Kind nacheinander vom englischen auf den lateinischen, von diesem auf den französischen Strang kommt; das bedeutet Zurückbleiben und Privatstunden, also Hemmung für den Schüler und Kosten für den Vater. Hier liegt ein Bedürfnis vor, das im ganzen Reich drängt; die Entscheidung über die Anfangssprache und die Sprachenfolge liegt aber weder beim Reich noch auch in allen Fällen nur

bei den Ländern; oft entscheiden darüber die Städte, ja die einzelnen Schulen; nicht einmal der preußische Staat hat hier eine einheitliche Regelung zu treffen gewußt.

Recht unwesentlich für das Weiterkommen der Schüler ist es dagegen, wie die Verhältnisse in den sogenannten Nebenfächern geordnet sind; ob in OIII eine oder zwei Stunden Erdkunde gegeben werden, in UII zwei oder drei Stunden Geschichte, ist von geringer Bedeutung. Dies ist aber von den Länderregierungen für die verschiedenen Schultypen einheitlich festgesetzt; ja, die preußischen Richtlinien geben ganz genau an, nach welcher Methode der Unterricht erteilt werden soll, und weitere Verfügungen stellen fest, wie viele Klassenarbeiten in den einzelnen Fächern zu schreiben sind.

Es gibt noch mehr Dinge, als die Frage der Anfangsfremdsprache, die einheitlich für das Reich zu regeln sind, so namentlich das Berechtigungs- und Anerkennungswesen der verschiedenen Schulen, und seit 1929 besteht eine Reichsinstanz für das Schulwesen, die Unterrichtsabteilung im Reichsministerium des Innern. Aber ihre Arbeitsart ist umständlich und unsicher im Erfolg. Ein Sachkundigen-Ausschuß von acht Mitgliedern, die von den Landesregierungen entsandt werden — die kleinen Länder sind dafür zu Gruppen zusammengefaßt —, berät und macht Vorschläge; diese gehen an die Länder, die sehr oft wieder mit Aenderungsvorschlägen antworten, die wiederum jedem Land vorgelegt werden müssen. Eine schließlich bindende Abstimmung mit Mehrheiten gibt es nicht. So ziehen sich die Beratungen durch Jahre hin und führen nicht immer zum Ziel, der „Vereinbarung der Länder". Dazu sind die Mittel für diese Einrichtung so gering, daß der Ausschuß nur einmal im Jahr zusammenberufen werden kann. Dieselbe Armseligkeit sehen wir an einer an sich unbedeutenden Sache: die reichsstatistischen Aufnahmen über das Schulwesen sind nur sehr unvollkommen möglich, weil das Reich keine Mittel hat und die Länder sie nicht hergeben wollen.

Auf der anderen Seite der staatlichen Instanz stehen die Städte. Ihr Einfluß auf das Schulwesen ist in den einzelnen Ländern verschieden; immer aber ist er nur sehr gering. Das ganze Realschulwesen im weitesten Sinne wie das höhere Mädchenschulwesen ist von den Städten, insbesondere von den norddeutschen, geschaffen worden; ebenso die Mittelschule; an der Entwicklung der Berufsschulen und Fachschulen sind sie stark beteiligt; auch die Neugründung von Hochschulen ist in neuester Zeit von ihnen ausgegangen; für die Volksschule sind sie fast überall Träger neuzeitlicher Entwicklung, und auch die innere Bewegung im Volksschulwesen hat sich durchweg an den Schulen gewisser Städte entwickelt; genannt seien nur München und Mannheim.

Auf den Betrieb der Schulen haben die Städte aber fast gar keinen Einfluß. Sie dürfen Gebäude und Lehrer — im einzelnen mit sehr verschiedenem Anteil — bezahlen. Selbst für Schulen, die durchweg staatlich sind, verstehen die Länder es, den Städten wenigstens die Baulasten aufzubürden — jetzt wieder bei den pädagogischen Akademien in Preußen. Die Städte dürfen auch — wieder unter mannigfachen, im ganzen zunehmenden Einschränkungen — die Lehrkräfte auswählen und berufen; wo staatliche Schulen daneben wirken, kann man wohl sagen, daß sie es verstanden haben, eine Auslese zu treffen, und es ist charakteristisch, in wie hohem Maße z. B. in Preußen die führenden Männer in der staatlichen Schulverwaltung aus den städtischen Schulen stammen.

Aber damit ist die Aufgabe der Städte zu Ende. Bei der Reifeprüfung darf etwa noch ein Vertreter des Magistrates zuhören; aber schon die Frage, ob eine einmal genehmigte städtische Schule eingehen darf, ja, sogar, ob auswärtige Schüler abgewiesen werden können, beantwortet nicht der Träger, die Stadt, sondern die Aufsichtsbehörde.

Der eigentliche Unterrichtsbetrieb ist dem Einfluß der Stadt ganz entzogen; wenn sie sich z. B. für ein Realgymnasium entschieden hat, so hat sie weder zu den Unterrichtsgegenständen und der Zeit, die dafür aufzuwenden ist, noch zu den Methoden etwas zu sagen; es ist schon viel, daß sie neuerdings in Preußen das Recht bekommen hat, in den Schriftwechsel zwischen der Schule und der staatlichen Aufsichtsinstanz Einsicht zu nehmen.

II. Das Kraftfeld der Schule.

Tritt so auf der einen Seite das Reich wie die Stadt gegenüber den Schulverwaltungen des Landes ganz zurück, so ist auf der anderen Seite auch das Kraftfeld der Schule sehr eingeschränkt. Wenn wir selbst von so bürokratischen Staaten wie Bayern absehen, wo oft noch die einzelnen Prüfungsarbeiten vom Staat aus nicht nur genehmigt, sondern gestellt werden, so hat auch in einem so freiheitlichen Lande wie Preußen die Schule wenig Bewegungsmöglichkeit. Sogar weniger, als der Staat selbst wünscht. Bekannt ist die Klage des langjährigen Leiters des höheren Schulwesens in Preußen, Matthias, daß die Lehrer von der Freiheit, die man ihnen lasse, so wenig Gebrauch machten; und auf Direktorenversammlungen wie im Verkehr der einzelnen Schule mit ihren Dezernenten sieht man immer wieder, wie die Schule selbst Anweisungen erbittet, statt zu entscheiden.

Hier ist eben eine Gesinnung entstanden, die nur aus dem System zu erklären ist; daher ist die Frage aufzuwerfen, ob das System nicht zu ändern ist. Das beleuchtet ein Vorgang, der sich, wie ich glaube, zur Zeit in vielen preußischen höheren Schulen abspielt. Ihnen ist der Auftrag geworden, nach den

Richtlinien Sonderpläne für die einzelne Schule aufzustellen. Oft genug kommt dabei nicht viel anderes heraus, als eine Umschreibung, ja eine Wiederholung dessen, was dort gesagt ist. Warum? Weil diese Lehrpläne — und in anderen Ländern ist das nicht anders — schon so viel festlegen, sich auf so viel Dinge einlassen, daß der Schule gar kein Raum für Eigenes bleibt. Wenn eine Schule aber doch nun mehr ins einzelne gehen will, stößt sie bald genug auf das, was im Interesse eines lebendigen Unterrichts dem einzelnen Lehrer überlassen bleiben sollte. Im besten Fall werden also die Schullehrpläne von örtlichen Gesichtspunkten aus behandelt. Sowie eine Schule einmal eine tiefergehende Frage anrühren will, wird der Versuch abgewiesen. Man denke nur an den Antrag des Grunewald-Gymnasiums, durch Wegwählen eines Hauptfaches in der Reifeprüfung einen gründlichen Eingriff in dies schwerkranke Organ unseres Schullebens übernehmen zu dürfen; er scheiterte der Form nach an den Vereinbarungen der Länder über die Reifeprüfung, tatsächlich aber daran, daß die preußische Schulverwaltung selbst nicht versuchen wollte, in diesem Sinne die Vereinbarungen ändern zu lassen.

Die Macht und der Bereich der Schulverwaltung des Landes sind so überwiegend, daß alle anderen, Reich und Stadt wie Schule, dagegen fast ganz verschwinden. Dasselbe mögen noch zwei Gegenbeispiele zeigen.

Als die Oberrealschule zum Dom in Lübeck vor acht Jahren ernstlich versuchte, soweit das zur Zeit geht, eine freie Bewegung innerhalb der höheren Schule durchzuführen, die tiefer geht als die damals noch bestehende Gabelung auf der Oberstufe, da war das nur möglich, weil Lübeck nicht nur Stadt, sondern auch Land ist, und der weitsichtige Leiter des Lübecker Schulwesens, Prof. Wychgram, bei der damaligen Neubearbeitung der Vereinbarungen der Länder über die Reifeprüfung eine einigermaßen freiere Gestaltung durchsetzte; trotzdem hat die Schule auch damals nicht soweit gehen können, wie sie es gern genug getan hätte.

Und wenn Lübeck vor zwei Jahren den ersten Versuch machen konnte, die elastische Einheitsschule praktisch durchzuführen, wenn es Volks- und Mittelschule und die ersten vier Jahre der höheren Schule — das letztere nur als Parallelweg — zu einem Ganzen vereinigte, innerhalb dessen freie Bewegung möglich ist, so ging das wieder nur, weil diese Stadt ein Land ist. Die Anforderungen, die connubium et commercium im Deutschen Reich stellen, sind dabei sorgfältig berücksichtigt worden, und so gut wie Lübeck könnte jede Stadt in einem größeren Land dasselbe versuchen; es bleibt aber doch zweifelhaft, ob das Land, in dem sie liegt, das zulassen würde.

Die staatliche Verwaltungsbürokratie kann aber gar nicht alles leisten, was sie übernommen hat. Wir verstehen das, wenn wir überlegen, wie das zustande kommt, was sie z. B. in Preußen auf dem Gebiet der Lehrpläne und Lehrmethoden anordnet.

Eine Quelle ihrer Vorstellungen ist die pädagogische Literatur; eine zweite sind die Berichte der Aufsichtsbeamten in den Provinzen, in gewissem Umfang auch von Schulen; dazu treten dann die Anschauungen, die die Referenten aus ihrer eigenen früheren Praxis mitbringen, und die sie gelegentlich bei Schulbesuchen ergänzen und wieder auffrischen. Also kaum etwas unmittelbar Erlebtes! Und ebensowenig erleben diese Referenten das Ergebnis ihrer Anordnungen; höchstens, daß sie es in Stichproben einmal von außen ansehen können. Wie die Dinge seit bald hundert Jahren nun einmal liegen, kommen eben die Berichte der Lehrer nicht nur meist durch zweite und dritte Hand, sie sind vor allem gemacht von Menschen, die in Lehrplan und Methode gar nicht auf eigene Verantwortung, gar nicht aus dem Ganzen heraus und aufs Ganze hin zu arbeiten gewohnt sind; die es gar nicht anders kennen, als daß sie die Verfügungen ihrer Vorgesetzten auszuführen haben, und die leicht eine selbständige Regung — denn natürlich kommen die vor — innerlich als Rebellion empfinden.

Ferner können alle Vorstellungen und Anschauungen der Behörde nichts anderes sein als Kompromisse. So viel Widersprüche stecken denn doch in den Wünschen, die ihr vorgetragen werden, daß eine Entscheidung nötig ist; und die wird in sehr vielen Fällen auf einen Ausgleich herauskommen, um so mehr als die entscheidende Behörde selbst wieder kollegialen Charakter trägt.

Das zeigt sich recht deutlich auf einem der schwierigsten Gebiete unseres ganzen Schulwesens, in der Frage: was soll die Schule denn nun schließlich lehren — oder sagen wir im neuzeitlichen Sinn: an welchen Gegenständen soll sich der Schüler denn erleben? Die Wissenschaft ist seit hundert Jahren nicht nur — was alle anerkennen — in die Breite gegangen, sondern, obwohl viele das übersehen, auch in die Tiefe; der Verkehr unserer Zeit läßt jeden Gelehrten die Ergebnisse der Forschung auf dem ganzen Erdkreis kennenlernen und nützen. Die heutige Technik, das Wort im weitesten Sinne genommen, stellt dazu der Forschung ganz neue Mittel zur Verfügung. Daher erleben wir nicht nur eine Vermehrung unserer Kenntnisse, wie sie kein Zeitalter vorher gekannt hat, sondern eine entsprechende Vertiefung auf jedem Gebiet der Wissenschaft. Damit verbunden ist — und das ist für unser Schulwesen von verhängnisvoller Bedeutung geworden — die Schwierigkeit, daß jemand nun all das Forschen und Wissen und Denken

zu einem Ganzen in sich und für andere zusammenfaßt. Der Begriff der Humanität, auf dem unsere Schule in all ihren Stufen beruht, wird immer umfassender und daher wesenloser.

Hinzu kommt, daß in immer kürzerem Zeitmaß auch die Wertung der Kenntnisse und Fähigkeiten wechselt; nicht zu Unrecht hat der Amerikaner Kilpatrick ein geistreiches kleines Buch über Education for a changing civilisation geschrieben.

Die Folge von alledem ist *der Kampf der Fächer um die Schule*, um die höhere Schule noch insbesondere. Der Vertreter jeder Wissenschaft ist so überzeugt von ihrer praktischen, erziehlichen und weltanschaulichen Bedeutung, daß er sie in der Schule erhalten sehen oder sie neu in sie hineingebracht wissen möchte, und zwar mit ausreichender Stundenzahl. Körperschaften sowie die Universitäten und Verbände stellen sich dahinter, Tagungen schicken ihre Beschlüsse, weltgewandte Vermittler lassen ihren persönlichen Einfluß spielen. In den Ministerien haben auch wieder die Fachreferenten ihren Standpunkt, und so kann das Ergebnis nur ein Kompromiß sein, das um so gestaltloser wird, je größer das Gebiet ist, für das es gilt.

Wenn die Entscheidung an vielen Stellen für einen engen Bezirk, sei es *die Schule oder die Stadt*, getroffen werden könnte, würden die Lehrpläne mannigfaltiger ausfallen, in näherer Verbindung mit den Kräften, die sie nachher ausführen sollten; die örtlichen Bedürfnisse wären nicht nur ein Wort in einer amtlichen Aufforderung, sondern eine Tatsache auf dem Boden der Wirklichkeit.

Dasselbe gilt von den Methoden: Sie wollen nicht nur in engster Verbindung mit der Praxis gefunden, sie wollen auch auf kleinem Gebiete erprobt werden; wenn wir Neues schaffen wollen, müssen wir kleine abgeschlossene Pfleggärten haben, wo es aufwächst; wir müssen aber auch die Freiheit haben, dort das Neue sich entfalten zu lassen. Es würde viel weniger Pädagogik in Deutschland geschrieben werden, es würde viel Ungesundes und Unmögliches, was wir heute drucken, in sich zusammensinken, wenn man ihm die Möglichkeit gäbe, sich zu erproben, und es würde auch viel Gesundes heranwachsen, das jetzt unter der bürokratischen Zentralsonne verdorrt.

Für Lehrplan und Methode würde ein reiches Leben aufsprießen, wenn wir sie aus dem Mutterboden der einzelnen Schule wachsen ließen, nicht aber wir ein Netz von oben her darüber breiteten; und in dieser Instanz läßt sich auch entscheiden, wieviel Freiheit in ihr der einzelne *Lehrer* haben kann und muß.

IV. *Einheit und Ordnung.*

Natürlich kann damit nicht der ganze Betrieb des Schulwesens den autonomen Schulen überlassen werden; am wenigsten im Zeitalter des Verkehrs und der Nationalstaaten. Aber

das ist eben die Frage, wieweit der einheitlichen Ordnung der Schuleinrichtung zu Liebe die schöpferische Mannigfaltigkeit der Ideen und Strebungen beschränkt werden darf und muß; diese Frage müssen wir unbefangen und neu aufstellen, und die Antwort werden wir von jenen zwei Gesichtspunkten aus finden: von den Bedürfnissen des Verkehrs und von den Ansprüchen des Volkes aus, wie es sich im Staat darstellt.

Der Verkehr fordert, daß unsere Kinder im ganzen Reich einen gleichen Aufbau der Schulen finden; daß sie von einer Schule zur anderen übergehen können, ohne erheblichen Zeitverlust zu haben; daß sie unter gleichen Bedingungen überall die Berechtigungen erhalten, ohne die wir trotz aller Deklamationen dagegen doch nicht leben können. Das ist mehr und ist weniger an Einheit, als wir heute haben. Zum Mehr gehört z. B., daß die Unterschiede in der Zulassung zum Studium aufhören müssen; es ist unverträglich und unerträglich, daß wir allgemein von allen Schularten aus die Reifeprüflinge zur Universität zulassen, und daß dann wieder einzelne Fakultäten und Professoren diese Bestimmungen für Reich oder Land von sich aus aufheben, indem sie Latein und vielleicht auch Griechisch für die Promotion oder für die Zulassung zu ihren Seminaren fordern. Zum Mehr gehört es, daß wir — solange noch die fremden Sprachen der Kern und das eigentliche entscheidende Fach an der höheren Schule sind — die Auswahl und die Reihenfolge der Fremdsprachen einheitlich festsetzen; ein wichtiges Weniger ist, daß ungefähr für den ganzen übrigen Unterricht nicht einmal das Land oder auch nur die Stadt denselben Lehrplan braucht, sondern man den Schulen sehr viel davon überlassen kann.

Weiter gehen auf diesem Gebiet die Ansprüche, die der Volksstaat stellen muß. Von der „allgemeinen Bildung" darf man zwar eigentlich nicht mehr sprechen; und doch gibt es ein gewisses Maß von Kenntnissen und Fähigkeiten, die man bei jedermann voraussetzt; von weiteren, die wenigstens in gewissen Lebenskreisen erwartet werden; wenn man so will, die Sprache und der Begriffsschatz, auf Grund dessen die Deutschen sich untereinander verstehen. Das umfaßt heute nicht mehr nur Lesen, Schreiben, Rechnen und Katechismus, sondern allerlei aus allerlei Wissenschaften, und allerlei körperliche Eigenschaften und auch künstlerische Aufnahme- und Leistungsfähigkeit. Der Mittelpunkt, um den sich das alles zusammenschließt, ist das Wesen unseres Volkes, ist Deutschtum; und bei der überwiegenden Bedeutung, die heute in unserem öffentlichen Leben der Staat hat, Staatsbürgertum. Das ist der Kern der Schule, und da dieser Kern allen gemeinsam ist, wird auch für die Gesamtheit festzustellen sein, was seinen Inhalt ausmachen soll. Das bedeutet darum nicht einen Lehrplan; es genügt, ja, es soll nicht mehr sein als ein Mindestmaß von

Forderungen, und zwar ein Mindestmaß, das nur einen Teil der üblichen oder gesetzlichen Schulzeit in Anspruch nehmen darf: Etwa soundsoviel Stunden Muttersprache, Einführung in das Leben der Natur, in die vaterländische Geschichte, in das öffentliche Leben, soundsoviel an Ausbildung des Körpers. Solche Forderung schließt auch eine Schulverwaltung in sich; sie sollte aber nicht mehr regieren, als daß sie feststellt, ob die örtlichen Lehrpläne diesen Forderungen entsprechen. Dazu hätte sie die nötigen statistischen Aufstellungen zu machen, die nur Sinn haben, wenn sie einheitlich aufgenommen sind.

Weiter sind einheitlich die gesetzlichen Bestimmungen über die Schulpflicht zu regeln, und ebenso auch die Gehälter und Disziplinverhältnisse der Lehrkräfte; man darf sie nicht der Willkür lokaler Behörden überlassen, ebenso die Schulgelder. Dasselbe wird von dem Umfang der Lehrerbildung gelten.

All diese Dinge müssen im ganzen Reich gleich geordnet werden, und daher ist eine starke *Reichsschulverwaltung* nötig, sie darf nicht, wie bisher, von dem Wohlwollen der Länder abhängig sein, sondern muß wirklich bestimmen und durchsetzen können.

Die Frage, was den *Ländern* an einheitlicher Regelung zuzuweisen wäre, ist schwer zu beantworten, ehe wir wissen, wie diese Länder in Zukunft aussehen werden. Im jetzigen Zustand ist sie schlechterdings mit Vernunft nicht zu beantworten, sondern es kann nur so gut und so schlecht gehen, wie es sich eben seit Jahren hinschleppt. Solange Lübeck und Lippe staatsrechtlich dasselbe sind wie Preußen und Bayern, kann man die Länderkompetenz nicht grundsätzlich festsetzen, und es bleibt dabei, daß die kleinen entweder stillschweigend die Gesetze der großen abschreiben oder auch wohl einmal etwas Eigenes versuchen, mit dem sie sich nicht durchsetzen können, wie Hamburg mit seiner Lehrerbildung oder seiner achtjährigen höheren Schule.

Irgendwann werden wir ja schließlich die Länderfrage in Ordnung bringen, und dann wird es von der Art, von der finanziellen Ausrüstung, der Größe und von der allgemeinen verfassungsrechtlichen Stellung dieser Länder abhängen, was sie im Schulwesen zu leisten haben. Etwa die Verteilung der Schulkörper über ihr Gebiet? Etwa eine Aufsicht über den Schulbetrieb, die vielleicht mehr anregend als anordnend wirken müßte? Gerade wenn man in die lokalen Instanzen, Stadt und Schule ein gut Teil der Arbeit verlegt, ist es nötig, daß sie jemand berät oder einmal besucht, der einen größeren Bezirk kennt. Zwar übernimmt bei unseren Verkehrsverhältnissen einen guten Teil dieser Aufgabe die Literatur, aber ein handelndes Organ ist in mancher Hinsicht doch erwünscht.

V. Kulturgebiete.

Einer der beliebtesten Gründe oder Vorwände, mit denen die Bürokratie der Länder sich gegen die Reichsreform stemmt, ist die Behauptung, daß sie die Heimat und die Wahrer der echt deutschen Kultur seien; man stellt als Gegenbild England und insbesondere Frankreich auf, wo die Hauptstadt alles wirkliche Leben enthält und die Provinz nur vegetiert. An der Selbständigkeit der Länder soll die Mannigfaltigkeit deutschen Wesens hängen. Weimar! Frankfurt! Potsdam! München und Dresden! Hamburg, Bremen! Wo gäbe es so etwas im Ausland? Oder den Wettstreit zwischen Köln, Düsseldorf, Essen und Dortmund um die führende Stellung im rheinischen Geistes- und Kunstleben?

Seltsam! Immer die Städte! Nie hört man etwas von sächsischer oder hessischer oder bayerischer Kultur.

Wie sollte man auch?! Unsere Länder sind doch nur die Zufallsergebnisse dynastischen Strebens und decken sich weder mit Stammesgebieten noch mit wirtschaftlichen Bezirken. Schwaben und Pfälzer und Franken sind da mit den echten Bayern zusammengefaßt, und München und Nürnberg sind sich so fern wie Köln und Berlin; das einzige Land, das als geschlossener Kulturbezirk gelten mag, ist vielleicht der Freistaat Sachsen; und doch ist auch in ihm Leipzig etwas Eigenes.

Nein, die Mannigfaltigkeit der deutschen Kultur ruht nicht in den Ländern, sondern in den Städten, und deshalb sollten wir über den Schulen und unter den Ländern die Städte zu den eigentlichen Verwaltungsmittelpunkten des Schulwesens machen. Keine gesunde Regierung ist möglich, wenn nicht die Sorge und die Verantwortung für das wirtschaftliche Gedeihen damit verbunden ist; hier liegt die Grenze der Autonomie der einzelnen Schule. Kein Schulkörper kann ohne ein gewisses Maß politischer Stellungnahme, das Wort im weitesten Sinne gefaßt, bestehen — wieder eine solche Grenze! Kein Beamtenkörper kann ohne ein gewisses Maß von Aufsicht arbeiten, und Beamte werden unsere Lehrer auf absehbare Zeit sein; in der Stadt steht eine solche Aufsichtsbehörde noch in unmittelbarer, persönlicher Beziehung zu ihrem Bereich. Die Stadt ist auch wieder ein Gebiet besonderer Freizügigkeit in sich —, sie muß sich daher auch ein gewisses Maß von Einheitlichkeit ihrer Schulen sichern.

Kleine Städte von acht- oder zehntausend Einwohnern sind solchen Aufgaben nicht gewachsen; man wird eine Anzahl von ihnen mit ihrem Landgebiet zu Schulkreisen zusammenfassen können; ob sie sich mit den politischen Kreisen decken, ist eine Nebenfrage.

Für das Nebeneinander von staatlichen und städtischen Schulen ist kein Raum bei solcher Ordnung

der Dinge; es ist auch nicht zu sehen, welch Vorteil dabei herausgekommen wäre. Dies Nebeneinander besteht namentlich im höheren Schulwesen; hier ziehen die städtischen Schulen durch frühzeitige Anstellung, manchmal auch durch bessere Gehälter, die tüchtigsten Kräfte an sich; infolgedessen finden, trotz ihrer kümmerlichen verwaltungsrechtlichen Stellung, hier neue Ideen einen günstigeren Boden; daher sind die Staatsschulen im Durchschnitt gegenüber den städtischen ein beharrendes Element. Auch in der Organisation; sie haben das Kleinstadtgymnasium als einzige Schule eines Ortes am längsten erhalten.

In diesem Zusammenhang wäre vielleicht auch eine der umstrittensten Fragen unseres Schulwesens anzugreifen. Ganz versagt hat die Macht des Reichsministeriums bei der Aufgabe, ein Reichsschulgesetz zu schaffen, das über die Frage der Weltanschauung in den Schulen entscheidet; ein Entwurf nach dem anderen ist der Ablehnung verfallen. Hier möchte man wenigstens die Frage aufwerfen, ob sie überhaupt für das Reich einheitlich geregelt werden muß. Der konfessionelle Aufbau Deutschlands bietet Schwierigkeiten selbst für eine Regelung innerhalb der Länder; die zwei großen Bekenntnisgruppen sind in großen Teilen Deutschlands auch in ihnen noch stark zersplittert, und es bleibt immer noch die Frage, wieweit die „Weltanschauungsschule" in den großen Städten und in den Industriegebieten Anhänger finden würde, wenn sie freie Bahn hätte. Eine Regelung nach Bezirken, die sich besser mit den Bekenntnisgebieten deckten, etwa nach Städten und kleinen Landbezirken, wäre das, was den tatsächlichen Verhältnissen entspräche; die Reichsgesetzgebung brauchte dann nur diese Entscheidungsinstanz zu bestimmen.

Die Schule wird auf absehbare Zeit ein Gegenstand des öffentlichen Wesens sein; es wird sie vor Erstarrung bewahren, wenn die Macht von Staat, Stadt und Schule in dem Sinn verlagert wird, daß der Mittelpunkt des Handelns dahin kommt, wo er am unmittelbarsten mit dem Leben in Berührung bleibt, und wenn dabei doch alle berechtigten Ansprüche an einheitlicher Ordnung erfüllt werden. Eine solche Verlegung wird aber auch ein wichtiges Hindernis der allgemeinen Reichsreform beseitigen; Schulreform in diesem Sinne und Reichsreform gehören eng zusammen.

*

Bevölkerungspolitik und Wohlfahrtspflege

von Professor Dr. Dr. F. Köhler

Nachweislich hat der Geburtenrückgang in Deutschland schon mit dem Beginn des Jahrhunderts eingesetzt und sich fortgesetzt gesteigert. 1900 entfielen auf 1000 Lebende der Bevölkerung 36 Lebendgeburten, im Jahre 1913 nur 27, im Jahre 1929 nur 18. Das macht einen Geburtenabfall in den letzten 30 Jahren um 50 Prozent aus. Rein zahlenmäßig ist noch ein Anstieg der Bevölkerungsziffer nachzuweisen, was auf das erhebliche Absinken der Sterbeziffer zurückzuführen ist. Im Jahre 1845 entfielen auf 1000 Lebende 26 Sterbefälle, im Jahre 1929 nur 22,6. Die natürliche Folge davon ist eine erhebliche Steigerung der durchschnittlichen Lebensdauer. Diese wurde gegen Ende des vorigen Jahrhunderts auf 35,5 bis 37,2 berechnet. Heute beträgt sie 57,4 Jahre. Auch die von Professor Gottstein veröffentlichte Statistik über die Sterbefälle an Infektionskrankheiten legt ein beredtes Zeugnis ab für den großen Erfolg unserer gesamten gesundheitlichen Bestrebungen: 1881 starben bei uns von 100 000 Lebenden 2602 Menschen, im Jahre 1927 nur noch 1269. Dieser günstigen Wendung der Sterbeverhältnisse allein ist es zu verdanken, daß sich der Geburtenrückgang nicht restlos einer Katastrophe gleich auswirkt: Wurden doch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in dem knapp 33 Millionen Menschen bergenden Deutschland jährlich 1¼ Millionen Kinder geboren, während die Geburtenzahl heute bei 63 Millionen Bürgern des Deutschen Reiches nur noch 1 116 000 beträgt. Die Sterblichkeit der Kinder hat gegen früher allerdings sehr erheblich abgenommen.

Im Gesamtergebnis kommen wir zu der Feststellung, daß gegenwärtig die Zahl der Neugeborenen sehr stark abnimmt, die Zahl der Alten beträchtlich zunimmt. Der bekannte Bevölkerungsstatistiker Burgdörfer berechnet, daß wir in 50 Jahren ungefähr ebensoviel Alte über 65 Jahre in Deutschland zählen werden wie Kinder unter 15 Jahren. Professor Hermann Muckermann, der Leiter des Instituts für Eugenik in Berlin-Dahlem, weist darauf hin, daß diese Sachlage für die Tragbarkeit der sozialen Altersversorgung sehr trübe Aussichten eröffnet. Die Schwierigkeiten türmen sich um so mehr auf, je furchtbarer sich die Arbeitslosigkeit in allen Schichten der Bevölkerung auswirkt. 2 Millionen Menschen des schaffensfreudigsten Alters hat uns der Krieg genommen, schwerste wirtschaftliche Schäden sind durch ihn verursacht worden und damit das Unheil der Arbeitslosigkeit. Wäre das nicht geschehen und erfreute sich Deutschland der Blüte in Handel und Gewerbe, wie es vor dem Kriege der Fall war,

dann hätte auch die nun ausgefallene Zahl der Kinder unserer auf dem Felde der Ehre gebliebenen Kriegsteilnehmer sicher nicht mit so trüben Zukunftsaussichten zu rechnen brauchen, wie sie der heutigen Generation angesichts eines erdrückenden Elends der Arbeitslosigkeit in wirtschaftlicher Notzeit vor Augen stehen.

Die Bevölkerungspolitiker lassen sonst keinen Zweifel darüber, daß mit steigendem Einkommen im allgemeinen die Kinderzahl abnimmt. Die Unfruchtbarkeit machte sich zuerst und am deutlichsten kund in den wirtschaftlich gutgestellten Kreisen. Nach den Angaben von Dr. Struve, Kiel, ist freilich schon zu beobachten, daß z. B. in Berlin es ausschließlich Arbeiterviertel sind, die die geringste Geburtenhäufigkeit darbieten. Bisher verdankte Deutschland den Bauern, Arbeitern und Handwerkern, daß der Geburtenabfall nicht noch wesentlich ausgiebiger sich gestaltete. Es steht zu erwarten, daß die Geburtenzahl in den Arbeiterkreisen nunmehr weiter fortschreitet in der Abnahme; das gleiche gilt für die bessergestellten Kreise. Liegt auch die Geburtenziffer für die Landbevölkerung gegenwärtig noch verhältnismäßig günstiger, so dürfte auch hier mit einer Wendung zur Geburtenbeschränkung bald zu rechnen sein. Bisher konnte noch das Land als die „Wiege des Volkes" bezeichnet werden.

Der Kernpunkt des Uebels liegt in zwei wichtigen Umständen. Der Verzicht der Eheleute auf Familienbildung bedeutet ohne Zweifel eine höchst beklagenswerte Verarmung des wirklichen, ethisch unterbauten Eheglückes. Anderseits schwebt über den nach Kindern sich sehnenden Ehegatten der Druck der so verzweifelten wirtschaftlichen Verhältnisse, die das Aufziehen- und Ernährenkönnen des Nachwuchses in Frage stellen, nicht minder die Zukunftsaussichten der Kinder so dunkel erscheinen lassen, daß für eine Geburtenfreudigkeit die geeigneten Voraussetzungen genommen sind. Anderseits sollte man freilich mit der Verewigung der Arbeitslosigkeit, die man durch vermehrte Kinderzahl nur zu steigern fürchtet, nicht so leicht bei der Hand sein, da sich mit den Jahren vieles ändern kann.

Volkswirtschaftlich muß die Geburtenabnahme unter gleichzeitiger starker Vermehrung der Alten infolge Senkung der Sterbeziffer als durchaus unerwünscht für die Erhaltung der Volkskraft bezeichnet werden. Zweitens ist der Gesichtspunkt der Qualität der Bevölkerung, der sowohl den Vererbungstheoretikern als auch den Volkswirtschaftlern besondere Aufmerksamkeit abnötigt. Nicht die bloße Zahl der Geburten erfüllt die leistungsfähige Trägerschaft eines Volkes, sondern die möglichst hochwertige Eigenschaft an Gesundheit und an moralischer Kernfestigkeit bei den Geborenen. Minderwertige vermehren nur das Heer der Fürsorgebedürftigen. Erschreckend

hoch ist die Zahl der Alkoholiker, der Geschlechtskranken, der Geisteskranken und Epileptiker, der Psychopathen und Idioten, der erblich Blinden und Taubstummen. Wie trübe ist das Bild in den Fürsorgeerziehungsanstalten für Minderjährige: Auf diese schwere Wunde am Volkskörper weisen immer wieder die Darlegungen und so überaus wertvollen statistischen Erhebungen Muckermanns hin, mit dem ernsten, unwiderleglichen Nachweis, daß in allen diesen Fällen das traurige, mit logischer Folgerichtigkeit und Unerbittlichkeit sich vollziehende Vererbungsschicksal in das Elend der Familien wie des einzelnen Krankheitsträgers hineinspielt.

Es betrug im Jahre 1928 die Zahl der in den Anstalten für Geisteskranke, Epileptiker, Idioten Untergebrachten 290 045, die Zahl der Pflegetage 54 178 514. Rechnet man — nach dem Kostenansatz der Rheinprovinz und Niederschlesien — 3,43 RM. pro Tag, so ergibt sich die ungeheure Zahl von 185 832 303 RM. Muckermann berechnet, daß bei achtjähriger Schulzeit ein Taubstummer 19 972 RM., ein Blinder 25 959 Reichsmark kostet. Dazu kommen dann Kosten für die Berufsausbildung für mindestens vier Jahre. Ein Volksschüler erfordert 120 bis 150 RM., ein Hilfsschüler 250 RM., ein Anstaltskind aber 900 RM.! Die Kosten der Fürsorgeerziehung Minderjähriger haben im Jahre 1930 allein für das Rheinland einen Aufwand von über 13 000 000 RM. erfordert. Der Ausblick auf die für ausgesprochen Minderwertige aufgebrachten Beträge ließe sich noch erweitern durch Statistiken über die Alkoholiker in Anstalten, über die Krüppel usw. Die aufgeführten Zahlen mögen genügen, um zu zeigen, wie beängstigend der Aufwand sich aufdrängt für die beruhigende Lösung der Frage, welche Mittel uns dann noch für gesunde Familien zur Verfügung stehen, denen durch Arbeitslosigkeit der Ruin droht. So hart es uns ankommen mag, man wird angesichts der Not der Gegenwart die Stimmen verstehen können, und würdigen müssen, die sich für die Forderung erheben, daß die zur Verfügung stehenden Mittel in erster Linie für vorbeugende Fürsorge verwendet werden sollen und dann erst für Menschen, die man nie mehr für Arbeit und Leben zurückgewinnen kann, für die es also nur darauf ankommt, daß sie auf menschenwürdige Art bis zu ihrem Tode erhalten werden.

Nach mannigfacher Richtung hin haben wir nachweislich gewiß bereits gelernt, richtige, fruchtbare, weitsichtige Vorsorge zu treiben. Man denke an den gewaltigen Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit, an die tatsächliche Rettung und Wiederherstellung sehr zahlreicher Tuberkuloseerkrankter bis zur vollwertigen Arbeitsfähigkeit! Man vergegenwärtige sich, was es heißt, daß die Säuglingssterblichkeit von 25 bis 35 Prozent vor 30 Jahren auf 10 Prozent in der Gegenwart abgefallen ist. Aber die ungehemmte Fort-

pflanzung ausgesprochen wurmstichiger Erbkranker, von denen nur ein minderwertiger Nachwuchs in körperlicher oder moralischer Beziehung zu erwarten steht, liegt keinesfalls in der Richtlinie der Erstarkung und Förderung der Nation. Hier erhöht die zahlenmäßige Steigerung nur die Belastung der Gesellschaft und verschlingt die Mittel, deren ein arm gewordenes Volk zur Aufrechterhaltung der lebenskräftigen und wirtschaftlich brauchbaren Elemente mit vollwertigem Erbgut unbedingt bedarf.

Dieser Gesichtspunkt ist für die Regelung der Wohlfahrtspflege und für eine gesunde Bevölkerungspolitik nachdrücklich zu betonen. Die erbgesunde Familie ist der Träger des Volkes der Zukunft. Für die Erhaltung und Pflege dieses gesunden Erbstromes zu sorgen, ist die Aufgabe des Staates in erster Linie, die ihm in dem Problem Bevölkerungspolitik und Wohlfahrtspflege gestellt ist. Allein kann der Staat die Lösung nicht herbeiführen. Aber sein Anteil an dem Unternehmen ist groß, und er bedarf der Unterstützung und eines guten Willens von seiten jedes ernsten pflichtbewußten Bürgers.

*

Inland und Ausland

Bücher- und Zeitschriftenschau

I.

Ein junger Auslanddeutscher, Klaus Mehnert, dem die Adoptivheimat Rußland durch enge Freundschaft mit jungen, tatkräftigen Kommunisten der verschiedensten Berufe von neuem brennendes Erlebnis wurde, hat in einem schmalen, aber gehaltreichen Bande von dem Leben und Streben der dortigen Jugend erzählt (Die Jugend in Sowjet-Rußland. S. Fischer, Verlag, Berlin 1932). Wenn er an die Stelle eines Vorworts die lapidare Tatsache stellt, daß in der Sowjet-Union hundert Millionen Menschen unter fünfundzwanzig Jahren leben, so verstehen wir vollauf die Bedeutung dieses Satzes und gehen mit ihm in der Berechtigung nicht bloß eines solchen Buches, nein, in der Notwendigkeit völlig einig. Natürlich darf uns der Bolschewismus nicht lediglich ein theoretisches Problem bleiben, die Annahme, daß wir mit ihm in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sehr wesentlich zu rechnen haben werden, ist fraglos mehr als bloße Wahrscheinlichkeitsrechnung. Aber gerade wenn wir in ihm den entschlossensten Versuch einer Neuordnung des wirtschaftlichen, sozialen und persönlichen Lebens sehen, uns selbst aber noch in der Liquidation alter Anschauungen und Maßstäbe glauben, sollte man dann nicht geradezu verpflichtet sein, die Einrichtungen des großen Nachbarn, zumal sie uns mit einem fast verdächtig lauten Enthusiasmus angepriesen werden, besonders scharf unter die Lupe zu nehmen? Denn welchen Zweck sollte es anders haben, eine immerhin als fahrbar erwiesene Bahn zu verlassen, wenn die neue nur allzubald als gefahrdrohender Sommerweg erkannt würde? Nun soll ein Autor seine Objektivität gewiß nicht im vorhinein erhärten — aber dürfen wir gläubig hinnehmen, daß er weder pro noch contra die Sowjetunion sei, wenn er selbst ausdrücklich feststellt, daß man von einem jungen Deutschen, der das Schicksal seines Volkes als das seinige empfinde, der leidenschaftlich nach den Gründen der heutigen Not, den Möglichkeiten eines morgigen Aufstiegs forsche, der den Bolschewismus nicht nach den Begriffen Gut und Böse messe, sondern diese Frage als für uns unwesentlich ansehe, daß man von solchem Verfasser also keine Objektivität zu erwarten habe. Mehnert bewährt denn auch in Wahrheit eine wohlwollende Neutralität seinem Thema gegenüber, und diese auch in seiner Eigenschaft als Leiter der Zeitschrift „Osteuropa" befolgte Einstellung ist es wohl, die Paul Berkenkopf bemängelt, wenn er (Zur Lage der Sowjetwirtschaft, Schmollers Jahrbuch, 56. Jahrgang, 2. Heft) statt kritischer Aufklärung hier eher ein Nachlassen fördernden Urteilswillens feststellt. Hat man aber Mehnerts Vorbehalt nicht überlesen, ist kein Anlaß, gegen sein Buch ähnliche Einwendungen zu machen; überdies weiß man dann um so bestimmter, daß seine Ausstellungen, wo er sie erhebt, nicht unberechtigt sind.

Und nun zu der Frage der sogenannten roten Kindererziehung, die uns hier interessieren soll. Die „Süddeutschen Monatshefte" hatten ihr jüngst (April) ein ganzes Heft gewidmet. Mehnert hat 400 verschiedene sowjetrussische Zeitschriften katalo-

gisiert gefunden, darunter eine bedeutende Zahl spezifischer Jugendschriften mit millionenstarker Auflagenhöhe. Auch daß sie geradezu gierig verschlungen werden, weiß er zu berichten, obwohl er sich und uns eingestehen muß, daß er das Interesse der Jugend an der darin festgelegten Gleichförmigkeit sich kaum klarzumachen wisse. Oder doch: „Die russische Jugend ist in der schwierigen Situation, daß die Ansichten über die wichtigsten Fragen des Lebens in ausgefahrenen Gleisen laufen. Diese Gleise werden nur Stück für Stück gelegt, man fährt auf ihnen, soweit man kann, und wartet dann ab, bis eine Fortsetzung gebaut wird." Das sprechendste Beispiel dafür scheint die bedeutendste unter den Zeitschriften der Jugend, „Die Junge Garde" zu sein: „Deutlicher als irgendwo sonst kommt hier die erschreckende und doch grandiose Einseitigkeit des geistigen Lebens in Rußland zum Ausdruck... Unter den fast 2000 Seiten (eines Jahrgangs) ist auch nicht eine einzige, auf der man sich von der Spannung des politischen und wirtschaftlichen Lebens nur für einen Augenblick ausruhen könnte... Die meisten der hitzig diskutierten Probleme muten uns fremd und unwesentlich an." Nichtsdestoweniger ist es der bolschewistischen Propaganda nur zu glänzend gelungen, auch jenseits der Grenzen ihres Landes die Kinder in den Klassenkampf hineinzuziehen und ihre aktive Teilnahme daran zur Grundlage ihrer Erziehung zu machen. Heute hat es die Rührigkeit des Moskauer Exekutivkomitees zuwege gebracht, die „Internationale Kommunistische Jugend" in allen europäischen Ländern heimisch zu machen, und daneben steht nicht minder fest die Weltorganisation der „Roten Pioniere". Wie diese in Deutschland filialisiert sind, mag die Darstellung belegen, die quellenmäßig exakt Margarete Diederichs von den „Roten Jungpionieren" Deutschlands gegeben hat:

„Bemerkenswert ist, daß von nun an auch die 6- bis 10jährigen planmäßig in die Bewegung hineingezogen werden sollen. Man hat für sie neben den schon bestehenden Gruppen der 10- bis 14jährigen, deren Gesamtheit also jetzt ‚Rote Jungpioniere' heißt, eigene Abteilungen geschaffen, die unter dem Namen ‚Rote Jungschar' zusammengefaßt werden. Die ‚Rote Jungschar' stellt den Nachwuchs der ‚Jungpioniere' dar; die Hauptaufgabe ihrer Leiter liegt auf unterhaltendem und erzieherischem Gebiet; die Arbeit in den Abteilungen muß von der unter den Pionieren grundlegend geschieden werden.

Aber auch die letzte zeigt den Einfluß der jüngsten Erkenntnisse. Die bisherige starre Schematik wird scharf verurteilt, und ausdrücklich wird für die Zukunft der Gruppentätigkeit eine Verbindung zwischen Klassenkampferziehung und allgemeiner Bildungsarbeit und Unterhaltung gefordert. Das Alter, die Bedürfnisse, Fähigkeiten und Interessen der Kinder sollen stärker als bisher Berücksichtigung finden, und ihrethalben sind ‚die verschiedensten Methoden, wie Spiel, Sport, Wandern, Basteln, Singen usw. als Mittel zum Zweck proletarischer Erziehung' anzuwenden. Den jeweiligen Neigungen entsprechend bildet jede Pionierabteilung besondere ‚Zirkel', zu denen stets Indifferente, Nicht-Pioniere, hinzugezogen werden sollen. An sich ist eine solche Zirkelarbeit, die von den deutschen Kommunisten in Anlehnung an russische Methoden eingeführt wurde, ja kein neuer Gedanke; sie hat ihre außerordentliche propagandistische und pädagogische Eignung z. B.

bei den Arbeitsgruppen der ‚Schweizer Kameraden' bewiesen. Und so ist es nicht weiter erstaunlich, daß sie nach einem Bericht der Zeitschrift ‚Immer bereit' vom April 1931 auch ‚bei den Arbeiterkindern großen Anklang findet'. Verschiedenen Pressenotizen der Partei zufolge gibt es bereits eine ganze Menge dieser Interessengemeinschaften — Musik-, Tambour-, Theater-, Agitprop-, Redaktions-, Zeichner-, Sprachen-, Fahrtenführer-, Samariter-, Militär- und andere Zirkel. Ein einheitlicher Gesichtspunkt und ein gemeinsames Ziel verbinden diese Gruppen, die zwar zu Werbezwecken unentbehrlich sind — sonst aber in ihrer inneren Bedeutung nur als Ergänzung der eigentlichen Pionierabteilungen gelten.

Die Pionierabteilung bildet die organisatorische Grundeinheit der ‚Roten Jungpioniere'. (Die Schulzellen wurden wieder abgeschafft.) Ihre Hauptaufgaben sind nach wie vor: Klassenkampfschulung, Solidaritätserziehung und Vorbereitung zum Uebertritt in den K.J.V. Gemeinsame Veranstaltungen aller Art, wie Spiel-, Unterhaltungs- oder Schulungsnachmittage, politische Erzählungen, Wanderungen, feierliche Aufnahme neuer Pioniere sollen planmäßig eine Vereinigung der einzelnen Abteilungen und eine Ablösung ihrer täglichen Arbeit bringen. Wesentlich für die revolutionäre Erziehung sind das Pioniergelöbnis der Neueintretenden, die Pflege der Pioniergebote und des Pioniergrußes und das Tragen der Pionierabzeichen und des Pioniertuches durch alle Jungpioniere und durch die ‚Rote Jungschar'. Die Pionierleiter und -helfer müssen bei Einführung und Anwendung der Pionierbräuche und -sitten die Vorbilder sein.

Bevor der neuaufgenommene rote Jungpionier sein Mitgliedsbuch und das rote Pioniertuch erhält, gibt er vor der Abteilung sein feierliches Versprechen ab:

‚Ich junger Pionier verspreche feierlich vor meinen Genossen, daß ich:

1. fest für die Sache der Arbeiterklasse im Kampfe um die Befreiung der Arbeiter und Bauern sowie der unterdrückten Völker der ganzen Welt eintreten und
2. daß ich ehrlich und unerschütterlich das Vermächtnis Lenins, die Gesetze und Bestimmungen der jungen Pioniere einhalten werde.'

Die Gebote der Roten Jungpioniere haben, nach mehrfacher Aenderung im Laufe der vergangenen Jahre, in der Broschüre ‚Kampf um die Massen' folgenden Wortlaut:

‚1. Der Pionier ist für die Sache der Arbeiterklasse immer bereit.
2. Der Pionier ist der jüngere Bruder und Genosse der erwachsenen und jugendlichen Kommunisten.
3. Der Pionier ist ein Feind der nationalen Hetze. Er kämpft für das internationale Bündnis der Arbeiter- und Bauernmassen.
4. Der Pionier ist überall dort, wo Arbeiterkinder sind und arbeitet im Interesse der Roten Jungpioniere.
5. Der Pionier kämpft mit seinen Eltern für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

6. Der Pionier gewinnt alle Arbeiterkinder zum Kampf gegen Kinderelend und -ausbeutung.
7. Der Pionier gewinnt die Arbeiterkinder aus den christlichen, faschistischen und sozialdemokratischen Kinderorganisationen für die Roten Jungpioniere.
8. Der Pionier hilft die Sowjetunion gegen ihre Feinde schützen und verteidigen. Er macht alle Arbeiterkinder mit dem Vaterland aller Werktätigen und seiner Bedeutung für die Arbeiterklasse in allen Ländern bekannt.

Gebräuche der Roten Jungpioniere:

1. Der Pionier lernt die Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer großen Führer.
2. Der Pionier meidet Alkohol und Nikotin.
3. Der Pionier stählt seinen Körper durch Sport und Spiel.
4. Der Pionier ordnet seine persönlichen Interessen der gesamten Arbeit der Pionierorganisation unter.
5. Der Pionier ist seinen Genossen und Eltern gegenüber stets hilfsbereit und zeigt durch seine Arbeit und proletarische Disziplin allen Arbeiterkindern, wie ein Pionier arbeiten und kämpfen muß.'

Gegenüber allen anderen proletarischen Kinderorganisationen, gegenüber allen proletarischen Kindern spielt die Pionierorganisation eine führende Rolle, die darin besteht, daß alle Kinder in den Kampf unter den von der Partei, dem K.J.V.D. und der Pionierorganisation aufgestellten Losungen hineingezogen, daß die Arbeitsformen und Methoden der Pioniere in andere proletarische Kinderorganisationen hineingetragen... werden.' Im einzelnen ist dabei hauptsächlich an die Kindergruppen der proletarischen Vereine, wie J.A.H., R.G.O. (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition), Rote Hilfe, Freidenker, ‚Rot-Sport', ‚Fichte', Ifa (Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur), Rote Landarbeiterverbände) u. a. gedacht. Die Fraktionen der K.P.D. und des K.J.V.D. sollen versuchen, die in diesen Organisationen fast ausschließlich betriebene ‚Kultur- und Bildungsarbeit' im Sinne revolutionärer Erziehung zu vertiefen. Sie sollen alle Kinderabteilungen in den politischen und wirtschaftlichen Kampf einbeziehen und zu gemeinsamen Aktionen veranlassen.

Eine dauernde ideologische Werbetätigkeit unter den Eltern der in den proletarischen Massenorganisationen erfaßten Kinder und unter den Massen in den Betrieben, woran sich auch die Pioniere mit Spieltruppen und sonstigen Propagandamitteln zu beteiligen haben, soll mit den übrigen Bemühungen Hand in Hand gehen. Endlich sind Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung des Verbandes der Jungpioniere, in Form monatlicher oder vierteljährlicher Sonderbeiträge, Patenschaft einzelner Betriebe über Pionierabteilungen, Errichtung von Pionierklubs in den Betrieben usw., alles nach russischem Muster, vorgesehen. Der 1. deutsche Arbeiterkinderklub entstand laut ‚Trommel' vom Dezember 1930 um diese Zeit im proletarischen Nordosten Berlins. Ein früheres Kino, das man mietete, gab den Raum ab. Unter der Anleitung erwerbsloser Genossen schufen ihn die Kinder selbst zu drei Abteilungen um: in ein Lese- und zwei Bastelzimmer — das eine für Papp- und das andere für Metall- und Holzarbeiten.

Natürlich besitzt der Klub, der den Namen ‚Lenin' trägt, auch die allen Gruppenheimen empfohlene ‚Kulturecke' mit einer Leninbüste, roten Fahnen usw. Nach der ‚Roten Fahne' vom 7. Januar 1931 hielt u. a. eine russische Genossin im Klub ‚Lenin' ein Referat über ‚Ehereform in der Sowjetunion'.

Die Roten Jungpioniere müssen pflichtmäßig den Schulkampf und den Kampf gegen Kinderausbeutung führen, und auch für alle übrigen proletarischen Kinderorganisationen erstrebt man die gesetzliche Teilnahme an diesen revolutionären Aufgaben. Die Kampfgebiete begünstigen schon an sich ein unauffälliges Erfassen der durch sie irgendwie Berührten; es soll daher gerade dort eine besonders eifrige Werbearbeit einsetzen. Diese Werbearbeit wird aufs genaueste kennen müssen, wer ihr tatkräftig begegnen will. Denn bei aller Anerkennung der hier lagernden Ideologien — praktisch kann es sich auch hierbei nur um eine systemstrenge Methode, sich selbst großzuhungern handeln (wie der amerikanische Journalist Knickerbocker den Fünfjahresplan umschrieben hat), und davor gerade die kommende Generation zu bewahren, muß unsere vornehmste Aufgabe sein." Walter Heynen.

*

Besprechungen

Theater

Berliner Theater.

Wenn in diesen Blättern von Monat zu Monat das Theater Berlins betrachtet wird, so geschieht es ja nicht nur deswegen, weil etwa Berlin als Theaterstadt so besonders großartig oder vorbildlich wäre; vielmehr mußte es, und in den letzten Monaten mehr und mehr, oft genug ausgesprochen werden, daß die versinkende Theaterkultur Berlins längst schon eigentlich abgegeben war an die führenden Bühnen im Reich. Von einem dieser maßgebenden Kulturtheater im Reich, an exponierter Stelle gegründet, ist in diesen Tagen in schmerzlichstem Sinne viel gesprochen worden: das „Düsseldorfer Schauspielhaus" hat seine Gründerin und Führerin, hat Louise Dumont durch den Tod verloren; in dem Augenblick, da eine lebensverändernde Umgestaltung mit dem Theater abgeschlossen werden sollte, das enger an Köln gebunden werden mußte, weil Düsseldorf diese hervorragende Privatbühne nicht festzuhalten vermochte. Ein Theater mit einer Ueberlieferung von über 25 Jahren!

Als im Herbst 1905 das Schauspielhaus in Düsseldorf eröffnet wurde — in einer Tradition, die das Werk von Immermanns „Musterbühne" einschließt —, da hatte Louise Dumont den Höhepunkt ihrer Theaterlaufbahn erreicht. Anfänge in Berlin, Werdezeit an Provinzbühnen, Uebergangsjahre in Berlin und Wien lagen hinter ihr, als sie in Stuttgart zur Reife kam und dort ihr Herz und ihren Geist an Ibsen entzündete. So geworden und gewachsen erschien sie 1897 in Berlin, unvergessen durch die großen Gestaltungen: Hedda Gabler, Rebekka West, Irene und die Reihe so fort. Im Bunde mit Friedrich Kayßler und Max Reinhardt hat sie dann das Theater „Schall und Rauch" in Berlin begründet.

Aber sie blieb nicht in Berlin, nicht bei Brahm, nicht bei Reinhardt. Sie ging mit ihrem Gatten Gustav Lindemann an den Rhein und schuf dort im Industrie-Westen das einmalige Kulturwerk ihres Theaters. Sie hatte dafür die Mischung bluthaften Künstlertums und heller Intelligenz, von Rausch und Geist, von Traum und Verstand, wie es bei Frauen innerhalb der Theaterkunst so selten ist. Ihr Privattheater wird in Düsseldorf sehr bald eine Stätte, an der Klassiker und Lebende mit gleicher Liebe gepflegt werden; wo eine damals vorbildliche Haus-Theaterzeitschrift „Masken" die Arbeit der Bühne in das Publikum hineinbegleitet; wo in literarischen Morgenfeiern für den neuen Autor Erstaunliches geleistet wird; wo eine Schauspielschule dafür sorgt, daß der Nachwuchs, über Handwerkliches hinaus, erzogen wird zur Demut und Ehrfurcht vor dem Wort und dem Geist und dem Wunder der Dichtung.

Man hat, als das Düsseldorfer Schauspielhaus 1930 jubilierte, in der Festschrift darauf hingewiesen, daß der Weg, der einst eine via triumphalis war, in den letzten Jahren allgemeiner Not und ableitender Theaterschätzung oft eine via dolorosa gewesen ist. Louise Dumont hat, im Bunde mit Gustav Lindemann, mit allen Kräften des Geistes und des Körpers standgehalten, bis nach der verzehrenden Arbeit dieses Notwinters, dem sie für ihr Schauspielhaus den Torquato Tasso und beide Teile Faust in vorbildlichen, Muster bleibenden Inszenierungen abrang, und nach aufreibenden Verhandlungen um das Werden ihrer großgeschauten Pläne eine Lungenentzündung dem Herzen der Siebzigjährigen zuviel zumutete ...

Was in Berlin beschämenderweise nicht möglich war: eine Inszenierung der beiden Teile des „Faust", war in Düsseldorf als letzte Arbeit von Louise Dumont ein großer, ein Serien-Erfolg. Was aber diese Bühne für die jungen Dichter geleistet hat (von denen mancher, wie Herbert Eulenberg oder Hans Franck, dort als Dramaturg tätig gewesen ist), geht an einem Beispiel deutlich hervor: eine so starke dichterische Kraft wie E. G. Kolbenheyer (den keine Berliner Bühne spielt!) wäre noch heute als Dramatiker so gut wie unbekannt, hätte Louise Dumont nicht sein Werk mit aller Liebe und Energie von ihrer Bühne herab spielen lassen.

Über dem „Deutschen Theater am Rhein", der Schöpfung Louise Dumonts, darf mit ihrem Tode der Vorhang nicht fallen. Aber daß eine Epoche abgeschlossen ist, die von ihrem hinreißenden Temperament und ihrem scharfen Verstand bestimmt war, das müssen wir beim Hingang dieser großen, dieser einmaligen Frau der deutschen Theaterkunst schmerzlich erkennen. ...

*

Die Krise am Staats-Theater scheint sich in Permanenz erklären zu wollen. Tietjen holt sich allenthalben Körbe. Er hat zwar die Presse um Vorschläge gebeten; aber wenn sie ihm Leute vorschlägt, so — — verhandelt er nicht mit ihnen. Etwa: Richard Weichert; man tut so, als höre man schwer; man übergeht jede öffentliche oder private Nennung seines Namens. Wie beinahe ulkig die Angelegenheit sich auswirkt, ersieht man daraus: das Staatliche Schauspielhaus hat weder einen Intendanten noch einen Dramaturgen, wohl aber — — den Spielplan für 1932/33. Sollten wir es erleben, daß wirklich der eine oder der andere Posten oder gar beide noch besetzt werden, dann sind die Männer an das gebunden, was jetzt festgelegt worden ist; und zwar

ein Spielplan, dem man deutlich die Orientierung nach den Rollenwünschen der beiden Prominenten ansieht, die ans Staatstheater erneut verpflichtet wurden: Werner Krauß und Rudolf Forster, also etwa: „Nathan" und „Richard II.". Nun weiß man ja, was von solchen Versprechungen am Theater zu halten ist. Man nimmt immer den Mund sehr voll. Das Staats-Theater hatte vor Jahresfrist schon für den Winter 1932/33 „eine konsequente Pflege der Werke Shakespeares" verkündet. Ergebnis: ein Shakespeare für 1932/33. Jetzt wird weiter angekündigt: „Die Absicht des Staats-Theaters ist auf Ensemblebildung gerichtet". Als ob sich das nicht von selbst verstände als oberste Pflicht einer mit soviel Zuschüssen und Beamten gesegneten Bühne! Daß aber das Staats-Theater diese Versicherung, es werde nun mit dieser Pflicht ernst machen, abzugeben für nötig hält, beweist überaus schlagend, wo dieses Institut heute steht.

Eine neue Klassiker-Inszenierung hat Leopold Jeßner am Schiller-Theater mit den „Räubern" geschaffen. Im ersten Teil wirklich Schiller, im zweiten mehr Jeßner. Aber doch: Pathos, Leidenschaft, vor allem bei Walter Frank (Karl Moor). Besonders interessant der Franz des jungen Bernhard Minetti: keine rote Perücke, immer noch Kavalier, aber ein rationaler schlechter Kerl. Sehr ausdrucksstark und in der Haltung bis zu Ende durchgeführt. Gar zu gern jedoch protestiert Jeßner an irgendeiner Stelle seiner Inszenierungen gegen das, was man bisher machte. Bei Reinhardt ergab die Roller-Szene das bekannte Furioso. Also läßt Jeßner sie im Pianissimo verlaufen: man kommt langsam und legt sich lautlos hin. Ich denke: zwischen dem einen und dem andern gibts noch allerhand Zwischen-Möglichkeiten. Indes ist dieser Wille bezeichnend für die ganze Aufführung: sie hatte kein Spiel, es wurde eigentlich nur gesprochen, eine Inszenierung ganz aufs Wort gestellt; sie brachte einen Erfolg und dankbare Aufnahme im Publikum.

Unter den Ankündigungen der Intendanz stand vor Jahresfrist: Wedekinds „Herakles"; offenbar hatte man ihn eingetauscht gegen den „Liebestrank". Diese Komödie inszenierte Fehling, der sonst die Zeitlupe als sein Instrument handhabt, jetzt mit dem Zeitraffer rasendes Tempo jagt. Alles ein grotesker Ulk, wie wahrscheinlich Wedekind ihn gar nicht gemeint hat. Im Wirbel hetzen George, die Mannheim, Bildt sich ab, und Wäscher ergänzt mit Halb-Würde wie die Koppenhöfer auch.

Aus diesem unerheblich gewordenen Staats-Theater ist Dr. Adam Kuckhoff, kürzlich noch sein Dramaturg von ministerlicher Freundschaft wegen, ausgezogen und hat sein eigenes Theater aufgemacht: im „Theater am Schiffbauerdamm" bringt er ein Stück zur Uraufführung, das in dem (gottlob eingeschlafenen) Studio des Staats-Theaters herauskommen sollte: „Die Hoffnung des Wolfgang Binder", von Wolf Ulrich Hasse. Grotesk die Tatsache, daß einige fünfzig geistige Leute, genannt Theaterkritiker, sich damit abgeben, diesen Quark anzusehen, ihn ernst nehmen, ihre Blätter damit bemühen, mit einem Aufwand, der durch gar nichts gerechtfertigt ist. Man tut so, als sei dieser Hasse ein „Autor". Oberprima einer Mittelstadt. Einer der Jungens wird im Wald von seinem Lehrer mit einem Mädel erwischt; nicht bloß so, sondern mit sehr ausführlichen Details. Der Oberstudienrat begnügt sich mit Ermahnungen. Ein anderer aber hat in seinem Aufsatz (ausgerechnet!) seine erotischen Erlebnisse mit einem Klassengenossen ausgepackt; der „fliegt" natürlich, obwohl er ein anständiger, harm-

loser Kerl ist, obwohl ein Lehrer mit Verständnis für den Verführten sich einsetzt; der Verführer aber, ein unsympathischer Weichling, darf bleiben, für ihn interessiert sich der Oberstudienrat, der Junge bekommt von Mutti eine Laute. So gut ist die Welt. Der Titel-Wolfgang hat zwei Jahre dem Glück der beiden Jungen zugesehen und sich gezügelt, nun entschwinden ihm beide Knaben, und da er Mai, Flieder, Tanz, Mädchen für Kitsch erklärt, trifft er die talentvolle Lösung, sich zu erschießen; nicht ohne vorher den dichterischen Satz gesprochen zu haben: „Die Kunst hat die Fresse zu halten, wenn das nackte Leben auf die Bretter kommt." Besser wäre es gewesen, wenn sie, um mit seinem Jargon zu reden, der Verfasser gehalten hätte. Etwas Unappetitlicheres, Roheres, Platteres kann man sich nicht leicht denken. Wo sich das Problem der Knaben-Liebe anbietet, hat das Leben „die Fresse zu halten" und die Kunst auf die Bretter zu kommen! Mit der Wirklichkeit hat das Ganze in seiner Lebens-Ungültigkeit nichts zu tun. Kuckhoff ist viel zu schade für solche Sachen, auf die er mit Peter Elsholtz und Peter Wolff (die man beide schon viel besser gesehen hat) ungemein viel Mühe verwandt hat. Es gibt wirklich Talente, die einer Theaterförderung wert sind. Das hier ist Wichtigtuerei des Unvermögens und der Unverfrorenheit. So ist dem Theater bestimmt nicht zu helfen!

Auch das Kollektiv „Theater der Schauspieler" unter Leo Reuß und Fritz Genschow hatte (wohl verdientes) Pech. Nach der unglücklichen „Maria Stuart" bringen sie als Uraufführung: „Haifische", von Theodor Plivier (im Theater in der Stresemannstraße). Witz der Sache: eine Kneipen-Mama in Süd-Amerika verkauft ihre Hochzeitsgäste, einschließlich den eben angetrauten Mann, nachdem sie völlig betrunken sind, an ein Guanoschiff. Breit ausgewalzt, Latrinen-Comment, überzogen mit Ziehharmonika-Stimmung. Langweilig und grob, dürftig und plump. Unter Lindtbergs dehnender Regie bringen nur Paul Kemp einen leisen Ton weichen Humors und Hermann Speelmanns wirksame Drastik hinein. Alles andere bleibt kümmerlich im Unvermögen des Autors hängen, der schon mit „Des Kaisers Kulis" seine erschreckende, aber arrogante Talentlosigkeit für die Bühne bewiesen hat und nun abermals versagte. Auch ein Kollektiv muß einen gebildeten Dramaturgen haben.

Daß den meisten Autoren wenig einfällt, zeigt sich immer wieder. Sie greifen dann in den dramatischen Fundus und „erneuern". So Felix Joachimson, der Bearbeiter der Freytagschen „Journalisten". Man hat diese ummontierten „Journalisten", die im Deutschen Theater einen sehr großen Publikums-Erfolg hatten, in der Presse, teilweise grob und finster, abgelehnt. Warum? Weil man einen „Klassiker", das „klassische deutsche Lustspiel" geschändet glaubte. Ganz falsch! Freytags Lustspiel ist eine nette und anständige Komödie gewesen, ohne dichterische Tiefe, angenehme Schriftsteller-Arbeit und — — heute leicht angestaubt. Man *darf* sie erneuern. Nur: dem Bearbeiter hätte mehr einfallen müssen. Freytags feinen Humor ruiniert Joachimson ins Derbe, er vergröbert. Die Zeit von 1852 wird auf 1897 hinaufdatiert. Man ist in Potsdam und Berlin. Bolz wird zum Bürgermeister von Potsdam gewählt, lehnt aber ab, weil er nicht Bürgermeister sein, sondern machen will, bleibt also Journalist. Glogowski führt — reizende Szene! — die erste Schreibmaschine vor, die vermögende Adelheid wird zur „armen Verwandten" (Camilla Spira ist sehr hold und lieblich), Schmock wird sentimental an- und ausgepinselt; und so ähnlich fort. Harald Paulsen als Bolz bewegt sich, auch in der angenehmen, leichten

Musik Theo Mackebens, sehr lebendig, Hans Brausewetter schreibt als Bellmaus Gerhart Hauptmann-Kritiken, Otto Wallburg holt sich Sondererfolge als Piepenbrink, Bressart macht den Schmock. Theaterfutter für den Sommer. Kein Grund zur Aufregung, wofern nur nicht der Autor Joachimson nun etwa auch dafür den Kleist-Preis bekommt.

Einer hats richtig gemacht: Dr. Wolfgang Hoffmann-Harnisch hat in Neukölln die „Neue Welt", das größte Gartenlokal Berlins, gepachtet, und an guten Tagen sehen sich dort über 2000 Menschen auf der Gartenbühne den „Zigeunerbaron" oder den „Waffenschmied" an, inszeniert von Prof. d'Arnals. Ausgezeichnete Aufführungen, kein Kulissen-Plunder oder Saaltheater-Fundus. Wirklich: Theater für die Vorstadt, aber nicht: Vorstadt-Theater! Wenn das Wetter auch dazu ja sagt, ist hier etwas Gutes und Notwendiges in die (nicht nur Neue) Welt gesetzt.

Ein ganz trüber und kläglicher Theaterwinter geht zu Ende. Unter welchen Auspizien im Herbst die Theater beginnen werden — — niemend kann es ahnen. Daß aber die Theaterkunst in Berlin, weiter so toll, so verantwortungslos, so unbegabt, so sinnlos geführt wie in dieser abklingenden Spielzeit, vor die Hunde geht, steht fest; wenn es auch nicht mehr allzuviel ist, was Berlin als Theaterstadt zu verlieren hat.

Hans Knudsen.

*

Politische Korrespondenz

Krisis in West und Ost.

Die französischen Kammern sind das mächtigste und aktivste Parlament der Gegenwart, und es braucht kein Wort über die unermeßliche Tragweite der Wahlen zur Deputiertenkammer verloren zu werden, die sich im vergangenen Monat vollzogen haben. Welches ist nun ihr Ergebnis? Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Linke einen großen Sieg davongetragen hat. In der Kammer sind 615 Sitze; die absolute Mehrheit beträgt also 308 Stimmen. Nun hat die Linke 326; sie beherrscht also die Volksvertretung. Unter der Linken verstehen wir die Radikalsozialisten unter Herriot, die Republikanischen Sozialisten unter Painlevé — beides kleinbürgerliche Parteien — und die Vereinigten Sozialisten, die von Blum geführt werden und mit unseren Sozialdemokraten verglichen werden können. Die Kommunisten sind in der Linksmehrheit von 326 Stimmen, die wir oben konstatierten, nicht mit einbegriffen. Man kann sie bei der Erörterung der möglichen parlamentarischen Kombinationen überhaupt beiseite lassen, da sie eine Schlüsselstellung wie im Preußischen Landtag im Palais Bourbon kaum erringen werden.

Daß die Linke für sich allein die Mehrheit hat, ist ein Novum. Wohl fielen auch die Wahlen von 1924 zugunsten der Linken aus, deren Gruppen die Streitaxt zwischen sich begraben und ein Kartell geschlossen hatten. Aber Le Cartel des Gauches brachte es 1924 nur auf 277 Mandate, blieb also ziemlich weit hinter den 292 zurück, die in der damals etwas kleineren Kammer nötig gewesen wären, um aus eigener Kraft eine Regierung tragen zu können. Damals regierte Poincaré; seine Truppen standen an der Ruhr und bemühten sich, aus dem Leib des Deutschen Reichs den Rheinstaat herauszuschneiden. Diese Politik, die nicht bloß die Reichsmark vernichtete, sondern auch den Franken dem gleichen Schicksal entgegenführte, bekämpfte die Linke. Sie fand

Bundesgenossen bei den Gruppen der Mitte, von denen die stärkste Gauche Radicale heißt, und die auch wohl zusammen so bezeichnet werden. Dem Namen nach rot, verfolgt die Gauche Radicale sachlich eine Richtung, die die Linke nicht mit Unrecht reaktionär nennt. Man braucht nur darauf hinzuweisen, daß der Chauvinist Franklin-Bouillon zu den Führern jener sogenannten Mittelparteien gehört. Andererseits war allerdings auch der verstorbene Loucheur Führer der Gauche Radicale, jener Großindustrielle, der mit Rathenau das Wiesbadener Abkommen schloß, weil er gegen die Stimme der wirtschaftlichen und finanziellen Realitäten nicht taub war.

Kurz — in den Gruppen der Mitte wohnen zwei Seelen, die, anders als die kleinbürgerliche und proletarische Denkungsart der Linken, beide großbürgerlichen Impulsen gehorchen. Die Gauche Radicale gestattete dem Ministerpräsidenten Herriot, der mit ihrer Hilfe Poincaré stürzte, allerdings, die französischen Truppen aus dem Ruhrrevier zurückzuziehen, aber der zähe Widerstand, den Herriot im Sommer 1924 auf der Londoner Konferenz den vernünftigen Forderungen der Reichsregierung leistete, entsprang gleichfalls großenteils dem Einfluß der Mittelgruppen. Diese wollten auf Deutschland nicht Pfeile schießen, die nur zu leicht auf den Schützen zurückprallen konnten, aber die Ziele der nationalistischen Deutschland-Politik der Rechten waren der Mitte durchaus genehm. Mit dieser Gesinnung ihrer parlamentarischen Bundesgenossen hatte die Linksregierung von 1924, die nicht auf eigenen Füßen stehen konnte, zu rechnen.

In der Legislaturperiode von 1928—1932 zählte die Mitte 115 Mitglieder, von denen die Allerwenigsten geneigt waren, nachdem die Parteien der Linken das Ruhrabenteuer beendigt hatten, ihnen noch weiter Gefolgschaft zu leisten. So gut wie die ganze Mitte ging nach rechts, und die Ministerien Tardieu und Laval verdankten dem Zuzug aus der Gauche Radicale und den Nachbargruppen kompakte Majoritäten. Die jüngsten Wahlen haben dieser Kombination als der Basis eines Ministeriums die Tragfähigkeit entzogen. Rechte und Mitte, die in der alten Kammer zusammen 351 Sitze hatten — absolute Mehrheit 308 — verfügen in der neuen nur noch über 268. Der Schwerpunkt der Volksvertretung hat sich also bedeutend nach links verschoben.

Das kann aber nur von praktischer Wichtigkeit werden, wenn wiederum ein Cartel des Gauches zu Stande kommt. Sicher ist das nicht, denn die Vereinigten Sozialisten betonen ihre Zugehörigkeit zur zweiten Internationale und ihren Gegensatz wider die bürgerliche Partei der Radikalsozialisten sehr scharf. Sie wollen die Fühlung mit den revolutionären Kräften nicht verlieren, die in Frankreich stärker sind, als man glaubt. Bei den Kammerwahlen von 1928 haben die Kommunisten 10 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten[1]). Für die Wahlen von 1932 liegen mir die entsprechenden Zahlen noch nicht vor, aber die kommunistischen Mandate sind von 13 auf 21 angewachsen. Das dürfte die Aufgabe Herriots, die Parteien der Linken unter Einen Hut zu bringen, nicht erleichtern.

Es kann also sehr wohl so kommen, daß Herriot doch wieder auf die Mitte angewiesen sein wird, um ein Ministerium zustande zu bringen. Nach dem Sturz des Marschalls Mac Mahon im Jahre 1879 sagte man: „La France est centre gauche!“ Wir haben gesehen, daß die linke

[1]) Vgl. im vorigen Heft den Aufsatz von Artur Rosenberg: „Psychologie der französischen Parteien.“ Seite 97.

Mitte noch 1924 der französischen Politik eine bedeutungsvolle Wendung zu geben vermochte, indem sie einer Regierung in den Sattel half, die darauf verzichtete, dem Deutschen Reich durch gewaltsame Mittel ein Ende zu bereiten. Wenn aber Herriot jetzt, von den Sozialisten im Stich gelassen, für die Kabinettsbildung auf die Mitte zurückgreifen will, findet er sie so stark dezimiert, daß linkes und rechtes Zentrum zusammen mit den bürgerlichen Linksparteien lediglich über 274 Stimmen verfügen würden, während 308 zur Bildung einer Mehrheit erforderlich sind. Die Lage ist also so, daß bei einem Verharren Léon Blums in der Opposition — und die rein negative Kritik ist diesem Politiker kongenial — die Aktien des scheinbar erledigten Tardieu plötzlich wieder steigen können, weil man seine Gruppe braucht, um zu einer parlamentarischen Majorität zu gelangen.

Wir sehen, daß die Aufgabe, die das Schicksal Herriot stellt, eine außerordentlich schwierige ist. Im Jahre 1924 erklärte Blum, der um jeden Preis Poincaré von der Leitung der Staatsgeschäfte entfernen wollte, die Vereinigten Sozialisten verlangten für ihre Unterstützung einer bürgerlichen Linksregierung weiter nichts, als daß diese ihr eigenes Programm durchführe. Heute machen die Vereinigten Sozialisten größere Ansprüche. Zwar ist ihr Landesparteitag eben erst zusammengetreten, aber vorher forderte die sozialistische Förderation der Seine als das Mundstück der Partei: 40-Stunden-Woche ohne Lohnherabsetzung, Verstaatlichung des gesamten Versicherungswesens, auch des ländlichen, Reduktion des Wehrbudgets um 1 Milliarde Mark im Jahr. Diese und andere Forderungen der Vereinigten sozialistischen Föderation der Seine stoßen die Mittelstandsexistenzen und Kleinbürger des Radikalsozialismus vor den Kopf. Wohl haben die Anhänger der Zweiten Internationale zu verstehen gegeben, daß sie im Fall einer Erneuerung des Kartells von 1924 einiges Wasser in ihren roten Wein gießen würden, aber das hat den übeln Eindruck, den das Auftreten der Vereinigten Sozialisten auf die Radikalsozialisten gemacht hat, nicht verwischen können. Ist doch die Abneigung gegen die sozialdemokratischen Irrlehren in allen Ländern bis zu dem „Arbeiterparadies" Australien hin im stetigen Wachsen, seitdem die allgemeine Krise den Völkern die Augen geöffnet hat.

Freilich verbessert das die Aussichten der französischen Rechten, mit deren Führern Mitglieder des Kreises um Herriot bereits Fühlung genommen haben, um ein Ministerium „der NationalenKonzentration" zustande zu bringen. Die Nationale Konzentration würde nicht dasselbe sein wie der berüchtigte „Nationale Block", der sich aus den Rechts- und Mittelgruppen zusammensetzte, und dem nach dem Ausscheiden des Zentrums 1924 ein Bund der Radikalsozialisten, Vereinigten Sozialisten und Mittelgruppen gefolgt ist, um dem Programm der Rheinstaatspolitik ein Ende zu machen und sie durch die „elastischere" Dawes-Politik zu ersetzen. Die Nationale Konzentration würde mit den Mittelparteien, die immer das Zünglein an der Waage bilden, und der bürgerlichen Linken denjenigen Teil der Rechten umfassen, der dem Zentrum am nächsten steht.

Ich weise hier nur die sachlichen Gegensätze zwischen den Parteien Frankreichs auf, die persönlichen Nebenbuhlerschaften, die so viele Regierungen der Dritten Republik gestürzt haben, lasse ich unbeachtet, denn niemand vermag zur gegebenen Stunde ihre Auswirkung auf Komposition und Dauer des oder der kommenden Kabinette vorauszusehen. Leider ist aber schon heute soviel als ziemlich sicher zu be-

trachten, daß der Schwerpunkt der französischen Politik nicht in den Vereinigten Sozialisten liegen wird, die, wie gesagt, das jährliche Wehrbudget um eine ganze Milliarde Mark heruntersetzen wollen, sondern in den Mittelgruppen. Nach wie vor gilt der Satz: „La France est centre gauche!" Die Geschichte lehrt, daß diese Elemente den trockenen Krieg gegen Deutschland fortführen wollen wie Poincaré; nur nicht mit Keulenschlägen, sondern nach „elastischeren" Methoden. Das Ziel beider Richtungen ist das gleiche: Sprengung oder wenigstens tödliche Schwächung des Reichs. Die Unterschiede sind nur in den Mitteln und Temperamenten zu suchen.

Frankreich und Deutschland liegen nicht auf dem Mond, sondern alle Händel der Erdkugel wirken auf ihr Verhältnis zurück; es ist ganz unmöglich, Genf und Lausanne in der richtigen Beleuchtung zu sehen, wenn man nicht zugleich Tokio im Auge hat. Die Auflehnung des japanischen Heeres gegen seine Regierung mit ihren blutigen Begleiterscheinungen wird von den „Times" als östlicher Nationalsozialismus charakterisiert. Der „Temps" spinnt diesen pikanten Vergleich noch weiter aus. Er glaubt einen tiefen Sinn darin zu entdecken, daß das Hakenkreuz ursprünglich ein orientalisches Symbol gewesen sei. Denn im Gegensatz zu der logischen Veranlagung der Westeuropäer hätten die mehr östlich wohnhaften Völkerschaften, von Deutschland und Österreich bis hin zum Reich der aufgehenden Sonne eine verworrene, widerspruchsvolle Art zu denken. Diese sei der geeignete Boden für die nationalsozialistischen Lehren. Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß solch ein Gallimathias dem angeblich streng logisch denkenden Lesepublikum des „Temps" geboten werden darf, mit dem Anspruch, ihm das Geheimnis der Hitler-Bewegung zu entschleiern. Der Franzose sieht nicht oder will nicht sehen, daß die mächtigen Unterströmungen, die sich in der deutschen Politik geltend machen, dem Fluch der Reparationen und der Provokation der Rüstungsungleichheit entsprungen sind. Lieber fingiert er einen unklaren Mystizismus der deutschen Volksseele, der diese têtes quarrées veranlaßt, immer neue querelles allemandes aufzuwerfen, anstatt sich bei den Versailler Verträgen zu beruhigen und wenn nicht heute, so wenigstens morgen zu zahlen.

Die japanischen Meuterer nennen sich selber nicht Nationalsozialisten sondern Nationalisten. Richtig ist, daß sie gewisse Forderungen zu gunsten des ländlichen und städtischen Mittelstandes erheben und das parlamentarische System befehden sowie auch die Korruption und Demoralisation, die nach ihrer Auffassung von den Geldleuten ausgeht. Auch sonst kann man bei oberflächlichem Zuwerkegehen Ähnlichkeiten zwischen den Parteigängern des Schwarzen Drachen und denen des Hakenkreuzes genug auffinden, aber in der Tiefe sind die beiden Bewegungen doch grundverschieden voneinander, so verschieden, wie die deutsche und die japanische Gesellschaft. Die Nationalsozialisten haben einige rückschrittliche Sätze in ihrem Programm, und manche Bewunderer des Vergangenen glauben, die Partei für Restaurationspläne benutzen zu können. Aber seinem innersten Wesen nach ist der Nationalsozialismus keineswegs reaktionär, sondern eher das Gegenteil davon; man denke nur an seine wahrhaftig nicht romantische Stellungnahme zur christlichen Kirche.

Der Nationalsozialismus konnte so wie er ist, nur in einem durch und durch modernen Volk entstehen, für das die Arbeit die Krone des Lebens ist, und das der Verzweiflung nahe gebracht wird, weil ihm die Früchte

seines Fleißes durch die Tücke des Erbfeindes immer wieder entrissen werden. Möge man über den Nationalsozialismus sonst urteilen, wie man wolle, dem Geist des 20. Jahrhunderts ist er nicht wesensfremder als die anderen Richtungen, die um die Macht in Deutschland ringen.

Was Ranke in „Die römischen Päpste" von dem Gegensatz des Papsttums und der neuen Zeitmeinungen sagt, gilt in gewissem Sinne auch für den Kampf der deutschen Parteien der Gegenwart: „Man begegnet einander nicht mehr mit dem gewaltigen Glauben von ehedem, welcher schuf und vernichtete; eine solche Kraft ist weder in dem Angriff noch in der Verteidigung; es ist ein unaufhörliches Zusammentreffen, Vordringen und Zurückweichen, Angriff und Abwehr, Aktion und Reaktion. Kein Augenblick ist dem anderen gleich; verschiedene Elemente vereinigen sich und trennen sich wieder; auf jede Übertreibung folgt ihr Gegenteil, das Entfernte wirkt zusammen. Für den Kampf ist charakteristisch, daß er unter unaufhörlicher Einwirkung der in das lebendige Andenken getretenen Vergangenheit geführt wird ... Darüber webt und waltet dann das empfängliche und weit ausgreifende, in heftiger Entzweiung nach unbekannten Zielen vorwärts treibende, selbstvertrauende aber ewig unbefriedigte, gährungsvolle Wesen unserer Tage."

Daß von alledem wenig nach Japan gedrungen ist, liegt auf der Hand. Diese Theokratie treibt keineswegs gärungsvoll nach unbekannten Zielen vorwärts, sondern die Ideale der Masse des japanischen Volkes liegen in der Vergangenheit. Daß man sich nicht mehr hermetisch vom Ausland abschließt, sondern den Fuß auf den Boden des asiatischen Kontinents gesetzt hat und dort herrschen will, bedeutet mehr einen Wechsel in den Mitteln als in den Zielen. Die Ziele sind Erhaltung der Theokratie und der ständischen Gesellschaftsordnung. Den Shinto-Kultus hat man zu verjüngen versucht, indem man seine nationalistischen Elemente in den Vordergrund rückte, er bleibt jedoch uraltes Heidentum. Die Offiziere sind die Samurai mit den zwei Schwertern; die Reformen von 1868 haben diesen Stand von Rittern zwar aufgehoben, aber er lebt dennoch fort in dem Offizierkorps und bestimmt sogar den Gang der japanischen Politik. Es sieht scheinbar aus, als ob der politische Charakter des japanischen Offizierkorps demjenigen des preußisch-deutschen Offizierkorps von 1913 verwandt sei. In der Tat haben die Japaner das Prinzip der von der Volksvertretung unabhängigen kaiserlichen Kommandogewalt. Sie haben es sogar, was in Preußen und im Reich nie geschehen ist, in ihre sonst der preußischen nachgebildete Verfassung ausdrücklich hineingeschrieben. Die Aktion des Kriegsministeriums und des Generalstabs während der gegenwärtigen Krisis zeigt, daß jene Verfassungsbestimmung alles andere eher ist als ein toter Buchstabe.

Trotzdem ist die Aehnlichkeit zwischen den Offizierkorps Japans und des alten Deutschland nur oberflächlich; in ihrem Kern sind die beiden Institutionen grundverschieden. Das deutsche Offizierkorps mochte sich einige Ueberreste der feudalen Weltanschauung bewahrt haben, aber es war doch mit den vornehmlichsten Trägern des Zeitgeistes, dem gebildeten und besitzenden Bürgertum, untrennbar verschmolzen. Die Synthese hatte sich keineswegs reibungslos vollzogen; es braucht bloß an den preußischen Verfassungskonflikt von 1862 erinnert zu werden, aber sie war gelungen. In Japan hat es Kämpfe zwischen Militär und Bürgertum nie gegeben; das Bürgertum war stets viel zu schwach dazu, und man sieht, wie leicht gegenwärtig die

Volksvertretung vom Heer beiseite geschoben wird. Nach seiner den Geist vergangener Jahrhunderte pietätvoll festhaltenden Weltanschauung will das Offizierkorps die Kapitalisten bloß als den Nährstand gelten lassen, der in öffentlichen Angelegenheiten die entscheidende Stimme dem Wehrstand zu überlassen hat. Vor Jahren äußerte ein japanischer Staatswürdenträger seine Verwunderung darüber, daß man im Abendland Gewerbetreibenden völlig überflüssigerweise gestatte, große Vermögen zu machen. Seitdem hat die Militärhierarchie auch in Japan die Bildung von bürgerlichem Kapital zulassen müssen, aber ohne sein moralisches Daseinsrecht jemals anzuerkennen. Der gesamte, über ein krämerhaftes Niveau hinausgehende Erwerbstrieb trägt im Land der aufgehenden Sonne levem notam maculae.

Bei dieser nationalen Ideologie liegt naturgemäß ein Meltau auf der wirtschaftlichen Tatkraft der Japaner. Die staatlich aufgepäppelte und gegängelte Wirtschaft vermag nicht die stetig wachsende Zahl der sich anbietenden Hände zu beschäftigen und so die Uebervölkerung zu mildern. Nun zeigt die Geschichte ein Vorbild, wie ein Handel und Gewerbe grundsätzlich mißachtender Ritter- und Offizierstaat durch Ueberseepolitik unermeßliche Schätze zu gewinnen vermag, ohne eine innere Wandlung zu erfahren: Spanien im 16. Jahrhundert. Auch der herrschende Stand Japans hofft, durch Expansion nach außen hin sich für Generationen eine glänzende Weltstellung sichern zu können. Er fühlt sich bedroht durch die einzige Ideologie, die außer der seinigen in nennenswerter Stärke auf japanischem Boden gedeiht: die „gefährlichen Gedanken" — der öffentliche Gebrauch des Terminus Kommunismus ist verboten. Außerdem wissen diese antikapitalistischen Feudalen sehr wohl, daß die großen unproduktiven Ausgaben für Heer und Flotte eines viel stärkeren ökonomischen Unterbaus bedürfen, als Japan bei seiner relativ geringen Industrialisierung und Kommerzialisierung aufweist. Wohl können in China und der Mandschurei japanische Siedlungskolonien nicht begründet werden, aber das ist auch nicht das, worauf es dem japanischen Militarismus in erster Reihe ankommt. Er will, daß in einem mongolischen Imperium unter japanischer Führung die fleißigen Chinesen für das tapfere Japan arbeiten sollen, damit diesem Volk die zur Erhaltung seiner Machtstellung erforderlichen Kapitalien zuwachsen, ohne daß sich durch eine moralische Umwandlung der japanischen Gesellschaft im Sinne des demokratischen Zeitalters hier selbstbewußte Klassen von großen und mittleren Kapitalisten bilden. Der ritterliche Nationalcharakter Altjapans darf durch die moderne Entwicklung nicht zersetzt werden. Japan muß ein Land von Bauern, Kleinhändlern und Soldaten bleiben, in dem weder Plutokratie noch wohlhabender Mittelstand die auf ihre Armut und Bedürfnislosigkeit stolzen Soldaten hindern kann, zu herrschen.

Lassen wir diesen Faden, mit dem noch viele nicht unfruchtbare Gedanken verwebt werden könnten, für dieses Mal fallen und lenken unsere Erörterung auf die Frage hinaus: Wenn das Pronunziamento in Tokio zum japanisch-russischen Krieg führen sollte, wie würde das auf Deutschlands Stellung in Genf und Lausanne zurückwirken? Zunächst sicher ungünstig, denn die angelsächsischen Mächte halten es für dringender, Japan als Frankreich in Schranken zu halten. Schwere Verwicklungen in Ostasien würden für uns die Gefahr mit sich bringen, daß in der Schweiz über Abrüstung, Reparationen und Donau-Hilfe

eine angelsächsisch-französische Einigung zustande käme, die neue Provisorien schüfe, während das mit immer drückenderen Steuern überbürdete Deutschland und das kaum noch regierbare Oesterreich schlechterdings nicht länger auf definitive Lösungen des zerstörenden Wirrwarrs warten können. Welche Verzweiflung das deutsche Volk als organisches Glied der Weltwirtschaft bereits ergriffen hat, ersehen wir aus dsr Flugschrift: „Diktatorische Nationalwirtschaft, die Rettung aus unserer Not" von Major a. D. Wilhelm von Gaza[1]). Der Verfasser, der mit leidenschaftlicher Beredsamkeit und im tiefsten Innern von der Durchführbarkeit seines Planes überzeugt, sich an die breiten Massen wendet und hier auch sicher zahlreiche Leser finden wird, fordert von unseren Staatsmännern beherzte Loslösung von dem ohnehin verlorenen Weltmarkt und zur Entschädigung Aufbau eines gewaltigen Binnenmarktes. Nicht nur das Publikum der führenden Männer Deutschlands, sondern auch Engländer und Amerikaner werden diese Schrift beachten, jedenfalls wäre es der eigene Schade der angelsächsischen Nationen, wenn sie solche literarische Sturmzeichen übersehen wollten. Schon hat die Verzweiflung ähnliche Stimmungen in den Vereinigten Staaten ausgelöst. Der Kongreß schwelgt förmlich in inflationistischen Phantasien, und diese sind keineswegs ungefährlich in einem Land mit den finanzpolitischen Traditionen Nordamerikas. Denn schon vor der Losreißung von England, als sie noch Kolonien waren, haben die Staaten, die heute die Union bilden, die schlimmste Zettelwirtschaft gekannt. Nach der starken Inflation des Sklavenkrieges ist es der amerikanischen Regierung zwischen 1868 und 1879 nicht möglich gewesen, die inflationistische Agitation der „Greenbackers" niederzukämpfen, und nachdem man dann endlich wieder zu ehrlichem Geld gelangt war, erzwangen 1890 die Verfechter des sich immer mehr entwertenden Silbers eine zweite Inflation, der erst 1890 die Erhebung des Golddollars von 25,8 Gran zum obersten Wertmesser ein Ende bereitete.

Es ist also ein Finassieren, das nur als diplomatisches Behelfsmittel wertet, wenn man in Washington so tut, als ob die deutsch-französischen Reparationsstreitigkeiten die neue Welt nichts angingen. In Großbritannien ist man aufrichtiger. An der Themse wird zugegeben, daß durch den Vertrauensschwund auf dem politisch zerrissenen Festland die eigene Wirtschaft aufs schwerste in Mitleidenschaft gezogen wird. Aber wenn in der Mandschurei das Feuer der japanischen und russischen Kanonen anhebt, kann es dennoch geschehen, daß das Kabinett von Paris in London wie in Washington Dinge durchsetzt, die uns nicht gefallen, und bei der Abhängigkeit der italienischen Politik von der englischen, die geographisch gegeben und durch die historische Erfahrung bewährt ist, brauchen die Franzosen nur einige kluge Nachgiebigkeit zu zeigen, und es bietet sich ihnen zum Ueberfluß noch die Chance einer Wiederherstellung der Freundschaft mit dem Kabinett von Rom.

Und auch damit ist die Liste der Gefahren, die das Reich bedrohen, noch nicht erschöpft. Wenn Rußland wider seinen Willen in einen Krieg im fernen Osten hineingezogen wird, können Polen sowie Rumänien — und mit Rumänien die Kleine Entente — aufatmen. Ein Polen, das für seinen Rücken nach Osten hin keine Besorg-

[1]) Verlag von Georg Stilke, Berlin.

nis mehr empfindet, — wer weiß, wohin es die Hand ausstrecken wird? Die kleinen Erfolge, die jüngst Memelland und Danzig in ihrem Kampf gegen versuchtes Unrecht davongetragen haben, dürfen uns über die Labilität von Deutschlands Machtstellung in der Richtung auf unsere verstümmelten Ostgrenzen nicht täuschen. Und die innere Krisis bleibt hinter der auswärtigen an Schwere kaum zurück. Preußen, in dessen Landtag es zugeht wie im polnischen vor den Teilungen, die Reichswehr als neue unberechenbare Kraft in unsere innere Entwicklung eingreifend, das Kabinett Brüning, das als unsere letzte Trumpfkarte galt, durch den Sturz des Wehrministers dermaßen geschwächt, das es auch als Ganzes stürzen mußte! Wird die Verfassung von Weimar stehen bleiben, wo sie von immer intensiveren Unterströmungen benagt wird? Ist als Erbe des Parlamentarismus eine autoritäre Regierung möglich in einer Nation, die keiner Regierung Autorität zubilligen wird, es sei denn, daß sie Deutschland von fremden Ketten freimachte? Welche deutsche Regierung wird das können, und welche, die es nicht kann, wird sich noch halten?

„Und des Donners Wolken hangen schwer herab auf Ilion!" Wird der Gedanke der europäischen Solidarität die rettende Planke sein? Die Session der französischen Generalräte ist eröffnet worden. Im Generalrat des Marnedepartements hat der Syndikus der Pariser Börsenmakler, Herr Jakob, gesagt, die französische Rente sei das sicherste Papier der Welt, zumal ihr Goldwert ja schon um 80 Prozent herabgesetzt worden sei. Nach dieser bitteren Reminiszenz erging sich der Redner in Andeutungen darüber, daß in bezug auf dieses sicherste Papier der Welt von beachtlicher Seite an eine neue Seisachtheia gedacht werde. Solche antikapitalistischen Gelüste sind in der französischen Oeffentlichkeit in der Tat schon zu beobachten gewesen, und keineswegs bloß bei Marxisten, als ein drohendes Fanal des Kenterns der französischen Finanzen. Kein Wunder, daß man in Frankreich an der Geschlossenheit der Parteien des Landes gegenüber dem Problem der Einigung mit Deutschland zu zweifeln beginnt. Unter den Vereinigten Sozialisten drängt eine Minderheit unter Renaudel auf Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken, ohne, wie gemeldet wird, die Gefahr zu beachten, daß die Partei dadurch gespalten werden könne. Auch die Einigkeit der Radikalsozialisten kann durch die internationale und nationale Krisis auf eine ernste Probe gestellt werden. Wie sehr sich der Radikalsozialist Daladier bemüht, in der deutschen Frage seine Parteigenossen zur Vernunft zu bringen, ist bekannt. Ob dieser charaktervolle Abgeordnete unter Herriot ein Portefeuille annimmt, gilt als Prüfstein für den Wert des kommenden Kabinetts, vom europäischen Standpunkt aus gesehen. Nur kann die brutale Sprache der Zahlen nicht überhört werden. Selbst wenn die Linke ganz einig ist, hat sie nicht mehr als 321 Stimmen, während 308 die Mindestzahl einer Kammermajorität darstellen; jede Spaltung innerhalb der Linken zwingt also Herriot, zum wenigsten wieder auf das linke Zentrum, wenn nicht noch weiter nach rechts zurückzugreifen.

Die Unsicherheit über die Richtung, die das französische Parlament einschlagen wird, wächst, wenn man die Tatsache würdigt, daß sich die Zahl der Freimaurer in der Kammer auf 200 vermehrt hat. Die romanischen Freimaurer sind zum Unterschied von den deutschen sehr stark nach links orientiert; insofern wäre ihre bedeutende Vertretung unter den Deputierten zu begrüßen, aber die romanischen Verzwei-

gungen des Ordens waren vor dem Krieg unerbittliche Feinde des Deutschen Reichs, in dem sie den Hort des Autoritätsprinzips erblickten, und ob die in Frankreich noch immer moralisch so mächtige Verbrüderung jene Haßgefühle in ihrem Herzen niedergekämpft hat, steht dahin.

Deutschland ist damit bedroht, daß man ihm in Lausanne faule Kompromisse zumutet, etwa derart, daß die zwischenstaatliche Verschuldung dem gestiegenen Goldwert angepaßt wird. Die Einigung Londons mit Washington über die Wiederaufnahme der englischen Schuldenzahlung nach Ablauf des Hoover-Jahres könnte den Auftakt zu einer derartigen, nach der Gegenwart auch noch unsere Zukunft zerstörenden Aktion der anderen Mächte bilden.

Emil Daniels.

(Hinweis oder Besprechung behält sich die Schriftleitung vor.)

Bei der Redaktion eingegangene Bücher und Schriften:

Andreas, Willy. „Steins Vermächtnis an Staat und Nation". Carl Winters Universitätsbuchhandlung, Heidelberg.

Bastgen, Prof. Dr. Hubert. „Der Heilige Stuhl und die Heirat der Prinzessin Elisabeth von Bayern mit dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen." Verlagsbuchhandlung Herder & Co., G.m.b.H., Freiburg i. Br.

Becker, Otto. Weimarer Reichsverfassung und nationale Entwicklung. Carl Heymanns Verlag, Berlin.

Caspary, Adolf. Wirtschafts-Strategie und Kriegsführung. E. S. Mittler & Sohn, Berlin.

Dix, Dr. Arthur. Weltkrise und Kolonialpolitik. Paul Neff-Verlag, Berlin.

Engel-Reimers, Charlotte. Der Idealismus in der Wirtschaftswissenschaft. Verlag von Duncker & Humblot, München u. Leipzig. 1932.

Friese, Dr. Christian. Rußland und Preußen vom Krimkrieg bis zum Polnischen Aufstand. 1931. Im Ost-Europa-Verlag, Berlin W 35 u. Königsberg i. Pr.

von Gallwitz, General a. D. Dr. Max. Erleben im Westen 1916—1918. Verlag E. S. Mittler & Sohn, Berlin.

Grabowsky, Dr. Adolf. Politik. Industrie-Verlag Spaeth & Linde, Berlin W 10 und Wien 1.

Hämmerle, Dr. Karl. „Danzig und die deutsche Nation." Verlag von Reimar Hobbing, Berlin.

Jahn, Moritz. „Unkepunz". Carl Spielmeyer Nachf., Göttingen.

Klatt, Fritz. Beruf und Bildung. Alfred Grotte-Verlag, Potsdam.

Landauer, Carl. Planwirtschaft und Verkehrswirtschaft. Verlag von Duncker & Humblot, München

Landeshauptmann der Provinz Sachsen. Aufgaben und Leistungen des Provinzialverbandes von Sachsen. Verlag Friedrich Stollberg, Merseburg.

Martel, René. Deutschlands blutende Grenzen. Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg i. O.

Mosse, Rudolf. Zeitungskatalog 1932. Verlag Rudolf Mosse, Berlin SW 100.

Philippson, Prof. Dr. Martin. Neueste Geschichte des jüdischen Volkes, Band II. J. Kauffmann-Verlag, Frankfurt a. M.

Ritter, Gerhard. „Stein, Eine politische Biographie", Band I und II. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart u. Berlin.

von Salomon, Ernst. Die Geächteten. Ernst Rowohlt-Verlag, Berlin.

Schmied, Rudolf Johannes. Carlos und Nikolas. Erich Reiß-Verlag, Berlin.

Ziegler, Heinz O. Die moderne Nation. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

Für den redaktionellen Teil verantwortlich: Dr. Walter Heynen in Berlin W 10
Für den Anzeigenteil: Erhard Fuchs, Potsdam
Verlag von Georg Stilke, Berlin NW, Dorotheenstr. 65
Druck von J. S. Preuß, Buchdruckerei, Berlin S 14, Dresdener Str. 43